1 REGIERUNG, VOLKSVERTRETUNG, ALLGEMEINE UND INNERE STAATSVERWALTUNG

11 REGIERUNG

111 SENATSKOLLEGIUM

111-1 Senat

12.-20. Jh.; 1367,1 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. stellt im Aufbau die 1727 geschaffene Archivgliederung des alten Stadtarchivs, des eigentlichen Rats- bzw. Senatsarchivs dar. Er umfaßt alle Bereiche der früheren Stadtverwaltung zwischen dem Hochmittelalter und dem Grenzjahr 1928. Das Stadtarchiv ist beim Brand 1842 stark von Verlusten betroffen worden. Da dieser Best. das alte Stadtarchiv bildete, wurde in den Jahren vor 1870 viel Schriftgut aus den sich nach und nach ausdifferenzierenden Verwaltungsbehörden noch zu diesem Best. genommen. Es ist aber später durch Bildung eigener Best. wieder ausgegliedert worden.

Der Best. ist in Classes (Cl.) und danach tiefer in Litterae (Lit.), Numeri (Nr.), Volumina (Vol.), Fascicula (Fasc.) und Involucra (Inv.) gegliedert, so daß Signaturen von beträchtlicher Komplexität entstehen konnten. Er hat folgenden Inhalt:

Cl.I: Reichs- bzw. Bundesangelegenheiten; Regalien; Domkapitel einschließlich Reformation
- Cl.I Lit.A-R: Kaiser und Reich bis 1806, Post-, Fuhr- und Fährwesen, Domkapitel, (1189-) 1336-1926, 28,0 m
- Cl.I Lit.S: Deutsche Staaten, Deutscher Bund, 1387-1928, 36,0 m
- Cl.I Lit.T: Norddeutscher Bund und Deutsches Reich, 1866-1928, 204,0 m

Cl.II: Beziehungen zu Dänemark und Holstein (einschließlich Altona), 1356-1915, 8,0 m

Cl.III: Angelegenheiten der Ämter Bergedorf und Ritzebüttel
- Cl.III Lit.A-E: Ritzebüttel, (1459-) 1502-1928, 12,0 m
- Cl.III Lit.F-Q: Bergedorf, 1390-1928, 20,0 m

Cl.IV: Grenz- und Landgebietsangelegenheiten; Hoheits- und Schiffahrtsrechte auf Elbe und Alster, (1471-) 1814-1928, 60,0 m

Cl.V: Reichskammergerichts- und Reichshofratssachen (1842 vollständig verbrannt)

Cl.VI: Hanseatica; Auswärtige Angelegenheiten, 1369-1928, 56,0 m

Cl.VII: Innere Angelegenheiten
- Cl.VII Lit.A: Rat, Ratsbedienstete; Senat, Senatsämter, (1362-) 1472-1928, 40,0 m
- Cl.VII Lit.B: Bürgerschaft und Verfassung; bürgerliche Rechte und Pflichten, 1468-1933, 33,0 m

Cl.VII Lit.C: Einzelne Verwaltungszweige und Verwaltungen insgesamt, 1386-1929, 94,0 m

Cl.VII Lit.D: Kämmerei, Finanz- und Steuerverwaltung, (1338-) 1403-1928, 70,0 m

Cl.VII Lit.E: Zollverwaltung, 1381-1930, 17,5 m

Cl.VII Lit.F: Bauwesen; Bau-, Straßen- und Feuerschutzordnung (sowie davon betroffene Einrichtungen wie Straßenverkaufsstände, Schaubuden, Theater), 1418-1928, 85,0 m

Cl.VII Lit.G: Militärwesen, 1359-1928, 30,0 m

Cl.VII Lit.H: Religions-, Kirchen- und Schulwesen, (1344-) 1529-1936, 67,0 m

Cl.VII Lit.J: Gesandtschaftswesen, 1612-1891, 3,0 m

Cl.VII Lit.K: Handel und Schiffahrt, (1366-) 1432-1928, 62,0 m

Cl.VII Lit.L: Stadtrecht, Rezesse; Gesetzgebung und einzelne Gesetzgebungsmaterien, (1270) 1301-1929, 69,0 m

Cl.VII Lit.M: Justizangelegenheiten, 1388-1928, 59,0 m

Cl.VII Lit.N: Chronistik, Ortsbeschreibung und Genealogisches; Statistik, 1535-1928, 2,5 m

Cl.VII Lit.O: Vermischte Nachrichten zur hamburgischen Geschichte, 18. Jh., Kleinbestand

Cl.VII Lit.P: Bürgerliche Unruhen und Kaiserliche Schlichtungskommissionen, 1670-1714, 0,9 m

Cl.VII Lit.Q: Armen- und Krankenpflege; Sozialfürsorge; Gemeinnützige Anstalten, 1441-1928 (1950) 44,0 m

Cl.VII Lit.R: Kurialien im Verkehr mit Vertretern auswärtiger Mächte; Geschenke und Einladungen an den Senat; Geschenke und Ehrengaben des Senats; Öffentliche Feste, 1387-1928, 75,0 m

Cl.VII Lit.S: Stadtbedienstete; Beamte, Angestellte und Arbeiter, 1500-1928, 41,0 m

Cl.VII Lit.T: Seuchen- und Ungezieferbekämpfung, 1625-1924, 6,5 m

Cl.VIII: Stadtbücher und Protokolle (insbesondere des Senats ab 1742), 1288-1928, 92,0 m

Cl.IX: Requisitionsschreiben auswärtiger Städte und Behörden, 1414-1868, 0,5 m

Cl.X: Testamente, Verträge und sonstiges Schriftgut in Privatsachen bzw. von Privatpersonen, 1314-1918, 3,0 m

Cl.XI: Handwerke, Gewerbe und Industrie; Arbeiterschutz und -fürsorge, (1347-) 1628-1928, 33,0 m

(LS)

111-2 Senat-Kriegsakten

(1907) 1914-1928 (-1940); 36,0 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. setzt sich in der Hauptsache aus den Akten zusammen, die im Verlauf des Krieges 1914-1918 neben der Senatsregistratur gesondert angelegt wurden und besonders die zivilen Bedürfnisse der Kriegführung spiegeln. Nach dem Ende des Krieges und dem Auslaufen der kriegsbedingten Maßnahmen, die sich z.T. bis zum Ende der 1920er Jahre erstreckten, wurde die Kriegsregistratur des Senats mit Einzelregistraturen von Kommissionen und Kommissaren angereichert. So gelangten etwa die Akten des "Senatskommissars für die Vertrauenskommission zur Bereitstellung der Mittel für die durch den Krieg erwachsenen Aufgaben" genauso wie diejenigen der "Zentralkommission für Kriegsunterstützungen" oder des "Reichskommissars bei dem Oberausschuß zur Feststellung von Kriegsschäden" zur Altregistratur. Alle diese Registraturen bzw. Registraturteile wurden wohl noch in der Senatsregistratur vereint und gegliedert.

Inhaltlich sind folgende Hauptgruppen zu nennen: A. Die militärische Kriegsbereitschaft, B. Die bürgerliche Kriegsbereitschaft (darin dominierend: b. wirtschaftliche Maßnahmen), C. Die Kriegswohlfahrtspflege, F. Maßnahmen zur Durchführung der Volksernährung, X. Die politischen Verhältnisse nach der Revolution und ihre Neuordnung, Z.I. Die Demobilmachung. Daneben ist aus nahezu allen Bereichen der hamburgischen obersten Verwaltungstätigkeit während der Kriegsjahre Material enthalten.
(LS)

112 REGIERUNGSORGANE UNTER FRANZÖSISCHER VERFASSUNG

112-1 Gouverneur von Hamburg

1813-1814; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Nach der Wiedereinnahme Hamburgs durch die Franzosen am 30.05.1813 wurde die Stadt zur Festung erklärt. Ihr Gouverneur, General Graf Dirk van Hogendorp, führte seine Amtsgeschäfte vom 22.06.1813 bis zu seinem Rücktritt am 13.12.1813. Die Amtszeit war von Konflikten mit General-Gouverneur Davout geprägt.

Von seiner Registratur, die zum größten Teil beim Stadtbrand 1842 vernichtet wurde, haben sich nur zwei Briefkopiebücher und ein Register der Kriegsgefangenen in Hamburg erhalten.

Lit.: Wolf-Rüdiger Osburg, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit 1811-1814, Frankfurt am Main 1988

(Bü)

112-2 Unterpräfektur Hamburg

1812-1814; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

Die Einverleibung Hamburgs in das französische Kaiserreich am 10.12.1810 führte zur Übernahme der französischen Verwaltungsstrukturen. Das Departement der Elbmündungen mit der Hauptstadt Hamburg stand unter der Leitung eines Präfekten, dem ein Unterpräfekt als Chef des Arrondissements Hamburg (Hamburg mit den Vorstädten St. Georg und Hamburger Berg sowie 15 selbständige Kommunen aus den ehemals zu Hamburg gehörenden Gebieten) unterstellt war. Das Archiv der Unterpräfektur wurde vom Amtsinhaber Alfred de Chastellux beim Abzug der französischen Truppen mit nach Frankreich genommen und kam erst 1941/2 wieder nach Hamburg.

Der Best. umfaßt vor allem Schriftgut über die Steuerhebungen, die Befestigungsarbeiten und die Proviantversorgung für die Festung Hamburg sowie das Briefjournal. Die Unterlagen sind durchweg in französischer Sprache.

Lit.: Wolf-Rüdiger Osburg, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit 1811-1814, Frankfurt am Main 1988

(Bü)

112-3 Mairie Hamburg

1811-1814 (1815); 10,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Eingliederung Hamburgs in das französische Kaiserreich führte am 13.02.1811 zur Auflösung des Senats und zur Einführung der französischen Munizipalverfassung zum 04.07.1811. Damit war die Funktion eines Munizipalrates und eines Maire als verwaltungsleitendem Beamten geschaffen. Das Registraturgut der Mairie kam nach Abzug der französischen Truppen in das Stadtarchiv, wo es beim Stadtbrand 1842 fast völlig vernichtet wurde.

Der Best. setzt sich hauptsächlich aus drei Teilen zusammen: Den lückenlos erhaltenen Zivilstandsregistern, den Unterlagen über Requisitionsleistungen der Stadtbewohner und den Büchern der Kommunalkasse. Er enthält weiterhin Akten zu folgenden Verwaltungszweigen: Militärdienst, Polizei, Bauwesen, Gewerbe, Kornverwaltung, Lotterie, Bürgerwache, Militärhospitäler, Einquartierung und Truppenversorgung, teils in französischer, teils in deutscher Sprache.

Lit.: Wolf-Rüdiger Osburg, Die Verwaltung Hamburgs in der Franzosenzeit 1811-1814, Frankfurt am Main 1988

(Bü)

113 REGIERUNGSORGANE UNTER NATIONALSOZIALISTISCHER VERFASSUNG

113-2 Innere Verwaltung

1933-1939; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. umfaßt Schriftgut, das bei Erledigung der von Senator Alfred Richter in den Jahren 1933-1939 unmittelbar wahrgenommenen Amtsgeschäfte erwachsen ist und deshalb keine eigentliche Behördenregistratur darstellt. Er setzt mit der Berufung Richters zum "Reichskommissar für die hamburgische Polizei" am 05.03.1933 ein. Das Büro Senator Richters wurde am 01.10.1933 zur Geschäftsstelle der von Richter geleiteten Inneren Verwaltung. Nach Übergang der hamburgischen Regierung auf den Reichsstatthalter im September 1936 und der Auflösung der Inneren Verwaltung beaufsichtigte Richter als Mitglied der Landesregierung weiterhin die Polizeibehörde, die Gesundheitsbehörde, die Jugend- und Sportbehörde und die Landherrenschaft. Ab April 1937 war er nur noch Beigeordneter des Jugendpflege- und Sportamtes in der Gemeindeverwaltung sowie Landbezirksbürgermeister. Das Büro stellte bald nach seiner Einberufung zum Kriegsdienst Ende 1939 seine Arbeit ein.

Der Best. enthält eine Fülle von Einzelvorgängen aus den Bereichen Verfassung und Verwaltung (u.a. Groß-Hamburg-Gesetz), Personalangelegenheiten, Polizei, Gesundheits- und Fürsorgewesen (u.a. Sippenforschung, Erb- und Ehegesundheitsgesetz, Hitlerjugend), Sport, Landgebietsverwaltung, Kultur, Wirtschaft, Landesdienststelle Hamburg des Deutschen Gemeindetages. Richters nebenamtliche Aktivitäten spiegeln sich ebenfalls wider.
(Bü)

113-3 Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit

1933-1937; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Behörde wurde am 01.10.1933 als Dachbehörde für die Behörde für Wirtschaft (vormals Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe) und die Behörde für Technik und Arbeit (vormals Baudeputation und Arbeitsbehörde) gegründet und schon am 30.09.1936 wieder aufgelöst. Ihre Aufgaben übernahmen die Behörde für Handel, Schiffahrt und Gewerbe und die Baubehörde.

Die Akten geben über Organisation, Personal und einzelne Verwaltungsvorgänge Auskunft. In den Best. sind weiterhin die Handakten des persönlichen Referenten des Regierenden Bürgermeisters eingegangen, der ab November 1934 für diese Behörde als Senator zuständig war. Sie befassen sich mit Hafen- und Wasserstraßenangelegenheiten, wirtschaftspolitischen Fragen und Bausachen. Den dritten Teil der Überlieferung bilden die Geheimakten der Verwaltung, u.a. zu Problemen der Rohstoff- und

Lebensmittellagerung, zu Geländenutzungen und zur politischen und wirtschaftlichen Lage Hamburgs.
(Bü)

113-5 Staatsverwaltung - Allgemeine Abteilung

(1922-) 1938-1945 (-1949); 12,5 m; Bestandsverzeichnis
Am 01.04.1938 wurde die Verwaltung Hamburgs in eine Staatsverwaltung und eine Gemeindeverwaltung aufgeteilt. Die Staatsverwaltung übernahm insbesondere alle Zuständigkeiten der bisherigen Landesregierung und der obersten Landes- und Verwaltungsbehörden als Reichsaufgabe. Sie gliederte sich in zunächst sieben Abteilungen: Allgemeine Abteilung, Konsularabteilung, Polizeiabteilung, Schul- und Hochschulabteilung, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialabteilung, Verkehrs- und Bauabteilung sowie Wasserstraßendirektion. Später kamen die Wehrwirtschaftliche Abteilung für den Wehrwirtschaftsbezirk X und die Hauptvermessungsabteilung VI hinzu. Die Trennung der Verwaltung in einen staatlichen und einen gemeindlichen Sektor wurde 1945 wieder aufgehoben.

Das Schriftgut der Staatsverwaltung ist - soweit es erhalten geblieben war - bis auf die Akten der Allgemeinen Abteilung und der Schul- und Hochschulabteilung (s. 361-7) nach 1945 offensichtlich mit dem gemeindlichen Schriftgut vermengt worden. Dieser Best. enthält das z.T. bruchstückhaft überlieferte Schriftgut der Allgemeinen Abteilung, die sich in Referate gliederte. Für die Referate 12 (Haushalt, Oberkasse, Kassenaufsicht), 14 (Aufsicht über das Gesundheitswesen), 15 (Veterinärwesen) und 18 (Jugendangelegenheiten, Jugendförderung) gilt das oben Gesagte. Vorhanden sind Akten nachstehender Referate: Referat 10: Verwaltungsorganisation im Reich und in Hamburg, Dienstbetrieb, Dienstgebäude, Repräsentationsangelegenheiten, Verleihung von Auszeichnungen, Aufsicht über Spruchinstanzen und Landesfremdenverkehrsverband; Referat 11: Organisations- und Personalangelegenheiten der Abteilungen der Staatsverwaltung - Allgemeines und Einzelfälle; Referat 13: Allgemeine Rechtsangelegenheiten, Dienstaufsichts- und Rechtsbeschwerden, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Prozeßvertretung, Eingaben, Grunderwerb durch juristische Personen und Ausländer, Vereins-, Stiftungs- und Versicherungsaufsicht, Aufsicht über Standesämter (Einzelfälle von Namensänderungen, Eheschließungen nach dem Tode und mit Ausländern) und in Staatsangehörigkeitssachen, Wasserrechtsangelegenheiten; Referat 14: Aufsicht über die Religionsgemeinschaften; Referat 17: Reichsverteidigungsangelegenheiten (bruchstückhaft).
(St)

12 VOLKSVERTRETUNG

121 ORDENTLICHE VOLKSVERTRETUNG

121-1 Erbgesessene Bürgerschaft

1410-1859; 6,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Erbgesessene Bürgerschaft wird erstmals im Rezeß von 1483 erwähnt. Ihr oblag seit dem 16. Jh. gemeinsam mit dem Rat die höchste Gewalt in Hamburg, wobei das angestrebte Gleichgewicht in praxi zugunsten des Rates verschoben war. Teilnehmer der Erbgesessenen Bürgerschaft konnte nur werden, wer neben dem Bürgerrecht auch Grundbesitz sowie ein freies Vermögen hatte. Die Erbgesessene Bürgerschaft löste sich am 24.11.1859 zugunsten der ersten zumindest teilweise gewählten Bürgerschaft auf.

Eine eigene Aktenführung hatte die Erbgesessene Bürgerschaft nicht, da ihr Schriftverkehr in der Regel vom Oberaltenkollegium (s. 121-2) geführt wurde. Die dort mutmaßlich vorhanden gewesene Serie der Protokolle der Verhandlungen zwischen Rat und Bürgerschaft (Acta Conventuum Senatus et Civium) wurde beim Brand 1842 vernichtet und später aus Abschriften, die bei Behörden entstanden waren, rekonstruiert. Der Best. umfaßt lediglich diese Protokollserie mit erschließenden Registern.

Lit.: Hamburgische Rath-und Bürger-Schlüsse vom Jahre 1700 bis zum Ende des Jahres 1800. hrsg.v. Heinrich Kühl, Hamburg 1803; Hamburgische Rath- und Bürgerschlüsse vom Jahre 1801 bis zum Ende des Jahres 1840. hrsg.v. Peter David Lohmann, Hamburg 1828-1841; Hamburgische Rath- und Bürgerschlüsse vom Jahre 1841 bis 1859, hrsg.v. Friedrich Lorenz Hoffmann, Hamburg 1851-1860; Jürgen Bolland, Senat und Bürgerschaft, Hamburg 1977

(Bü)

121-2 Bürgerliche Kollegien

1528-1871; 18,0 m; Bestandsverzeichnis

Durch den reformatorischen Prozeß gelang es den erbgesessenen Bürgern, neue Formen der politischen Mitbestimmung durchzusetzen. Sie gingen aus der bürgerlichen Verwaltung kirchlichen Vermögens hervor, die in der Gotteskastenordnung von 1527 ihren Ausdruck fand. Für die 4 Kirchspiele wurden je 12 Armenvorsteher oder Gotteskastenverwalter eingesetzt. Die 3 Ältesten jedes Kirchspiels bildeten ab 1528 das Oberaltenkollegium. Ergänzt durch je 9 Diakone trat das Kollegium der Achtundvierziger ins Leben, welches durch je 24 Subdiakone zum Kollegium der Hundertvierundvierziger erweitert wurde. Durch die Integration des Neustadt-Kirchspiels St. Michaelis ging 1685 aus den Achtundvierzigern das Kollegium der Sechziger und aus den Hundertvierundvierzigern das Kollegium der Hundertachtziger hervor. Die Kompetenz der drei Kollegien erstreckte sich zunächst neben der Verwaltung mildtätiger

Einrichtungen auf die Verhandlungen mit dem Rat über die Einführung der Reformation. 1529 traten sie aufgrund des "Langen Rezesses" als verordnete Bürger neben den Rat und erhielten das Recht, an Stelle der stark angewachsenen Erbgesessenen Bürgerschaft wichtige Ratsentscheidungen mitzuberaten, den Rat zu kontrollieren und gegen ihn gerichtete Beschwerden zu prüfen sowie Gesetzen und Steuerforderungen zuzustimmen. Mit Einführung der gewählten Bürgerschaft im Jahre 1859 wurden die bürgerlichen Kollegien als politische Instanz aufgelöst; als kirchliche Gremien blieben sie bis 1870 bestehen.

Der Best. enthält u.a. Protokollreihen des Oberaltenkollegiums (1800-1859), des Kollegiums der Sechziger (1697-1859) und der Hundertachtiger (1810-1859). Zu früheren Jahrgängen sind die Best. 111-1 und 611-3 heranzuziehen. Die vorhandenen Akten beziehen sich vor allem auf die rechtsetzende Tätigkeit der Kollegien und die Stiftung Ehrbarer Oberalten zur Versorgung der Oberaltenwitwen. Einen Teil des Best. bilden auch Akten von wichtigen, zumeist kurzlebigen Deputationen, wie der zur Ausarbeitung des Hauptrezesses von 1712 oder zur Reorganisation nach Abzug der französischen Truppen 1814.

Lit.: Jürgen Bolland, Senat und Bürgerschaft, Hamburg 1977
(Bü)

121-3 I Bürgerschaft I

<1859-1933>; 1859-1934; 48,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Bürgerschaft löste 1859 als Landesparlament die Erbgesessene Bürgerschaft und das Kollegium der Oberalten ab. Sie bestand durchgehend bis 1933, wobei jedoch das Wahlrecht mehreren Änderungen unterlag. Ihre Auflösung erfolgte am 14.10.1933 gemeinsam mit der des Reichstages.

Der Best. gliedert sich in 3 Gruppen: Präsidial- und Kanzleiangelegenheiten, Plenartätigkeit und Ausschußtätigkeit. Den Kern des Bestandes bilden die Protokolle der Bürgerschaftssitzungen mit ihren Anlagen, die vom Dezember 1859 bis zum Juni 1933 erhalten sind. Ergänzt werden sie von den Protokollen des Vorstandes der Bürgerschaft und Akten über die Tätigkeit der Fraktionen ab 1880. Einen weiteren Schwerpunkt stellt der Schriftwechsel zwischen Senat und Bürgerschaft dar. Überliefert ist auch ein Verzeichnis sämtlicher Bürgerschaftsmitglieder. Den größten Teil des Best. nehmen die Überlieferungen der Ausschüsse ein. Sie sind sachthematisch gegliedert und umfassen alle Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung.

Hinweis: Die Unterlagen der 1946 neu gebildeten Bürgerschaft werden noch in der Bürgerschaftskanzlei-Parlamentsdokumentation aufbewahrt.

Lit.: Jürgen Bolland, Senat und Bürgerschaft, Hamburg 1977; Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament, hrsg. v. Manfred Asendorf, Franklin Kopitzsch, Winfried Steffani und Walter Tormin, Berlin 1984

(Bü)

121-4 I Bürgerausschuß I

<1859-1933>; 1859-1933; 9,0 m; Bestandsverzeichnis

Der aus der gewählten Bürgerschaft gebildete Bürgerausschuß übernahm 1859 die politischen Aufgaben des Oberaltenkollegiums. Er tagte zwischen den Sitzungen des Bürgerschaftsplenums, um dieses von weniger bedeutenden Gesetzgebungsaufgaben zu entlasten. Der Ausschuß konnte auch als Notparlament fungieren und hatte außerdem über die Einhaltung der Verfassung und der einzelnen Gesetze durch Senat und Verwaltungsbehörden zu wachen. Mit der Auflösung der Bürgerschaft fand 1933 auch die Tätigkeit des Ausschusses ein Ende.

Der Best. enthält im wesentlichen die Protokolle des Ausschusses mit Anlagen und Registern. Darüber hinaus befinden sich Bewilligungen aus dem Haushalt für unvorhergesehene Ausgaben aus dem Zeitraum 1860-1901, Protokolle der Tätigkeit des Ausschusses nach Auflösung der aufgrund des verfassungswidrigen Wahlgesetzes gewählten Bürgerschaft vom Januar und Februar 1928 sowie einige Einzelfallakten im Best.

Lit.: Michael Dunkelberg, Der Bürgerausschuß in der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1980.

(Bü)

121-4 II Bürgerausschuß II

<1952->; 1952-1995; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

Nach Verabschiedung der neuen hamburgischen Verfassung nahm der Bürgerausschuß seine Tätigkeit am 06.06.1952 wieder auf. Er setzt sich nun aus dem Präsidenten und 20 Mitgliedern der Bürgerschaft zusammen. Der Ausschuß wacht über die Einhaltung der Verfassung und zeigt Verstöße, soweit sie nicht vom Senat abgestellt werden, der Bürgerschaft an. Er ist befugt, auf Antrag des Senats unter bestimmten Voraussetzungen Ausgaben bis zur Grenze des ihm von der Bürgerschaft zur Verfügung gestellten Betrages sowie Veräußerungen von Staatsgut zu genehmigen. In dringenden Fällen ist er befugt, gesetzliche Vorschriften bis zu anderweitiger Verfügung der Bürgerschaft zu erlassen.

Der wachsende Best. besteht ausschließlich aus den Sitzungsniederschriften von 1952 bis 1987 und den Mitteilungen des Senats an den Bürgerausschuß.

(Bü)

122 AUSSERORDENTLICHE VOLKSVERTRETUNG

122-1 Konstituante von 1848

1848-1849; 5,0 m; vorläufiges Verzeichnis

1848 faßten Senat und Erbgesessene Bürgerschaft den Beschluß, eine Konstituante zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch allgemeine, gleiche und direkte Wahlen einzurichten. Der im Juli 1849 von der Konstituante verabschiedete Verfassungsentwurf wurde als zu radikal abgelehnt. Mit seiner Überarbeitung beauftragten Rat und Erbgesessene Bürgerschaft am 27.09.1849 eine sogenannte Neunerkommission aus 4 Senats- und 5 Bürgerschaftsmitgliedern. Deren Entwurf trat durch fehlende Einführungsgesetze ebenfalls nicht in Kraft. Die Konstituante vertagte sich am 02.05.1850 auf unbestimmte Zeit und wurde noch im gleichen Jahr durch Rat- und Bürgerschluß formell aufgelöst.

Der Best. enthält außer dem Namensverzeichnis aller Deputierten das Protokoll der konstituierenden Versammlung sowie der Vorbereitungskommission und Berichte der Ausschüsse. Daneben sind Protokolle der Abteilungen der Konstituante, Eingaben, Verhandlungen mit dem Senat und Wahlunterlagen zur Konstituante und zur Nationalversammlung in Frankfurt sowie der Verfassungsentwurf vom 11.07.1849 erhalten.
(Bü)

122-2 Arbeiter- und Soldatenrat

1918-1919; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

Am 06.11.1918 bildete sich im Zuge der revolutionären Ereignisse auch in Hamburg ein Arbeiter- und Soldatenrat. Er erklärte am 13.11.1918 Senat und Bürgerschaft für abgesetzt, ließ beide aber zur Aufrechterhaltung der Verwaltung am 18.11.1918 bedingt wieder zu. Parallel zum Revolutionsverlauf im Reich verlor er immer mehr an Einfluß und beendete am 24.03.1919 mit dem Zusammentritt der neugewählten Bürgerschaft seine Tätigkeit.

Der Best. setzt sich aus den Sitzungsprotokollen des Rates der Zeit vom 11.11.1918-24.03.1919, aus Niederschriften über Beratungen mit dem Senat und anderen Gremien, den Sitzungsprotokollen des Soldatenrates, der Vollversammlungen des Großen Arbeiterrates und anderer revolutionärer Organe zusammen. Der Schriftverkehr des Zentralsekretariats enthält auch Korrespondenzen mit der provisorischen Reichsregierung (Rat der Volksbeauftragten) und anderen Berliner und Hamburger Dienststellen. Eine Zeitungsausschnittsammlung ergänzt den Best.
(Bü)

122-3 Arbeiterrat Groß-Hamburg

1919-1933; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

Der Arbeiterrat Groß-Hamburg wurde am 23.03.1919 von den Arbeiter- und Soldatenräten von Hamburg, Altona und Wandsbek gewählt. Laut Art.66 der Verfassung von 1921 erhielt er die Aufgabe als öffentlich-rechtliche Vertretungskörperschaft bei der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben und bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mitzuwirken. Er wurde zur Beratung sozial- und wirtschaftspolitischer Gesetzes- und Verordnungsentwürfe hinzugezogen, soweit sie Arbeitnehmerinteressen betrafen. Neben der 400 Abgeordnete umfassenden Vollversammlung gab es einen Vorstand und verschiedene Kommissionen. Am 19.04.1933 wurde der Rat durch Gesetz aufgelöst.

Der Best. enthält Unterlagen zur Entstehung und Organisation des Rates, Sitzungsprotokolle des Vorstandes, Mitgliederverzeichnisse und Kommissionsunterlagen, Schriftwechsel zu Sozial- und Wirtschaftspolitik mit einer Vielzahl von Einzelfällen.
(Bü)

122-4 Beamtenrat

1918-1933; 3,0 m; Bestandsverzeichnis

Der Beamtenrat war eine von 12 berufsständischen Vertretungen, die sich während der Novemberrevolution bildeten und vom Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt wurden. Seine Aufgaben entsprachen in etwa denen eines Personalrates. Der Senat bestellte ihn 1923 als ständige Vertretung der hamburgischen Beamten und Angestellten. Im Juni 1933 wurde er durch Gesetz aufgelöst.

Der Best. enthält neben einem allgemeinen Teil (Programme, Mitgliederverzeichnisse, Protokolle und Schriftwechsel mit Gewerkschaften und Organisationen) Unterlagen zu den speziellen Aufgaben wie z.B. Mitwirkung des Beamtenrates bei der Reform der Verfassung und Verwaltung sowie die Behandlung beamtenrechtlicher Fragen. Daneben gibt es eine Vielzahl von Einzelfallakten zu Fragen der Ausbildung, Besoldung, Fürsorge und Rechtshilfe.
(Bü)

122-5 Ratsherrenkanzlei

1938-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

45 Ratsherren wurden nach der Einführung des Groß-Hamburg-Gesetzes durch den Reichsstatthalter am 02.03.1938 für die Gemeindeverwaltung berufen. Sie standen dem Reichsstatthalter als Berater zur Seite und hatten seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen. Sie waren nicht mit den Beigeordneten (Senatoren) identisch. Aus Ratsherren und berufenen Bürgern bestanden Beiräte zur bera-

tenden Mitwirkung in verschiedenen Verwaltungen. Der Repräsentant der Ratsherren war der Älteste. Die Ratsherren wurden nach der Kapitulation 1945 durch den Bürgermeister entlassen.

Im ersten Teil des Bestandes sind die Ratsherrenordnung von 1938 und Berufungsangelegenheiten überliefert. Aus der Tätigkeit des Ratsherrenältesten in den Jahren 1938-1939 finden sich Dienst- und Geschäftsanweisungen für die Kanzlei und Niederschriften über dessen Besprechungen. Der dritte Teil enthält Ordnungen für die Beiräte. Der Schwerpunkt des Bestandes wird durch die Protokolle der Ratsherrenberatungen gebildet; sie waren bis 1940 öffentlich. Die Niederschriften und Vorlagen der nichtöffentlichen Beratungen sind nur lückenhaft überliefert. Vorgänge in Personal- und NSDAP-Angelegenheiten gelangten nicht an das Staatsarchiv.
(Bü)

13 ALLGEMEINE UND INNERE STAATSVERWALTUNG

131 ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

131-1 I Senatskanzlei - Gesamtregistratur I

<18. Jh. - 1910>; 18.Jh.-1927; 46,8 m; Bestandsverzeichnis
Eine eigene Kanzleiregistratur neben der des Senats entstand erst im 19. Jh. Es wurden jedoch schon früher Senatsbeschlüsse, Kanzleiinstruktionen und Dokumente, die aus der Kanzleitätigkeit entstanden, gesammelt. Hinzu kamen an den Senat gerichtete Requisitionsschreiben und Suppliken, Protokollreihen vorgenommener Beglaubigungen und Schiffspapiere. Die Senatskanzlei hatte nämlich bis 1866 die Aufgaben des späteren Schiffsregisteramtes inne.

Der Best. ist in Organisation und Verwaltung, Senatsgeschäfte und Kanzleigeschäfte gegliedert. Er endet mit der Neugliederung der Verwaltung infolge des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung vom 19.11.1926.
(Bü)

131-1 II Senatskanzlei - Gesamtregistratur II

<1945->; (1831) 1840-1991; 148,6 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Die Senatskanzlei trat 1945 als Senatsamt die Nachfolge der Staatsverwaltung an. Sie unterstützt den Senat bei der Wahrnehmung seiner Pflichten und Aufgaben. Sie wird bis heute tätig im Verkehr des Senats mit der Bürgerschaft, mit anderen Landes- und Bundesbehörden, der Bundesregierung und dem Bundesrat sowie mit den konsulari-

schen Vertretungen fremder Staaten, in Angelegenheiten der staatlichen Repräsentation und der Senatsaufsicht auf verschiedenen Gebieten. Dazu gehört die Öffentlichkeitsarbeit, die Finanz- und Aufgabenplanung und die Koordinierung der politischen Bildung. Zum Teil sind Akten der Rathausverwaltung hier integriert.

Der wachsende Best. folgt in seinem Aufbau dem Aktenplan der Senatskanzlei.

Hinweis: 131-22

(Bü)

131-2 Senatskanzlei - Protokolle und Drucksachen (des Senats)

1921-1995; 96,2 m; Bestandsverzeichnis
Zur Aufnahme der Senatsprotokolle und der damit zusammenhängenden Schriftstücke der Jahre 1929 ff. wurde ein eigener Best. eingerichtet. Frühere Protokolle befinden sich im Best. 111-1. Um die Kontinuität der Überlieferung zu wahren, wurden trotz erheblicher inhaltlicher und formeller Unterschiede auch die Protokolle und Drucksachen aus der nationalsozialistischen Zeit in dieser Aktenreihe belassen.

Zum wachsenden Best. gehören im Teil A die Tagesordnungen, Protokolle und Drucksachen der Senatssitzungen, Senatskommissionsbeschlüsse und Senatsbeschlüsse im Verfügungswege. Im Teil B sind Verwaltungsberatungen der Jahre 1936-1947 zusammengefaßt. Teil C beinhaltet eine Sammlung von Gesetzen und Verordnungen der Jahre 1942 bis zur Gegenwart, Teil D die Namensverzeichnisse der mit der Hamburgischen Rettungsmedaille und anderen Auszeichnungen geehrten Personen. Teil E enthält die Niederschriften der Staatsrätebesprechnungen ab 1968.
(Bü)

131-3 Senatskanzlei - Verwaltungsabteilung

<1910-1945>; 1860-1945; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Verwaltungsabteilung der Senatskanzlei übernahm neben der Zentralabteilung die Akten aller Senatsreferenten. Sie erhielt 1920, nachdem die Aktenverwaltung für den Senat in Fachabteilungen aufgegliedert wurde, eine neue Registratur, die bis Mai 1945 weitergeführt wurde. Umfang und Wert dieser Registratur haben - trotz der Übernahme älterer Vorgänge - infolge des zunehmenden Kompetenzschwundes der Verwaltungsabteilung stark abgenommen. Ihr verblieben überwiegend Kanzleiaufgaben.

Der Best. enthält neben der Überlieferung zur allgemeinen Organisation und Geschäftsführung der Kanzlei auch Angelegenheiten des Bürgermeisters und des Reichsstatthalters (1928-1944), Stiftungsangelegenheiten (1860-1930) und Schriftverkehr mit dem Deutschen Städtetag (1920-1945). Bemerkenswert ist der insbesondere mit der Militärregierung geführte Schriftverkehr über den Wiederaufbau der Verwaltung

im Jahre 1945. Hierin sind auch vom Bürgermeister angeforderte Tätigkeitsberichte der Verwaltungen enthalten.

Hinweis: Ältere Vorgänge s. 131-1 I; gleichzeitige Vorgänge, insbesondere ab 1933 s. 131-4 und 131-10 I und II
(Ga)

131-4 Senatskanzlei - Präsidialabteilung

<1928-1945>; 1928-1945; 24,0 m; Bestandsverzeichnis
Die 1928 in der Senatskanzlei geschaffene Präsidialabteilung war aktenführende Stelle für alle Angelegenheiten, die der Regierung oder Verwaltungsspitze durch die Verfassung oder durch Gesetze oblagen. Das waren insbesondere die Repräsentation des Staates, Aufgaben der obersten Verwaltungsbehörde und Verhandlungen mit auswärtigen Instanzen. Der Aufgabenkatalog wurde nach 1933 eingeschränkt, als die Präsidialabteilung als Präsidialstelle in das Staatsamt eingegliedert und 1938 der Verwaltungsabteilung des Hauptverwaltungsamtes unterstellt wurde.

Inhaltliche Schwerpunkte des Best. bilden: Regierungs- und Repräsentationsangelegenheiten (Senat, Landesregierung, Verfassungs- und Hoheitsangelegenheiten, Bürgerschaft, Militärangelegenheiten, Veranstaltungen und Feiern, Ehrungen und Auszeichnungen, Patenschaften), Verwaltungsaufgaben der unmittelbaren Senatsverwaltung, Angelegenheiten ständiger Senatskommissionen und Angelegenheiten aus folgenden Fachverwaltungen: Finanzwesen, Wirtschaft und Verkehr, Polizei und Verfassungsschutz, Luftschutz, Fürsorgewesen, Schul- und Kulturwesen, Religionsgesellschaften, Garten- und Friedhofswesen, Landherrenschaft und Justizwesen.
(Ga)

131-5 Senatskanzlei - Verwaltungsbeschwerden

1928-1969; 6,0 m; Bestandsverzeichnis
Die seit 1928 beim Senat eingerichtete Beschwerdestelle führte ab 1938 die Bezeichnung Einspruchstelle. Nachdem sie im Mai 1945 zunächst der Hauptverwaltung eingegliedert worden war, bestand sie bis zum 04.07.1945 als selbständiges Amt fort. Am 22.11.1949 wurde die Einspruchstelle unter Übertragung ihrer Aufgaben auf die Senatskommission für Verwaltungsbeschwerden aufgehoben. Seit 1964 wurden die Verwaltungsbeschwerden vom Rechtsamt bearbeitet.

Der ursprünglich mehr als 25.000 Beschwerden umfassende Best. ist durch Kassationen stark dezimiert worden. Aufbewahrt wurden Akten zur Organisation und Verwaltung der Einspruchstelle bzw. Senatskommission, Sachbearbeiterunterlagen, insbesondere Sammlungen von Vorschriften, von eigenen und fremden Entscheidungen sowie sonstiges Material für die Bearbeitung der Beschwerdesachen, und eine Aus-

wahl von zeittypischen Einzelfall-Beschwerdeentscheidungen.

Hinweis: Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten 1928-1945 s. 131-4
(Ga)

131-6 Staatsamt

<1933-1938>; 1933-1939; 3,7 m; Bestandsverzeichnis
Nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten im März 1933 wurde die Senatskanzlei zunächst unter dieser Bezeichnung weitergeführt. Im November 1933 erfolgte die Umbenennung in Staatsamt. Ausdehnungen des Geschäftsbereichs durch die Angliederung der Vertretung Hamburgs in Berlin (1934) und die Übernahme der Landesregierung durch den Reichsstatthalter (1935) führten dazu, daß 1937 das Staatsamt aus sechs Abteilungen bestand, dem die Vertretung in Berlin und das Büro des Reichsstatthalters in Hamburg - Senat angegliedert waren. Mit Wirkung vom 01.04.1938 endete die Tätigkeit des Staatsamtes. Nachfolgeeinrichtungen wurden das Zentralbüro des Reichsstatthalters in Hamburg, einzelne Abteilungen der Staatsverwaltung und das Hauptverwaltungsamt der Gemeindeverwaltung.

Die im Staatsamt erwachsenen Akten wurden - soweit sie nicht von Nachfolgeeinrichtungen übernommen oder bei Kriegsende vernichtet wurden - im Staatsarchiv zu den schon eingerichteten Best. 131-2, 131-3, 131-4, 131-10 I, 131-10 II, 132-1 II, 134-1 und 135-1 I-IV genommen. Aus dem verbliebenen Rest wurde der vorliegende Best. formiert. Er enthält im wesentlichen Durchschläge des Schriftverkehrs hamburgischer Behörden mit Reichsbehörden oder sonstigen auswärtigen Dienststellen.
(Ga)

131-7 Senatskanzlei - Militäranwärterabteilung

<1882-1923>; 1868-1928; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Der Senatskanzlei wurden 1882 die Funktionen einer Zentralstelle für die Bewerbungen der Militäranwärter übertragen. Akten über Militäranwärterangelegenheiten hatte die Senatskanzlei bereits seit 1868 für die Militärkommission des Senats geführt. Neben der Senatsaktenregistratur in Militäranwärterangelegenheiten entstand zudem eine Zentralstellenregistratur, in die insbesondere Einzelfälle eingeordnet wurden, die den Senat nicht beschäftigt hatten. Beide Registraturen wurden 1923 aufgelöst.

Alle Einzelfallakten aus der Zentralstellenregistratur wurden vernichtet; aus der Senatsaktenregistratur wurde der vorliegende Best. gebildet, der Unterlagen allgemeiner Art (Gesetze, Reglements und Verfügungen), Stellenverzeichnisse, Anstellungsanforderungen und -gesuche enthält.

Hinweis: 342-1
(Ga)

131-8 Senatskommission für den höheren Verwaltungsdienst

<1889-1935>; 1888-1946; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Senatskommission wurde 1889 zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten des höheren Verwaltungsdienstes eingesetzt. 1921 wurde die Tätigkeit auf die bautechnischen Beamten des höheren Verwaltungsdienstes und die bei den Behörden beschäftigten Diplomingenieure ausgedehnt. 1933 gingen ihre Funktionen auf das Staatsamt und das Hauptverwaltungsamt über. Die Registratur wurde offensichtlich bis 1945 weitergeführt.

Der Best. enthält Material zur Verwaltung der Kommission selbst; weitere Unterlagen betreffen allgemeine Angelegenheiten der Laufbahn des höheren Verwaltungsdienstes, Aus- und Fortbildung, den juristischen und den technischen höheren Dienst sowie die Behandlung von Einzelfällen (1909-1945).
(Ga)

131-9 I Senatskommission für die Angelegenheiten der Staatsarbeiter I

<1905-1922>; 1900-1923; 1,8 m; Bestandsverzeichnis

Die 1907 begründete Senatskommission setzte die Arbeit der Beamtenkommission fort, die seit 1900 über die Lohnangelegenheiten der mit Arbeiterpersonal stark besetzten Behörden beriet. Sie bestand bis 1933. Danach wurden ihre Geschäfte vom Staatsamt wahrgenommen.

Das Schriftgut der Senatskommission gliedert sich in zwei Registraturabschnitte. Der erste umfaßt im wesentlichen den Zeitraum 1905-1922 (131-9 I), der zweite reicht von 1923-1935 (131-9 II). Die beiden Teilbestände enthalten Unterlagen zu allen Aspekten der tarif- und personalrechtlichen sowie organisatorischen Angelegenheiten der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Hinweis: Angelegenheiten, die im Senat behandelt wurden s. 111-1 (Cl. VII Lit. Sb Nr. 70 b)
(Ga)

131-9 II Senatskommission für die Angelegenheiten der Staatsarbeiter II

<1923-1935>; 1906-1937; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

siehe 131-9 I

131-10 I Senatskanzlei - Personalabteilung I

<1928-1935>; 1922-1939; 5,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Personalverwaltung für den öffentlichen Dienst war der gemeinsamen Zuständigkeit des Senats und der nachgeordneten Verwaltungen übertragen. Grundsätzliche

Fragen blieben dem Senat vorbehalten, der die Ausführung Senatsreferenten oder -kommissionen überwies. Als schriftgutverwaltende Stelle fungierte die Senatskanzlei. Die älteren Angelegenheiten befinden sich alle im Best. 111-1.

Der Best. enthält Überlieferungen des Beamtenreferats (Organisation, Beamtenrecht, Besoldungsfragen, Versorgungsanwärter) und des Angestelltenreferats (Verwaltungsorganisation und Vorschriften, Vergütungen, Tarifangestellte, Ärzte und Pflegepersonal, wissenschaftliches Personal, Angestellte von Körperschaften, nichtvollbeschäftige Angestellte, Versorgung und Versicherung der Angestellten).
(LS)

131-10 II Senatskanzlei - Personalabteilung II

<1935-1945>; (1917) 1930-1947 (1953); 25,0 m; Bestandsverzeichnis
Grundsatzfragen des Verwaltungspersonals wurden ursprünglich von der Senatskanzlei und den Senatskommissionen für den höheren Verwaltungsdienst und die Angelegenheiten der Staatsarbeiter behandelt. 1933 wurden die Kommissionen aufgehoben und Senatskommissare für Verwaltungsreform, Beamten- und Angestellten- bzw. Staatsarbeiterangelegenheiten eingesetzt; schon 1934 kam deren Aufgabe an das Staatsamt und wurde hier als Personalabteilung (seit 1936: Abteilung II) angesiedelt. 1938 wurde der Personalabteilung die Zuständigkeit für Organisationsfragen entzogen. Auch nach der organisatorischen Trennung behielten beide Abteilungen den gleichen Aktenplan.

Der Best. enthält im wesentlichen Material zum Geschäftsbetrieb, zur Personalverwaltung und Verwaltungsorganisation, worunter die Organisation der Gemeindeverwaltung vor 1938 und die Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes Schwerpunkte bilden.
(LS)

131-11 Personalamt (- Gesamtregistratur)

1945-1992; 192,5 m; Kartei, Ablieferungsverzeichnis
Das Personalamt ging aus dem Hauptverwaltungsamt der Gemeindeverwaltung hervor und wurde ab August 1945 als selbständiges Amt geführt. Mit Wirkung vom 01.04.1947 hatte es den Status eines Senatsamtes. Mit dem Organisationsamt wurde es am 01.01.1968 zum Senatsamt für den Verwaltungsdienst zusammengefaßt. Es nimmt die Aufgaben des Senats als oberste Landes- und Verwaltungsbehörde für Personalangelegenheiten von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung wahr. Dazu gehören Fragen des Rechtes des öffentlichen Dienstes, Personalauswahl, -entwicklung und -management. Das Personalamt ist oberste Dienstbehörde im Sinne des Dienstrechts, Einleitungsbehörde im Sinne des Disziplinarrechts sowie Sozialpartner im Tarifrecht. Ihm sind u.a. die Besoldungs- und Versorgungsstelle, der Personalärzt-

liche Dienst und die Verwaltungsschule unterstellt.

Der wachsende Best. ist dem Aktenplan des Personalamtes entsprechend aufgebaut.
(Bü)

131-12 Senatskommission für die Verwaltungsreform

<1920-1933>; 1920-1933; 2,7 m; Bestandsverzeichnis

Die Senatskommission für die Verwaltungsreform wurde im April 1920 eingesetzt. Ihre Aufgabe war die Verminderung der Ausgaben durch Personaleinsparung und die Vereinfachung des behördlichen Geschäftsganges. Den Höhepunkt ihrer Tätigkeit bildet die Vorbereitung des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung vom 19.11.1926, in dem die bis heute gültigen Grundzüge des Verwaltungsaufbaus Hamburgs festgelegt sind. Die Kommission wurde im September 1933 aufgehoben.

Der lückenhaft überlieferte Best. enthält neben Unterlagen zur Reform der Verwaltungsorganisation und des Dienstbetriebes auch Stellenplan- und Dienstverhältnisangelegenheiten sowie statistisches Material.
(Bü)

131-13 Organisationsamt

(1938-) 1945-1992; 35,0 m; vorläufiges Bestandsverzeichnis

Das Organisationsamt ist aus der Personalabteilung des Staatsamtes hervorgegangen. 1938 wurde es eine selbständige Abteilung des Hauptverwaltungsamtes, ab 1944 unter der Bezeichnung Organisationsamt der Hauptverwaltung. Nach Kriegsende 1945 für kurze Zeit dem Rechtsamt unterstellt, wurde das Organisationsamt im April 1946 ein selbständiges Amt der Verwaltung, im April 1947 ein Senatsamt. Am 01.01.1968 wurde es mit dem Personalamt zum Senatsamt für den Verwaltungsdienst zusammengefaßt. Im Januar 1996 wurde dieses Senatsamt aufgelöst. Die Aufgaben des Organisationsamtes nehmen seitdem zwei Ämter der Finanzbehörde wahr: das “Amt für Haushalt und Aufgabenplanung” und das “Amt für Organisation und zentrale Dienste”. Das Organisationsamt war hauptsächlich zuständig für die Organisationsplanung und Gliederung der gesamten Verwaltung, Feststellung des Personalbedarfs, Fragen der Bürotechnik und Rationalisierung, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV), Führung des Stellenplans, Raumbedarfsplanung und Wirtschaftlichkeitsprüfungen.

Neben Akten über Organisationsangelegenheiten beinhaltet der wachsende Best. zur Hauptsache Stellenplanakten der Ämter und Behörden, die hier zentral für die gesamte hamburgische Verwaltung verwahrt wurden. Durch die Sturmflut 1962 hat es in der Registratur des Organisationsamtes starke Verluste bei den Stellenplanakten 1945-1948 gegeben. Unterlagen des Organisationsamtes über die Anfänge des Einsatzes der Automatisierten Datenverarbeitung bzw. Informations- und Kommunikationstechnik

(IuK) sind zum Bestand 311-4 Finanzbehörde - Amt für Organisation und zentrale Dienste formiert worden.
(Ga)

131-14 Verbindungsstelle zur Militärregierung

1945-1950; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Auf Wunsch der Militärregierung wurde im Juni 1945 im Gebäude der Militärregierung eine hamburgische Verbindungsstelle eingerichtet, die die Kontakte zwischen der Militärregierung und dem Bürgermeister koordinierte. Mit zunehmender Einschränkung der Besatzungsbefugnisse gingen die Aufgaben der Verbindungsstelle zurück. Am 01.08.1950 wurde sie in das Rathaus verlegt; bald darauf wurden ihre Aufgaben von der Senatskanzlei (Referat: Besatzungsangelegenheiten) wahrgenommen.

Der Best. enthält Protokolle der Besprechungen zwischen der Militärregierung und dem Bürgermeister, Brieftagebücher sowie zwei Kopieserien des Schriftwechsels des Bürgermeisters mit der Militärregierung. Daneben finden sich Informationen über Zu- und Abgänge von Verwaltungsbediensteten in Hamburg (1945-1947). Die Protokolle und die chronologisch gereihten Schriftwechselserien sind durch ein Schlagwortverzeichnis erschlossen.

Lit.: Akten der Britischen Militärregierung in Deutschland 1945-1955. 11 Bände. München 1993
(Ga)

131-15 Senatskanzlei - Personalakten

1846-1981; 29,9 m; Bestandsverzeichnis
Der wachsende Best. umfaßt die Personalakten der Senatsämter und des höheren Verwaltungsdienstes, soweit sie von der Senatskanzlei bzw. vom Personalamt geführt wurden.
(Ga)

131-17 Prüfungskommission für den Verwaltungsdienst

1896-1945; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Die 1896 erlassene Prüfungsordnung für die Bürobeamten des unteren Verwaltungsdienstes sah deren Prüfung vor einer zentralen, für alle Behörden zuständigen Prüfungskommission vor.

Der Best. enthält neben allgemeinen Unterlagen zur Prüfung für den unteren und mittleren Verwaltungsdienst eine Auswahl von Prüfungsakten.
(Bü)

131-18 Personalamt-Prüfungsarbeiten

1946-1988; 0,7 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Der wachsende Best. enthält aus jedem Prüfungsjahrgang des mittleren (ab 1947) und gehobenen Verwaltungsdienstes (ab 1946) jeweils eine der besten und eine der schlechteren Prüfungsarbeiten.
(Bü)

131-19 Pensionskassendeputation

1834-1903; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Für die Versorgung der Hinterbliebenen der Beamten und Offizianten des Hamburgischen Staates wurde 1833 die Pensionskasse ins Leben gerufen. Für die Verwaltung der Pensionskasse wurde eine aus Senats- und Bürgerschaftsmitgliedern, Kämmereibürgern und Oberalten bestehende Deputation eingesetzt. Mit der Übernahme der Versorgung der Hinterbliebenen durch den Staat seit dem 01.01.1904 wurde die Tätigkeit der Deputation beendet.

Der Best. enthält neben Protokollen u.a. Verwaltungsunterlagen die Gesuche um Ein- oder Austritt sowie Mitgliederverzeichnisse.

Hinweis: 111-1 (Cl.VII Lit.Cc Nr.10)
(Bü)

131-20 Kommission zur Überprüfung von Verbesserungsmöglichkeiten in der Hamburger Verwaltung

1980-1981; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Kommission wurde 1980 eingesetzt, um Fragen des Verwaltungsaufbaus und der Verteilung von Aufgaben, der Steuerung, Kontrolle und Information, der Eigenverantwortung, Fortbildung und Mobilität der Mitarbeiter und der Aufgabenstellung des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst sowie der Organisationsstellen der Einzelbehörden zu prüfen. Die zehnköpfige Kommission legte Ende 1981 dem Senat ihren Bericht vor.

Der Best. setzt sich aus Akten zur Probleminventur, zur Informationsaufnahme und -auswertung (u.a. Gespräche mit verschiedenen Stellen sowie Befragungen von Bürgern und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes), Gutachten und Presseberichterstattung, schließlich auch zur Auswertung und Umsetzung des Berichtes zusammen.
(LS)

131-21 Senatskanzlei - Planungsamt

1964-1986; 131,0 m; vorläufiges Verzeichnis; z.T. unverzeichnet

Das Planungsamt, später erweitert zum Planungsstab, unterstützt den Senat bei der Konzeption, Lenkung und Koordination der Aufgabenerfüllung. Der Planungsstab ist u.a. zuständig für die Aufstellung des mittelfristigen Investitionsplanes, die Stadtentwicklungs- und Strukturpolitik und die überregionale Raumplanung. Er wirkt an der Vorbereitung von Vorhaben besonderer Tragweite mit und berät den Ersten Bürgermeister in allen Sachfragen. In den 1980er Jahren erfolgte zwischenzeitlich eine Zusammenlegung mit dem Staatsamt, wobei die eigenständige Registratur beibehalten wurde.

Der wachsende Best. enthält Sachakten zu allen Aufgabengebieten.

Hinweis: 131-1 II

(Bü)

131-22 Rathausverwaltung

(1886) 1893-1978 (-1992); 2,2 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. enthält Akten aus dem Bereich der Rathausverwaltung, die außerhalb der Registratur der Senatskanzlei geführt wurden. Es handelt sich um eine lückenhafte, z.T. aus Handakten bestehende Überlieferung zu folgenden Betreffen: Rathauspersonal, äußerer Bauschmuck und Gestaltung der Innenräume, Inventar, Kunst- und Wertgegenstände, Veranstaltungen und Besichtigungen, technische Einrichtungen. Die Akten beziehen sich zum größten Teil auf das neue, 1897 eingeweihte Rathaus.

Hinweis: 111-1; 131-1 II; 322-1

Lit.: Hans-Jürgen Brandt, Das Hamburger Rathaus. Eine Darstellung seiner Baugeschichte und eine Beschreibung seiner Architektur und künstlerischen Ausschmückung, Hamburg 1957

(Bü)

131-23 Verwaltungsschule (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung)

1945-1990; 10,0 m; Ablieferungsverzeichnis

Im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes wurde nach älteren Vorbildern am 01.10.1938 bei der Personalabteilung des Hauptverwaltungsamtes (heute Personalamt) die Verwaltungsschule zur Ausbildung des Verwaltungsnachwuchses errichtet. Bis 1978 war sie für die theoretische Ausbildung der Beamten des gehobenen und mittleren Dienstes sowie für Angestellte der allgemeinen Verwaltung zuständig. Mit der Gründung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung im Jahre 1978 für den gehobenen Dienst verblieben der Verwaltungsschule die Auszubildenden für den mittleren Dienst. Für diese ist die Verwaltungsschule gleichzeitig Berufsschule. Für

die praktische Ausbildung sind die Senatsämter, die Fachbehörden und Bezirksämter zuständig.

Der wachsende Best. enthält Unterlagen zur Organisation des Schulbetriebes der Verwaltungsschule und der Fachhochschule.
(Ga)

131-24 Der Beauftragte der Freien und Hansestadt Hamburg in Mecklenburg-Vorpommern

1990-1992; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Die zum Geschäftsbereich der Senatskanzlei gehörende Dienststelle des Beauftragten der Freien und Hansestadt Hamburg in Mecklenburg-Vorpommern wurde im November 1990 in Schwerin eingerichtet, um die Chancen und Interessen Hamburgs wahrzunehmen, die sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands ergaben. Am Ende des Jahres 1992 wurde sie aufgelöst.

Der Best. enthält neben Akten, die die Organisation und Verwaltung der Dienststelle betreffen, vor allem Unterlagen über die hamburgischen Hilfen beim personellen und strukturellen Aufbau der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern sowie über Kontakte vornehmlich im kommunalen Bereich.

Lit.: Heinz Liebrecht, Ein Hamburger in Schwerin 1990-1992, in: Festschrift für Horst Gronemeyer zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Harald Weigel, Herzberg 1993, S. 571-594
(Ga)

132 AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

132-1 I Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten I

<1896-1919>; (1864-) 1894-1919 (-1933); 46,5 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Aktenverzeichnis
Band 2: Register, Konkordanz

Die Kommission trat 1896 an die Stelle der Verwaltungsabteilung für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten und erhielt 1903 eine eigene Kanzlei. Ihre Aufgabe war die Wahrnehmung der Angelegenheiten, die seitens des Reichs, der anderen Bundesstaaten des Reichs und auswärtiger Mächte (zumeist über die diplomatischen Vertretungen) anfielen.

Die Akten informieren über: Beziehungen zum Reich, zu den Bundesstaaten und auswärtigen Mächten, Finanzwesen, Wirtschafts- und Verkehrsangelegenheiten,

Justiz-, Polizei- und Militärangelegenheiten sowie Kultur- und Wohlfahrtsangelegenheiten; es gibt eine Kriegsakten-Gruppe.
(LS)

132-1 II Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten II

<1919-1933>; 1917-1949; 31,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Registratur wurde mit dem Beginn der Weimarer Republik nach einem Registraturschnitt neu strukturiert und bis 1933 fortgeführt, obwohl die Kommission durch die Reform der Staatsverwaltung 1928 in das "Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten" umgewandelt wurde. 1933 führte die Konsularabteilung des Hamburgischen Staatsamts die verbleibenden Aufgaben fort, bis sie 1938 als Abteilung 2 der Staatsverwaltung zugeordnet wurde. Als solche blieb sie bis 1945 in Funktion.

Die Akten der Senatskommission und des Staatsamtes sind im Mai 1938 an das Staatsarchiv abgeliefert worden, soweit sie für die Abteilung 2 der Staatsverwaltung entbehrlich waren. Die dort verbliebenen älteren und die später entstandenen Akten wurden kurz vor der Kapitulation fast vollständig vernichtet. Die Gliederung des Best. entspricht der des Best. 142-1 I.
(LS)

132-5 HANSEATISCHE UND HAMBURGISCHE DIPLOMATISCHE VERTRETUNGEN

132-5/1 Hamburgische Residentur Berlin

<bis 1859>; 1820-1859 (1863); 1,4 m; Bestandsverzeichnis
1819 wurde der erste hamburgische Ministerresident in Berlin ernannt. 1859 erfolgte die Umwandlung der hamburgischen Vertretung in eine Hanseatische Gesandtschaft.

Aus den Anfängen der Residentur hat sich - bis auf ein Paßprotokoll - nichts erhalten. Erst der seit 1856 amtierenden Ministerresident Dr. Geffcken ordnete die Registratur seiner Residentur. Er faßte die älteren, bis etwa 1859 reichenden hamburgischen Vorgänge zusammen, die den vorliegenden Best. bilden. Die Unterlagen betreffen allgemeine Verwaltungsangelegenheiten der Residentur und der unterstellten Konsulate, Instruktionen und Berichte, und den diplomatischen Schriftwechsel in verschiedenen Angelegenheiten, insbesondere in Schiffahrts-, Handels-, Zoll-, Post-, Eisenbahn-, Rechts- und Polizeiangelegenheiten.
(Ga)

132-5/2 Hanseatische Gesandtschaft Berlin

1859-1919; 19,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Umwandlung der Hamburgischen Residentur in eine Hanseatische Gesandtschaft erfolgte auf Vorschlag des hamburgischen Geschäftsträgers Dr. Geffcken 1859. Die Hanseatische Gesandtschaft wurde am 30.06.1920 aufgelöst. Hamburg und Lübeck unterhielten seitdem wieder eigene Vertretungen in Berlin.

Der vorliegende Best. besteht aus zwei Teilen. Die Ältere Registratur umfaßt im wesentlichen die bis zum Tode des Ministerresidenten Dr. Krüger 1896 geführten Akten. Die von 1897-1920 in der Gesandtschaft in Gebrauch befindliche Registratur bildet den Kern der Neueren Registratur, die in Reichs- und Bundesratssachen sowie Gesandtschaftssachen unterteilt ist. Das Registraturgut wurde nach den Betreffen auf die beteiligten Hansestädte aufgeteilt. Gemeinschaftliche Sachen sind nach Hamburg und nach Lübeck gelangt. Daher ist eine starke Zersplitterung der Registraturzusammenhänge gegeben. Dem Bestandsverzeichnis ist zu entnehmen, welche Akten oder Aktenteile sich in Lübeck befinden.
(Ga)

132-5/3 Hamburgische Gesandtschaft in Berlin

<ab 1919>; 1915-1930; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Neuordnung der Beziehungen der deutschen Länder nach der Reichsverfassung von 1919 führte zur Auflösung der Hanseatischen Gesandtschaft in Berlin. Reichsregierung und Länder einigten sich darauf, untereinander keine Gesandtschaften mehr zu unterhalten. Schon ab 1919 hatte es neben der Hanseatischen Gesandtschaft eine provisorische Vertretung Hamburgs in Berlin gegeben, die anfangs von verschiedenen Senatoren geleitet und Gesandtschaft genannt wurde. Ab 1925 amtierte ein Gesandter ständig in Berlin. Im Februar 1934 wurde die Gesandtschaft in Geschäftsstelle Berlin des Hamburgischen Staatsamts umbenannt, im April 1934 erhielt sie den Namen Vertretung Hamburgs in Berlin. Sie bestand bis Mai 1945.

Der Best. besteht nur aus 68 Akten unterschiedlichen Inhalts, die im März 1939 ins Staatsarchiv gelangten. Das Gebäude der Vertretung wurde im November 1943 durch Bomben völlig zerstört, die Registratur vernichtet.
(Ga)

132-5/4 Hamburgischer Bevollmächtigter beim Bundesrat in Berlin

1866-1919; 10,0 m; Bestandsverzeichnis

Bürgermeister Kirchenpauer, der als Vertreter Hamburgs mit den zur Begründung des Norddeutschen Bundes zu führenden Verhandlungen in Berlin beauftragt war, wurde zum ersten Bevollmächtigten beim Bundesrat des Norddeutschen Bundes bestimmt.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches wurde es üblich, Stellvertreter (Substitute) zu benennen. Mit der ständigen Stellvertretung des Beauftragten wurden stets 2 Senatoren und der Hanseatische Gesandte in Berlin beauftragt. In der Praxis setzte es sich durch, daß der Bevollmächtigte nur zu ganz wichtigen Anlässen anwesend war, während der in Berlin ständig anwesende Gesandte die Bundesratsverhandlungen besuchte. Dem entsprechend verlagerte sich die aktenmäßige Überlieferung zunehmend auf das Gesandtschaftsarchiv. Das Archiv des Bevollmächtigten ging seit 1894 allmählich auf die Registratur der Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten über. 1901 wurden die letzten besonderen Akten des Bevollmächtigten angelegt, die Serien der Berichte reichen teilweise noch bis 1913.

Der vorliegende Best. enthält u.a. die Konzepte der Berichte des Bevollmächtigten (1866-1911,1913), Abschriften der Berichte des Hanseatischen Gesandten in Bundesratsangelegenheiten (1880-1907), Instruktionen für den Bevollmächtigten (1868-1901) und den Schriftwechsel in allgemeinen Angelegenheiten des Reiches, des Bundesrats und des Reichstages (1866-1907) sowie Sachakten in Konsulatsangelegenheiten (1867-1899) und anderen sachlich gegliederten Materien, die überwiegend den Handakten der verschiedenen Bevollmächtigten entstammen.
(Ga)

132-5/5 Gesandtschaft der vier freien Städte am Bundestag in Frankfurt am Main

1815-1866; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

Die vier dem Deutschen Bund angehörenden freien Städte Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg waren von 1815 bis zur Auflösung des Deutschen Bundes jede durch einen Gesandten am Frankfurter Bundestag vertreten, von denen abwechselnd einer die den Städten zustehende 17. Stimme führte. Eine gemeinsame Gesandtschaft gab es nicht, wohl aber bis ca. 1840 eine gemeinsame Registratur der vier freien Städte neben denen der einzelnen Gesandtschaften. Eine notwendige ständige Unterrichtung der jeweils nicht stimmführenden Gesandten führte zu Überschneidungen in der Aktenführung, so daß auch die Registratur der hamburgischen Gesandschaft eine große Anzahl der alle Städte betreffenden Vorgänge enthielt.

Die laufend ans Archiv abgegebenen Akten der älteren Hamburger Gesandtschaft am Bundestag sind 1842 verbrannt. Den vorliegenden, alle politischen Angelegenheiten des Deutschen Bundes betreffenden Best. bilden zum einen die erst 1896 abgelieferte alte Registratur der vier Städte (1815-1847), zum anderen die als eigentliches Gesandtschaftsarchiv von Senator Kirchenpauer 1852 begründete Registratur (1848-1858) und zum dritten die ab 1864 vom interimistischen Gesandten Krüger eingerichtete Registratur (1864-1866).
(Ga)

132-5/6 Hanseatische Residentur und Gesandtschaft Kopenhagen

1814-1866; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

Ein hanseatischer Agent und Generalkonsul war seit 1814 in Kopenhagen tätig. 1829 wurde er zum Ministerresidenten ernannt. Von 1848-1856 blieb die Stelle vakant. Aus Anlaß der in Kopenhagen beginnenden Verhandlungen über die Ablösung des Sundzolls entsandten die Hansestädte 1856 erneut einen ständigen Vertreter als hanseatischen Ministerresidenten und Generalkonsul dorthin. 1864 wurde die Residentur mit dem Ausbruch des deutsch-dänischen Krieges aufgehoben. Nach Kriegsende kehrte der Resident noch einmal als Gesandter in außerordentlicher Mission zurück. 1867 ging die Gesandtschaft auf den Norddeutschen Bund über.

Der Best. enthält Unterlagen über die Verwaltung der Residentur und der ihr unterstellten Konsulate, Instruktionen und Berichte sowie den amtlichen Schriftwechsel mit Lübeck, Hamburg und Bremen. Daneben finden sich diplomatische Korrespondenzen insbesondere in Zoll-, Eisenbahn-, Post- und Handelsangelegenheiten.
(Ga)

132-5/7 Hanseatische Residentur London

1804-1868; 1,2 m; Bestandsverzeichnis

Die Hansestädte wurden seit 1784 in London durch einen hanseatischen Agenten vertreten, der auch als Stahlhofmeister amtierte. 1805 mit dem Titel Resident versehen, fungierte seit 1815 der Vertreter der Hansestädte als Hanseatischer Agent, Generalkonsul und Stahlhofmeister. 1853 fiel nach dem Verkauf des Stahlhofs letzteres Amt fort. Ab 1855 vertrat ein Hanseatischer Ministerresident und Generalkonsul in London die hanseatischen Interessen bis 1868, als die Geschäfte durch die Vertretung des Norddeutschen Bundes übernommen wurden.

Nach 1868 wurden die Akten der Residentur und des Generalkonsulats auf die drei Hansestädte verteilt. Der vorliegende Best. enthält die nach Hamburg gelangten Unterlagen der verschiedenen Residenten.
(Ga)

132-5/8 Hanseatische und Hamburgische Residentur Madrid

1733-1836; 1,8 m; Bestandsverzeichnis

Die Wurzeln der Madrider diplomatischen Vertretung der Hansestädte reichen in die Mitte des 18. Jh. Um diese Zeit hatten die Agenten genannten hanseatischen Vertreter vor allem konsularische Aufgaben. 1797 wurde ein hanseatischer Ministerresident ernannt. Von 1796-1837 fungierten verschiedene Legationssekretäre der kaiserlichen, später österreichischen Gesandtschaft zugleich als hanseatische Vertreter. 1837 setzte Hamburg einen Generalkonsul in Madrid ein.

Die 1733 beginnende schriftliche Überlieferung der Madrider Residentur ist im vorliegenden Best. zusammengefaßt. Er enthält die Angelegenheiten aller drei Hansestädte, insbesondere den Schriftwechsel der Residentur mit den Senaten in Hamburg, Bremen und Lübeck, mit hanseatischen Konsulaten und mit spanischen Behörden.
(Ga)

132-5/9 Hanseatische Gesandtschaft Washington

1862-1867; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Ende 1862 wurde die Bremische Gesandschaft in Washington in eine Hanseatische Gesandtschaft umgewandelt und der amtierende Ministerresident durch die drei Städte zum hanseatischen diplomatischen Vertreter ernannt. 1865 verlegte der hanseatische Geschäftsträger seine Residenz nach New York. Nur während der Sitzungsperioden des Kongresses war er zur Anwesenheit in Washington verpflichtet. Er amtierte bis 1867.

Die Akten der Gesandtschaft gingen 1867 auf das hanseatische Generalkonsulat in New York, später auf das deutsche Generalkonsulat über und gelangten erst 1912 über das Auswärtige Amt nach Hamburg. 1952 wurden bei der Neuordnung die Unterlagen der Bremer Residentur ausgesondert und an das Staatsarchiv Bremen übersandt. Der restliche Überlieferung bildet den vorliegenden Best. und gliedert sich in: Allgemeine Gesandtschaftangelegenheiten und diplomatischer Schriftverkehr, Berichte und Instruktionen, Schriftwechsel mit den hanseatischen Konsulaten in den USA und Anträge und Anfragen von Gerichten, Behörden und Privatpersonen.
(Ga)

132-5/10 Hamburgische Residentur in Wien

1819-1865; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Von 1819-1865 bestand als hamburgische diplomatische Vertretung in Wien eine mit einem Ministerresidenten besetzte Residentur.

Der Best. enthält u.a. allgemeine Angelegenheiten der Residentur, Berichte der Ministerresidenten und Instruktionen an diese sowie diplomatischen Schriftverkehr, insbesondere mit der österreichischen Regierung.
(Ga)

132-5/11 Hamburgische Vertretung beim Bund in Bonn

1945-1990; 209,7 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Bereits 1947 wurde ein hamburgischer Beauftragter nach Frankfurt zur Gemein-

schaftlichen Wirtschaftsverwaltung für das britische und amerikanische Besatzungsgebiet entsandt. 1949 zog dieser nach Bonn um, um bei der nunmehr entstandenen Bundesregierung zu amtieren. Die Vertretung in Bonn wurde zeitweilig von höheren Beamten, Senatoren oder Staatsräten mit einem wachsenden Mitarbeiterstab wahrgenommen. Aufgabe der Vertretung ist die Mitwirkung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes (Bundesrat), Interessenvertretung gegenüber Bundesregierung, Bundestag und Europäischer Union, Berichterstattung an den Senat über die allgemeine Politik, Zusammenarbeit mit den Senatsämtern und Fachbehörden, Pflege der Beziehungen zwischen dem Senat und den Abgeordneten des Bundestages, zu den anderen Landesvertretungen sowie dem diplomatischen Corps und den in Bonn vertretenen Verbänden und Organisationen.

Der wachsende Best. setzt sich zum einen aus den 1947 beginnenden Sachakten zusammen, zum anderen aus der Serie der ab 1955 geführten, z.Zt. bis 1990 hier verwahrten Bundesratsdrucksachenakten. Diese enthalten die Drucksache selbst, Stellungnahmen der beteiligten Behörden und der Referenten der Vertretung, Senatsbeschlüsse in der jeweiligen Sache, Berichte der zuständigen Bundesratsausschüsse und anderes Material. Den dritten Teil des Bestandes bilden Akten der ständigen Vertragskommission der Länder (1955-1979).
(Ga)

132-6 HANSEATISCHE UND HAMBURGISCHE KONSULARISCHE VERTRETUNGEN

Die zur Zeit der Begründung des Norddeutschen Bundes bestehenden konsularischen Vertretungen der Hansestädte stellten 1868/69 ihre Tätigkeit ein. Ihre Aufgaben übernahm der neu aufgebaute konsularische Dienst des Bundes, wobei verschiedentlich auf bisherige hanseatische Konsuln zurückgegriffen wurde. Die Registraturen der Konsulate gingen z.T. auf die Rechtsnachfolger über und gelangten zu einem anderen Teil an die Heimatstädte. Aber auch von den späteren Reichskonsulaten gelangten hamburgische Archivalien nach und nach in das Staatsarchiv, zuletzt 1911/12. Nicht an das Staatsarchiv gelangten Archivalien von folgenden Konsulaten, deren Archive nachweislich 1868/69 an die Bundeskonsulate übergegangen waren: Archangelsk, Arendal, Bangkok, Bordeaux, Boston, Cap Haïtien, Christiansand, Göteborg, Harlingen, Hongkong, Kanton, Kopenhagen, Kronstadt, Leith, Matanzas, Pernambuco, Santa Cruz, St. Thomas und Tampico.

Die einzelnen Best. sind zumeist von geringem Umfang und enthalten in der Regel Instruktionen, Schriftverkehr und Protokolle der Korrespondenzen. Bei den Korrespondenzen überwiegen Handels- und Schiffahrtsthemen.
(LS)

Vorhanden sind die folgenden Konsulatsüberlieferungen:

132-6 Alicante Hamburgisches Konsulat in Alicante
1840-1868; Kleinbestand, Bestandsverzeichnis

132-6 Amsterdam Hamburgisches Konsulat in Amsterdam
1847-1868; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Bahia Hamburgisches Konsulat in Bahia
1848-1869; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Bari Hamburgisches Konsulat in Bari
1856-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Bassein Hamburgisches Konsulat in Bassein
(1855) 1857-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Batavia Hamburgisches Generalkonsulat in Batavia
1839-1868; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Beirut Hamburgisches Generalkonsulat in Beirut
1862-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Buenos Aires Hamburgisches Konsulat in Buenos Aires
1835-1868; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Cádiz Hanseatisches (Hamburgisches) Konsulat in Cádiz
1749-1868; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Callao Hamburgisches Vizekonsulat in Callao
1866-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Christiansund Hamburgisches Vizekonsulat in Christiansund
1841-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Ciudad Bolivar Hamburgisches Konsulat in Ciudad Bolivar (Angostura)
1838-1872; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Doña Francisca Hamburgisches Konsulat in Doña Francisca
1853-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Dresden Hamburgisches Konsulat in Dresden
1851-1875; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Falmouth Hamburgisches Vizekonsulat in Falmouth
1859-1863; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Funchal Hamburgisches (Hanseatisches) Vizekonsulat in Funchal
1847-1865; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Galatz Hamburgisches Konsulat in Galatz
1851-1856 (1864); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Guanajuato Hamburgisches Vizekonsulat in Guanajuato
1863-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Hammerfest Hamburgisches Vizekonsulat in Hammerfest
1844-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Kapstadt Hamburgisches Konsulat in Kapstadt
1853-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 La Coruña Hamburgisches Vizekonsulat in La Coruña
1864-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 La Guayra Hamburgisches Konsulat (Generalkonsulat, Vizekonsulat) in La Guayra
1827-1869; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Le Havre Hamburgisches Konsulat in Le Havre
1836-1867; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Lima Hamburgisches Konsulat und Generalkonsulat in Lima
1840-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Liverpool Hamburgisches Konsulat in Liverpool
1851-1870; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Livorno Hamburgisches Generalkonsulat in Livorno
1806-1868; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 London Hanseatisches Generalkonsulat in London
1821-1869; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Madrid Hanseatisches Generalkonsulat in Madrid
1856-1870; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Malmö Hamburgisches Konsulat in Malmö
1857-1867; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Manchester Hamburgisches Vizekonsulat in Manchester
1846-1869; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Manila Hamburgisches Konsulat in Manila
1858-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Maracaibo Hamburgisches Konsulat in Maracaibo
1845-1869; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Melbourne Hamburgisches Konsulat in Melbourne
1858-1868 (1912); 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Mexico Hamburgisches Konsulat (Generalkonsulat) in Mexico
1853-1869; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Montevideo Hamburgisches Konsulat in Montevideo
1827-1868; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Narwa Hamburgisches Konsulat in Narwa
1862-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Neapel Hamburgisches Konsulat in Neapel
1849-1868; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

132-6 New York Hamburgisches Konsulat in New York
1837-1868; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Oporto Hamburgisches Vizekonsulat in Oporto
1848-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Philadelphia Hamburgisches Konsulat in Philadelphia
1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Plymouth Hamburgisches Vizekonsulat in Plymouth
1815; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Rangun Hamburgisches Konsulat in Rangun
1862-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Rio de Janeiro Hamburgisches Generalkonsulat in Rio de Janeiro
1843-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Rostow Hamburgisches Konsulat in Rostow
1858-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 San Francisco Hamburgisches Konsulat in San Francisco
1849-1869; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Santos Hamburgisches Konsulat in Santos
1863; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Scilly-Inseln Hamburgisches Vizekonsulat auf den Scilly-Inseln
1850-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 St.Helena Hamburgisches Konsulat auf der Insel St. Helena
1861-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Stettin Hamburgerisches Konsulat in Stettin
1842-1876; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Syra Hamburgisches Konsulat in Syra
1863-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Tarent Hamburgisches Vizekonsulat in Tarent
1859-1862; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Valdivia Hamburgisches Konsulat in Valdivia
1853-1869; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Valparaiso Hamburgisches Konsulat (Generalkonsulat) in Valparaiso
1846-1868; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

132-6 Vera Cruz Hamburgisches Konsulat in Vera Cruz
(1832) 1847-1869; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Vigo Hamburgisches Konsulat in Vigo
1850-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Wisby Hamburgisches Vizekonsulat in Wisby
1865-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Ystad Hamburgisches Konsulat in Ystad
1865-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-6 Zante Hamburgisches Konsulat in Zante (Korfu)
1861-1865; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

132-8 Deutsch-Amerikanische Schadenskommission (Handakten des deutschen Kommissars)

1922-1933; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Kommission wurde aufgrund des Abkommens zwischen den USA und dem Deutschen Reich über die Regulierung der staatlichen und privaten Kriegsschädenersatzansprüche gebildet. Deutscher Kommissar wurde der spätere Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts Dr. Wilhelm Kiesselbach. Er kümmerte sich auch um die Freigabe des 1917 in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens.

Das in drei Ablieferungen (z.T. aus dem Nachlaß von Kiesselbach) in das Staatsarchiv gelangte Material betrifft alle vom deutschen Kommissar geführten Verhandlungen; darunter viele Druckschriften für und wider die Schadensregulierung.
(LS)

133 ARCHIV- UND GRENZANGELEGENHEITEN

133-1 I Staatsarchiv I

<1897-1928>; ca.1897-1928; 32,5 m; Kartei
Im Jahre 1710 wurde erstmals ein hauptamtlicher Archivar zum Leiter des Ratsarchivs berufen. Aus dem Ratsarchiv entwickelte sich das Stadtarchiv, das seit dem 02.03.1900

offiziell Staatsarchiv heißt. 1891 wurde das Stadtarchiv ein Senatsamt; das Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg hat diesen Status - mit Ausnahme der Jahre 1933-1945 - bis heute behalten. Seine Aufgaben sind im Hamburgischen Archivgesetz vom 21.01.1991 festgelegt. Es bewertet, übernimmt, verwahrt, erhält und erschließt staatliches Schrift- und Dokumentationsgut und stellt es für die Benutzung bereit.

Das Registraturgut des Staatsarchivs ist chronologisch in drei Abschnitte gegliedert. Der erste umfaßt den Zeitraum 1897-1928 (133-1 I), der zweite die Jahre 1928-1948 (133-1 II), der dritte, 1949 beginnende Abschnitt (133-1 III) stellt die gegenwärtig in Gebrauch befindliche Geschäftsaktenregistratur dar.

Lit.: Beiträge zur Geschichte des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1960; Zwischen Verwaltung und Wissenschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des Staatsarchivs Hamburg, hrsg. von Hans Wilhelm Eckardt und Peter Gabrielsson, Hamburg 1985
(Ga)

133-1 II Staatsarchiv II

<1928-1948>; 1928-1948; 11,6 m; Bestandsverzeichnis
siehe 133-1 I

133-1 III Staatsarchiv III

<1948->; 1947-; 88,0 m; vorläufiges Verzeichnis
siehe 133-1 I

133-2 Grenzkommissariat

(1847) 1854-1936; 4,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Aufgaben des Grenzkommissars fielen zunächst dem Archiv zu, das alle die Grenzen betreffenden Dokumente und Schriften zu sammeln und zu registrieren hatte. Ab 1787 war ihm ein Grenzinspektor unterstellt. Die Bezeichnung Kommissar für Grenzangelegenheiten wurde erst in der zweiten Hälfte des 19. Jh. üblich. 1933 wurde diese Funktion überflüssig, so daß sie 1936 ohne förmliche Aufhebung erlosch.

Der Best. enthält die zunächst als Senatsakten und ab 1854 gesondert geführten Generalia und Varia in allen Grenzangelegenheiten Hamburgs.
(Bü)

133-3 Grenzinspektorat

1719-1908; 2,8 m; Bestandsverzeichnis
Das Amt des Grenzaufsehers (später Grenzinspektors) wurde 1787 eingeführt und dem Archivar als Vertreter des Senats in Grenzangelegenheiten unterstellt. Es war mit ei-

nem im Vermessungswesen geschulten Bediensteten besetzt, der zwischen 1872 und 1908 auch Deich- und Baupolizeiinspektor war. In der Folgezeit wurden die Aufgaben vom Vermessungsamt übernommen.

Der Best. enthält die Korrespondenz mit dem Grenzkommissar über die Grenzangelegenheiten des Stadt- und Landgebietes und die dazugehörigen Karten.

Hinweis: 323-3; 416-1/1; 416-1/3
(Bü)

134 RECHTS- UND BESCHWERDEANGELEGENHEITEN

134-3 I Rechtsamt I

<1938-1945>; 1935-1952; 1,6 m; Bestandsverzeichnis
Die Aufgaben des Justitiariats der hamburgischen Verwaltung wurden bis zur Überleitung der Justiz auf das Reich von der Landesjustizverwaltung, seit 1935 von der Rechtsabteilung des Staatsamtes wahrgenommen. 1938 wurden in der Staatsverwaltung ein Rechtsreferat und in der Gemeindeverwaltung ein Rechtsamt eingerichtet, dessen Überlieferung den Best. bildet.

Im wesentlichen umfaßt der Best. Akten zur Rechtsberatung der Gemeindeverwaltung (Öffentliches Recht u. Rechtspflege, Finanzwesen u. Enteignungen, Bau- u. Verkehrsrecht sowie Deichwesen, Wirtschaftswesen u. Versorgungsbetriebe, Kultur-, Schul-, Sozial- u. Arbeitswesen).
(LS)

134-3 II Rechtsamt II

<1945->; 1954-1966; 3,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Dem im Juni 1945 durch Zusammenlegung der Staats- und Gemeindeverwaltung gebildeten Rechtsamt wurden die Aufsicht über die Spruchbehörden sowie die Rechts- und Religionsangelegenheiten als Aufgabengebiete der ehemaligen Staatsverwaltung zugewiesen. Im August 1945 wurde ihm das Organisationsamt unterstellt. Am 01.04.1947 erhielt das Rechtsamt den Status eines Senatsamtes. Es wurde zum 01.01.1968 aufgelöst; seine Aufgaben gingen überwiegend auf die Justizbehörde, teilweise auf die Senatskanzlei über.

Die aus der Tätigkeit des Rechtsamtes rührenden Akten umfassen nur den Bereich der Rechtsbereinigung des Reichs- und Bundesrechtes.
(LS)

135 INFORMATIONSANGELEGENHEITEN

135-1 I-IV Staatliche Pressestelle I-IV

<1922-1945>; (1919) 1922-1945; 67,5 m; vorläufiges Verzeichnis

Mit Zustimmung der Bürgerschaft wurde in Hamburg 1922 eine Staatliche Pressestelle eingerichtet. Mit Wirkung vom 01.03.1922 bestellte der Senat einen Staatsrat zum ständigen Senatskommissar für die Pressestelle und ernannte einen Direktor. Am 01.04.1922 nahm die dem Senat unmittelbar unterstellte Staatliche Pressestelle ihre Tätigkeit auf. Die Hauptaufgaben waren: Nachrichtenvermittlung zwischen Verwaltung und Öffentlichkeit, ständige Unterrichtung von Senat und Behörden über die öffentliche Meinung, Verständlichmachung der Maßnahmen von Gesetzgebung und Verwaltung über die Presse und Hamburg-Werbung. Die Pressestelle hielt Verbindung mit der Presseabteilung der Reichsregierung sowie mit einzelnen Pressestellen der Länder. Ab Mai 1924 wurde dem Direktor der Staatlichen Pressestelle zudem die ständige Überwachung des hamburgischen Rundfunkprogramms politischen Inhalts übertragen. Ab 1926 wurde er Vorsitzender des Überwachungsausschusses für die Norddeutsche Sendegruppe, ab 1932 Rundfunk-Staatskommissar.

Bei der Bildung des vorliegenden Best. wurden vier Registraturschichten (I=1922-1929; II=1930-1933; III=1934-1938; IV=1939-1945) zusammengefaßt. Er beinhaltet Materialien, in erster Linie Zeitungsausschnitte, zu folgenden Themenkomplexen: Politische Angelegenheiten des Deutschen Reiches, Militärwesen, hamburgische politische Angelegenheiten, Wirtschaft, Handel, Schiffahrt, Gewerbe, Finanzwesen, Bauwesen, Verkehr, Post, Rundfunk, Polizei, Feuerwehr, Justiz, Gesundheitswesen, Sozial-, Jugend-, Arbeitsfürsorge, Sport, Kultur, Schul- und Hochschulwesen sowie kirchliche Angelegenheiten.

(Ga)

135-1 V Staatliche Pressestelle V

<1945-1949>; 1945-1949; 11,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Pressestelle wurde im August 1945 als Teil der ehemaligen Hauptverwaltung der Senatskanzlei angegliedert und dürfte ab April 1946 ein selbständiges Amt gewesen sein. Von 1947-1967 hatte sie den Status eines Senatsamtes. Zum 01.01.1968 erfolgte die erneute Eingliederung in die Senatskanzlei.

Der Best. enthält Schriftgut der 5. Registraturschicht. Es wurden bei der Neuordnung Zeitungsausschnitte und Schriftverkehr getrennt.

(LS)

135-1 VI Staatliche Pressestelle VI

<1949->; 1945-1992; 319,9 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Aufgaben der Stelle blieben auch nach 1949 im wesentlichen dieselben wie zuvor.

Das Schriftgut der 6. Registraturschicht trennt Schriftverkehr der Staatlichen Pressestelle und gesammelte Zeitungsausschnitte nicht. Der Best. ist wachsend.
(LS)

135-2 I Statistisches Landesamt I

<1859-1933>; 1859-1934; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Das Statistische Landesamt ging aus dem 1866 eingerichteten Statistischen Büro der Steuerdeputation hervor. Es wurde gemäß Gesetz über den Aufbau der Verwaltung vom 21.11.1926 als Senatsamt eingerichtet und diente zugleich an Stelle der bisherigen Zentralwahlkommission als Landeswahlamt.

Zum Best. gehören neben Statistiken mit dem Schwerpunkt Bevölkerung Unterlagen zu Reichstags- und Bürgerschaftswahlen und Volksbegehren sowie Personalakten. Die Akten der 1859 zur Leitung der ersten Bürgerschaftswahlen eingerichteten Zentral-Wahlkommission, der ab 1867 auch die Vorbereitung der Reichstagswahlen oblag, befinden sich ebenfalls hier.

Hinweis: 314-1
(Bü)

135-2 II Statistisches Landesamt II

<1933-1945>; 1906-1945 (1954); 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Das zuvor als Senatsamt bestehende Statistische Landesamt wurde 1938 der Gemeindeverwaltung unterstellt und in Statistisches Amt umbenannt. Es hatte zugleich die Funktion eines Wahl- und Einquartierungsamtes und war Herausgeber verschiedener statistischer Publikationsreihen.

Der Best. enthält neben den Tätigkeitsberichten des Amtes eine Vielzahl von Statistiken zu verschiedenen Sachbetreffen.

Hinweis: Eine ursprünglich zum Best. gehörende alphabetische Kartei der sich in Hamburg aufhaltenden Ausländer befindet sich jetzt im Best. 332-8; 371-10
(Bü)

135-2 III Statistisches Landesamt III

<1945-1958>; (1894-) 1945-1970; 537,0 m; Bestandsverzeichnis

Das Statistische Amt wurde im August 1945 der Senatskanzlei angegliedert. 1946 wurde es selbständig und erhielt 1947 seine alte Bezeichnung sowie den Status eines Senatsamtes zurück, den es bis zu seiner Eingliederung in die Behörde für Inneres 1962 behielt. Neben den Aufgaben einer Zentralstelle für die amtliche Statistik nimmt es bis heute gleichzeitig die Funktionen eines Landeswahlamtes wahr und gibt statistische Publikationen heraus.

Der wachsende Best. enthält neben Einzelstatistiken die Unterlagen zu Bundestags-, Bürgerschafts- und Bezirksverordnetenwahlen und das Urmaterial der Volkszählung 1950.

Hinweis: 371-10

(Bü)

135-3 Britische Militärregierung - Press and Periodicals Section (Presselizenzen)

1945-1948; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Unmittelbar nach dem Kriegsende 1945 wurde die Erteilung der Lizenzen für periodische Druckschriften von der britischen Militärregierung (Regional Staff Hansestadt Hamburg - Press and Periodicals Section) wahrgenommen.

Der von der Militärregierung über die Staatliche Pressestelle an das Staatsarchiv 1950 abgegebene Best. enthält 94 Gesuche von Lizenzbewerbern mit den dazugehörigen Bearbeitungsunterlagen.

Hinweis: 135-1 VI

(Ga)

135-4 Ausschuß für das Pressewesen

(1946) 1947-1957; 3,2 m; Bestandsverzeichnis

Gemäß der Verordnung Nr. 108 der britischen Militärregierung vom 15.10.1947 und der Verordnung über das Hamburger Pressewesen des Senats vom 09.12.1947 wurde im Frühjahr 1948 ein Beratender Ausschuß für das Pressewesen mit dem Auftrag eingerichet, den Senat insbesondere in Fragen der Lizenzerteilung für die Herausgabe von Zeitungen und anderen Presseerzeugnissen zu unterstützen. Nach der Verkündung des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Presse im Oktober 1949 wurde der Ausschuß zu einem Selbstverwaltungsorgan der Presse, der sich praktisch auf die Kontrolle der finanziellen Beteiligung an Presseunternehmen beschränkte. 1960 hörte der Ausschuß auf zu bestehen.

Der Best. enthält Sitzungsniederschriften und Schriftverkehr des Ausschusses aus der Zeit 1948 bis Oktober 1949 (Nrn. 1-20), sodann Unterlagen ab Oktober 1949 bis 1960 (Nrn. 21-35). Erteilte Zeitungs- und Zeitschriftenlizenzen und Lizenzen zur Herausgabe von Mitteilungsblättern (1948-1952) bilden den Kern des Best.

Lit.: Daniel A. Gossel, Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft, Hamburg 1993
Hinweis: 135-1 VI
(Ga)

136 INNERE VERWALTUNG

136-1 Behörde für Inneres

1949-1985; 47,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Behörde für Inneres wurde 1962 neu gebildet. Sie nahm die vormalige Polizeibehörde, die drei Senatsämter: Landesamt für Verfassungsschutz, Statistisches Landesamt und Amt für Bezirksverwaltung sowie mehrere Dienststellen bzw. Aufgabenbereiche anderer Behörden und Ämter (u.a. Feuerwehramt, Einwohnermelde- und Paßwesen, Kraftverkehrsabteilung, Aufsicht über die Standesämter, Abteilung für Staatsangehörigkeits-Angelegenheiten) in sich auf. Es wurde eine Zentralregistratur eingerichtet, von der nur die Registratur des Landesamtes für Verfassungsschutz (s. 136-3) abgetrennt wurde. Der Aktenplan weist folgende Gliederung auf: Verfassung und Verwaltung, Personal, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Kultur, Arbeit und Soziales, Gesundheit, Bauen, Wohnung und Siedlung, Wirtschaft und Verkehr, Finanzen.

Ablieferungen erfolgen bisher aus allen Bereichen.
(LS)

136-2 Sportamt

1926-1968; 7,2 m; Bestandsverzeichnis
1921 setzte der Senat zur Sportförderung eine Staatliche Kommission für Leibesübungen ein, die 1928 wieder aufgelöst wurde. An ihre Stelle trat unter Beibehaltung ihrer Aufgabengebiete als Abteilung der Oberschulbehörde das Staatliche Amt für Leibesübungen. Dieses wurde 1935 der Gesundheits- und Fürsorgebehörde angegliedert. 1936 gingen die Sportangelegenheiten auf die Jugendpflege- und Sportbehörde über. 1940 wurde es in Amt für Leibesübungen umbenannt und erlangte Selbständigkeit. Nach dem Kriegsende blieb es zunächst als selbständiges Amt bestehen, wurde 1947 als Sportamt der Schulbehörde, 1952 der Jugendbehörde zugeordnet. 1954 zum Senatsamt erklärt, mußte es 1966 seine Selbständigkeit erneut aufgeben und wurde in die Behörde für Inneres eingegliedert.

Das Schriftgut des Amtes ist 1943 größtenteils verlorengegangen. Der vorliegende Best. enthält im wesentlichen die Nachkriegsüberlieferung bis 1966 zu folgenden Sachgebieten: Allgemeine Verwaltung, Sportorganisation, Sportarten, Sportstätten, Bäder und Wassersportstätten.
(Ga)

136-3 Landesamt für Verfassungsschutz

1939, 1946, 1952-1990; 14,6 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Das Landesamt wurde am 01.09.1950 als Senatsamt eingerichtet. Mit Wirkung vom 01.05.1962 erfolgte die Eingliederung in die neugeschaffene Behörde für Inneres. Seine Aufgaben liegen in der Spionageabwehr sowie der Beobachtung verfassungsfeindlicher und terroristischer Aktivitäten.

Der wachsende Best. enthält neben den zu Dokumentationszwecken gesammelten Publikationen (Flugblätter, Druckschriften etc.) von Personen und Vereinigungen Sachakten der offenen Registratur des Landesamtes.
(Ga)

136-4 Einwohnerzentralamt - Ausländerabteilung

1955-1995; 1,1 m; Bestandsverzeichnis
Die Ausländerabteilung des seit dem 01.01.1971 als Amt der Behörde für Inneres bestehende Einwohner-Zentralamtes ist zuständig für die zentral und unmittelbar wahrzunehmenden Aufgaben in Angelegenheiten des Ausländerrechts (Ausländerbehörde). Zuvor lag die Bearbeitung der Ausländerangelegenheiten bei der Polizeibehörde – Kriminalabteilung I, Inspektion I C.

Das zum vorliegenden Best. formierte Schriftgut enthält Informationen zu folgenden Bereichen: Ausländergesetz, Grundsätze und Leitlinien der hamburgischen Ausländerpolitik, Organisation und Aufgaben im Ausländerwesen, Ausweisung und Abschiebung von Ausländern, ausländische Seeleute, politische Betätigung von Ausländern, Asylpolitik und -praxis, Gewährung von Sozialhilfe für Asylbewerber, ausländerrechtliche Behandlung von illegal zugewanderten Sinti und Roma, ausländische Arbeitnehmer.
(Ga)

2 RECHTSPFLEGE

21 ALLGEMEINE GERICHTE

211 ZIVIL- UND STRAFGERICHTSBARKEIT BIS 1879

211-1 Reichshofrat

1482-1806; 11,0 m; Bestandsverzeichnis

Der Reichshofrat wurde 1498 und 1518 zeitweise, 1527 endgültig als oberste Regierung und damit oberstes kaiserliches Gericht für die Erblande und das Reich eingerichtet; den Vorsitz führte bis 1559 der Kaiser selbst oder der Hofmarschall, dann ein besonderer Präsident. Um diese Zeit wurde der Reichshofrat zur reinen Reichsbehörde und zwar im wesentlichen zu einem Reichsgericht, das ausschließlich in Strafsachen der Reichsunmittelbaren, Streitigkeiten über kaiserliche Privilegien und Reservatrechte zuständig war. Er wirkte auch als Reichslehenshof. 1806 wurde er aufgelöst.

Die Akten, die zunächst im Geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien verblieben waren, wurden bis auf einen Generalaktenrest 1845-46 auf die Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes verteilt. Zunächst wurden 388 Prozeßakten in das Senatsarchiv eingegliedert, später bildete man daraus einen eigenen Best..

(LS)

211-2 Reichskammergericht

1497-1806; 90,0 m; Bestandsverzeichnis

Das 1495 errichtete oberste Gericht des Deutschen Reiches mit Sitzen in Speyer (bis 1688) und Wetzlar (seit 1693) war zuständig für Verfahren wegen Bruchs des Reichslandfriedens, Verhängung der Reichsacht, in allen fiskalischen Klagen, Besitzstreitigkeiten zwischen Reichsunmittelbaren und alle Zivilklagen gegen sie. Für alle Gerichte der Territorien, die kein privilegium de non appellando et non evocando besaßen, war es oberstes Berufungsgericht in Konkurrenz mit dem Reichshofrat. Nach Auflösung des Gerichtes kam seine Registratur nach wechselnder Geschichte in die Obhut einer eigenen Archivkommission der Deutschen Bundesversammlung. Auf deren Beschluß wurde in den Jahren 1847-1852 die Hauptmasse der Prozeßakten unter die Gliedstaaten des Deutschen Bundes verteilt. Es blieb ein untrennbarer (Rest-) Bestand, der vom Bundesarchiv verwaltet wird.

Die Hamburg betreffenden Prozeßakten sind 1978-81 nach bundeseinheitlichem Muster neu verzeichnet und erschlossen worden. Die z.T. umfänglichen Einzelakten bieten Informationen zur Rechts-, Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Lit.: Findbuch der Reichskammergerichtsakten im Staatsarchiv Hamburg, Teile 1-4, bearb. v. Hans-Konrad Stein-Stegemann, Hamburg 1994-1995

(LS)

211-3 Oberappellationsgericht

1820-1880; 32,2 m; Bestandsverzeichnis

Das Oberappellationsgericht (OAG) der vier freien Städte Deutschlands wurde 1820 als gemeinsames oberstes Gericht der Städte Frankfurt, Bremen, Hamburg und Lübeck in Lübeck eingerichtet. Nach der Annexion Frankfurts durch Preußen blieb das Gericht ab 1867 als OAG der freien Hansestädte erhalten. Mit der Einrichtung des Bundesoberhandelsgerichtes in Leipzig verlor es einen wesentlichen Teil seiner Kompetenzen. Es wurde 1879 aufgelöst und fand im Hanseatischen Oberlandesgericht zu Hamburg seinen Nachfolger. Das OAG war das generelle Gericht dritter Instanz für die beteiligten Städte. Es verhandelte auch Austrägalsachen zwischen Fürsten des Deutschen Bundes. Daneben war es Prüfungskommission für die Advokaturkandidaten aus Bremen seit 1821, aus Lübeck seit 1826, aus Frankfurt seit 1858 und aus Hamburg seit 1870. Die Prozeßaktenbestände und die Prüfungsakten für die Anwärter zur Advokatur wurden 1952 auf die vier beteiligten Städte verteilt, nachdem Lübeck bereits 1936 die Verwaltungsakten erhalten hatte.

Der hamburgische Best. enthält 2182 Prozeßakten in zivilrechtlichen und 133 in strafrechtlichen Sachen. Im Zivilrecht ist der Bereich des Handelsrechtes dominant. Im Gegensatz zum Prozeßaktenmaterial des Reichskammergerichtes sind die Akten des OAG wegen der Zurücksendung der Beweisunterlagen außer in juristischer Hinsicht nicht sehr ergiebig.

Lit.: Erich Grisebach, Zur Erinnerung an das Oberappellationsgericht in Lübeck, in: Hanseatische Rechts-Zeitschrift, 3 (1920), Spp.609-623; Horst Greb, Die Verfassung des Oberappellationsgerichts der vier freien Städte Deutschlands zu Lübeck, Göttingen 1967; Boto Kusserow, Das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands zu Lübeck, Kiel 1964; Gesamtinventar der Akten des Oberappellationsgerichtes der vier Freien Städte Deutschlands, Bände 1-3, bearb. v. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt, Köln, Weimar, Wien 1995

(LS)

211-4 Obergericht

1575-1888 (1937); 117,8 m; Bestandsverzeichnis

Vom Mittelalter bis zur französischen Besetzung bildete der Rat (Senat) in seiner Gesamtheit das Obergericht als Gericht zweiter Instanz. Es wurde 1815 neu konstituiert. Wie das Niedergericht wurde auch das Obergericht durch die Reichsjustizreform von 1879 außer Kraft gesetzt und durch das Landgericht abgelöst.

Erhalten geblieben sind mit dem Schwerpunkt auf der Zeit nach 1815 die Verwaltungsakten mit den Verordnungs- und Urteilsbüchern, zudem die durch Aufsicht über die Notare erwachsenen Akten und aus dem Bereich der Rechtsprechung erstinstanzliche (dabei besonders Fallitsachen) und Appellationssachen. Da ein großer Teil der Akten durch Feuchtigkeit stark zerstört war, wurden weite Teile der erstinstanzlichen Sachen (einseitige

Suppliken und Prozeßsachen) und Teile der Appellationssachen (Appellationen in Dielensachen) kassationsverfilmt (ca. 180 Filme).
(LS)

211-5 Niedergericht

1780-1884; 122,0 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis
Als Gericht der ersten Instanz war das Niedergericht bereits im 13.Jh. aus der Hand des Landesherren bzw. seines Vogtes auf den Rat übergegangen. Seine Ordnung findet sich in den mittelalterlichen Stadtrechten; sie wird 1560 und 1603 präzisiert und erhält 1622 die Gestalt, die sie bis zur französischen Herrschaft (1811) behalten sollte. 1815 wurde es neu eingerichtet, und zwar für Stadt- und Landgebiet (bis auf die Ämter Bergedorf und Ritzebüttel) als generelles Gericht der ersten Instanz in Zivil- und Kriminalsachen, und blieb dies auch bis zur Reichsjustizreform 1879.

Der Best. enthält im wesentlichen ca. 5.500 Prozeßakten und Protokollserien zu allen Bereichen der Tätigkeit des Gerichts. Das Schriftgut ist wegen Wasserschäden bis auf die 26 Konzeptbücher der freiwilligen Gerichtsbarkeit (1782-1868) gegenwärtig nicht benutzbar.
(LS)

211-6 Präturen

(1699) 1786-1891 (1941); 23,0 m; Bestandsverzeichnis
Ratsherren waren seit alters her als Prätoren in verschiedenen Zweigen der Rechtssprechung tätig. Ab 1815 fungierten wieder zwei von ihnen im turnusmäßigen Wechsel als Justizbehörde der Stadt. Zu ihrer Kompetenz gehörten nunmehr alle Klagen mit einem Streitwert bis zu 400 Mark Banco oder 500 Mark Courant und Fallissements bis zur Wertgrenze von 4.000 Mark Courant. Eine generelle Zuständigkeit bestand in Miete-, Zins-, Dienstboten- und Dienstlohnsachen sowie bei Beleidigungsklagen. Ihnen oblag auch die Vollstreckung gerichtlicher Erkenntnisse innerhalb der Stadt. Mit Trennung von Justiz und Verwaltung ging die Vollstreckung gerichtlicher Erkenntnisse am 01.01.1861 auf das Exekutionsbüro über (s. 214-1). Die zwei, später drei Präturen wurden fortan durch rechtsgelehrte Richter des Niedergerichts verwaltet, die Zuständigkeit auf die Vorstädte und die Landherrenschaften ausgedehnt. Die Kompetenz blieb weitgehend unverändert, die Grenze des Streitwertes wurde auf 500 Mark Banco oder 625 Mark Courant angehoben. Von 1864 bis 1866 bestand eine Hilfsprätur für die Ablösung der Realgerechtsame in Grundstücken. Mit Einführung der reichseinheitlichen Justizorganisation trat zum 01.10.1879 das Amtsgericht in Hamburg an die Stelle der Präturen.

Das Schriftgut der städtischen Prätoren (bis 1860), der drei Präturen (1861-1879) und der Hilfsprätur betrifft fast ausschließlich den Zeitraum nach 1815. Älteres Schriftgut der städtischen Prätoren sowie alle Verwaltungsakten sind in den Best. 111-1, das Schriftgut der Vorstadt- und Landpräturen bis 1860 in die Best. der Landgebietsverwaltungen eingeordnet worden. Erhalten sind hier Protokolle für Verwaltungsangelegenheiten und Rechnungslegung, Urteilsbücher ab 1826, Inventarisierungsprotokolle bei Vollstreckung in Mobilien 1835-1860 und Musterbände von verschiedenen Nebenbüchern. Familiengeschichtliches, insbesondere Ehescheidungen, und Verfahren um Grundeigentum sind überproportional überliefert.
(St)

212 GERICHTE UNTER FRANZÖSISCHER VERFASSUNG

212-1 Französische Gerichtsbehörden

1809-1814; 1,4 m; Bestandsverzeichnis
Auf Beschluß der Kaiserlichen Regierungskommission von 1811 sollte die Rechtsprechung in den Hanseatischen Departements bis zur endgültigen Organisation des Gerichtswesens von den alten Gerichten wahrgenommen werden. Die Einführung der französischen Gerichtsverfassung erfolgte am 20.08.1811, mit welchem Tag auch die französischen Gesetze exekutorische Kraft erhielten. Als oberstes Gericht fungierte des Kaiserliche Gerichtshof (Cour Impériale) in Hamburg, dessen Kompetenz sich über die Hanseatischen Departements hinaus auch auf das Departement Ems-Oriental erstreckte. Es war oberste Appellationsinstanz. In jedem Arrondissement war ein Tribunal Erster Instanz eingerichtet. Jeder Kanton erhielt ein Friedensgericht für geringe Streitwerte. Über Straffälle schwerster Art urteilten die Schwurgerichte (Cours d'assises). Staatsgefährliche Verbrechen wurden von Spezial-Gerichtshöfen abgeurteilt. Mit Zollvergehen befaßten sich die Prevotalgerichte und Douanentribunale. Das Handelsgericht wurde in Hamburg erst am 11.02.1813 eingerichtet.

Von dem Schriftgut der französischen Gerichte sind nur spärliche Reste erhalten geblieben. Das Provisorische Obergericht hat neben einem Protokollbuch nur drei Fälle überliefert. Vom Kaiserlichen Gerichtshof ist Schriftgut des Ersten Präsidenten, des Generalprocureurs und der Kammern erhalten geblieben. Vom Tribunal Erster Instanz sind vor allem die Audienzprotokolle und die Urteilsbücher nennenswert. Assisenhof und Handelstribunal sind nur mit je einem Archivale vertreten.

Lit.: Adolf Wohlwill, Zur Geschichte des Justizwesens in Hamburg während der Franzosenzeit, mit besonderer Berücksichtigung des Präsidenten de Serre, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 14 (1909), S.333-354
(LS)

213 ZIVIL- UND STRAFGERICHTSBARKEIT AB 1879

213-1 Oberlandesgericht - Verwaltung

1868-1969; 78,5 m; Ablieferungsverzeichnis

Durch die Reichsjustizreform wurde 1879 ein neuer, reichseinheitlicher Aufbau der Gerichte eingeführt. Über den Amtsgerichten rangierten die Landgerichte, denen als Appellationsinstanz die Oberlandesgerichte übergeordnet waren. Das Hanseatische Oberlandesgericht (HansOLG) trat die Nachfolge des Oberappellationsgerichtes an. Es hat bis heute Bestand. Ihm sind angegliedert: Das Justizprüfungsamt, das gemeinsame Prüfungsamt der Länder Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein, Ausbildungs- und Prüfungsamt für die einstufige Juristenausbildung, Landesjustizprüfungsamt, Richterdienstsenat, Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Hamburg und das Bundesoberseeamt.

Die Aktenüberliefertung des HansOLG gliedert sich in zwei Teile, in Verwaltungsakten und Prozeßakten. Vorhanden sind Archivalien zu folgenden Bereichen: Justizpressestelle (1922-1950), Lageberichte (1942-1945), Verwaltungsakten/Sammelakten (1879-1969), Akten der Spruchstelle für die Behandlung von Aktien bei der Geldumstellung (1924-1936), Akten der OLG Celle und Kiel sowie des Landesgerichtes Stade (1868-1946), Loseblatt-Sammlungen (1933-1945), Rundverfügungen des Reichsministers der Justiz (1935-1944).

Lit.: Das Hanseatische Oberlandesgericht. Gedenkschrift zu seinem 60jährigen Bestehen, hrsg. von Curt Rothenberger, Hamburg 1939; Lutz Jasper, Zur Geschichte des Hanseatischen Oberlandesgerichts, in: Monatsschrift für Deutsches Recht 38 (1984), S.902-904

(LS)

213-2 Oberlandesgericht - Rechtsprechung

1880-1887,1921-1963; 86,5 m; vorläufiges Verzeichnis, ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Prozeßakten sind bisher nicht an das Staatsarchiv abgeliefert worden, sondern nur Entscheidungssammlungen der sieben Zivilsenate aus den Jahren 1929-1936 in Zivilsachen; sie umfassen 820 Bände, die durch 50 Registerbände erschlossen sind. Eine dreibändige, durch zwei Registerbände erschlossene Präjudikatensammlung aus den Jahren 1880-1887 wurde bei der Aufstellung der Ablieferung als im Archiv befindlich angetroffen und zu diesem Best. genommen.

(LS)

213-3 Landgericht - Verwaltung

1879-1986; 26,8 m; Ablieferungsverzeichnis

Mit der Reichsjustizreform 1879 wurde das Landgericht als erste Appellationsinstanz

geschaffen. Es besteht bis heute. Ihm angegliedert ist die Richterdienstkammer. Sein Aktenbestand gliedert sich in Verwaltungs- und Prozeßakten (s. 213-4).

Die Verwaltungsakten umfassen die Überlieferung des Zeitraumes 1879 bis 1982 mit dem Schwerpunkt auf der Zeit von 1879 bis 1961. Sie betreffen allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Rechtsentwicklungs- und Personalfragen, dabei insbesondere Fragen des Beamtenrechts und der politischen Betätigung von Richtern und Staatsanwälten. Auch die Aufsicht über die Notare ist berührt.
(LS)

213-4 Landgericht - Rechtsprechung

1879-1985; 27,6 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Die Akten der Strafprozesse sowie die Register dazu sind zum Best. 213-11 genommen worden. Die Zivilprozeßakten wurden nach systematisch-chronologischen Merkmalen verzeichnet, wobei die Ablieferungen eine Unterteilung vorgaben. Die älteren Ablieferungen bilden die erste Schicht (1904-22), die Ablieferung 1966 die zweite (1888-90, 1922-34), die von 1987 vom Bundesarchiv die dritte (1935-43), die von 1988 die vierte Schicht (1926-59). Die thematische Gliederung der ältesten Schicht enthält folgende Gruppen: Verfassung und allgemeine öffentliche Verwaltung, Staatshaftung, Finanzverwaltung, Grundeigentum, Bauwesen, Wirtschaft, Verkehr und Arbeit, Kunst, Kultus und Gesellschaft, Fürsorgewesen und Familien- und Erbrecht. Diese Schicht ist durch ein Personenregister erschlossen. Die weiteren Schichten sind nach Ablieferungen in einfacher chronologischer Folge aufgestellt.
(LS)

213-5 Amtsgericht Hamburg - Verwaltung

(1820) 1879-1993; 27,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Im Zuge der Reichsjustizreform wurde 1879 auch in Hamburg ein Amtsgericht eingerichtet. Es besteht noch heute. Es beschäftigt sich mit der Rechtssprechung in Straf- und Zivilsachen, leitet Zwangsvollstreckungsverfahren ein, behandelt Familien-, Vormundschafts-, Nachlaß- und Grundbuchsachen. Zentral nimmt das Amtsgericht Hamburg für die angeschlossenen Amtsgerichte Altona, Bergedorf, Blankenese, Harburg und Wandsbek die Mahn-, Jugendgerichts-, Konkurs- und Vergleichssachen sowie die Handels-, Vereins-, Güterrechts-, Genossenschafts- und Musterregistersachen wahr. Auch das Schiffsregister wird hier zentral geführt.

Die Akten des Amtsgerichts gliedern sich in Verwaltungs- und Prozeßakten sowie Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, von denen bisher nur Teile der Verwaltungsregistratur und Teile der Registerführung (s. 231-7 bis 231-10) und der Aufgebots- und Vormundschafts-

sachen (s. 232-4 und 232-5) an das Staatsarchiv gelangt sind. Da sich die Verwaltung des Amtsgerichts in drei Geschäftsstellen mit drei voneinander getrennten Registraturen gliederte, bislang aber nur Teile von zwei Registraturen abgeliefert wurden, ist eine zusammenfassende Ordnung und Verzeichnung bislang nicht möglich gewesen. Die Verwaltungsakten umfassen alle Felder der Tätigkeit des Amtsgerichts.
(LS)

213-8 Staatsanwaltschaft Oberlandesgericht - Verwaltung

1934-1947; 11,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Mit der Reichsjustizreform 1879 wurden auch in Hamburg erstmals Staatsanwaltschaften als eigene Anklagebehörden bei den Gerichten gebildet. In ihren Registraturen finden sich Verwaltungs- und Strafakten.

In zwei Ablieferungen gelangten Verwaltungsakten der (General-)Staatsanwaltschaft beim Hanseatischen Oberlandesgericht 1984 an das Staatsarchiv. Dabei handelt es sich um Generalakten und um Sammelakten zum Strafvollzug aus der Geschäftsstelle 3 für die Jahre 1934-1947.
(LS)

213-9 Staatsanwaltschaft Oberlandesgericht - Strafsachen

1934-1944; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
1987 wurden vom Bundesarchiv 5 Strafprozeßakten aus der Zeit von 1934-44 abgeliefert. Sie sollen durch zu erwartende Ablieferungen der Staatsanwaltschaft des Hanseatischen Oberlandesgerichtes ergänzt werden.
(LS)

213-10 Staatsanwaltschaft Landgericht - Verwaltung

1946; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Der Best. enthält bislang nur den 1989 abgelieferten Bericht eines Bürgerschaftsausschusses von 1946.
(LS)

213-11 Staatsanwaltschaft Landgericht - Strafsachen

1889-1949, 1972-1973; 412,0 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Den Best. bilden Strafverfahrensakten des Land- und Amtsgerichts Hamburg aus der

Zeit zwischen 1891 und 1949, des Hanseatischen Sondergerichts aus den Jahren 1933-1945 sowie eine Ermittlungsakte der Nachkriegszeit.

Lit.: Gunther Schmitz, Hans-Christian Lassen, Klaus Bästlein, Hunderttausend Akten – Millionen Fakten. Zur Erfassung und Auswertung der Strafakten aus der NS-Zeit, in: Justizbehörde Hamburg (Hg.), Klaus Bästlein, Helge Grabitz, Wolfgang Scheffler (Red.) "Für Führer, Volk und Vaterland...". Hamburger Justiz im Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S.432-442.
(LS)

214 VOLLSTRECKUNG UND ÖFFENTLICHER VERKAUF

214-1 Gerichtsvollzieherwesen

1860-1950; 6,3 m; Bestandsverzeichnis
Infolge der Trennung von Justiz und Verwaltung wurde die Vollstreckung gerichtlicher Erkenntnisse in Zivilsachen und richterlicher Entscheidungen der Verwaltungsbehörden (Pfändungen, Aussetzungen, Beitreibung von Mietegeldern) in der Stadt und den Vorstädten - ab 01.11.1876 auch in den Vororten - zum 01.01.1861 einer neuen Behörde, dem Exekutionsbüro, übertragen. Mit Inkrafttreten der Justizreform am 01.10.1879 trat an seine Stelle das Gerichtsvollzieheramt. Es war im Bereich des Amtsgerichts Hamburg für Beschaffung der Zustellungen, Ladungen und Vollstreckungen, für die Erledigung von Requisitionen außerdeutscher Gerichte, für Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren, für Ausführung einstweiliger Verfügungen in Ehesachen, für den öffentlichen Verkauf versetzter Pfänder (ab 1887) und für die Erhebung von Wechsel- und Scheckprotesten (ab 1922) zuständig. Am 01.02.1940 endete seine Tätigkeit mit der Errichtung der Gerichtsvollzieherei. Die Vereinheitlichung des Gerichtsvollzieherwesens in Groß-Hamburg erfolgte erst 1951.

Abgesehen von Pfandbüchern der Jahre 1861 bis 1879 und Versteigerungsunterlagen des Eigentums jüdischer Deportierter und Emigranten aus den Jahren 1941 bis 1945 enthält der Best. nur Sachakten. In geringem Umfang haben Einzelfälle wegen ihrer allgemeinen Bedeutung Aufnahme in die Sachakten gefunden.
(St)

214-3 Auktionswesen

1628-1919; 31,3 m; Bestandsverzeichnis
Ein "bestallter Ausminder" wird im Zusammenhang mit dem Verkauf ausgepfändeter beweglicher Güter bereits im Stadtrecht von 1603 erwähnt. Ab 1618 liegen Kämmereikontrakte über die zunächst lebenslängliche, später zeitlich befristete Verpachtung "einer frien Uthroperie in dieser Stat" an den Meistbietenden vor. Kodifiziert wurde das Recht zur Versteigerung von Mobilien und Immobilien (Grundstücken und Schiffen) in der Stadt und

ihrem Gebiet durch den Ausrufer (Auktionator) und die anderen Ausrufsinteressenten erstmals in einer Verordnung vom 30.10.1748. Die Befugnisse bei Versteigerungen von Mobilien wurden im 18. Jh. stark eingeschränkt, unbestritten blieb das Recht der gerichtlichen und freiwilligen Versteigerung für alle Grundstücke in der Stadt und für Grundstücke in den Landherrenschaften, wenn der Verkauf in der Stadt stattfand. Mit Inkrafttreten des Handelsgesetzbuches am 01.05.1866 ging der öffentliche Verkauf von Schiffen auf das Handelsgericht über. Im Jahre 1870 wurde das Auktionariat aufgehoben. Der öffentliche Verkauf von
Grundstücken erfolgte nunmehr durch das Niedergericht, ab 1879 durch das Amtsgericht und endete in der bisherigen Form im Jahre 1899.

Der Best. vereint die Überlieferung der Ausrufsinteressenten, des Niedergerichts, des Amtsgerichts und der Verwaltungen des St. Johanniskloster- und des Heiligen-Geist-Hospital-Gebiets. Das Verzeichnis enthält auch Hinweise zu den an anderer Stelle verzeichneten Immobilienverkäufen durch die Vögte in den Marschlanden. Für den Zeitraum 1628 bis 1640 sind Mischbücher erhalten, die Verkaufsverhandlungen und Inventare von Mobilien- und Immobilienverkäufen verzeichnen. Ab 1687 liegt eine ziemlich vollständige Überlieferung zu den Immobilienverkäufen, aufgeteilt in zwei parallele Buchreihen, die Verkaufsbücher und die Inventierbücher, vor. Weil nicht angemeldete Rechte beim öffentlichen Verkauf untergingen, sind in den Verkaufsbüchern neben den Verkaufsverhandlungen alle bestehenden Belastungen eines Grundstücks eingetragen. Die Inventare beschreiben in der Form eines Rundgangs durch das Gebäude und Grundstück alles, was erd-, niet- und nagelfest war.
(St)

215 AUSSERORDENTLICHE GERICHTE

215-1 Außerordentliches Kriegsgericht

1919; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Das außerordentliche Kriegsgericht wurde nach den Unruhen vom 23.-27.06.1919 durch den mit Regierungstruppen einmarschierten Militärbefehlshaber von Lettow-Vorbeck eingesetzt und war bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes am 31.12.1919 tätig. Es hatte Straftaten nach dem Gesetz über den Belagerungszustand abzuurteilen.

Der Best. enthält 7 Verwaltungs- und 7 Verfahrensakten.
(LS)

215-2 Außerordentliches Gericht des Reiches in Hamburg

1920-1928; 8,9 m; Bestandsverzeichnis

Außerordentliche Gerichte des Reiches konnten durch Verordnung des Reichspräsidenten bzw. des Reichsjustizministers als Reichsgerichte in solchen Gebieten eingesetzt werden, in denen auf Grund von Artikel 48 der Reichsverfassung besondere Maßnahmen zu treffen waren. Sie waren zuständig besonders für alle Vergehen und Verbrechen nach Teil 2 Abschnitt 1, 6, 7, 20 und 27 und nach den §§ 211-215 des Strafgesetzbuches. In Hamburg wurde ein solches Gericht am 29.03.1921 eingesetzt und am 24.06.1921 wieder aufgehoben. Zum zweiten Mal wirkte ein solches Gericht im Zeitraum vom 23.10.1923-07.01.1924.

Der Best. enthält die Verfahrensakten; die Verwaltungsakten des Gerichts haben sich - bis auf drei Ausnahmen - nicht erhalten.
(LS)

22 BESONDERE GERICHTE BZW. SPRUCHINSTANZEN FÜR EINZELNE SACHGEBIETE

221 VERFASSUNG, VERWALTUNG UND ÖFFENTLICHER DIENST

221-5 Landesverwaltungsgericht

1922-1970; 18,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, Kartei; besondere Genehmigungsvorbehalte

Eine Verwaltungsgerichtsbarkeit wurde in Hamburg 1921 eingeführt. Sie schuf das Verwaltungsgericht als erste Instanz unter direkter Dienstaufsicht des Landgerichtspräsidenten und das Oberverwaltungsgericht unter Aufsicht des Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichtes (HansOLG). Die Verwaltungsgerichte waren zuständig für alle Streitigkeiten, die sich aus der Anfechtung von Verordnungen und Verfügungen hamburgischer Verwaltungsbehörden ergaben. 1950 wurden die alten Verwaltungsgerichte aufgehoben und durch die Landesverwaltungsgerichte ersetzt. Der Präsident des HansOLG wurde damit Präsident des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichtes.

Die Verwaltungsakten des Landesverwaltungsgerichtes sind von 1922 bis 1938 bei der Justizverwaltung und den Gerichten geführt worden. Ab 1938 war die Staatsverwaltung für die Aktenführung zuständig. Es ist bisher nur eine Verwaltungsakte an das Staatsarchiv gelangt. Die Prozeßakten gliedern sich in folgende Sachbereiche: Staatsangehörigkeit, Wahlrecht, Namen- und Titelführung, öffentlicher Dienst u. staatlich gebundene Berufe, Finanzwesen, Bildungswesen, Kunst-, Denkmal- u. Naturschutz, Gewerbewesen, Gesundheitswesen, Verkehrswesen, Bau- und Wohnungswesen, Wasser-, Deich- und Wegerecht,

Vereins-, Versammlungs- und Pressewesen, Paß- und Aufenthaltswesen, Waffenbesitz und Schutzhaft sowie öffentliche Fürsorge.
(LS)

221-6 Disziplinarhof

1908-1937; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
1884 wurde erstmals ein Disziplinargericht für Hamburg eingerichtet. Es war sachlich zuständig für Dienstvergehen der Beamten. 1920 wurden als neue Disziplinargerichte die Disziplinarkammer als erste Instanz und der Disziplinarhof als zweite Instanz festgelegt. 1937 wurde der Disziplinarhof als Disziplinargericht dem Oberverwaltungsgericht angegliedert.

Die Generalakten des Disziplinarhofs nehmen gegenüber der vollständigen Sammlung der Urteile zwischen 1920 und 1937 (170 Fälle) nur geringen Raum ein.
(LS)

221-7 Disziplinarkammer

1884-1923; 9,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Disziplinarkammer als Disziplinargericht erster Instanz wurde 1937 als Dienststrafkammer dem Verwaltungsgericht angegliedert.

Der Best. enthält neben Generalia (1884-1920) und Personalia (1884-1920) Akten der Disziplinarsachen 1884-1923 sowie Geschäftsberichte.
(LS)

221-8 Reichsdisziplinarkammer

1924-1937; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
1924 wurde die Reichsdisziplinarkammer Hamburg zuständiges Gericht für die Aburteilung von Dienstvergehen der Beamten der Reichsbehörden, die in Hamburg ihren dienstlichen Wohnsitz hatten. 1937 ging diese Zuständigkeit sowohl für die Reichs- wie auch für die hamburgischen Landesbeamten auf die Dienststrafkammer Hamburg beim Oberverwaltungsgericht über, die auch die Akten übernahm.

Bei dem Best. handelt es sich um die Sammlung der Entscheidungen der Kammer, Dienststrafakten, Handakten des Beamten der Staatsanwaltschaft im förmlichen Disziplinarverfahren der Reichsdisziplinarkammern Hamburg und Schleswig (mit Bezug auf neuhamburgisches Gebiet).
(LS)

221-9 Polizeidisziplinarkammer

1929-1938; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Die Polizeidisziplinarkammer wurde 1929 eingerichtet. Sie war sachlich zuständig für Dienstvergehen, die mit der Dienstentlassung geahndet werden konnten. Die persönliche Zuständigkeit erstreckte sich auf die Beamten der Ordnungspolizei, der Kriminalpolizei und des Vollzugsdienstes der Verwaltungspolizei. 1937 wurde die Wirksamkeit der Kammer beendet.

Der Best. enthält alle 18 Disziplinar-Untersuchungsakten, die 1930-1937 von der Kammer angelegt wurden.

Hinweis: 331-1 I
(LS)

221-10 Dienststrafkammer

1919-1963; 9,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Dienststrafkammer beim Verwaltungsgericht Hamburg nahm in Fortsetzung der Geschäfte der Disziplinarkammer die Dienststrafgerichtsbarkeit gegenüber nichtrichterlichen hamburgischen Beamten seit 1937 wahr. Sie übernahm dazu die Vorakten vom Vorgängergericht. Mit Kriegsende 1945 geschlossen, wurde die Kammer 1946 wieder eröffnet. Ihre Tätigkeit wurde 1949 gesetzlich geregelt, wobei eine Dienststrafkammer Hamburg beim Verwaltungsgericht Hamburg und als zweite Instanz ein Dienststrafhof Hamburg beim Hamburgischen Oberverwaltungsgericht gebildet wurden. Diese sollten an die Stelle der früheren Dienststrafkammer Hamburg und des Reichsdienststrafhofes treten. Mit Ausnahme der richterlichen Justizbeamten, der Beamten des Rechnungshofes und der Polizei bzw. Wasserschutzpolizei, für die eigene Disziplinarinstanzen geschaffen wurden, waren diese Gerichte für alle hamburgischen Beamten zuständig. 1971 endete die Tätigkeit der Dienststrafkammer.

Der Best. gliedert sich in Generalakten und Verfahrensakten aus dem Zeitraum 1921-1959.
(LS)

221-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung

(1937) 1945-1957; 600,4 m; vorläufiges Verzeichnis
Aufgrund der Direktive Nr.38 des Alliierten Kontrollrates für Deutschland vom 12.10.1946 wurde die Kategorisierung und Behandlung von Kriegsverbrechern und Nationalsozialisten auch für Hamburg institutionalisiert. Der Staatskommissar wirkte mit einer kleinen Verwaltung in gewisser Weise als Geschäftsstelle des Ausschusses bis Ende 1953 selbständig; dann wurde die Dienststelle aufgelöst und die Akten kamen an das Landesamt für Verfassungsschutz.

Der Best. enthält eine kleine Reihe von allgemeinen Akten (Rechtsgrundlagen und Ausführungsbestimmungen, Organisation, allgemeine Tätigkeit, Bearbeitung von Einzelfällen). Den Kern bilden allerdings die meist nur dünnen Einzelfallakten.
(LS)

222 HANDEL, WIRTSCHAFT UND SCHIFFAHRT

222-3 Handelsgericht

<1816-1879>, 1754-1902; 26,0 m; Bestandsverzeichnis

Schon im 16. Jh. hatte das Admiralitäts-Collegium eine gewisse handelsrechtliche Kompetenz in Bezug auf Schiffahrtssachen. Alle übrigen Handelssachen wurden nicht an das Niedergericht, sondern an die präsidierenden Bürgermeister, die Präturen und den Senat gebracht. Der Kompetenz des letzteren unterlagen alle Konkurse mit einem Wert über 4.000 Mark; was darunter lag, kam vor die Prätoren (s. 211-6). Zur Bildung eines eigenen Handelsgerichts kam es erst infolge der vorher veröffentlichten Handelsgerichtsordnung am 24.02.1816. Das Gericht bestand aus Präses, Vizepräses und 9 kaufmännischen Richtern, daneben einem Aktuar mit 3 beigegebenen Beamten. Es bildete bis 1868 zwei, bis 1871 vier, bis 1874 fünf und bis 1879 sechs Kammern. In Dienstsachen waren dem Gericht untergeordnet der Actuar beim Fallitwesen, der Dispacheur (s. 373-4) und die beiden Schiffsregistratoren. Das Gericht war zuständig für alle Handelssachen, daneben in freiwilliger Gerichtsbarkeit für alle Verklarungen und für die Vorläufer des Handelsregisters. Es blieb bis zur Reichsjustizreform 1879 in Kraft; dann wurde seine Kompetenz dem Amts-, Landes- und Oberlandesgericht zugewiesen. Dort wurden anhängige Prozesse z.T. bis 1892 weiterverfolgt.

In den Best. hat Registraturgut des Niedergerichts in einschlägigen Sachen Eingang gefunden, so daß die Laufzeit bereits mit dem Jahr 1754 beginnt. Im wesentlichen wird er durch die Urteilsbücher und die Verzeichnisse der vor dem Handelsgericht bzw. dessen Vorgängern eröffneten Fallissements (Konkurse) gebildet. Hervorzuheben sind 145 Einzelfall-Administrationsakten für die während der Handelskrise von 1857 in Schwierigkeiten geratenen Firmen.

Lit.: Ernst Baasch, Handelsgericht, Handels- und Börsengesetzgebung, in: Die Handelskammer, Bd. 2, Hamburg 1915, S.556-632
(LS)

222-4 Ämtergericht

1835-1894; 25,7 m; Bestandsverzeichnis

Ein Ämtergericht wurde in Hamburg erstmals 1750 eingerichtet. Es war zuständig für Streitsachen zwischen den Ämtern (Zünften) wie auch innerhalb von Ämtern zwischen

Angehörigen und schließlich für Probleme zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Nach der Franzosenzeit wurde das Ämtergericht 1816 provisorisch, 1835 durch das Generalreglement für die Ämter und Brüderschaften auf Dauer in Kraft gesetzt. Es bestand nun aus einem Präses, zwei Senatoren, zwei Rechtsgelehrten, zwei Oberalten und zwei Amtsälterleuten. 1860 wurden die drei Senatoren durch drei Mitglieder des Obergerichts ersetzt. Durch das Gewerbegesetz vom 07.11.1864 wurden die Zunftgesetze aufgehoben und die einschlägigen Streitigkeiten den ordentlichen Gerichten zugewiesen. Mit dem 01.02.1865 endete die Tätigkeit des Gerichts, wobei schwebende Prozesse noch abgewickelt wurden. Da sich die Verfahren vor den ordentlichen Gerichten als zu langwierig herausstellten, kam es 1869 zur Bildung einer Städtischen Vergleichsbehörde für diese Dinge. Sie wurde aus 15 Mitgliedern gebildet, hatte jedoch mangels Zwangsmittel nur begrenzte Bedeutung. Mit Gesetz vom 10.05.1875 wurde ein Gewerbliches Schiedsgericht gebildet, an dem jetzt paritätisch Arbeitgeber und Arbeitnehmer beteiligt wurden. Erst mit Neufassung des Gesetzes vom 10.10.1887 wurde das Schiedsgericht für das ganze hamburgische Staatsgebiet zuständig. Zum 01.04.1892 trat an seine Stelle das Gewerbegericht.

Der Best. setzt sich im wesentlichen aus den Protokoll-, Urteils-, Erkenntnis- und Vergleichsbüchern der genannten Gerichte und Behörden zusammen. Akten sind nur vom Gewerblichen Schiedsgericht aufbewahrt worden.
(LS)

222-8 Schiedsgericht für Höchstpreissachen

1915-1916; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Das Schiedsgericht wurde aufgrund der Bundesratsverordnung vom 11.11.1915 eingesetzt. Seine Aufgabe bestand darin, Änderungen bei laufenden Verträgen festzusetzen, die durch die Einführung von Höchstpreisen tangiert wurden. Obwohl für die Dauer des Ersten Weltkrieges in Kraft, wirkte das Schiedsgericht in Hamburg nur 1915 und 1916.

Es sind nur 6 Fälle zur schiedsgerichtlichen Verhandlung gelangt, die auch dokumentiert sind.
(LS)

222-9 Prisenamt

1914-1927; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Das Prisenrecht enthält die beim Anhalten und Durchsuchen feindlicher und neutraler Kauffahrteischiffe und bei der Beschlagnahme oder Vernichtung der Schiffe oder der an Bord befindlichen Güter im Krieg anzuwendenden Vorschriften. Prisenämter fungierten als vorbereitende Behörden für die vor den Prisengerichten zu führenden Verfahren über die Rechtmäßigkeit der im Kriege gemachten Prisen. Das Prisenamt in Hamburg wurde aufgrund der Ausführungsbestimmungen zur Prisengerichtsordnung vom 03.08.1914 für die

Bezirke der Seeämter Tönning, Hamburg und Bremerhaven einschließlich der Insel Helgoland und der Weser sowie für die in ausländische Häfen eingebrachten Prisen errichtet. Die Befugnisse des Prisenamts wurden dem Vorsitzenden des Seeamts in Hamburg übertragen. Die Tätigkeit der Prisenbehörden endete mit dem 01.02.1923.

Die im vorbereitenden Verfahren entstandenen Akten wurden an die Prisengerichte weitergeleitet. Beim Prisenamt verblieben nur sogenannte Nebenakten, die in der Regel nur das in Ausführung der Urteile entstehende Schriftgut aufnahmen. Sie wurden bis auf Beispiele kassiert. Erhalten sind auch die wenigen Fälle, die bereits im vorbereitenden Verfahren erledigt wurden. Neben einigen Sachakten enthält der Best. auch Urteilssammlungen des Oberprisengerichts und der Prisengerichte in Hamburg und Kiel.

Hinweis: Die Akten des Prisengerichts Hamburg wurden 1929 dem Reichsarchiv in Potsdam übergeben.
(St)

222-10 Erbhofgericht

1933-1943; 0,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Das Erbhofgericht beim Hanseatischen Oberlandesgericht ist am 08.12.1933 infolge der Bestimmungen des Reichserbhofgesetzes vom 29.10.1933 errichtet worden. Es war sachlich zuständig für die Entscheidung über sofortige Beschwerden gegen Beschlüsse der Anerbengerichte. Sein Wirkungsbereich war das hamburgische Staatsgebiet.

Der Best. ist durch die Aktenrückgabepraxis des Gerichtes bestimmt. Nur die Nebenakten verblieben hier. Die Überlieferung gliedert sich in: rechtliche Grundlagen, Geschäftsgang, Richter und Rechtsanwälte, Erbhofrecht und Rechtssprechung (u.a. Sammlung von Entscheidungen in 10 Bänden).
(LS)

222-11 Anerbengericht Hamburg

1934-1942; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die Anerbengerichte wurden zur Durchführung einiger Bestimmungen des Reichserbhofgesetzes vom 29.10.1933 bei allen Amtsgerichten in Anlehnung an die Prinzipien der freiwilligen Gerichtsbarkeit gebildet. Sie führten die Erbhöferolle, stellten die Erbhofeigenschaft landwirtschaftlicher Betriebe fest und entschieden über Versorgungsansprüche.

Der Best. enthält nur Ablieferungen vom Amtsgericht Bergedorf aus drei Gemeindebezirken.
(LS)

223 FINANZEN

223-1 Finanzgericht

1946-1970; 1,2 m; Kartei; besondere Genehmigungsvorbehalte
Das Finanzgericht Hamburg ist das Verwaltungsgericht auf dem Gebiet der Bundes- und Landessteuern. Es entstand aufgrund einer Verordnung zur Ausführung der Verordnung Nr. 175 der Militärregierung vom 16.08.1949 und übernahm die Aufgaben der bisherigen Anfechtungsstelle der Oberfinanzdirektion Hamburg. Durch Staatsverträge wurde seine Zuständigkeit für Zoll- und Verbrauchssteuersachen auf das Gebiet der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein ausgedehnt.

Die Rechtsmittelakten werden in Auswahl übernommen. Bisher wurden 146 Akten zu Verfahren, die in den Jahren 1949 bis 1968 anhängig wurden, abgeliefert.
(St)

224 SOZIAL- UND ARBEITSWESEN

224-1 Erbgesundheitsobergericht

1933-1945; 1,4 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Das Erbgesundheitsobergericht für den Bezirk des Hanseatischen Oberlandesgerichtes ist aufgrund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.07.1933 zu Beginn des Jahres 1934 eingerichtet worden und nahm seine Tätigkeit am 15.02.1934 auf. Es war sachlich zuständig für die Beschwerden gegen Beschlüsse der drei (später zwei) Erbgesundheitsgerichte, die über Anträge auf Unfruchtbarmachung zu entscheiden hatten. Die sachliche Zuständigkeit wurde durch das Ehegesundheitsgesetz vom 18.10.1935 erweitert, und zwar in Fällen von Beschwerden gegen die Verweigerung von Ehetauglichkeitszeugnissen. Die örtliche Zuständigkeit des Gerichts erstreckte sich auf Hamburg, Bremen und Lübeck, für die je ein Erbgesundheitsgericht geschaffen worden war. Das Erbgesundheitsgericht Lübeck schied im Zusammenhang mit der Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes aus und wurde nach Kiel abgezweigt. Wegen des Krieges fanden seit September 1939 keine Anrufungen von Erbgesundheitsgerichten in Ehegesundheitssachen mehr statt; Anträgen auf Unfruchtbarmachung sollten nur noch "wegen besonders großer Fortpflanzungsgefahr" stattgegeben werden. Mit dem 01.12.1944 hatten die Erbgesundheitsgerichte aus kriegsbedingten Gründen ihre Tätigkeit einzustellen.

Beim Erbgesundheitsobergericht sind keine Akten in Einzelfällen entstanden oder verblieben, da die Vorgänge nach Abschluß des Verfahrens an die jeweiligen Gesundheitsämter zurückgegeben wurden. Beim Gericht verblieb lediglich eine Sammlung der ergangenen Beschlüsse in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift. Der Best. besteht aus den Ver-

waltungsakten und der Beschlußsammlung.

Lit.: Georg Bacmeister, Das Erbgesundheitsobergericht, in: Das Hanseatische Oberlandesgericht. Gedenkschrift zu seinem 60jährigen Bestehen, Hamburg 1939, S.233-242
(LS)

224-2 Erbgesundheitsgericht

1934-1953; 1,6 m; Bestandsverzeichnis, Kartei; besondere Genehmigungsvorbehalte
Aufgrund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.07.1933 wurde für das hamburgische Staatsgebiet ein Erbgesundheitsgericht gebildet und dem Amtsgericht in Hamburg angegliedert. Es nahm Anfang 1934 seine Tätigkeit auf und hatte über Anträge auf Unfruchtbarmachung zu entscheiden. Das Erbgesundheitsgericht hat keine Einzelfallakten geführt. Nach Abschluß der Verfahren wurden die Vorgänge an die zuständigen Gesundheitsämter (s. 352-11) zurückgegeben. Aufgrund der Verordnung über die Wiederaufnahme von Verfahren in Erbgesundheitssachen vom 28.7.1947 wurde in der britischen Zone die Wiederaufnahme der rechtskräftig entschiedenen Verfahren ermöglicht.

Der Best. enthält die Register für Erbgesundheitssachen und eine unvollständige Beschlußsammlung aus den Jahren 1934-1944, das Register für Wiederaufnahmeverfahren 1947-1953, sowie die Register für Erbgesundheitssachen des Erbgesundheitsgerichts Altona der Jahre 1934 und 1935.
(St)

224-3 Arbeitsgericht

1917-1991; 5,0 m; Bestandsverzeichnis
1927 wurde auch in Hamburg für arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen im hamburgischen Staatsgebiet ein Arbeitsgericht geschaffen. 1937 kamen die Bezirke von Altona, Blankenese und Wandsbek zum Gerichtssprengel hinzu. Wilhelmsburg behielt sein Arbeitsgericht. Die letzte Sitzung des Arbeitsgerichtes nach altem Zuschnitt fand am 27.04.1945 statt. Mit dem 14.08.1945 nahm das Arbeitsgericht beim Amtsgericht Hamburg seine Tätigkeit auf; daneben wurde ein weiteres Arbeitsgericht beim Amtsgericht Harburg gebildet. Beide wirkten auf der Grundlage des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23.12.1926, bis am 31.03.1946 das Deutsche Arbeitsgerichtsgesetz an dessen Stelle trat. Daraufhin wurde am 01.07.1946 ein neues Landesarbeitsgericht konstituiert, dessen Tätigkeit am 03.09.1953 durch ein eigenes Arbeitsgerichtsgesetz geregelt wurde.

Aus Zeit von 1927-1945 hat sich nur eine Prozeßakte erhalten. Aus der Nachkriegszeit liegen bisher Prozeßakten und sehr wenige Verwaltungsakten vor.

Lit.: Zwei Jahrzehnte Arbeitsgerichtsbarkeit in Hamburg 1945-1966, hrsg. von der Arbeits- und Sozialbehörde, Hamburg 1967
(LS)

224-5 Sozialgericht

20.Jh.; 2,6 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Durch das Sozialgerichtsgesetz vom 03.09.1953 wurde auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung die verfassungsrechtlich geforderte Trennung zwischen Verwaltung und Rechtsprechung gewährleistet. An die Stelle des Oberversicherungsamtes trat 1954 das Sozialgericht. Dieses entscheidet vor allem über Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung und der Kriegsopferversorgung.

Der Best. ist wachsend und enthält Prozeßakten.
(My)

23 FREIWILLIGE GERICHTSBARKEIT

231 REGISTERFÜHRUNG

231-1 Hypothekenamt

1248-1901 (1970); 255,7 m; Bestandsverzeichnis
Die Beurkundung der Rentengeschäfte und Verlassungen von Erben (Grundstücken), später zusammenfassend als Hypothekenwesen bezeichnet, lag seit ältester Zeit beim Rat. Später führten die Landherren und die Patrone der Vorstädte eigene Rente- und Erbebücher. 1843 kam es in der Stadt zur Schaffung eines eigenen Hypothekenbüros, das 1864 in das Hypothekenamt umgewandelt wurde; es gliederte sich schon bald in das Stadt- und das Landhypothekenbüro sowie die Hypothekenbüros für Ritzebüttel und Bergedorf. Die Aufgaben des Hypothekenamtes sind 1900 auf das Amtsgericht übergegangen.

Der Best. enthält im wesentlichen für das gesamte Stadtgebiet Erbe- und Rentebücher, Verlassungprotokolle, Konzepte der Hypothekenbuchführer, Grundrisse und Register. Die einzelnen innerstädtischen Kirchspiele sind vor allem mit ihren Erbe- und Rentebüchern vertreten. Für das gesamte Landgebiet liegen Annuitätenprotokolle, Konzepte und Anlagen zu den Konsensprotokollen sowie Grundrisse vor. Die Erbe-

und Rentebücher sind nach den einzelnen Landherrenschaften bzw. Patronaten aufgestellt. Auch Verwaltungsakten des Amts und der Büros haben sich erhalten.

Lit.: Siegmund Wülfken, Vom hamburgischen Grundbuch, in: Beiträge zur Geschichte des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1960, S.101-112
(LS)

231-2 Französisches Hypothekenbüro

1811-1814; 9,4 m; Bestandsverzeichnis
Das hamburgische Hypothekenwesen erfuhr durch die Einführung französischer Rechtsvorschriften 1811 tiefgreifende Veränderungen. Es wurde in jedem Arrondissement ein Hypothekenbüro eingerichtet, das der Regie des Registrierwesens und der Domänen unterstellt war. Vom Büro wurden Veränderungen von Grundeigentum und hypothekarische Schulden registermäßig eingetragen. Mit dem Ende der französischen Herrschaft wurden entstandene Eintragungen in die Erbe- und Rentebücher übertragen.

Der Best. gliedert sich in Akten (Anlagen zu den Hypothekenbüchern, Korrespondenz des Hypothekenbewahrers, Grundbuchsachen-Einzelfälle) und Bücher (Hypotheken- und Grundbücher, Einnahme- und Ausgabebücher, Bücher der allgemeinen Verwaltung).
(LS)

231-3 Handelsregister

<1836-1904>; 1836-1908; 28,6 m; Bestandsverzeichnis
Um den Mißbrauch von Firmennamen zu unterbinden und feststellen zu können, wer berechtigt ist, für ein Unternehmen zu handeln, wurde zum 01.01.1836 die Verpflichtung für Kaufleute eingeführt, die Rechtsverhältnisse ihrer Unternehmen in einem jedermann zugänglichen Register beim Handelsgericht eintragen zu lassen. Bis zum 01.08.1866, als die einschlägigen Vorschriften des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch wirksam wurden, bestand die Verpflichtung allerdings nur für neugegründete Unternehmen und für diese auch nur dann, wenn Firmenname und Name des Inhabers nicht identisch waren. Die Möglichkeit der freiwilligen Eintragung war gegeben. Das zunächst für alle Eintragungen außer den Prokuren eingerichtete Firmenprotokoll wurde später durch Register für jede Rechtsform ersetzt. Als besondere Register kamen Genossenschaftsregister (ab 1869), Zeichenregister (ab 1875), Musterschutzregister (ab 1876) und Börsenregister für Waren und Wertpapiere (ab 1896) hinzu. Zu jeder Registernummer wurde eine Akte geführt, die neben einer Abschrift des Registereintrags eingereichte Schriftstücke aufnahm. Ab 01.10.1879 wurden die Register beim Landgericht, ab 01.01.1900 beim

Amtsgericht in Hamburg geführt. Die Amtsgerichte Bergedorf und Ritzebüttel führten für ihre Sprengel eigene Register. Die Firmen-, Gesellschafts- und Genossenschaftsregister wurden zum 31.12.1904 geschlossen, ihr noch gültiger Inhalt auf die Handelsregister und ein neues Genossenschaftsregister übertragen.

Der Best. enthält die vor 1905 geführten Register und die Akten vor 1905 erloschener Unternehmen, wenn der Inhalt wesentlich über die Registereintragung hinausgeht.
(St)

231-4 Schiffsregisteramt

1865-1937; 8,6 m; vorläufiges Verzeichnis
Schon 1869 war die Registrierung der hamburgischen Seefischer-Ewer beim Marine-Inspektor obligatorisch geworden. Mit Inkrafttreten des Reichsgesetzes über die Registrierung und Bezeichnung der Kauffahrteischiffe wurde auch in Hamburg ein Schiffsregisteramt eingeführt. Es gehörte zur Deputation für Handel und Schiffahrt und 1934/35 zu der Nachfolgebehörde für Wirtschaft (in der Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit), bis seine Tätigkeit 1936 in das Aufgabengebiet des Amtsgerichts überführt wurde.

Der Best. umfaßt das See- und Grönländerpaß-Protokoll mit Schiffszertifikaten (1865-1881), Schiffsregister (1866-1935), Register der Fischereifahrzeuge in Finkenwerder (1869-1899), Register der Cuxhavener Schiffe (1874-1898), Schiffsnamens- und -eigentümerverzeichnisse, Meßbriefe (1873-1890) und Pfandbücher zu den Schiffen (1885-1899), daneben Registerakten.
(LS)

231-5 Grundbücher

1876-1996; ca. 2800,0 m; ohne Verzeichnis
Der Best. enthält die zu wesentlichen Teilen noch aktuellen Grundbücher des althamburgischen Gebiets ab 1900 und der ehemals preußischen Gebiete ab 1885. Eine Einsichtnahme ist nur mit Zustimmung des jeweils zuständigen Amtsgerichts auf der Grundlage der Grundbuchordnung möglich.
(St)

231-7 Amtsgericht Hamburg - Handels- und Genossenschaftsregister

<1904->; 1836-1995; 156,2 m; Kartei
Zur Aufnahme der Rechtsverhältnisse von Handelsfirmen und Genossenschaften wurden anstelle der bisherigen Register (s. 231-3) ab 01.01.1905 den preußischen Registern angepaßte Handels- und Genossenschaftsregister eingeführt. Das Handels-

register unterteilte sich in das Handelsregister A für Einzelkaufleute, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, das Handelsregister B für Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, die in §§ 33, 36 Handelsgesetzbuch bezeichneten juristischen Personen und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sowie das Handelsregister C für Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Die Umschreibung des noch geltenden Inhalts der alten Register war im Januar 1911 abgeschlossen. Schon bestehende Registerakten wurden unter neuer Registernummer fortgeführt. Die Vereinheitlichung der Führung der Handelsregister auf Reichsebene (Allgemeine Verfügung vom 12.08.1937) wurde zum 01.01.1938 wirksam. Das Handelsregister C war zu schließen, sein Inhalt auf das Handelsregister B zu übertragen. Für die eingereichten Schriftstücke wurde ein besonderer Band (Sonderband) der Registerakte geschaffen. Zum 01.04.1938 übernahm das Amtsgericht Hamburg die Register der Amtsgerichte Altona, Bergedorf, Blankenese, Harburg und Wandsbek und führte sie kurzfristig bis zur Übertragung des noch geltenden Inhalts auf die Hamburger Register fort.

Der Best. enthält bisher die Registerakten vor 1985 erloschener Firmen und Genossenschaften in Auswahl, insgesamt über 6.000 Stück. Die Register des Amtsgerichts Hamburg wurden noch nicht abgeliefert. Die Register der sogenannten Vorortsgerichte wurden in die entsprechenden Best. eingeordnet.
(St)

231-8 Amtsgericht Hamburg - Güterrechtsregister

1903-1973; 0,6 m; Kartei
Bei anderen als den gesetzlichen Bestimmungen des ehelichen Güterrechts, so wie sie etwa in Eheverträgen festgelegt werden, ist die Deponierung der entsprechenden Verträge und deren Registrierung beim Amtsgericht obligatorisch.

Es sind gut 200 Güterrechtsverträge erhalten.
(LS)

231-9 Amtsgericht Hamburg - Stiftungsaufsicht

1858-1972; 1,3 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Aufsicht über die milden und gemeinnützigen Stiftungen lag von alters her beim Senat. Nachdem 1870 dem Obergericht und der Vormundschaftsbehörde ein Teil der Stiftungsaufsicht übertragen worden war, wurden 1900 mit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches die bisherigen Geschäfte dieser Stellen auf das Amtsgericht übertragen. So bestellte es, sofern keine Bestimmungen dazu vorlagen, die beiden

Stiftungsvorstände. Daher konnten hier auch Stiftungsakten entstehen. Durch Senatsbeschluß wurde 1952 die Senatskanzlei mit diesen Aufgaben betraut.

Ca. 180 Stiftungsakten haben sich hier erhalten.
(LS)

231-10 Amtsgericht Hamburg - Vereinsregister

1900-1992; 13,8 m; Bestandsverzeichnis, Kartei
Mit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum 01.01.1900 erlangten nichtwirtschaftliche Vereine die Rechtsfähigkeit durch Eintragung in die bei den Amtsgerichten zu führenden Vereinsregister. Solche Register wurden bei den Amtsgerichten Hamburg, Bergedorf und Ritzebüttel eingerichtet. Zur Aufnahme eingereichter Schriftstücke besteht zu jeder Registernummer eine Akte. Infolge des Groß-Hamburg-Gesetzes übernahm das Amtsgericht Hamburg die Register der Amtsgerichte Altona, Bergedorf, Blankenese, Harburg und Wandsbek und führte sie für bestehende Vereine bis 1953 fort. Danach wurde der noch geltende Inhalt auf das Vereinsregister Hamburg umgeschrieben.

Der Best. enthält bisher die Registerakten vor 1988 erloschener Vereine in Auswahl, insgesamt 696 Stück. Die Register des Amtsgerichts Hamburg wurden noch nicht abgeliefert. Die bis 1953 geführten Register der sogenannten Vorortsgerichte wurden in die entsprechenden Best. eingeordnet.
(St)

232 VORMUNDSCHAFTS- UND NACHLASSAUFSICHT

232-1 Vormundschaftsbehörde

1570-1953; 317,5 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Nachdem zunächst der gesamte Rat, ab 1815 das Obergericht als Vormundschaftsbehörde fungierte, wurde 1838 eine Vormundschaftsdeputation gebildet. Sie führte die Aufsicht über das Vormundschaftswesen mit Ausnahme der Ergänzung des elterlichen und vormundschaftlichen Konsenses zur Eheschließung eines Unmündigen und der Anordnung oder Aufhebung von Vormundschaften für Verschwender und Gemütskranke sowie der Bestellung von Geschlechtsvormündern. 1883 wurde die Deputation durch eine Behörde ersetzt, die zugleich Vormundschaftsgericht war. 1900 wurde die Vormundschaftsbehörde eine Verwaltungsbehörde im Bereich der Justizverwaltung, da sie ihre gerichtliche Funktion in Hamburg dem Vormundschaftsgericht, in Bergedorf und Ritzebüttel dem Amtsgericht abtrat. 1928 als Vormundschafts-

amt benannt, wurde es mit dem Übergang der Justizverwaltung auf das Reich (1935) aufgelöst. Seine Aufgabe übernahm das Amtsgericht.

Der Best. enthält Protokolle und Verzeichnisse (1570-1899) sowie Akten seit 1832.
(LS)

232-2 Erbschaftsamt

(1558) 1566-1951; 215,7 m; Bestandsverzeichnis
Bis 1624 wurde ein Abzugszehnter von allen Erbschaften erhoben, die das Stadtgebiet verließen. In diesem Jahr wurde das Gebot der Zahlung von Dezimationsgeld auf alle Erbschaften ausgedehnt, in denen Erblasser und Erbnehmer verwandtschaftlich mehr als zwei Grade voneinander getrennt waren. Allmählich entwickelte sich diese Abgabe, die 1817 für die Staaten des Deutschen Bundes wegfiel, zu einer Erbschaftssteuer. Das Zehntenamt erhob das Dezimationsgeld und verwaltete die der Stadt zufallenden Erbschaften, verwahrte Testamente und sicherte die Rechte abwesender oder unbekannter Erben. 1869 wurde das Zehntenamt in Erbschaftsamt umbenannt, dessen nachlaßgerichtliche Nachfolge 1900 das Amtsgericht antrat. Das Erbschaftsamt wurde 1906 aufgehoben.

Der Best. gliedert sich wie folgt: Protokolle und Berichte, Verwaltung des Amtes, Erbschaftsangelegenheiten (allgemein und einzelne Fälle).
(LS)

232-3 Testamentsbehörden

1661-1900; 61,4 m; Ablieferungsverzeichnis, Kartei
Zur Sicherung konnten Testamente in der Stadt beim Rat, später beim Obergericht - im Landgebiet und in den Vorstädten bei den Landherrenschaften bzw. den Präturen - deponiert werden. Sie gelangten zum größten Teil über das Amtsgericht Hamburg an das Staatsarchiv.

Nur die älteren Testamente (14.-17.Jh.) blieben beim Best. 111-1; dort finden sich auch die Testamentsprotokolle (1717-1870). Die übrigen Testamente sind wie folgt gegliedert: alphabetische Serie (18. und 19.Jh.), chronologische Serie der publizierten Testamente (1841-1900), Serie der vor dem 05.05.1842 publizierten Testamente (1661-1847), Serien der Vorstädte und des Landgebietes (1731-1868).
(LS)

232-4 Amtsgericht Hamburg - Aufgebotssachen

1885-1938; 15,5 m; Ablieferungsverzeichnis
Nach dem Zivilprozeßrecht obliegt den Gerichten die Aufforderung an unbekannte

Beteiligte, Rechte in Verfahren anzumelden, um Rechtsnachteile bei Unterlassung dieser Anmeldung zu vermeiden. Die dazu erforderlichen Maßnahmen wurden vom Amtsgericht in Akten dokumentiert, die in Registern erfaßt sind.

Es liegen Register (1901-1938) und Akten (1885-1912) vor.
(LS)

232-5 Amtsgericht Hamburg - Vormundschaftswesen

<1900->; 1904-1981; 26,5 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Das Amtsgericht fungierte seit 1900 als Vormundschaftsgericht und wurde 1936 auch Nachfolgerin des Vormundschaftsamtes (s. 232-1). Es führte Vormundschafts- und Pflegschaftsakten, seit 1940 auch Pflegschaftsakten für hamburgische Firmen und Vermögen, deren Eigentümer im feindlichen Ausland lebten. Der Reichskommissar für die Behandlung feindlicher Vermögen führte darüberhinaus Pflegschaftsakten für Vermögen feindlicher Staaten.

Der Best. enthält über 2.000 alphabetisch geordnete Akten.
(LS)

232-6 Amtsgericht Hamburg - Nachlaßsachen

<1900->; 1902-1966; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Ablieferungen der zuständigen Abteilungen des Amtsgerichts sind bisher nicht erfolgt. Der Bestand enthält z. Zt. nur 7 Einzelakten, die von anderer Seite an das Staatsarchiv gekommen sind.

Testamente und Nachlaßvorgänge aus der Zeit vor 1900 befinden sich in den Beständen 232-2 Erbschaftsamt und 232-3 Testamentsbehörden.
(St)

233 NOTARIAT

233-1 Notarkammer

1810-1841; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Nach Auflösung des Alten Reiches übernahm der Senat die Aufsicht über das Notariatswesen. Unter französischer Herrschaft wurden 1811 20 Notare ernannt und beeidigt; sie waren in einer Notarkammer zusammengefaßt, die auch über 1814

hinaus bestand und nach der Reichsnotarordnung von 1937 (mit kurzer Unterbrechung 1945) noch heute besteht. Sie vertritt die Notare und sorgt für eine solide Berufsausübung.

Der Best. enthält nur 9 Akten, überwiegend Disziplinarsachen.
(LS)

233-2 Notare

1782-1956; 487,8 m; vorläufiges Verzeichnis

Die neuzeitlichen Notare in Hamburg waren bis 1806 vom Kaiser bzw. den Hofpfalzgrafen kreïert worden. Seither übte der Senat (mit Unterbrechung durch die Franzosenzeit 1811-1814) das Ernennungsrecht und das Niedergericht die Aufsicht (neben der Kammer - s. 233-1) aus. Die Notare, die in Hamburg bis heute Nur-Notare sind, tätigen Aufnahme, Errichtung, Vollziehung und Beglaubigung solcher Urkunden, denen die Parteien öffentlichen Glauben verschaffen wollen.

Die Archive enthalten zumeist Verzeichnisse der Notariatsurkunden, die Urkunden selbst und Akten. Die Wechselproteste bzw. die sie enthaltenden Kopiebücher sind durchweg kassiert worden. Es haben sich Notariatsarchive folgender Notare erhalten:

E.Albrecht (1925-33), H.L.W.Asher (1864-1904), O.H.Asher (1900-22), J.C.H.Barckhan (1847-64), P.G.L.Bartels (1874-1920), H.Baur (1931-51), J.N.P.Beckendorff (1816-43), J.O.A.Becker (1904-12), R.G.Behrmann (1811-14), J.P.Bennecke (1816-46), H.H.Biermann-Ratjen (1929-55), M.H.C.Bock (1827-39), H.Bonfort (1857-58), M.I.Bresselau (1812-39), J.Brichet (1828-32), W.Broders (1937-55), A.F.Buek (1864-79), E.G.Cadmus (1924-50), P.de Chapeaurouge (1904-54), G.Cohen (1857-58), D.Cohen (1857-58), J.F.Coulon (1815-18), H.M.Crasemann (1881-1934), F.J.Crasemann (1925-54), F.Davids (1948-54), P.Deranco (1800), A.R.Des Arts (1880-1902), L.B.Dreves (1847-61), C.H.de Drusina (1844-57), H.Föhring (1857), J.H.Frercks (1811), F.D.A.Führstock (1811), E.T.Gabory (1890-1930), F.Gobert (1858-1904), W.E.Götze (1899-1901), R.Goldenberg (1911-21), R.Haack (1936-42), W.Harm (1936-51), J.J.Heckleiff (1806-07), C.C.E.Heimerdinger (1857-59), A.Heineberg (1914-35), J.J.P.Hellberg (1790), F.Herwig (1857-58), J.C.Hilgenfeldt (1816-46), C.E.Hingstedt, P.Hirsch (1857-58), F.H.E.Hofmann (1808), H.Holtappel (1947-55), J.H.Hübbe (1811-46), T.Jaacks (1937-55), J.N.Jungmann (1807), M.O.Kauffmann (1905-51), N.Kirchhof (1811-18), N.Kröger (1800), J.H.Lammers (1842-50), J.H.Langhans (1816-36), C.R.A.Lenizer (1803-10), J.C.Lucas (1816-24), P.Lübbers (1941-55), J.A.Lüders (1808-14), J.D.Luis (1811-16), F.A.Marcard (1811-13), H.D.Marolf (1789-1822), A.H.Martin (1893-1932), R.Martin (1939-56), R.Martin (1857-64), G.Matthaei (1942-56), A.C.T.Meier (1812-13), A.Meldola (1811-18), J.F.A.A.Meyer (1852-72), J.H.Möller (1816-23), J.W.Molt (1811-13), G.Muhle (1925-50), P.L.G.Müller (1831-72), P.A.Nemnich (1816-21), H.H.Nissen (1937-55), H.E.Nolte (1936-40), H.E.Oldenburg (1808), P.Oppens (1910-35), J.O.W.Patow (1812-16), J.C.Petersen (1842-51), H.Pinkernelle (1938-54), H.R.Ratjen (1902-30), H.Rebattu (1925-41), G.A.Remé (1897-1937), G.Riebow (1944-50), G.Riesser (1840-57), C.L.Rischmüller (1816-32), M.A.N.Ritter (1872-1904), Rothenburger (1945), J.N.Schaffhausen (1811-15), H.G.Schauer (1836-45), H.N.Schmalfeldt (1798), A.H.Schmanns (1810-12), E.Schramm (1836-72), W.E.Schramm (1872-80), J.C.T.Seitz

(1857-58), G.A.U.Sieveking (1913-48), H.H.S.Sillem (1861-71), M.Söhle (1857-74), P.A.Stein (1816-58), H.D.P.Stockfleth (1816-20), H.Stockfleth (1863-97), J.C.H.Stockfleth (1827-63), F.H.Stöwing (1807), A.Sturm (1925-40), O.Sudeck (1945-55) C.G.F.von Sydow (1892-1934), H.Theissen (1937-53), C.Tiecke (1785), H.Timm (1857-58), J.L.Trummer (1810), J.C.Vorst (1782), E.L.Wächter (1851-92), C.G.W.Wäntig (1904-51), J.A.G.H.Wappäus (1871-93), D.F.Weber (1892-1912), F.Wessendorf (1941-51), J.H.Wichern (1810-23), Wichmann (1937-55), Widow (o.J.), J.Wietjes (1798-1839), H.Wülbern (1798-46), J.C.Zander (1783), H.G.F.Zange (1823-40), Zobel (1816-19), F.J.Zumbach (1811-16)
(LS)

24 JUSTIZVERWALTUNG UND STRAFVOLLZUG

241 JUSTIZVERWALTUNG

241-1 I Justizverwaltung I

<1879-1934>; 1871-1944; 203,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Nachdem die Verfassung von 1879 den Senat als Träger der Oberaufsicht über sämtliche Justizbehörden bestimmt hatte, wurde eine Senats-Verwaltungsabteilung für das Justizwesen eingerichtet. Diese Abteilung wurde 1896 in die Senatskommission für die Justizverwaltung umgewandelt. Sie stellte keine eigentliche Justizbehörde, sondern die obere Justizverwaltungsbehörde dar. Oberste Justizbehörde blieb als offizielle Landesjustizverwaltung der Senat. Der Senatskommission waren auch das Hypothekenamt (bis 1900) und das Gerichtsvollzieheramt unterstellt. Erst durch die Verreichlichung der Justiz und der Justizverwaltung 1934/35 wurde die Landesjustizverwaltung aufgelöst und mit dem Aufbau eines Justitiariats der hamburgischen Verwaltung begonnen. Die Rückübertragung der Justizaufsicht auf Hamburg erfolgte 1947.

Der Best. gliedert sich wie folgt:
I. Gesetze und Verordnungen; II. Anwendung der unter I. aufgeführten Gesetze und Verordnungen; III. Rechtsstudium, Justizprüfungen, Vorbereitungsdienst, Referendariat, Assessorat; IV. Justizbausachen, Mobiliar- usw. -beschaffung, Verwaltung der Justizgebäude und Diensträume; V. Reichsjustiz- und sonstige Reichsbehörden und Reichsinstitute; VI. Hanseatische Justizbehörden; VII. Hamburgische Justiz- und andere Behörden; VIII. Gerichtsvollzieherwesen; IX. Enteignungswesen; X. Angestellte der Justizbehörden; XI. Allgemeine Dienstsachen; XII. Rechtsanwaltschaft und Prokuratur, Notariat, Rechtskonsulenten; XIII. Dolmetscher und Übersetzer, Sachverständige, Auktionator- und Taxatorwesen; XIV. Gebühren-, Kosten- und Stempelwesen; XV. Kassen- und Hinterlegungswesen; XVI. Strafvollzug, Gefängniswesen; XVII. Gnadensachen, Abolitionsrecht; XVIII. Prozeßangelegenheiten des Hamburgischen Staates; XIX. Personalakten-Generalia (Personalakten s. 241-2); XX. Internationaler Rechtsverkehr, Diplomatische Missionen, Konsularwesen, Schutzgebiete; XXI. Statistik, Jahresbe-

richte; XXII. Mitteilungen von zivil- und strafgerichtlichen Prozessen und Entscheidungen an diverse Behörden; Erstattung von Anzeigen über Klagen etc. gegen Offiziere und Beamte; XXIII. Beschwerden etc. über die hamburgischen Justizbehörden und über Rechtsanwälte etc., Rechtsschutzgesuche und sonstige Gesuche und Eingaben; XXIV. Anstellungsgesuche; XXV. Varia; XXVI. Seeamt, Oberseeamt.
(LS)

241-1 II Justizverwaltung II

<1945->; 1947-1973; 12,3 m; Ablieferungsverzeichnis, Kartei
Nach der Kapitulation 1945 geriet die gesamte Justiz und Justizverwaltung zunächst unter Besatzungsrecht der britischen Militärregierung. Im September 1947 wurde die Justiz auf Hamburg rückübertragen. Der Senat fungierte nun als oberste Justizverwaltungsbehörde und verwaltete die Justiz nach dem Grundsatz strenger Gewaltenteilung zwischen Anklage, Urteil und Vollzug durch eine Senatskommission für die Justizverwaltung und eine Gefängnisbehörde. Erstere war vorgesetzte Behörde der Staatsanwaltschaften beim Hanseatischen Oberlandesgericht und dem Landgericht. Die Justitiariatsaufgaben für die gesamte Verwaltung wurden von einem Senatsamt, dem Rechtsamt, wahrgenommen. 1967 wurde eine Justizbehörde als Fachbehörde eingerichtet, die sich in das Justizamt (Justizaufsicht, Justizgesetzgebung und Justitiariat, Verfassungs-, Staats- und Verwaltungsrecht, Rechtsprüfung und Gnadenwesen) und das Strafvollzugsamt (Vollzugsgestaltung, Aufsicht über die Vollzugsanstalten, Rechtsangelegenheiten, Vollzugsverwaltung) gliedert. Sie hat nach wie vor die Aufsicht über die Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie über die Strafvollzugsanstalten.

Der Best. umfaßt die bisherigen Ablieferungen aus verschiedenen Bereichen und ist wachsend.
(LS)

241-2 Justizverwaltung - Personalakten

1860-1985; 85,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Die Personalakten der Justizverwaltung enthalten Akten des höheren Dienstes (Richter, Staatsanwälte, Notare, Rechtsanwälte und Referendare) und des gehobenen und mittleren Dienstes (Justizverwaltung, Seeamt, Gerichtsvollzieheramt) in Auswahl. Daneben gibt es Wiedergutmachungsakten aus dem Justizpersonalbereich.
(LS)

241-3 Rechtsanwaltskammer

1943-1982; 32,5 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Mit der Reichsrechtsanwaltsordnung 1878 wurde die Bildung von Rechtsanwalts-

kammern, und zwar in der Regel einer für jeden Oberlandesgerichtsbezirk, angeordnet. In ihr waren alle Rechtsanwälte des Bezirks organisiert. Die Leitung hatte ein Präsident. Die Aufsicht führte die jeweilige Landesjustizverwaltung. Die Veränderungen der Rechtsanwaltsordnung 1936 und der Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1959 ließen die Kammern unberührt.

Der wachsende Best. enthält hauptsächlich Beschwerdevorgänge.
(LS)

241-4 Datenschutzbeauftragter

1982-1998; 7,4 m; Ablieferungsverzeichnis
Die Dienststelle wurde 1981 nach Verabschiedung des Hamburgischen Datenschutzgesetzes eingerichtet. Sie überwacht die Einhaltung des Gesetzes und anderer Datenschutzvorschriften bei den Behörden und sonstigen öffentlichen Stellen sowie bei den der Aufsicht der hamburgischen Verwaltung unterstehenden juristischen Personen öffentlichen Rechts. Sie liefert Gutachten und Berichte, berät den Senat in Fragen des Datenschutzes und nimmt zu Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechniken auf den Datenschutz Stellung.

Der wachsende Bestand enthält Unterlagen zu datenschutzrechtlichen Bewertungen und Stellungnahmen sowie eine Auswahl von Eingaben aus dem öffentlich/amtlichen sowie dem nicht-öffentlich/-amtlichen Bereich.
(LS)

242 STRAFVOLLZUG

242-1 I Gefängnisverwaltung I

<1615-1921>; ca.1600-1926; 13,4 m; Bestandsverzeichnis
Unter der Bezeichnung Gefängnisverwaltung I ist das Schriftgut des hamburgischen Gefängniswesens seit der Gründung des Werk- und Zuchthauses im Jahre 1615 bis zum Jahre 1921 zusammengefaßt. In dieser Zeit sind folgende Zäsuren auszumachen: Von 1615 bis 1811 wurde das Werk- und Zuchthaus sowie das Spinnhaus kollegial durch je ein Großes und ein Kleines Kollegium verwaltet. Von 1811 bis 1814 war unter französischer Herrschaft für sämtliche Gefängnisse eine gemeinsame Kommission (conseil des prisons) eingesetzt. Von 1814 bis 1823 wurde die Gesamtkommission beibehalten, deren Hauptaufgabe die Reform des Gefängniswesens, dabei insbesondere die Trennung von Armen und Straffälligen, war. Von 1823 bis 1863

arbeitete das Große Gefängniskollegium; neben diesem erledigte ein Kleines Gefängniskollegium die eher alltäglichen Verwaltungsaufgaben. Von 1864 bis 1921 amtierte aufgrund des Verwaltungsgliederungsgesetzes von 1863 die Gefängnisdeputation.

Der Best. gliedert sich wie folgt: Für die Zeit von 1615 bis 1862: Kollegiumsprotokolle, Organisation und Verwaltung der Strafanstalten (Werk- und Zuchthaus, Spinnhaus, Kurhaus, Zucht- und Kurhaus, Winserbaum); für die Zeit von 1864 bis 1921: Protokolle, Organisation und Verwaltung, Gefangenenangelegenheiten; Gefangenenbücher und -akten.
(LS)

242-1 II Gefängnisverwaltung II

<1921-1934>; 1813-1981; 165,0 m; Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Im Gesetz über den Aufbau der Verwaltung von 1926 wurde bestimmt, daß Landesjustizverwaltung und Gefängnisbehörde zusammengehören. Die Hamburgischen Gefangenenanstalten unterstanden 1927 einem Direktor. 1928 wurde die Senatskommission für die Justizverwaltung aufgehoben und durch die Landesjustizverwaltung ersetzt; sie führte die Aufsicht über die Gefängnisbehörde. 1931 kam es zu einem Ländervertrag über die Strafvollzugsgemeinschaft zwischen Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck und Oldenburg, die zur Schaffung eines gemeinsamen Strafvollzugsamtes und Unterstellung von Vollzugsanstalten unter dieses Amt führte. Durch die Überleitung der Rechtspflege auf das Reich wurden 1935 alle Landesjustizbehörden Reichsbehörden; die Aufsicht über sämtliche Strafanstalten ging auf den Generalstaatsanwalt des jeweiligen Oberlandesgerichtsbezirks über. Dem Generalstaatsanwalt am Hanseatischen Oberlandesgericht, dem auch die Gefängnisse in Lübeck, Bremen, Bremerhaven, Eutin und Bad Schwartau zugeordnet waren, wurde direkt der Präsident des Strafvollzugsamtes, seit 1935 Präsident der hamburgischen Gefangenenanstalten, unterstellt. 1947 wurde erneut eine Gefängnisbehörde eingerichtet, die 1952 in den Kreis der Fachbehörden eingegliedert wurde und 1967 in der neuerrichteten Justizbehörde aufging.

Der Best. setzt sich bisher aus 11 noch ungeordneten Ablieferungen zusammen, die von verschiedenen Registraturbildnern stammen, u.a. von der Gefängnisdeputation, vom Präsidenten der Hamburgischen Gefangenenanstalten, vom Strafvollzugsamt für die Länder Braunschweig, Bremen, Hamburg, Lübeck und Oldenburg (für die Landesteile Oldenburg und Lübeck), vom Präsidenten der Hamburgischen Vollzugsanstalten. Darunter befinden sich auch Gefangenenpersonalakten.
(LS)

242-2 Strafvollzugsanstalten

1927-1956; 4,5 m; Ablieferungsverzeichnis

1879 wurde das Zentralgefängnis in Fuhlsbüttel eingeweiht, 1881 das Untersuchungsgefängnis am Holstentor (Holstenglacis). Das Zentralgefängnis Fuhlsbüttel erhielt in den Jahren 1901-1905 einen zweiten Bau (Gefängnis II). Zwischen 1913 und 1928 wurde der Hahnöfersand als Jugendstrafanstalt aufgebaut und 1928 eröffnet; im selben Jahr kam es auch zur Eröffnung der Reformstrafanstalt Glasmoor. Im Jahre 1929 verwaltete die Gefängnisbehörde folgende Anstalten: Männergefängnis (Fuhlsbüttel), Männerzuchthaus (Fuhlsbüttel), Jugendgefängnis (Hahnöfersand), Frauenanstalt und -arbeitshaus (Fuhlsbüttel), Untersuchungsgefängnis (Holstenglacis), Festung und Arbeitshaus für Männer in Groden, Anstalt Glasmoor (Männergefängnis), Gerichtsgefängnis für Bergedorf. Durch die Verreichlichung der Justizverwaltung wurden 1935 die Strafanstalten dem Generalstaatsanwalt beim Hanseatischen Oberlandesgericht unterstellt. Nach dem Krieg wandelte sich Struktur der Strafvollzugsanstalten nur gering. Bestehen blieben die Untersuchungshaftanstalt mit dem Zentralkrankenhaus, die Strafanstalt Fuhlsbüttel (als Zuchthaus bis 1969), die Aufnahme- und Strafanstalt Fuhlsbüttel, die Verwahranstalt Bergedorf, das Männergefängnis Glasmoor (offene Anstalt), die Frauenstrafanstalt Fuhlsbüttel und die Jugendstrafanstalt Hahnöfersand; neu hinzu kamen: das Männergefängnis Neuengamme (halboffene Anstalt), die Übergangsanstalt Alt-Erfrade mit gelockertem Vollzug und die Jugendarrestanstalt Wandsbek.

Bisher ist von den jüngeren Hamburger Strafanstalten erst sehr wenig Aktenmaterial abgeliefert worden, so daß sich der Best. nur aus Akten und Büchern des Frauengefängnisses Fuhlsbüttel zusammensetzt.
(LS)

242-3 Strafvollzugsschule Rissen (für die Britische Zone)

1945-1952; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

Die Strafvollzugsschule wurde von der britischen Militärregierung als gemeinsame Einrichtung der Länder der britischen Zone mit dem Zweck der Aus- und Weiterbildung von Justizvollzugsbeamten 1945 eröffnet. Die Verwaltung der Schule wurde unter Aufsicht des Zonal Penal Advisory Board in Herford der Gefängnisbehörde der Hansestadt Hamburg angegliedert. 1950 fiel die Schule an die beteiligten Länder, die auch die Kosten trugen. Nach Auflösung der Schule 1952 übernahm in Hamburg die Gefängnisbehörde die Aus-und Weiterbildung der Bediensteten.

Der Best. umfaßt Akten über die Lehrgangs- und Tagungstätigkeit der Schule, das Personal, die Teilnehmer der Ausbildungsmaßnahmen und Haushaltsangelegenheiten.
(LS)

242-4 Kriminalbiologische Sammelstelle

1926-1945; 12,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Nach Eindringen kriminalanthropologischer Vorstellungen in die deutsche Kriminalwissenschaft kam es bereits 1921 in Bayern zur Einrichtung von Begutachtungsstellen für Gefangene, in denen Material zur Stützung der These von ererbten Verbrechereigenschaften gesammelt werden sollte. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden diese Bestrebungen reichsweit aufgenommen und 1936 mit der Einrichtung eines Kriminalbiologischen Dienstes verankert. In Hamburg wurde daraufhin eine Kriminalbiologische Untersuchungsstelle bei den Strafanstalten Fuhlsbüttel und eine Kriminalbiologische Sammelstelle beim Untersuchungsgefängnis eingerichtet. Ihre Aufgabe bestand in der "planmäßigen Erforschung der Wesensart Gefangener - d.h. der erblichen Anlagen und der im Leben und durch das Leben bewirkten Gestaltung der Persönlichkeit - im Dienste der Strafrechts- und der Erb- und Rassenpflege des deutschen Volkes durch wissenschaftliche Auswertung des aus den Untersuchungsstellen der Oberlandesgerichtsbezirke Hamburg, Kiel, Rostock, Braunschweig und Oldenburg einlaufenden Materials". Die Arbeit der Sammelstelle, die auch älteres Material aus der Gefängnisverwaltung übernahm, endete mit der Kapitulation 1945.

Der Best. enthält vor allem Bildmaterial (überwiegend Glasplatten) über Deviante, Mißgebildete, Justizbeamte, Haftanstalten, daneben auch Kriminalstatistiken (u.a. über Kastrationen) und Rückfallstudien.

Lit.: Hans Krüger, Die Kriminalpsychologische Abteilung der Gefängnisbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, in: Zeitschrift für Strafvollzug, 1956, S.3-7

(LS)

242-7 Strafvollzug - Personalakten

1839-1952; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

Den Best. bildet eine Auswahl von 132 Personalakten von Bediensteten bei den Strafvollzugsaufsichtsbehörden aus dem Einstellungszeitraum 1865-1918.

(LS)

3 FACHVERWALTUNG

31 FINANZWESEN

311 GESAMTVERWALTUNG

311-1 I Kämmerei I

<1562-1811>; (1246-) 1369-1907; 241,6 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Protokolle und Akten
Band 2: Urkunden 1496-1866

Durch Rat- und Bürgerschluß von 1563 ging die Leitung der Kämmerei aus der Kompetenz des Rates auf acht - ab 1685 zehn - von der Bürgerschaft gewählte Kämmereibürger über. Der Kämmerei oblag die Aufsicht über die städtische Finanzverwaltung. Daher war sie in den meisten Deputationen (Behördenleitungsgremien) mit einem Mitglied vertreten.

Der Best. wurde ohne Berücksichtigung älterer Registraturansätze völlig neu geordnet. Die im Best. 111-1 vorhandenen Bestandsteile wurden dort belassen. Andererseits verblieb auch Schriftgut anderer Behörden im Best.. Kernstücke des Best. sind die Protokolle (107 Bände, 1563 -1861), die seit 1709 durch eine Beilagenserie ergänzt werden, die Einnahmen- und Ausgabenbücher (1563-1811), in denen die Geldbewegungen kontenweise erfaßt werden, sowie die Kontraktenbücher (Grundstücksverträge, 1562-1861), denen seit 1725 detaillierte Grundstückspläne beigegeben sind. Die Verwaltungsakten enthalten Informationen zu fast allen Bereichen der Finanzverwaltung.

Hinweis: 111-1

Lit.: Hans-Joachim Bohnsack, Die Finanzverwaltung der Stadt Hamburg. Ihre Geschichte von den Anfängen bis zum Ersten Weltkrieg, Hamburg 1992
(Bz)

311-1 II Kämmerei II

<1813-1862>; 1754-1907; 18,4 m; Bestandsverzeichnis

Durch die Verwaltungsreform von 1814 verlor die Kämmerei die Aufgaben der Schuldenverwaltung an die Schuldenadministrations-Deputation, die der Steuererhebung an die Steuerdeputation. Die Aufstellung und Prüfung des neu eingeführten Haushaltsplans (Budgets) wurde der neu geschaffenen Budget- und Revisionskommission übertragen. Die Kämmerei gewann dafür die umfassende Kompetenz im Kassen- und Ausschreibungswesen. Bis zur Verwaltungsreform von 1860 blieb diese Organisationsform im wesentlichen unverändert.

In den Best. aufgenommen wurden Teile der Registratur der Steuerdeputation. Die vorhandenen Akten sind in der Regel Handakten oder Materialsammlungen. Den wichtigeren Teil des Best. bilden daher die Protokoll- und Amtsbuchreihen. Von Bedeutung sind ferner die Lizitationsprotokolle, die das neu geschaffene Ausschreibung- und Beschaffungswesen dokumentieren.

Hinweis: Budget- und Revisionskommission s. 111-1; 312-1; 312-7; 313-3
(Bz)

311-2 I-III Finanzdeputation I-III

<1862-1896>; 1855-1932; 54,0 m; Bestandsverzeichnis

Infolge der Verwaltungsreform von 1860 wurde die Kämmerei umbenannt in Finanzdeputation. Die Aufgaben der nun aufgelösten Budgetkommission und der Schuldenadministrations-Deputation sowie der Leihhausverwaltung (Lombard) wurden von der Finanzdeputation übernommen. Sie besaß nunmehr die volle Kompetenz in allen Finanzangelegenheiten. Dies blieb im wesentlichen bis 1896 unverändert.

Die 1860 angelegte Registratur wurde bereits 1864 geschlossen. Die neue Registratur bestand ebenfalls nur bis 1869, die dritte bis 1897. Die drei Registraturen wurden zusammengefaßt und einheitlich neu geordnet. Akten der Budgetkommission und des Liegenschaftswesens bilden den Schwerpunkt. Daneben sind auch die Unterlagen über das staatliche Hoch- und Tiefbauwesen von Bedeutung, da die Registratur der Baubehörde im Zweiten Weltkrieg vernichtet wurde.

Hinweis: 312-1; 312-7 I; 313-3
(Bz)

311-2 IV Finanzdeputation IV

<1897-1937>; 1875-1956; 223,0 m; Bestandsverzeichnis

Band 1a: Schlagwortverzeichnis
Band 1b: Übersicht
Band 2: Verfassung u. Organisation, Beamtenverhältnisse, Submissions- und Lizitationswesen, Städtische Leihhäuser, Lotterie
Bände 3-8, 21-44: Domänenverwaltung

1896 wurden die Abteilungen der Finanzdeputation neu gegliedert. 1933 ist sie in Finanzverwaltung umbenannt worden. 1936 wurde die Finanzverwaltung in die Finanzbehörde und die Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung geteilt. Beide wurden 1938 unter dem Namen Kämmerei wieder zusammengefaßt. Die Registratur bestand bis 1937.

Die Hauptstaatskasse, das Revisions- und Kontrollbüro und die Staatsschuldenverwaltung führten eigene Registraturen und wurden daher zu eigenen Best. formiert. Der Best. ist noch wachsend und nicht abschließend geordnet. Schwerpunkte liegen in der Aufstellung und Durchführung der Haushaltspläne und der Aufsicht über Banken und Stiftungen. Den bedeutendsten Teil des Best. bildet die Überlieferung der Domänenverwaltung (Liegenschaftsverwaltung). Ferner sind Unterlagen zu den Themen Stadtplanung, Erschließung von Bebauungsflächen, Grundstücksgeschäfte und Versorgung der neuen Stadtteile mit öffentlichen Einrichtungen aller Art zu finden.

Hinweis: 312-1; 312-7 II; 313-3; 313-4 I; 313-8; 314-12

Lit.: Leo Lippmann, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964
(Bz)

311-3 I Finanzbehörde I

<1935->; (1884) 1912-1993; 152,0 m; Kartei, vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

1938 wurden die Finanzbehörde und die Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung zur Kämmerei zusammengefaßt. Sie gliederte sich in die Allgemeine Verwaltung, Finanzverwaltung (Kassen- und Haushaltswesen), Vermögens- und Schuldenverwaltung, Liegenschaftsverwaltung und Steuerverwaltung. Diese Gliederung ist im wesentlichen unverändert geblieben. 1947 wurde der Name Kämmerei in Finanzbehörde geändert. Eine Behörde für Vermögen und öffentliche Unternehmen wurde 1971 aus der Finanzbehörde aus- und 1976 erneut eingegliedert. Dies blieb jedoch ohne Auswirkungen auf die Registratur.

Der Best. ist wachsend. Der Aktenplan ist seit 1938 bis heute kaum verändert in Kraft. Die Signaturen werden von der Behörde übernommen und durch die Jahreszahl der Ablieferung ergänzt.

Der Best. umfaßt das gesamte Finanzwesen einschließlich der Aufsicht über die öffentlichen Unternehmen und Firmen. Für bestimmte Überlieferungskomplexe, zu denen Aktenzuwachs nicht mehr zu erwarten ist, gibt es vorläufige Teilverzeichnisse. Diese erschließen Archivgut, das

- im Rahmen der Durchführung des Groß-Hamburg-Gesetzes entstanden ist,
- von der früher selbständigen Feststellungsgehörde (für Kriegssachschäden) übernommen wurde,
- in dem im Jahre 1948 der Finanzbehörde angegliederten Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten erwachsen ist, und

- vom Landesamt für (NS-)Vermögenskontrolle stammt.

Hinweis: 313-4 II; 313-8; 314-12
(Bz)

311-4 Finanzbehörde - Amt für Organisation und zentrale Dienste

1945-1986; 32,3 m; Ablieferungsverzeichnis
Beim Organisationsamt entwickelte sich aus den Abteilungen Bürotechnik und Lochkartenverfahren (1958) die Abteilung Automatische Datenverarbeitung (1967) und schließlich die Abteilung Automation (1977), die für die Planung, Steuerung und Koordination der Informations- und Kommunkationstechnik zuständig war. Bei der Finanzbehörde entstand aus der Lochkartenstelle (1958) die Datenverarbeitungszentrale (1968), die mit der praktischen Durchführung und Anwendung der Automatischen Datenverarbeitung in der hamburgischen Verwaltung beauftragt war. Zum 01.01.1993 wurde aus der Datenverarbeitungszentrale der Finanzbehörde, der Abteilung Fernmeldetechnik der Baubehörde und Teilen des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst – Organisationsamt das Landesamt für Informationstechnik (LIT) als selbständiger Landesbetrieb gebildet. Hier sollten die bis dahin verteilten zentralen betrieblichen Durchführungsaufgaben bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechniken (IuK) gebündelt werden. Gesteuert und kontrolliert wird das Landesamt durch das Amt für Organisation und zentrale Dienste. Zum 01.04.1994 gingen die im Organisationsamt verbliebenen organisatorischen und methodischen Grundsatzaufgaben sowie die konzeptionelle Steuerung des Einsatzes der IuK-Nutzung auf das neu eingerichtete Amt für Informations- und Kommunikationstechnik bei der Finanzbehörde über. Zum Jahresbeginn 1996 erfolgte die Umbenennung in Amt für Organisation und zentrale Dienste.

Der Best. enthält die Aktenüberlieferung der Finanzbehörde, Amt für Organisation und zentrale Dienste, sowie grundsätzliche Angelegenheiten und verschiedene Projektakten der Datenverarbeitungszentrale und der Abteilung Fernmeldetechnik der Baubehörde.
(Fla)

311-8 Finanzverwaltung - Personalakten

1830-1962; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
In dem wachsenden Best. sind die Personalakten der hamburgischen Finanzverwaltung einschließlich der öffentlichen Unternehmen zusammengefaßt.
(Bz)

312 KASSENFÜHRUNG UND SONDERVERWALTUNGEN

312-1 Hauptstaatskasse

1810-1943; 13,4 m; Bestandsverzeichnis

1814 wurde bei der Kämmerei eine Stadtkasse, ab 1860 Hauptstaatskasse, eingerichtet, die als einzige städtische Kasse alle Ein- und Auszahlungen abzuwickeln hatte. Ihre Aufgaben gingen aber über die reinen Kassengeschäfte hinaus. 1938 verlor sie ihre verhältnismäßige Selbständigkeit. Die eigene Registratur wurde geschlossen. Die Aufgaben der Hauptstaatskasse werden von der Landeshauptkasse weitergeführt.

Der Schwerpunkt des Best. liegt bei den Kassenbüchern über die allgemeinen Kassengeschäfte und die Haushaltsabrechnung. Darüber hinaus finden sich dort aber auch Unterlagen zu folgenden Bereichen des Finanzwesens: Vermögen und Schulden, Pensionen und Unterstützungen, Errichtung einer Hamburger Staatsbank, Immobilienabgabe, Gewerbefreiheit, Bürgersteuer, Stadterweiterungs- und Grunderwerbsfonds.

Hinweis: 311-1 II; 311-2 I-III; 311-2 IV

(Bz)

312-3 Kommission für Bodenordnung

1957-1982; 65,5 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet

Zur Überwindung der in den kriegszerstörten Stadtteilen vorherrschenden kleinteiligen Parzellierung, die den Wiederaufbau erschwerte, wurde die Kommission für Bodenordnung durch das Aufbaugesetz von 1949 eingerichtet und tagte erstmals 1952. Bis 1957 hatte sie im wesentlichen nur eine beratende Funktion. Durch die Neufassung des Aufbaugesetzes 1957 wurde ihr die bis dahin in den Händen der Bürgerschaft liegende Entscheidungskompetenz über alle wesentlichen Grundstücksgeschäfte übertragen.

Der wachsende Best. umfaßt die Einladungen und Vorlagen über die einzelnen Grundstücke sowie die Sitzungsprotokolle.

Hinweis: Allgemeine Angelegenheiten der Kommission s. 311-3 I

(Bz)

312-5 Rechnungshof

(1898) 1928-1991; 19,8 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis, Kartei

Mit der Einführung des Haushaltsplans in die hamburgische Verwaltung prüfte die Revisionskommisson die jährlichen Haushaltsrechnungen der Kämmerei. 1860 ging die Revisionskommission in der Finanzdeputation auf. Erst 1896 wurde wieder in der Finanzdeputation ein Revisions- und Controll-Bureau eingerichtet. Die Staatshaushaltsordnung von 1922 brachte dem Rechnungsamt mehr Selbständigkeit. Es blieb aber mit der Finanzdeputation organisatorisch verbunden. Das Gesetz über die Errichtung

eines Rechnungshofes von 1948 gab dem Rechnungshof erstmals eine unabhängige Stellung in der hamburgischen Verwaltung. Seit 1968 ist der Rechnungshof auch dem Senat gegenüber selbständig und nur den Gesetzen unterworfen.

Der Best. ist wachsend. Die Akten aus der Zeit vor 1948 sind zum größten Teil im Zweiten Weltkrieg vernichtet worden. Übernommen werden Verwaltungsakten sowie ausgewählte Prüfungsakten.

Hinweis: 111-1; 311-2 IV; 312-1
(Bz)

312-7 I Staatsschuldenverwaltung I

<1814-1897>; 1709-1926; 17,0 m; Bestandsverzeichnis
Zur Regelung der durch die französische Besatzung entstandenen Schulden wurde 1814 eine von der Kämmerei unabhängige Schuldenadministrations-Deputation eingerichtet. 1863 wurde die Kommission unter der Bezeichnung Schuldenverwaltung in die Finanzdeputation eingegliedert.

Den Schwerpunkt des Best. bilden Amtsbücher und Akten über die Alte Schuld (bis 1841) und die Neue Schuld sowie das Depot- und Zollkreditwesen. 1898 wurde diese Registratur geschlossen.

Hinweis: Verwaltungsakten s. 111-1 und 311-2 I-III
(Bz)

312-7 II Staatsschuldenverwaltung II

<1898-1938>; 1874-1956; 2,6 m; vorläufiges Verzeichnis
1896 wurde die Schuldenverwaltung in der Finanzdeputation in Staatsschuldenverwaltung umbenannt. Aufgabe des Amtes war die Verwaltung der staatlichen Vermögen und Schulden. Es gliederte sich in die Abteilungen Staatsschuldenwesen (Anleihen, Darlehen), Hinterlegungswesen (Vertragskautionen, Sicherheiten) und Zollkreditkommission (Sicherheiten für gestundete Zölle oder Steuern). 1938 wurde das Amt in Vermögens- und Schuldenverwaltung umbenannt.

Der Best. ist sehr lückenhaft. Das Schwergewicht liegt auf den nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Staatsschulden.

Hinweis: 311-2; Akten nach 1938 s. 311-3 I
(Bz)

312-9 Hamburger Bank

1638-1877; 5,4 m; Bestandsverzeichnis
Die Hamburger Bank wurde 1619 als für die Kaufmannschaft bestimmte Species-Wechsel-Bank gegründet. Verwaltet wurde sie von Rats- und Bürgerschaftsmitgliedern. Ihre Hauptaufgabe war die Schaffung einer gleichbleibenden und sicheren Währung. Ihr unterstand neben anderen städtischen Einrichtungen auch die Hamburger Münze. Nach der Einführung der deutschen Reichswährung wurde sie mit Ablauf des Jahres 1875 aufgelöst.

Der größte Teil der Akten ist 1842 verbrannt. Den Best. bilden im wesentlichen die erhalten gebliebenen Amtsbücher des 19. Jhs.

Hinweis: 111-1
(Bz)

312-10 PACHTGÜTERINSPEKTORAT

312-10/1 Pachtgüterinspektorat - Nachlaß Schuback

(1623-) 1814-1874; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Die hamburgischen Landgebiete südlich der Elbe unterstanden dem Landherren der Marschlande. Nach 1814 wurde die Verwaltung der Pachtgüter auf den Elbinseln zwischen Finkenwerder und Billwerder der Kämmerei übertragen. Zu diesem Zweck wurde das Pachtgüterinspektorat ins Leben gerufen. Um die Jahrhundertwende verlor das Inspektorat durch den Hafenbau seine Bedeutung. Die Verwaltung der verbliebenen Güter wurde von der Domänenverwaltung (Liegenschaftsverwaltung) der Finanzdeputation fortgesetzt.

Der Best. 312-10/1 enthält vor allem Unterlagen über die Verpachtungen sowie über die Wege- und Deichunterhaltung. Der Best. 312-10/2 betrifft insbesondere die Bewirtschaftung des 1858 durch Zusammenlegung zweier Güter entstandenen Pachtgutes Waltershof. Beide Best. enthalten Vorakten in erheblichem Umfang.

Hinweis: 311-1 II; 311-2 I-III
(Bz)

312-10/2 Gut Waltershof

(1598-) 1858-1920; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
s. 312-10/1

313 DIREKTE STEUERN

313-1 Französische Steuerbehörden

1811-1816; 9,0 m; Bestandsverzeichnis

Nach dem Anschluß Hamburgs an das französische Kaiserreich 1811 wurde das französische Steuerrecht eingeführt. Die direkten Steuern, die Staatsgüter, die vereinigten Abgaben (indirekte Steuern) und der Zoll wurden von Directeurs mit Sitz in Hamburg geleitet. Nach der Befreiung der Stadt wurden diese Steuern noch bis zum 01.06.1814 erhoben.

Ein Teil der Unterlagen ist 1842 verbrannt. Ein anderer Teil ist unmittelbar nach der Befreiung verloren gegangen. Der Best. umfaßt daher nur örtlich begrenzte Serien sowie die erhalten gebliebenen Akten und Bücher.

Hinweis: 112-3; 111-1

(Bz)

313-3 Steuerdeputation

<1815-1920>; 1815-1923; 14,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

1814 wurde die Steuerdeputation eingerichtet. Sie war mit der Erhebung der direkten Steuern, Beiträge und Gebühren beauftragt. 1863 wurde ihr Name in Deputation für direkte Steuern und 1896 wieder in Steuerdeputation geändert. Nach der Einführung der Reichsfinanzverwaltung gingen die meisten Aufgaben der Deputation auf das Landesfinanzamt Unterelbe, heute Oberfinanzdirektion Hamburg, über.

Der Best. umfaßt neben den Deputationsprotokollen und den allgemeinen Akten die Steuer-Hebelisten. Von Bedeutung sind die Einkommensteuerakten der juristischen Personen, also der größeren Firmen.

Lit.: L. Behrends, Die Entwicklung der direkten Steuern in Hamburg und die Errichtung der Steuerdeputation 1815, Hamburg 1915

(Bz)

313-4 I Steuerverwaltung I

<1920-1949>; 1854-1954 (1964); 14,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Nach der Einrichtung der Reichsfinanzverwaltung und die Gründung der Landesfinanzämter und Finanzämter verblieben bei Hamburg nur noch ministerielle Aufgaben sowie die Verwaltung der hamburgischen Landes- und Gemeindesteuern und -abgaben. Diese Aufgaben übernahm die bereits vorhandene Abteilung für Steuern und Abgaben der Finanzdeputation (ab 1933 Finanzverwaltung). 1938 wurde diese Abteilung in Steuer-

verwaltung umbenannt. 1950 erfolgte mit der Übernahme des Aktenplans der Bundesfinanzverwaltung die Schließung des Bestandes.

Der Best. gliedert sich in Allgemeines (überwiegend ministerielle Aufgaben), Hamburgische Steuern und Abgaben, Reichssteuern und Verwaltung der Steuern und Abgaben (Verfahrens- und Organisationsfragen). Neben grundsätzlichen Angelegenheiten enthält der Best. auch zahlreiche Einzelfallakten.

Hinweis: 371-8 II und III
(Bz)

313-4 II Steuerverwaltung II

<1950->; 20.Jh.; 105,1 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei; z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Steuerverwaltung der Finanzbehörde ist seit 1920 die Ministerialinstanz für Steuerfragen in Hamburg. Sie wirkt mit an der Steuergesetzgebung und führt die Aufsicht über den Landesteil der Oberfinanzdirektion und die Finanzämter.

Der wachsende Best. enthält nur die hamburgischen Besonderheiten des Besteuerungsverfahrens, d.h. überwiegend Entscheidungen über Einzelfälle in allen steuerlichen Bereichen.
(Bz)

313-5 Steuerverwaltung - Personalakten

1874-1971; 3,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Der Best. enthält Personalakten der früheren Deputationen für direkte und indirekte Steuern sowie des Landesteils der Oberfinanzdirektion Hamburg (direkte Steuern). Da seit 1993 die Personalakten der Oberfinanzdirektion an das Bundesarchiv abgegeben werden, ist dieser Best. praktisch geschlossen.
(Bz)

313-7 Reichsbevollmächtigter für Erbschaftssteuer

1907-1920; 2,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Da im Deutschen Kaiserreich die Reichsfinanzverwaltung außer der Ministerialinstanz keine eigenen Verwaltungsstellen zur Erhebung der Steuern aufgebaut hatte, waren die Bundesstaaten mit diesen Aufgaben betraut. In einigen Sonderfällen wurden Reichsbevollmächtigte eingesetzt, deren Hauptaufgabe die Überwachung der gleichmäßigen Durchführung der Finanzgesetze war. So wurde 1907 ein Reichsbevollmächtigter für die Erbschaftssteuer ernannt, der in Hamburg residierte. Er war örtlich zuständig für die norddeutschen Staaten einschließlich der thüringischen und sächsischen, jedoch

ohne Preußen. 1920 gingen seine Aufgaben auf die neue Reichsfinanzverwaltung über.

Der Best. enthält im wesentlichen die Erbschaftssteuergesetze der von dem Reichsbevollmächtigten beaufsichtigten Länder.
(Bz)

313-8 Landesfinanzamt Abteilung I (Oberfinanzdirektion-Steuern)

1922-1976; 42,0 m; Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte

Durch das Reichsfinanzverwaltungsgesetz, das am 01.10.1919 in Kraft trat, wurden für die Erhebung der Steuern, die bisher von den Ländern wahrgenommen worden war, eigene Verwaltungsstellen gegründet: die Finanzämter und als Mittelbehörde die Landesfinanzämter. Die Bezirke der Landesfinanzämter entsprachen nicht immer den Ländergrenzen, wurden aber im Einvernehmen mit den beteiligten Ländern gebildet. Das Landesfinanzamt Unterelbe bestand aus den Abteilungen I (Besitz- und Verkehrssteuern) und II (Zoll und Verbrauchsteuern). Die Abteilung I übernahm im wesentlichen die Geschäfte der bisherigen Steuerdeputation. Sie unterstand der Dienstaufsicht der Freien und Hansestadt Hamburg und der Fachaufsicht des Reichsfinanzministers. 1934 wurde das Landesfinanzamt Unterelbe in Landesfinanzamt Hamburg, 1937 in Oberfinanzpräsident und 1950 in Oberfinanzdirektion Hamburg umbenannt.

Der wachsende Best. umfaßt die Abteilungen Präsidialbüro, Besitz- und Verkehrssteuern und die Landesvermögens- und Bauabteilung. Der größte Teil der bis 1929 entstandenen Akten ist durch die Sturmflut von 1962 vernichtet worden. Übernommen werden nur die hamburgischen Besonderheiten des Besteuerungsverfahrens.

Hinweis: 313-3; 313-4 I und II; 314-12
(Bz)

313-9 Finanzämter

1863,1907-1992; 62,4 m; Kartei, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte

1919 wurden in den Bereichen der Landesfinanzämter als die eigentlichen Steuererhebungsstellen Finanzämter eingerichtet. Die Zuständigkeit der 1921 bestehenden Finanzämter richtete sich nach den Namen der Steuerpflichtigen. 1923 trat an deren Stelle die örtliche Zuständigkeit. Später, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg, entstanden daneben auch sachliche Zuständigkeiten für bestimmte Steuerarten. Die Erhebung der Gemeindesteuern, die von den Steuerämtern der Bezirksämter erhoben wurden, gingen zwischen 1964 bis 1971 auf die Finanzämter über.

Der Best. ist wachsend. Er enthält Steuereinzelfall- und Verwaltungsakten.

Hinweis: 313-4 I und II
(Bz)

314 ZÖLLE UND INDIREKTE STEUERN

314-1 Zoll- und Akzisewesen, Handelsstatistik

1814-1932; 68,0 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Verzeichnis
Band 2: Schlagwortregister

Die Zoll- und Akzisedeputation wurde zur Aufsicht über das gesamte Zoll- und Akzisewesen 1814 eingesetzt. Sie überwachte Warenzoll, Schiffszoll und Konsumtionsakzise (Verbrauchssteuer). Im Hauptzollkontor wurde 1844 als Verwaltungszweig das Handelsstatistische Büro (ab 1912 Handelsstatistisches Amt) etabliert. 1863 wurde die Deputation mit der Stempeldeputation zur Deputation für indirekte Steuern und Abgaben verschmolzen, die 1874 drei Abteilungen erhielt, die sich um Stempelpapier, Warendeklaration und Konsumtionsabgabe kümmerten. Mit Aufhebung der Deputation wurde 1920 das Handelsstatistische und Freihafenamt gebildet.

Der Best. umfaßt im wesentlichen Protokolle und Verfügungsbücher sowie Akten zu folgenden Bereichen: Allgemeine Verwaltung (Organisation, Rechnungswesen, Personalangelegenheiten, Gebäude und Inventar), hamburgische Steuern und Abgaben, hamburgische Statistik (Warenim- und -export, Schiffahrt), Handels- und Verkehrssachen, Preise und Lebenshaltungskosten, nichthamburgische Zölle und Steuern; besondere Bedeutung haben die Kriegsakten über den Waren und Schiffsverkehr im Ersten Weltkrieg.
(LS)

314-4 Stempelwesen

1822-1919; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

1798 genehmigte die Bürgerschaft erstmals die Erhebung einer "Abgabe von gerichtlichen und außergerichtlichen Schriften". Rat und Bürgerschaft prolongierten diese "Stempelabgabe" mehrfach und dehnten sie 1801 auf Spielkarten, 1805 auf Feuerversicherungspolicen, 1813 auf Zeitungen, Wechsel und Assignationen und 1833 auf Baukontrakte aus. 1814 erfolgte die Einsetzung der Stempeldeputation, der die Erhebung und Verwaltung der Stempelabgaben sowie die Entscheidung über Straffälle in erster Instanz zugewiesen wurde. 1863 wurde die Stempeldeputation der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben als "Section für Stempel" unterstellt. Nach der

Reichsgründung fielen immer mehr Stempelabgaben an das Reich. Die Stempelsteuer, die seit 1897 vom "Stempelcomtoir" verwaltet wurde, ging 1920 auf das Landesfinanzamt Unterelbe über.

Der Best. enthält überwiegend Protokolle und Akten der Stempeldeputation. Die älteren Unterlagen dürften dem Stadtbrand von 1842 zum Opfer gefallen sein. Die Akten beziehen sich auf die Organisation und Erhebung der hamburgischen Stempelabgaben sowie auf die Reichsstempelabgaben. Daneben sind einige ausgewählte Beispielakten in Rückerstattungs-, Befreiungs- und Strafsachen vorhanden.

Hinweis: Zur Entwicklung des Stempelwesens s. Jahresbericht der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben für das Jahr 1898 (314-1, B I 1 Nr. 8a Beiheft)
(Ga)

314-6 Zollkommissariat

1847-1891; 16,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Nach dem Anschluß Hamburgs an den Deutschen Zollverein 1868 wurde die Vertretung Hamburgs gegenüber dem Zollverein dem Zollkommissar des Senats übertragen. Infolge des Zollanschlusses Hamburgs an das Deutsche Reich im Jahr 1888 wurde 1891 das Zollkommissariat in Verwaltungsabteilung für das Zollwesen umbenannt. 1896 erfolgte eine erneute Umbenennung in Senatskommission für das Zollwesen. Aufgabe des Zollkommissariats wie der späteren Senatskommission war die Wahrnehmung der ministeriellen Aufgaben auf dem Gebiet des Zollwesens.

Schwerpunkt des Best. sind die Verhandlungen über den Anschluß an den Deutschen Zollverein und den Zollanschluß an das Deutsche Reich.

Hinweis: 314-9
(Bz)

314-7 Senats- und Bürgerschaftskommission zur Ausführung des Anschlusses Hamburgs an das deutsche Zollgebiet (Zollanschlußkommission)

1882-1922; 5,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Zur Durchführung der Maßnahmen für die 1888 in Kraft tretenden Regelungen auf der Grundlage des Zollanschluß-Vertrages vom 15.05.1881 wurde 1883 eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft gebildet, die - weit über den Abschluß der eigentlichen Arbeiten hinaus - erst 1922 ihren letzten Jahresbericht vorlegte. Schwerpunkt der Tätigkeit lag in der Umquartierung der etwa 24.000 Menschen, die durch den Bau der Speicherstadt verdrängt wurden.

Der Best. umfaßt folgende sachliche Gruppen: Arbeitsplan für die Bauten, Pläne für das nördliche und das nicht-nördliche bzw. südliche Freihafengebiet, Verwendung des Baugrundes, Zolldeklaration und Zollkredit, Zollverwaltung, Unterbringung der gekün-

digten Bewohner und der fremden Arbeiter, finanzielle Fragen und Erwerb von Grundeigentum.

Lit.: Max Oskar Hübner, Der Zollanschluß Hamburgs vom 15.Oktober 1888, bearbeitet nach den amtliche Akten der beteiligten Berliner Regierungsstellen und des Staatsarchivs zu Hamburg, Rechts- und staatswissenschaftliche Dissertation, Hamburg 1925
(LS)

314-8 Nachlaß Bürgermeister Versmann in Zollsachen

1867-1899; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Aus den Handakten des Bürgermeisters Dr. Johannes Versmann, die er in seiner Tätigkeit als Kommissar des Senats für Zollvereins- (1869-1879), dann für Zollangelegenheiten (1880-1888) angelegt hatte, wurde dieser Best. gebildet. Er enthält im wesentlichen gedruckte Protokolle über Freihafenangelegenheiten und den Zollanschluß Hamburgs.
(LS)

314-9 Senatskommission für das Zollwesen

1865-1928; 26,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Nach Hamburgs Zollanschluß ging 1889 die Zollverwaltung auf Hamburg über. An die Stelle der bisher Aufsicht führenden preußischen Provinzialsteuerdirektion in Altona trat die hamburgische Generalzolldirektion (s. 314-10). Ihr übergeordnet war die aus dem Büro des hamburgischen Zollkommissars (s. 314-6) entstandene Verwaltungsabteilung für das Zollwesen, die seit 1897 Senatskommission für das Zollwesen hieß. Nach dem Übergang des Zollwesens auf die Reichsfinanzverwaltung 1920 übernahm die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe die Hamburg verbliebenen Aufgaben auf dem Gebiet der Zölle und Verbrauchssteuern.

Die bei der Verwaltungsabteilung für das Zollwesen eingerichtete Registratur wurde von der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe bis etwa 1928 weitergeführt und bildet die Basis des Best.. Er enthält Verwaltungssachen, Zoll- und Steuersachen (Warensteuern, Umsatzsteuer, Stempelsteuer) sowie Unterlagen zur Statistik, zum Freihafengebiet, zu den Hafen- und Kaianlagen und zur Hamburger Freihafen Lagerhaus-Gesellschaft.
(Ga)

314-10 Generalzolldirektion

1888-1929; 9,5 m; Bestandsverzeichnis
Mit der Einrichtung einer eigenen hamburgischen Zollverwaltung nach dem Zollanschluß wurde 1889 die Generalzolldirektion geschaffen und mit der Aufsicht über

das Zollabfertigungswesen beauftragt. Sie trat zum 01.10.1919 in den Dienst der Reichsfinanzverwaltung über.

Die 1889 eingerichtete Registratur der Generalzolldirektion wurde zunächst vom Landesfinanzamt fortgeführt und bildet den vorliegenden Best., der in zwei Abteilungen gegliedert ist (Abt. I Verwaltungsangelegenheiten, Abt. II Zölle und Verbrauchssteuern).
(Ga)

314-11 Mittlere und untere Zollbehörden

1868-1964; 3,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Vor dem Zollanschluß gab es nur ein Zollamt des Zollvereins, seit 1873 als Kaiserliches Hauptzollamt, dem wiederum Zollabfertigungsstellen unterstanden. An seine Stelle traten 1889 die hamburgischen Hauptzollämter Jonas, Kehrwieder, St. Annen, Ericus und Entenwerder. 1897 kam das Hauptzollamt Meyerstraße hinzu, 1912 das Hauptzollamt Kuhwerder, ferner 1908 das Zollstatistische Amt, das vorher als statistisches Büro zum Hauptzollamt St. Annen gehört hatte. Die Hauptzollämter standen bis 1920 unter hamburgischer Verwaltung.

Der Best. faßt die Überlieferung der hamburgischen Hauptzollämter zusammen. Da die Akten nach 1920 unter der Aufsicht der Reichsfinanzverwaltung (Landesfinanzamt Unterelbe) fortgeführt wurden, ist auch die Überlieferung über die Zeit der hamburgischen Zollverwaltung hinaus - bis etwa 1929 - in diesem Best. gesichert.

Hinweis: Akten, die nach dem neuen Aktenplan der Reichsfinanzverwaltung von 1929 registriert wurden, s. 314-13
(Ga)

314-12 Landesfinanzamt Abteilung II (Oberfinanzdirektion-Zoll)

1923-1991; 39,1 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsvezeichnis, Kartei; besondere Genehmigungsvorbehalte
Nach der Reichsverfassung von 1919 sollten die Zölle und Verbrauchssteuern durch Reichsbehörden erhoben werden. Im Zuge der Ausführung des Verfassungsauftrages wurde Ende 1919 in Hamburg das Landesfinanzamt Unterelbe errichtet, dessen Zuständigkeitsbereich das gesamte Staatsgebiet einschließlich aller Exklaven umfaßte und dessen Abteilung II Zölle und Verbrauchssteuern bearbeitete. Das Landesfinanzamt Unterelbe übernahm die wesentlichen Kompetenzen der Generalzolldirektion, der Senatskommission für das Zollwesen und der Deputation für die indirekten Steuern, zudem auch Aufgaben der Steuerdeputation. 1934 schieden die Stadtkreise Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek aus ihren bisherigen Landesfinanzämtern aus und wurden in das nun umbenannte Landesfinanzamt Hamburg eingegliedert. 1937

änderte sich die Behördenbezeichnung in Oberfinanzpräsident, 1950 in Oberfinanzdirektion.

Da die Akten aus der Vorkriegszeit zum Großteil verlorengegangen sind, enthält der Best. im wesentlichen die seit 1964 an das Archiv abgegebenen Unterlagen zur Erhebung der Verbrauchssteuern und Zölle. Einen Schwerpunkt bildet die Überlieferung der Betriebsprüfungsberichte ausgewählter hamburgischer Firmen.
(Ga)

314-13 Zollämter

1929-1978; 1,2 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der Best. enthält Schriftgut der hamburgischen Hauptzollämter nach 1929. Es handelt sich um Verwaltungsakten, in denen sich die Tätigkeit der einzelnen Ämter spiegelt.
(Ga)

314-14 Zollverwaltung - Personalakten

1854-1987; 39,8 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
In dem Best. sind die Personalakten der in der Zollverwaltung in selbständigen Funktionen tätigen Mitarbeiter zusammengefaßt. Gruppe A enthält die Personalakten der Verwaltungsabteilung, später Senatskommission für das Zollwesen, Gruppe B die der Generalzolldirektion und der Abteilung II des Landesfinanzamtes Unterelbe sowie des Oberfinanzpräsidenten, Gruppe C die Personalakten der Hauptzollämter und Gruppe D die Zugänge nach 1969. Der Best. kann als abgeschlossen gelten, da die Oberfinanzdirektion seit 1993 die Personalakten an das Bundesarchiv abliefert.
(Ga)

314-15 Oberfinanzpräsident (Devisenstelle und Vermögensverwertungsstelle)

1931-1995; 318,0 m; Bestandsverzeichnis, Kartei, ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 01.08.1931 über die Devisenbewirtschaftung übertrug den Landesfinanzämtern die Aufgabe, der Kapital- und Steuerflucht in das Ausland entgegenzuwirken. Deshalb wurde in Hamburg eine Stelle für die Devisenbewirtschaftung beim Landesfinanzamt Unterelbe eingerichtet. 1934 änderte sich die Bezeichnung dieser Stelle in "Der Präsident des Landesfinanzamts Hamburg, Devisenstelle", 1937 erneut in "Der Oberfinanzpräsident Hamburg, Devisenstelle". Im November 1941 übernahm die als Sachgebiet St III c in der Steuerabteilung eingerichtete "Vermögensverwertungsstelle" die Erfassung und Verwertung des beschlagnahmten Eigentums der aus Hamburg deportierten Juden.

Das in diesem Best. zusammengefaßte Schriftgut betrifft zum einen die insbesondere ab 1933 fast ausschließlich gegen Juden gerichteten Maßnahmen des Oberfinanzpräsidenten. Den Schwerpunkt dieser Überlieferung (1931-1945) bilden die Akten der Devisenstelle. Neben den General- und Sachakten geben vor allem die Serien der Einzelfallakten über das Prüfungsverfahren zur Auswanderung (ca. 10.000 Akten), über den Entzug des Verfügungsrechts über Vermögenswerte von Emigranten im Ausland (1.383 Akten) und über Devisenstrafverfahren (1.496 Fälle) Auskunft über das Ausmaß der Verfolgung. Die Akten der Vermögensverwertungsstelle (ca. 10 m) enthalten u.a. Deportationslisten, Vorschriften zur Erfassung und Verwertung von Hausrat, Versteigerungslisten von Auktionatoren, Bewirtschaftung und Veräußerung von beschlagnahmten Grundstücken, Hypotheken und Renten. Zum anderen enthält der Best. Einzelfallakten über die Rückerstattung von Eigentum, das in der NS-Zeit in staatliches Eigentum übergegangen war, sowie Einzelfallakten über Entschädigungen nach dem Kriegsfolgengesetz (AKG) im Umfange von ca. 175 m. Beide Serien sind durch Karteien erschlossen.
(Ga)

32 BAUWESEN

321 GESAMTVERWALTUNG

321-2 Baudeputation

1531-1948; 59,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Existenz eines städtischen Bauhofs in Hamburg wird 1386 erstmals erwähnt. 1563 wurde eine Deputation zu seiner Verwaltung eingesetzt. Daneben entstanden 1611 die Deputation für das Gassenwesen und 1635 das Departement der Fortifikation. Nach 1814 umfaßte die Baudeputation das gesamte Bauwesen. 1926 wurde der Behördenname in Baubehörde geändert. In den Jahren 1933 bis 1936 war die Baubehörde Teil der Behörde für Technik und Arbeit.

Der 1945 abgeschlossene Best. enthält keine einheitliche Registratur, sondern mehr oder weniger große Teile verschiedener Registraturen. Namentlich der vor 1863 entstandene Teil ist sehr lückenhaft. Der Best. gliedert sich in zwei Teile: Bauwesen bis 1814 (Bauhof, Fortifikationsdepartement) und Bauwesen von 1814 bis 1945 (Verwaltung, Bauordnung und -planung, Hochbau, Tiefbau, Garten- und Friedhofswesen). Kern des Bestandes sind die von 1719 bis 1933 (1938) reichenden Protokolle und die von 1814 bis 1869 reichenden Anlagenprotokolle.

Lit.: Elsa Carpie, Geschichte des öffentlichen Bauwesens der Stadt Hamburg (1350-1814), Hamburg 1931
(Bz)

321-3 I Baubehörde I

<1945->; (1927) 1929-1993; 335,1 m; Kartei, vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

Mit der Zusammenlegung von Staats- und Gemeindeverwaltung im Juni 1946 wurden der Bauverwaltung alle Funktionen im Bauwesen, die in der NS-Zeit von der Staatsverwaltung wahrgenommen wurden, erneut zugewiesen. Folgende Bereiche unterstanden nunmehr der Bauverwaltung: Städtebau, Wohnungswesen, Wohnungsamt, Bauaufsicht, Garten- und Friedhofswesen, Straßenreinigung, Müllabfuhr und Feuerwehr. Die Bauverwaltung wurde 1947 als Fachbehörde in Baubehörde umbenannt. Im Zuge von Zuständigkeitsänderungen innerhalb der Behörden sind häufiger einzelne Tätigkeitsbereiche der Baubehörde in andere Behörden verlagert worden (z.B. bei der Errichtung der Behörde für Inneres 1962 oder der Stadtentwicklungsbehörde 1991). Wegen erfolgter Erledigung von Aufgaben wurden zwischenzeitlich auch Ämter der Baubehörde aufgelöst (z.B. Aufräumungsamt 1953).

Bei der Formierung der Unterlagen der Baubehörde aus der Zeit nach 1945 konnte auf eine einheitliche Registratur nicht zurückgegriffen werden. Von folgenden Ämtern und Organisationseinheiten sind Unterlagen vorhanden: Zentralverwaltung, Baurechtsamt, Bauordnungsamt, Landesplanungsamt, Amt für Stadterneuerung, Vermessungsamt, Garten- und Friedhofsamt, Hochbau- und Tiefbauamt. Von den folgenden inzwischen aufgelösten Dienststellen: Aufräumungsamt (1943-1953), Wiederaufbau-Leitung (1945-1946), Internationale Gartenbau-Ausstellung 1963 (1957-1965) und Straßenbau- und Verkehrsdirektion Hamburg (1946-1948) ist ebenfalls Schriftgut zum Best. genommen worden.

(Ga)

321-8 Bauverwaltung - Personalakten

1811-ca.1975; 11,8 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis

Die Personalakten der verschiedenen Dienststellen der Baubehörde umfassen Unterlagen über eine breite Auswahl von Mitarbeitern, von denen die der Entscheidungsträger Präferenz haben. Der Best. ist wachsend.

(LS)

322 SONDERVERWALTUNGEN

322-1 Rathausbaukommission

1872-1915 (1935); 17,0 m; Bestandsverzeichnis

Nachdem der Stadtbrand von 1842 das alte Rathaus an der Trostbrücke vernichtet hatte, war die Errichtung eines Neubaus notwendig geworden. Wegen vordringlicher Wohnungsbauaufgaben erfolgte erst 1854 die Ausschreibung eines internationalen Architektenwettbewerbes, dessen Ergebnisse jedoch nicht umgesetzt wurden. 1872 trat die aus je drei Senats- und Bürgerschaftsmitgliedern bestehende Rathausbaukommission ins Leben. Der von ihr 1874 ausgeschriebene Wettbewerb erbrachte wiederum keine greifbaren Ergebnisse, da der preisgekrönte Entwurf von breiten Kreisen der Öffentlichkeit und der Bürgerschaft abgelehnt wurde. Daraufhin schlossen sich fünf Hamburger Architektenbüros aus eigener Initiative zum Rathausbaumeisterbund zusammen. Der von ihnen 1880 eingereichte Entwurf kam dann in überarbeiteter Form von 1886 bis 1897 zur Ausführung.

Der Best. enthält neben den Sitzungsprotokollen und Personalia der Kommission Unterlagen zur technischen Bauausführung, zur architektonischen und künstlerischen Ausgestaltung sowie zur Raumnutzung. Pläne und Zeichnungen, zu denen auch frühe, nicht zur Ausführung gekommene Entwürfe gehören, befinden sich in der Plankammer des Staatsarchivs.

Lit.: Heinz-Jürgen Brandt, Das Hamburger Rathaus. Eine Darstellung seiner Baugeschichte und eine Beschreibung seiner Architektur und künstlerischen Ausschmückung, Hamburg 1957

(Bü)

322-2 Baukommission für das Allgemeine Krankenhaus (St. Georg)

1819-1824; 1,8 m; Bestandsverzeichnis

Um einen Ersatz für den 1814 abgebrannten Krankenhof zu schaffen, setzten Senat und Bürgerschaft 1819 die aus einem Senatsmitglied, einem Kämmereibürger, drei Baubürgern und dem Provisor des Krankenhofs bestehende Baukommission ein. Das Krankenhaus wurde von 1821 bis 1823 in der Vorstadt St. Georg errichtet.

Bei dem vorliegenden Best. handelt es sich um die Reste des beim Stadtbrand 1842 weitgehend vernichteten Schriftgutes der Baukommission. Er enthält hauptsächlich Protokolle und Unterlagen der Finanzverwaltung.

Hinweis: 352-8/2

(Bü)

322-3 Architekt Gutschow (Architekt für die Neugestaltung der Hansestadt Hamburg und Amt für kriegswichtigen Einsatz)

1937-1945; 12,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Ausführung des Reichsgesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 04.10.1937 wurde 1939 dem Reichsstatthalter übertragen. Zur Vorbereitung und Durchführung der geplanten Maßnahmen wurde die dem Reichsstatthalter direkt unterstehende Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Hansestadt Hamburg eingerichtet. Die städtebauliche Planung und architektonische Ausrichtung lag in den Händen des dem Reichsstatthalter ebenfalls direkt unterstehenden Architekten des Elbufers, zu dem der Regierungsbaumeister Konstanty Gutschow berufen wurde. 1941 wurden beide Dienststellen zusammengelegt. Während des Krieges nahm die Tätigkeit dieser Dienststelle mit der Bezeichnung "Architekt für die Neugestaltung der Hansestadt Hamburg" zwar stark ab, kam aber nie ganz zum Erliegen. 1941 wurde das Amt für kriegswichtigen Einsatz eingerichtet, das der Bauverwaltung unterstand. Seine Aufgabe bestand im Bau von Luftschutzanlagen und in der Beschaffung von Ersatzräumen. Nachdem Gutschow 1943 die Leitung der Bauverwaltung übernommen hatte, wurde das Amt für kriegswichtigen Einsatz allmählich in die Bauverwaltung eingegliedert. 1945 wurde Konstanty Gutschow aus seinen Ämtern entlassen.

Von dem ursprünglichen Aktenbest. ist nur ein Teil erhalten geblieben. Der Best. enthält Verwaltungsakten und Unterlagen über: Neugestaltungsplanung, Generalbebauungsplan, Bunkerbau und Organisation des Luftschutzes sowie Karten und Pläne.

Lit.: Michael Bose, Michael Holtmann, Dittmar Machule, Elke Pahl-Weber, Dirk Schubert, "...ein neues Hamburg entsteht..." Planen und Bauen von 1933-1945, Hamburg 1986

(Bz)

322-4 Brückenamt (Hamburg-Bodenprüfstelle)

(1935) 1938-1942; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen wurde 1938 mit dem Bau der Elbehochbrücke in Hamburg beauftragt. Die Durchführung oblag dem Brückenamt Hamburg in Zusammenarbeit mit Dienststellen der hamburgischen Verwaltung. Die Bodenprüfstelle des Brückenamtes hatte die Erforschung der Untergrundverhältnisse im Trassenbereich zur Aufgabe. Erste Probebohrungen wurden 1938 vorgenommen. Infolge des Arbeitskräftemangels kamen die Arbeiten 1943 endgültig zum Erliegen. Aufgelöst wurde das Brückenamt auf Weisung der Militärregierung 1945.

Der Best. enthält ausschließlich Unterlagen technischer, geologischer und erdbaumechanischer Art.

Hinweis: 322-3
(Ra)

322-5 Oberste Bauleitung - Reichsautobahnen

1933-1950; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Deutsche Reichsbahn wurde 1933 mit dem Bau und Betrieb eines leistungsfähigen Netzes von sogenannten Kraftfahrbahnen beauftragt. Die Gesellschaft Reichsautobahnen unterhielt als Außenstellen 15 Oberste Bauleitungen. Die hier zuständige Oberste Bauleitung für das Kraftfahrwesen Altona wurde 1933 beauftragt, eine Kraftfahrbahn zwischen Lübeck, Hamburg und Bremen zu bauen. Mit der Strecke Hamburg-Lübeck wurde 1934 begonnen. Rückwirkend auf das Jahr 1949 gingen die bisherigen Reichsautobahnen als Bundesautobahnen in das Eigentum des Bundes über.

Der Best. enthält Unterlagen über das Personalwesen der Obersten Bauleitung und Betonplatten-Fugenpläne der Strecke Harburg-Bremen.

Hinweis: 322-3
(Ra)

323 VERMESSUNG UND PLANUNG

323-1 Rat- und Bürgerdeputation von 1842 (für den Wiederaufbau)

1842-1854; 4,1 m; Bestandsverzeichnis
Der Wiederaufbau der im Mai 1842 durch den Brand zerstörten Stadtteile, die etwa ein Drittel des Stadtgebietes ausmachten, wurde durch die rasche Einberufung einer Technischen Kommission vorangetrieben. Sie hatte die Aufgabe, einen Wiederaufbauplan sowie ein Baupolizeigesetz für dieses Gebiet zu erarbeiten. Wenig später wurde die Rat- und Bürgerdeputation für den Wiederaufbau eingesetzt, die der Technischen Kommission übergeordnet war. Im wesentlichen wurden von der Deputation die zügige Bereitstellung der Finanzierungsmittel geregelt, Vorbereitungen für das Enteignungs- und Baupolizeigesetz geschaffen, feuerpolizeiliche Bestimmungen erlassen sowie im Zusammenwirken mit der beratenden Technischen Kommission der neue Bauplan festgesetzt und durchgeführt. Ende 1845 wurden die Rat- und Bürgerdeputation und die Technische Kommission aufgelöst.

Im Best. sind neben den Protokollen der Deputation, der Technischen Kommission und weiterer Gremien Unterlagen über die Unterstützung der Feuerkasse, über die

Behandlung von Grundstücken, über bau- und feuerpolizeiliche Angelegenheiten sowie schließlich über die Aufstellung und Durchführung des Bauplans enthalten.

Hinweis: 351-3

Lit.: Julius Faulwasser, Der große Brand und der Wiederaufbau von Hamburg, Hamburg 1892
(Ra)

323-2 Bebauungsplankommission von 1892

1889-1923; 15,2 m; Bestandsverzeichnis
Um planloser Bebauung großer Teile des hamburgischen Staatsgebietes vorzubeugen und Fehlentwicklungen bei öffentlichen Verkehrsanlagen zu vermeiden, wurde Ende 1892 der Bebauungsplan für die Vororte auf dem rechten Elbufer gesetzlich verankert. Die Durchführung oblag einer aus Mitgliedern von Senat und Bürgerschaft bestehenden Bebauungsplankommission. Diese begann mit Aufstellung eines Generalplans, um entsprechende Grundsätze und Richtlinien zu entwickeln. Ausgearbeitete Einzelentwürfe wurden veröffentlicht, worauf die betroffenen Grundeigentümer die Möglichkeit zu Änderungsvorschlägen, Einsprüchen und Entschädigungsforderungen erhielten. Nach jeweils mehreren Beratungen und Änderungen legte die Kommission ihre Entwürfe Senat und Bürgerschaft zu endgültiger Beschlußfassung vor. Auf Trennung von Wohn- und Industriegebieten wurde geachtet.

Der Best. enthält Material über Rechtsgrundlagen, Organisation und Verwaltung mit Protokollen und Tagebüchern sowie Planungsakten von Stadtteilen und einzelnen Straßen in alphabetischer Reihenfolge, ferner über Bahnverbindungen und Wasserwege.
(M)

323-3 Vermessungsamt

1830-ca.1980; 80,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
1866 wurde ein Vermessungsbüro (Vermessungsamt) gebildet, das zur I. Sektion der Baudeputation für Hochbau und Ingenieurwesen und damit später zur Bauverwaltung, 1933-1936 Behörde für Technik und Arbeit, gehörte. Nach 1945 wurde es ein Amt der Baubehörde. Seine Aufgaben liegen in der Landesvermessung, der Herstellung der amtlichen Karten und der Wahrnehmung ministerieller Aufgaben bei der Katastervermessung.

Der Best. enthält Archivgut aus drei Registraturschichten: 1875-1935, 1936-1945 und nach 1945. Schwerpunkt der ersten Registraturschicht sind - neben Vermessungsangelegenheiten und -arbeiten, Kartendruck und allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten - die Flurbücher und Flurkarten; in der zweiten Registraturschicht sind Akten der allgemeinen Verwaltung, zur Neugestaltung der Stadt in der NS-Zeit und zur Landes-

vermessung dominierend; die dritte Registraturschicht enthält vor allem Flurbücher sowie Material über Nivellements und Triangulationen.

Lit.: Joachim Niemeyer, 50 Jahre Landesvermessungsabteilung, in: Mitteilungsblätter des Vermessungsamtes Hamburg, 30 (1959), S. 725-743
(LS)

324 BAUPOLIZEI UND BAUPFLEGE

324-1 Baupolizei

1742-1996; 285,4 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei, Ablieferungsverzeichnis

Band 1: Bestandsverzeichnis
Band 2: ungeordnete Ablieferungen

Schon Ende des 13. Jh. hatten Ratsherren unter der Bezeichnung Kirchspielsherren neben ihren kirchlichen Funktionen die Aufsicht über das private Bauwesen, während der Bauhof alle öffentlichen Bauten und die Düpeherren die Wasserbauten der Stadt beaufsichtigten. Den Kirchspielsherren waren als Fachleute Rats-Zimmer- und -Maurermeister nachgeordnet, die seit dem 18.Jh. kirchspielsweise die Besichtigungsprotokolle führten. Infolge des Stadtbrandes vom Mai 1842 wurde eine Rat- und Bürgerdeputation mit besonderen Vollmachten und Aufgaben für den Wiederaufbau gebildet; ihr unterstand ein Baupolizeiinspektor, zu dessen Aufgaben fortan auch die Protokollführung zählte. 1866 trat ein Baupolizeigesetz in Kraft, wonach für alle in der Stadt auszuführenden Bauten die Polizei auch als Baupolizeibehörde zuständig wurde; nach dessen späteren Neufassungen gingen die Zuständigkeiten auf die Baubehörde über.

Der wachsende Best. enthält zahlreiche Besichtigungs- und Berichtsprotokolle, geordnet nach Kirchspielen. Dazu kommen Sonderprotokolle der Rat- und Bürgerdeputation von 1842 und Protokolle der Düpe für Grundstücke an öffentlichen Gewässern. Eine Reihe Häuserakten ist alphabetisch nach Straßennamen geordnet. Des weiteren finden sich Unterlagen über allgemeine Bauverwaltung, Organisation und Geschäftsführung mit Jahresberichten und Statistiken sowie Neufassungen einschlägiger Vorschriften, über Feuersicherheit der Speicherstadt und des Stadttheaters, dieses mit Protokollen der Theaterkommission, sowie über Entsorgungsprobleme in Cuxhaven.

Hinweis: 415-12/2
(M)

324-4 Baupflegekommission

1907-1937; 3,3 m; Bestandsverzeichnis

Zum Schutz der Bau- und Naturdenkmale sowie zur Wahrung künstlerischer Interessen bei Gestaltung von Stadt und Landschaft wurde 1912 die Baupflegekommission eingesetzt. Der Arbeitsbereich umfaßte das gesamte hamburgische Staatsgebiet. Die Kommission bestand aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft; ihr war ein sachverständiger Beirat zugeordnet. Zur Wahrnehmung der Geschäfte wurde das Baupflegebüro eingerichtet. 1929 wurde die Baupflegekommission als Baupflege-Amt der Polizeibehörde unterstellt. Im wesentlichen blieben die Aufgaben in der Baupflege unverändert, wobei jedoch dem Reklamewesen ständig wachsende Aufmerksamkeit zuteil wurde. 1933 wurden die Stellen ausgeschiedener Sachverständiger nicht mehr besetzt; auf Anordnung des Polizeiherrn nahmen stattdessen Reklame-Sachverständige einen Teil des Aufgabengebiets wahr. Im selben Jahre wurde das Baupflege-Amt der Behörde für Technik und Arbeit eingegliedert.

Der Best. enthält Material über Rechtsgrundlagen, Organisation, Verwaltung und Mitglieder sowie über Tätigkeit bei Bebauungsplanung und bei architektonischer Gestaltung von Wohn- und Nutzbauten, ferner bei Einflußnahme auf Farbgestaltung von Bauten, Verwendung von Baumaterialien, Reklame, Gestaltung öffentlicher Grünflächen, Erholungsplätze und Friedhöfe sowie über Beteiligung an Ausstellungen.

Hinweis: Baupflegekommission (Denkmalschutz) s. 111-1, Cl. VII Lit. Cc Nr. 1b; Kunstpflegekommission (1919-1925) s. 111-1, Cl. VII Lit. Cc Nr. 22; 121-3 I; 363-2

(M)

325 FRIEDHÖFE UND GRÜNANLAGEN

325-1 Friedhofsverwaltung

(1867) 1870-1969; 8,5 m; Bestandsverzeichnis

Da um die Mitte des 19. Jh. die bisherigen Begräbnisplätze der Kirchspiele nicht mehr ausreichten, wurde 1873 eine aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft bestehende Kommission für die Verlegung der Begräbnisplätze gebildet. Sie bereitete die Anlegung eines neuen, unter staatlicher Verwaltung stehenden Friedhofs in Ohlsdorf vor, der 1877 eingeweiht wurde. Die alten Begräbnisplätze wurden geschlossen und gingen in Staatseigentum über. Zur Bekämpfung von Geschmacklosigkeiten regelten entsprechende Bestimmungen Material, Größe und Ausführung von Grabmalen und die Bepflanzung der Gräber; die Innehaltung überwachten eine Grabmalgenehmigungs- und -beratungsstelle sowie ein Grabmalausschuß. Durch beide Weltkriege erwuchsen der Friedhofsverwaltung besondere Aufgaben in Anlegung und Unterhaltung von Kriegsopfergräbern. Teil des Gesamtfriedhofs Ohlsdorf waren von Anbeginn auch die Friedhöfe der Deutsch-Israelitischen und der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde. Das

vom Verein für Feuerbestattung erbaute, 1891 eingeweihte Krematorium ging 1915 in Staatsbesitz über; es wurde 1933 durch einen modernen Neubau ersetzt. Schon in den Jahren 1925 bis 1938 wurde an der Anlegung eines weiteren großen Friedhofs im Stadtteil Öjendorf gearbeitet. An die Stelle der Kommission für die Verlegung der Begräbnisplätze war 1883 die Friedhofsdeputation getreten, die 1928 mit der Baudeputation verschmolz. Diese Friedhofsverwaltung wurde 1929 der nunmehrigen Baubehörde eingegliedert und ist bei dieser unter wechselnden Bezeichnungen verblieben.

Die Masse des Schriftguts des Best. bezieht sich auf den Hauptfriedhof Ohlsdorf: Organisation, allgemeine Verwaltung und Personal mit Protokollen und Berichten; Friedhofsanlegung, -vergrößerung und -gestaltung mit Errichtung von Kapellen, technischen Bauten, Grabmalen sowie mit Verkehrsflächen und Gärtnerei; allgemeines, jüdisches und Feuer-Bestattungswesen mit Trauerfeiern auch für politische sowie militärische und zivile Kriegsopfer. Der Best. enthält weiter Akten der Regierung in Schleswig über Kriegsgräberfürsorge in den 1937 zu Hamburg gekommenen Gemeinden Altona und Wandsbek und auch Beerdigungsregister über die ehemaligen Begräbnisplätze der Kirchspiele sowie über Planung und Anlegung des neuen Friedhofs in Öjendorf.

Hinweis: 324-4; 622-1 Beneke; 622-1 Cordes
(M)

326 STROM- UND HAFENBAU

326-2 I Strom- und Hafenbau I

<1815-1945>; 1726-1970; 55,0 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Bestandsverzeichnis
Band 2: ungeordnete Ablieferungen

Das bisherige Wasserbau- und Marinewesen der Stadt wurde 1814 in der neu eingerichteten Schiffahrt- und Hafendeputation im wesentlichen zusammengefaßt. Die Aufgaben der Deputation wurden von drei Sektionen wahrgenommen: Der Wasserbau war auf zwei Sektionen aufgeteilt, das Marinewesen gehörte zur dritten Sektion. Die durch die Verwaltungsreform 1863 veranlaßte Neuorganisation hatte den Übergang des Wasserbaus als Sektion für Strom- und Hafenbau zur Baudeputation zur Folge, während das Marinewesen auf die neugebildete Deputation für Handel und Schiffahrt überging. Die Aufgabenstellung für Strom- und Hafenbau sah zum einen den Strombau an Ober-, Unterelbe und in Cuxhaven, die Elbvermessung und die Baggerei vor. Andererseits wurde der Hafen- und Eisenbahnbau - auch für Cuxhaven - wahrgenommen. Die Sektion Strom- und Hafenbau wurde 1930 der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe unterstellt, 1933 der Baubehörde und 1941 der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und

Gewerbe.

Der Best. umfaßt Unterlagen zur allgemeinen Tätigkeit und Planung, zum Strom- und Deichbau, zu Aufhöhungen und Baggerei, zum Hafen- und Eisenbahnbau sowie zum Bau von anderen Verkehrseinrichtungen und Versorgungsanlagen im Hafengebiet. Er enthält auch Planmaterial zu Kran-, Kai- und Versorgungsanlagen.

Hinweis: 371-6; 371-8 I und II
(Ra)

326-2 IIA Strom- und Hafenbau IIA

<1945->; 1933-1988; 20,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Nachdem der Strom- und Hafenbau 1941 der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, deren Funktion nach 1945 im wesentlichen die Behörde für Wirtschaft und Verkehr übernahm, unterstellt wurde, blieb er nun endgültig hier. Er nimmt die hamburgischen Landesaufgaben für den Hafen, die Seeschiffahrtsstraßen und die Binnenwasserstraßen wahr und führt Planung, Neubau, Instandhaltung und Verwaltung der baulichen Anlagen und Wasserflächen des Hamburger Hafens und der Insel Neuwerk/Scharhörn, der Verkehrsanlagen im Hafengebiet sowie der vom Bund an Hamburg delegierten Bundeswasserstraßen innerhalb der Landesgrenzen durch. Zu seinen Aufgaben gehören auch Baggergutunterbringung einschließlich der Baggergutuntersuchungsprogramme und der Spülfeldtechnik.

Die Registraturen des Amtes sind durch die Sturmfluten von 1962 und 1976 schwer getroffen worden, so daß nur wenig Schriftgut gerettet werden konnte. Bisher sind an das Staatsarchiv vor allem Verwaltungsakten (sie bilden das Bestandssegment II A) und Akten der technischen Registratur (II B) abgegeben worden.
(LS)

326-2 IIB Strom- und Hafenbau IIB

<1945->; 1877-1988; 22,3 m; Kartei, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
s. 326-2 IIA

327 UMWELTSCHUTZ

327-1 Umweltbehörde

1938-1988; 3,5 m; Ablieferungsverzeichnis
Die 1984 gegründete Umweltbehörde nahm Teile der bisher zur Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung gehörenden Ämter auf. Diese Behörde hatte nur von 1977 bis 1984 existiert und Ämter umfaßt, die vorher zu ande-

ren Fachbehörden gehört hatten: Naturschutzamt, Garten- und Friedhofsamt, Landesforstverwaltung und die Leitstelle Umweltschutz. Die Umweltbehörde nimmt die ministeriellen Aufgaben im staatlichen Umweltschutz wahr. Dazu gehören u.a. Untersuchungen von Luft, Wasser und Boden unter Umweltgesichtspunkten, Lärmschutz, Abfall- und Abwasserentsorgung, Altlastensanierung, Naturschutz, Forstwirtschaft und Grünplanung. Zur Umweltbehörde gehört außerdem der Landesbetrieb Friedhöfe. Sie hat die Fachaufsicht über die Stadtreinigung (Anstalt des öffentlichen Rechts).

Der wachsende Best. umfaßt bis jetzt nur Ablieferungen des Garten- und Friedhofsamtes, des Forstamtes und des Naturschutzamtes.
(Bü)

33 POLIZEIWESEN

331 ALLGEMEINE POLIZEIVERWALTUNG

331-1 I Polizeibehörde I

<1814-1945>; 1800-1963; 36,0 m; Kartei

Nach 1814 wurde das reichlich zergliederte Polizeiwesen Hamburgs nach französischem Vorbild umgestaltet. Eingerichtet wurde eine allgemeine Polizeibehörde, in der alle innerstädtischen polizeilichen Kompetenzen zusammengefaßt wurden. Die Leitung erhielten zwei Ratsmitglieder, die Polizeiherren genannt wurden. Reorganisationen führten 1852 zur Vereinigung von Polizei und Nachtwache und 1860 zur Trennung von Polizei und Justiz. 1875 wurde die Kompetenz der Polizeibehörde auch auf die Vorstädte und Vororte ausgedehnt. Eine moderne Großstadtpolizei entstand durch die Polizeireform von 1892, die zur Bildung folgender Abteilungen führte: I. Allgemeine und Wohlfahrtspolizei, II. Politische Polizei, Kriminal- und Sittenpolizei, III. Gewerbe- und Verkehrspolizei, IV. Polizeiwachdienst, V. Hafen-, Alster- und Schiffahrtspolizei, VI. Einwohner-, Meldebüro, Fremden-, Paß- und Gesindepolizei, VII. Kassen- und Rechnungswesen. 1920 wurde die Ordnungspolizei, eine kasernierte Polizeitruppe, etabliert. Während der Jahre 1933-1945 wurde die Polizeiverwaltung mehrfach umgegliedert und als Teil der staatlichen Verwaltung vom Reich wahrgenommen. Der Leiter der Polizeibehörde erhielt die Amtsbezeichnung Polizeipräsident.

Der Best. setzt sich aus dem an das Staatsarchiv gelangte Schriftgut der Polizei aus der Zeit vor 1945 zusammen, soweit dieses nicht zu Polizei-Sonderbeständen formiert wurde. Er ist bisher nur provisorisch gegliedert und erschlossen. Inhaltliche Schwerpunkte bilden die Bereiche: Polizeiorganisation, Polizeirecht, Genehmigung, Schutz und Mitwirkung bei staatlichen und privaten Versammlungen, politische Überwachungen, Landverkehrsüberwachung, Sondermaßnahmen im Zusammenhang mit beiden Weltkriegen, Arbeits-und Gewerbeaufsicht, Wasserschutzpolizei. Dem Best. ange-

schlossen finden sich Disziplinaruntersuchungsakten der Polizeibehörde der Jahre 1869-1920.

Hinweis: 331-2; 331-3; 331-5; 331-6; 331-8
(Ga)

331-1 II Polizeibehörde II

<1945->; 1826-1994; 214,1 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei, Ablieferungsverzeichnis

Im Mai 1945 unterstellte die britische Militärregierung die hamburgische Polizei dem Bürgermeister. Ab August 1945 führte diese die Bezeichnung Polizeiverwaltung. Im November 1945 wurden die Angelegenheiten der Verwaltungspolizei aus der Zuständigkeit der Polizei herausgenommen. Diese blieb nur für schutz- und kriminalpolizeiliche Aufgaben zuständig. 1947 unterstellte der Senat die Polizei einem Senator. Der Leiter der Polizei führte die Bezeichnung Polizeichef. Als Fachbehörde wurde die Polizeibehörde erneut 1952 eingerichtet. Im Mai 1962 wurde sie in die neuerrrichtete Behörde für Inneres eingegliedert.

In dem wachsenden Best. sind die diversen Ablieferungen der folgenden Dienststellen der Polizeibehörde nach 1945 zusammengefaßt: Behördenverbindungsstelle (Schwarzmarkt), Kriminalamt, Schutzpolizeiamt, Wasserschutzpolizeiamt, Rechtsabteilung, Verwaltungsamt, Polizeiausbildungsamt, Landespolizeischule, Präsidialbüro, Landeskriminalamt, Polizeidirektionen und -reviere.

Hinweis: 242-4; 331-4
(Ga)

331-1 III Polizeibehörde III

<1971->; 1945-1991;1,8 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei

Mit der Einführung eines neuen Aktenplans bei der Polizei im Jahre 1969 wurde ab 1970 begonnen, die Einzelregistraturen umzustellen.

Bisher sind nur wenige Ablieferungen aus den Bereichen Landespolizeischule, Landeskriminalamt und Präsidialstab an das Staatsarchiv gelangt.
(LS)

331-2 Polizeibehörde - Kriminalwesen

1769-1879; 94,0 m; vorläufiges Verzeichnis, z.T. unverzeichnet
In diesem Best. sind die in Kriminalsachen entstandenen polizeilichen Untersuchungsakten chronologisch erfaßt. Bis zum Jahr 1842 sind die Akten vollständig bearbeitet, nach dieser Zeit finden sich überwiegend wassergeschädigte und unbearbeitete Akten, die nur eingeschränkt benutzbar sind.

Die Untersuchungsakten betreffen alle möglichen kriminellen Vergehen, u.a. Wechselbetrug, Waffenschmuggel, heimliche Militärwerbung und Desertion, Körperverletzung, Diebstahl, Kuppelei, Fallissement, Raubmord, Spionage, Zensurvergehen, Unterschlagung.
(Ga)

331-3 Politische Polizei

<1878-1945>; 1849-1933; 396,0 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Mit dem Außerkrafttreten des Sozialistengesetzes wurden am 01.10.1890 die bisher von verschiedenen Abteilungen der Polizeibehörde wahrgenommenen Aufgaben einer Politischen Polizei in Abteilung II b, einer Unterabteilung der Kriminalpolizei mit eigener Aktenführung, zusammengefaßt. Sie blieb unter wechselnden Bezeichnungen (Bureau I, Commissariat 1, Inspection C) bis 1900 Teil der Abteilung II, hieß dann Präsidialabteilung B und wurde 1903 Abteilung IV der Polizeibehörde. Zu ihrem Aufgabengebiet gehörten: Auskunft über Anfragen politischen Inhalts, Schutz hier anwesender Fürstlichkeiten, Vereins- und Versammlungswesen, Preßpolizei, Übermittlung von Mitteilungen an Zeitungen, Militärangelegenheiten (Militärverbote, Tragen von Waffen, Offiziersaspiranten, Uniformierung von Privatunternehmungen, Jugendwehr, Ordens- und Adelsverleihungen), Führung des Staatswappens, Verkehr mit explosiven Stoffen, Prüfung der Handfeuerwaffen, Sozialpolitik, Arbeiterschutz, Fabrikwesen, Sonntagsruhe, Ladenschluß, Arbeitsbücher, Arbeitsordnungen, Lohnzahlungen in Wirtschaften, Arbeitsnachweise, Notstandsarbeiten, Ausstände und Aussperrungen, Auswanderungsangelegenheiten (u.a. Abfertigung an den Bahnhöfen) und die Verfolgung der in diesen Bereichen begangenen Straftaten und Übertretungen. Am 09.11.1918 ordnete der Arbeiter- und Soldatenrat die Aufhebung der Politischen Polizei an. Ihre Aufgaben auf politischem Gebiet wurden später von der der Kriminalpolizei angegliederten Zentralpolizeistelle wahrgenommen.

Der Best. enthält neben wenigen älteren Vorgängen die Aktenüberlieferung der Politischen Polizei der Jahre 1878 bis 1918. Die Unterlagen der Nachfolgedienststellen der Weimarer Republik und der NS-Zeit sind nicht erhalten geblieben. Die Politische Polizei hat Akten zu Personen, Organisationen, Presseerzeugnissen, Ereignissen und Sachfragen angelegt. Sie enthalten Anfragen, Anzeigen, Ermittlungsvorgänge, Berichte, eingereichte Satzungen, Druckerzeugnisse, Plakate, Flugblätter sowie Ausschnitte aus

der hamburgischen und überregionalen Presse und bieten Informationen weit über Hamburg hinaus. Die Serien der Versammlungsakten überwachter Vereine, der Bürgervereine, Grundeigentümervereine, Krankenkassen und Kriegervereine sind durch Findbücher, die Haupt- und weitere Nebenserien bisher nur durch eine nicht vorlegbare, zeitgenössische Kartei erschlossen.

Lit.: Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland, Reihe C Band 2 Teil 1: Staatsarchiv Hamburg, Berlin 1992, S. 157-220
(St)

331-4 Polizei - Staatsschutz

<1945->; 1945-1994; 94,4 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde unter britischer Kontrolle die Polizei reorganisiert. Bei der Kriminalpolizei wurde ein Amt für Staatssicherheit zur Bekämpfung von Kriegsverbrechern und Überwachung der Wirtschaft eingerichtet. Als Kriminalabteilung E - in der Folge als Inspektion IVa der Kriminaldirektion IV mit mehreren Kommissariaten - ressortierte der Staatsschutz 1956 unter dem Kriminalamt; Aufgabe war die Bekämpfung von Hoch- und Landesverrat sowie Staatsgefährdung und der Schutz führender Persönlichkeiten. 1977 war der Staatsschutz eine Fachdirektion mit den Fachinspektionen Ermittlungsdienst sowie Aufklärung und Sicherheit. Heute stellt er eine Abteilung des Landeskriminalamtes Hamburg dar.

Die nicht auf ihre Archivwürdigkeit überprüften Ablieferungen, deren erhebliche Ausdünnung zu erwarten ist, enthalten vor allem Fall- und Personenakten.
(LS)

331-5 Polizeibehörde - Unnatürliche Sterbefälle

<1938-1949>; 1938-1959; 42,0 m; Bestandsverzeichnis

Sterbefälle, bei denen ein kriminalpolizeiliches Interesse gegeben war, wurden von 1938-1945 von der Gemeindepolizeiverwaltung untersucht. Mit der Übertragung der gesundheitspolizeilichen Befugnisse auf die Gesundheitsverwaltung 1946 übernahm die Gesundheitsbehörde diese Aufgabe von 1946-1960.

Der Best. enthält Journale und Akten über unnatürliche Sterbefälle. Angeschlossen sind 1975 von der Polizei abgelieferte "Bombenopfer"-Unterlagen des Zweiten Weltkrieges.

Hinweis: Bericht über die im KZ Neuengamme geführten Totenbücher aus den Jahren 1941-1945 s. 731-6, X 1
(Ga)

331-6 Wasserschutzpolizeischule

(1936-1939) 1941-1979; 11,0 m; Bestandsverzeichnis
1945 wurde von der Militärregierung der britischen Besatzungszone die Einrichtung einer Wasserschutzpolizeischule in Hamburg angeordnet, die 1950 eine hamburgische Landeseinrichtung wurde. An ihren Lehrgängen nahmen aufgrund eines Abkommens von 1951 auch Beamte anderer Bundesländer teil; dem Abkommen traten 1954 der Bund und zwischen 1959 und 1967 weitere Bundesländer bei. Die Wasserschutzpolizeischule wird nun als Einrichtung von Bund und Ländern durch Hamburg verwaltet und untersteht der Dienstaufsicht der Behörde für Inneres. Es besteht für die Schule ein Kuratorium aus Vertretern des Bundes und der Länder. Zweck der Wasserschutzpolizeischule ist, durch Lehrgänge eine bundeseinheitliche Ausbildung des Vollzugspersonals der Wasserschutzpolizeien der Länder zu erreichen; sie ist die einzige Schule ihrer Art im Bundesgebiet.

Der Best. enthält Material über Rechtsgrundlagen, Organisation und Leitung mit Protokollen und Schriftwechsel, über Schulbetrieb und technische Hilfsmittel, über Personal und Lehrgangsteilnehmer sowie insbesondere längere Reihen von Lehrgangsakten, die nach Fachrichtungen und Dienstgraden unterteilt sind. Von ca. einem Dutzend Lehrgängen fehlen die Unterlagen.
(M)

331-7 Personalvertretungen Polizei

1948-1982; 1,1 m; Bestandsverzeichnis
1947 wurden vom Polizeichef Beamtenvertretungen ins Leben gerufen. 1949 beschloß der Senat die Errichtung einer Polizeibeamtenvertretung bei der Polizei Hamburg. Aufgrund des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes vom 18.11.1957 gab es seit dem 01.01.1958 Personalvertretungen für Polizeibeamte der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei, der Wasserschutzpolizei einschließlich der Wasserpolizei-Schule und für Verwaltungsangehörige der Polzeibehörde.

Der Best. enthält vor allem Protokolle des Personalrates der Schutzpolizei für die Jahre 1958-1982 sowie einzelne Protokolle von Vorläufergremien 1948-1958.
(Et)

331-8 Polizeiverwaltung - Personalakten

1843-1991; 18,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Die Personalaktenüberlieferung der hamburgischen Polizei weist durch zahlreiche Kriegsverluste erhebliche Lücken auf.
(LS)

332 MELDE- UND PERSONENSTANDSANGELEGENHEITEN

332-1 I Wedde I

<1600-1811>; 1577-1811; 8,3 m; Bestandsverzeichnis

Die Wedde war bis zur Eingliederung der Stadt in das französische Kaiserreich 1811 neben der Prätur die eigentliche Polizeibehörde Hamburgs. Die ursprüngliche Aufgabe der Behörde, die Durchführung der Ratsverordnungen zu überwachen und Strafgelder für deren Übertretung zu erheben, gab ihr den Namen. Das Wort "Wedde" bedeutet Strafgeld. Im 17. und 18. Jh. hatte die Wedde markt- und gewerbepolizeiliche sowie sitten- und fremdenpolizeiliche Aufgaben wahrzunehmen.

In dem Best. sind die Reste der einstmals umfangreichen Registratur zusammengefaßt. Neben Unterlagen der allgemeinen Verwaltung der Wedde bilden insbesondere die "Citier- und Strafbücher" (1652-1811) und die Serie der Protokolle über die Anmeldungen der Heiraten in der Stadt, die sogenannten Hochzeitenbücher der Wedde (1708-1810), den Kern der Überlieferung.

Hinweis: Wedderechnungen 1596-1810 s. 311-1 I, Nr. 214 Bände 1-168; Generalakten s. 111-1, Cl. VII Lit. Cc Nr. 13

(Ga)

332-1 II Wedde II

<1815-1865>; 1813-1865; 45,2 m; Bestandsverzeichnis

Durch die Einsetzung einer Polizeibehörde 1814 verlor die Wedde ihre ordnungspolizeilichen Funktionen. Es verblieben ihr eine Reihe von Aufgaben, die ihr aus ihren ehemaligen Befugnissen als Markt-, Sitten- und Fremdenpolizei erwachsen waren: Aufsicht über das Heiratswesen, Aufnahme von Bürgern, Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden, Aufsicht über Krahn, Waage, Teerhof und Ausrufwesen. Mit der Aufsicht über die Nexusangelegenheiten (seit 1837) und über das Heiratswesen war die Wedde faktisch zur Personenstandsbehörde der Stadt geworden. Mit Wirkung vom 01.01.1866 trat an die Stelle der Wedde das Zivilstandsamt.

Der Best. enthält hauptsächlich Unterlagen zum Heiratswesen, zum Bürger- und Heimatrecht sowie zu den Angelegenheiten der jüdischen Gemeinden. Die Verheiratungsprotokolle der Stadt (1816-1865) mit dem Generalregister zu den Verheiratungsprotokollen (1831-1865) bilden den Kern der Überlieferung.

Hinweis: Protokolle und Akten zur Beurkundung der Aufnahme in den hamburgischen Nexus s. 332-7

(Ga)

332-2 Generalregister

1816-1866 (-1879); 6,8 m; Bestandsverzeichnis
1815 wurde den Kultusgemeinden auferlegt, von allen Registern beglaubigte Duplikate anzufertigen und sie jährlich dem Stadtarchiv einzuliefern, wo dann jährliche Generalregister hergestellt wurden. Mit dieser Maßnahme sollte ein Hauptmangel im kirchlichen Beurkundungswesen ausgeglichen werden.

Die Generalregister und die Duplikate der Kirchenbücher 1816-1866 sind 1898 provisorisch verzeichnet und 1956 zu einem Best. zusammengefaßt worden. Von der ursprünglich großen Zahl der Duplikate ist nur ein kleiner Rest im Staatsarchiv verblieben. Ein 1942 geschlossenes Abkommen zwischen Hamburg und der Evangelisch-Lutherischen Kirche im hamburgischen Staat zur Sicherstellung der Kirchenbücher führte zu einem Austausch gegen die Erstschriften der Kirchenbücher an die Landeskirche. Im Staatsarchiv verblieben die Duplikate der Register der kleineren nichtlutherischen Religionsgemeinschaften und die Auszüge aus den Kirchenbüchern von den Hamburg benachbarten, nicht zur hamburgischen Landeskirche gehörenden Kirchspielen für die dort eingepfarrten hamburgischen Gebietsteile.

Hinweis: Kirchenbuchduplikate im Bereich der Ämter Ritzebüttel und Bergedorf s. 414-1 II und 415-2 II
(Ga)

332-3 Zivilstandsaufsicht

1866-1875; 30,4 m; Bestandsverzeichnis
Die Einführung der staatlichen hamburgischen Zivilstandsregister für Geburts-, Trau- und Sterbefälle erfolgte 1866. Durch die reichsgesetzliche Regelung des Personenstandes von 1875 wurden die Zivilstandsregister ab 1876 durch die Standesamtsregister ersetzt und das Zivilstandsamt aufgelöst.

Der Best. umfaßt im wesentlichen die Geburts-, Heirats- und Sterberegister der Stadt, der Vorstädte und des Landgebietes der Jahrgänge 1866-1875.
(Ga)

332-4 Aufsicht über die Standesämter

1833-1976; 72,3 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
In Ausführung des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 06.02.1875 richtete der Senat im Dezember 1875 die Aufsichtsbehörde für die Standesämter als untere Verwaltungsbehörde ein. Sie übernahm mit dem Inkrafttreten des Personenstandgesetzes auch die bislang dem Zivilstandsamt obliegenden Geschäfte bezüglich des Erwerbs der Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts und der Entlassung aus dem Staatsverband. 1913 übernahm die Polizeibehörde

die Erteilung von Staatsangehörigkeitsurkunden. Für Einbürgerungen und Aufnahmen in den hamburgischen Staatsverband sowie für den Erwerb des Bürgerrechts (bis 1919) blieb die Aufsichtsbehörde zuständig. 1924 wurde die Aufsichtsbehörde für die Standesämter aufgehoben. Als untere Aufsichtsbehörde fungierten anschließend: 1924-1929 das Aufsichtsamt für Personenstandswesen, 1929-1938 der Amtsgerichtspräsident als Aufsichtsbehörde für die Standesämter, 1938-1945 der Reichsstatthalter - Gemeindeverwaltung (Rechtsamt), 1945-1962 das Rechtsamt - Aufsicht über die Standesämter, ab 1962 die Behörde für Inneres - Amt für innere Verwaltung. Die Zuständigkeiten für Namensänderungssachen und Staatsangehörigkeitangelegenheiten wechselten in ähnlicher Weise.

Der wachsende Best. enthält das Schriftgut, das auf der Ebene der unteren Verwaltungsbehörde in Standesamtsaufsichts-, Staatsangehörigkeits- und Namenänderungsangelegenheiten nach 1876 erwachsen ist. Hierbei wurden die Unterlagen mehrerer Registraturbildner zusammengefaßt, um streng nach Ablieferungsprovenienzen gebildete Splitterbestände zu vermeiden.

Hinweis: Standesamtswesen s. 111-1, Cl. VII Lit. Cc Nr. 10b Vol. 1-119; Staatsangehörigkeit s. 332-7
(Ga)

332-5 Standesämter

1874-1957; 595,7 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Standesämter wurden in den ehemals preußischen Gebieten 1874, in Hamburg 1876 eingerichtet.

Während die Personenstandsbücher noch bei den Standesämtern verwahrt werden, bildete das Staatsarchiv aus den teilweise abgelieferten Sammelakten zu den Heiraten (1874-1938) und Sterbefällen (1874-1957) den vorliegenden Best.
(Ga)

332-7 Staatsangehörigkeitsaufsicht

1596-1971; 488,9 m; Bestandsverzeichnis

Die Aufnahme in den hamburgischen "nexus" (Bürgerrecht bis 1918, Schutzverwandtschaft 17. Jh.-1811, 1837-1864, Fremdenkontrakt 17. Jh.-1811, Heimatrecht 1837-1864, Staatsangehörigkeit seit 1864) sowie die Entlassung daraus gehörte seit altersher zu den Rechtes des Rates (Senates), der später die Bürgerrechts- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten verschiedenen Behörden übertrug, wie etwa den Weddeherren, der Deputation zur Annehmung der Fremden oder der Deputation zur Annahme von Bürgern. Zuständig wurden 1864 die Weddebehörde, 1866 das Zivilstandsamt, 1876 die Aufsichtsbehörde für die Standesämter, 1913 die vorgenannte Behörde in

Arbeitsteilung mit der Polizeibehörde, 1924 die Polizeibehörde, 1945 das Rechtsamt - Abt. für Staatsangehörigkeitsangelegenheiten, 1962 die Behörde für Inneres - Amt für innere Verwaltung.

Der Best. faßt die in städtischen Nexusangelegenheiten bei den jeweils zuständigen Behörden erwachsenen Schriftgutserien (Bücher und Akten) zusammen. So finden sich hier z.B. Bürgerbücher 1596-1902 und Bürgerprotokolle 1811-1919, Heimatscheinprotokolle 1826-1872 und Protokolle über die Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen 1872-1920.

Lit.: Hans Walter Lehr, Das Bürgerrecht im hamburgischen Staate, Hamburg 1919; Alfred Bertram, Die Codification der hamburgischen Nexusverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Entlassung ex nexu, in: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift, 14 (1931), Sp. 321-350
(Ga)

332-8 Meldewesen

1826-1983; 75,0 m; Bestandsverzeichnis, Kartei; besondere Genehmigungsvorbehalte

Band 1: Fremden-, Gesinde- und Paßpolizei (Protokolle und Karteien), 1833-1946
Band 2: Einwohner-Meldewesen (Meldebücher und Karteien), 1855-1973
Band 3: Einwohner-Meldewesen (Karteien für das Gesamtgebiet), 1974-1983
Band 4: Einwohner-Meldewesen (Straßenkartei der Hauskartei A-K), 1939-1968
Band 5: Einwohner-Meldewesen (Straßenkartei der Hauskartei L-Z), 1939-1968
Band 6: Einwohner-Meldewesen (Sonderkartei der Hauskartei), 1939-1968
Band 7: Akten, 1826-1967

Zu den Aufgaben der 1814 begründeten Polizeibehörde gehörte auch die Aufsicht über das Fremden- und das Gesindemeldewesen bis zur Einführung der allgemeinen Meldepflicht im Jahre 1892. Sie erhielt 1851 auch die Zuständigkeit für das Paßwesen von der Senatskanzlei. Ab 1892 wurden in Hamburg, Altona, Wandsbek und Harburg verschiedene alphabetische Meldekarteien geführt. In der Polizeibehörde trat an die Stelle des Gesindebüros und der Abteilung für das Fremden- und Paßwesen das Einwohner-Meldebüro. 1903 erfolgte die Umbenennung der Dienststelle in Meldeamt. Nach der Umgliederung der Verwaltung 1937 blieb das Melde- und Paßwesen in der Verwaltungspolizei des Polizeipräsidenten angesiedelt. Die Meldeabteilungen in den ehemals preußischen Polizeiämtern führten weiterhin eigene Melderegister. Zu einer Zusammenführung der Meldekarteien des Gesamtgebietes kam es erst 1948. Die Bombenangriffe vom Juli 1943 vernichteten die alphabetische Meldekartei für das althamburgische Gebiet und das zentrale Hausregister. Anfang 1946 wurde das Einwohner-, Melde- und Paßwesen der Polizei entzogen und dem Wohnungsamt eingegliedert; die Meldestellen der Polizeireviere gingen auf die Wohnungsabteilungen der Ortsämter und Ortsdienststellen über. Seit 1962 ist die Behörde für Inneres für das Einwohner-,

Melde- und Paßwesen zuständig.

Der Best. faßt alle erhalten gebliebenen Protokolle und Karteien der Fremdenpolizei (1833-1890), der Gesindepolizei (1834-1890), der Paßpolizei (1851-1929, 1939-1946) sowie Akten (1826-1967) und Meldebücher und Karteien des Einwohner-Meldewesens (1855-1983) zusammen. Als Ersatz für die 1943 vernichtete Meldekartei kommt der sogenannten Hauskartei, einem nach Häusern geordneten, dezentral von 1939-1968 geführten Melderegister, herausragende Bedeutung zu.
(Ga)

332-10 Melde- und Personenstandswesen - Personalakten

1840-1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enthält 26 Personalakten von Bediensteten der Wedde, des Zivilstandsamtes und der Aufsichtsbehörde für die Standesämter.
(Ga)

333 FEUERSCHUTZ UND -VERSICHERUNG

333-1 FEUERKASSEN

333-1/1 Hamburger Feuerkasse

1678-1980; 174,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
1676 trat die Generalfeuercasse an die Stelle der bisher bestehenden privaten Versicherungen für die Hamburger Alt- und Neustadt. Ab 1817 galt Versicherungszwang für alle öffentlichen und privaten Gebäude. Der aus Senatoren, Oberalten und Bürgern bestehenden Feuerkassendeputation unterstand außer der Versicherung auch das Feuerlöschwesen. Zur Schätzung des Gebäudewertes bei Eintritt in die Versicherung wurden je zwei Taxatoren pro Kirchspiel bestellt. Im 19. Jh. erfolgte nach und nach die Vereinigung mit den Feuerkassen der Vororte und des Landgebietes und 1867 die Umbenennung in Hamburger Feuerkasse. Für das Löschwesen trennte man im Jahr 1867 eine eigene Deputation ab. Die Feuerkasse war zunächst eine gesetzlich angeordnete Vereinigung von Eigentümern zur gemeinschaftlichen und gegenseitigen Versicherung, ab 1929 öffentliche Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit und selbständige Körperschaft des öffentlichen Rechts und ist gemäß Gesetz zur Neuordnung der Rechtsverhältnisse der Hamburger Feuerkasse vom 29.03.1994 ab 01.07.1994 eine Aktiengesellschaft.

Der wachsende Best. enthält Protokolle und Akten der Deputation, Versicherungshauptbücher mit Eintragungen der Gebäude, ferner Taxationsunterlagen und Rechnungsbücher sowie Schätzungsscheine mit genauen Gebäudebeschreibungen.

Lit.: Paul Riebesell, Geschichte der Hamburger Feuerkasse 1676-1926, Hamburg 1926; 300 Jahre Hamburger Feuerkasse, Karlsruhe 1976
(Bü)

333-1/2 Feuercasse im Neuenwerk (St. Georg; Stadtdeich)

(1666) 1689-1847; 1,7 m; Bestandsverzeichnis
Die Brand-Casse für das Neue Werk ging 1710 aus mehreren älteren Feuerordnungen hervor und umfaßte das Gebiet der Vorstadt St. Georg und des Stadtdeiches. Als 1840 Aufgaben und Versicherungen auf die Hamburger Feuerkasse übergingen, bestand sie noch bis 1847 als "Neuwerker Feuercasse in Liquidation".

Der Best. enthält Taxationsprotokolle, Versicherungs- und Rechnungsbücher sowie Akten der Feuerkassenverwaltung.
(Bü)

333-1/3 Feuercasse außerhalb der Stadt

1734-1868; 2,7 m; Bestandsverzeichnis
Die zunächst "Salvatori", dann "Verbesserte", zuletzt "Feuerkasse außerhalb der Stadt Hamburg" genannte Versicherung in St. Pauli und anderen Vororten bestand schon 1731, teilweise in Konkurrenz mit weiteren ländlichen Feuerkassen. Ihre Aufgaben und Versicherungen gingen 1867 an die Hamburger Feuerkasse über.

Den Best. bilden Rechnungsbücher, Protokolle und Hauptbücher der versicherten Grundstücke sowie Verwaltungsakten mit dem Schwerpunkt Feuerkassenordnungen.
(Bü)

333-1/4 Billwerder Feuerkasse

1774-1892; 2,7 m; Bestandsverzeichnis
Bis zum Jahr 1800 gab es in Billwerder zwei Feuerkassen: Die Große Feuerkasse, errichtet 1647 zur Versicherung größerer Gebäude und Scheunen, und die Kleine oder Kathengilde, errichtet 1691 zur Versicherung von Katen und kleinen Gebäuden. Sie wurden 1800 zur Feuerkasse für Billwerder vereinigt und umfaßten das Gebiet der Landherrenschaften der Marschlande und der Geestlande. Die Kasse stand unter Verwaltung des Vorstandes der Landschaft Billwerder, die Verwaltung führte der rechnungsführende Deputierte dieser Landschaft. Sie hörte mit der Ausdehnung des

Hamburger Feuerkassengesetzes auf das gesamte Landgebiet am 31.12.1891 auf zu existieren.

Der Best. umfaßt die Rechnungsbücher, Satzungen, Taxationsscheine und sonstigen Verwaltungsunterlagen der Großen, der Kleinen und der Billwerder Feuerkasse.
(Bü)

333-1/5 Feuerkasse für die Landschaft Moorburg

1790-1880; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1675 gegründete Feuerkasse war zuständig für das Gebiet der Landschaft, dann Vogtei und später Landgemeinde Moorburg. Sie unterstand der Aufsicht des ältesten Landherren der Marschlande. Ihre Verwaltung, einschließlich der Fürsorge für das Löschwesen, wurde von einer aus Landvogt, Höfnern und Kätnern bestehenden Deputation wahrgenommen. 1892 wurde sie mit der Hamburger Feuerkasse vereinigt.

Der Best. enthält lediglich ein Protokoll- und ein Hauptbuch aus dem 19. Jh. und die Moorburger Kätner Feuer-Cassen-Ordnung von 1790.

Hinweis: 413-2; 413-3/6
(Bü)

333-1/6 Feuerkasse für Ochsenwerder, Moorwerder, Spadenland und Tatenberg hamb. Gebiets

1886-1892; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1723 gegründete Feuerkasse war zuständig für das Gebiet der Landschaft Ochsenwerder, der späteren Gemeinden Ochsenwerder, Moorwerder, Spadenland und Tatenberg. 1892 wurde sie mit der Hamburger Feuerkasse vereinigt.

Der Best. enthält die Feuer-Cassen-Ordnung von 1886 und Versicherungshauptbücher der zweiten Hälfte des 19. Jh..

Hinweis: 413-3/8
(Bü)

333-3 I Feuerwehr I

1857-1988; 21,4 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Mit der Gründung der Deputation für das Feuerlöschwesen 1868 wurde eine Entwicklung eingeleitet, die 1872 zur Gründung der Berufsfeuerwehr führte. Ihr Wirkungskreis war nur das Stadtgebiet und die Häfen, während das Landgebiet sich in Löschverbänden organisierte (s. 333-4). 1928 wurde die Feuerwehr der Polizeibehörde unterstellt, 1938 unter Eingliederung der Feuerwehren von Harburg-Wilhelmsburg und Altona der Bauverwaltung zugeordnet. 1938/39 kam es zur Verreichlichung des

Feuerlöschwesens, wobei die Berufsfeuerwehr in die Feuerlöschpolizei überführt wurde; die freiwilligen Feuerwehrvereine und -verbände wurden aufgelöst und zu einer nach Löscheinheiten gegliederten Hilfspolizeitruppe. Nach Kriegsende 1945 beendete die Militärregierung die Zugehörigkeit zur Polizei und unterstellte die Feuerwehr als selbständiges Amt dem Bürgermeister. 1947 kam sie zur Bau-, 1962 zur neu gebildeten Innenbehörde.

Der Best. gliedert sich in Verwaltungsangelegenheiten (Protokolle, Organisations- und Personalangelegenheiten, Freiwillige-, Werks- und Betriebsfeuerwehren, überregionale Mitarbeit), Einsätze/Hilfeleistung/Tagesbefehle (u.a. Brandregister, Luftkrieg 1940-1945), technische Ausrüstung (Fahrzeuge, Meldeanlagen, Löschwasserversorgungsnetz) und Brandschutzangelegenheiten. Hier gibt es auch eine Reihe von Schornsteinfeger-Personalakten (1899-1927).

Lit.: 100 Jahre Feuerwehr Hamburg. Hamburgs Berufsfeuerwehr seit 1872 im Dienste der Bürger, Hamburg 1972
(LS)

333-4 Billwerder Löschverband

1868-1895; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Der 1868/1875 eingerichtete Billwerder Löschverband umfaßte das Gebiet der Landschaft Billwerder. Er wurde Ende 1894 aufgelöst.

Der Best. enthält Protokolle, Feuerberichte, Nachrichten über das Feuerwehrpersonal und Abrechnungen.
(LS)

333-8 Feuerschutz - Personalakten

(1858) 1861-1966; 2,3 m; Bestandsverzeichnis
Nur wenige Personalakten der Deputation für das Feuerlöschwesen (später Hamburger Feuerwehr) sind als dauemd aufbewahrenswert verzeichnet worden.
(LS)

34 MILITÄRWESEN

341 VERWALTUNG BIS 1867

341-1 Bürgerwache

1619-1817; 0,6 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Wachtpflicht gehörte schon im Mittelalter zu den Bürgerpflichten. Sie wurde -

gemäß dem Langen Rezeß von 1529 - durch die Stadtdiener geregelt und umfaßte Bürger und Einwohner. 1616 wurden speziellere Bestimmungen erlassen. Die Bürgerwache wurde 1619 nach den Kirchspielen in fünf Bürgerregimentern zu je 10 Kompanien unter dem Befehl von 5 Kolonellherren (bzw. Obristern) und 50 Bürgerkapitänen organisiert, die bis 1811 existierten. Sie übten mit je zwei Kompanien die allnächtliche Wallwache aus.

Erhalten haben sich nur Bruchstücke des Schriftgutes des St. Petri-, St. Katharinen- und St. Jakobi-Regiments; nur die Kapitänslade des St. Michaelis-Regiments wird vollständig verwahrt.

Lit.: J. F. Voigt, Einige Mitteilungen über die ehemalige Hamburger Bürgerwache, in: Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, 11 (1914), S.25-32 und 39-72
(LS)

341-2 Hanseatische Legion und Bürgergarde

1813-1885; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Hanseatische Legion wurde im März 1813 in Hamburg zur Unterstützung der alliierten Truppen gegen Frankreich gebildet. Durch Zuzug bremischer und lübeckischer Freiwilliger erreichte sie eine Stärke von drei Bataillons Infanterie, 8 Eskadrons Kavallerie und zwei Batterien Artillerie. Sie verließ Hamburg beim erneuten Nahen der Franzosen unter Davout. Geflohene Angehörige der Bürgergarde, die während der Anwesenheit der russischen Truppen zwischen März und Mai 1813 für die Bewachung der Stadt gebildet worden war, schufen in Mecklenburg unter Leitung von D. C. Mettlerkamp die Hanseatische Bürgergarde (Landsturm) zur Rückgewinnung Hamburgs. Im Winter 1813/14 erreichte diese eine Stärke von 6 Kompanien Infanterie sowie einer Jäger- und einer Kavallerieabteilung. Nach der Kapitulation der französischen Besatzung Hamburgs wurden beide Einheiten aufgelöst.

Der Best. setzt sich - wegen des Verlustes der bezüglichen Senatsakten 1842 - vor allem aus Material zusammen, das dem Nachlaß einiger Offiziere der Einheiten entstammt.
(LS)

341-3 Hamburger Bürgermilitär

1814-1868; 34,0 m; Bestandsverzeichnis

Das 1814 neu gebildete Bürgermilitär, das bis 1868 bestand, wurde von der Kommission (seit 1864: Deputation) für das Bürger-Militär beaufsichtigt; eine Reklamations-Kommission begutachtete die Fälle beantragter Befreiung vom Militärdienst. Daneben gab es ein Kriegsgericht. Den Einheiten des Kontingents (8 Bataillons Infanterie, ein

Bataillon Jäger, zwei Kompanien Artillerie und ein Eskadron Kavallerie) stand der Chef des Bürgermilitärs (seit 1839 im Range eines Obersten) vor.

Der Best. enthält verschiedene Protokollserien der genannten Institutionen, die Ordre- und Rapportbücher, Stammrollen und Umschreibebücher sowie Akten, daneben auch Protokolle und Akten des späteren X. Bataillons (Ritzebüttel).
(LS)

341-4 Garnison

1628-1869; 39,3 m; Bestandsverzeichnis
Hamburg baute seit dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges ein eigenes Berufsmilitär von unterschiedlicher Größe (zwischen 700 und 4.000 Mann Infanterie) und Zusammensetzung auf. 1775 war es in einem Regiment mit 10 Kompanien organisiert. 1699 wurden eine Dragonerabteilung und eine Festungsartillerieeinheit aufgestellt. An der Spitze der Garnison stand der Stadtkommandant. Seit 1628 hatte der Kriegsrat die Aufsicht über die Garnison; die eigentliche Verwaltungsarbeit oblag den acht Bürgern des Kriegsrates als Militärkommissaren. 1814 trat das Militärdepartement (seit 1864 Militärdeputation) an die Stelle des Kriegsrates. Das Militär (1814 ein Bataillon Infanterie, eine Eskadron Kavallerie und eine Kompanie Artillerie) gehörte nun - mit leichten Modifikationen 1833/4 und 1856 - als Kontingent zum Aufgebot des Deutschen Bundes. Infolge der Militärkonvention mit Preußen von 1867 wurden Kontingent und Garnison aufgelöst.

Der Best. enthält sämtliche Archivalien der für das Berufsmilitär zuständigen Verwaltungsstellen, Einrichtungen und Kommissionen (Kriegsrat, Militär-Departement, Militär-Kommissariat, Mobilmachungskommission, Großes Kriegsrecht) ebenso wie die der Stadtkommandantur (Tage-, Korrespondenz-, Befehls- und Meldungsbücher, Personalnachweisungen, Kassenbücher, Kasernen- und Wachbücher, Protokolle der Militär-Studienkommission und der Kommission zur Ausrangierung von Invaliden sowie Akten), der einzelnen Truppenteile und der Unterstützungskassen mit Ausnahme der interimistischen Bewaffnungskommission (s. 341-5).
(LS)

341-5 Bewaffnungskommission

1797-1870; 4,5 m; Bestandsverzeichnis
Die Bewaffungskommission wurde 1821 eingesetzt, um das Ausfindigmachen und die Auslosung der Wehrpflichtigen, das Aufrufen der Freiwilligen und die Ausrüstung und Organisation des Kontingents durchzuführen. Sie wirkte bis zur Einsetzung der Aushebungskommission 1862. Das hamburgische Kontingent wurde 1867 aufgelöst; die Aufgaben der Kommission gingen auf den Norddeutschen Bund über.

Der Best. enthält vor allem Protokoll- und Briefkopiebücher sowie Stammrollen und ärztliche Untersuchungsprotokolle.
(LS)

342 VERWALTUNG AB 1867

342-1 I Militärkommission des Senats I

<1867-1900>; 1867-1900; 4,7 m; Bestandsverzeichnis
An die Stelle der Militärdeputation trat aufgrund der Militärkonvention mit Preußen vom 23.07.1867 die Militärkommission des Senats. Sie regelte die Beziehungen zwischen der Garnison und den hamburgischen Behörden, insbesondere aber auch im Einvernehmen mit dem Generalkommando des IX. Armeekorps das Militärersatzwesen. Ihr unterstanden die jeweiligen Militär-Ersatzkommissionen. 1921 hörte sie auf zu bestehen.

Der aus zwei Registraturschichten mit deutlich unterschiedenem Aufbau bestehende Best. gliedert sich wie folgt: Im Best. 342-1 I werden Generalia (Militärkommission des Senats, Allgemeine Korrespondenz, Mobilmachungs-, Militärtransport-, Marschrouten-, Einquartierungs- und Verpflegungswesen, Militäretats, Dienstinstruktionen, Besteuerung der Militärpersonen, Militär-Anwärterwesen, Personalveränderungen in der Armee, Portofreiheit und der Krieg mit Frankreich 1870-1871) von Specialia (Kreisersatzwesen, Ersatz- und Landwehrwesen, Dienstpflicht, Garnisonsangelegenheiten, Truppenübungen, Durchmärsche, Einquartierungen, Soldaten und Beamte des ehemaligen hamburgischen Kontingents und Pensions- sowie Invalidenangelegenheiten) getrennt. Die zweite Schicht (Neuere Registratur) bildet den Best. 342-1 II und kennt die folgenden Gruppen: Militärkommission des Senats, Mobilmachung, Naturalleistungen, Transport, Portofreiheit und Frankierung, Reichsetats, Dienstvorschriften, Personalveränderungen in Armee und Marine, Wehr- und Heerwesen, Garnisonsangelegenheiten, Truppenübungen und Einquartierungen, Pensionswesen, Marine, Kriegsakten (Erster Weltkrieg) und Nachkriegsakten.
(LS)

342-1 II Militärkommission der Senats II

<1901-1921>; 1867-1922; 11,3 m; Bestandsverzeichnis
s. 342-1 I

342-2 Militär-Ersatzbehörden

1855-1920; 28,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Militärersatzkommissionen, die von 1867-1914 von einer auf vier vermehrt

worden waren, unterstanden der Militärkommission des Senats. Sie hatten die Aufgabe, die wehrpflichtigen Hamburger zu erfassen und dem preußischen Heer bzw. der Reichsmarine zur Verfügung zu stellen. Ihre Tätigkeiten erloschen 1921.

Der Best. enthält General- und Spezialakten, die beide nach gleicher Gliederung abgelegt wurden (Organisation des Ersatzwesens, Wehrpflicht und deren Gliederung, Militärpflicht, Grundsätze für Entscheidungen über Militärpflichtige, Listenführung, Musterung, Aushebung, Einstellung und Entlassung, mehrjährig- und einjährig-freiwilliger Dienst), daneben wenige Kriegsakten aus dem Ersten Weltkrieg und alphabetische Listen der Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1855-1896.
(LS)

35 FÜRSORGEWESEN

351 SOZIALFÜRSORGE

351-1 Werk- und Armenhaus

1815-1880; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Arbeitsfähige Arme und Züchtlinge wurden in dem 1618 aus den Erträgen einer Lotterie eingerichteten Werk- und Zuchthaus untergebracht und dort zur Arbeit angehalten. Später nahm man wegen Überfüllung der Hospitäler auch kranke Arme auf. Die armen oder mit ihren verwitweten Müttern in das Haus gekommenen Kinder wurden in einer Schule und durch Handwerksmeister unterrichtet. Da das Haus mit der Erfüllung beider Aufgaben, der Armenfürsorge und der Aufnahme von Straftätern, überfordert war, trennte man 1812 die Einrichtung in ein Werk- und Armenhaus und ein Zuchthaus, die sich jedoch auf einem Grundstück befanden. 1828 kam eine Klasse für straffällig gewordene Kinder hinzu, die 1884 als Erziehungs- und Besserungsanstalt nach Ohlsdorf verlegt wurde. Die Aufsicht hatte seit 1823 die Verwaltung der Wohltätigkeits-, Straf- und Detentionsanstalten, kurz Gefängniskollegium genannt. 1863 übernahm die Gefängnisdeputation dessen Aufgaben. Erst jetzt wurde das Werk- und Armenhaus eine Staatsanstalt im eigentlichen Sinn, da sie sich vorher aus eigenen Kapitalien, Arbeit der Insassen, Kostgeld der Verwandten und sporadischen Zuwendungen von privater Seite und der Kämmerei finanziert hatte. 1893 ging die Verwaltung des Werk- und Armenhauses von der Gefängnisdeputation auf die Allgemeine Armenanstalt über. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es in Versorgungsheim umbenannt.

Der Best. enthält Protokolle und Akten der Verwaltung, Unterlagen der Finanzverwaltung, Aufnahmebücher sowie Unterlagen der Strafklasse.

Hinweis: 242-1 I; 351-2 II; 354-2
(Bü)

351-2 I Allgemeine Armenanstalt I

<1788-1860>; 1660-1921; 12,7 m; Bestandsverzeichnis

Die Allgemeine Armenanstalt wurde 1788 ins Leben gerufen. Damit trat neben die weiterhin bestehenden privaten und kirchlichen Institutionen die öffentliche Sozialfürsorge. Die Armenpolizei wurde den Gotteskastenverwaltern der Kirchspiele und dem Kollegium des Werk- und Zuchthauses entzogen. Während der französischen Besetzung gingen deren Aufgaben an die Polizeibehörde über und wurden auch anschließend dort belassen. Die Verwaltungsspitze der Armenanstalt bildeten die aus Ratsherren, Oberalten, Armenvorstehern und Gotteskastenverwaltern bestehenden Großen und Kleinen Armenkollegien. Die öffentliche Fürsorge war zunächst auf das Stadtgebiet beschränkt und wurde 1799 auf St. Georg ausgedehnt. In der Vorstadt St. Pauli und in den Gemeinden des Landgebietes existierten eigene Armenanstalten. Die öffentliche Armenpflege auf einheitlicher gesetzlicher Grundlage für den Norddeutschen Bund wurde 1871 eingeführt. 1892 wurde der Ortsarmenverband Hamburg unter Einschluß St. Paulis gegründet, dessen Aufgaben jedoch weiterhin von der Allgemeinen Armenanstalt unter Leitung des Armen-Kollegiums wahrgenommen wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Allgemeine Armenanstalt in Wohlfahrtsamt und 1928 in Sozialbehörde umbenannt.

Der Best. besteht aus zwei Teilen. Die Festlegung des Grenzjahres 1860 erfolgte willkürlich. Der Best. enthält Armenordnungen, Verwaltungs- und Finanzunterlagen der Armenanstalt, Unterlagen der öffentlichen Unterstützung, wie Erfassungslisten der Bedürftigen und Aufnahmebücher, ferner Schriftgut zur Krankenpflege. Die Kinderfürsorge ist durch Akten über Kostkinder und das Armenschulwesen überliefert. Im Best. sind darüber hinaus als Sonderaufgaben die Fortführung der Domarmenkasse und die Verwaltung von Stiftungen und Testamenten zu Gunsten der Armenanstalt dokumentiert. Einige wenige Akten betreffen Armenanstalten der Vorstädte und des Landgebietes.

Hinweis: 351-10 I; 622-1 Voght

Lit.: Zwangsläufig oder abwendbar? 200 Jahre Hamburgische Allgemeine Armenanstalt. Symposium der Patriotischen Gesellschaft von 1765, hrsg. von Erich Braun und Franklin Kopitzsch, Hamburg 1990

(Bü)

351-2 II Allgemeine Armenanstalt II

<1860-1928>; 1821-1931; 10,2 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. umfaßt den zweiten Teil der Registratur der Allgemeinen Armenanstalt. Er überschneidet sich mit den Best. 351-2 I und 351-10 I. Der Schwerpunkt der Überlieferung liegt nach der Reform der öffentlichen Wohltätigkeit im Jahr 1893 und umfaßt die Bereiche allgemeine Verwaltung und Fürsorgeangelegenheiten, offene und geschlossene Armenfürsorge und private Wohltätigkeit in Stiftungen, Vereinen und durch

Kapitalien. Der Verwaltungsteil dokumentiert neben internen Vorgängen das Sozialfürsorgerecht, Fürsorgeorgane und die Sozialversicherung. Die offene Armenfürsorge ist mit Unterlagen zu den gesetzlichen Grundlagen und der praktischen Durchführung von Bar- und Naturalunterstützungen, Medizinalfürsorge, Arbeitswesen und Kinderfürsorge überliefert. Des weiteren gibt es Unterlagen zur geschlossenen Fürsorge für Kranke, Kinder und Obdachlose sowie zur Durchführung des Arbeitszwanges.
(Bü)

351-3 (Öffentliche) Unterstützungsbehörde (für die Abgebrannten) von 1842

1842-1848; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Bereits am zweiten Tag des Stadtbrandes vom Mai 1842 bildete sich ein Hilfsverein mit dem Zweck, den Abgebrannten sofortige Hilfe zu leisten. Zu seinen Aufgaben zählten die Annahme und Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und anderen Spenden, der Transport der Obdachlosen und deren Versorgung mit Wohnraum sowie die Vergabe von Geldspenden oder Vorschüssen. Der Verein löste sich nach Erledigung der dringendsten Arbeiten auf und ging mit seinen Mitgliedern, Geld- und Sachwerten in der am 11.05.1842 errichteten Öffentlichen Unterstützungsbehörde für die Abgebrannten von 1842 auf. 1844 trat an deren Stelle die Liquidationskommission der Öffentlichen Unterstützungsbehörde, die am 01.12.1848 ihre Tätigkeit einstellte.

Der Best. umfaßt die Unterlagen des Hilfsvereins und der Unterstützungsbehörde. Diese betreffen Verwaltungsangelegenheiten und enthalten Register der Abgebrannten, Aufzeichnungen über hamburgische, nationale und internationale Spenden sowie Einzelfallakten über gewährte Unterstützungen.
(Bü)

351-5 Senatskommission für die Angelegenheiten der Armenverbände

1872-1920; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Die Kommission nahm ihre Tätigkeit 1871 auf. Sie übte die Funktion einer Spruchbehörde in erster Instanz bei Streitigkeiten zwischen Armenverbänden aus. Mit Einführung der selbständigen Verwaltungsgerichtsbarkeit 1921 beendete die Kommission ihre Tätigkeit.

Der Best. enthält die Akten der Verfahren in Armenverbandsangelegenheiten und Verfahren bei Berufungen an das Bundesamt für das Heimatwesen, ferner die Registraturhilfsmittel der kassierten Einzelfälle und die Protokolle der Entscheidungen als Spruchbehörde in Angelegenheiten der Armenverbände.
(Bü)

351-8 Aufsicht über Stiftungen

(14. Jh.) 1870-1993; 19,8 m; Bestandsverzeichnis;
besondere Genehmigungsvorbehalte

Die Aufsichtsbehörde für die milden Stiftungen wurde 1870 eingerichtet. Im September 1921 ging sie als Abteilung für die Beaufsichtigung der milden Stiftungen im Wohlfahrtsamt der Sozialbehörde auf.

Der Best. enthält zum geringeren Teil Verwaltungsakten der Jahre 1870-1923 und 1930-1934 (u.a. Protokolle der Aufsichtsbehörde, Statistiken, Jahresberichte), zum überwiegenden Teil Akten über einzelne Stiftungen.

Hinweis: 351-10 I
(Ga)

351-9 Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge

1914-1927; 3,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Versorgung von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen war Reichsangelegenheit und wurde während des Ersten Weltkrieges von den Intendanturen der Generalkommandos wahrgenommen. Nach Kriegsende ging diese Aufgabe auf das Reichsarbeitsministerium und die ihm unterstellten Versorgungsämter über. In Hamburg wurde die Hinterbliebenenversorgungsabteilung der Finanzdeputation zur Entgegennahme und Weiterleitung der Rentenanträge Hinterbliebener an die Reichsverwaltung bestimmt. Die freie Wohlfahrtspflege nahm u.a. der Hamburgische Landesausschuß für Kriegsbeschädigte e.V. wahr. 1920 richtete Hamburg eine Hauptfürsorgestelle und mehrerer Fürsorgestellen sowie das unter der Leitung eines Senatsmitgliedes stehende Fürsorgeamt für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ein, das jedoch schon bald in das Wohlfahrtsamt eingegliedert wurde. 1924 wurde die Fürsorgetätigkeit auf die für die allgemeine Wohlfahrtspflege zuständigen Landesfürsorgeverbände übertragen. Die amtliche Hauptfürsorgestelle war nun nur noch für die Sachbearbeitung von Zusatzrenten, Amtshilfe für die Versorgungsbehörden und die Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes zuständig.

Der Best. faßt wegen der übereinstimmenden Merkmale der Verwaltungstätigkeit die Registraturen der genannten Stellen zusammen und gliedert sie in: private und staatliche Fürsorgeträger, Fürsorge durch die Reichsverwaltung, gesetzliche Grundlagen, Renten- oder Sachleistungen, Heilbehandlung, Arbeitsförderung, Erwerbslosen- und Waisenfürsorge sowie Vereinigungen der Kriegsbeschädigten, -hinterbliebenen und -gefangenen.
(Bü)

351-10 I Sozialbehörde I

<1920-1945>; 1830-1954; 50,1 m; Bestandsverzeichnis

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde aus der Allgemeinen Armenanstalt das Wohlfahrtsamt geschaffen, das 1928 in Sozialbehörde umbenannt wurde. 1933 als Mittelbehörde der Innenverwaltung unterstellt, kam sie 1938 als Sozialverwaltung zur Gemeindeverwaltung. 1945 wurden der Sozialverwaltung die Sozialversicherungsangelegenheiten der ehemaligen Staatsverwaltung zugewiesen. 1947 wurde die Sozialverwaltung in die Sozialbehörde umgewandelt.

Der Best. gliedert sich in folgende Abteilungen: Staatlicher Aufbau, Verwaltung und Geschäftsführung, Wirtschaftsabteilung, Personalangelegenheiten, Gehaltsangelegenheiten, Kassen- und Rechnungswesen, Statistik, Staatliche Wohlfahrtsanstalten, Fürsorgegesetzgebung und Reichsmittel, allgemeine Fürsorge, Fürsorge für Alte, Kleinrentner und Körperbehinderte, Kriegsopferfürsorge, Gesundheitsfürsorge, erweiterte Fürsorge und freie Wohlfahrtspflege, Arbeitswesen, ehrenamtliche Organe, Vereinigungen - Tagungen - Zweckverbände und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV).
(LS)

351-10 II Sozialbehörde II

<1945->; 1878-1990; 220,4 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet

Die 1947 etablierten Fachbehörden Sozialbehörde und Arbeitsbehörde (s. 356-2 I) wurden mit Wirkung vom 01.01.1963 zur Arbeits- und Sozialbehörde zusammengelegt. An ihre Stelle trat am 01.03.1980 die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales, die zum 01.03.1989 in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufging.

Der wachsende Best. hat die Überlieferungen der Sozial- und Arbeitsbehörde auch in der Zeit zwischen 1945 und 1962 zusammengefaßt. Lediglich die Akten des Amtes für Jugend, die einer selbständigen Registratur entstammen, wurden zu einem eigenen Bestand formiert (s. 354-5 II). Bisher wurden Akten aus den Bereichen Altersfürsorge, Landesfürsorgeamt, Rechtsabteilung und Hauptregistratur abgeliefert.
(LS)

351-11 Amt für Wiedergutmachung

1945-1987; 3,2 m; Ablieferungsverzeichnis

Eine Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche wurde 1945 eingerichtet und dem Rechtsamt unterstellt. Als selbständiges Amt der Verwaltung fungierte das Amt für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe seit März 1946. Bereits im Februar 1947 wurde die Flüchtlingshilfe ausgegliedert und dem Wohnungsamt und der Sozialver-

waltung übertragen. Im November 1949 beschloß der Senat die Auflösung des Amtes für Wiedergutmachung als Senatsamt unter Zuweisung der Aufgaben an das innerhalb der Justizverwaltung neugebildete Wiedergutmachungsamt beim Landgericht und an die Sozialbehörde. Die Sozialbehörde - Amt für Wiedergutmachung - wurde 1951 zuständige Anmeldebehörde in Wiedergutmachungsangelegenheiten.

In dem Best. wurden die Generalakten des Amtes für Wiedergutmachung ab 1945 zusammengefaßt. Die ca. 80.000 Einzelfallakten befinden sich noch in der Registratur des Amtes.

Hinweis: 351-10 II
(Ga)

351-12 I Amt für Wohlfahrtsanstalten I

<1920-1940>; 1871-1942; 0,8 m; Bestandsverzeichnis

Das Werk- und Armenhaus (s. 351-1) wurde 1919 in Versorgungsheim umbenannt. In dessen Anstaltsleitung entwickelte sich eine Aufsichtsbehörde für die Wohlfahrtsanstalten, welche 1930 als Direktion ausgegliedert wurde. Ihre Aufgaben gingen nach dem Krieg an die Sozialbehörde.

Der Best. enthält im wesentlichen Schriftgut aus den Jahren des Bestehens des Amtes; es gibt nur wenig aus der Provenienz des Werk- und Armenhauses stammendes Schriftgut. Der Best. gliedert sich in Verwaltung, Personal, Heimorganisation und -aufenthalt, Gebäude und Einrichtungen, Betriebe, Arbeitskräfte und Gesundheitsfürsorge.
(LS)

351-13 Landesausgleichsamt

1950-1988; 23,7 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

Das Landesausgleichsamt, das als Landesbehörde für grundsätzliche Fragen des Lastenausgleichsrechts zuständig war und Anträge auf Gewährung von Darlehen sowie Einsprüche gegen Entscheidungen nach dem Lastenausgleichsgesetz bearbeitete, war bei der Sozialbehörde angesiedelt. Ihm unterstanden die 22 Ausgleichsämter. Später kam als Aufgabe die Behandlung grundsätzlicher Fragen aller Kriegsfolgengesetze hinzu. Seine Aufgaben gingen später auf das Landesamt für Aussiedler, Flüchtlinge und Lastenausgleich über.

Der Best. gliedert sich in Verwaltungsakten und Einzelfallakten über Dauerarbeitsplatzdarlehen und Aufbaudarlehen in Gewerbe und Landwirtschaft.
(LS)

351-14 Arbeits- und Sozialfürsorge - Sonderakten

1914-1991; 23,2 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Der Best. umfaßt Einzelfallakten aller Fürsorgezweige mit Ausnahme der Jugendfürsorge. Im einzelnen handelt es sich um Akten der Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorge, der Gefangenen- und Entlassenenfürsorge sowie um Rentenakten der Eigenunfallversicherung. Des weiteren finden sich hier Eingaben von Bürgern in Angelegenheiten der Sozialversicherung und des Versorgungsrechts.
(Ga)

351-15 Sozialverwaltung - Personalakten

1900-1966; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Der wachsende Best. enthält erst wenige Personalakten.
(LS)

352 GESUNDHEITSFÜRSORGE

352-1 Gesundheitsrat

1818-1853; 0,8 m; Bestandsverzeichnis

Durch die Medizinalordnung von 1818 wurde das gesamte Medizinalwesen dem Gesundheitsrat, einer aus zwei Kollegien bestehenden Deputation mit überwiegend beratender Funktion, unterstellt. 1870 trat an die Stelle des Gesundheitsrats das Medizinalkollegium. In dessen Registratur sind zahlreiche Akten des Gesundheitsrats weitergeführt worden (s. 352-3).

Der Best. enthält vor allem die Protokolle des Gesundheitsrats 1818-53 und die Protokolle der anläßlich der Cholera 1831-32 eingesetzten Kommission.
(Ri)

352-2 Krankenhauskollegium

1877-1920; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

An die Stelle der 1823 eingerichteten Deputation für das Allgemeine Krankenhaus St. Georg (s. 352-8/2) trat 1863 das Krankenhauskollegium, dem nach und nach die Allgemeinen Krankenhäuser St. Georg, Eppendorf, Barmbek sowie die Irrenanstalten Friedrichsberg und Langenhorn unterstellt wurden. 1920 gingen seine Aufgaben auf die neu geschaffene Gesundheitsbehörde über.

Der sehr fragmentarische, teilweise aus anderen Provenienzzusammenhängen gebildete Best. enthält u.a. Schriftgut zur Choleraepidemie von 1892.
(Ri)

352-3 Medizinalkollegium

(1694-) 1816-1962; 68,0 m; Bestandsverzeichnis

An die Stelle des Gesundheitsrats trat 1870 das Medizinalkollegium, dem die Leitung des gesamten Medizinalwesens unterstand. 1920 gingen seine Aufgaben, vermehrt um vorher von Krankenhauskollegium und Polizeiärztlichem Dienst der Polizeibehörde ausgeübte Zweige des Gesundheitswesens, auf die neu geschaffene Gesundheitsbehörde über. 1938 wurden die bisherigen Aufgaben der Gesundheitsbehörde einerseits durch die Staatsverwaltung - Allgemeine Abteilung, andererseits durch die Gesundheitsverwaltung der Gemeindeverwaltung wahrgenommen. 1945 fiel diese Trennung wieder weg, und die bisher der Staatsverwaltung obliegende Aufsicht über das Gesundheits- und Veterinärwesen wurde erneut der Gesundheitsverwaltung zugewiesen.

Der Best. enthält Schriftgut aller dieser Behörden. Die wichtigsten Sachgruppen sind: Medizinalpersonal, Apotheken, Arzneimittel, Lebensmittel, Öffentliche Hygiene (hier vor allem Probleme des Umweltschutzes), Soziale Hygiene (u.a. "Erb- und Rassenpflege" ab 1933), Seuchenbekämpfung, Krankenanstalten, Veterinärwesen.

Hinweis: 352-6
(Ri)

352-4 Cholerakommission des Senats

1892-1895; 3,0 m; Bestandsverzeichnis

Nach Ausbruch der Choleraepidemie setzte der Senat am 31.08.1892 eine Kommission zur Bekämpfung der Seuche ein, deren Tätigkeit bis zum 01.11.1893 währte.

Der Best. enthält Unterlagen über die Organisation, Verwaltung und Tätigkeit der Kommission, insbesondere zu den Bereichen: Statistik, Geschäftsverkehr, Kassenwesen, Anstellung und Honorierung von Hilfsärzten, Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, Gesundheitskontrollen von Schiffen, Auswanderern, Waren und Trinkwasser, Transport von Kranken und Leichen.

Hinweis: 111-1, Cl. VII Lit. Ta Pars 2 Vol. 11; 611-20/3
(Ri)

352-5 Gesundheitsbehörde - Todesbescheinigungen

1837-1953; 95,6 m; Bestandsverzeichnis

Durch die Medizinalordnung von 1818 wurden für alle Verstorbenen ärztliche Todesbescheinigungen eingeführt, deren Überwachung der jeweils für das Medizinalwesen zuständigen Behörde oblag.

1837-41 sind diese nur für Teile des Landgebiets erhalten, ab 1842 auch für das Stadtgebiet. Sie wurden jahrgangsweise numerisch abgelegt, bis 1865 getrennt nach innerstädtischen Kirchspielen, nicht-lutherischen Gemeinden, großen Krankenanstalten und Vorstädten bzw. Ortschaften des Landgebiets, ab 1866 getrennt nach Stadtgebiet (Zivilstandsamt Hamburg) und einzelnen außerstädtischen Ortschaften, ab 1876 getrennt nach Standesämtern. Für 1943-53 sind nur noch Kriegssterbefälle aufbewahrt.
(Ri)

352-6 Gesundheitsbehörde (1945-)

1843-1992; 124,7 m; Kartei, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Im Juni 1945 wurde die Gesundheitsverwaltung wieder für alle Angelegenheiten des Gesundheits- und Veterinärwesens zuständig. 1947 entstand aus der Gesundheitsverwaltung die Fachbehörde Gesundheitsbehörde, die bis 1989 als eigenständige Behörde existierte. Seitdem werden ihre Aufgaben im wesentlichen durch das Amt für Gesundheit und den Landesbetrieb Krankenhäuser in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales wahrgenommen.

Der wachsende Best. enthält auch älteres Schriftgut, vor allem ab 1940. Die wichtigsten Gruppen sind: Personal, Finanzen, Ärzte und übrige Berufe im Gesundheitsdienst, Apotheken, Arzneimittel, Öffentliche Hygiene (hier auch Umweltschutz), Lebensmittelhygiene, Seuchenbekämpfung, Gesundheitsfürsorge, Krankenhäuser.

Hinweis: 352-3
(Ri)

352-7 I Hafenarzt I

(1871) 1893-1956,20 Jh.; 13,3 m; Bestandsverzeichnis
Aufgrund der Erfahrungen aus der Choleraepidemie 1892 wurde 1893 ein Hafenarzt zur ständigen gesundheitlichen Überwachung des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen eingestellt, dessen Dienststelle seit 1938 die Bezeichnung Hafenärztlicher Dienst trägt.

Außer zur gesundheitlichen Überwachung der Schiffe, ihrer Besatzungen und Passagiere enthält der Best. auch Schriftgut zur Bekämpfung einzelner Krankheiten im Hafengebiet und auf Schiffen sowie zu hygienischen Verhältnissen insbesondere Hamburger Gewässer.
(Ri)

352-8 KRANKENHÄUSER

1823 wurde als erstes Allgemeines Krankenhaus St. Georg eröffnet. Vorläufer war 1606-1814 der Pesthof/Krankenhof auf St. Pauli, der außer Infektiösen auch generell arme unbescholtene Kranke aufnahm. 1889 wurde das zweite Allgemeine Krankenhaus, Eppendorf, endgültig in Betrieb genommen und dient seit 1919 als Universitätskrankenhaus. Das dritte, Barmbek, existiert voll ausgebaut seit 1914. Die Versorgung lokaler Patienten übernahm 1912 das Staatskrankenhaus Bergedorf (seit 1938 Allgemeines Krankenhaus Bergedorf). Das Kurhaus war 1814-1900 Gefängnis- und Polizeikrankenhaus vor allem für Mittel- und Obdachlose sowie Notfälle. Seine Nachfolge trat 1900 das Hafenkrankenhaus an, dem 1914 das 1863 gegründete Seemannskrankenhaus angegliedert wurde und das vor allem Unfallopfer betreut. Das 1900 unter dem damaligen Hafenarzt Dr. Bernhard Nocht als Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten gegründete gegenwärtige Bernhard-Nocht-Institut war bis 1914 im Seemannskrankenhaus untergebracht und widmet sich der Behandlung, Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet außergewöhnlicher Infektionskrankheiten. Die Irrenanstalt Friedrichsberg existierte 1864-1935. Aus ihr ging 1893 die spätere Staatskrankenanstalt Langenhorn hervor, wo neben psychisch Kranken bereits 1918-31 Lungenkranke, ab 1939 auch sonstige versorgt werden (seit 1953 Allgemeines Krankenhaus Ochsenzoll).

Alle Aspekte des Krankenhausbetriebes werden gut dokumentiert in: Allgemeines Krankenhaus Barmbek, Staatskrankenhaus Bergedorf, Staatskrankenanstalt Langenhorn (Unterbringung psychisch Kranker in der NS-Zeit). Vom Allgemeinen Krankenhaus St. Georg und dessen Vorgänger Pesthof/Krankenhof sind überwiegend ältere Protokollserien 1638-1887 überliefert, desgleichen vom Kurhaus. Der Best. Bernhard-Nocht-Institut betrifft vor allem dessen internationale Forschungen. Umfangreiche Krankengeschichten-Serien werden verwahrt in: Allgemeines Krankenhaus St. Georg (1832, 1861-1920, 1953-63 wachsend), Allgemeines Krankenhaus Eppendorf (1880-1905, 1931-63 wachsend), Seemannskrankenhaus/Hafenkrankenhaus (1880-1920), Bernhard-Nocht-Institut (1940-1950 wachsend).
(Ri)

352-8/1 Kurhaus
1816-1900; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

352-8/2 Allgemeines Krankenhaus St. Georg
1641-1984; 280,4 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

352-8/3 Allgemeines Krankenhaus Eppendorf
1880-1905,1956-1968; 85,8 m; vorläufiges Verzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte

352-8/4 Seemannskrankenhaus, Hafenkrankenhaus
1880-1920; 41,0 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

352-8/5 Allgemeines Krankenhaus Barmbek
1906-1961; 3,3 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

352-8/6 Irrenanstalt Friedrichsberg
1860-1887; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

352-8/7 Staatskrankenanstalt Langenhorn
1891-1976; 88,9 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

352-8/8 Staatskrankenhaus Bergedorf
1909-1950; 2,7 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

352-8/9 Bernhard-Nocht-Institut (für Schiffs- und Tropenkrankheiten)
ca.1910-1970; 33,5 m; vorläufiges Verzeichnis

352-9 Arbeitskreis (der Küstenländer für) Schiffshygiene

1949-1978; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

Der zunächst formlos, ab 1974 durch eine Vereinbarung der Länder gebildete Arbeitskreis begutachtet Schiffe deutscher Reeder hinsichtlich ihrer hygienischen Anforderungen. Die Geschäftsführung liegt beim Hafenärztlichen Dienst.

Der Best. enthält General- und Detailpläne von 380 Schiffsserien bzw. Einzelschiffen aller Typen.

Hinweis: 352-7 I
(Ri)

352-10 Gesundheitsverwaltung - Personalakten

1833-1980; 8,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

Der wachsende Best. enthält über 400 Personalakten von meist ärztlichen Mitarbeitern unterschiedlicher Dienststellen der Gesundheitsverwaltung.
(Ga)

352-11 Gesundheitsämter - Erbgesundheitsakten

1934-ca.1950; 55,0 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Die "Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" von 1933 regelte die "Unfruchtbarmachung" bestimmter Erbkranker auch gegen deren Willen. Die entsprechenden amtsärztlichen Anträge wurden vom Erbgesundheitsgericht entschieden und die Vorgänge anschließend bei den zuständigen Gesundheitsämtern weiterbearbeitet.

Der Best. enthält Einzelfälle aus dem Gesundheitsamt Hamburg (Mitte), daneben aus Bergedorf, Altona und Wandsbek. Hinzu kommen wenige Verwaltungsakten zum Thema "Erb- und Rassenpflege".

Hinweis: 224-1; 224-2; 352-3; 352-6
(Ri)

352-12 Gesundheitsbehörde - Sonderakten

1931-1982; 8,3 m; Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte
Seit 1927 ist die Gesundheitsbehörde für die gesundheitliche Überwachung bzw. Beratung von Prostituierten zuständig.

Eine repräsentative Auswahl von Einzelfallakten wurde von der Zentralen Beratungsstelle für Prostituierte übernommen, hierunter 1.722 Fälle aus der NS- und unmittelbaren Nachkriegszeit (1918-1957).
(Ri)

353 WOHNUNGSFÜRSORGE

353-1 Senats- und Bürgerschaftskommisssion für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse

1892-1927; 1,7 m; Bestandsverzeichnis
Nach der Choleraepidemie 1892 wurde zunächst eine Sanierungskommission gebildet, die ungesunde Wohnungen zu beseitigen und dafür Ersatz zu schaffen hatte. Wegen des geringen Erfolges setzte man 1897 zum gleichen Zweck die Kommission für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ein, die aus Mitgliedern von Senat und Bürgerschaft bestand. Die Kanzlei- und Registraturarbeiten wurden der Senatskanzlei übertragen. Ende 1926 waren die Sanierungsarbeiten im wesentlichen abgeschlossen, und die Kommission ging im Senats- und Bürgerschaftsausschuß für die minderbemittelte Bevölkerung auf.

Der Best. enthält Material über Organisation und allgemeine Verwaltung mit Protokollen und Tagebüchern, über Planung, Abbruch und Wiederbebauung sowie Statistiken und Zeitungsberichte.

Hinweis: 323-2
(M)

353-2 I Wohnungsamt I

<1918-1933>; 1918-1933; 3,0 m; Bestandsverzeichnis

Wegen der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen drückenden Wohnungsnot mußte eine Wohnraumbewirtschaftung, zu der Maßnahmen wie Verteilungszwang für freiwerdende Wohnungen und Zwangseinquartierung gehörten, durchgeführt werden. Hierfür wurde 1919 ein Senator als Bezirkswohnungskommissar für Hamburg eingesetzt. Dessen Dienststelle war zunächst Teil des Statistischen Landesamts, mußte aber bald zu einem selbständigen Amt ausgestaltet werden. Seine Arbeitsweise unterlag der Nachprüfung durch einen bürgerschaftlichen Beschwerdeausschuß. Seit Ende 1923 hieß die Dienststelle "Wohnungsamt". Dieses Amt, dem auch eine Wohnungstauschabteilung angehörte, stand in regem Verkehr mit anderen Einrichtungen wie dem Mieteeinigungsamt. 1929 wurde das Wohnungsamt der Baubehörde unterstellt und ging Anfang 1933 nach allgemeiner Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft in der Polizeibehörde, Abteilung Wohnungspflegeamt, auf.

Der Best. enthält Material über gesetzliche Bestimmungen, Organisation und Tätigkeit mit Jahres- und Presseberichten sowie über Tagungen und Ausstellungen.
(M)

353-2 II Wohnungsamt II

<1943-1968>; 1943-1968; 4,5 m; Bestandsverzeichnis

Anfang der 1930er Jahre war die Wohnraumbewirtschaftung aufgehoben worden, mußte jedoch nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs schrittweise wieder eingeführt werden. Die umfangreicher werdenden Maßnahmen wurden dem Wohnungspflegeamt und im Landgebiet seinen Nebenstellen übertragen. Gewerbe- und Verwaltungsräume wurden seit 1941 und alle Wohnungen seit 1943 bewirtschaftet. Das Wohnungspflegeamt wurde in Wohnungsfürsorgeamt umbenannt und dabei zuständig auch für Zuzugs- und Aufenthaltsgenehmigungen. Die Schaffung des Amtes für Raumbewirtschaftung 1944 brachte die Zusammenfassung aller raumwirtschaftlichen Aufgaben des Wohnungsfürsorgeamtes (Wohnungen), des Amtes für kriegswirtschaftlichen Einsatz (Gewerbe-und Verwaltungsräume), des Statistischen Amtes (Einquartierungen) und anderer. 1944 wurden die Abteilungen für Raumbewirtschaftung in den Sozialämtern der Kreisverwaltungen eingerichtet. Aufsicht über die Abteilungen und die Bewirtschaftung von Betriebsraum blieb in der Zuständigkeit des Amtes für Raumbewirtschaftung. Nach Kriegsende wurde dieses in Wohnungsamt umbenannt. Das selbständige Amt wurde 1947 Teil der Baubehörde und schließlich mit dem Wohnwirtschaftsamt und dem Wohnungspflegeamt zum Amt für Wohnungswesen innerhalb der Baubehörde zusammengefaßt, jedoch bearbeiteten die Wohnungsämter der Bezirksverwaltung weiterhin die Einzelfälle der Wohnraumbewirtschaftung.

Der Best. enthält vor allem Einzelfallakten, darunter zahlreiche wegen strittiger Raum-

bewirtschaftung entstandene Prozeßakten, hingegen nur einige Generalakten, deren größter Teil anderen Beständen zugeordnet wurde. Er enthält ferner Beispiele von Akten der Bezirksverwaltungen nach Abschluß der Bewirtschaftung von Altbauwohnungen (bezugsfertig bis 20.06.1948). Akten des Bezirks Altona sind dem Best. angefügt; Akten des Bezirkes Harburg sind nicht ins Staatsarchiv gelangt.

Hinweis: Generalakten s. 322-3, 351-10 I und 353-4
(M)

353-3 Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt

<1938-1946>; 1931-1965; 6,0 m; Bestandsverzeichnis

In den Jahren 1933-1937 lag die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau bei verschiedenen Ämtern. Federführend war bis 1936 die Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit - Hochbauwesen - und danach die Baubehörde - Hochbauabteilung. 1937 wurde innerhalb der Baubehörde das Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt (WWSA) als selbständige Abteilung errichtet. Es war ab Januar 1938 zuständig für die Kleinsiedlungs- und Volkswohnungsangelegenheiten sowie die Bausanierung. Mit Wirkung vom 01.04.1938 wurde das WWSA zu einem selbständigen Teil der Gemeindeverwaltung gemacht. 1940 wurden die Gauleiter zu Gauwohnungskommissaren bestellt. Der Geschäftsführer des Gauwohnungskommissars war in Hamburg der Leiter des Gauheimstättenwerks, das in Personalunion mit dem WWSA verbunden war. Diesem Amt wurden als Dienststelle des Gauwohnungskommissars Aufgaben aus der staatlichen Verwaltung übertragen. In der Förderung von Maßnahmen zur Lenkung und Steuerung des Wohnungsbaus war das WWSA sachlich der hamburgischen Staatsverwaltung unterstellt. 1943 wurde das WWSA im Rahmen der Neugliederung der Bauverwaltung zusammen mit dem Amt für kriegswichtigen Einsatz (AKE) als Amt 5 in die Bauverwaltung eingegliedert. Vordringliche Aufgabe war nun die Errichtung von Behelfsheimen (Schnellbauwohnungen, Werksunterkünfte). 1947 wurde das WWSA mit dem Wohnungsbauamt zum Wohnwirtschaftsamt, einem Vorläufer des Amtes für Wohnungswesen, zusammengefaßt.

Der Best. enthält Generalakten zu Organisations- und Personalangelegenheiten, zur Gesamtplanung und zu Einzelvorhaben. Den größten Teil des Bestandes bilden die Siedlungsakten zu Klein-, Stadtrand-, Gruppen-, Erwerbslosen-, SA-, Staats-, Werks- und Eigenheimsiedlungen sowie Bauvorhaben von Einzelsiedlern in Hamburg (vor und nach dem Groß-Hamburg-Gesetz) sowie für außerhamburgische Orte: Ahrensburg, Buchholz/Kreis Harburg, Bünningstedt, Egenbüttel, Friedrichsgabe, Garstedt,

Glinde, Harksheide, Henstedt, Hoisbüttel, Husum, Malchow/Mecklenburg, Pinneberg, Quickborn, Schenefeld, Steinbek/Kreis Harburg, Süder- und Westerwisch.

Hinweis: Zur Organisation s. 311-2 IV, 113-3, 322-36; zum Siedlungswesen s. 113-3, 356-2 I, 351-10 I
(Et/Sto)

353-4 Amt für Wohnungswesen

1898-1993; 81,0 m; Kartei, Ablieferungsverzeichnis
Aus dem Wohnungsfürsorgeamt (1943-1944) und seinem Nachfolger, dem Amt für Raumbewirtschaftung (1944-1945) entstand 1945 das Wohnungsamt. 1947 wurde das Wohnwirtschafts- und Siedlungsamt (s. 353-3) mit dem Wohnungsbauamt zum Wohnwirtschaftsamt zusammengelegt. Aus beiden Ämtern sowie dem angeschlossenen Wohnungspflegeamt bildete man 1949 innerhalb der Baubehörde das Amt für Wohnungswesen.

Der wachsende Best. enthält hauptsächlich Schriftgut ab 1941 über Organisation, Personal, Wohnungswirtschaft, -bau, -pflege, -vergabe und -betreuung besonderer Personengruppen.

Hinweis: Zu Einzelfällen der Wohnraumbewirtschaftung s. 353-2 II
(Ri)

354 JUGENDFÜRSORGE

354-1 Waisenhaus

1575-1926; 443,0 m; Bestandsverzeichnis
Das Waisenhaus wurde 1595 auf Initiative von Privatleuten im Gebäude der alten Scharkapelle eingerichtet und stand seit 1600 unter der Aufsicht von 8 Vorstehern, je zwei aus jedem Kirchspiel. 1679 wurde ein neues Waisenhaus gebaut, 1785 erfolgte der Umzug in einen neu errichteten Zweckbau an der Admiralitätsstraße. Die Verwaltung erledigten ein Großes und ein Kleines Kollegium; die Hausverwaltung besorgten ein Ökonom und eine Ökonomin als Waiseneltern; zudem gab es einen Prediger, einen Arzt und einen Wundarzt. Dem Waisenhaus angegliedert war eine Schule mit Katechet und vier Lehrern. Unvermögende, elternlose, eheliche Bürgerkinder unter zehn Jahren sowie in der Stadt ausgesetzte Findlinge wurden aufgenommen. Kinder unter sieben Jahren gab die Anstalt auf dem Lande in die Kost.

Neben einigen Urkunden enthält der Best. vor allem Schriftgut der Bereiche Verfassung und Verwaltung (Satzungen, Kollegien, Provisoren, Waisenpfleger, Personal), Vermögen (Gebäude und Finanzen), Ökonomie (Küche und Keller, Kleidung,

Bücher) und Waisenkinder. Im Waisenhaus wurden seit 1830 eigene Tauf-, Konfirmations- und Beerdigungsregister geführt.

Lit.: Ingeborg Grolle, Kinderschicksal und Armenpolitik. Aus den Akten des Hamburger Waisenhauses, in: Zeitschrift der Vereins für Hamburgische Geschichte, 79 (1993), S.37-87
(LS)

354-2 Erziehungsanstalt Ohlsdorf

1876-1933; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Die Erziehungs- und Besserungsanstalt Ohlsdorf, seit 1911 Erziehungsanstalt für Knaben, seit 1930 Stadtheim Alstertal, ist aus der Schule des Werk- und Armenhauses hervorgegangen. Sie erhielt ihren Namen im Jahr 1883, als der Neubau in Ohlsdorf bezogen wurde. Sie unterstand bis 1887 der Gefängnisdeputation und diente der öffentlichen Heimerziehung verwahrloster Schulpflichtiger. 1887 übernahm die Behörde für Zwangserziehung die Anstalt. 1907 gingen ihre Aufgaben auf das Waisenhauskollegium über, das im Februar 1910 in Behörde für öffentliche Jugendfürsorge umbenannt wurde. Die Erziehungs- und Besserungsanstalt wurde 1933 aufgelöst.

Der Best. umfaßt vorwiegend Unterlagen der Jahre 1887-1907. Die Arbeit in der Verwaltung von Behörde und Anstalt war eng verzahnt, die Behörde hatte weder Bürobeamte noch ein eigenes Büro, so daß der anfallende Schriftverkehr und die Aktenführung durch Bedienstete der Anstalt wahrgenommen wurden. Im Best. sind Protokollserien der Behörde und der Anstalt überliefert, weiterhin Berichte, Organisatorisches, Personalangelegenheiten und Finanzaufstellungen. Er enthält darüber hinaus Akten und Statistiken der Zöglingsbetreuung.

Hinweis: 351-1
(Bü)

354-5 I Jugendbehörde I

<1892-1944>; (1804) 1877-1964; 18,6 m; Bestandsverzeichnis
Dem Waisenhauskollegium wurden 1892 die gesamte Waisenpflege, 1896 das Kostkinderwesen und 1899 die Aufgaben des Gemeindewaisenrates übertragen. 1907 integrierte man die 1887 gegründete Behörde für Zwangserziehung in das Kollegium. Diese starke Aufgabenvermehrung machte 1910 eine Umorganisation des Waisenhauskollegiums und die Umbenennung in Behörde für öffentliche Jugendfürsorge nötig. In Angleichung an reichsgesetzliche Bestimmungen traten 1924 an Stelle der Behörde ein Landesjugendamt und drei Jugendämter in Hamburg, Bergedorf und Cuxhaven. Das Landesjugendamt wurde 1926 in Jugendbehörde umbenannt und nahm nun die ministeriellen Aufgaben auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt wahr. 1933 gingen die Geschäfte sowie die Aufsicht über die Jugendämter auf die Wohlfahrts-

behörde über. 1940 wurde ein Amt für Jugendpflege und Jugendertüchtigung eingerichtet, das 1943 mit den Aufgaben des Landesjugendamtes aus dem Geschäftsbereich der Sozialverwaltung und den Aufgaben des Jugendamtes aus dem Geschäftsbereich der Verwaltung des Landbezirks zur Verwaltung für Jugendertüchtigung und Jugendhilfe zusammengefaßt wurde. 1947 ist die Jugendbehörde erneut wiederhergestellt worden.

Der Best. beginnt im wesentlichen 1892. Während des Zweiten Weltkrieges ging die laufende Registratur zum großen Teil verloren, so daß die Jahre 1919-1943 nur sehr dürftig überliefert sind. Der Best. enthält Unterlagen der Behördenverwaltung, der Waisenpflege und Jugendfürsorge, u.a. mit Akten der Unehelichenfürsorge und Behandlung von Geistes- und Erbkrankheiten, sowie der Fürsorge in Heimen und Anstalten. Überliefert ist ebenfalls das Archivgut des 1914 gegründeten Ausschusses für Säuglings- und Kleinkinderanstalten, einer staatlich bezuschußten privaten Vereinigung der sogenannten halboffenen Kinderanstalten, die 1953 den Namen Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime der Freien und Hansestadt Hamburg e.V. erhielt.

Hinweis: 351-10 I

Lit.: Eckart Klapproth, Die Entwicklung der Hamburgischen Jugendfürsorge im 19. Jahrhundert, Hamburg 1957; Walter Thorun, Geschichte der Jugendhilfe in Hamburg, als Manuskript gedruckt, Hamburg 1988
(Bü)

354-5 II Jugendbehörde II

<1945->; 1892-1984; 73,4 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

1945 richtete der Senat ein Landesjugendamt ein, aus dem 1947 die Fachbehörde Jugendbehörde hervorging. Ihre Aufgabe bestand in der Durchführung der öffentlichen Jugendhilfe, die alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt und die Aufgaben der Obersten Landesjugendbehörde umfaßte. Zum 01.01.1971 ging die Jugendbehörde als Amt für Jugend in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung auf. Es kam 1980 zur Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales. Um die Bereiche Jugenderziehung und -wohlfahrt wieder zusammenzuführen, wurde das Amt für Jugend 1989 erneut mit der Schulverwaltung zur Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung zusammengefaßt.

Die in das Staatsarchiv gelangten Teile der Registratur des Amtes für Jugend, die trotz der zahlreichen organisatorischen Veränderungen selbständig blieb, bilden hier den vorliegenden, wachsenden Best..
(Bü)

354-6 Jugendfürsorge - Sonderakten

1915-1987; 18,4 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte
Im Amt für Jugendfürsorge bzw. im Amt für Jugend fielen bei der Durchführung von Aufgaben, die sich aus der Fürsorgepflicht des Staates für die gefährdete und verwahrloste Jugend ergaben, Einzelfallakten an. Beispiele von Zöglingsakten aus diesem Bereich sind im Best. zusammengefaßt.
(Bü)

354-7 Jugendfürsorgeverwaltung - Personalakten

1866-1985 (1932); 4,5 m; Bestandsverzeichnis; Ablieferungsverzeichnis
Der Best. enthält Personalakten der Bediensteten des Waisenhauskolegiums, der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge und der ihr unterstellten Erziehungsanstalten und Heime.
(Bü)

354-8 Erziehungsberatungsstellen

<1945->; ca.1960-1980; 2,0 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Beim Amt für Jugend wurden nach 1945 nebenamtliche Erziehungsberatungsstellen eingerichtet, denen nach 1956 hauptamtliche Beratungsstellen folgten. Die wesentlichen Aufgaben dieser Einrichtungen bestanden und bestehen darin, durch psychotherapeutische Behandlung und Beratung von Kindern, Jugendlichen und Eltern eine Entwicklungs- und Lebenshilfe im Rahmen der Familien- und Erziehungshilfe zu geben.

Der Best. enthält eine Auswahl der bei den Beratungsstellen entstandenen Einzelfallakten.

Hinweis: 361-2 VI
(Bü)

355 VERSICHERUNGSFÜRSORGE

355-2 Senatskommissariat für die Angelegenheiten der Kriegervereine

1899-1920; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Der Senatskommissar für die Angelegenheiten der Kriegervereine übernahm von der Totenladen-Deputation 1899 die Aufsicht über die Sterbekassen der Kriegervereine. Im Zuge der inzwischen stattgefunden Änderungen auf den Gebieten der gesetzlichen

Sozialversicherung und der Privatversicherung wurde das Senatskommissariat durch Senatsbeschluß 1921 aufgelöst.

Der Best. umfaßt vor allem Mitteilungen des Senatskommissars an die Vereine, vereinzelt auch Mitgliederverzeichnisse und Satzungen.
(My)

355-3 Senatskommissariat für die Reichsversicherung

1882-1933; 10,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Reichsgesetze auf dem Gebiet der Sozialversicherung übertrugen bestimmte Funktionen den obersten Landesbehörden, in Hamburg dem Senat. In diesem Zusammenhang wurden jeweils durch Senatsbeschlüsse im Mai 1888 der Senatskommissar für die Unfallversicherung und im Juli 1890 der Senatskommissar für die Invaliditäts- und Altersversicherung eingesetzt. Nach der Zusammenfassung der Bestimmungen zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliden- sowie Hinterbliebenenversicherung in der Reichsversicherungsordnung vom 19.07.1911 wurden beide Kommissare durch den Senatskommissar für die Reichsversicherung ersetzt. Der Senatskommissar war gleichzeitig Präses der Behörde für das Versicherungswesen und Vorsitzender des Oberversicherungsamts. Eine strikte registraturmäßige Trennung der Funktionen wurde nicht immer eingehalten. 1928 gingen seine Aufgaben an die neu geschaffene Arbeitsbehörde (Abteilung Versicherungswesen) über.

Der Best. enthält neben Materialien zu den verschiedenen Versicherungszweigen auch einige wenige Personalakten der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte und des Oberversicherungsamts sowie Akten über die Versorgungskasse für staatliche Angestellte und das Militärversorgungsgericht.

Hinweis: 111-1, Cl. I Lit. T Nr. 8 und Cl. XI Gen. Nr. 2; 355-4; 355-6
(My)

355-4 Versicherungsbehörden

1847-1954; 7,4 m; Bestandsverzeichnis
Seit 1814 führte eine Kommission die Aufsicht über die Totenladen und Sterbekassen, die 1863 in "Totenladen-Deputation" umbenannt wurde. Aufgrund des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter vom 15.06.1883 wurde die Behörde für die Krankenversicherung als Aufsichts- und höhere Verwaltungsbehörde errichtet. Die Behörde für das Versicherungswesen übernahm 1901 als Nachfolgerin der Behörde für die Krankenversicherung und der Totenladen-Deputation auch die Aufsicht über die privaten Versicherungen. Im Zuge der Reichsversicherungsordnung nahmen das Versicherungsamt, zuständig u.a. für die Errichtung von und die Aufsicht über die Krankenkassen sowie die Rechtsprechung in Beitragsangelegenheiten der Invalidenversiche-

rung, und das der Behörde für das Versicherungswesen angegliederte Oberversicherungsamt als höhere Spruch- und Aufsichtsbehörde am 01.07.1912 die Arbeit auf. Die Begründung der Arbeitslosenversicherung führte 1928 zur Auflösung u.a. der Behörde für das Versicherungswesen und der Behörde für das Arbeitsamt. An ihre Stelle trat die Arbeitsbehörde, die 1929 auch Ausführungsbehörde für die Eigenunfallversicherung wurde. 1933/34 gelangten die Geschäftsbereiche an die Innere Verwaltung, 1936 an die Fürsorgebehörde. 1937/38 wurde das Oberversicherungsamt sowie die Aufsicht über die privaten Versicherungen der Staatsverwaltung zugeordnet, das Versicherungsamt und die Eigenunfallversicherung dagegen dem Rechtsamt der Gemeindeverwaltung. 1943 ging die Aufsicht über die privaten Versicherungen insgesamt über auf das Reichsaufsichtsamt für das Versicherungswesen, wurde aber z.T. auf das Oberversicherungsamt rückübertragen. Im Juli 1945 wurde das dem Rechtsamt angegliederte Aufsichtsamt für die Sozialversicherung geschaffen. Das Aufsichtsamt, das Oberversicherungsamt, das Versicherungsamt sowie die Eigenunfallversicherung wurden 1947 in der Arbeitsbehörde zusammengefaßt.

Der Bestand enthält Unterlagen der Totenladen-Deputation und der jeweiligen Versicherungsbehörden zur Tätigkeit der privaten Versicherungsunternehmen sowie zu Grundlagen und Durchführung der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung.

Hinweis: s. 224-5

Lit.: Hans [Peter] Ipsen, Zur Entstehung der Versicherungsaufsicht in Hamburg, in: Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift, 22 (1939), Sp. 89-118; Harald Sieg, Die Versicherungsaufsicht in Hamburg, in: Hamburg als Versicherungsstadt, hrsg. von der Hamburgischen Versicherungswirtschaft, Hamburg 1950, S. 69-71

(My)

355-5 Aufsicht über Versicherungen

1869-1954; 46,0 m; Bestandsverzeichnis

In diesem Best. sind die bei den jeweils zuständigen Behörden entstandenen Aufsichtsakten über einzelne Versicherungsträger (hauptsächlich Kranken- und Sterbekassen) zusammengefaßt. Die Akten setzen in der Regel erst in den Jahren zwischen 1880 und 1885 ein, da die Totenladen-Deputation im Jahre 1892 ältere Vorgänge vernichtete.
(My)

355-6 Landesversicherungsanstalt

1890-1926; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

Das Gesetz über die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22.06.1889 sollte in erster Linie von den Versicherungsanstalten ausgeführt werden. Für die jeweiligen Bezirke der Versicherungsanstalten wurde zur Wahrung der Interessen der einzelnen Anstalten und des Reiches von der Landesregierung jeweils ein Staatskommissar

bestellt, dessen Aufgaben 1899 erloschen. Die Hanseatische Versicherungsanstalt wurde im Jahre 1890 durch einen Vertrag der Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck, wo sie auch ihren Sitz hatte, errichtet. Seit dem 01.01.1900 führte sie die Bezeichnung Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. 1938/1939 wurde die gemeinsame Anstalt aufgelöst und die Landesversicherungsanstalt Hansestadt Hamburg errichtet.

Der Best. enthält sowohl Akten des hamburgischen Staatskommissars als auch einige wenige Akten der Landesversicherungsanstalt selbst.

Hinweis: Personalakten s. 355-3. Die Landesversicherungsanstalt Freie und Hansestadt Hamburg unterhält seit 1992 ein eigenes historisches Archiv.

Lit.: E. Helms, Die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Lübeck 1891-1938, in: Zeitschrift des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, 38 (1958), S. 41-91
(My)

356 ARBEITSFÜRSORGE

356-1 Demobilmachungskommissar

1918-1924; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
1918 wurden bei den Landeszentralbehörden des Reiches Demobilmachungskommissare eingesetzt. Ihre Aufgaben bestand darin, alle Maßnahmen zur Wiederingangsetzung der Privatwirtschaft nach den umfänglichen Bewirtschaftungsmaßnahmen des Ersten Weltkrieges in die Wege zu leiten und zu überwachen. Dazu wurden ihm verschiedene Dienststellen unterstellt. 1924 konnte das Amt des Kommissars aufgelöst werden; die Erledigung der Restaufgaben ging an das Gewerbeaufsichtsamt über.

Der Best. enthält Akten zu Verwaltungsangelegenheiten, sozialpolitischen Angelegenheiten, Notstandsarbeiten, Maßnahmen im Bereich von Industrie und Handwerk, Baugewerbe sowie Handel und Verkehr.
(LS)

356-2 I Arbeitsbehörde I

<1928-1934>; 1920-1934; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Durch die Vereinigung der Behörde für das Arbeitsamt mit der Behörde für das Versicherungswesen entstand 1928 die Arbeitsbehörde. Ihr wurde das Gewerbeaufsichtsamt mit der Hafeninspektion unterstellt sowie das Oberversicherungsamt mit dem Versorgungsgericht. Hinzu kamen die Aufgaben des aufgehobenen Senatskommissars für Reichsversicherung und des Schlichtungsausschusses. 1933 trat die Verwaltung für

Wirtschaft, Technik und Arbeit an die Stelle der Arbeitsbehörde. 1947 wurde die Arbeitsbehörde als Fachbehörde erneut eingerichtet und 1963 in die Arbeits- und Sozialbehörde eingegliedert.

Der Best. enthält Unterlagen über die Verwaltung der Arbeitsbehörde, Organisation der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktlage in verschiedenen Berufen, Arbeitsvermittlung, Arbeitsdienst, Notstandsarbeit, Erwerbslosenfürsorge, berufliche Förderung von Jugendlichen, Gewerbeaufsichtsamt und das Schlichtungswesen.

Hinweis: Unterlagen nach 1945 s. 351-10 II
(Ga)

356-4 Reichstreuhänder der Arbeit

1933-1949; 1,8 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Durch das "Gesetz über die Treuhänder der Arbeit" vom 19.05.1933 wurde auch in dem Wirtschaftsgebiet Nordmark, das die Provinz Schleswig-Holstein, die Länder Hamburg und Mecklenburg und die hannoverschen Kreise Hadeln, Stade und Harburg Land umfaßte, die Institution des Treuhänders zunächst für eine Übergangszeit geschaffen. Zur dauerhaften Einrichtung wurden die Treuhänder erst 1934. Sie hatten in erster Linie für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen, Betriebsordnungen zu überwachen und Tarifordnungen zu erstellen, die an die Stelle der Tarifverträge traten. In den Jahren 1938/1939 erhielten die Treuhänder immer weitergehende Vollmachten, die ihnen erlaubten, Lohn- und Arbeitsbedingungen der gesamten Industrie ihres Gebietes festzulegen. 1943 wurden für die Reichsverteidigungsbezirke Gauarbeitsämter mit den Aufgaben der Landesarbeitsämter und der Reichstreuhänder geschaffen.

Der Best. enthält neben Firmenakten vor allem Akten über die Einführung lohnordnender Maßnahmen in einzelnen Betrieben.
(My)

356-5 Amt für Arbeitsschutz

1890-1982; 1,5 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Das Amt für Arbeitsschutz hat die Aufgabe, den sozialen, technischen und medizinischen Arbeitnehmerschutz zu beaufsichtigen, die Arbeitsschutzbestimmungen zu überwachen und die technische Aufsicht über Anlagen gemäß der Gewerbeordnung zu führen. Vor 1963 fungierte das Amt als Dienststelle der Arbeitsbehörde, seit 1980 als Teil des Amtes für Arbeit und Sozialordnung der Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales und ab 1989 als Amtsbereich des Amtes für Gesundheit in der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Das Amt führt eine eigene Registratur, aus der bisher nur ausgewählte Beispiele von

sogenannten Anlagen-, Betriebs- und Fachakten an das Staatsarchiv gelangten und den vorliegenden Best. bilden.
(Ga)

356-7 Landesarbeitsamt Hamburg, Arbeitsamt Hamburg

1927-1993; 46,3 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Ein eigenständiges Arbeitsamt Hamburg bestand bis 1964, als es mit dem Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein mit Sitz in Kiel zusammengelegt wurde; das Arbeitsamt Hamburg wurde eine regionale Dienststelle des Landesarbeitsamtes. Dieses untersteht der 1952 gebildeten Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die 1969 in Bundesanstalt für Arbeit umbenannt worden ist. Mit der Bildung des übergeordneten Landesarbeitsamtes wurde die Registratur des Hamburger Amtes geschlossen.

Registraturgut ist bisher in mehreren Ablieferungen an das Staatsarchiv gelangt. Darunter befindet sich auch Schriftgut des vor 1945 bestehenden Landesarbeitsamtes Nordmark.
(LS)

356-8 Arbeitsverwaltung - Personalakten

1866-1971; 3,9 m; Bestandsverzeichnis
Die Personalakten der Bediensteten der Behörde für Krankenversicherung, Behörde für das Versicherungswesen und ihrer Nachfolgebehörde, der Arbeitsbehörde sowie des ihr unterstellten Gewerbeaufsichtsamtes wurden in diesem Best. zusammengefaßt.
(LS)

36 SCHUL- UND KULTUSWESEN

361 SCHUL- UND HOCHSCHULVERWALTUNG

361-1 Scholarchat

1581-1877; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Das Scholarchat wurde durch die Kirchenordnung Bugenhagens von 1529 anstelle des früheren Domscholasticus als Schulaufsichtsbehörde eingerichtet. Es führte die Aufsicht über die höheren Schulen (Akademisches Gymnasium, Johanneum und im 19. Jh. auch über das Realgymnasium des Johanneums), über die Stadtbibliothek und im 19. Jh. auch über die Sternwarte, den Botanischen Garten und das Naturhistorische Museum. Das Kollegium bestand aus den vier amtsältesten Ratsherren, den fünf Pastoren

der Hauptkirchen mit deren Senior an der Spitze und sämtlichen Oberalten. Seine Aufgaben wurden 1863 von der Interimistischen Oberschulbehörde übernommen.

Der Best. umfaßt Protokolle, Verwaltungsakten und Rechnungsunterlagen des Scholarchats und der einzelnen Institutionen. Der Schwerpunkt der Überlieferung liegt auf dem 19. Jh..

Hinweis: 111-1, Cl.VII Lit.He; 361-2 I; 362-1; 362-2/1
(He)

361-2 I Oberschulbehörde I

<Verwaltungsregistratur 1863-1927>; 1837-1939; 9,6 m; Bestandsverzeichnis
Im Zusammenhang mit der Trennung von Staat und Kirche wurde in Hamburg erst relativ spät ein staatliches Schulwesen mit allgemeiner Schulpflicht geschaffen. Grundlage war das "Gesetz, betreffend das Unterrichtswesen" vom 11. 11. 1870. 1863 entstand bereits die Interimistische Oberschulbehörde, die das Scholarchat ablöste und ab 1871 Oberschulbehörde hieß. Sie war unterteilt in vier Sektionen: 1. Sektion für die Wissenschaftlichen Anstalten, 2. Sektion für das Höhere Schulwesen und ab 1874 auch für das Privatschulwesen, 3. Sektion für das Volksschulwesen einschließlich der Lehrerseminare, 4. Sektion für das Landschulwesen (bis 1874 für das Privatschulwesen), die um 1920 aufgelöst wurde; nur einzelne Akten wurden bis 1938 weitergeführt. Von 1865 bis 1914 war die Oberschulbehörde auch für das Gewerbeschulwesen zuständig, dieses wurde 1914 von der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen und 1922 von der Berufsschulbehörde übernommen. 1921 wurde die 1. Sektion ausgegliedert und in die neugegründete Hochschulbehörde integriert. 1927 wurde im Zuge einer Verwaltungsreform die Hauptregistratur mit den Verwaltungsregistraturen zusammengefaßt. 1931 wurden die Oberschulbehörde und die Berufsschulbehörde zur Landesschulbehörde vereinigt, die ab 01.06.1933 zusammen mit der Hochschulbehörde die Landesunterrichtsbehörde bildete, die aus den beiden Abteilungen Allgemeine Verwaltung und Schulwesen sowie Hochschulwesen bestand. Am 24.09.1936 wurden die Landesunterrichtsbehörde und die Behörde für kirchliche und Kunstangelegenheiten zur Kultur- und Schulbehörde zusammengelegt, die damit die Aufgaben der Verwaltung für Kulturangelegenheiten übernahm. Am 01.04.1938 wurden das Hochschulwesen und Teile des Schulwesens zur 4. (Schul- und Hochschul-) Abteilung der Staatsverwaltung formiert und die anderen Aufgaben der Gemeindeverwaltung übertragen. 1945 entstand die Schulverwaltung, 1947 wurde die Schulbehörde gegründet mit den drei Abteilungen 1. Allgemeine Abteilung, 2. Hochschulabteilung, 3. Schulabteilung. Vom 01.01.1971 bis 29.02.1980 gehörte die Schulverwaltung zur Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, vom 01.03.1980 bis 28.02.1989 zur Behörde für Schule und Berufsbildung und seit dem 01.03.1989 zur Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung.

Der Best. Oberschulbehörde I enthält die Reste der älteren Hauptregistratur: Allgemeine Angelegenheiten, Kriegsakten des Ersten Weltkrieges, Stiftungen, die Protokolle des Plenums und der einzelnen Sektionen, Dienstgebäude und Matrikeln der Lehrkräfte. Der Bestand Oberschulbehörde II umfaßt die Akten der 2. Sektion für das Höhere und das Privatschulwesen, dabei handelt es sich vor allem um Akten über einzelne Schulen. Im Best. Oberschulbehörde III befinden sich die Akten der 3. Sektion über das Volksschulwesen und die Lehrerseminare; eine besondere Gruppe bilden die Kriegsakten. Im Best. Oberschulbehörde IV sind die Akten der 4. Sektion über das Landschulwesen zusammengefaßt. Neben allgemeinen Unterlagen, Kriegsakten und denen über Privatschulen im Landgebiet befinden sich hier überwiegend Akten einzelne Schulen betreffend. Der Best. Oberschulbehörde V umfaßt die Sachaktenregistratur bis 1931. Für die Zeit ab 1932 sind Unterlagen für alle Bereiche des Schulwesens in dem noch wachsenden Best. Oberschulbehörde VI zu finden, eine Ausnahme bilden die Akten der Schul- und Hochschulabteilung der Staatsverwaltung (361-7) und die Personalakten (361-3).

Lit.: Hamburgs Schulwesen. Eine Sammlung von Gesetzen und Verordnungen. Hamburg 1900; Hartwig Fiege, Geschichte der hamburgischen Volksschule, Bad Heibrunn-Hamburg 1970; Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Hamburg 1970
(He)

361-2 II Oberschulbehörde II (Höheres Schulwesen)
(1597) 1661-1956; 23,1 m; Bestandsverzeichnis
s. 361-2 I

361-2 III Oberschulbehörde III (Volksschulwesen)
1862-1934; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
s. 361-2 I

361-2 IV Oberschulbehörde IV (Landschulwesen)
1865-1936; 5,6 m; Bestandsverzeichnis
s. 361-2 I

361-2 V Oberschulbehörde V
<Gesamtregistratur 1927-1931>; (1814,1816) 1848-1938 (1945,1963); 53,0 m; Bestandsverzeichnis
s. 361-2 I

361-2 VI Oberschulbehörde VI

<Gesamtregistratur 1932- >; 1914-1991; 545,2 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

s. 361-2 I

361-3 Schulwesen - Personalakten

1845-1994; 48,2 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei

Die Personalakten aus dem Bereich des Schulwesens sind in einem gesonderten, wachsenden Best. zusammengefaßt. Es werden dort Akten von Lehrenden wie auch von Angehörigen der Verwaltung archiviert.

(He)

361-4 Schulverwaltungsbeiräte

1871-1970; 3,2 m; Bestandsverzeichnis, Kartei

1870 wurden die Schulsynode - bestehend aus Vorstehern und Lehrer öffentlicher und privater Schulen - und die Schulkommissionen der (Volks-)Schulbezirke geschaffen. Beide sind durch das Gesetz über die Selbstverwaltung der Schulen vom 12.04.1920 aufgehoben worden. An ihre Stelle traten der Schulbeirat, bestehend aus Lehrer- und Elternkammer, sowie die Elternräte an den einzelnen Schulen. 1933 wurden der Schulbeirat beseitigt und die Elternräte in Elternbeiräte umgewandelt. 1949 wurden erneut Elternräte bei den Schulen und 1956 darüberhinaus Kreiselternräte, eine Elternkammer, eine Lehrerkammer und ein von beiden mit zu bestimmender Landesschulbeirat ins Leben gerufen. Die genannten Gremien hatten die Aufgabe, die Schulverwaltung in ihrer Behördenspitze und in einzelnen ihrer Teile auf den verschiedenen Ebenen beratend zu unterstützen.

Der Best. enthält Protokolle und Sachakten der Schulsynode sowie Protokolle, Schriftwechsel und Inspektionsberichte der Schulkommissionen für die in der Zeit von 1870-1895 von sechs auf fünfzehn angewachsenen Schulbezirke. Die Überlieferung des Schulbeirats der Weimarer Zeit besteht vor allem aus Protokollen des Plenums, aus Akten zu internen, schulischen und pädagogischen Angelegenheiten, aus Unterlagen der Eltern- und der Lehrerkammer, inbesondere der Rechtsfraktion der Lehrerkammer. Aus der Arbeit der 1956 geschaffenen Einrichtungen sind Protokolle und Unterlagen des Landesschulbeirates und der Lehrerkammer vorhanden. Nur in geringem Umfang sind Akten über die Elternräte bzw. -beiräte im allgemeinen oder an einzelnen Schulen überliefert (bis 1934).

(Et)

361-5 I Hochschulwesen I

<1871-1914>; 1844-1933; 20,0 m; Bestandsverzeichnis

Zwei Jahre nach Gründung der Hamburgischen Universität entstand 1921 die Hochschulbehörde. Sie führte die Aufsicht über Universität, Volkshochschule, Technisches Vorlesungswesen, Allgemeines Vorlesungswesen und Wissenschaftliche Anstalten. 1933 wurde die Hochschulbehörde mit der Landesschulbehörde zur Landesunterrichtsbehörde vereinigt, die aus den beiden Abteilungen Allgemeine Verwaltung und Schulwesen sowie Hochschulwesen bestand. Die Aufsicht über die Kunsthalle, das Museum für Kunst und Gewerbe, die Hansische Hochschule für bildende Künste und die Volkshochschule ging 1934 an die Behörde für kirchliche und Kunstangelegenheiten über. Beide Behörden unterstanden der neugebildeten Verwaltung für Kulturangelegenheiten. 1936 wurden die Landesunterrichtsbehörde und die Behörde für kirchliche und Kunstangelegenheiten zur Kultur- und Schulbehörde zusammengelegt, die damit die Aufgaben der Verwaltung für Kulturangelegenheiten übernahm. 1938 formierte man das Hochschulwesen und Teile des Schulwesens zur Schul- und Hochschul-Abteilung der Staatsverwaltung und übertrug die anderen Aufgaben der Gemeindeverwaltung. 1945 entstand die Schulverwaltung, 1947 wurde die Schulbehörde mit folgender Gliederung gegründet: Allgemeine Abteilung, Hochschulabteilung, Schulabteilung. 1971 wurde das Hochschulamt in der Behörde für Wissenschaft und Kunst geschaffen, die seit 1978 Behörde für Wissenschaft und Forschung heißt.

Die Registratur der 1. Sektion der Oberschulbehörde bildet den Best. 361-5 I. Zunächst bestand sie aus den beiden Hauptgruppen General- und Spezialakten die Wissenschaftlichen Anstalten betreffend, später entstanden besondere Registraturen für das Vorlesungswesen, für Ausstellungs- und Kongreßangelegenheiten und für Allgemeine Verwaltung. Diese wurden 1914/15 abgeschlossen; eine neue Zentralregistratur entstand, deren Akten sich im Best. 361-5 II befinden. Dieser gliedert sich in Allgemeine Verwaltung, Finanzen, Gebäude, Personalien, Unterricht und Wissenschaftliche Aufgaben. 1952 erfolgte ein Registraturschnitt, durch den eine Dezimalklassifikation eingeführt wurde. Diese Akten bilden den noch wachsenden Best. 361-1 III.
(He)

361-5 II Hochschulwesen II

<1915-1952>; 1880-1953; 22,3 m; Bestandsverzeichnis

s. 361-5 I

361-5 III Hochschulwesen III

<1953->; 1919-1989; 358,5 m; Ablieferungsverzeichnis

s. 361-5 I

361-6 Hochschulwesen - Dozenten- und Personalakten

ca.1880-1992; 41,8 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Seit 1950 sind von der Oberschulbehörde - Hochschulabteilung - Personalakten wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Personals vornehmlich der 1919 gegründeten Universität sowie ihrer Vorgänger Kolonialinstitut und Vorlesungswesen in das Staatsarchiv gelangt. Sie sind nicht vollständig und von unterschiedlichem Quellenwert: Viele lassen Werdegang und Werk eines Wissenschaftlers gut erkennen, während andere kaum mehr als Personalbogen, Lebenslauf und Verzeichnis der Veröffentlichungen enthalten. Der wachsende Best. ist nicht endgültig geordnet.
(M)

361-7 Staatsverwaltung - Schul- und Hochschulabteilung

<1938-1945>; (1917-) 1932-1948; 2,4 m; Bestandsverzeichnis
1937 wurden das Hochschulwesen und die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Schulen der Schul- und Hochschulabteilung der Staatsverwaltung übertragen. 1945 entstand die Schulverwaltung, 1947 wurde die Schulbehörde gegründet, die sich in Allgemeine Abteilung, Hochschul- und Schulabteilung gliederte.

Der Best. dokumentiert insbesondere Allgemeine Angelegenheiten, Höhere Schulen, Volks-, Mittel-, Hilfs- und Sonderschulen sowie Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen. Viele Unterlagen finden sich zu den Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten sowie zu den Seefahrtsschulen; zum Hochschulwesen ist nur wenig vorhanden. Rundschreiben befinden sich im Best. 361-2 VI.

Hinweis: 362-5/5
(He)

361-8 I Berufsschulbehörde I

<1864-1921>; 1856-1945; 8,0 m; Bestandsverzeichnis
Die gewerbliche Ausbildung lag im 19. Jh. bei der Patriotischen Gesellschaft, die eine gewerbliche Unterrichtsanstalt eingerichtet hatte. 1864 wurde dann die Gründung einer staatlichen Gewerbe- und einer Bauhandwerkerschule beschlossen und deren Verwaltung zunächst der Interimistischen Oberschulbehörde, dann der Oberschulbehörde unterstellt. 1898 begann ein kaufmännischer Unterricht, 1902 entstand die erste Fortbildungsschule, deren Aufgaben nach 1922 von den Handelsschulen übernommen wurden. 1914 nahm die Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen, 1922 die Berufsschulbehörde die Verwaltung und Schulaufsicht wahr. 1931 wurde die Berufsschulbehörde mit der Oberschulbehörde zur Landesschulbehörde zusammengelegt. Der Berufsschulbehörde waren alle staatlichen Fortbildungsschulen des Stadt-

gebietes unterstellt, die privaten Fortbildungsschulen und die des Landgebietes einschließlich Bergedorf, Geesthacht und Cuxhaven wurden von ihr beaufsichtigt.

Der Best. 361-8 I umfaßt hauptsächlich die Akten der Jahre 1864-1921 und gliedert sich in Allgemeine Verwaltung, Personalangelegenheiten, Schulangelegenheiten, Einzelne Schulen und Ländliches Fortbildungsschulwesen. 1921/22 begann der Aufbau einer neuen Aktenverwaltung entsprechend der Organisation des Berufsschulwesens. Diese Registratur, die den Best. 361-8 II bildet, wurde offenbar 1928 geschlossen, nur einzelne Akten gehen darüber hinaus; Akten aus den Jahren danach befinden sich im Best. 361-2 VI.
(He)

361-8 II Berufsschulbehörde II

<1922-1928>; 1867-1935; 5,2 m; Bestandsverzeichnis
s. 361-8 I

361-10 Kinderlandverschickung Hamburg (KLV)

1940-1946 (1954); 5,0 m; Bestandsverzeichnis
In der NS-Zeit führte zunächst die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt eine "Allgemeine Kinderlandverschickung" für einzelne erholungsbedürftige Kinder durch. Nach Beginn der Bombenangriffe gegen Großstädte setzte im Oktober 1940 die "Erweiterte Kinderlandverschickung" ein. Nun sollte die Jugend aus Gebieten, die immer wieder nächtliche Luftalarme hatten, in die übrigen Gebiete des Reiches geschickt werden, und zwar möglichst schul- oder klassenweise, wobei die Lehrkräfte miteingesetzt wurden. Diese hatten am Aufnahmeort für ausreichenden Unterricht zu sorgen. Die Leitung hatte "Der Beauftragte des Führers für die Erweiterte Kinderlandverschickung (KLV)". Zur Mitarbeit wurden viele Parteigliederungen und Behörden herangezogen. Die Unterbringung am Zielort erfolgte unter dem Begriff "Geschlossenes Lager" klassenweise in den verschiedensten Unterkünften wie Hotels, Sanatorien, Jugendherbergen, Klöstern, Schlössern und manchmal Barackenlagern. Daneben gab es "Offene Lager", deren Zugehörige in Privatquartieren auf dem Land, manchmal auf mehrere Ortschaften verteilt, untergebracht wurden. Die Lehrkräfte waren zugleich Lagerleiter. Zur Unterstützung im nichtschulischen Bereich wurden ihnen von NS-Jugendorganisationen Lagermannschaftsführer/innen beigegeben. Gegen Kriegsende konnten wegen des Zusammenbruchs der Verkehrsverbindungen die hamburgischen KLV-Lager nicht mehr alle rechtzeitig in die Heimat zurückgeführt werden. Es gelang der hamburgischen Schulverwaltung jedoch, mit Genehmigung der Besatzungsbehörden Nottransporte einzusetzen und bis Oktober 1945 Schüler und Lehrkräfte nach Hamburg zurückzuholen.

Das von dem Inspekteur der hamburgischen KLV Dr. Sahrhage über das Kriegsende gerettete Schriftgut umfaßt nahezu alle Lebensbereiche: Organisation, Anordnungen, Rundschreiben und Berichte; Tätigkeit von Partei und Behörden, insbesondere der Schulverwaltung; Einsatz von Inspekteuren und Lehrkräften; Unterrichtung, Betreuung und Lagerleben mit Sport und Spiel; Transport, Unterkunft und Versorgung; dienstliche und private Briefe; Beschwerdesachen und Verhältnis zu Einheimischen; hygienische Zustände; soziale Nöte und zwischenmenschliche Beziehungen; Krankheiten, Unfälle und Tod.
(M)

361-11 Schülerhilfe

1960-1991; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
Um die neueingeführte Berufsschulpflicht durchzusetzen, entstand 1920 die Dienststelle Schülerkontrolle der Oberschulbehörde, die nach 1933 auch für die allgemeinbildenden Schulen zuständig war. 1938 ging die Strafverfolgung und zwangsweise Zuführung schulpflichtiger Jugendlicher von der Polizei auf die Schulverwaltung über, die sie 1947 wieder verlor. Nach 1945 veränderte sich der Aufgabenbereich der Dienststelle, die 1953 in "Dienststelle Schülerhilfe" umbenannt wurde. Heute werden hier schwerpunktmäßig schulpsychologische Untersuchungen vorgenommen und Beratungsgespräche bei Leistungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten mit den Eltern und Lehrern geführt, schulpflichtige Mütter und schwangere Schülerinnen betreut sowie über Beurlaubungen und Befreiungen entschieden.

Der wachsende Best. enthält einige Einzelfall-Beispielakten.

Hinweis: 361-2 VI
(He)

361-12 Lehrerprüfungsamt

1921-1983; 32,6 m; Ablieferungsverzeichnis, Kartei, z.T. unverzeichnet
Die Ausbildung der Volksschullehrer oblag ab 1849 dem Akademischen Gymnasium, von 1872 bis 1926 wurde sie von den neu eingerichteten Lehrerseminaren wahrgenommen ("Gesetz betr. das Unterrichtswesen" vom 11.11.1870) und dann an die Universität verlagert (Gesetz vom 20.12.1926). 1936 erfolgte reichseinheitlich die Ausbildung an den Hochschulen für Lehrerbildung, 1942 an den Lehrerinnen- und Lehrerbildungsanstalten und nach deren Schließung 1945 kurzzeitig an Instituten für Lehrerbildung. 1947 wurde sie wieder an der Universität vom Pädagogischen Institut und 1969 vom Fachbereich Erziehungswissenschaft übernommen. Die Leitung der Lehrerprüfungen für Volksschullehrer und die Einsetzung von Prüfungskommissionen wurde 1870 geregelt (§ 12 Unterrichtsgesetz) und 1879 sowie 1911 verändert. Ein wissenschaftli-

ches Prüfungsamt für Lehrende an Höheren Schulen wurde 1919 gegründet und 1927 ein solches für Lehrkräfte an Volksschulen eingesetzt. 1923 wurden die ersten Handelslehrerprüfungen abgenommen, 1930 die ersten von angehenden Gewerbelehrern. Nach der ersten (wissenschaftlichen) Prüfung erfolgt heute im Rahmen der Lehrerausbildung die Vorbereitungszeit (Referendariat), die mit der zweiten Prüfung endet. Für beide ist das Lehrerprüfungsamt als Dienststelle des Amtes für Schule zuständig.

Der noch wachsende Bestand enthält eine Auswahl von Prüfungsakten und -arbeiten aller Prüfungsarten und -fächer. Die Akten bestehen neben den Anmeldeunterlagen zumeist aus der Hausarbeit, den Klausuren sowie Protokollen der mündlichen Prüfungen.

Hinweis: 362-1; 362-7
(He)

361-13 Unabhängige Kommission für das Hamburger Schulwesen

<1954-1957>; 1954-1957; 0,6 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Die Einrichtung der Kommission erfolgte 1954; ihre Mitglieder berief der Erste Bürgermeister. Ihre Aufgabe war es, das gesamte Hamburger Schulwesen zu überprüfen. Ergebnis der von 1954 bis 1957 tätigen Kommission waren mehrere Empfehlungen und Gutachten, die auch publiziert wurden.

Der Best. enthält Protokolle und Berichte über die Sitzungen, die dazugehörigen Drucksachen, Entwürfe, Pressemeldungen, Stellungnahmen der Schulbehörde und der Lehrerverbände sowie Materialien, eine Kassenführungsakte und die Handakte von Prof. Alfred Kleeberg.

Hinweis: 361-2 VI

Lit.: Empfehlungen und Gutachten der unabhängigen Kommission für das Hamburger Schulwesen, Hamburg 1957
(He)

362 STAATS- UND PRIVATSCHULEN

362-1 Akademisches Gymnasium

1612-1883; 1,8 m; Bestandsverzeichnis
Die Gründung des Akademischen Gymnasiums als Verbindungsstufe zwischen der Gelehrtenschule des Johanneums und der Universität wurde 1611 beschlossen; 1613 erfolgte die Einweihung. Die Aufsicht oblag dem Scholarchat. Am Akademischen Gymnasium konnten sich die Absolventen des Johanneums den Artes Liberales widmen, um anschließend auf einer Universität umgehend mit dem Studium der ange-

strebten Fakultät beginnen zu können. Die Professoren hatten zugleich die Aufgabe, öffentliche Vorlesungen abzuhalten. 1764 wurde dann das 1837 reorganisierte Allgemeine Vorlesungswesen etabliert. 1849 wurde eine Lehrerbildungsanstalt eingerichtet; 1872 ging diese Aufgabe an das neugegründete Lehrerseminar über. Im Mai 1883 wurde das Akademische Gymnasium aus Mangel an Lernenden aufgelöst, die Leitung des Vorlesungswesens ging an die Sektion für wissenschaftliche Anstalten der Oberschulbehörde über.

Der Best. enthält Statuten, Beschlüsse, Verwaltungs- und Rechnungsunterlagen, Matrikel, Prüfungsprotokolle und Jahresberichte der Rektoren. Der eigentliche Schriftwechsel des Gymnasiums befindet sich in den umfangreichen Handakten der Rektoren.

Hinweis: 361-1; 362-7/1
(He)

362-2 HÖHERE SCHULEN

Erst nach der Trennung von Kirche und Staat wurde in Hamburg ein staatliches Schulwesen eingerichtet. Als erstes Gymnasium wurde 1881 das Wilhelm-Gymnasium gegründet, dem in den folgenden Jahren weitere Neugründungen folgten. Das Realgymnasium des Johanneums ging aus einer innerhalb der Gelehrtenschule des Johanneums begründeten Bürgerschule hervor, die 1834 selbständige Realschule wurde; 1950 erfolgte die Zusammenlegung mit dem Gymnasium in St. Georg. 1910 wurden für Mädchen die beiden heutigen Gymnasien Helene-Lange und Lerchenfeld eingerichtet. 1939 wurden privat geführte Schulen, wie die Elise-Averdieck- und die Heilwig-Schule, verstaatlicht. Ab Mitte der sechziger Jahre erfolgten im Rahmen des Ausbaus des Bildungswesens zahlreiche Neugründungen von Gymnasien.

Bestände von Gymnasien enthalten in der Regel Protokolle der Gremien, einzelne Verwaltungsakten, Unterlagen zu Schulgeschichte, -gebäude und -veranstaltungen, Personalia, Abiturarbeiten und -prüfungsunterlagen, Schülerakten und Klassenbücher/Kurshefte in Auswahl sowie vereinzelte Schülerarbeiten und -zeitungen, Referendarsunterlagen, Fotos, Zeitungsartikel, Reiseberichte und Akten des Schulvereins. Teilweise sind auch Unterlagen über kulturelle Aktivitäten in Schule und Bezirk vorhanden. Die Unterlagen älterer Schulen beinhalten z.T. auch Akten zur Kinderlandverschickung. In einzelnen Beständen befinden sich auch Unterlagen über Schullandheime (z.B. 362-2/22). Der Best. 362-2/8 enthält eine nahezu komplette Überlieferung von Abiturarbeiten. Einige Best. sind wachsend. In der Bibliothek des

Staatsarchivs befinden sich Veröffentlichungen der Schulen, darunter auch gedruckte Jahresberichte sowie Festschriften und Selbstdarstellungen.

Hinweis: 361-1
Realschule Uferstraße s. 362-2/7
Margaretha-Rothe-Gymnasium s. 362-2/22
Gymnasium Kirchdorf s. 362-2/23
Gymnasium Corveystraße s. 362-9/3

(He)

362-2/1 Realgymnasium des Johanneums
1828-1950; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-2/2 Oberrealschule vor dem Holstentor
1878-1932; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-2/3 Realschule in St. Pauli
1877-1933; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-2/4 Realschule am Weidenstieg
1911-1931; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-2/5 Emilie-Wüstenfeld-Gymnasium
1896-1997; 2,9 m; Bestandsverzeichnis

362-2/6 Kirchenpauer-Realgymnasium
1914-1987; 10,5 m; Bestandsverzeichnis

362-2/7 Oberrealschule in Eilbek
1892-1951; 3,2 m; Bestandsverzeichnis

362-2/8 Oberrealschule in Eimsbüttel (Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer)
1888-1992; 25,3 m; Bestandsverzeichnis

362-2/9 Gymnasium für Mädchen an der Curschmannstraße
1927-1962; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

362-2/10 Heilwig-Schule
1921-1966; 2,5 m; Bestandsverzeichnis

362-2/11 Realschule in Rothenburgsort
1932-1948; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

362-2/12 Realschule in Hamm
1943-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-2/13 Aufbauschule Hoheweide
1922-1944; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

362-2/14 Wichernschule
1,7 m; Bestandsverzeichnis

362-2/15 Gymnasium am Bondenwald
1942-1952; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-2/16 Oberrealschule in Eppendorf
1904-1966; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

362-2/17 Oberrealschule in St. Georg
1905-1955; 7,2 m; Bestandsverzeichnis

362-2/18 Mittelbau Bergedorf
(1954) 1955-1967; 1,1 m; Bestandsverzeichnis

362-2/19 Heinrich-Hertz-Schule
1893-1971; 4,1 m; Bestandsverzeichnis

362-2/20 Lichtwarkschule
1914-1945 (1971); 3,1 m; Bestandsverzeichnis

362-2/21 Gymnasium Blankenese
1893-1992; 25,2 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet

362-2/22 Elise-Averdieck-Gymnasium
(1848) 1908-1993; 8,6 m; Bestandsverzeichnis

362-2/23 Gymnasium Wilhelmsburg
1908-1993; 10,5 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

362-2/24 Gymnasium Hartzloh
1970-1987; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Hinweis: 362-2/22

362-2/25 Ernst-Schlee-Gymnasium
1870-1993; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

362-2/26 Bismarck-Gymnasium
(1885-1905) 1906-1996; 10,8 m; Bestandsverzeichnis

362-2/27 Caspar-Voght-Gymnasium
1931-1982; 3,8 m; Bestandsverzeichnis

362-2/28 Helene-Lange-Gymnasium
1910-1993; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

362-2/29 Matthias-Claudius-Gymnasium
ca.1946-1986; 9,0 m; ohne Verzeichnis

362-2/30 Wilhelm-Gymnasium
(1873-) 1881-1995; 19,5 m; Bestandsverzeichnis

362-2/31 Gymnasium Lerchenfeld
1914, 1933-1994; 3,8 m; Bestandsverzeichnis

362-2/32 Walddörfer-Gymnasium
1934-1975; 8,0 m; Ablieferungsverzeichnis

362-2/33 Gymnasium Uhlenhorst-Barmbek
1896-1992; 15,5 m; Ablieferungsverzeichnis

362-2/34 Gymnasium Meiendorf
ca.1966-1993; 7,5 m; Ablieferungsverzeichnis

362-2/35 Gymnasium Willhöden
ca.1915-1993; 12,0 m; ohne Verzeichnis

362-2/36 Gymnasium Klosterschule
ca.1905-1990; 10,8 m; ohne Verzeichnis

362-2/37 Abendgymnasium vor dem Holstentor
ca.1943-1985; 5,8 m; Ablieferungsverzeichnis

362-2/38 Gymnasium Oberalster
1946-1990; 2,8 m; Ablieferungsverzeichnis

362-2/39 Hansa-Kolleg
ca.1962-1993; 1,0 m; Ablieferungsverzeichnis

362-3 VOLKSSCHULEN

Durch die Begründung eines staatliches Schulwesen mit allgemeiner Schulpflicht auf der Grundlage des Gesetzes betreffend das Unterrichtswesen vom 11.11.1870 wurden ab 1871 staatliche Volksschulen eingerichtet. Am 11.05.1871 übernahm die Oberschulbehörde die 18 Schulen der Armenanstalt einschließlich der Strafschule und zweier Elementarklassen. Von den Versuchsschulen der Weimarer Zeit sind nur wenige Unterlagen ins Staatsarchiv gelangt. 1925 wurde der "Oberbau" für Schüler des 8. bis 10. Schuljahres eingerichtet, die sich nach Vollendung der 7. Klasse als besonders begabt erwiesen hatten. Sie erhielten das Zeugnis der mittleren Reife.

Bestände von Volksschulen, die z.T. noch wachsen, enthalten in der Regel neben Gremienprotokollen einzelne Verwaltungsakten, Personalia, Unterlagen zur Schulgeschichte und zu -veranstaltungen, Prüfungsunterlagen, Schülerakten und Klassenbücher/Kurshefte in Auswahl sowie vereinzelte Schülerarbeiten und Fotos. Teilweise sind auch Unterlagen über kulturelle Aktivitäten in Schule und Bezirk enthalten. In einzelnen Beständen befinden sich auch Unterlagen über Schullandheime. In der Bibliothek des Staatsarchivs gibt es Veröffentlichungen der Schulen, darunter auch Festschriften und Selbstdarstellungen.

Hinweis: Schule Brauerstraße/Chrysanderstraße s. 362-3/19
Schule Reinbeker Weg/Gräpelweg s. 362-3/19
Schule Gaußstraße s. 362-3/25
Schule Binderstraße 24/34 s. 362-3/40
Schule Mittelweg 42-43a s. 362-3/40
Seminar-Knabenschule Grindelhof s. 362-3/40
Seminar-Knabenschule ABC-Straße s. 362-3/40
Schule Hohnerkamp s. 362-3/52
Schule Rennbahnstraße 60 s. 362-3/53
Schule Niendorfer Marktplatz s. 362-3/55
Schule Hellgrundweg 45 s. 362-3/59
Schule Vorhornweg 2 s. 362-3/59
Schule (Neu)Wiedental s. 362-3/60
Schule Breitenfelder Straße s. 362-9/3 u. 362-9/4
Schule Löwenstraße s. 362-9/3
Schule Kielortallee 18 s. 362-9/4
Schule Bogenstraße s. 362-9/4
Schule Lutterothstraße 78/80 s. 362-9/6

Lit.: Hartwig Fiege: Geschichte der hamburgischen Volksschule. Bad Heibrunn-Hamburg 1970
(He)

362-3/1 Schule ABC-Straße 40
1907-1911; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/2 Schule Altonaer Straße 58
1884-1928; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/3 Schule Böckmannstraße 19
1883-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/4 Schule Frankenstraße 43
1888-1934; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/5 Schule Heußweg 65
1911-1931; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/6 Schule Humboldtstraße 85
1900-1929; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/7 Schule Kantstraße 6
1900-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hinweis: 362-3/62

362-3/8 Schule Käthnerkamp 8
1903-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/9 Schule Kreuzweg 3
1884-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/10 Schule Lehmweg 14
1898-1932; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/11 Schule Louisenweg 152
1878-1913; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/12 Schule Münzstraße 24
1881-1919; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/13 Schule Schwenckestraße 91
1891-1931; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/14 Schule Stiftstraße 69
1877-1929; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/15 Schule Stresowstraße 16
1884-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/16 Schule Vierländerstraße 77
1908-1917; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/17 Schule Vierländerstraße 79
1888-1919; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

362-3/18 Schule Waltershof
1873-1913; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/19 Schule Sander Straße
1906-1987; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

362-3/20 Fritz-Schumacher-Schule
1920-1957; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

362-3/21 Schule Wohldorf-Ohlstedt
1824-1952; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

362-3/22 Schulen in Neuengamme und Curslack
1874-1932; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

362-3/23 Schule Schleidenstraße 9/11
1912-1966; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

362-3/24 Schule Moorkamp 3
1890-1968; 1,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/25 Schule Lagerstraße 51, ab 1950 Gaußstraße
1878-1963; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/26 Schule Poolstraße 5
1885-1891; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/27 Abgangszeugnis-Protokolle verschiedener Schulen
1887-1944; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-3/28 Senator-Krause-Schule
1916-1970; 2,3 m; Bestandsverzeichnis

362-3/29 Schulen in Ochsenwerder
1874-1968; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

362-3/30 Schülerbogen verschiedener Schulen
1873-1935; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

362-3/31 Mädchenschule (mit Oberbau) Angerstraße
(1919-) 1929-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/32 Knaben und Mädchenschule Angerstraße
1945-1961; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/33 Volksschule Berner Heerweg 182
1875-1978; 1,1 m; Bestandsverzeichnis

362-3/34 Volksschule Barmbeker Straße 30/32
1902-1977; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-3/35 Schule Altenwerder
1875-1979; 2,3 m; Bestandsverzeichnis

362-3/36 Schule Neuhöfer Damm
1891-1985; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/37 Schule Burgstraße 35
1935-1976; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/38 Schule Woellmerstraße 1
1886-1987; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-3/39 Schule Jenfeld
1868-1930; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/40 Schule Turmweg
1872-1989; 7,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/41 Schule Bleickenallee
1897-1991; 8,5 m; ohne Verzeichnis

362-3/42 Schule Von-Essen-Straße
(1906) 1911-1992; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

362-3/43 Volksschule III Heimfeld
1883-1915; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-3/44 Sammelschule I (Maretstraße)
1923-1944; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

362-3/45 Volksschule Bunatwiete (Maretstraße)
1933-1955; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-3/46 Schule Stillhorn (Neuenfelder Straße)
1869-1986; 1,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/47 Schule Moor (Gut Moor)
1869-1964; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/48 Schule Bostelbek (Am Radeland)
1910-1967; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

362-3/49 Schule Warwisch
1947,1952-1974; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-3/50 Schule Telemannstraße
1909-1986; 1,5 m; Bestandsverzeichnis

362-3/51 Schule Ernst-Henning Straße
(1880-) 1910-1992; 2,5 m; Bestandsverzeichnis

362-3/52 Schule Bramfelder Dorfplatz
1947-1989; 2,5 m; Bestandsverzeichnis

362-3/53 Schule Bovestraße
1885-1988; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

362-3/54 Heinrich-Wolgast-Schule
(1813-1827) 1871-1993; 4,5 m; Bestandsverzeichnis

362-3/55 Schule Bindfeldweg
1865-1994; 2,8 m; Bestandsverzeichnis

362-3/56 Schule Meiendorf
1863-1994; 3,5 m; Ablieferungsverzeichnis

362-3/57 Schule Tieloh
ca.1946-1987; 0,3 m; ohne Verzeichnis

362-3/58 Schule Am Brink / Bergedorfer Stadtschule
1832-1984; 3,0 m; vorläufiges Verzeichnis

362-3/59 Schule am Altonaer Volkspark
1958-1995; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

362-3/60 Schule Hausbruch
1896-1996; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-3/61 Schule Knauerstraße
ca.1928-1976; 1,2 m; ohne Verzeichnis

362-3/62 Schule Kantstraße 14
1891-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-4 BERUFLICHE SCHULEN

Eine von der Patriotischen Gesellschaft gegründete gewerbliche Unterrichtsanstalt bestand in Hamburg bereits, als 1864 die Errichtung einer staatlichen Gewerbe- und einer Bauhandwerkerschule beschlossen wurde. 1898 begann ein kaufmännischer Unterricht, 1902 entstand die erste Fortbildungsschule, deren Aufgaben nach 1922 von den Handelsschulen übernommen wurden. Haushaltungsschulen gab es seit 1896 auf privater Basis; 1906 wurde von der Oberschulbehörde die erste staatliche Haushaltungsschule eingerichtet.

Die z.T. wachsenden Best. der beruflichen Schulen enthalten in der Regel neben Gremienprotokollen, einzelne Verwaltungsakten, Personalia, Lehrpläne, Unterlagen zu Schulgeschichte und -veranstaltungen, Prüfungsunterlagen, Schülerakten und Klassenbücher/Pensenhefte in Auswahl sowie vereinzelte Schülerarbeiten und Fotos. Der Best. 362-4/7 enthält u.a. Gesundheitsstammbücher der Jahre 1934-1940. In der Bibliothek des Staatsarchivs befinden sich Veröffentlichungen der Schulen, darunter auch Festschriften und Selbstdarstellungen.

Lit.: Die Staatlichen Handelsschulen der Freien und Hansestadt Hamburg, hrsg. von Karl Ebel, Hamburg 1954; Otto Wagner, Das berufsbildende Schulwesen der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1965

Hinweis: Berufsschule Lokstedt s. 362-4/13
(He)

362-4/1 Handelsschule Weidenstieg
1936-1955; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-4/2 Gewerbe- und Hauswirtschaftsschule Finkenwerder
1942-1957; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

362-4/3 Handelsschule Berliner Tor
(1937-) 1945-1973; 1,3 m; Bestandsverzeichnis

362-4/4 Gewerbe- und Hauswirtschaftsschule Wandsbek
1928-1956; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

362-4/5 Gewerbe- und Hauswirtschaftsschule Altona
1945-1960; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

362-4/6 Gewerbeschule Kraftfahrzeugtechnik
(1961) 1962-1977; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-4/7 Handelsschule Holzdamm
(ca.1920) 1934-1940; 1,5 m; Bestandsverzeichnis

362-4/8 Staatliche Schule Ernährung und Hauswirtschaft (Vörn Barkholt)
1921-1992; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

362-4/9 Handels- und Berufsschule Harburg
(1840-) 1895-1983; 4,7 m; Bestandsverzeichnis

362-4/10 Handelsschule Am Lämmermarkt
1915-1974; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

362-4/11 Staatliche Schule für Gesundheit und Körperpflege. Berufsschule für Friseure
(1878-1980) 1993; 0,1 m; ohne Verzeichnis

362-4/12 Gymnasium St. Pauli (Staatliche Handelsschule)
ca.1965-1992; 2,2 m; Ablieferungsverzeichnis

362-4/13 Staatliche Schule Ernährung, Hauswirtschaft und Körperpflege Niendorf
ca.1920-1993; Kleinbestand; ohne Verzeichnis

362-5 FACHSCHULEN

Die Fachschulen dienten der Berufsausbildung; das 1916 gegründete Sozialpädagogische Institut war der Vorläufer des heutigen Fachbereichs Sozialpädagogik der Fachhochschule Hamburg. Von der 1749 gegründeten Navigationsschule sind Unterlagen aus dem Zeitraum 1817 bis 1936 überliefert. Die Technikerschule ging aus "Technischen Abendlehrgängen" hervor, die 1938 eingerichtet wurden; 1976 wurde die Schule aufgelöst. Die Frauenfachschule hatte verschiedene Vorläufer in Hamburg und Altona, von denen aus den Jahren 1908 bis 1979 Unterlagen ins Staatsarchiv gelangt sind. Von der in Altona gegründete Seefahrtschule sind Akten aus den Jahren 1867 bis 1942 überliefert, darunter auch von der Navigationsschule zu Danzig. Die Bauschule wurde 1865 als staatliche Schule für Bauhandwerker gegründet, ab 1897 bildete sie künftige Architekten und Bauingenieure, ab 1941 auch Vermessungstechniker aus. Die 1938 benannte "Meisterschule für Mode" ging auf den 1867 von Emilie Wüstenfeld gegründeten "Verein zur Förderung weiblicher Erwerbstätigkeit" zurück und umfaßte insbesondere die Ausbildung in Schneidern und Modezeichnen.

Die Bestände der Fachschulen, von denen nur noch die Bestände Sozialpädagogisches

Institut, Bauschule und Meisterschule für Mode wachsen, enthalten z.T. neben Gremienprotokollen einzelne Verwaltungsakten, Personalia, Lehrpläne, Unterlagen zur Schulgeschichte und zu -veranstaltungen, Prüfungsunterlagen, Schülerakten und Klassenbücher/Pensenhefte in Auswahl.
(He)

362-5/1 Navigationsschule
1817-1936; 1,7 m; Bestandsverzeichnis

362-5/2 Sozialpädagogisches Institut
1916-1962 (-1982); 4,3 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet

362-5/3 Technikerschule
1937-1976; 2,4 m; Bestandsverzeichnis

362-5/4 Frauenfachschule
(1902) 1908-1979; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

362-5/5 Seefahrtschule Altona
1867-1958; 15,3 m; Bestandsverzeichnis

362-5/6 Bauschule

1939-1945 (1983-1986);Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-5/7 Meisterschule für Mode

1944-1945 (1983-1992);Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-6 PRIVATSCHULEN

Bei den Privatschulen handelt es sich zumeist um vor der Begründung eines staatlichen Schulwesens eingerichtete private oder Armenschulen sowie um kirchliche Schulen oder private Ausbildungseinrichtungen. Die 1866 gegründete Paulsenstiftschule ist Vorgängerin des heutigen Charlotte-Paulsen-Gymnasiums. Die private Handelsschule Lülsdorff bestand von 1933 bis 1970.

Die Best. der Privatschulen enthalten z.T. neben Gremienprotokollen einzelne Verwaltungs- und Gebäudeakten, Personalia, Lehrpläne, Unterlagen zu Unterricht, Schulorganisation und -geschichte, Schulveranstaltungen sowie Finanzierung, Schüler- und Prüfungsunterlagen. Der Best. 362-6/4 beinhaltet auch Unterlagen über einzelne Warteschulen.
(He)

362-6/1 Paßmannsche Schule
1682-1924; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

362-6/2 Rumbaumsche Armenschule und Stiftung
1690-1921; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-6/3 Berblinger Schule
1904-1940; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-6/4 Verband Hamburgischer Warteschulen
1840-1921; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-6/5 Marianne-Prell-Schule
1832-1877; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

362-6/6 Wetkensche Schule
(1703) 1761-1940; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-6/7 Wincklersche Stiftschule
1742-1822; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-6/8 Israelitische Freischule (Anton-Rée-Realschule)
1815-1920; 1,5 m; Bestandsverzeichnis

362-6/9 Fortbildungsanstalt für angehende Kaufleute
1865-1867; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-6/10 Talmud-Tora-Schule
1822-1942; Film; Bestandsverzeichnis

362-6/11 Paulsenstiftschule
1850-1953; 6,3 m; Bestandsverzeichnis

362-6/12 Fachschule für Klempner und Installateure
1767-1933; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-6/13 Lehranstalt F.L. Nirrnheim
1860-1896; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

362-6/14 Eimsbütteler Armenschule
1860-1896; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-6/15 Heinrich-Sengelmannschule
ca.1950-1963; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-6/16 Milberg-Schule
1906-1938; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-6/17 Handelsschule Lülsdorff
1933-1970; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-6/18 Werftschule Blohm & Voss
(1902) 1918-1969; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

362-6/19 Warteschule in Horn
1915-1952; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

362-6/20 St. Anschar-Schule
1885-1930 (1968); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-6/21 Bugenhagenschule
1979-1981 (1993); Kleinbestand; ohne Verzeichnis

362-7 LEHRERSEMINARE

Die Ausbildung der Volksschullehrer wurde von 1872 bis 1926 von den neu eingerichteten Lehrerseminaren wahrgenommen ("Gesetz betr. das Unterrichtswesen" vom 11.11.1870) und dann an die Universität verlagert (Gesetz vom 20.12.1926). 1872 wurde in der ABC-Straße 46-48 ein Lehrerseminar eingerichtet, 1879 kam ein Lehrerinnenseminar in der Fuhlentwiete 34 hinzu. Um die Vorkenntnisse der Seminaristen zu verbessern, wurde 1876 eine Präparanden- und eine Präparandinnenanstalt geschaffen, die vor dem Seminar zu besuchen war. 1926 wurde die Lehrerausbildung an die Universität verlagert (Gesetz vom 20.12.1926). 1936 erfolgte reichseinheitlich die Ausbildung an den Hochschulen für Lehrerbildung, 1942 an den Lehrerinnen- und Lehrerbildungsanstalten. Nach ihrer Schließung 1945 wurde die Lehrerbildung kurzzeitig an Instituten für Lehrerbildung, ab 1947 wieder an der Universität durchgeführt.

Der Bestand 362-7/1 enthält Aufnahme-, Entlassungs-, Konferenz- und Unterrichtsprotokolle, Jahresberichte, Zeugnisse und Lehrpläne geordnet nach Anstalten, der Bestand 362-7/2 nur ein Protokollbuch. Die Bestände 362-7/3 und 362-7/4 enthalten überwiegend Hausarbeiten und Studierendenkarteien.

Hinweis: 361-12; 362-1
(He)

362-7/1 Lehrer-Seminar und Präparandenanstalt
1872-1925; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

362-7/2 Institut für Lehrerbildung Freiligrathstraße
1946-1947; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

362-7/3 Hochschule für Lehrerbildung
ca.1936-1941; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

362-7/4 Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten
ca.1941-1945; 2,1 m; Bestandsverzeichnis

362-8 EINRICHTUNGEN ZUR ERWACHSENENBILDUNG

362-8/1 Bauseminar

1945-1960; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Das Bauseminar wurde 1946 vom Bund Deutscher Architekten und der Bauverwaltung begründet, um Architekten und Baufachleuten eine Vertiefung ihrer Kenntnisse zu ermöglichen. Zuerst der Bauverwaltung unterstellt, ging 1948 die Zuständigkeit auf die Schulbehörde über. 1960 ging das Bauseminar im Technischen Vorlesungswesen auf.

Der Best. enthält Unterlagen über die Organisation der Veranstaltungen sowie über die Hörer und über nicht realisierte Planungen für eine Bauakademie bzw. Baufakultät in der Nachkriegszeit.
(He)

362-9 GESAMTSCHULEN

Gesamtschulen sind in Hamburg seit 1968 zunächst als Versuchs-, dann auch als Regelschulen eingerichtet worden.

Von der 1968 als Gymnasium Jenfeld gegründeten Otto-Hahn-Schule sind nur Unterlagen zur Schulkonzeption überliefert. Die 1990 umgewandelte Gesamtschule Poppenbüttel ist aus der Ludwig-Frahm-Schule hervorgegangen, die 1926 am heutigen Standort erbaut worden ist. Der Best. 362-9/2 umfaßt neben Verwaltungsakten, Protokollen und Unterlagen über die Integrationsklassen in der Grundschule sowie Prüfungsangelegenheiten auch einige Schülerarbeiten.
(He)

362-9/1 Otto-Hahn-Schule
ca.1988-1990; Kleinbestand; ohne Verzeichnis

362-9/2 Gesamtschule Poppenbüttel
ca.1949-1995; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

362-9/3 Gesamtschule Eppendorf
ca.1912-1990; 3,7 m; ohne Verzeichnis

362-9/4 Jahn-Schule
1918-1995; 2,5 m; 2,7 m; Bestandsverzeichnis

362-9/5 Gesamtschule Niendorf
ca.1949-1994; 2,4 m; ohne Verzeichnis

362-9/6 Gesamtschule Stellingen
1911-1994; 1,7 m; Bestandsverzeichnis

362-9/7 Gesamtschule Wilhelmsburg
1946-1995; 2,7 m; Bestandsverzeichnis

362-9/8 Peter-Petersen-Schule
1968-1986; 1,2 m; ohne Verzeichnis

362-10 SONDERSCHULEN

Staatliche Sonderschulen wurden in Hamburg zuerst durch die Übernahme von Stiftungsschulen konstituiert. 1881 hatte der Staat schon die Gehörlosenschule übernommen, die 1827 von einer milden Stiftung gegründet worden war. 1893 wurde die Blindenschule verstaatlicht, die 1830/31 ebenfalls aus einer Stiftung hervorgegangen war. Als staatliche Gründung wurde 1892 in der Volksschule Seilerstraße eine "Hülfsklasse für schwachsinnige Kinder" geschaffen; im Jahre 1900 gab es bereits fünf sogenannte Hilfsschulen in verschiedenen Stadtteilen. In Altona war schon 1889 eine Hilfsschule errichtet worden. 1912 wurden in Hamburg eine Schwerhörigenschule und Klassen für Sprachbehinderte eingerichtet, 1922 kam eine Sprachheilschule hinzu. In den sechziger Jahren wurden verschiedene Sonderschulen neu errichtet, wie 1961 die Schule für Geistigbehinderte Kielkamp.

Die wachsenden Best. der Sonderschulen enthalten in der Regel neben Gremienprotokollen einzelne Verwaltungsakten, Personalia, Lehrpläne, Unterlagen zu Gebäude, Schulgeschichte und -veranstaltungen, vereinzelt auch zu Arbeitsgemeinschaften bzw. Verbänden, Prüfungsunterlagen, Schülerakten und Klassenbücher in Auswahl sowie Fotos. In der Bibliothek des Staatsarchivs befinden sich Veröffentlichungen der Schulen, darunter auch Festschriften und Selbstdarstellungen.

Hinweis: Sonderschule Eppendorger Landstraße s. 362-10/11
Sprachheilschule Karolinenstraße s. 362-10/2

(He)

362-10/1 Hilfsschule Carsten-Rehder-Straße
ca.1898-1987; 4,8 m; Bestandsverzeichnis, ohne Verzeichnis

362-10/2 Sprachheilschule Zitzewitzstraße
(1902-) 1922-1994; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

362-10/3 Samuel-Heinicke-Schule für Gehörlose
ca.1897-1994; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

362-10/4 Schule für Geistigbehinderte Kielkamp
(1954) 1960-1993; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

362-10/5 Schule für Geistigbehinderte Weidemoor
1963-1995; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

362-10/6 Blinden- und Sehbehindertenschule
1942-1992; 5,0 m; vorläufiges Verzeichnis

362-10/7 Schwerhörigenschule
ca.1931-1991; 2,0 m; Ablieferungsverzeichnis

362-10/8 Schule für Verhaltensgestörte Steinfeldtstraße
ca.1953-1988; 1,0 m; Ablieferungsverzeichnis

362-10/9 Hilfsschule Bergedorf
ca.1893-1957; 2,3 m; Ablieferungsverzeichnis

362-10/10 Hilfsschule Harburg
ca.1894-1956; 1,5 m; ohne Verzeichnis

362-10/11 Schule für Körperbehinderte Tegelweg
1958-1995; 5,0 m; Ablieferungsverzeichnis

362-10/12 Sprachheilschule Bernstorffstraße
1938-1989; 1,7 m; ohne Verzeichnis

363 KULTUSVERWALTUNG

363-1 Senatskommission für Kunstangelegenheiten

1901-1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die Aufgaben der ab September 1901 existierenden Senatskommission für Kunstangelegenheiten bestanden in der Vorprüfung und Begutachtung von Vorlagen beim Senat, die die Kunst im weitesten Sinne betrafen. Sie beendete ihre Tätigkeit, nachdem 1920 die Senatskommission für die Kunstpflege ins Leben trat.

Der Best. vereint die Senatsreferentenakten des Staatssekretärs und Kommissionsmitgliedes Dr. Anton Hagedorn mit Einladungen, Protokollen sowie Korrespondenzen der Senatskommission.
(Bü)

363-2 Senatskommission für die Kunstpflege

1920-1935; 1,4 m; Bestandsverzeichnis
1920 wurde "zur dauernden Förderung des heimischen Kunstlebens" eine Kunstpflegekommission ins Leben gerufen, der neben Senatoren und Bürgerschaftsmitgliedern auch der Direktor der Kunsthalle, mehrere Museumsdirektoren, Kunsterzieher und bildende Künstler angehörten. Da ihre Arbeit weitgehend ergebnislos verlief, stellte sie ihre Tätigkeit im Jahr 1924 ein. Der Senat berief daraufhin die "Kommission zur Unterstützung bildender Künstler Hamburgs". Ihr gehörten Senatsmitglieder, der Präsident der Bürgerschaft und Museumsdirektoren an. Daneben bestand von 1925 bis

1927 eine "Kommission zur Unterstützung hamburgischer Schriftsteller und Komponisten" in derselben personellen Zusammensetzung. Der Senat setzte 1928 die "Senatskommission für die Kunstpflege" ein, die den Senat in allgemeinen und persönlichen Angelegenheiten aller Kunstzweige beraten sollte und der die Verwaltung der Musikhalle unterstellt war. Ihr übertrug man auch die Aufgaben der Künstlerunterstützungskommissionen. Als 1933 alle Senatskommissionen aufgehoben wurden, gingen die Aufgaben der Senatskommission für Kunstpflege auf die Verwaltung für Kulturangelegenheiten über.

Der Best. beginnt im wesentlichen im Jahr 1925. Er umfaßt Unterlagen der Organisation und Verwaltung der Kommissionen, staatliche und nichtstaatliche Maßnahmen der Kunstförderung und -pflege und eine umfangreiche Einzelfallüberlieferung von Stipendienanträgen.

Hinweis: Unterlagen vor 1925 s. 361-5 II, 311-2 IV
(Bü)

363-3 Senatskommission für die Angelegenheiten der Religionsverbände

1883-1933; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

Die Einrichtung der Senatskommission wurde 1863 gesetzlich bestimmt. Die neue Verwaltungseinheit nannte sich bis 1867 Direktion für die Kirchenangelegenheiten der nicht lutherischen Religionsverwandten und wurde dann in Kommission umbenannt. Gleichzeitig wurde eine zweite, aus denselben Mitgliedern bestehende Kommission für den israelitischen Kultus gebildet. Beide erhielten 1896 die Bezeichnung Senatskommission für die christlichen nicht-lutherischen bzw. israelitischen Religionsgemeinden. Nach dem Ersten Weltkrieg faßte man sie in der Senatskommission für die Angelegenheiten der Religionsverbände zusammen, die nun auch für die evangelischen Kirchen zuständig war. 1933 gingen ihre Aufgaben auf die Behörde für kirchliche und Kunstangelegenheiten über.

Die Überlieferung beginnt erst 1883. Es existiert im Best. keine Protokollreihe der Kommissionssitzungen, sondern es gibt eine Vielzahl von Einzelfallakten zu allen Bereichen des Verhältnisses von Kirche und Staat, z.B. zu vermögensrechtlichen, personenkundlichen, Personal-, Rechts- und Baufragen sowie Unabkömmlichkeitserklärungen für Geistliche während des Ersten Weltkrieges. Den Schwerpunkt bilden dabei die christlichen nicht-lutherischen wie die israelitischen Gemeinden.

Hinweis: Früheres s. 111-1, Cl.VII Lit.Hf No.1 Vol.3g und h sowie Vol.4 Fasc.12 und 13
(Bü)

363-4 Kultusverwaltung - Personalakten

1915-1978; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Personalakten sind aus allen Bereichen der Kultusverwaltung vorhanden, überwiegend von Orchestermusikern, Schauspielern und wissenschaftlichen Bediensteten der Museen.
(LS)

363-5 Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst

<1933-1936>; 1933-1939; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
1933 wurde aus der Landesunterrichtsbehörde und der Behörde für Kirchliche und Kunstangelegenheiten (zuständig für die Musikhalle, ab 1934 auch für die Kunsthalle, das Museum für Kunst und Gewerbe, die Hansische Hochschule für bildende Künste und die Volkshochschule) die Verwaltung für Kulturangelegenheiten gebildet. 1934 benannte man die Behörde für Kirchliche und Kunstangelegenheiten in Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst um; sie erhielt auch die Aufsicht über die Staatliche Musikbücherei und das Denkmalschutzamt. 1936 wurde dann eine Kultur- und Schulbehörde geschaffen, die die Aufgaben zusammenfaßte. Die Trennung in Staats- und Gemeindeverwaltung 1938 gliederte die Universität und die Wissenschaftlichen Anstalten der Staatsverwaltung ein, während der Gemeindeverwaltung die Schul- sowie die Kunst- und Kulturverwaltung zugeschlagen wurden. Letztere behielt die Aufsicht über die wissenschaftlichen Institute.

Der Best. ist infolge Kriegsverlusten stark dezimiert und enthält im wesentlichen Überlieferungen zur Volkshochschule.
(LS)

363-6 I Kulturbehörde I

<1936-1961>; 1913-1962; 13,0 m; Bestandsverzeichnis
1936 wurde die Kultur- und Schulbehörde geschaffen, eine Zusammenfassung der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst (s. 363-5) und der Landesunterrichtsbehörde, deren Registratur getrennt blieb (s. 361-2 VI). Dabei blieb es auch, als 1938 die Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten eingerichtet wurde. 1939 erhielt die Behörde die Bezeichnung Kulturverwaltung, 1947 wurde sie in Kulturbehörde umbenannt.

Eine Registratur der Kulturverwaltung setzte wahrscheinlich 1936 ein. Die wenigen Unterlagen, die den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit überstanden haben, wurden in eine 1950 aufgebaute Registratur einbezogen, die bis 1961 lief. Da aus dieser geschlossenen Registratur Vorgänge in die anschließende Registratur übernommen wurden, ist der vorliegende Best. stark gestört. Er enthält die Gruppen "Zentrale

Angelegenheiten" mit umfangreicher Überlieferung zu den Bereichen Kulturförderung und Film, "Dienststellen" mit wenigen Akten zu den öffentlichen Museen und anderen Kultureinrichtungen sowie "Theater und Orchester".

Hinweis: 363-4; 363-7; 364-2/2 I; 364-2/3; 364-10; 614-1/38; 614-3/9; 621-1 Deutsche Schauspielhaus AG, 621-1 Thalia Theater
(Et)

363-6 II Kulturbehörde II

<1961->; 1943-1979; 64,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Mit Wirkung vom 01.01.1971 ging die Kulturbehörde in die neuerrichetete Behörde für Wissenschaft und Kunst über und bildete dort das Kulturamt, bis sie am 01.12.1978 als selbständige Fachbehörde erneut eingerichtet wurde.

Der Best. enthält Schriftgut, das in der 1961 eingerichteten Registratur erwachsen ist oder dieser zugeordnet worden war.
(Ga)

363-7 Staatskommissar für das Deutsche Schauspielhaus

1933-1942; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1933 wurden vom Senat für verschiedene Wirtschaftsunternehmen, die wesentlich mit Staatszuschüssen arbeiteten, Staatskommissare eingesetzt. Dazu gehörten auch die Deutsche Schauspielhaus AG und die Neue Schauspielhaus GmbH.

Der Best., der aus Handakten des Senators Georg Ahrens gebildet wurde, enthält im wesentlichen Satzungen, Aufsichtsrats- und Geschäftsführungs- sowie Personalangelegenheiten, daneben Wirtschaftsprüfungsunterlagen sowie Berichte über und Kritiken von Aufführungen.
(LS)

364 WISSENSCHAFTLICHE ANSTALTEN UND INSTITUTE

364-2 MUSEEN

364-2/1 Kunsthalle

1849-1932; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
1849 wurde eine Kommission für die Verwaltung der Städtischen Gemäldegalerie gebildet, die Ausstellungsräume in der Neuen Börse anmietete. Nach Fertigstellung der Kunsthalle am Glockengießerwall (1869) wurde sie in Kommission für die Verwaltung der Kunsthalle umbenannt. Sie unterstand der Oberschulbehörde. 1921 zur wissenschaftlichen Anstalt erklärt, blieb die Kunsthalle bei wechselnder Unterstellung

unter Hochschulbehörde und Vorläufern der Kulturbehörde schließlich 1947 definitiv bei der Kulturbehörde. Die Teile der Aufsichtsunterlagen, die bei der Hochschulbehörde entstanden sind, befinden sich heute überwiegend im Staatsarchiv, während die Unterlagen aus der Zeit der Zuständigkeit der Kulturbehörde sich noch bei dieser befinden.

Der Best. enthält neben reinen Verwaltungsangelegenheiten (Protokolle, Rechnungswesen) auch Material zu den Neu- und Erweiterungsbauten der Kunsthalle.
(LS)

364-2/3 Museum für Völkerkunde

1879-1961; 1,5 m; Ablieferungsverzeichnis
Das Museum für Völkerkunde wurde 1878 als Teil der Oberschulbehörde begründet und eröffnete 1879 seine Pforten für Besucher. In den 1930er Jahren wurde sein Sammelfeld erweitert, so daß es 1939 Hamburgisches Museum für Völkerkunde und Vorgeschichte hieß. Nachdem es 1920 unter der Hochschulbehörde und 1938 unter der Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten ressortierte, kam es 1947 zur Kulturbehörde. Die Kombination mit der Vorgeschichte blieb bis 1970 erhalten; die vorgeschichtlichen Sammlungen kamen dann an das Harburger Helms-Museum, während sich das Völkerkundemuseum nun seiner eigentlichen Bestimmung wieder ganz widmen konnte.

Der Best. enthält vor allem Akten über das Personal.
(LS)

364-3 NATURWISSENSCHAFTLICHE STAATSINSTITUTE

364-3/1 Hygienisches Staatsinstitut

1877-1979; 10,2 m; Ablieferungsverzeichnis, Kartei
Als unmittelbare Verwaltungsreaktion auf die Choleraepidemie des Jahres 1892 wurde am 28.12.1892 das Hygienische Staatsinstitut gegründet. Es führte 1893 die Wasserfiltration ein und erhielt im Laufe der Jahre den Bedürfnissen entsprechende Aufgaben im Bereich der hygienisch-bakteriologischen, chemischen und Nahrungsmitteluntersuchungen sowie auf dem Gebiet der Stadtreinigung, Gewerbe-, Bau- und Wohnungshygiene. Zunächst unterstand das Staatsinstitut der Aufsicht der Sanitätsverwaltung (Medizinalkollegium). 1934 wurde es in Hygienisches Institut umbenannt und der Bauverwaltung, Sektion Stadtreinigung unterstellt. Nach dem Krieg erfolgte die Zuordnung zur Gesundheitsbehörde. Bei der Schaffung der Umweltbehörde zum 01.01.1985 ging die Zuständigkeit für Fluß- und Wasserhygiene auf diese Behörde

über. Heute ist das Hygiene Institut Hamburg dem Amt für Gesundheit der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingegliedert.

Der Best. enthält einige Akten aus der Zeit vor der Institutsgründung, vor allem über Untersuchungen und Messungen des Elbwassers, und wenige Personalakten. Die vorhandenen Unterlagen betreffen v.a. folgende Arbeitsgebiete: Wasserversorgung (Wasserqualität, Wasserwerke, Brunnen), Reinhaltung der Gewässer, Abwasserbeseitigung, Elbwasser, Nebengewässer der Elbe, Schwimmbäder.

Hinweis: 111-1 Senat Cl. VII Lit. Lb Nr. 23a Vol. 114
(LS)

364-3/2 Botanische Staatsinstitute

1835-1942; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Der 1822 gegründete Botanischen Garten wurde 1832 in die Reihe der öffentlichen wissenschaftlichen Institute aufgenommen. Zu ihm kam 1890 das Botanische Museum und das Laboratorium für Warenkunde; alle drei wurden 1896 unter der Bezeichnung Botanische Staatsinstitute zusammengefaßt. Nach wechselnder Behördenzugehörigkeit wurden das Staatsinstitut für allgemeine Botanik und Botanischer Garten sowie das Staatsinstitut für angewandte Botanik 1970 Institute des Fachbereichs Biologie der Universität Hamburg.

Erhalten haben sich Archivalien des Botanischen Gartens (1835-1894) sowie Bruchstücke der Gesamtregistratur der Botanischen Staatsinstitute (1880-1925) und der Registraturen der Institute für allgemeine Botanik und für angewandte Botanik (1927-1941).
(LS)

364-3/3 Physikalisches Staatsinstitut

1778-1946; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Das Institut ging aus dem Physikalischen Kabinett und dem Chemischen Laboratorium hervor. Beide Einrichtungen waren bis 1837 der Stadtbibliothek angegliedert und wurden dann selbständig. Das Chemische Laboratorium wurde 1879 Staatslaboratorium und gemeinsam mit dem Physikalischen Kabinett der Schulbehörde unterstellt. 1885 kam es dann zur Gründung des Physikalischen Staatslaboratoriums, das 1921 in Physikalisches Staatsinstitut umbenannt wurde.

Der Best. enthält Verwaltungsmaterial (Haushaltspläne) und Akten aus der physikalischen Tätigkeit sowie über die Beteiligung an Tagungen.
(LS)

364-4 Professorenkonvent der Wissenschaftlichen Anstalten

1899-1919; 1,2 m; Bestandsverzeichnis

Der Professorenkonvent wurde 1902 begründet. Seine Mitglieder waren die Direktoren der hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten (Stadtbibliothek, Botanisches Staatsinstitut, Chemisches Staatslaboratorium, Museum für Völkerkunde, Museum für Kunst und Gewerbe, Sternwarte, Naturhistorisches Museum, Botanischer Garten, Sammlung Hamburgischer Altertümer, Vorlesungswesen) und in Hamburg wirkende Gelehrte, die zur Ausübung eines öffentlichen wissenschaftlichen Lehramtes als Professoren berufen waren, ohne einer Wissenschaftlichen Anstalt anzugehören. Aufgabe des Konvents war die Erstattung von Berichten und Gutachten und die Herausgabe des Jahrbuchs der Anstalten. Der Konvent bestand bis zum Übergang der meisten Anstalten in die Universität 1919.

Der Best., der sich wegen der 1915-1919 gemeinsam geführten Registratur von Professorenrat des Kolonialinstituts (s. 364-7) und Konvent in dieser Phase nur mangelhaft abgrenzen läßt, gliedert sich in Wissenschaftliche Anstalten, Vorlesungswesen, Seminare, Professorenkonvent, Beamte, Publikationen, Beziehungen zu anderen Instituten, Kongresse und Feierlichkeiten sowie Errichtung einer Universität in Hamburg.

(LS)

364-5 I Universität I

<1919-1965>; 1919-1965; 46,5 m; Ablieferungsverzeichnis, Kartei

Die Universität Hamburg (ursprünglich Hamburgische Universität, in der NS-Zeit "Hansische Universität") wurde 1919 gegründet. Zu ihrer langen Vorgeschichte gehören die Traditionen des Akademischen Gymnasiums (s. 362-1), der Wissenschaftlichen Anstalten (s. 364-4, 612-4), des Kolonialinstituts (s. 364-6, -7, -8) und der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung. 1921 erhielt die Universität eine Rektoratsverfassung und vier Fakultäten: Rechts- und Staatswissenschaften, Medizin, Philosophie, Naturwissenschaften. 1954 kamen zwei Fakultäten hinzu: als Neugründung die Evangelische Theologie und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als Abtrennung von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. 1969 erhielt die Universität eine Präsidialverfassung und eine reformierte akademische Selbstverwaltung auf drei Ebenen (Konzil/Akademischer Senat, Fachbereichsräte, Institutsräte). Im gleichen Jahr wurden die 6 Fakultäten auf 15 Fachbereiche aufgeteilt. Inzwischen hat sich die Zahl der Fachbereiche auf 19 erhöht; dazu kommen senatsunmittelbare Einrichtungen, fachübergreifende Studieneinrichtungen und hochschulübergreifende Studiengänge.

Das Archiv der Universität wird im Staatsarchiv verwahrt. Die akademische Selbstverwaltung mit mehreren Ebenen und zahlreichen selbständig aktenführenden und registraturbildenden Stellen legt eine provenienzgerechte Gliederung in mehrere Bestände

nahe. Der überwiegende Teil der Akten der Rektoratsverwaltung (Hauptverwaltung) wird in diesem Best. verwahrt, darunter Akten zum Allgemeinen und Technischen Vorlesungswesen, zur Volkshochschule und zu allgemeinen wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Angelegenheiten.

Hinweis: 361-5 I-III; 361-6; 364-13; 364-15/1; 364-15/2; 614-1/62; 622-2 Schramm; 622-2 Brunner

Lit.: Silke Jendrowiak, Der Forschung, der Lehre, der Bildung. Hamburg und seine Universität, Hamburg 1994; Eckart Krause, Ludwig Huber und Holger Fischer (Hrsg.), Hochschulalltag im "Dritten Reich". Die Hamburger Universität 1933-1945. 3 Bände. Berlin, Hamburg 1991
(Et)

364-5 II Universität II

<1965->; 1919-1989; 32,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Der wachsende Best. enthält in geringem Umfang Akten aus der Zeit bis 1969 und weist insoweit Überschneidungen mit 364-5 I auf. Unterlagen der Präsidialverwaltung seit 1969 überwiegen. Sie decken prinzipiell den ganzen Bereich der Universitätsverwaltung ab.
(Et)

364-6 Kolonialinstitut

1906-1916; 2,4 m; Bestandsverzeichnis
Das 1908 gegründete Kolonialinstitut, das 1911 in das heutige Hauptgebäude der Universität (gestiftet von Edmund Siemers) zog, war als wissenschaftliches Institut zur Erforschung der deutschen Kolonien und zur Vermittlung von Wissen über die Kolonien an zukünftige höhere Kolonialbeamte konzipiert. An seiner Finanzierung beteiligten sich auch Reichskolonial- und Reichsmarineamt. Der Senat beaufsichtigte das Institut durch einen Kommissar. Das Institut wurde 1919 Grundstock der neugegründeten Universität.

Der Best. gliedert sich in Akten zu Verwaltung (Organisation, Finanzen, Gebühren, Allgemeines), Zentralstelle (s. 364-8), Lehrtätigkeit (Dozenten, Fächer, Hörer, Prüfungen, Exkursionen, Materialbeschaffung), sonstiger wissenschaftlicher Tätigkeit des Instituts und Professorenrats, Feierlichkeiten, Veröffentlichungen sowie Beziehungen zu anderen Instituten.
(LS)

364-7 Professorenrat des Kolonialinstituts

1908-1919; 3,7 m; Bestandsverzeichnis
Für das Kolonialinstitut (s. 364-6) wurde 1908 der Professorenrat als akademischer Selbstverwaltungskörper gebildet. Er setzte sich aus den dauernden Vertretern der am

Institut gelehrten Hauptfächer, soweit sie dem Professorenkonvent der Wissenschaftlichen Anstalten (s. 364-4) angehörten, sowie dem Leiter des Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten zusammen. Der Vorsitzende des Rats vertrat ihn nach außen und führte den geschäftlichen Verkehr mit dem Senatskommissar. Die Aufgaben des Rats lagen in der Bestimmung der Lehr-, Stunden- und Studienpläne und der Art und des Umfanges der Prüfung zur Erlangung eines Diploms; er konnte darüberhinaus Vorschläge zur Besetzung von Dozentenstellen, zur Bestellung von Professoren und Einrichtung von Professuren machen. Er wurde 1919 durch die Universitätsverfassung aufgelöst.

Der Best. gliedert sich in Allgemeines, Professorenrat, Lehrtätigkeit, Hörer und Hospitanten, sonstige wissenschaftliche Tätigkeit, Veröffentlichungen, Feierlichkeiten, Auskunftsersuchen, Stellenvermittlung und Wohlfahrtseinrichtungen.
(LS)

364-8 Weltwirtschaftsarchiv

1907-1938; 2,4 m; Bestandsverzeichnis

Die Zentralstelle des 1908 gegründeten Hamburgischen Kolonialinstituts (s. 364-6) widmete sich auch Problemen der Wirtschaftspraxis, zunächst im Hinblick auf Kolonialfragen. Sie sollte die Verbindung der Interessenten in Deutschland und Übersee herstellen, Material zu Anschauungs-, Unterrichts- und Forschungszwecken beschaffen und Auskünfte geben. Im Ersten Weltkrieg versuchte die Stelle, Presseerzeugnisse des feindlichen Auslands über neutrale Staaten zu beziehen und wurde damit bald eine wichtige Sammelstelle für Auslandsnachrichten. Daraus entstand ein Informationsdienst. 1919 wurde die Stelle in Hamburgisches Weltwirtschaftarchiv umbenannt; es unterstand bis 1933 der Hochschulbehörde und wurde dann eine Abteilung der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe. Seit 1945 wieder zur Schulbehörde/Hochschulabteilung gelegt, war es bis Ende 1998 ein dem Hochschulamt nachgeordnetes Institut der Behörde für Wissenschaft und Forschung (HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg), und ist heute unter Umgründung in eine Stiftung des öffentlichen Rechts eine Serviceeinrichtung für die Forschung.

Der Best. gliedert sich in Verwaltung (Organisation, Personal, Finanzen), Veröffentlichungen, Erteilung von Gutachten, Materialbeschaffung sowie Beziehungen zu Institutionen und Personen. Eine Reihe von Personalakten ist ebenfalls überliefert.
(LS)

364-9 Sternwarte

1869-1954; 2,2 m; Bestandsverzeichnis

1825 wurde die neue Sternwarte, die nach 1814 von C. Rümker gegründet worden war, zusammen mit der Navigationsschule in einem Neubau auf der ehemaligen Henricus-Bastion der Stadtbefestigung untergebracht. 1833 ging sie in staatliche Verwaltung über. Da sich die Bedingungen der Beobachtung aufgrund der Citybildung und Industrialisierung verschlechterten, wurde seit 1901 die Verlegung der Stemwarte nach Bergedorf betrieben, wo sie 1909 neu eröffnet werden konnte. Sie besteht als Universitätseinrichtung noch heute.

Der Best. umfaßt Material zur alten und neuen Stemwarte, zu ihrem Personal, ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit, ihren Instrumenten und ihrer Verwaltung.
(LS)

364-10 Denkmalschutzamt

1913-1957; 0,9 m; Bestandsverzeichnis

1912 trat die Baupflegekomission zur Wahrung der künstlerischen Interessen bei Ausgestaltung des Stadt- und Landschaftsbildes ins Leben. Sie bestand aus Mitgliedern des Senats und der Bürgerschaft, leitenden Beamten sowie unabhängigen Sachverständigen. Das Denkmal- und Naturschutzgesetz vom 06.12.1920 definierte die zu schützenden Bau-, Natur- und beweglichen Denkmäler näher, deren Pflege der Baupflegekommission oblag, welche für diesen Bereich die amtliche Bezeichnung Denkmalschutzbehörde führte. Ihr war ein Denkmalrat aus leitenden Beamten und Sachverständigen beigeordnet. Der vom Senat bestimmte Denkmalpfleger übte die Tätigkeit eines Landeskonservators aus. Die Behörde verlor in der NS-Zeit ihre Selbständigkeit und unterstand als Denkmalschutzamt 1934 der Behörde für Technik und Arbeit, 1935 der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst, 1937 der Kultur- und Schulbehörde, 1938 der Verwaltung für Kunst- und Kulturangelegenheiten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie der Kulturbehörde bzw. zeitweise dem Kulturamt bei der Behörde für Wissenschaft und Kunst zugeordnet.

Der wachsende Best. umfaßt lediglich einige Akten zur Behördenorganisation und Denkmalinventarisation sowie Einzelfälle der Erfassung und Erhaltung von Kulturdenkmälern. Einen Schwerpunkt bildet die Erfassung und Beschlagnahme der Kirchenglocken während des Zweiten Weltkrieges. Im Best. sind ebenfalls Akten der Abteilung Bodendenkmalpflege des Museums für Hamburgische Geschichte von 1946 bis 1960 enthalten.

Hinweis: 111-1, Cl.VII Lit.Cc No.1b
(Bü)

364-11 Landesbildstelle

1933-1959; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

Auf Antrag der Oberschulbehörde errichtete der Senat 1928 das Staatliche Lichtbildamt, das sich auf das von dem Hamburger Lehrer Ferdinand Frohböse nach dem Ersten Weltkrieg erweiterte Lichtbild- und Filmarchiv für Schulen stützen konnte. Frohböse leitete das Lichtbildamt bis 1934. Nach Schaffung eines reichseinheitlichen Lichtbildwesens in diesem Jahr ging es in der Landesbildstelle Hansa auf, die für Bremen, Lübeck und Hamburg zuständig war. Nach 1945 reduzierte sich die Verleihtätigkeit wieder nur auf Hamburg. Bis Oktober 1997 ist sie unter dem Namen Landesbildstelle Hamburg, danach unter dem Namen Landesmedienzentrum Hamburg, eine Dienststelle der Behörde für Jugend, Schule und Berufsbildung. Sie versorgt Schulen und andere Bildungseinrichtungen mit audiovisuellen Medien, berät in technischer Hinsicht und unterstützt methodisch-didaktisch die Lehrtätigkeit. Daneben nimmt sie seit 1935 die Aufgaben eines Landesbildarchivs wahr und sammelt die Werke bedeutender Hamburger Fotografen.

Der Best. enthält Verwaltungsakten ab 1933.
(Sto)

364-12 Akademie für Staatsmedizin

1945-1970; 2,9 m; Bestandsverzeichnis

Zur Sicherstellung der Ausbildung eines geeigneten ärztlichen Nachwuchses in der Nachkriegszeit wurde von der britischen Kontrollkommission im Oktober 1945 die Errichtung von zwei Akademien in Hamburg und Düsseldorf beschlossen. Anfang März 1946 wurde die Gründung der Sozialhygienischen Akademie Hamburg bekanntgegeben, ihre Eröffnung fand am 30.04.1946 statt. 1948 änderte sich die Bezeichnung in Akademie für Staatsmedizin Hamburg. In der Zeit vom April 1946 bis Februar 1969 hat die Akademie 26 viermonatige Lehrgänge durchgeführt. 1970 wurde sie geschlossen, Akten und Bücherei gelangten an die Gesundheitsbehörde.

Der Best. enthält Unterlagen zu: Verwaltung der Akademie, Ausbildung, Prüfungen und einzelnen Lehrgängen, Dozentenschaft sowie Ärztefortbildung, nicht zuletzt auch zahlreiche Veröffentlichungen der Akademie.
(Ga)

364-13 Fakultäten/Fachbereiche der Universität

1919-1993; 483,3 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet

Der wachsende Best. ist zur Aufnahme der Unterlagen der selbständig registraturbildenden Stellen der zweiten und dritten Ebene der akademischen Selbstverwaltung

(Fachbereiche; Seminare bzw. Institute) sowie der Prüfungsämter der Universität Hamburg bestimmt. Zur Zeit enthält er Unterlagen folgender Stellen: Philosophische Fakultät, Naturwissenschaftliche Fakultät, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Evangelisch-Theologische Fakultät, Fachbereich Chemie, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Historisches Seminar und Institut für Indien und Tibet. Neben den Protokollen, Verwaltungs- und Personalakten, die jeweils in unterschiedlicher Dichte und Laufzeit vorhanden sind, werden die ausgewählten Prüfungsakten und/oder -arbeiten gesondert verwahrt. Zu nennen sind: Habilitationsarbeiten der Philosophischen Fakultät (ca. 1933-1969), Promotionsakten der Philosophischen Fakultät, der Naturwissenschaftlichen Fakultät, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät und der jeweilig nachfolgenden Fachbereiche, Promotionsakten und Fakultätsexamensakten der Evangelisch-Theologischen Fakultät, Promotions- und Habilitationsakten des Fachbereichs Rechtswissenschaft II, Diplomprüfungsakten der Naturwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Politologie und Psychologie.

Hinweis: 364-5 I und II
(Et)

364-14 Hochschule für Musik und Theater

20.Jh.; 8,5 m; Ablieferungsverzeichnis

Das renommierte Vogt'sche Konservatorium ging 1942 in eine städtische Schule für Musik und Theater über, die 1950 in eine Staatliche Hochschule für Musik mit den drei Hauptabteilungen künstlerische, berufliche und pädagogische Ausbildung umgewandelt wurde. Hier wurde auch die 1941 von Eduard Marks begründete private Schauspielschule integriert. 1954 nahm die Hochschule als weitere Abteilung die Kirchenmusikschule der evangelischen Landeskirche auf. An der Schule gab es eine Theaterklasse, deren Ausbau angestrebt wurde, weshalb 1967 eine Umbenennung in Staatliche Hochschule für Musik und darstellende Kunst erfolgte, bis 1991 die heutige Bezeichnung zur Anwendung kam. Die Hochschule hat sieben Fachbereiche: Theorie/Komposition, Musikwissenschaft und Dirigieren, Instrumentalmusik und Alte Musik, Gesang und Darstellende Kunst, Musikpädagogik, Evangelische Kirchenmusik, Jazz und Popularmusik, Schauspiel.

Der bislang ungeordnete Bestand enthält vor allem Material über die Hochschulverwaltung, die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen, die Außenwirksamkeit der Hochschule (Konzerte, Gutachten, Norddeutscher Rundfunk) und Korrespondenzen.
(LS)

364-15 STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT

364-15/1 ASTA der Universität

ca.1945-1992; 86,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die studentische Selbstverwaltung an der Universität wird auf der Ebene der gesamten Universität durch das aus allgemeiner Wahl durch die Studenten hervorgegangene Studentenparlament und die von diesem wiederum gewählte Exekutive, den Allgemeinen Studentenausschuß (ASTA), wahrgenommen. Ihm steht ein Vorsitzender vor. Der ASTA gliedert sich in verschiedene Referate, die von einem Mitglied des Ausschusses geleitet werden. Zahl und Zusammensetzung der Referate variieren nach den Bedürfnissen der Zielsetzung des jeweiligen ASTA.

Der Best. ist bisher ungeordnet; er enthält Material über alle Bereiche der Tätigkeit des ASTA, insbesondere viele Unterlagen aus der Zeit der Studentenrevolte (1968 ff.).
(LS)

364-15/2 Fachschaft Geschichte der Universität

ca.1950-; 5,1 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Studenten der einzelnen Fächer bilden Fachschaften und wählen Fachschaftsräte, die die studentischen Interessen bündeln und Einfluß auf die Gestaltung des Studienbetriebes zu nehmen versuchen. Sie sind nicht zu verwechseln mit den studentischen Vertretern in den Instituts- und Fachbereichsräten; oftmals besteht aber Personalunion. Studienberatung und Herausgabe von Fachschaftszeitungen gehören zu den selbstgewählten Hauptaufgaben der Fachschaftsräte, bei denen in dieser Funktion Schriftgut erwächst. Bisher haben erst zwei Fachschaften sich zur Ablieferung älterer Unterlagen entschließen können.
(LS)

364-15/3 Fachschaft Evangelische Theologie

ca.1950-; 6,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
s. 364-15/2

37 WIRTSCHAFT UND VERKEHR

371 GESAMTVERWALTUNG

371-2 Admiralitätskollegium

1623-1814; 16,8 m; Bestandsverzeichnis

Das 1623 zur Handhabung des Rechts in See-Sachen und zur Sicherung der Schiffahrt eingesetzte Admiralitätskollegium bestand aus Vertretern des Rates, der Kaufmannschaft und der Schiffer. Dem Kollegium oblag neben den richterlichen Funktionen in allen die Schiffahrt und den Seehandel betreffenden Streitsachen die Ernennung der hamburgischen Agenten und Konsuln, ferner die Förderung der Schiffahrt nebst Unterhaltung der Blüsen (Leuchtfeuer) und Baken auf Neuwerk und Helgoland, die Aufsicht über das Lotsen-, Stack-, Assekuranz-und Dispachewesen, über das Arsenal (Zeughaus) und über die zur Bereithaltung des Tauwerks bestimmte "Dröge". Es hatte eine eigene Kasse. Die Einnahmen entstammten dem Admiralitätszoll, der zunächst von allen ausgehenden und ankommenden Waren erhoben und später modifiziert wurde. Der dem Kollegium anvertraute militärische Schutz der hamburgischen Handelsschiffahrt wurde 1662 einer besonderen Convoy-Deputation übertragen. 1814 wurde das Admiralitätskollegium, das 1811 von der französischen Verwaltung beseitigt worden war, formell aufgehoben. Seine richterlichen Funktionen übernahm das Handelsgericht, die administrativen die neu gebildete Schiffahrts- und Hafendeputation. Der Best. umfaßt im wesentlichen die Akten und Amtsbücher (Protokollbücher, Rechnungs- und Kassenbücher, Zollbücher, Journale, Inventare) des Admiralitätskollegiums und der ihm unterstellten Einrichtungen Arsenal und Dröge. Während die Unterlagen der Convoy-Deputation auf verschiedene Aktengruppen verteilt wurden, bilden die der Stack-Deputation die Gruppe Ritzebüttler Stackwesen.

Hinweis: 373-1; 373-2; 373-4

Lit.: Ernst Pitz, Die Zolltarife der Stadt Hamburg, Wiesbaden 1961, S. XXVIII ff.; Otto-Ernst Krawehl, Quellen zur Hamburger Handelsstatistik im 18. Jh., in: Wolfram Fischer, Andreas Kunz (Hrsg.), Grundlagen der Historischen Statistik von Deutschland, Quellen, Methoden, Forschungsziele, Opladen 1991, S.47-69

(Ga)

371-6 Schiffahrt- und Hafendeputation

1814-1874; 10,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Schiffahrt- und Hafendeputation trat 1814 an die Stelle der aufgelösten Verwaltungseinrichtungen Admiralität, Elb-Deputation und Stack-Deputation. Die Zuständigkeit erstreckte sich auf das Marinewesen und den Strom- und Hafenbau in Hamburg und im Amt Ritzebüttel. Das Marinewesen ging 1863 auf die neugegründete Deputation für Handel und Schiffahrt über. Für den Strom- und Hafenbau wurde in den 50er

Jahren ein Zentralbüro mit eigener Registratur geschaffen. Die Unterlagen aus diesem Bereich (mit Ausnahme der eigentlichen Deputationsunterlagen) wie auch aus den der Schiffahrt- und Hafendeputation unterstellten Dienststellen mit eigener Aktenführung (Wasserschout, Zolljacht und Dispachewesen) sind zu eigenen Archivbeständen formiert worden.

Die Protokolle der Deputation reichen von 1814 bis 1864. Umfangreich ist die Überlieferung über die Bediensteten der Marine- und Bauverwaltung. Der Best. gibt zudem Auskunft über den Strom-, Ufer- und Hafenbau an der Ober- und Unterelbe, über Tonnen und Baaken, Lotswesen, Schiffahrtspolizei, Schiffsbau und -vermessung, Musterungswesen, Baggerei und Düpe. Bedeutsam sind auch die Unterlagen der 1814 erneuerten und erweiterten Navigationsschule.

Hinweis: 326-2 I; 373-1; 373-2; 373-4
(Ga)

371-8 I Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe I

<1863-1867>; 1853-1869; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

Die Deputation für Handel und Schiffahrt trat 1863 an die Stelle der Schiffahrts- und Hafendeputation und übernahm die folgenden Aufgaben: Schiffahrtsangelegenheiten, Hafenverwaltung, Lots-, Leucht- und Tonnenwesen, Quarantäne-, Rettungs-, Dispache-, Seemanns- und Prüfungswesen für Seeleute (Navigationsschule). Aufgabenerweiterungen in den folgenden Jahren führten 1907 zur Umbenennung der Behörde in Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe.

Der Best. enthält nur Schriftgut der von 1863 bis 1867 bestehenden ersten Registratur. Den Hauptbestandteil bilden die Protokolle der Deputation selbst, sowie der beiden Sektionen für Handel und für Schiffahrt. Von der letzteren Sektion sind zudem Sachakten überliefert.

Hinweis: 371-6; 371-8 II
(Ga)

371-8 II Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe II

<1868-1945>; 1844-1947; 72,9 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Generalakten
Bände 2-4: Spezialakten
Bände 5-6: Hinweissammlung

Zu den von der Schiffahrts- und Hafendeputation 1863 übernommenen Aufgaben (s. 371-8 I) traten die folgenden hinzu: 1866 die Bearbeitung von Angelegenheiten des Handels und die Kaiverwaltung, 1868 die Norddeutsche Seewarte, 1870 das Eich-

wesen, 1875 die Aufsicht über die Strandämter, 1882 die Aufsicht über den Petroleumhafen, 1897 die Münzstätte. 1907 wurde die Deputation durch Vertreter der Gewerbekammer und der Detaillistenkammer erweitert und in Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe umbenannt. Die Deputation übernahm weiter 1907 das Fischereiwesen, 1915 und 1918 die Preisprüfungsstellen, 1920 die nach Übergang des Zollwesens auf die Reichsverwaltung bei Hamburg verbliebenen Aufgaben auf dem Gebiet der Zölle und Verbrauchssteuern, das Handelsstatistische Amt und das Freihafenamt, 1926 die Verwaltung der sogenannten "Hafenelbe" von Orthkaten bis Blankenese und das Hafenlotsenwesen, 1928 das Auswanderungsamt, das Innungsaufsichtsamt, die Schlachthof- und Viehmarktverwaltung, die Aufgaben der Senatskommission für die Eisenbahnangelegenheiten und das Bergwesen. 1933 wurde die Deputation in Behörde für Wirtschaft umbenannt und der Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit unterstellt. 1935 kam als neue Aufgaben das Arbeitsbeschaffungswesen und die Preisbildungs- und Überwachungsstelle hinzu. 1938 wurde die Behörde für Wirtschaft in Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe umbenannt. 1938 und dann wieder während des Krieges wurden die Geschäfte der Dienststelle "Sonderbeauftragter für Wirtschaftsförderung und Vierjahresplan" wahrgenommen. Nach dem Kriegsende 1945 wurden im Zuge der Zusammenlegung von Staats- und Gemeindeverwaltung die Zuständigkeiten im Geschäftsbereich der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe neu geregelt. Nachfolgebehörde wurde 1946 die Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr, die 1947 in Behörde für Wirtschaft und Verkehr umbenannt wurde (s. 371-16 I).

Der Best. umfaßt die nach Aufhebung der Sektionen 1867 eingerichtete Hauptregistratur und bildet das Kernstück der wirtschaftsgeschichtlichen Überlieferung der Jahre 1868-1946/47. Er ist gegliedert in General- und Spezialakten. Beide Aktengruppen sind nach dem gleichen Registraturplan organisiert und in über 30 Hauptgruppen (z.T. identisch mit Zuständigkeitsbereichen) unterteilt.

Hinweis: 371-6, 371-9, 371-16 I, 373-4, 373-7 I, 326-2 I
(Ga)

371-8 III Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe III

<1914-1938>; 1906-1938; 23,0 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis
Der Best. enthält zum einen Akten der Jahre 1923-1937, die als Senatskommissionsakten oder Senatsakten entstanden sind und bei der Übernahme der Geschäfte durch die Deputation nicht in die Hauptregistratur eingegliedert wurden, zum anderen Unterlagen der Kriegs-, Übergangs- und Nachkriegswirtschaft (Preisprüfungsstelle) der Jahre 1914-1928. Inhaltlich gliedert sich der Best. in Akten des Senatskommissars für die Hamburger Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft, Akten zu Handel mit pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen, Tier- und Pflanzenkrankheiten, Handelsverträgen,

Kohlenwirtschaft, Fleischversorgung, Landeszollangelegenheiten, Seuchenbekämpfung, Schlachthof, Weingesetzgebung und Weinkontrolle sowie Akten der Rechnungsabteilung 1923-1925.

Hinweis: 222-8; 375-5; 376-6
(Ga)

371-9 Wirtschafts- und Verkehrsverwaltung - Personalakten

1830-1956; 3,2 m; Bestandsverzeichnis
Der vorliegende Best. ist 1980 aufgrund praktischer Erwägungen eingerichtet worden, um alle (z.Zt. 244) Personalakten wegen der besonderen Nutzungsbeschränkungen aus den verschiedenen Registraturen der Wirtschafts- und Verkehrsverwaltung zusammenzuführen.
(Ga)

371-10 Handelsstatistisches Amt

1931-1980; 16,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Das Handelsstatistische Amt ist aus dem Handelsstatistischen Büro hervorgegangen, das 1844 im Hauptzollkontor konstituiert wurde. Seit 1863 war es der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben eingegliedert, ab 1920 der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe unterstellt. Zuständig war das Amt für die Statistik über Außenhandel, Schiffahrt und Güterverkehr. Nachdem ihm auch noch die Industrie- und Bauberichterstattung übertragen worden war, wurde es 1959 in das Statistische Landesamt eingegliedert. Das Handelsstatistische Amt hat die um 1900 eingerichtete Registratur der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben bis zur Einrichtung einer neuen Registratur weitergeführt. Diese sowie der größte Teil des statistischen Materials von 1900 bis 1938 sind im Krieg verlorengegangen. 1928 abgelieferte Teile der älteren Registratur befinden sich im Best. 314-1.

Der wachsende Best. umfaßt zum einen die Bände der Schiffahrtsstatistik mit den Listen der eingekommenen und abgegangenen Schiffe ab 1938/39 sowie die Schiffsmeldelisten über den Hafenverkehr und die Anmeldungen der Seeschiffe für Hafengeld und Statistik ab 1942 (kassationsverfilmt), zum anderen Akten über repräsentative Betriebe der hamburgischen Industrie ab 1946, geordnet nach Industriezweigen und Firmen.
(Ga)

371-11 Senatsreferat für das Flughafen- und Wasserstraßenwesen

1919-1934; 1,8 m; Bestandsverzeichnis

Der vorliegende Best. ist aus den Referats- und Handakten der Herren Staatsrat Dr. Krönig, Senator Schönfelder und Senator Richter formiert worden. Er dokumentiert deren Mitarbeit im Kommissariat für Reichswasserstraßenangelegenheiten, in der Elbekommission, in der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, in der Baudeputation sowie in den Aufsichtsräten verschiedener wirtschaftlicher Betriebe mit staatlicher Beteiligung. Als Senatsreferent für Luftfahrtangelegenheiten hat insbesondere Dr. Krönig Hamburg in diversen Lufverkehrsvereinigungen vertreten.

Der Best. enthält zur Hauptsache Informationen über den Flugbetrieb und die Lufthoheit in Hamburg, die Förderung des deutschen Luftverkehrs, Flugsport und Veranstaltungen der Luftfahrt, die Luftschiffhallen-Gesellschaft (Flughafenverwaltung) und den Verband Deutscher Flughäfen, zum geringeren Teil Unterlagen aus der Zuständigkeit des Senatsreferats für Wasserstraßenverwaltung.
(Ga)

371-12 Konsumentenkammer

1918-1933; 2,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Konsumentenkammer wurde 1919 von Verbraucherorganisationen initiiert und 1920 als rechtsfähige Kammer der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe unterstellt. Sie hatte die Aufgabe, Gutachten zu erstatten und Sachverständige zu Fragen des gemeinsamen Interesses der nichtgewerblichen Verbraucher zu ernennen. Im März 1933 wurde die Konsumentenkammer aufgelöst.

Neben Akten, die über die Organisation und Verwaltung der Konsumentenkammer Aufschluß geben, finden sich vor allem Informationen zu den Tätigkeitsfeldern Warenhandel, Verkehrswesen, Steuer-, Zoll- und Stempelwesen, Gewerbe- und Versicherungsangelegenheiten, Wirtschaftskontrolle sowie Bau- und Wohnungswesen.
(Ga)

371-14 Frauenwirtschaftskammer

1933-1937; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

Die Frauenwirtschaftskammer wurde im Mai 1933 eingerichtet und bereits Ende März 1937 wieder aufgelöst. Sie hatte die Aufgabe, Hausfrauen als den wichtigsten Teil der Verbraucherschaft zu beraten sowie praktisch und haushaltstechnisch weiterzubilden. Neben der Leistung betrieblicher Sozialarbeit erfolgte eine deutliche Beeinflussung im Sinne der von den Nationalsozialisten angestrebten wirtschaftlichen Autarkie.

Der Best. beinhaltet hauptsächlich die Tätigkeits- und Kassenberichte sowie den allgemeinen Schriftwechsel der Frauenwirtschaftskammer.
(Ga)

371-15 Gauwirtschaftskammer

1943-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der unter der Bezeichnung Gauwirtschaftskammer eingerichtete Splitterbest. enthält Handakten des Dr. Karlheinz Arendt aus seiner Tätigkeit als stellvertretender Geschäftsführer der Abteilung Handel der Gauwirtschaftskammer in Hamburg in den Jahren 1943-1945. Ergänzt wird der Best. durch die 1964 vom Bundesarchiv abgegebene Handakte des Leiters der Abteilung Industrie Dipl. Ing. A. Vogler aus dessen Tätigkeit als Gaubeauftragter für die Mobilisierung der Eisenreserven 1942-1943.

Hinweis: Akten der Abteilung Handwerk der Gauwirtschaftskammer s. 376-16; 621-1 HAPAG-Reederei (1344,1346-1357,1359-1361)
(Ga)

371-16 I Behörde für Wirtschaft und Verkehr I

<1939-1954>; 1936-1974; 40,5 m; Bestandsverzeichnis
Im Zuständigkeitsbereich der neuerrichteten Verwaltung für Wirtschaft, Technik und Arbeit übernahm 1933 die Behörde für Wirtschaft im wesentlichen den Aufgabenbereich der bisherigen Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe. 1936 wurde die Verwaltung für Wirtschaft wieder aufgelöst und die Behörde für Wirtschaft unter dem Namen Behörde für Handel, Schiffahrt und Gewerbe erneut selbständig. 1938 erfolgte die Umbenennung in Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe im Zuge der Umorganisation der Gemeindeverwaltung. Nach der Zusammenlegung von Staats- und Gemeindeverwaltung im Juni 1945 wurden der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zahlreiche Abteilungen, Ämter und Behörden aus der Wirtschaftsverwaltung der ehemaligen Staatsverwaltung zugewiesen. 1946 kamen das Landeswirtschaftsamt, das Gewerbeamt und die Straßenbau- und Verkehrsdirektion hinzu. 1947 erfolgte die Umbenennung in Behörde für Wirtschaft und Verkehr. Durch die Zusammenlegung mit der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft entstand 1975 die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, die 1991 nach der Ausgliederung des Amtes für Verkehr in Wirtschaftsbehörde umbenannt wurde.

Im Best. 371-16 I sind diejenigen Akten der Kriegs- und Nachkriegszeit zusammengefaßt, die weder in die Registraturen der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe aufgenommen worden sind, noch Aktenzeichen des ab 1954 eingeführten dreistelligen Dezimalaktenplans aufweisen. Letztere Akten bilden den Best. 371-16 II. Da viele Akten aus der Zeit vor 1954 in die neue Registratur aufgenommen wurden, überschneiden sich die Best. I und II zeitlich. Die Heranziehung beide Teile ist deshalb in jedem

Falle ratsam. Nachgeordnete Ämter, Abteilungen und Institutionen mit eigenen Registraturen wurden im Staatsarchiv in der Regel als eigene Registraturbildner behandelt und in getrennten Beständen erschlossen. Der Best. 371-16 I beinhaltet im wesentlichen Akten des Senators, der Präsidialabteilung (Verwaltung, Wirtschaftsrecht, Wirtschaftspolitik, Bankenaufsicht), des Amtes für Wirtschaft (Handel, Wirtschaftsförderung, Industrie und Handwerk) und des Amtes für Wirtschaftsordnung (Gewerbeamt, Preisbildung und -überwachung). Der Best. 371-16 II ist wachsend und enthält Unterlagen zu folgenden Themenkomplexen der Wirtschaft: Wirtschaftspolitik, Wettbewerb, Banken- und Versicherungsaufsicht, Wirtschaftsförderung, Handel, Außenwirtschaft, Industrie, Handwerk, Gewerbe, Forschung, Verkehr.
(Ga)

371-16 II Behörde für Wirtschaft und Verkehr II

<1954->; (1886) 1901,1928-1985; 175,0 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
s. 371-16 I

371-17 Personalrat bei der Behörde für Wirtschaft und Verkehr

1945-1972; 2,6 m; Bestandsverzeichnis
Zur Wahl und Bildung von Personalvertretungen in den hamburgischen Behörden kam es, als die Wahl von Betriebsräten in Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Verwaltungen durch das Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10.04.1946 vorgeschrieben wurde. Eine eigenständige gesetzliche Regelung kam in Hamburg erst mit dem Hamburgischen Personalvertretungsgesetz vom 18.10.1957 zustande. Auch bei der im November 1946 neu gebildeten Verwaltung (seit 1947 Behörde) für Wirtschaft und Verkehr wurde ein Betriebsrat (später Personalrat) gewählt, in dem Vertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter die Interessen der Beschäftigten wahrnahmen.

Der wachsende Best. enthält im wesentlichen Unterlagen zur allgemeinen Betriebs-, später Personalratsarbeit (Protokolle der Plenar- und Ausschußsitzungen des Personalrats, Protokolle der Betriebsversammlungen, Betriebsvereinbarungen, Rundschreiben, Wahlen, Betriebszeitung, Gewerkschaftsarbeit), zu Organisationsangelegenheiten (Angelegenheiten einzelner Dienststellen, Stellenplanangelegenheiten, Sozialangelegenheiten) und zu Personalangelegenheiten der Behörde (Veränderungen von Tätigkeiten und Laufbahnen, Beurteilungen, Disziplinarangelegenheiten und spezielle Personalvorgänge).
(Ga)

372 ELB- UND HAFENVERWALTUNG

372-2 ELBKOMMISSIONEN

372-2/1 4. und 5. Elbschiffahrts-Revision-Commission

1858-1863; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

Durch die Wiener Kongreß-Akte vom 09.06.1815 wurden die Elbuferstaaten Österreich, Preußen, Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Mecklenburg, Hannover, Dänemark (für Lauenburg und Holstein) und Hamburg (zugleich als Vertreter Lübecks wegen des gemeinsamen Besitzes des Amtes Bergedorf) verpflichtet, die Elbzollverhältnisse und andere Angelegenheiten der Elbschiffahrt einer Revision zu unterziehen und durch einen Vertrag zu regeln. Nach langen Verhandlungen der ersten Elbschiffahrts-Commission wurde am 23.06.1821 in Dresden die Elbschiffahrts-Akte unterzeichnet, die 1822 in Kraft trat. Änderungsbestrebungen an diesem Regelwerk führten später zur Einsetzung von sogenannten Elbschiffahrts-Revisions-Commissionen, welche nach einander 1824 in Hamburg, 1842 in Dresden, 1850 in Magdeburg, 1858 und 1863 wieder in Hamburg zusammentraten und sich auf diverse Modifizierungen verständigten.

Der Best. enthält in der ersten Abteilung die Protokolle und Aktenstücke der 4. Elbschiffahrts-Revisions-Commission sowie der Stromschau-Commission, in der zweiten Abteilung Protokolle und Akten der 5. Elbschiffahrts-Revisions-Commission nebst Urkunden und Ratifikationsinstrumenten.
(Ga)

372-2/2 Internationale Elbekommission

1921-1931; 0,5 m; vorläufiges Verzeichnis

Gemäß den Festsetzungen des Vertrages von Versailles vom 28.06.1919 wurde 1921 eine Internationale Elbe-Kommission aus Vertretern der deutschen Elbuferstaaten, der Tschechoslowakei, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Belgiens eingerichtet und beauftragt, über die Aufrechterhaltung der Freiheit der Schiffahrt und Unterhaltung wie Verbesserung der schiffbaren Wasserstraße zu wachen.

Die Protokolle der Kommission von 1921-1931 liegen - teils in französischer, teils in deutscher Sprache gedruckt bzw. vervielfältigt - nur lückenhaft vor. Vorhanden sind zudem Jahresberichte über die Schiffbarkeit und die Schiffahrtsverhältnisse der Elbe von 1924-1930. Ursprünglich bei der Senatskanzlei vorhanden gewesene Akten der Kommission müssen als verloren gelten.
(Ga)

372-3 Hamburgische Marineverwaltung in Hamburg und Cuxhaven

1805-1932; 10,0 m; Bestandsverzeichnis

Der 1814 gegründeten Schiffahrt- und Hafendeputation unterstanden das Wasserbauwesen (als Vorläufer von Strom- und Hafenbau) und das Marinewesen. Die hamburgische Marineverwaltung wurde von dem Kommandeur und Lotsinspektor in Cuxhaven geleitet, der später die Amtsbezeichnung Direktor des Marinewesens führte, nach ihm rangierte der Inspektor des Arsenal- und Tonnenwesens in Hamburg, ab 1864 Marineinspektor, ab 1912 Marinedirektor.

Der in Akten und Amtsbücher gegliederte Best. entstammt aus den Sonderregistraturen der Marineinspektion (später Marineverwaltung) Hamburg und des Kommandeurs und Lotsinspektors (später Marineverwaltung Cuxhaven). Der erste Teil besteht im wesentlichen aus Schriftstücksammlungen zu folgenden Materien: Vermessung und Zulassung von Leichterschiffen und Elbkähnen, Leuchtschiffe und Leuchttürme, Beschaffungen für das Arsenal, Elbfahrwasser, Staatsschiffe, Kräne, Waagen, Hafenfähren, Tonnen, Hafenverkehr, Mobilmachung und Krieg (1870-1872), Strandvogt und Schiffsvermessung. Bei den Amtsbuchreihen bieten die 67 Bände der Lotszettelbücher (1869-1912) Informationen über die Namen und Herkunftshäfen der in Cuxhaven angekommenen Schiffe und andere Angaben. Chronologisch oder grob alphabetisch geführte Bücher geben Auskunft über in Hamburg angekommene Schiffe (1900-1909), Segelschiffe (1900-1913) und Dampfschiffe (1900-1913). Bemerkenswert sind zudem Aufzeichnungen über das Wetter, Gezeiten, Wasserstände und Windstärken.

Hinweis: 377-4
(Ga)

372-10 REICHSWASSERSTRASSENVERWALTUNG

372-10/1 Wasserstraßendirektion

1900-1932; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Die Wasserstraßendirektion Hamburg wurde als eine dem Reichsverkehrsminister unterstehende Mittelbehörde 1925 eingerichtet. Unterstellt waren ihr je ein Wasserstraßen- und ein Schiffahrtsamt in Hamburg und Cuxhaven.

Die wenigen Vorgänge des Best. betreffen Schiffsunfälle und Wrackbeseitigung.
(Ga)

372-10/2 Wasser- und Schiffahrtsamt Hamburg

1927-1965; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei

Die der Wasserstraßendirektion 1925/1926 unterstellten Dienststellen Wasserstra-

ßenamt Hamburg und Schiffahrtsamt Hamburg wurden nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und Eingliederung der Wasserstraßenverwaltung in den Zuständigkeitsbereich des Bundesverkehrsministers zum Wasser- und Schiffahrtsamt Hamburg zusammengelegt.

Die wenigen erhaltenen Akten betreffen die Dienststellenverwaltung, gewässerkundliche Messungen, Fahrwasserbezeichnungen und Strombauangelegenheiten. Durch Ausbombung 1943 eingetretene Aktenverluste beim Wasserstraßenamt sind die Ursache dafür, daß die Hauptüberlieferung der Jahre 1926 ff. fehlt.
(Ga)

372-10/4 Schiffahrtsamt Cuxhaven

1921-1937; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Nach dem Übergang der Zuständigkeit für die Wasserstraßen auf das Reich 1925 übernahm das der Wasserstraßendirektion Hamburg unterstellte Schiffahrtsamt Cuxhaven einen Teil der seit 1921 innerhalb der Marineverwaltung Cuxhaven abgespaltenen Registratur der Verwaltung der Reichswasserstraßen. 1937 wurden die Aufgaben des Schiffahrtamtes Cuxhaven auf das Wasserstraßenamt Cuxhaven übertragen.

Die nicht vom Wasserstraßenamt Cuxhaven übernommenen Akten wurden zum vorliegenden Best. formiert. Er enthält nur wenige Akten über Dienstfahrzeuge, Flaggen-, Lotssachen und Seezeichen. Bemerkenswert sind zudem Auskünfte an Entente-Kommissionen (1922-1925) sowie eine Akte über den Plan einer (nicht gebauten) Eisenbahnlinie von Rotenburg über Bremervörde nach Cuxhaven (1922).
(Ga)

372-10/5 Wasserstraßenamt Cuxhaven

1921-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Das 1925 eingerichtete, der Wasserstraßendirektion unterstellte Wasserstraßenamt Cuxhaven übernahm (wie das Schiffahrtsamt Cuxhaven) einen Teil der Aufgaben aus dem Tätigkeitsbereich der Reichswasserstraßenverwaltung, 1937 zudem die Aufgaben des Schiffahrtsamtes Cuxhaven.

Drei Akten über Bergungen, Hochwasser- und Sturmschäden, sowie über die Beseitigung von Versandungen bei Hörnum auf Sylt wurden zum vorliegenden Best. formiert.
(Ga)

372-10/6 Kriegsschädenamt für die Seeschiffahrt

(1939) 1942-1953; 21,3 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei

Zur Regelung der Kriegsschäden der Seeschiffahrt wurde 1943 ein Kriegsschädenamt für die Seeschiffahrt mit Sitz in Hamburg und einer Zweigstelle in Bremen als Feststellungsbehörde erster Rechtsstufe errichtet. Als Mittelbehörde des Reichskommissars für die Seeschiffahrt trat es an die Stelle zahlreicher ziviler und militärischer Stellen. Seine Zuständigkeit erstreckte sich auf alle Seeschiffe. 1948 kamen noch Aufgaben auf dem Gebiet der Besatzungsschäden der Seeschiffahrt hinzu. 1950 wurde das Amt aufgelöst. Seine Aufgaben wurden der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Hamburg übertragen.

Der Best. enthält Verwaltungs- und Schadensakten. Die nach den Reedereien in alphabetischer Namenfolge geordneten Akten der einzelnen Schiffsschadensfälle infolge Kriegseinwirkung oder Kriegsfolgewirkung bilden den Kern des Best.. Die Hauptschadensakten enthalten neben den Angaben über den Schaden selbst oft Schiffstagebuchauszüge und Berichte über Bergung und Reparatur von Schiffen. Ihr z.T. schiffahrts- und kriegsgeschichtlich wertvoller Inhalt ist auf sogenannten Erschließungsbögen erfaßt, die gesondert aufgestellt sind.

Hinweis: Schriftgut des früheren Kriegsschädenamtes, soweit die Schiffseigner (Antragsteller) ihren Firmen- oder Wohnsitz im Küstenbereich zwischen Weser und Ems sowie am Unterlauf dieser beiden Flüsse hatten, wird im Staatsarchiv Bremen verwahrt.
(Ga)

373 SCHIFFAHRTSAUFSICHT

373-1 Wasserschout

1691-1873; 8,3 m; Bestandsverzeichnis

Der seit 1691 in Hamburg amtierende Wasserschout hatte die Aufgabe, die An- und Abmusterungen der Seeleute entgegenzunehmen und zu protokollieren. Aus den Meldungen stellte er Besatzungslisten der Schiffe mit Angaben der Heuer zusammen. Er hatte auf die Qualität der Bewerber zu achten, Dienstantritte zu überwachen und Streitigkeiten unter Seeleuten zu schlichten. Er nahm zudem Meldungen über Geburts- und Todesfälle auf hamburgischen Schiffen sowie Beschwerden entgegen.

Das Amt des Wasserschouts übernahm 1873 aufgrund der Reichsseemannsordnung das Seemannsamt Hamburg (s. 373-10).

Der Best. besteht überwiegend aus Protokollreihen. Musterungsprotokolle liegen erst seit 1760 vor.
(Ga)

373-2 Zolljacht

1803-1899; 13,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Zolljacht wurde als mobile Dienststelle der Admiralität im Oktober 1787 durch Vereinigung der bisherigen beiden Ausliegerschiffe eingerichtet. Sie diente zur Überwachung der Zölle und zur Wahrnehmung strompolizeilicher Aufgaben auf der Elbe zwischen dem damaligem Hafeneingang am Niederbaum und der Grenze bei Altona. Als mit der Ausgestaltung der Hafenanlagen diese Aufgaben von anderen Dienststellen wahrgenommen wurden, übernahm die Zolljacht als Haupttätigkeit die Registrierung des Schiffsverkehrs im Hamburger Hafen. 1871 wurde die letzte Zolljacht verkauft. Die Mannschaft bezog daraufhin den westlichen Ponton der St. Pauli-Landungsbrücken; die Dienststelle führte seitdem die Bezeichnung "Wachtschiff am Jonas", die Stelle des Kapitäns wurde 1899 nicht wieder besetzt.

Akten über die Verwaltung der Zolljacht, über die allgemeine Zollaufsicht und strom- und hafenpolizeiliche Aufgaben machen nur einen geringen Teil der erhaltenen Überlieferung aus. Die Hauptmasse besteht aus den von 1849 bis 1899 geführten Registern der angekommenen und abgegangenen Schiffe. Die Register sind chronologisch geführt, teilweise alphabetisch nach den Namen der Schiffe oder der Schiffer unterteilt. Sie setzen die Reihe der im Best. 314-1 geführten Register fort. Für die Registrierung des Schiffsverkehrs nach 1899 ist der Best. 372-3 heranzuziehen.
(Ga)

373-4 Dispachewesen

1796-1904; 28,0 m; Bestandsverzeichnis
Zur Feststellung von Havarien und sonstigen Schäden an Schiffen und Ladungen bestellte der Rat (Senat) seit 1639 einen Dispacheur. Das Dispachewesen war von 1783 bis 1811 der Admiralität, ab 1815 der Schiffahrts- und Hafendeputation und deren Nachfolgebehörden unterstellt. Nachdem das Gesetz über das Dispachewesen schon 1922 vereidigte Dispacheure neben dem Dispache-Kontor zugelassen hatte, wurde das Dispache-Kontor Ende April 1924 aufgelöst.

Der vorliegende Best. umfaßt ausschließlich Protokolle und Journale. Die Dispacheurprotokolle enthalten ausführliche Berichte über den Schadenshergang, Kostenaufstellungen und die darüber geführten Verhandlungen. Sie sind in vier Serien für die Jahre

1794-1860 überliefert. Die älteren Serien enden 1811. Vor 1794 geführte Protokolle sind nicht überliefert. Die jüngeren Serien umfassen im wesentlichen den Zeitraum von 1815 bis 1858/1860.
(Ga)

373-5 I Seeamt I

<1878-1986>; 1877-1987; 22,2 m; Bestandsverzeichnis
Dem englischen Vorbild folgend wurden 1877 für im öffentlichen Interesse liegende Untersuchungen von Seeunfällen deutscher Kauffahrteischiffe sowie ausländischer Schiffe innerhalb der deutschen Küstengewässer Seeämter als Landesbehörden errichtet. Ihre Zuständigkeit richtete sich nach dem Heimathafen der Schiffe, dem Unfallort oder dem Hafen, der nach dem Unfall angelaufen wurde. Zum Bezirk des Seeamts Hamburg wurde die Küste "von Dove fief Faden bis zur Westgrenze des Amts Ritzebüttel und einer Linie von dort bis zur Wester Till Tonne" bestimmt. 1891 kam die Insel Helgoland hinzu. Die Untersuchungen waren auf die Ermittlung der Unfallursachen beschränkt, konnten aber bei Verschulden von Patentinhabern auf Entziehung der Gewerbeerlaubnis erkennen. Von März 1945 bis Mai 1948 fanden keine Verhandlungen statt. Seit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts von 1969 galten die Seeämter als Verwaltungsbehörden, ihre Sprüche als Verwaltungsakte. Die Aufsicht über das Seeamt Hamburg, die wiederholt gewechselt, überwiegend aber bei der Landesjustizverwaltung gelegen hatte, wurde 1970 der Behörde für Wirtschaft und Verkehr übertragen. Grundlegende Änderungen erfolgten durch das Seeunfalluntersuchungsgesetz vom 06.12.1985. Es übertrug insbesondere die Untersuchungen dem Bund, womit die Tätigkeit des Seeamts Hamburg als Landesbehörde am 30.09.1986 endete.

Der Best. enthält das seit Aufnahme der Tätigkeit 1878 bis zum Übergang auf den Bund entstandene Schriftgut, insbesondere die jahrgangsweise gebundenen Sprüche und Untersuchungsakten der Jahre 1896 bis 1902, 1933 bis 1938 und 1953 bis September 1986 in Auswahl. Neben wenigen Verwaltungsakten sind auch die Entscheidungen des Oberseeamts von 1878 bis 1926 und eine Sammlung von Gerichtsentscheidungen in einzelnen Seeunfallsachen der Jahre 1879 bis 1934 vorhanden.
(St)

373-5 II Seeamt II

<1986->; 1986-; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Das Seeamt Hamburg wurde als hamburgische Dienststelle Ende September 1986 aufgelöst. Ab 01.10.1986 obliegt die Untersuchung von Schiffsunfällen dem als Dienststelle der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord eingerichteten Seeamt Hamburg im Rahmen der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes.

Der wachsende Best. wurde zur Aufnahme der Sprüche und Untersuchungsakten (in Auswahl) der Bundesbehörde Seeamt Hamburg eingerichtet. Er enthält bisher nur eine laufend ergänzte Sammlung der Seeamtssprüche.
(Ga)

373-6 Seedisziplinarkammer

1941-1944; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Die Seedisziplinarkammer Hamburg ist im Januar 1941 errichtet worden und hatte die Aufgabe, Disziplinarverfahren in erster Instanz gegen Offiziere der Handelsmarine durchzuführen. Die örtliche Zuständigkeit erstreckte sich auf den Bezirk des Seeamtes Hamburg. Gegen das Urteil einer Seedisziplinarkammer konnte Berufung beim Seedisziplinarhof des Reiches eingelegt, der beim Reichsoberseeamt in Hamburg gebildet worden war. Gegen Ende des Jahres 1944 hat die Seedisziplinarkammer ihre Tätigkeit eingestellt.

Das Registraturgut der Seedisziplinarkammer Hamburg (Verwaltungs- und Verfahrensakten) ist anläßlich eines Umzuges des Seeamtes 1972 vernichtet worden. Der Best. beinhaltet als Ersatzüberlieferung eine nicht ganz vollständige Sammlung der Urteilsausfertigungen der Seedisziplinarkammer Hamburg, die dem Seedisziplinarhof des Reiches zur Kenntnisnahme zugegangen sind. Kopien hiervon wurden dem Staatsarchiv 1972 vom Bundesarchiv zur Verfügung gestellt.
(Ga)

373-7 I Auswanderungsamt I

<1840-1944>; 1840-1944; 71,0 m; Bestandsverzeichnis, Kartei
Zur Beaufsichtigung des gesamten Geschäftsbetriebes der Auswandererexpedition wurde 1855 die Deputation für das Auswandererwesen eingerichtet. Diese übernahm ein durch den 1850 gegründeten Verein zum Schutze von Auswanderern unterhaltenes Nachweisungsbüro für Auswanderer, dessen Angestellte fortan als Polizei-Offizianten für das Auswandererwesen (Auswandererpolizei) fungierten. Die vor 1855 von der Polizeibehörde wahrgenommenen Aufgaben (Entgegennahme der Auswandererlisten, Gestatten des Abfahrens der Auswandererschiffe) verblieben dort. 1887 wurde die Deputation in Behörde für das Auswandererwesen umbenannt. Ihr wurden auch die wesentlichen Aufgaben der Polizeibehörde im Auswandererwesen übertragen. 1918 übernahm die Behörde auch noch die restlichen der von der Polizeibehörde wahrgenommenen Auswanderangelegenheiten (Aufsicht über die Auswanderer auf Bahnhöfen, Fürsorge für Rückwanderer und die Aufsicht über die Auswandererhallen). Das Polizeibüro bei den Auswandererhallen wurde in Dienststelle Überseeheim umbenannt und 1934 aufgelöst. 1928 erhielt die Behörde für das Auswandererwesen die Bezeichnung Auswanderungsamt und unterstand nunmehr der Deputation für Handel, Schiffahrt

und Gewerbe.

Der Best. wurde aus den von der Polizeibehörde geführten Auswandererlisten, den bis 1877 geführten Protokollreihen mit Anlagebänden der Deputation, den Akten der nach 1887 eingerichteten Behördenregistratur sowie aus einer Sonderregistratur des Polizeibüros bei den Auswandererhallen gebildet. Ergänzungen erfolgten aus der Überlieferung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft - Amt für Hafen und Schiffahrt. Die Listen der Auswanderer (1850-1934) und Rückwanderer (1920-1935) bilden den eigentlichen Kern des Best.. Sie sind aus konservatorischen Gründen nur als Mikrofilme benutzbar. Die Listen ab 1935 (Rückwandererlisten ab 1936) sind kriegsbedingt verlorengegangen. Der Best. enthält zudem Informationen über die Tätigkeit der im Auswandererwesen tätigen Dienststellen (Jahresberichte, Statistiken), über Auswanderergesetzgebung, Auswandererpolitik, Aus- und Einwanderungswesen im Ausland, Auswandererbetreuung und -schutz, Auswandererexpedienten und -agenten, Beherbergungsbetriebe, Auswandererschiffe und sonstige Auswandererangelegenheiten.

Hinweis: 613-4/8
(Ga)

373-7 II Auswanderungsamt II

<1947->; 1947-1968; 1,0 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei
Die Auswanderungsangelegenheiten nahm nach dem Zweiten Weltkrieg das Auswanderungsamt wahr. Es blieb der jeweils für die Schiffahrt zuständigen Fachbehörde als Amt oder Abteilung eingegliedert.

Im Best. sind die in das Archiv gelangten Behördenunterlagen zum Auswanderungswesen nach 1945 zusammengefaßt. Auswandererlisten sind erstmals wieder ab Dezember 1947 gesammelt worden. Sie liegen für die Jahre 1947-1956 und 1960-1964 vor. Weitere Listen gibt es über die im Überseeheim Finkenwerder untergebrachten bzw. abgefertigten Auswanderer 1949-1959 und über die per Flugzeug nach Australien 1954-1970 und nach den USA 1961-1964 Ausgereisten (Fluglisten des Intergovernmental Committee for European Migration).

Hinweis: 611-20/34
(Ga)

373-10 Seemannsamt

1870-1978; 15,0 m; Bestandsverzeichnis

Das 1873 aufgrund der Reichsseemannsordnung errichtete Seemannsamt setzte die Tätigkeit des Wasserschouts (s. 371-1) fort. 1938 übernahm die Seeberufsgenossenschaft wesentliche Aufgaben des Seemannsamtes. Dabei wurden die 1873 beginnenden Musterungsrollen und -protokolle sowie die 1897 eingerichtete Kartei des Seemannsamtes der Seeberufsgenossenschaft teilweise abgegeben. Das Seemannsamt blieb stets der für die Schiffahrt zuständigen Fachbehörde unterstellt. Die Ausbombung des Seemannsamtes im Juni 1944, nicht genehmigte Kassationen 1960 bei der Seeberufsgenossenschaft und die Flutkatastrophe 1962 bewirkten erhebliche Schriftgutverluste.

Der lückenhafte Best. enthält u.a. Abschriften der An- und Abmusterungsprotokolle des Jahres 1873, Nachweisungen der Seefahrtszeiten 1891-1895, ein chronologisch geführtes Unfallregister 1888-1896 und von 1870-1912 reichende Statistiken. Musterungsprotokolle für Seeschiffe (alphabetisch nach Schiffsnamen geordnet) haben sich für die Jahre 1895-1978 erhalten. Außerdem liegen vor: Musterungsprotokolle für Küstenschiffe 1947-1970 und für Fischkutter und -logger 1953-1967.
(Ga)

374 POST- UND LANDVERKEHRSAUFSICHT

374-2 Hamburgisches Post- und Telegraphenwesen

1716-1869; 2,1 m; Bestandsverzeichnis

Das Botenwesen der Stadt Hamburg und der Briefverkehr wurden seit dem 16. Jh. von den Älterleuten der Kaufmannsgesellschaften, den späteren Börsenalten, organisiert. Fremde Postanstalten (z.B. Amsterdamer Botenpost, Dänisches Postamt) standen mit den Hamburger Boten im Wettbewerb. 1821 wurde eine provisorische Postverwaltungskommission eingesetzt und ein hamburgisches Postregal eingeführt. Die endgültige Organisation des gesamten hamburgischen Postwesens erfolgte 1832 mit der Schaffung der Postverwaltungsdeputation. Ihre Geschäfte übertrug man zusammen mit dem hamburgischen Telegraphenwesen 1863 der Deputation für Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen. Die Hamburger Postanstalten der deutschen Staaten wurden 1868 zum Oberpostamt des Norddeutschen Bundes vereinigt, die ausländischen Postämter geschlossen. Das Telegraphenamt Hamburg wurde 1868 der Generaldirektion der Telegraphen des Norddeutschen Bundes unterstellt, die Bearbeitung der Eisenbahnangelegenheiten ging bereits 1866 auf das Eisenbahn-Commissariat über.

In dem Best. wurden die beim Oberpostamt des Norddeutschen Bundes unter Vermischung verschiedener Provenienzen gebildeten Sachakten sowie die Amtsbücher zusammengefaßt. Er ist in zwei Teile gegliedert. Teil A (Postwesen) enthält u.a. allgemeine Verwaltungssachen, Unterlagen über Beziehungen zu den Postverwaltungen

fremder Staaten und über verschiedene Posteinrichtungen. Teil B (Telegraphenwesen) gibt vor allem Auskunft über Telegraphenverträge und -anlagen.

Lit.: 100 Jahre Telegraphenamt Hamburg 1.1.1868-1.1.1968, Hamburg 1968 (= Postgeschichtliche Blätter, Ausgabe 1968)
(Ga)

374-4 I Postdienststellen I

<1868-1950>; 1886-1951; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Der Sammelbestand erschließt das Schriftgut der folgenden Postdienststellen aus dem Bezirk der Oberpostdirektion Hamburg: Postamt Hamburg 1 (Hühnerposten) 1886-1904, Postamt Bergedorf (Postamt 80 Hamburg) 1904-1951, Küstenfunkstelle Norddeich-Radio 1926-1968 und Fernamt Hamburg 1939-1945.

Hinweis: 374-6 II
(Ga)

374-6 I Oberpostdirektion I

<1868-1925>; 1814-1931; 30,0 m; Bestandsverzeichnis
1871 gingen die Post- und Telegrapheneinrichtungen auf das Deutsche Reich über. Zum 01.04.1873 wurde das Hamburger Oberpostamt zu einer Oberpostdirektion erhoben, der eine Reihe von Postanstalten aus den Bezirken Hannover und Kiel zugeteilt wurden. 1876 kam auch der Bezirk des Lübecker Oberpostamtes hinzu. Zur gleichen Zeit wurde in den Bezirken die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens bei der Oberpostdirektion zusammengefaßt. Die 1868 eingerichtete Registratur wurde von der Oberpostdirektion übernommen, mehrfach verändert und bis in die 1920er Jahre fortgeführt.

Der Best. enthält im wesentlichen das Schriftgut der ersten Registraturschicht (1868-1925) und gliedert sich in einen allgemeinen Teil und einen auf den Direktionsbezirk Hamburg ausgerichteten spezielleren Teil zum Post- und Telegraphenwesen.

Lit.: Ulrich Frick, 90 Jahre Oberpostdirektion Hamburg, in: Postgeschichtliche Blätter, 1963, S. 5-11
(Ga)

374-6 II Oberpostdirektion II

<1925-1957>; (1869-) 1925-1957; 9,4 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Reichsverfassung von 1919 faßte das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen im Reichspostministerium als einheitliche Reichsverwaltung zusammen. Das Reichspostfinanzgesetz vom 18.03.1924 verselbständigte die nunmehrige Deutsche Reichspost

in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Oberpostdirektion Hamburg, die von 1934-1947 die Bezeichnung Reichspostdirektion Hamburg führte, stellte sich ab 1939 auf den Kriegszustand ein (u.a. Feldpost, Luftschutz, postdienstliche Betreuung der besetzten Gebiete). Nach der deutschen Kapitulation stellte die Reichspostdirektion Hamburg auf englische Anordnung am 07.05.1945 alle Postdienste ein. Ab Juli 1945 begann der zivile Postdienst wieder zu arbeiten. Der weitere Wiederaufbau erfolgte unter Aufsicht britischer Stellen. Seit Herbst 1946 unterstand die Hamburger Direktion der Hauptverwaltung für das Post- und Fernmeldewesen des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes in Frankfurt am Main, ab Juni 1947 des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, nun wieder unter der alten Bezeichnung Oberpostdirektion Hamburg. Ab 01.04.1950 wurde das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen die vorgesetzte Behörde.

Der aus Ablieferungssplittern zur zweiten Registraturschicht formierte Best. umfaßt im wesentlichen das Schriftgut der Periode der Deutschen Reichspost ab 1925 bis zur Einführung der Deutschen Bundespost 1950. Er enthält Schriftgut aus den Bereichen: Zentrale Organisation und Verwaltung, Beschaffungs- und Haushaltswesen, Personal-, Post-, Fernmeldewesen, See- und Schiffspost, See- und Küstenfunk.
(Ga)

374-6 III Oberpostdirektion III

<1950->; 1936-1993; 20,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der wachsende und noch nicht mit einem Findbuch erschlossene Best. nimmt das archivwürdige Schriftgut der Oberpostdirektion Hamburg auf, das seit 1950 (Gründung des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen) erwachsen und nach den Einheitsaktenplänen der Bundespost registriert ist.
(Ga)

374-7 Oberpostdirektion - Personalakten

1833-1959; 4,2 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der Best. enthält 104 Personalakten von Bediensteten, die in Dienststellen im Bereich der Oberpostdirektion Hamburg tätig waren, u.a. die des 1877 geborenen Obertelegraphenassistenten Hermann Boßdorf, der als niederdeutscher Autor bekannt geworden ist.
(Ga)

374-9 Senats- und Bürgerschaftskommission für das Verkehrswesen

(1860-1895) 1896-1927; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

1896 wurde die Senats- und Bürgerschaftskommission für das Verkehrswesen eingesetzt, um Fragen der Neuerungen und Umgestaltungen des Verkehrswesens zu erörtern und zu prüfen, wie die Entwicklung der öffentlichen Verkehrseinrichtungen gefördert werden sollte. Am 28.11.1927 wurde die Kommission aufgehoben.

Der Best. enthält Protokolle der Kommission (1896-1918) und Beratungsunterlagen (Protokollauszüge samt Anlagen) zu den Themenkreisen: Eisenbahnen, Alsterkanalisierung, Vorortsbahnen, Straßenbahnen, Marktverhältnisse und Bahnverbindung mit den Walddörfern.

(Ga)

374-10 Senatskommission für die Eisenbahnangelegenheiten

1876-1934; 8,2 m; Bestandsverzeichnis

Das für die Eisenbahnangelegenheiten seit 1867 im Zusammenhang mit der durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes bedingten Neuordnung zuständige Eisenbahn-Commissariat wurde 1896 durch die Senatskommission für die Eisenbahnangelegenheiten ersetzt. Für die technischen Angelegenheiten war daneben eine Abteilung der Baudeputation zuständig; des weiteren befaßten sich die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe sowie die Polizeibehörde mit dem Eisenbahnwesen. Von 1906-1921 bestand eine besondere Senatskommission für die Stadt- und Vorortsbahnen (s. 374-12), deren Aufgaben und Akten 1921 auf die Senatskommission für die Eisenbahnangelegenheiten übergingen. 1928 wurde die Senatskommission aufgelöst. An ihre Stelle trat die Abteilung für Eisenbahnangelegenheiten in der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe.

Die Registratur der Senatskommission wurde bei der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe bis in die 1930er Jahre weitergeführt und dann an das Staatsarchiv abgeliefert. Die Akten wurden im Registraturzusammenhang belassen und bilden den Best., der sich drei Teile gliedert: Allgemeine Eisenbahnangelegenheiten, Hamburgische Eisenbahnangelegenheiten sowie Schaffung eines Zentralbahnhofs und einer Güterumgehungsbahn.

(Ga)

374-12 Senatskommission für Stadt- und Vorortsbahnen

1893-1929; 3,4 m; Bestandsverzeichnis

Die 1906 begründete Senatskommission für die Stadt- und Vorortsbahnen wurde 1921 wieder aufgehoben. Wie vor der Begründung wurden nunmehr die Aufgaben wieder von der Senatskommission für die Eisenbahnangelegenheiten (s. 374-10) wahrgenommen.

Nach deren Auflösung 1928 ging die Aufsicht über die Stadt- und Vorortsbahnen z.T. auf die Polizeibehörde über.

Die den Best. bildende besondere Registratur der aufgelösten Senatskommission wurde teilweise bis 1928 fortgeführt und enthält neben Unterlagen über die Arbeit der Kommission selbst (Protokolle, Rechnungswesen) Material zum Bau und Betrieb von elektrischen Stadt- und Vorortsbahnen (Hochbahn und ihre Zweiglinien, Freihafenbahn, Walddörferbahn, Langenhorner Bahn, Straßenbahnangelegenheiten). Wegen gewisser Registraturvermischungen ist stets auch die Überlieferung der Senatskommission für die Eisenbahnangelegenheiten (s. 374-10) heranzuziehen.
(Ga)

374-13 Eisenbahndirektion - Verwaltungsakten

1871-1994; 7,7 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der 1884 als öffentliche Behörde in Altona eingerichteten "Königliche Eisenbahn-Direktion" wurde zunächst die Verwaltung der Altona-Kieler Eisenbahn übertragen, 1885 auch die bereits 1846 eröffnete Berlin-Hamburger Bahn. 1886 wurden die bisher zum Eisenbahndirektionsbezirk Hannover gehörenden Bahnanlagen in Hamburg einschließlich der Strecke von Hamburg bis zur Süderelbe dem Bezirk der Altonaer Direktion zugeteilt. Um 1900 gehörten ganz Schleswig-Holstein bis hinauf nach Jütland, Gebietsteile von Niedersachsen und Mecklenburg, Hamburg und die Verbindungsstrecke Hamburg-Berlin zur Direktion Altona. Die Abtretung Nordschleswigs nach dem Ersten Weltkrieg und die Folgen des Zweiten Weltkrieges veränderten das strukturelle Bild und brachte es mit sich, daß die Direktion im Laufe der Zeiten ihren Namen mehrfach änderte. Aus der preußischen "Königlichen Eisenbahndirektion" wurde 1918 die "Eisenbahndirektion Altona", 1922 die "Reichsbahndirektion Altona", dann – nach der Eingemeindung Altonas nach Hamburg – 1937 die "Reichsbahndirektion Hamburg", 1949 schließlich die "Eisenbahndirektion Hamburg" und 1953 die "Bundesbahndirektion Hamburg". Die zum 01.01.1994 vollzogene Bahnstrukturreform wandelte die Bundesmittelbehörde "Bundesbahndirektion Hamburg" in einen Teilbereich der Firma Deutsche Bahn AG um und leitete die Auflösung der Direktion ein.

Erste Schriftgutablieferungen aus der Altregistratur der Bundesbahndirektion Hamburg im Jahre 1964 führten zur Bildung der Bestände 621-1 Lübeck-Büchener-Eisenbahn-Gesellschaft und 374-13 Eisenbahndirektion. Liegenschaftsakten der Altonaer bzw. Hamburger Direktion und der von ihr übernommenen Privatbahnen der Jahre 1840 - 1978 gelangten 1979 ins Staatsarchiv und wurden hier zum Bestand 374-14 Eisenbahndirektion – Liegenschaftsakten formiert. Die im Zuge der Auflösung der Direktion 1995 ins Staatsarchiv übernommenen Unterlagen wurden 1995/1996 mit den bereits im Best. 374 –13 Eisenbahndirektion verwahrten Akten zum vorliegenden Best. zusammengefaßt. Die parallel zur Übernahme der Verwaltungsakten 1995 erfolgte

Ablieferung umfangreicher Planunterlagen führte zur Bildung des Best. 374-15 Eisenbahndirektion – Pläne.

Der Best. enthält Unterlagen zu folgenden Bereichen der Bahnverwaltung: Statistik, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Presseveranstaltungen, Betriebswerke, Kraftwerke für den elektrischen Zugbetrieb, Organisationsangelegenheiten, Datenverarbeitung, Geschäftspläne, Vorschriftenwesen und Personalwesen.
(Ga)

374-14 Eisenbahndirektion - Liegenschaftsakten

1840-1978; 221,0 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Band 1: Gesamtübersicht
Band 2: Liegenschaftsakten bis 1927 (Verz. D)
Band 3: Achtrup - Handeloh (Verz. A - ab 1927)
Band 4: Handeloh - Nüssau (Verz. B - ab 1927)
Band 5: Oberndorf - Ziegelteich (Verz. C - ab 1927)
Band 6: Privatgleisanschlußkarten (Verz. E)
Band 7: Strecken der ehemaligen Lübeck-Büchener-Eisenbahngesellschaft (LBE, Verz. F)
Band 8: Nachträge zu den Verzeichnissen D,E,F (Verz. N)

Nachdem sich das Eisenbahnwesen einschließlich des Erwerbs, Errichtens und Unterhalts von Strecken und deren Baulichkeiten im Laufe des 19. Jh. überwiegend privatwirtschaftlich entwickelt hatte, ging Preußen seit den 1880er Jahren zu einer Staatsbahnpolitik über. Es bemühte sich, bestehende Strecken in Staatsbesitz zu bringen und neue staatlicherseits anzulegen. Dies führte nach dem vorherigen Erwerb der Altona-Kieler Eisenbahn 1884 zur Errichtung der Königlich Preußischen Eisenbahndirektion Altona, der bereits 1885 die Bahnlinie Berlin-Hamburg unterstellt wurde. Der Direktionsbezirk der Eisenbahndirektion - seit der Gründung der Deutschen Reichsbahn im Jahre 1920 der Reichsbahndirektion Altona und seit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 der Reichsbahndirektion Hamburg - umfaßte Hamburg, Schleswig-Holstein, Teile Mecklenburgs und die Provinz Hannover. Die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg brachte den Verlust der östlichen Streckenteile und Einrichtungen. Nach der Gründung der Deutschen Bundesbahn 1949 und der 1951 erfolgten Umbenennung in Bundesbahndirektion Hamburg reduzierte sich der Direktionsbezirk auf Schleswig-Holstein, Hamburg sowie auf einen Streifen Niedersachsens südlich der Elbe von Cuxhaven bis in die Lüneburger Heide.

Der Best. vereinigt die Liegenschaftsakten von der Eisenbahndirektion Altona bis zur Bundesbahndirektion Hamburg mit den Strecken, Gebäuden und sonstigen Anlagen

unter Einschluß der von der staatlichen Bahnverwaltung übernommenen Bahnen anderer Träger.

Lit.: 75 Jahre Bundesbahndirektion Hamburg, in: Hamburger Blätter für alle Freunde der Eisenbahn, 6 (1959), Heft 5/6
(Ga)

374-15 Eisenbahndirektion - Pläne

1945-1975; 4,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Infolge der Privatisierung der Bundesbahn trennte sich die vormalige Direktion Altona auch von umfänglichen Planbeständen, die dem Staatsarchiv übergeben wurden. Hinzu kommen Pläne, die aus den Akten des Bestandes 374-14 Eisenbahndirektion-Liegenschaftsakten herausgelöst wurden.

Während die erste Ablieferung insbesondere Grunderwerbs-, Grundeigentums-, Strecken-, Bahnhofs- und Ingenieurvermessungen umfaßt, kommen aus den Liegenschaftsakten auch zahlreiche Bau- und Gerätepläne hinzu, so daß eine recht weitgespannte Dokumentation über die Liegenschaften und die verschiedenartigen technischen Installationen der Eisenbahn im ehemaligen Direktionsbezirk entsteht.
(LS)

375 HANDELSAUFSICHT

375-1 Makler-Deputation

1684-1870; 1,8 m; Bestandsverzeichnis
Im Rezeß von 1579 findet sich die älteste die Makler betreffende gesetzliche Vorschrift. 1651 wurde die Makler-Deputation, die sich später aus vier Mitgliedern des Rates, zwei Deputierten des Kollegiums der Oberalten und sämtlichen Mitgliedern der Commerz-Deputation zusammensetzte, eingerichtet und die erste förmliche Makler-Ordnung erlassen. Nur die von der Makler-Deputation vereidigten Makler hatten das Recht, für Dritte Waren zu kaufen und zu verkaufen, Schiffe zu befrachten, Assekuranzen abzuschließen, Immobilien zu kaufen, zu verkaufen und zu vermieten sowie die öffentlichen Geld- und Wechselkurse zu notieren. Die Makler-Deputation achtete auf die Einhaltung der jeweils gültigen Makler-Ordnung, wählte und vereidigte die Makler und entschied über alle auf die Makler-Ordnung gegründeten Klagen. Gegen die Entscheidung der Deputation war nur das Rechtsmittel der Supplikation an den Rat ohne weitere Provokation zulässig. Ende 1870 wurde die Makler-Deputation aufgelöst.

Der Best. enthält im wesentlichen die Protokolle der Makler-Deputation der Jahre 1684-1869 nebst Anlagen der Jahre 1765-1866.
(Ga)

375-2 Kommissionen zur Behebung der Handelskrise von 1857

1857-1858; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Zur Abwendung der Handelskrise 1857 wurde am 06.12.1857 eine Diskontokasse errichtet; eine aus Mitgliedern des Rats, der Oberalten, der Kämmerei und der Commerz-Deputation zu wählende Kommission sollte die in Hamburg zahlbaren, noch für gut und sicher befundenen Wechsel in Diskonto nehmen. Gleichzeitig wurde eine Belehnungskommission gebildet, die die Aufgabe hatte, nach Prüfung der Firmenbestände, Waren und Wertpapiere durch Bargeld oder Kammerbriefe zu beleihen. Schließlich wurde noch eine Vertrauenskommission gebildet, die mit einem aus Österreich geliehenen Kapital von 10 Millionen Mark die größten Handelsfirmen und damit die Gesamtwirtschaft stützen sollte. Nach dem Ende der Krise wurde am 29.04.1858 die Auflösung der Diskontokasse und der beiden Kommissionen beschlossen. Die Abwicklung der Geschäfte und die Einlösung der Wechsel fanden im Juni 1858 ein Ende.

Den Best. bilden die Bücher und Akten (insgesamt 27 Archivalieneinheiten) der genannten drei Institutionen.
(Ga)

375-5 Beschwerdekommission für Handelserlaubnis

1916-1925; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
1916 wurde der Handel mit Lebens- und Futtermitteln - mit Ausnahme des Direktverkaufs an den Verbraucher - genehmigungspflichtig. 1917 wurde die Genehmigungspflicht auf den Handel mit Wein, Tabak und Arzneimitteln ausgedehnt. Erteilt wurden die Genehmigungen durch die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, beim Amt Ritzebüttel und den Landherrenschaften durch besondere Kommissionen für Handelserlaubnis. Beschwerden gegen diese Entscheidungen konnten bei der Beschwerdekommission für Handelserlaubnis vorgebracht werden, die hierüber in zweiter und letzter Instanz entschied. Handelsverbote auf Grund der Bundesratsverordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23.09.1915 wurden in zweiter Instanz bis 1922 durch die Senatssektion für Gewerberekurssachen bearbeitet, anschließend auch durch die Beschwerdekommission. Die Beschwerdekommission wurde 1925 aufgelöst und die Entscheidungen über Beschwerden dem Senat übertragen.

Der Best. enthält vor allem Sitzungsprotokolle der Kommission und ca. 1.500 Einzelfall-Beschwerden.
(Ga)

375-10 Kommission für Darlehenshilfskassen

1917-1925; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Die Kommission für Darlehenshilfskassen wurde 1918 eingesetzt und 1925 wieder aufgelöst. Ihre Aufgabe bestand darin, die Mittelverteilung an die Hilfskassen der Detaillisten- bzw. Gewerbekammer zu regeln und zu überwachen.

Der Best. enthält Unterlagen über die Organisation und Berichterstattung der Kommission sowie über die getroffenen Hilfsmaßnahmen.
(Ga)

376 GEWERBEAUFSICHT

376-2 Gewerbepolizei

1841-1956; 26,9 m; Bestandsverzeichnis
Das Gewerbegesetz vom November 1864 brachte Hamburg die Gewerbefreiheit und stellte bestimmte Gewerbe unter polizeiliche Kontrolle. Die Polizeibehörde richtete zunächst zur Aufgabenerledigung ein Gewerbebüro mit einem Registrator ein. Seit 1893 gehörte die Gewerbepolizei zur Polizeibehörde. 1928 wurden ihr die Aufgaben der bis dahin selbständigen Behörde für das Schankkonzessionswesen (s. 376-4) übertragen. Die zeitweise der Gewerbepolizei unterstellte Hafeninspektion wurde 1928 mit dem Gewerbeaufsichtsamt in die Arbeitsbehörde eingegliedert. Von 1938-1945 gehörte die Gewerbepolizei zur Staatsverwaltung. Ende 1945 wurde aus der bisherigen Abteilung Gewerbepolizei das Gewerbeamt gebildet. 1947 gingen seine Aufgaben zum einen Teil auf das Amt für Wirtschaft, zum anderen Teil (zusammen mit dem Eichamt und der Münze) auf das Amt für Wirtschaftsüberwachung über. Dieses Amt hieß ab 1952 erneut Gewerbeamt und wurde 1955 wieder in das Amt für Wirtschaft eingegliedert.

Den Best. bilden die in der Registratur der Polizeibehörde entstandenen und beim Gewerbeamt fortgeführten General- und die Spezialakten. Neben einer Auswahl von Einzelfallakten der Gewerbeüberwachung gehören hierzu die von 1865-1915 registrierten Gewerbeanmeldungen (Gewerberegister), an die sich eine von 1915-1945 geführte, verfilmte Zentralgewerbekartei anschließt (Fortsetzung s. 371-16 I). Durch wiederholte Zuständigkeitsänderung seit 1945 und Auflösungen von Unterabteilungen sind die Unterlagen teilweise stark zersplittert worden und auch in Verlust geraten.
(Ga)

376-3 Zentralgewerbekartei

1923-1995; 25,6 m; Bestandsverzeichnis

Die im Best. 376-2 Gewerbepolizei von 1865 bis 1914 chronologisch in Buchform geführten Gewerbeanmeldungen sind 1915 auf Karteikarten umgestellt worden. Diese Kartei wurde von 1915 bis Ende 1974 zunächst noch bei der Gewerbepolizei und später bei der Behörde für Wirtschaft und Verkehr geführt. Die Kartei liegt in Zeitabschnitten gegliedert nur noch als Mikrofilm vor. Die Filmsignaturen von 1915 bis 1945 sind im Best. 376-2 Gewerbepolizei verzeichnet. Die Filme von 1946 bis 1974 bilden den Kern dieses Bestandes. Mit der Zusammenstellung der seit 1975 nur noch dezentral in den 22 Bezirks- und Ortsämtern geführten Karteien in ein Gesamtalphabet wird eine Ordnung nach Abmeldezeiträumen vorgenommen. Seit Anfang der 1990er Jahre haben die einzelnen Bezirksämter mit der Umstellung auf eine zentrale DV-gestützte Gewerbekartei begonnen. Damit sind auch zahlreiche Karteikarten der zum Zeitpunkt der Umstellung bestehenden Gewerbebetriebe entbehrlich geworden. Zur Überlieferungssicherung werden auch diese in die zu bildende Gesamtkartei seit 1975 eingefügt.

Reste einer großenteils im Zweiten Weltkrieg vernichteten Gewerbekartei von Altona, die in der Zeit von 1923 bis 1943 geführt wurde, sollen in diesem Bestand zukünftig eine eigene Serie bilden.

Hinweis: Gewerbekartei Harburg von 1895 bis 1961 s. 430-16 Steueramt Harburg; Gewerbekartei der Landherrenschaft Bergedorf von 1869 bis 1946 s. 416-1/1 Landherrenschaften Hauptregistratur; für Wandsbek sind keine Gewerbeanmeldungen überliefert.

(Bo)

376-4 Schankkonzessionswesen

1901-1926; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Die Behörde für das Schankkonzessionswesen wurde 1896 eingesetzt, um über Schankkonzessionsgesuche nach der Gewerbeordnung zu entscheiden. Unter Übertragung der Aufgaben im Stadtgebiet auf die Polizeibehörde und im Landgebiet auf die Landherrenschaft wurde sie Ende März 1928 aufgehoben.

Der Best. enthält u.a. einige wenige Akten zum Thema Alkoholmißbrauch (1904-1912) sowie die Handakten des zuständigen Senators Schemmann (1901-1903). Akten über einzelne Inhaber von Schankkonzessionen (1898-1950) befinden sich im Best. 376-2 (Spezialakten X B 1-39).

(Ga)

376-6 Senatssektion für Gewerberekurssachen

1869-1920; 2,5 m; Bestandsverzeichnis

Die Senatssektion für Gewerberekurssachen wurde in Ausführung der Gewerbeordnung 1869 eingesetzt. Mitte 1882 wurde sie auch zuständig für Rekurssachen im gewerblichen Innungswesen, Ende 1902 für Beschwerden in Schlachtvieh- und Fleischbeschaufragen. Endlich wurde sie während des Ersten Weltkrieges in einer Reihe von kriegswirtschaftlichen Gesetzen als Beschwerdeinstanz bestellt. 1922 ging das Gewerberekurswesen an das Verwaltungsgericht über, lediglich in Beschwerden über Schlachtvieh- und Fleischbeschaufragen blieb die Senatssektion bis 1928 zuständig.

Der Best. gliedert sich in Generalakten (Protokolle und Entscheidungen, Tagebücher) und Einzelfallakten, u.a. über Gast- und Schankwirtschaften, Theater, Lichtspiele, Künstler, Auktionatoren, Makler, Stellenvermittler, Medizinalwesen, Fabriken, Gewerbe und Krankenkassen.
(Ga)

376-7 Eichwesen

1842-1871; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Die aus dem ältesten Weddeherren, dem Archivar, einem Bankbürger und einem Commerzdeputierten bestehende Kommission für Maße und Gewichte wurde 1843 begründet. Ihr wurde ein Justierbeamter unterstellt. Zuvor wurden die Maße und Gewichte durch die Polizeibehörde, vor 1821 durch die Wedde beaufsichtigt. Durch die Maß- und Gewichtsordnung des Norddeutschen Bundes von 1868 wurde das metrische System eingeführt und 1870 ein Haupteichamt in Hamburg begründet. Der Justierbeamte wurde zum Eichinspektor ernannt, die Kommission aufgehoben und das Eichwesen der Deputation für Handel und Schiffahrt unterstellt.

Der Best. enthält im wesentlichen Protokolle, Berichte, Beschlüsse und Bekanntmachungen der Kommission.

Hinweis: 111-1, Cl. VII Lit. Lb Nr. 22b
(Ga)

376-8 I Münzwesen I

1873-1975; 1,9 m; Bestandsverzeichnis

Senat und Bürgerschaft beschlossen 1873, in Hamburg eine Münzstätte einzurichten. Im Frühjahr 1875 nahm die Münze den Betrieb auf. Zunächst fungierte die Bankdeputation, von 1877-1896 die neukonstituierte Kommission für die Münzstätte als Aufsichtsbehörde. 1897 wurde die Münze der Deputation für Handel und Schiffahrt unterstellt. 1943 weitgehend zerstört, erfolgte ab 1946 der Wiederaufbau. 1948 konnte die Münzprägung wieder aufgenommen werden. Von 1938-1945 unterstand die Münze -

mit dem Eichamt zum Staatlichen Münz- und Eichamt zusammengefaßt - der hamburgischen Staatsverwaltung. Nach 1945 wurde die Münze erneut der Behörde für Wirtschaft und Verkehr zugeordnet; die einheitliche Leitung von Eichdirektion, Münze und Staatshüttenlaboratorium endete 1973.

Der Best. enthält zum einen Reste der zwischen 1875 und 1943 entstandenen Akten und Geschäftsbücher der Münze, zum anderen Unterlagen nach 1946, die noch nicht in den Teilaktenplan 726.2 der Behörde für Wirtschaft und Verkehr eingegliedert worden waren und hierher gelangten. Inhaltlich bietet der Best. Informationen über die Verwaltung und Organisation der Münze, über die technischen Einrichtungen (Maschinen, Schmelzöfen, Prägeapparate) und den Münzbetrieb.

Hinweis: Akten der Kommission für die Münzstätte s. 111-1, Cl. VII Lit. Cb Nr. 4 Vol. 10 Fasc. 25

Lit.: Festschrift 650 Jahre hamburgisches Münzwesen, Hamburg 1975
(Ga)

376-8 II Münzwesen II

1949-1973; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. überschneidet sich zeitlich und inhaltlich mit Best. 376-8 I. Er enthält Akten der Münze, die dort bereits in den Aktenplan der Behörde für Wirtschaft und Verkehr (Teilaktenplan 726.2) eingegliedert worden waren.
(Ga)

376-9 Staatshüttenlaboratorium

(1974-) 1975 (-1977); 0,8 m; Bestandsverzeichnis
1893 wurde das Staatshüttenlaboratorium als Untereinheit der Münze errichtet, um diesem als Gutachterstelle für die Bestimmung des Metallgehalts von Erzen zu dienen. Als Aufsichtsbehörde fungierte bis Ende 1896 die Kommission für die Münzstätte, ab 1897 die Deputation für Handel und Schiffahrt. 1940 wurde es als staatlicher Eigenbetrieb verselbständigt. Die Aufsicht führte bis 1945 die Verwaltung für wirtschaftlichen Unternehmen und Verkehrsangelegenheiten, danach die Schulbehörde und ab 1949 die Behörde für Wirtschaft und Verkehr. Das Staatshüttenlaboratorium blieb als Landesbetrieb selbständig bis Ende 1983. 1984 wurde es dem Institut für anorganische und angewandte Chemie der Universität Hamburg angeschlossen.

Das Staatshüttenlaboratorium führte seine Akten selbst, gegliedert nach Aufträgen, Gebühren, Korrespondenzen und Konten. Da die älteren Unterlagen fehlen, wurden im wesentlichen Unterlagen des Jahrgangs 1975 zur Archivierung ausgewählt, um die von 1893-1983 ausgeübte Tätigkeit beispielhaft zu dokumentieren.
(Ga)

376-13 Aufsichtsbehörde für die Innungen

(1869) 1882-1934; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Die Aufsichtsbehörde für die Innungen wurde der Reichsgesetzgebung folgend 1882 eingerichtet. Sie unterstand der Verwaltungsabteilung für Handel und Gewerbe und setzte sich aus einem Senatsmitglied und zwei von der Gewerbekammer abgeordneten Mitgliedern zusammen. Sie war bis 1908 zugleich untere und höhere Verwaltungsbehörde für die Stadt, die Vorstadt St. Pauli und die Vororte. Für die anderen Gebietsteile wurde die jeweilige Landherrenschaft zuständig. Der Aufsichtsbehörde oblagen folgende Aufgaben: Ausdehnung und Auflösung von Innungen, Beaufsichtigung der Bildung und Ausbildung, Genehmigung von Statuten, Überwachung des Verkehrs der Innungen mit Grundstücken und Wertpapieren, Entscheidung in Streit- und Strafsachen. 1908 verblieben ihr die Befugnisse als untere Verwaltungsbehörde für das gesamte Stadtgebiet. Ende März 1928 wurde die Aufsichtsbehörde aufgelöst. An ihre Stelle trat das der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe unterstellte Innungsaufsichtsamt. 1936 wurde die Aufsicht über die Innungen und die von den Innungen errichteten und unterhaltenen Anstalten und Einrichtungen der Handwerkskammer übertragen.

Das von der Handwerkskammer abgelieferte Schriftgut der Aufsichtsbehörde enthält im wesentlichen nur Protokolle und Materialien zu den Jahresberichten.
(Ga)

376-14 Aufsichtsbehörde für das Bergwesen

1907-1928; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

Die 1907 eingerichtete Aufsichtsbehörde für das Bergwesen hatte die Aufgabe, die Ausführung der Berggesetze, die Verwaltung der Bergpolizei, die Beaufsichtigung der Schürfarbeiten und des Bergbaus durchzuführen. 1927 gingen die Aufgaben der Aufsichtsbehörde auf die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe über.

Neben allgemeinen Akten über die Verwaltung der Behörde und Bergbauangelegenheiten enthält der Best. auch Akten der Bohrgesellschaft Hamburg I, einer Gesellschaft, die von 1907-1912 (Fehl-)Bohrungen im Amte Ritzebüttel durchführte und deren Aufsichtsratsvorsitzender ein Senatsmitglied war. Desgleichen finden sich Unterlagen über die Erbohrung der Erdgasquelle in Neuengamme (1910-1923).
(Ga)

376-15 Gewerbekammer

1865-1936; 11,4 m; Bestandsverzeichnis

Die hamburgische Verfassung vom 28.09.1860 legte fest, daß die Gewerbetreibenden zur Förderung des Gewerbes einen Ausschuß wählen sollten. Näheres sollte ein Gesetz

bestimmen. Das Gewerbegesetz von 1864 schuf die Grundlage für die Einsetzung eines interimistischen Gewerbeausschusses zu Beginn des Jahres 1865 zur Vorbereitung eines endgültigen Ausschusses. Erst Ende 1872 wurde ein Gewerbekammergesetz veröffentlicht, womit der von der Verfassung geforderte Ausschuß die Bezeichnung Gewerbekammer erhielt. Die Gewerbekammer bestand aus 15 Mitgliedern und unterstand der Verwaltungsabteilung für Handel und Gewerbe. Zu den Aufgaben der Gewerbekammer gehörten die Vertretung der Interessen des Hamburger Gewerbes, die gutachterliche Tätigkeit in Gewerbesachen für Senat, Gerichte und Privatpersonen, ferner die Mitwirkung in der Verwaltung der gewerblichen Schulen. Änderungen der Gewerbeordnung führten dazu, daß der Senat der Gewerbekammer 1900 auch die Rechte und Pflichten einer Handwerkskammer übertrug. Das Gewerbekammergesetz vom 04.10.1907 gliederte diese in eine Handwerksabteilung und eine Industrieabteilung. Die NS-Zeit brachte einschneidende Änderungen. 1934 übernahm die Handelskammer nach Auflösung der Industrieabteilung der Gewerbekammer die alleinige Vertretung der hamburgischen Industrie. Mit Wirkung vom 01.10.1936 endete die Tätigkeit der Gewerbekammer. An ihre Stelle trat die Handwerkskammer neuen Rechts.

Der Best. umfaßt Unterlagen zu folgenden Tätigkeitsbereichen der Gewerbekammer: Innere Angelegenheiten der Kammer (Organisation, Wahlen, Berichtswesen), Mitwirkung der Kammer in Behörden und Verwaltungen, Beziehungen zu anderen Organisationen und Einrichtungen, Tagungen, Wirtschaftsförderung, Gewerbeordnung und Arbeitsrecht, Ausbildungs- und Prüfungswesen, Versicherungswesen, Arbeitsbeschaffung, Marktwesen, Verkehrswesen, Steuer- und Zollwesen, Geld und Kredite, Eichwesen, Rechtspflege, Bau, Gesundheit, Sport und Statistik.
(Ga)

376-16 Handwerkskammer

1936-1948; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Die Handwerkskammer ging 1936 aus der Gewerbekammer (s. 376-15) hervor, die während der NS-Zeit zu einer ausschließlichen Handwerksvertretung geworden war. Von der Gewerbekammer übernahm die Handwerkskammer folgende Aufgaben: Aufsicht über die Innungen und Führung der Handwerkerrolle. Im Zuge der Kriegswirtschaft bildete die Handwerkskammer ab 1942 eine Abteilung der Gauwirtschaftskammer Hamburg (s. 371-15). Nach dem Kriege erhielt die Handwerkskammer Ende 1946 ihre Selbständigkeit, ihre Bezeichnung und ihren öffentlich-rechtlichen Status zurück.

Der Best. enthält nur wenige Splitter, überwiegend zum Thema Ladenverkaufszeiten für einzelne Gewerbe (1936-1945) und zur Situation des Handwerks in der unmittelbaren Nachkriegszeit.
(Ga)

376-17 Marktverwaltung - Vergnügungs- und Wochenmärkte

1902-1988; 7,5 m; Bestandsverzeichnis
Die Verwaltung der Vergnügungs- und Wochenmärkte geht zurück auf die von der Gewerbepolizei wahrgenommene Aufsicht über die seit 1892 stattfindenden Vergnügungsmärkte des "Hamburger Doms". Ende der 1920er Jahre wurde die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe (Verwaltung der Jahr- und Wochenmärkte) zuständig; in der NS-Zeit unterstand die nun zuständige Abt. IV Markt- und Versorgungswesen der Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe in der Gemeindeverwaltung. Nach Versuchen in der Nachkriegszeit, die Marktverwaltung an die Bezirksverwaltung anzubinden, wurde sie im Oktober 1950 dem Amt für Wirtschaft der Behörde für Wirtschaft und Verkehr zugeordnet. Heute erledigt das Referat Volksfeste und Wochenmärkte des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Marktwesen der Wirtschaftsbehörde, das sogenannte "Domreferat", die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der großen Vergnügungsmärkte (Dommarkt, Frühlingsfest, Hummelfest) auf dem Heiligengeistfeld.

Das vom Referat Volksfeste und Wochenmärkte in den Jahren 1985-1993 an das Staatsarchiv abgegebene Schriftgut ist hier 1997 zum vorliegenden wachsenden Best. formiert worden. Er enthält zum Dommarkt, zu den regionalen Vergnügungsmärkten und zu Wochen- und Krammärkten insbesondere folgende Unterlagen: Rechtsgrundlagen, Dienstanweisungen, Niederschriften der Sitzungen von Ausschüssen und Kommissionen, Veröffentlichungen, Berichte, Statistiken, Dombücher, Karteien und Verzeichnisse. Einen Schwerpunkt bilden die Schaustellerakten, 286 Einzelfallakten in alphabetischer Folge. 113 sogenannte "Dom-Pläne" (1936-1970) werden aus lagerungstechnischen Gründen in der Plankammer verwahrt.
(Ga)

377 VERSORGUNGSAUFSICHT

377-2 Kornherren

(1739-) 1801-1864 (-1877); 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Eine Korn-Ordnung regelte in Hamburg seit 1557 den Kornhandel sowie die Rechte und Pflichten der Kornmesser und -träger. Die mehrfach revidierte Ordnung legte im Jahre 1609 fest, daß alles Getreide, welches in die Stadt geliefert und dort verkauft werden sollte, vorher durch vereidigte Kornmesser gewogen und klassifiziert werden

mußte. Zur Organisation des Kornhandels wurde eine Deputation zur Korn-Ordnung geschaffen, der zwei Kornherren vorstanden. Ihnen unterstanden zunächst die vereidigten Kornverwalter (bis 1814). Nach 1815 wurden die Kornmesser (bis 1859) und Kornträger (bis 1857) von den Kornherren angestellt und vereidigt. Ihnen unterstanden auch die Salzmesser und -träger.

Der Best. enthält u.a. Protokollbücher des ältesten Kornherren (1817-1864) nebst Anlagen (1845-1854), Korrespondenzen (1822-1848, 1877), Unterlagen zur neuen Korn-Ordnung von 1843 (1840-1844) und Getreidestatistiken (1852-1856).
(Ga)

377-4 Fischereiamt

1849, 1864, 1868-1940; 8,7 m; Bestandsverzeichnis
Bis 1904 wurden die Fischereiangelegenheiten durch den ersten juristischen Beamten der Landherrenschaft der Marschlande bearbeitet. Dann stellte die Landherrenschaft einen Fischereisachverständigen als kommissarischen Fischereiinspektor ein. 1907 wurde dieser zum Fischereidirektor ernannt und seine Dienststelle, die neugeschaffene Fischereidirektion, der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe unterstellt. Nur die Binnenfischerei im Landgebiet verblieb bei der Landherrenschaft. Neben den Fischereiangelegenheiten übernahm die Fischereidirektion von der Hafenverwaltung die Fischmarktbetriebe St. Pauli und Cuxhaven. Als ausführendes Organ wurde in Cuxhaven die Fischereiinspektion Cuxhaven gegründet, 1922 zur Verwaltung des Fischmarktbetriebes St. Pauli die Fischereiinspektion Hamburg. Der Betrieb des Fischmarktes Cuxhaven wurde 1924 privatisiert, der Fischmarkbetrieb St. Pauli 1934. Im Zuge der Aufgabenreduzierung trat 1928 eine kleinere Dienststelle, das Fischereiamt, an die Stelle der Fischereidirektion. 1934 wurde das Fischereiamt aufgelöst. Die verbliebenen Aufgaben wurden der Abteilung Fischereiaufsicht bei der Hafenverwaltung übertragen.

Der Best. enthält zur Hauptsache die einschlägige Überlieferung zu folgenden Bereichen des Fischereiwesens der Jahre 1904-1934: Verwaltungssachen, Fischmarkt St. Pauli, Seefischerei, Küstenfischerei, Binnenfischerei, Fischhandel und Fischindustrie; daneben Bruchstücke aus der Überlieferung der Landherrenschaft und der Marineinspektion.
(Ga)

377-6 Kriegsversorgungsamt

(1878) 1914-1924; 7,4 m; Bestandsverzeichnis
Das am 29.09.1916 begründete Hamburgische Kriegsversorgungsamt übernahm folgende Aufgaben von den 1915 eingesetzten Vorgängereinrichtungen: Die Brotversor-

gung vom Ausschuß für Brotversorgung, die Versorgung mit sonstigen Lebensmitteln, Futtermitteln und Bedarfsgegenständen von der Kommission für Kriegsversorgung, die Fleischversorgung von der Schlachthofdeputation und die Regelung des Fleischverbrauchs, die Fleischkartenausgabe, die Milchversorgung und die Festsetzung von Höchstpreisen von der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe. Im Laufe der Kriegs- und der Nachkriegsjahre kamen weitere Versorgungsaufgaben hinzu.

Der Best. enthält Akten der Organisation des Kriegsversorgungsamtes, seiner Vorgängereinrichtungen und der Kriegsversorgung im allgemeinen, desgleichen Unterlagen über die Versorgung der Bevölkerung mit einzelnen Waren und Produkten.

Hinweis: Personalakten s. 371-9

Lit.: Leo Lippmann, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1964
(Ga)

377-8 Landwirtschaftskammer

1928-1935; 14,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Landwirtschaftskammer ist 1927 als Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Selbstverwaltung und Interessenvertretung der Landwirtschaft und des Gartenbaus in Hamburg eingerichtet und der Aufsicht der Landherrenschaft unterstellt worden. Nach der nationalsozialistischen Umgestaltung ist sie 1933/1934 in die Landesbauernschaft, die spätere Kreisbauernschaft Hamburg, eingegliedert worden.

Der Best. enthält Schriftgut über Körperschaften, Verbände, Vereine und Genossenschaften der Landwirtschaft, Finanzen, Handel und Industrie, Siedlungs- und Bauwesen, Verkehrswesen, Bodenverbesserung, Jagd- und Forstwesen, Naturschutz und Denkmalpflege, Veterinärwesen, Pflanzenschutz, Schulung, Viehzucht, Saatzucht, Gartenbau, Erbhofangelegenheiten und Werbung.
(Ga)

377-10 I Behörde für Ernährung und Landwirtschaft I

<1940-1961>; 1902-1979; 12,0 m; Bestandsverzeichnis
Die aus dem Landesernährungsamt und dem Senatskommissariat für die Förderung der Bodennutzung und Siedlung im November 1946 hervorgegangene Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft wurde im Juni 1947 in die Behörde für Ernährung und Landwirtschaft umgewandelt. Diese wurde im Mai 1975 Teil der neugeschaffenen Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft.

Der vorliegende Best. besteht z.T. aus Splittern der von 1948 bis 1961 geführten ersten Registraturschicht der Behörde, vor allem jedoch aus den von der Behörde übernommenen und teilweise fortgeführten Registraturen von Vorgängerdienststellen.

Somit finden sich hier Unterlagen des Landesernährungsamtes, des Regional Food Office (Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft), der Wirtschaftsstellen (Kartoffel-, Milch-, Fett- und Eier-, Getreide-, Vieh- und Fischwirtschaft sowie Ordnungsstrafsachen der Wirtschaftsverbände), des Forst- und Holzwirtschaftsamtes und des Senatskommissars für die Förderung der Bodennutzung und Siedlung in Hamburg. Der Schwerpunkt der Überlieferung liegt in der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit.

Hinweis: 377-8

Lit.: Karl Passarge, ZEL Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone 1945-1948. Ein Rückblick, Hamburg 1948
(Ga)

377-10 II Behörde für Ernährung und Landwirtschaft II

<1961->; (1880-1936) 1937-1982; 16,0 m; Bestandsverzeichnis
Ab Mai 1975 bildete die ehemals selbständige Behörde für Ernährung und Landwirtschaft das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft. Diesem wurde auch die Abteilung Marktwesen angegliedert. Im Dezember 1978 gab das Amt die Landesforstverwaltung an die neugegründete Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung (später: Umweltbehörde) ab und führte seitdem die Bezeichnung Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Marktwesen. Auch nach Aufgabe der Behördenselbständigkeit wurde die Selbständigkeit der Registratur, die 1961 nach einem dreistelligen Dezimalsystem organisiert wurde, aufrecht erhalten.

Die aus dieser Registratur abgelieferten Akten wurden zum vorliegenden Best. formiert. Von der Umweltbehörde abgelieferte Unterlagen aus dem Forst- und Jagdwesen, die dort keinen Zuwachs erhielten, sind ebenfalls hier eingegliedert worden. Einen Schwerpunkt des Bestandes bildet die Überlieferung zur Internationalen Gartenbauausstellung 1973.
(Ga)

377-11 Schlachthof- und Viehmarktverwaltung

1876-1949; 10,1 m; Bestandsverzeichnis
In den Jahren 1888 bis 1892 wurden auf dem Terrain zwischen Heiligengeistfeld, Sternschanze und den Bahnanlagen an der Sternschanze ein zentraler Schlachthof und Viehmarkt errichtet. Senat und Bürgerschaft beschlossen 1891, für die Viehmarkt- und Schlachthofanlagen eine Deputation einzurichten, die den Namen Schlachthof-Deputation erhielt und der zur Ausführung der Fachaufgaben eine Schlachthof- und Viehmarktverwaltung nachgeordnet wurde. 1928 wurde die Schlachthof-Deputation unter Übertragung ihrer Aufgaben auf die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe

aufgelöst. Die Schlachthof- und Viehmarktverwaltung bestand innerhalb der neuen behördlichen Zuordnungen fort, bis sie 1951 verselbständigt wurde.

Der im März 1998 endgültig formierte wachsende Best. enthält Unterlagen der Schlachthofdeputation (u.a. Konzepte der Protokolle 1891-1928, Geschäftsberichte 1939-1948) und Verwaltungsakten zu folgenden Bereichen: Personalangelegenheiten, Haushaltsangelegenheiten (Betriebsabrechnungen 1892-1938), Steuerangelegeheiten, Bauangelegenheiten und Vermietungen, Schlachthofbetrieb, Viehmarktangelegenheiten (u.a. Viehhandel und Preisnotierung 1896-1948), Veterinärwesen (Fleischbeschau, Freibank, Abdeckerei, Seuchen), Futter- und Dungangelegenheiten, Versicherungsangelegenheiten, Statistik (Viehmarkt- und Schlachthofstatistik 1892-1921), Ausstellungen, "Nationaler Aufbau" (1933-1945).

Hinweis: 311-2 I-III; 377-6
(Ga)

378 VERSORGUNGSBETRIEBE

378-2 Teerhofsdeputation

1827-1880; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Der Teerhof diente ausschließlich zur Lagerung und Aufbewahrung von Teer, Pech, Terpentin, Harz, Schwefel, Schwefelblumen und Terpentin-Öl. Seine Angelegenheiten waren in Hamburg seit altersher den Weddeherren unterstellt. Seit 1820 übten daneben drei von den Interessenten des Teerhoflagers gewählte Kaufleute unter Mitwirkung eines Commerzdeputierten als Teerhofskommission eine spezielle Aufsicht aus. Eine neue Teerhofsordnung führte 1841 die Teerhofsdeputation als Aufsichtsinstanz ein. Sie bestand aus den beiden ältesten Weddeherren, zwei Kämmereiverordneten, einem Commerzdeputierten und drei Interessenten des Teerhoflagers, den sogenannten Teerhofbürgern. Die Teerhofsdeputation wurde 1863 in ihrer Zusammensetzung revidiert und mit Ende des Jahres 1880 aufgelöst. Die bisherigen Befugnisse gingen auf die Deputation für Handel und Schiffahrt über.

Der Best. enthält die Protokolle der Deputation (1841-1880) nebst Protokollanlagen (1845-1880) sowie einige Einzelfallakten (1827-1866,1871).
(Ga)

378-4 Deputation für die Stadtwasserkunst

1848-1924; 1,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Als Folge des Stadtbrandes von 1842 wurde 1844 insbesondere wegen der Vorsorge für die Brandbekämpfung die Anlegung einer staatlichen Wasserversorgungsanstalt von Senat und Bürgerschaft beschlossen. Zur Verwaltung der von William Lindley gebauten

Stadtwasserkunst wurde im November 1848 eine Deputation eingerichtet. Seit 1863 wurde die Verwaltung von der Baudeputation, seit 1897 erneut von der Deputation für die Stadtwasserkunst wahrgenommen. Ab 1924 fungierte die Hamburger Wasserwerke GmbH als Rechtsnachfolgerin der Deputation für die Stadtwasserkunst.

Der Best. enthält nur Protokolle der Deputation.
(Ga)

4 GEBIETSVERWALTUNG

Das hamburgische Landgebiet, das teils durch Erwerbungen der Klöster und Hospitäler, teils durch Erwerbungen Hamburger Bürger zusammenkam, gliederte sich seit dem 15.Jh. in die Landherrenschaft Hamm und Horn, die Waldherrenschaft, die Landherrenschaft Bill- und Ochsenwerder, das von Hamburg und Lübeck gemeinsam verwaltete Amt Bergedorf und das Amt Ritzebüttel. 1830 wurden die zusammenfassenden Landherrenschaften der Marsch- und der Geestlande geschaffen, 1868 machte man das Amt Ritzebüttel zur Landherrenschaft, 1872 wurde das ganz an Hamburg gelangte Amt Bergedorf in eine eigene Landherrenschaft umgewandelt. Alle Landherrenschaften wurden 1928 zur Landherrenschaft zusammengefaßt. Mit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 wurden die neu zu Hamburg gekommenen preußischen Gebiete in die Gesamtgemeinde einbezogen. 1944 kam es zur Aufgliederung des Landgebietes in Kreise, die bei der Neugliederung der hamburgischen Gebietsverwaltung 1949 in Bezirke mit Bezirksämtern übergingen. Als Patronate wurden nach 1830 die beiden Vorstädte Hamburger Berg (seit 1833 St. Pauli) und St. Georg (durch Neuorganisation des Landgebietes aus Teilen der Gebiete der früheren Landherrenschaft Hamm und Horn und des St. Georgshospitals gebildet) eingerichtet. St. Georg wurde 1868, St. Pauli 1875 in das Stadtgebiet integriert. Innerhalb der Landgebietsverwaltung bestanden kommunale Körperschaften, die in den Marschlanden zumeist Landschaften genannt wurden, auf der Geest Dorfschaften. Erst 1872 wurden diese Körperschaften einheitlich zu Gemeinden, nachdem die meisten von ihnen 1811-1813 als Mairien im Rahmen der französischen Verwaltung fungiert hatten. 1944 wurden die Ortsämter als unterste kommunale Verwaltungsstellen des Landgebietes eingerichtet; sie konnten 1949 als Unterstruktur der Bezirksämter erhalten bleiben.

Lit.: Klaus Richter, Quellen zur Hamburger Stadtteilgeschichte, in: Zwischen Verwaltung und Wissenschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des Staatsarchivs Hamburg, hrsg. von Hans Wilhelm Eckardt und Peter Gabrielsson, Hamburg 1985, S. 171-184

(LS)

41 ALTHAMBURGISCHES GEBIET

411 VORSTÄDTE

411-1 Patronat St. Georg

1830-1880; 28,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Vorstadt St. Georg wurde 1830 durch Neuorganisation des Landgebietes nach Aufhebung der selbständigen Gebietsverwaltungen der Klöster und Hospitäler aus Teilen der Gebiete der früheren Landherrenschaft Hamm und Horn und des St. Georgshospitals gebildet. Mit dem Hammerbrook, Stadtdeich und Grünendeich bildete sie

gemeinsam mit der St. Pauli-Vorstadt einen Verwaltungsbezirk (Landherrenschaft der Vorstädte). Mit dem 01.08.1868 wurde die Vorstadt dem Stadtgebiet einverleibt.

Die wesentlichen Gruppen des Best. beziehen sich auf: Protokolle, Beamte, Steuern und Abgaben, Domänen- und Forstsachen, die einzelnen Dörfer, Vogteien und Landgemeinden, Bevölkerung, Territorialangelegenheiten, Gewässer, Wege, Brücken, Landwirtschaft, Gerichtsorganisation und Justiz, Erb- und Hypothekenwesen, Feuerlöschwesen, Bausachen, Kirchen-, Schul- und Sozialwesen sowie Gewerbe und Industrie.
(LS)

411-2 Patronat St. Pauli (mit Landherrenschaft Hamburger Berg)

1699-1876; 53,0 m; Bestandsverzeichnis
Der Hamburger Berg gehörte anfänglich zur Landherrenschaft Hamm und Horn und bildete seit ca. 1700 die Landherrenschaft Hamburger Berg. 1830 wurde diese Landherrenschaft aufgehoben und dafür eine Landherrenschaft der Vorstädte (Hamburger Berg und St. Georg) gebildet. Schon 1833 wurde der Name in St. Pauli-Vorstadt geändert und die Landherrenschaft kurz darauf in ein Patronat verwandelt. Das Gebiet wurde durch Abgabe einiger Gegenden an die Landherrenschaft der Geestlande verkleinert, durch die Übernahme des Pinnasberges vom Kloster St. Johannis und später von Gebietsteilen von der Landherrenschaft der Geestlande erweitert. Das Patronat wurde am 31.12.1875 aufgehoben.

Im Best. sind die Überlieferungen der Landherrenschaft Hamburger Berg, später der Vorstädte, mit dem Archiv des Patronats St. Pauli in einer Amtsbuch- und einer Aktenregistratur vereinigt. Die wesentlichen Gruppen des Best. beziehen sich auf: Protokolle, Beamte, Steuern und Abgaben, Domänen- und Forstsachen, die einzelnen Dörfer, Vogteien und Landgemeinden, Bevölkerung, Gewässer, Wege, Brücken, Gerichtsorganisation und Justiz, Erb- und Hypothekenwesen, Feuerlöschwesen, Bausachen, Kirchen-, Schul- und Sozialwesen sowie Gewerbe und Industrie. Der besondere Charakter der Vorstadt mit ihren vielen Handwerks- und Gewerbebetrieben, daneben mit einer ganz erheblichen Zahl von Gaststätten und Amüsierlokalen sowie ihren zahlreichen Prostituierten drückt sich im Best. aus.
(LS)

412 GEESTLANDE

412-1 Landherrenschaft Hamm und Horn

1739-1866; 8,0 m; Bestandsverzeichnis

Die zuerst 1440 genannte Landherrenschaft Hamm und Horn umfaßte die Dörfer und Siedlungen Borgfelde und Hohenfelde, Brandshof, Bullerdeich, Fuhlsbüttel, St. Georg, Grünerdeich, Hamm, Hammer Deich, Horn, bei der Kuhmühle und Stadtdeich. Nominell gehörte auch der Hamburger Berg, das spätere St. Pauli, zu dieser Herrschaft, jedoch war seit 1700 eine faktische Verwaltungstrennung eingeführt worden. 1830 wurde die Herrschaft aufgehoben und zum größten Teil zur Landherrenschaft der Geestlande geschlagen. In ihrer Überlieferung finden sich zahlreiche Gemeindeangelegenheiten neben solchen mit Bezug auf die gesamte Herrschaft.

Die wesentlichen Gruppen des Best. beziehen sich auf: Protokolle, Beamte, Steuern und Abgaben, Domänen- und Forstsachen, die einzelnen Dörfer, Vogteien und Landgemeinden, Bevölkerung, Territorialangelegenheiten, Gewässer, Wege, Brücken, Landwirtschaft, Gerichtsorganisation und Justiz, Erb- und Hypothekenwesen, Feuerlöschwesen, Bausachen, Kirchen-, Schul- und Sozialwesen sowie Gewerbe und Industrie.
(LS)

412-2 Waldherrenschaft

1725-1830; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Ratsherren in der Funktion von Landgebiet verwaltenden Waldherren werden erstmals 1440 erwähnt. Sie hatten die Aufsicht über das Gebiet der Dörfer Farmsen, Groß-Hansdorf, Mellenburg, Schmalenbek, Volksdorf und Wohltorf. 1830 wurde die Waldherrenschaft aufgehoben und zur Landherrenschaft der Geestlande geschlagen. In ihrer Überlieferung finden sich zahlreiche Gemeindeangelegenheiten neben solchen mit Bezug auf die gesamte Herrschaft.

Die wesentlichen Gruppen des Best. beziehen sich auf: Protokolle, Beamte, Steuern und Abgaben, Domänen- und Forstsachen, die einzelnen Dörfer, Vogteien und Landgemeinden, Bevölkerung, Territorialangelegenheiten, Gewässer, Wege, Brücken, Landwirtschaft, Gerichtsorganisation und Justiz, Erb- und Hypothekenwesen, Feuerlöschwesen, Bausachen, Kirchen-, Schul- und Sozialwesen sowie Gewerbe und Industrie.
(LS)

412-3 Landherrenschaft der Geestlande

(1750-) 1817-1913; 86,0 m; Bestandsverzeichnis
1830 wurden aus den vormaligen Patronaten des Kloster St. Johannis und der Hospitäler St. Georg bzw. zum Heiligen Geist sowie aus den Landherrenschaften von Hamm und Horn, vom Hamburger Berge, der Waldherren und Bill- und Ochsenwerder drei Gerichts- und Verwaltungsbezirke geschaffen: die Patronage der Vorstädte, die Landherrenschaft der

Geestlande und die Landherrenschaft der Marschlande. Zur Landherrenschaft der Geestlande gehörten die Gemeinden Alsterdorf, Farmsen (mit Berne), Fuhlsbüttel, Groß-Borstel, Groß-Hansdorf (mit Schmalenbek), Klein-Borstel (mit Struckholt), Langenhorn, Ohlsdorf, Volksdorf und Wohldorf (mit Ohlstedt). Sie bestand bis 1928 und ging dann in die Landherrenschaft über. Der Landherrenschaft oblag die Aufsicht über die Gemeinden, so daß sich in der Überlieferung zahlreiche Gemeindeangelegenheiten neben solchen mit Bezug auf die gesamte Herrschaft finden.

Die wesentlichen Gruppen des Best. beziehen sich auf: Protokolle, Beamte, Steuern und Abgaben, Domänen- und Forstsachen, die einzelnen Dörfer, Vogteien und Landgemeinden, Bevölkerung, Territorialangelegenheiten, Gewässer, Wege, Brücken, Landwirtschaft, Gerichtsorganisation und Justiz, Hypothekenwesen, Feuerlöschwesen, Bausachen, Kirchen-, Schul- und Sozialwesen, Gewerbe und Industrie sowie Wahlen.
(LS)

412-4 ORTSCHAFTEN

Die Überlieferungen der Gemeinden aus dem Zuständigkeitsbereich der Landherrenschaft der Geestlande, deren Verfassung durch die Landgemeinde-Ordnung von 1871 geregelt wurde, besteht im wesentlichen aus Schriftgut, das nach Verabschiedung dieses Gesetzes entstand. Nur in einigen Fällen ist Material aus der Zeit von 1914-1940 erhalten geblieben. Es enthält Überlieferungen zu allen Bereichen der gemeindlichen Tätigkeit, zumeist über Ortsstatut, Gemeindeversammlungen und Tätigkeit des Ortsvorstandes, Gemeindefinanzen (meist sehr starke Überlieferung), Melde- und Aufgebotswesen, Schul- und Armenwesen, Feuerlöschwesen, gemeindliche Versicherungen, Militärangelegenheiten, Landwirtschaft, Jagd, Gaststätten, Bauwesen sowie Verkehrswesen. Die schiedsgerichtliche Tätigkeit ist ebenfalls gut dokumentiert.
(LS)

412-4/1 Gemeinde Alsterdorf
1878-1913; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

412-4/2 Dorfschaft Barmbek
1784-1799; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

412-4/3 Gemeinde Farmsen
1872-1938; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

412-4/4 Gemeinde Fuhlsbüttel
1872-1913; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

412-4/5 Gemeinde Groß-Borstel
1865-1912; 0,9 m; Bestandsverzeichnis

412-4/6 Dorfschaft Hamm
1781-1894; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

412-4/7 Dorfschaft Horn
1611-1867; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

412-4/8 Gemeinde Klein-Borstel (mit Struckholt)
1870-1913; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

412-4/9 Gemeinde Langenhorn
1820-1913; 1,7 m; Bestandsverzeichnis

412-4/10 Gemeinde Ohlsdorf
1872-1913; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

412-4/11 Gemeinde Volksdorf
(1813) 1871-1940; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

412-4/12 Gemeinde Wohldorf-Ohlstedt
1872-1938; 2,0 m; Bestandsverzeichnis

412-5 MAIRIEN

Aus den in der Zeit der Zugehörigkeit Hamburgs zum französischen Kaiserreich haben sich von der Akten- und Registerführung der genannten Mairien (Bürgermeistereien) nur die Zivilstandsregister erhalten.
(LS)

412-5/1 Mairie Barmbek
1811-1812; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

412-5/2 Mairie Eimsbüttel
1811-1812; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

412-5/3 Mairie Eppendorf
1811-1813; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
412-5/4 Mairie Hamm
1811-1813; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
412-5/5 Mairie Langenhorn
1811-1813; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

412-5/6 Mairie Wohldorf
1811-1812; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

413 MARSCHLANDE

413-1 Landherrenschaft Bill- und Ochsenwerder

1630-1839; 10,3 m; Bestandsverzeichnis

Die Landherren von Bill- und Ochsenwerder lassen sich seit 1430 (mit namentlicher Nennung seit 1460) nachweisen. Sie hatten die Aufsicht über die hamburgischen Marschen und Inseln im Stromspaltungsgebiet und zwar nicht nur nördlich der Süderelbe (Billwerder, Billwerder Ausschlag mit Neuedeich und Steindamm, Finkenwerder, Großer Grasbrook, Kaltehofe, Krauel, Moorwerder, Müggenburg, Ochsenwerder, Peute, Reitbrook, Spadenland, Tatenberg, Veddel und Waltershof), sondern auch über Moorburg. 1830 wurde die Landherrenschaft Bill- und Ochsenwerder durch die Landherrenschaft der Marschlande ersetzt.

Die wesentlichen Gruppen des Best. beziehen sich auf: Protokolle, Beamte, Steuern und Abgaben, Domänensachen, die einzelnen Dörfer, Vogteien und Landgemeinden, Bevölkerung, Territorialangelegenheiten, Gewässer, Wege, Brücken, Deiche und Entwässerung, Landwirtschaft, Gerichtsorganisation und Justiz, Hypothekenwesen, Feuerlöschwesen, Bausachen, Kirchen-, Schul- und Sozialwesen sowie Gewerbe und Industrie.
(LS)

413-2 Landherrenschaft der Marschlande

1790-1919; 24,0 m; Bestandsverzeichnis

1830 wurde die Landherrenschaft Bill und Ochsenwerder in die Landherrenschaft der Marschlande verwandelt. Ihre sachliche und territoriale Zuständigkeit deckt sich im wesentlichen mit der ihrer Vorgängerbehörde. Sie bestand bis 1928 und ging dann in die Landherrenschaft über.

Der Best. enthält Protokollserien sowie Akten insbesondere zu Organisation, Beamten, Büro, Finanzen, Domänen, Bevölkerung, Personenstand, Vermessungen, Justiz (Zivil-, Straf- u. freiwillige Gerichtsbarkeit), Gewässer, Wege, Brücken, Deiche, Jagd, Landwirtschaft, Polizei, Baupolizei, Kirche, Schule, Soziales, Handel und Gewerbe sowie einzelne Vogteien (Landgemeinden).

413-3 LAND- UND ORTSCHAFTEN

Die Gemeinden der Marschlande bezeichneten sich seit alters her als Landschaften. Ihnen war als Vorsteher obrigkeitlicherseits ein Vogt an die Spitze gestellt, dem aber die Landschaftsvertretung gegenüberstand. Vogtei-, Landschafts- und Gemeindeüberlieferungen lassen sich nicht klar trennen, auch wenn das bei Billwerder versucht wurde. Die Best. enthalten in unterschiedlicher Dichte und Breite v.a.: Protokolle und Ortssatzungen sowie Material zu Finanzen, Gemeindebesitz, Deichbau und Entwässerung, Wegen und Brücken, Jagd und Fischfang, Feuerwehr und -kassen, Armen- und Schulwesen.
(LS)

413-3/1 Landschaft Billwerder
1561-1926; 5,1 m; Bestandsverzeichnis

413-3/2 Landvogt in Billwerder
1658-1843 (1872); 1,0 m; Bestandsverzeichnis

413-3/3 Interessentschaft des Billwerder-Ausschlags
(1375) 1641-1891; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

413-3/5 Gemeinde Finkenwerder - hamburgisch
1746-1920; 1,2 m; Bestandsverzeichnis

413-3/6 Gemeinde Moorburg
(1814) 1867-1920; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

413-3/7 Landschaft und Gemeinde Moorwerder
1798-1933; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

413-3/8 Landschaft Ochsenwerder
1601-1881; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

413-3/9 Landschaft und Gemeinde Reitbrook
1724-1934 (1962); 0,3 m; Bestandsverzeichnis

413-3/10 Landschaft Spadenland
1630-1885; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

413-3/11 Gemeinde Spadenland
1884-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

413-3/12 Landschaft und Gemeinde Tatenberg
1667-1945; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

413-3/13 Gemeinde Ochsenwerder
1872-1933; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Hinweis: 514-4

413-3/14 Gemeinde Billwerder
1874-1933; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Hinweis: 514-3

413-3/15 Gemeinde Allermöhe
1847-1926; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

413-4 MAIRIEN

Im Gegensatz zu den Mairien der Geestlande (s. 412-5/1 bis /5) hat sich in den Mairien von Billwerder und Ochsenwerder die ganze Bandbreite des Schriftgutes eines Maire erhalten: Korrespondenzen, Justiz-, Polizei-, Wirtschafts-, Bau-, Deich-, Feuerlösch-, Schul-, Medizinal-, Sozial-, Finanz- und Militärangelegenheiten sind dokumentiert. Auch die Zivilstandsregister sind erhalten; nur diese finden sich in der Überlieferung der Mairie Billwerder-Ausschlag.
(LS)

413-4/1 Mairie Billwerder
1811-1813; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

413-4/2 Mairie Ochsenwerder
1811-1813; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

413-4/3 Mairie Billwerder-Ausschlag
1811-1813; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

413-5 DEICHVERBÄNDE UND INTERESSENTSCHAFTEN

413-5/1 Hammerbrooker Deichverband

1517-1891; 3,1 m; Bestandsverzeichnis
Der Hammerbrook stellt eine Landschaft dar. Die Überlieferung für dieses Gebiet ist der der Landschaft Billwerder (s. 413-3/1) vergleichbar.
(LS)

413-5/3 Aktiengesellschaft zur Anlage eines Steindammes auf dem Billwerder Elbdeich

1859-1916; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
1859 wurde eine Privataktiengesellschaft von Bewohnern Billwerders zum Bau und zur

Unterhaltung eines Steindammes (befestigte Straße) auf dem Billwerder Elbdeich Straße wurde 1894 teilweise vom Hamburger Staat übernommen. Die AG kam 1916 zur Auflösung. Der Best. enthält auch die Protokolle der Versammlungen und die Bilanzen.
(LS)

413-6 TOTENLADEN, PRIVATVERSICHERUNGEN UND HILFSKASSEN

Die Versicherungen auf Gegenseitigkeit sollten Schutz vor den durch die Naturgewalten hervorgerufenen Schädigungen gewähren.
Die Best. enthalten Mitgliederlisten, Protokolle und Kassenbücher.
(LS)

413-6/1 Mobiliar- und Inventarversicherung im Kirchspiel Ochsenwerder, genannt 'Tätige Bruderliebe'

1869-1934; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

413-6/2 Allgemeiner Rindvieh- und Schweineversicherungs-Verein zu Ochsenwerder

1900-1934; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

414 RITZEBÜTTEL

Seit 1997 werden die Bestände Amt Ritzebüttel I mit Ausnahme eines Restes von 0,8 m, der die Zweitschriften Personenstandsregister 1816-1876 enthält (Abt. II Fach 12 Vol. A), Amt Ritzebüttel II und Amtsgericht Cuxhaven als Depositum des Staatsarchivs Hamburg im Stadtarchiv Cuxhaven aufbewahrt. Die Bestände Landschaft Ritzebüttel, Gemeinde Sahlenburg, Gemeinde Stickenbüttel, Gemeinde Duhnen, Hardewieker Interessentschaft, Stadt Cuxhaven, Consumverein im Amt Ritzebüttel und Seebadeanstalt Cuxhaven wurden mit Eigentumsübertragung an das Stadtarchiv Cuxhaven abgegeben.
(Fla)

414-1 I Amt Ritzebüttel I

1550-1905; 120,0 m; Bestandsverzeichnis

Das Amt Ritzebüttel wurde nach Eroberung und käuflichem Erwerb zwischen 1393 und 1417 im Gebiet der heutigen niedersächsischen Stadt Cuxhaven gebildet. Es bestand aus den Gemeinden Ritzebüttel (später Cuxhaven), Groden, Döse, Süderwisch/Westerwisch,

Stickenbüttel, Sahlenburg, Duhnen, Holte/Spangen, Arensch/Behrensch, Gudendorf, Oxsted und Neuwerk. Ihm stand ein Amtmann mit jeweils 6jähriger Amtszeit aus den Reihen der Ratsherren vor. Die Verwaltung bestand aus ihm, dem Aktuar oder Amtsverwalter und zwei Schultheißen zu Ritzebüttel/Groden und Döse/Altenwalde. Dem Amtmann stand die gesamte landesherrliche Verwaltung des Amtes mit Polizei und Finanzverwaltung zu; er war zugleich Richter des Amtes. 1868 wurde das Amt in eine Landherrenschaft umgewandelt, die 1928 mit den anderen Landherrenschaften zur Landherrenschaft zusammengefaßt wurde. Hinfort gab es in deren Rahmen das Hamburgische Amt Ritzebüttel. Es fand mit dem Übergang des Gebietes an die preußische Provinz Hannover 1937 sein Ende.

Die Überlieferung ist in zwei Registraturkörpern erfolgt: Die Alte Registratur (I) wurde 1861 von dem Aktuar S. Samuelson neu gegliedert. Sie enthält die Gruppen: Amtmann und Beamte, Statistik, Bevölkerung und Territorium, Regierung und Amtsverfassung, Polizei- und Medizinalwesen, Kämmerei, Amtsfinanzen, Militär, Schiffahrts- und Seewesen, Wasserbau und Deiche, Kirche und Schule, Ziviljustiz, Strafjustiz. In einem besonderen Verzeichnis finden sich die Judizial-, Konkurs- und Extrajudizialsachen des Gerichtes zu Ritzebüttel. Die 1937 übernommene jüngere Registratur (II) gliedert sich wie folgt: Staats- und Beamtenangelegenheiten, Finanzen, Militär, Justiz, Feuerversicherung, Polizei, Gewerbe, Medizinalwesen, Sozialwesen, Handel und Verkehr, Deich-, Entwässerung und Wege, Fischerei, Land- und Forstwirtschaft, Kirche, Schule und Gemeinden.

Zur Benutzung der Unterlagen s. 414.
(LS)

414-1 II Amt Ritzebüttel II

1802-1937; 38,8 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Verzeichnis
Band 2: Register
Band 3: Konkordanz

Im Staatsarchiv Hamburg steht nur ein Lesefilm dieses Bestandes zur Verfügung (s. 414)
s. 414-1 I

414-3 Landherrenschaft Ritzebüttel

1864-1937; 3,5 m; Bestandsverzeichnis
Die Landherrenschaft Ritzebüttel wurde 1868 aus dem vormaligen Amt gebildet und hatte bis 1928 Bestand. Sie wurde in diesem Jahr der neu formierten (Gesamt-)Landherrenschaft unterstellt.

Der Best. gliedert sich nach Reichsangelegenheiten, Konsulate, Wahlen, allgemeine Verwaltung und Personal, Landgemeinden, Justiz, Landesfinanzen, Steuern und Abgaben, Staatsgrund und -gebäude, Grundlasten, Bauwesen, Deiche, Verkehr, Schiffahrt und Seewesen, Gewerbeaufsicht, Landwirtschaft, Jagd und Fischerei, Polizei, Feuerwehr, Kirchen, Personenstand, Schulen, Armen- und Jugendfürsorge, Versicherungen und Gesundheitswesen.
(LS)

414-4 Amtsgericht Cuxhaven

1814-1924; 19,0 m; Bestandsverzeichnis
1864 wurden im Amt Ritzebüttel Verwaltung und Justiz getrennt. Ein eigens angestellter Amtsrichter übte die Strafjustiz, soweit sie die polizeiliche Kompetenz des Amtsverwalters überschritt, die Ziviljustiz in erster Instanz und die freiwillige Gerichtsbarkeit aus. Seine Zuständigkeit wurde mehrfach eingeschränkt und ging schließlich ganz an das Amtsgericht Cuxhaven über.

Die Überlieferung besteht aus Straf- und Ziviljustizakten, den Hypothekenakten und -büchern und Akten zum Notariats-, Register- und Vormundschaftswesen.

Zur Benutzung der Unterlagen s. 414.
(LS)

414-7 ORTSCHAFTEN

Aus der Selbstverwaltung der Gemeinden des Amtes bzw. der Landherrenschaft Ritzebüttel haben sich zumeist nur Protokolle, Register sowie Einzelfallakten zum Finanz-, Wege-, Landwirtschafts-, Schul- und Feuerlöschwesen erhalten.
(LS)

414-7/1 Vogt und Gemeinde auf Neuwerk

1792-1935 (-1952); 0,3 m; Bestandsverzeichnis

415 BERGEDORF UND VIERLANDE

415-1 Lübecker (Senats-)Akten betr. Bergedorf

(1229-) 1314-1867; 65,5 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Dreyersche Registratur bis 1790
Band 2: Wincklersche Registratur ab 1790

Nachdem die den Herzögen von Sachsen-Lauenburg gehörenden beiden Burgen Bergedorf und Riepenburg von Hamburg und Lübeck erobert und 1420 auch vertraglich an beide Städte abgetreten worden waren, wurde diese gemeinschaftliche Besitzung inklusive Bergedorf und die Vierlande bis 1620 von sechsjährlich wechselnden Hauptleuten aus den Räten der beiden Städte verwaltet. Zunächst waren es je zwei Hauptleute zu Bergedorf und zu Riepenburg, doch nachdem die Riepenburg 1506 abgebrochen worden war, wurden beide Bezirke zu einer Hauptmannschaft vereinigt. Seit 1620 erfolgte der Wechsel der Hauptmannschaft zwischen den Städten jährlich, seit 1823 zweijährlich. Eine Visitationskommission aus den beiden Senaten führte die Oberaufsicht über die Verwaltung, die von einem Amtsverwalter geleitet wurde. Bis 1867 blieb die beiderstädtische Verwaltung erhalten, dann trat Lübeck seine Rechte an Hamburg ab. Die in Lübeck erwachsenen Akten kamen 1936 in das Staatsarchiv.

Der Best. besteht aus zwei Registraturschichten (bis etwa 1790 und von diesem Jahr an), die sich vielfach überschneiden. Sie enthalten alle die Landesverwaltung berührenden Gebiete, darunter viele Akten über das Städtlein Bergedorf.
(LS)

415-2 I Amt Bergedorf I

<-1810>; 1548-1909; 59,1 m; Bestandsverzeichnis
Die in Hamburg erwachsenen Akten über das gemeinschaftliche Gebiet Bergedorf mit den Vierlanden bildet die Amtsüberlieferung. Ihre beiden Teile mit dem Trennungsjahr 1810 stellen die ergänzende Überlieferung zum Best. 415-1 dar.
(LS)

415-2 II Amt Bergedorf II

<1810-1872>; 1584-1874; 75,0 m; Bestandsverzeichnis
s. 415-2 I

415-3 Landherrenschaft Bergedorf

(1868-) 1872-1906; 9,0 m; Bestandsverzeichnis
Nach der Abtretung der lübischen Rechte an Bergedorf 1867 wurde 1872 die Verwaltung in eine landherrschaftliche umgewandelt. 1877 legte man die Verwaltung mit der der anderen Landherrenschaften zusammen, behielt jedoch getrennte Registraturen. Erst 1902 wurde der Aufbau der Registraturen angeglichen. 1928 wurde die Gesamtverwaltung des Landgebietes in einer Landherrenschaft vereinigt.

Der Best. enthält Schriftgut aus allen Verwaltungsbereichen.
(LS)

415-4 Hypothekenbüro Bergedorf

1615-1916; 17,0 m; Bestandsverzeichnis

Die dem Amtsarchiv (s. 415-2), dem Stadtarchiv (s. 415-12/1) und dem Amtsgerichtsarchiv (s. 415-7) entstammenden Akten wurden zusammengefaßt, um den Rückgriff über das Material des Grundbuchamtes problemlos zu ermöglichen. Das Grundbuch- und Hypothekenwesen des Amtes und der Stadt Bergedorf wurde seit dem 17. Jh. getrennt geführt. Erst die Abtrennung des Amtsgerichtes vom Amt 1855 ließ das Hypothekenwesen des Amtes auf das Gericht übergehen. In der Stadt führte der Bürgermeister die Bücher bis 1872 weiter; sie gingen dann auf das Amtsgericht über, das bis zur Einführung des Hypothekenbüros 1875 die Bücher führte. 1899 wurden die Hypothekenbüros durch die Grundbuchämter der Amtsgerichte ersetzt.

Der Best. umfaßt die Hypotheken- und Grundbücher (vormals Landbücher) seit 1622 der Stadt Bergedorf, der Vierlande, von Ost-Krauel und Geesthacht sowie die dazu gehörigen Akten.
(LS)

415-5 Französisches Friedensgericht für Bergedorf

1811-1814; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Mit der Einrichtung der französischen Gerichtsverfassung im 1811 annektierten Bereich erhielt jeder Kanton ein Friedensgericht für Prozesse mit geringem Streitwert. Von diesen ist auf hamburgischem Gebiet nur die Überlieferung des Bergedorfer Gerichtes erhalten geblieben. Die Akten gliedern sich in Verwaltungsakten, zivile und außergerichtliche Verfahrenssachen ("auf der Minute") sowie strafrechtliche und Zivilstandssachen ("auf der Expedition"); dazu kommen einige Untersuchungsakten zu Diebstählen und Unfällen mit tödlichem Ausgang.
(LS)

415-6 Notariate in Bergedorf

1811-1813; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Aus der Zeit der französischen Herrschaft haben sich die Notariatsarchive von O.C. C. Schröder und F.C. Hartung erhalten.
(LS)

415-7 Amtsgericht Bergedorf

1843-1974; 12,5 m; Bestandsverzeichnis

1855 wurde durch die Trennung von Verwaltung und Justiz ein eigenes Amtsgericht für das

Amt Bergedorf geschaffen. Es besteht nach manchen Wandlungen noch heute.

Der Best. umfaßt Verwaltungsakten, Gerichtsprotokolle und Entscheidungssammlung, Zivil- und Strafprozeßakten sowie Akten und Bücher der Registerführung und der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Es liegen auch Akten über Kriminaluntersuchungen (1855-1869) und des Polizeigerichts (1869-1879) vor.
(LS)

415-12 STADT BERGEDORF

415-12/1 Magistrat Bergedorf

1275-1952; 22,0 m; Bestandsverzeichnis
Bergedorf war seit 1275 mit Stadtrecht begabt und besaß in der Zeit seiner Zugehörigkeit zum beiderstädtischen Amt seit 1420 eine beschränkte Selbstverwaltung und Gerichtsbarkeit, die der Rat ausübte. Seit 1632 gab es auch ein bürgerschaftliches Kollegium der Achtmänner (seit 1848 Zwölfmänner). 1855 ging die Gerichtsbarkeit des Rates (Magistrats) auf das neugebildete Amtsgericht über. 1872 wurde die landherrliche Verwaltung eingeführt, nachdem 1867 das Amt an Hamburg allein gekommen war. 1938 wurde Bergedorf in die Einheitsgemeinde Hamburg eingegliedert und bildete seitdem zusammen mit dem ehemals preußischen Lohbrügge die Hauptdienststelle Bergedorf der Landbezirksverwaltung.

Da die wichtigsten Verwaltungsaufgaben für Bergedorf seit 1872 durch die Hamburger Zentralbehörden wahrgenommen wurden, blieb die 1874 geschaffene Magistratsregistratur klein. Sie gliedert sich in Urkunden, Stadtbücher (seit 1437), Verfassung und allgemeine Verwaltung, Justiz, Finanzen und Steuern, Bau, Polizei, Schule, Wohlfahrt, Kultur, Verkehr, Wirtschaft und Militär.
(LS)

415-12/2 Baupolizei Bergedorf

1882-1959; 0,6 m; Kartei
Während in früherer Zeit der Hausvogt des Amtes Bergedorf die Bauaufsicht im Amtsbereich führte, wurde 1842 der Magistrat gemeinsam mit einem Baubürger die Baubesichtigungsbehörde. Nach manchen Veränderungen übertrug dann die Städteordnung von 1924 die Baupolizei den Städten. 1938 wurde die Baupolizei Aufgabe des Landbezirksbürgermeisters, 1944 der neugeschaffenen Kreisverwaltungen, die 1949 durch die Bezirksverwaltungen ersetzt wurden. Hier war die Bauprüfabteilung des Bezirksbauamtes zuständige Behörde.

Im Best. sind 62 Grundstücksakten zu Gebäuden in den alten Straßen der Innenstadt dokumentiert. Weitere Akten der Baupolizei enthält der Best. 415-12/1. Nach 1959

abgeschlossene Akten gelangen in den Best. 324-1.
(LS)

415-12/3 Personalakten Bergedorf

ca.1880-1950; 0,2 m; Ablieferungsverzeichnis
47 Personalakten, von denen ein erheblicher Teil noch zu kassieren ist, haben sich aus der Registratur des Magistrats bzw. der Hauptdienststelle erhalten.
(LS)

415-13 LAND- UND ORTSCHAFTEN

Die Landschaften und - seit 1872 - Gemeinden des Amtes, später der Landherrenschaft Bergedorf haben unterschiedliches kommunales Registraturgut überliefert. Zumeist handelt es sich um Protokolle sowie allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Rechtsprechung, Steuern und Finanzen, Bauwesen (Wege, Deiche, Entwässerung) und Baupolizei, Schule, Arme, Kirche, Wirtschaft und Militär betreffende Akten.
(LS)

415-13/1 Landschaft Altengamme
1593-1873; 0,8 m; Bestandsverzeichnis

415-13/2 Landschaft Curslack
1659-1850; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

415-13/3 Gemeinde Curslack
1874-1939; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

415-13/4 Landschaft und Gemeinde Kirchwerder - hamburgisch
1686-1937; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

415-13/5 Landschaft und Gemeinde Neuengamme
1627-1911; 1,6 m; Bestandsverzeichnis

415-13/6 Gemeinde Ost-Krauel
1870-1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

415-13/7 Gemeinde Altengamme
1924-1939; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

415-14 MAIRIEN

Neben den Zivilstandregistern, die sich aus allen Mairien erhalten haben, gibt es Über-

lieferungen aus allen Zweigen der Kommunalverwaltung. Besonders die Tätigkeit der Mairie Altengamme (Altengamme und Curslack) ist recht umfangreich dokumentiert.
(LS)

415-14/1 Mairie Altengamme
1811-1815; 0,9 m; Bestandsverzeichnis

415-14/2 Mairie Bergedorf
1811-1814; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

415-14/3 Mairie Neuengamme
1811-1814 (1851); 0,3 m; Bestandsverzeichnis

415-14/4 Mairie Kirchwerder
1811-1813; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

415-15 Totenladen, Privatversicherungen und Hilfskassen in Bergedorf und den Vierlanden

1678-1937; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Es haben sich Artikel, Protokolle, Kassenbücher und Mitgliederverzeichnisse der Totenladen "Liebe und Friede" von 1678 und "Die brüderliche Liebe und Treue" von 1743 sowie der Kranken- und Sterbecasse von 1869, der Gemeinde-Krankenversicherung (für Bergedorf) und der Sterbekasse in Kirchwerder von 1889 erhalten.
(LS)

415-16 Handwerkerämter in Bergedorf und den Vierlanden

1447-1883; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Im Gegensatz zur innerstädtischen Rechtslage, die die 1865 aufgehobenen Ämter verpflichtete, ihre Archivalien dem damaligen Stadtarchiv zu übergeben, verblieben die Amtsarchivalien aus Bergedorf in Privatbesitz. Sie kamen erst 1955 an das Staatsarchiv. Es handelt sich um die Ämter der Weißbäcker (1624-1862), Böttcher (1747-1869), Chirurgen (1560-1860), Drechsler (1618-1850), Leinweber (1658-1854), Maler (1851), Rade- und Stellmacher (1669-1855), Schlachter (1820-1969), Schmiede und Schlosser (1579-1871), Schneider (1852-1863), Schuhmacher (1447-1857), Tischler (1627-1868), Tuchmacher (1695-1842) und Zimmerer (1727-1796), sowie um die Brüderschaft der Brauer (1664-1883) und der Schiffer (1648-1816).

Die hier zusammengefaßten Best. enthalten zumeist Protokolle, Lehrburschen- und Gesellenbücher, Privilegien, Kundschaften und Schriftverkehr um Gerechtigkeiten.
(LS)

415-17 Sonstige Vereinigungen in Bergedorf und den Vierlanden

In der Zeit des Kaiserreiches bildeten sich in den Gemeinden des Landgebiets zahlreiche Vereine, die auf gesellige Weise den Verlust des traditionellen dörflich-bäuerlichen Gemeinschaftslebens ausgleichen sollten. Der Kirchwerder Bürgerverein von 1890 ist der einzige, von dem Unterlagen (ein Kassenbuch und verschiedene Versammlungsberichte) im Staatsarchiv verwahrt werden.
(LS)

415-17/1 Kirchwerder Bürgerverein von 1890
1890-1934; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

416 GEMEINSCHAFTLICHE VERWALTUNG

416-1 LANDHERRENSCHAFTEN

Die Landherrenschaften der Geest- und der Marschlande hatten schon 1880 ein gemeinsames Verwaltungsbüro erhalten und führten seit 1883 (Ritzebüttel seit 1894) ein gemeinsames Journal. Erst seit 1928 wurde auch die formale Trennung aufgehoben. Die Behörde hieß hinfort Landherrenschaft und führte gebietsmäßig und sachlich die Arbeit der alten Landherrenschaften fort; zu ihren Aufgaben gehörte auch die Landwirtschaftsverwaltung. Sie führte nun die Staatsaufsicht über die Städte Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht, über die Gemeindeverbände und die Landwirtschaftskammer. Sie war Deichbehörde und übte im Landgebiet Polizei- und Baupolizei-Rechte aus. Zuständig war sie für Bau und Unterhaltung von Schulen und Polizeigebäuden, den Straßenbau und die Ver- und Entsorgung. 1938 wurde sie durch die Landbezirksverwaltung abgelöst, die 1944 durch die Kreisverwaltungen z.T. ersetzt wurde.
(LS)

416-1/1 Landherrenschaften - Hauptregistratur

(1556-) 1798-1940; 87,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Registraturen der Landherrenschaften wurden 1898-1902 zusammengelegt. Die Gesamtregistratur übernahm zahlreiche Vorakten aus der Landgebietsverwaltung, in der Regel seit 1878. Diese Registratur blieb auch bei der Vereinigung der Landherrenschaften 1928 erhalten; hinzu trat eine eigene Registratur für die neue Landherrenschaft. Sie wurde 1938 durch eine anders geordnete Registratur der Landbezirksverwaltung abgelöst.

Der umfangreiche Best. gliedert sich in 28 Abteilungen: Verwaltungsorganisation, Personal, Kasse und Rechnungen, Staat und Verwaltung, Finanzen, Militär, Justiz, Grundbücher, Vormundschaften, Erbschaften, Gefängnisse, Feuerkassen, Feuerwehr, Polizei, Gewerbepolizei, Gesundheit, Veterinärwesen, Armenwesen, Handel und Verkehr, Bau- und Deichwesen, Bauaufsicht, Jagd und Fischerei, Land- und Fortswirtschaft, Sozialversicherungen, sonstige Versicherungen, Zivilstand, Schule und Volksbildung, Gemeindeverwaltung und Statistik.
(LS)

416-1/2 Landherrenschaften - Kirchenangelegenheiten

1825-1935; 3,7 m; Bestandsverzeichnis
Als 1876 der 2. und 3. Kirchenkreis an die Kirchenverfassung Hamburgs angeschlossen wurden, bildeten die Landherrenschaften für ihr Verwaltungsgebiet eine eigene Registratur zu Kirchensachen unter Einschluß älterer Aktenüberlieferung. Sie wurde 1919 geschlossen.

Der Best. hat acht Abteilungen: Allgemeine Kirchenverwaltung, Kirchenbedienstete, Wahlen, Kirchenvorstands- und Konventssitzungen (Protokolle), Kirchenimmobilien, Finanzen, Verschiedenes und Ritzebütteler Akten.
(LS)

416-1/3 Landherrenschaften - Deichangelegenheiten

1691-1901; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Die Deichaufsicht in den Marschgebieten hatte ein technischer Beamter, der seit 1821 den Titel Deichinspektor, seit 1858 Deichinspektor und technischer Beamter, seit 1861 Deich- und technischer Inspektor, seit 1904 Bau-Inspektor führte. Die Handakten der Amtsinhaber, insbesondere ihre Gutachten, wurden nicht mit der landherrschaftlichen Registratur vereinigt, sondern bildeten einen separaten Schriftgutkörper.

Der Best. enthält in drei Abteilungen Material über Deichbauten in der Landherrenschaft der Marschlande und des Amts bzw. der Landherrenschaft Bergedorf sowie verschiedene Bauangelegenheiten, darunter Kirchengebäude in den Vier- und Marschlanden.
(LS)

416-1/4 Landherrenschaften - Kriegsakten

1914-1925; 3,2 m; Bestandsverzeichnis
Wie in allen hamburgischen Behörden ergaben sich auch bei den Landherrenschaften Sonderaufgaben im Rahmen der Maßnahmen zur Bewältigung der Situation des Ersten

Weltkrieges und der Nachkriegszeit, die in einer speziellen Registratur zusammengefaßt wurden.

Der Best. gliedert sich in Kriegsakten (KA) und Versorgungsakten (V), die nicht nach einer Sachgliederung, sondern rein chronologisch nach Anfall verzeichnet wurden.
(LS)

416-1/5 Landherrenschaften - Landesausschußangelegenheiten

1925-1933; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Seit 1924 wirkte der Landesausschuß bei allen Angelegenheiten des Landgebiets, deren Regelung von grundsätzlicher Bedeutung war, mit. Er setzte sich aus zwei vorsitzenden Senatoren (den Landherren) und 15 unmittelbar von der Bevölkerung auf drei Jahre gewählten Abgeordneten zusammen.

Der Best. enthält Akten über die Verhandlungen des Ausschusses (Protokolle) und allgemeine Angelegenheiten, sodann Haushalt, Steuern und Rechnungswesen, Bau, Wohnungen, Vieh und Entwässerung, Gemeinden, Schulen, Verkehr und Polizei sowie Versicherungen und Soziales.
(LS)

416-3 Landherrenschaften - Personalakten

1871-1957; 1,6 m; Bestandsverzeichnis
73 Personalakten aus den verschiedenen Registraturen der Landherrenschaften, später Landherrenschaft, sind in diesem Best. zusammengefaßt.
(LS)

42 BIS 1937 SCHLESWIG-HOLSTEINISCHES GEBIET

Für die Gebiete der vor 1937 selbständigen Städte Wandsbek und Altona mit den ehemals eigenständigen Randgemeinden ist - vor allem für ältere Quellen vor 1900 - neben den Beständen des Staatsarchivs stets auch die entsprechende archivische Überlieferung im Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig, heranzuziehen, da diese neuhamburgischen Stadtteile erst im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes 1937 von Preußen an Hamburg übergegangen sind und vorher zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein, vor 1867 zum Herzogtum Holstein, gehörten. Der größte Teil der Archivalien der Beständegruppe 42 gelangte durch die Übernahme der Stadtarchive Wandsbek und Altona nach der Eingemeindung in das Staatsarchiv; ein kleinerer Teil durch spätere Ablieferungen der Stellen, welche

die Unterlagen geführt oder verwahrt hatten.

Lit.: Oswald Hauser, Staatliche Einheit und regionale Vielfalt in Preußen. Der Aufbau der Verwaltung in Schleswig-Holstein nach 1867, Neumünster 1967; 100 Jahre Landesverwaltung Schleswig-Holstein 1867-1967, Kiel 1967
(Hach)

421 GESAMTVERWALTUNG

421-3 Provinzial-Schulkollegium Schleswig

1849-1939; 8,0 m; Bestandsverzeichnis
Das Provinzial-Schulkollegium für die preußische Provinz Schleswig-Holstein wurde 1867 für die Beaufsichtigung und Verwaltung der höheren Lehranstalten und Schullehrerseminare mit Sitz in Kiel begründet und 1879 (ebenso wie das Oberpräsidium) nach Schleswig verlegt. Es unterstand der Oberaufsicht des Oberpräsidenten. Die aus dänischer Zeit stammende Einrichtung der Visitatorien wurde beibehalten, an die Stelle der früheren Kirchenvisitatorien traten jetzt die Schulvisitatorien. Die Aufsichtsbezirke schlossen sich an die Begrenzung der politischen Kreise an, innerhalb derselben wurde der Landrat überall neben dem Kreisschulinspektor Mitglied des Schulvisitatoriums seines Kreises. Ortsschulinspektor war in der Regel der zuständige Geistliche. 1933 gingen die Aufgaben des Provinzial-Schulkollegiums an den Oberpräsidenten der Provinz, Abteilung für höheres Schulwesen, über.

Der Best. enthält mit unterschiedlichen Anteilen vor allem Unterlagen über Beaufsichtigung und allgemeine Verwaltung sowie Personal-, Haushalts-, Rechnungs-, Bau-, Unterrichts- und Schülerangelegenheiten folgender höherer Lehranstalten: In Altona Gymnasium Christianeum, Reform-Realgymnasium, Realschule in Ottensen, später Oberrealschule in Altona, Lyzeum II; in Blankenese Realgymnasium, Lyzeum; in Groß-Flottbek Bertha-Lyzeum; in Lokstedt Realschule; in Wandsbek Matthias-Claudius-Gymnasium, Oberlyzeum; in Rahlstedt Realschule, Private höhere Mädchenschule; in Poppenbüttel Reform-Realgymnasium; außerdem noch Akten bezüglich des Hauswirtschaftlichen Seminars in Altona über Prüfungsangelegenheiten, Dozenten, Lehrpläne und Anerkennung der Anstalt.

Hinweis: 421-5; 422-16
(Hach)

421-5 Regierung Schleswig

1863-1946; 27,2 m; Bestandsverzeichnis
1868 wurden Regierungen der Herzogtümer Schleswig (mit Sitz in Schleswig) und Hol-

stein (mit Sitz in Kiel) zu einer gemeinsamen Regierung in Schleswig vereinigt. Sie übernahm, wie das Oberpräsidium in Kiel, einen Teil der Aufgaben und Akten des bisherigen Ministeriums für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg. Ebenso gingen in ihr eine Reihe der vorher im Herzogtum Holstein bestehenden Mittelbehörden auf. Sie wurde in 3 Abteilungen (Präsidialabt., Abt. für Kirchen- und Schulwesen, Abt. für direkte Steuern, Domänen und Forsten) organisiert. Daneben wurde bei dem Regierungspräsidenten als Organ der kommunalen Selbstverwaltung für Beschlußsachen und Verwaltungsstreitverfahren der Bezirksausschuß geschaffen. Gegen Kriegsende 1945 wurde das Amt des Regierungspräsidenten nicht mehr neu besetzt; der allgemeine Vertreter des Oberpräsidenten führte den Titel des Regierungspräsidenten und war mit der Wahrnehmung der damit verbundenen Geschäfte beauftragt. Mit Wirkung vom 01.12.1945 ordnete der zuständige Militärgouverneur die Auflösung und Eingliederung der Behörde des Regierungspräsidenten in die des Oberpräsidenten an. Anfang 1946 gliederten sich die voneinander getrennten obersten Landesorgane mit dem Oberpräsidenten an der Spitze in Landesregierung und Landesverwaltung.

Die wesentlichen Aktengruppen des Bestandes, welcher ausschließlich Unterlagen über die 1937 nach Hamburg eingemeindeten Gebiete der preußischen Provinz Schleswig-Holstein enthält, sind: Hochbausachen, Handels- und Gewerbesachen, Forstsachen, Gesundheitswesen, Kommunalaufsichtsangelegenheiten, Wasserbau- und Schiffahrtssachen, Wohlfahrtsangelegenheiten, Akten des Bezirksausschusses und der Dienststrafkammer, Schulwesen, Angelegenheiten von Religionsgemeinschaften (enthält nur eine Akte über die Schließung jüdischer Friedhöfe in Altona 1934), Versicherungwesen.

Hinweis: 421-3
(Hach)

422 WANDSBEK STADT

422-1 Intendantur für die Güter Wandsbek und Wellingsbüttel in Reinbek

1807-1867; 1,1 m; Bestandsverzeichnis

Das 1296 zuerst als Dorf erwähnte Wandsbek entwickelte sich Ende des 15. Jh.s zum landesherrlichen Lehngut, dem 1646 auch die Dörfer Hinschenfelde und Tonndorf-Lohe (nebst der Mühle bei Rahlstedt) unterstellt wurden. Nachdem der dänische König 1807 die größten Teile des adligen Gutes Wandsbek (seitdem: Aufteilung des adligen Gutes Wandsbek in einen königlichen Anteil sowie in einen in Privatbesitz der gräflichen Familie von Schimmelmann befindlichen) und das Kanzleigut Wellingsbüttel (1818: Aufteilung des Kanzleigutes in einen königlichen Anteil sowie in einen in Privatbesitz befindlichen) erworben hatte, wurde als übergeordnete Instanz der lokalen Verwaltungsstellen in Wandsbek die Intendantur für die königlichen Anteile der Güter Wandsbek und Wellingsbüttel

geschaffen. Ihre Leitung wurde dem in Reinbek residierenden Amtmann für die Ämter Reinbek, Trittau und Tremsbüttel übertragen. 1833 erhielt Wandsbek die Fleckengerechtigkeit. 1866 erfolgte die Aufhebung der Intendantur in Reinbek und die Vereinigung ihrer Aufgaben mit denen des Inspektorats Wandsbek, das seitdem Intendantur zu Wandsbek hieß. Gleichzeitig wurde das Gut Marienthal (vormals adliges Gut Wandsbek privaten Anteils) mit Wandsbek zu einem Polizeidistrikt verbunden. 1868 wurde die Intendantur Wandsbek in Kirchspielsvogtei umbenannt. Als Wandsbek 1870 Stadtrechte erhielt, gingen die Verwaltungsaufgaben für Wandsbek auf den Magistrat, für Hinschenfelde, Tonndorf-Lohe und Wellingsbüttel auf die Kirchspielsvogtei Bargteheide über; für die Polizeiangelegenheiten in Wandsbek und Marienthal war die Polizeibehörde in Wandsbek zuständig.

Die wesentlichen Gruppen des Bestandes beziehen sich auf: Allgemeine Verwaltungs- und Personalangelegenheiten, Verwaltungsgebäude, Grenzen der Güter Wandsbek und Wellingsbüttel, Nutzung der Gutsländereien und -forsten sowie Lasten der Güter, Verwaltung des Fleckens Wandsbek, Bau- und Feuerlöschwesen in Wandsbek und Wellingsbüttel, Volkszählungslisten (für die Jahre 1860 und 1864).

Hinweis: 422-2; 422-3; 422-4; 422-11; 422-15; 422-26; 422-30; 423-1
(Hach)

422-2 Gut Wandsbek, königlicher Anteil

1610-1870; 6,8 m; Bestandsverzeichnis
1807 verkaufte Graf Carl Christian von Schimmelmann das adlige Gut Wandsbek mit den Dörfern Hinschenfelde und Tonndorf-Lohe an den dänischen König (seitdem: adliges Gut Wandsbek königlichen Anteils), behielt aber das Schloß, das Vorwerk, den Meierhof Mühlenbeck und das Jägerhaus (seitdem: adliges Gut Wandsbek privaten Anteils). Verwaltungsmäßig unterstanden beide Anteile der Intendantur für die Güter Wandsbek und Wellingsbüttel in Reinbek. 1866 wurde die Intendantur in Reinbek aufgehoben; ihre Aufgaben übernahm die Intendantur zu Wandsbek (s. 422-1).

Die Archivalien gliedern sich in die Gruppen Allgemeines, Kommunalverwaltung sowie Abgaben- und Rechnungswesen.
(Hach)

422-3 Gut Wandsbek, gräflicher Anteil und Gutsbezirk Marienthal

(1803) 1811-1878; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Beim Verkauf des Gutes Wandsbek an den dänischen König im Jahre 1807 hatte sich Graf Carl Christian von Schimmelmann (gest. 1842) das Schloß, einige Gebäude im Flecken Wandsbek, das Vorwerk, den Meierhof Mühlenbeck und das Jägerhaus vorbehalten, die

seitdem das adlige Gut Wandsbek privaten Anteils bildeten. Dazu gehörte auch das 1679 als Witwensitz erbaute Haus Marienthal. Die Lokalverwaltung oblag dem Gutsinspektor, in Kirchen- und Schulsachen war das Gut mit dem Flecken Wandsbek verwaltungsmäßig verbunden. Justizangelegenheiten wurden durch das Justitiariat für die Güter Wandsbek und Wellingsbüttel (s. 422-4) miterledigt. 1857 wurde das Gut von der Familie von Schimmelmann verkauft, 1861 vom neuen Besitzer in Gut Marienthal umbenannt. Es bildete auch in preußischer Zeit einen besonderen Gutsbezirk; nur polizeilich war es seit 1866 mit Wandsbek verbunden, die Justiz wurde seit 1867 durch das Amtsgericht Wandsbek ausgeübt. 1877 ging zunächst die Steuererhebung auf den Magistrat Wandsbek über, 1878 wurde Marienthal endgültig in Wandsbek eingemeindet.

Der Best. enthält hauptsächlich Unterlagen der Zeit ab 1857, die sich auf die Guts- und die Kommunalverwaltung erstrecken. Von den Unterlagen aus der Schimmelmannschen Zeit (vor 1807) ist kaum etwas ins Staatsarchiv gelangt.

Hinweis: Unterlagen der Schimmelmannschen Milden Stiftung in Wandsbek (1779-1888) s. 422-30
(Hach)

422-4 Justitiariat für die Güter Wandsbek und Wellingsbüttel

1630-1885; 15,5 m; vorläufiges Verzeichnis

Bis 1807 war der Inspektor des Gutes Wandsbek zugleich Justitiar (Gerichtshalter). Nach der Teilung des Gutes in einen königlichen und einen privaten Anteil wurde ein besonderer Justitiar für beide Teile des Gutes eingesetzt, der auch für das Gut Wellingsbüttel und zeitweise für das Schimmelmannsche Gut Ahrensburg zuständig war. Er nahm bis 1835 auch noch einen Teil der Verwaltungsaufgaben wahr, die später auf die Inspektoren der genannten Güter übergingen. Die beim Justitiariat entstandenen Verwaltungsakten der königlichen Anteile der Güter Wandsbek und Wellingsbüttel sind daher im Best. 422-2 zu finden. 1867 trat das Amtsgericht Wandsbek an die Stelle des Justitiariats. Die beim Amtsgericht fortgeführten Schuld- und Pfandprotokolle (bis 1885) sind in den Best. eingearbeitet worden, ebenso auch die erst beim Amtsgericht angelegten Nachtragsbände und Nebenbücher.

Der Best. enthält folgende Unterlagen: Hofbücher und -protokolle des Gutes Wandsbek; Gerichts-, Eigentums- und Hypothekenbücher (vormals als Schuld- und Pfandprotokolle bezeichnet) für Wandsbek; Eigentums- und Hypothekenbücher für Hinschenfelde, Tonndorf, Lohe, Bramfeld, Steilshoop, Gut Marienthal (später Wandsbek-Marienthal); Gerichtsprotokolle und Hypothekenbücher für das Gut Wellingsbüttel; Registrant des Aktenarchivs des Justitiariats; Einzelne Strafprozeßakten aus dem 18. Jh.; Akten der bürgerlichen und freiwilligen Gerichtsbarkeit (Nachlaß- und Erbschaftsangelegenheiten, Eheverträge).
(Hach)

422-5 Amtsgericht Wandsbek

1867-1982; 5,3 m; Bestandsverzeichnis

1867 trat das Amtsgericht Wandsbek an die Stelle des Justitiariats für die Güter Wandsbek und Wellingsbüttel. Der Amtsgerichtsbezirk umfaßte die Güter Wandsbek, Wellingsbüttel und Marienthal und die Dorfschaften Steilshoop, Bramfeld und Bramfelderheide. Die beim Amtsgericht fortgeführten Schuld- und Pfandprotokolle (bis 1885) sind mit Nachtragsbänden und Nebenbüchern zum Best. 422-4 genommen. Von 1921-1924 gehörte das Amtsgericht Wandsbek zum Schöffengerichtsbezirk Altona. 1934 wurde Barsbüttel in den Gerichtsbezirk Wandsbek eingegliedert. 1937 wurde beim Amtsgericht Hamburg die Wahrnehmung der Verwaltungsangelegenheiten des Amtsgerichts Wandsbek und der übrigen hamburgischen Amtsgerichte ebenso wie deren jeweilige Zuständigkeit für Arbeits- und Jugendgerichts-, Register-, Vergleichs- und Konkursangelegenheiten sowie Mahnsachen zentralisiert. Gleichzeitig wurde der Gerichtsbezirk des Amtsgerichts Wandsbek neu festgelegt: die Gemeinde Rahlstedt kam hinzu; die Gemeinden Bramfeld, Steilshoop, Wellingsbüttel und Barsbüttel wurden abgetrennt. 1968 wurde der Ortsteil Eilbek dem Amtsgerichtsbezirk Wandsbek zugelegt. 1990 gehörten folgende Stadtteile zum Amtsgerichtsbezirk Wandsbek: Wandsbek, Eilbek, Marienthal, Jenfeld, Tonndorf, Rahlstedt.

Der Best. enthält Unterlagen zu Firmen-, Prokuren-, Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Handelsregistern nebst Registerakten, Güterrechtsverträge, Grundbuchsachen, daneben auch Akten des Landgerichts Altona über Organisation des Amts- und Arbeitsgerichts Wandsbek sowie Zivilprozeß- und Zwangsvollstreckungssachen.
(Hach)

422-6 Notare in Wandsbek

1868-1955; 43,0 m; Bestandsverzeichnis

Bei der Bildung der preußischen Provinz Schleswig-Holstein im Jahre 1867 wurde auch das Notariatswesen dieses Gebietes neu geregelt. 1899 modifiziert, blieb das Notariatsrecht bis zur reichseinheitlichen Regelung der verschiedenen Notariatsrechte der einzelnen Landesteile Preußens 1937 unverändert. Die Reichsnotarordnung wurde erst 1961 von der Bundesnotarordnung abgelöst.

Der Best. enthält Urkunden, Register (Urkundenrollen) und Notariatsprotokolle folgender Notare:

Axt, Bahr, Baier, Beseler, Breede, Cronewitz, Fülscher, Fürth, Hoffmann, Jonas, Koch, Kochen, Lembke, Leptien, Lübbe, Möhring, Ohrt, Peters, Relling, Sternberg, Victor und Warns.
(Hach)

422-7 Katasteramt Wandsbek

1868-1937; 7,9 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Das Katasteramt Wandsbek wurde 1876 begründet und war für Vermessungsunterlagen der Steuerverwaltung (Grundsteuer, Gebäudesteuer) für die Gebiete der Stadt Wandsbek und des damaligen Kreises Stormarn zuständig. Seine Tätigkeit endete 1937.

Der Best. enthält Gebäudesteuerrollen, Gebäudebeschreibungen, Fortschreibungsverhandlungen, Grundsteuermutterrollen (Liegenschaftsbücher), Flurbücher und einige Registerbände sowie Unterlagen des Verfahrens bezüglich des Rezesses in der Servitut-Ablösungs- und Teilungsangelegenheit von Duvenstedt im Jahre 1888.
(Hach)

422-8 Liegenschaftsamt Wandsbek

1870-1976; 10,8 m; Bestandsverzeichnis
Ankauf, Verkauf und Verwaltung von Grundstücken und den darauf befindlichen Gebäuden war in der Stadt Wandsbek ursprünglich Aufgabe des Magistrats, später des Stadtbauamts. 1918 wurde für diesen Bereich eine Grundstückskasse, 1919 das Grundstücksamt eingerichtet. 1937 wurde das Grundstücksamt als Liegenschaftsamt innerhalb des Kreises 10 in die hamburgische Regionalverwaltung eingegliedert. Hieraus ging 1949 das gegenwärtige Liegenschaftsamt des Bezirkes Wandsbek hervor. Unterlagen des Stadtbauamt Wandsbek bezüglich Ankauf, Verkauf und Verwaltung von Grundstücken sind in den vorliegenden Best. eingeordnet worden.

Der Best. enthält Verwaltungsakten (Organisationsangelegenheiten, Haushalts- und Kassenwesen, Grundstücksverwaltung, Hypotheken, Mieten und Pachten, Grundstücksverkehr, Großprojekte, Sammelverfahren) und Grundstücksakten (alphabetisch nach Straßennamen geliedert).
(Hach)

422-10 Verträge, Stadtbücher und Rechnungen der Stadt Wandsbek

1807-1945; 6,8 m; Bestandsverzeichnis

Die in diesem Best. zusammengefaßten Archivalien sind aus der Magistratsüberlieferung herausgelöst worden. Der Best. enthält folgende Unterlagen: Verträge (Original-Grundstücksverträge) wie Kauf- und Schenkungsverträge, Pachtverträge, Vorurkunden für städtische Verträge; Protokolle der Verwaltungskörperschaften (Fleckenskollegium, Magistrat, städtische Kollegien, Gemeinderat, Stadtrat, Stadtverordnetenversammlungen, Dezernentenbesprechungen) sowie Protokolle einzelner Dienststellen, Ausschüsse und Kommissionen; Tagebücher (hier sind nur einige Beispielexemplare - Magistrat, Hauptamt, Geheimjournal - aufbewahrt worden); ältere Aktenverzeichnisse; Rechnungen (Hauptbuch der Gemeinde Wandsbek, Hauptbuch der Wandsbeker Armenkasse, Jahresrechnungen der Gemeinde, der Stadt und des Gaswerks Wandsbeks); Rentenkataster; Lagerbücher.

Hinweis: 422-8; 422-11; 422-19; 422-30

(Hach)

422-11 (Registratur des Fleckens und des) Magistrat(s der Stadt) Wandsbek (ab 1919 des Hauptamts)

1849-1941; 16,0 m; Bestandsverzeichnis

Mit dem 01.06.1870 erhielt Wandsbek Stadtrechte. Alle Verwaltungsaufgaben der Kirchspielsvogtei und früheren Intendantur Wandsbek gingen auf den Magistrat über, während die Verwaltungsaufgaben für Hinschenfelde, Tonndorf-Lohe und Wellingsbüttel der Kirchspielsvogtei Bargteheide übertragen wurden. Neben dem Magistrat wurden 1870 als besondere städtische Amtsstellen die Polizeibehörde und 1873 das Stadtbaumeisteramt (ab 1883: Stadtbauamt) eingerichtet. Der Magistrat unterstand der Aufsicht des Landrates des Kreises Stormarn, der in Wandsbek seinen Sitz hatte. 1877 ging die Steuererhebung für Marienthal auf den Magistrat Wandsbek über, 1878 erfolgte die Eingemeindung Marienthals in Wandsbek. Der 1888 durch die Kreisordnung für Schleswig-Holstein gebildete Amtsbezirk Hinschenfelde (Gemeinden Hinschenfelde und Tonndorf-Lohe) wurde polizeilich mit Wandsbek verbunden. Die Gemeinde Hinschenfelde wurde am 1900 in Wandsbek eingemeindet (Tonndorf-Lohe gehörte seitdem zum Amtsbezirk Alt-Rahlstedt). Zum 01.04.1901 schied Wandsbek aus dem Landkreis Stormarn aus und bildete einen eigenen Stadtkreis. Gleichzeitig begann der Stadtausschuß (Nachfolgeinstitution war das Stadtverwaltungsgericht) seine Tätigkeit in Verwaltungsstreit- und Beschlußverfahren. 1910 wurde ein von der Polizeibehörde getrenntes Meldeamt, 1912 ein Versicherungsamt, während des Ersten Weltkrieges ein Arbeitsnachweis eingerichtet. 1918/1919 kam es zur völligen Neuordnung der städtischen Verwaltung und Bildung einer Vielzahl von Ämtern, die später teilweise neu aufgegliedert oder auch zusammengefaßt wurden. 1927 erfolgte die Eingemeindung von Jenfeld und des Hauptteils der Gemeinde Tonndorf-Lohe. 1937

wurde Wandsbek in Hamburg eingemeindet, 1949 der Bezirk Wandsbek gebildet.

Zu den bei der Fleckensverwaltung erwachsenen Akten kamen 1870 die der Intendantur Wandsbek hinzu. Die Akten des Hauptamtes, des Personal- und Lohnamtes, der Finanzverwaltung des Statistischen Amtes und des Wahlamtes wurden mit älteren Magistratsakten zusammengefaßt. Der Best. gliedert sich in folgende Archivaliengruppen: Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Verfassung und Verwaltung, Personal-, Finanz- und Steuer-, Kultur-, Verkehrs- und Wirtschaftsangelegenheiten sowie Militärwesen, Statistik, Werbung und Presse.

Hinweis: 422-1; 422-2; 422-8; 422-10; 422-12; 422-13; 422-14; 422-15; 422-16; 422-18; 422-19; 422-26; 422-30; 423-2
(Hach)

422-12 Personalakten der Stadt Wandsbek

1862-1938; 4,8 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. enthält ausgewählte Personalakten und Verzeichnisse der in der Verwaltung der kreisfreien Stadt Wandsbek beschäftigt gewesenen Personen.
(Hach)

422-13 Stadtbauamt Wandsbek

1854-1938; 5,5 m; Bestandsverzeichnis
1873 ist das Stadtbaumeisteramt eingerichtet worden, das man 1883 in Stadtbauamt umbenannte. Die Zuständigkeit erstreckte sich auf alle Angelegenheiten der Bauverwaltung, -aufsicht und -planung. Seit Erwerbung des "Gehölzes" 1859 unterhielt und überwachte die Gehölzkommission die Gehölz- und Grünanlagen. Für einzelne Aufgaben des Stadtbauamts wurden 1919 besondere Ämter eingerichtet: Das Grundstücksamt wurde zuständig für Erwerb, Verkauf und Verwaltung städtischer Gebäude und Grundstücke; das Gartenbauamt wirkte anstelle der Gehölzkommission und erledigte nun auch für die Angelegenheiten des Kleingartenbaus und des Siedlungswesens. Nachfolger des Stadtbauamts wurde 1949 das Bauamt des Bezirksamts Wandsbek.

Die Unterlagen der 1919 eingerichteten Ämter wurden in den Best. eingeordnet. Der größte Teil der Akten des Grundstücksamts über Ankauf, Verkauf und Verwaltung von Grundstücken wurde allerdings zum Best. 422-8 genommen. Der Best. enthält u.a. Unterlagen über allgemeine Organisations- und Verwaltungsangelegenheiten,

städtische Gebäude und Grundstücke, Straßen- und Kanalisationsangelegenheiten, Grünanlagen, Bau- und Feuerpolizei sowie Hoch- und Tiefbausachen.

Hinweis: 422-15; 422-20
(Hach)

422-14 Versicherungsamt Wandsbek

1869-1939; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Das Versicherungsamt Wandsbek wurde 1912 begründet. Es war für die Verwaltung der Kranken-, Invaliden-, und Unfallversicherungen zuständig und übernahm die bisher von der unteren Verwaltungsbehörde geführten Geschäfte auf dem Gebiet der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Befugnisse des für das Beschlußverfahren gebildeten Ausschusses wurden 1922 auch auf die Angestelltenversicherung ausgedehnt. Das Versicherungsamt übernahm ebenso die Aufsicht über die Privatversicherungen.

Akten des Magistrats und der Polizeibehörde, die sich auf das Versicherungswesen beziehen, wurden in den Best. eingeordnet. Er gliedert sich in Organisation des Versicherungswesens, Sozialversicherung, Beschlüsse in Krankenkassen- und Invalidenangelegenheiten, Krankenversicherung, Angestelltenversicherung, Unfallversicherung und Privatversicherungen.
(Hach)

422-15 Polizeibehörde Wandsbek

1864-1938; 5,5 m; Bestandsverzeichnis
1866 wurde ein besonderer Polizeidistrikt für den Flecken Wandsbek und das Gut Marienthal innerhalb der Intendantur Wandsbek (s. 422-1) gebildet. 1870 wurde die Polizeibehörde städtisch. Die Schutzpolizei im Stadtkreis Wandsbek wurde 1923 verstaatlicht und - wie das Meldeamt - dem Polizeipräsidium Altona-Wandsbek (s. 424-106) unterstellt, während die Verwaltungspolizei (Gewerbe-, Gesundheits-, Bau- und Veterinärpolizei) bei der städtischen Polizeiverwaltung verblieb. 1937 wurde das Polizeipräsidium Altona-Wandsbek aufgelöst; die Polizeiämter Wandsbek und Altona wurden in die hamburgische Polizeiverwaltung eingegliedert.

In den Best. wurden die Archivalien der Polizeibehörde (1919 Polizeiamt, 1923 städtische Polizei), des 1910 begründeten Meldeamts und des Stadtausschusses zusammengefaßt. Den Archivalien der Gewerbepolizei wurden alle Vorgänge zu Gewerbeangelegenheiten hinzugefügt, die zunächst beim Magistrat, ab 1919 beim Versicherungs- und Gewerbeamt (s. 422-14) und ab 1930 beim Hauptamt geführt wurden. Die Akten der Baupolizei, die teilweise bei der Polizeibehörde, teilweise beim Stadtbauamt geführt wurden, sind in den Best. 422-13 eingeordnet worden.

Lit.: Gerd Stolz, Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein, Heide 1978, S. 80 f. (Altona und Wandsbek)
(Hach)

422-16 Schulamt Wandsbek

1862-1931; 1,3 m; Bestandsverzeichnis

Die Schulordnung für Schleswig-Holstein von 1814 sah für die Städte und Flecken Bürgerschulen vor. Ein Schulinspektor führte die Schulaufsicht in der Schulcommune. 1864 wurden die Gemeinden Schleswig-Holsteins angehalten, zur Vertretung der Schulcommunen jeweils ein Schulkollegium zu errichten. 1870 übernahm der Magistrat die Verwaltung des Schulwesens und richtete eine städtische Schulverwaltung ein, die städtischen Kollegien genehmigten ein Schulregulativ und beschlossen die Bildung einer städtischen Schulkommission. 1919 wurde das Schulamt eingerichtet, welches bis 1937 die städtische Schulverwaltung übernahm.

Im Best. sind die die Schulverwaltung betreffenden Magistratsakten und denen des Schulkollegiums vereinigt worden. Er enthält u.a. Akten des Schulkollegiums, Unterlagen über allgemeine Verwaltung und Statistik, Unterrichtswesen, Personalangelegenheiten und Schulanstalten.

Hinweis: 421-3; 422-11
(Hach)

422-17 Gewerbe- und Kaufmannsgericht Wandsbek

1896-1927; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Von 1885-1895 besaß die Stadt Wandsbek ein vom Bürgermeister geleitetes Gewerbeschiedsgericht. 1895 wurde das Gewerbegericht eingerichtet, das seine Tätigkeit 1896 aufnahm. Aufgabe des Gewerbegerichts war die Schlichtung von Streitfällen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie zwischen Arbeitnehmern des gleichen Betriebes. Das Kaufmannsgericht nahm seine Tätigkeit 1905 auf. Aufgabe des Kaufmannsgerichts war die Schlichtung von Streitfällen zwischen kaufmännischen Angestellten und deren Arbeitgebern.

Der Best. enthält folgende exemplarisch ausgewählte Unterlagen: Vergleiche und Urteile des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts, Verzeichnisse der beim Gewerbegericht und beim Kaufmannsgericht anhängig gemachten Streitsachen, Organisation und Statistik des Kaufmannsgerichts.
(Hach)

422-18 Rechtsamt Wandsbek

1881-1937; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
1921/1922 wurde das Syndikat zur Beratung der übrigen Dienststellen und Einrichtungen in schwierigen Rechtsfragen, Abgabe schriftlicher Gutachten, Führung von Prozessen und zur Bearbeitung von Miet-, Pacht- und Versicherungsangelegenheiten (mit Ausnahme der Feuerversicherung) eingerichtet. Außerdem erteilte es Rechtsauskünfte an Private. 1933 gingen diese Aufgaben auf das bis 1937 fortgeführte Rechtsamt über.

Der Best. enthält ausgewählte Prozeßakten, u.a. in Entschädigungs-, Beleidigungs-, Räumungs-, Aufwertungssachen.
(Hach)

422-19 Wohlfahrtsamt Wandsbek

(1779) 1839-1938 (-1952); 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Die Verwaltung des Wandsbeker Armenwesens wurde seit 1837 durch das Armenkollegium ausgeübt. 1871 wurde mit der Bildung einer Armenkommission das Armenwesen neu geregelt. 1919 wurde es auf das Jugendpflege- und Wohlfahrtsamt sowie das Fürsorgeamt aufgeteilt, die 1924 zum Wohlfahrtsamt vereinigt wurden; 1927 kam die Amtliche Fürsorgestelle hinzu. 1925 schuf man eine besondere Dienststelle für den Stadtarzt (ab 1933 Gesundheitsamt), auf die ein Teil der Aufgaben des Wohlfahrtsamts überging. 1937 übernahm die Sozialverwaltung Hamburg die Aufgaben und Akten des Wohlfahrtamts Wandsbek.

Die eigentlichen Akten des Wohlfahrtsamts Wandsbek wurden 1947 vernichtet. Der Best. enthält daher die zuletzt beim Hauptamt geführten (oder verwahrten) Magistratsakten der Stadt Wandsbek, welche das Wohlfahrtswesen betreffen, sowie einschlägige Unterlagen aus späteren Ablieferungen der Sozialbehörde Hamburg. Der Best. enthält v.a. Unterlagen der Gesundheits-, Jugend- und Armenfürsorge. Vorhanden ist zudem eine Aufstellung aller Stiftungen im Gebiet der Stadt Wandsbek (Stand: 1932, mit Nachträgen für die Zeit 1934-1936).
(Hach)

422-20 Amt für Arbeitsbeschaffung und Siedlungswesen Wandsbek

1932-1937; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Das Amt für Arbeitsbeschaffung wurde 1933 eingerichtet und später in Amt für Arbeitsbeschaffung und Siedlungswesen umbenannt. Es hatte folgende Aufgaben: Entscheidung über Gewährung von Reichszuschüssen für Neubau-, Ausbau-, Instandsetzungs- und Umbauarbeiten im Bereich des Wohnungsbaus und Siedlungswesens, Aufsicht und Verwaltung in den Bereichen Siedlungswesen und Freiwilliger Arbeitsdienst sowie Wirt-

schaftsberatung der Siedler. Diese Aufgaben übernahm am 15.12.1937 das Arbeitsbeschaffungsamt Hamburg.

Der Best. gliedert sich in allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Arbeitsbeschaffung, Siedlungswesen und Freiwilliger Arbeitsdienst (später: Reichsarbeitsdienst).
(Hach)

422-26 EINGEMEINDETE ORTSCHAFTEN

422-26/1 Gemeinde Hinschenfelde

1823-1902; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Hinschenfelde wurde 1646 vom Amt Trittau an das Gut Wandsbek verkauft und gehörte nach der Teilung des Gutes 1807 zum königlichen Anteil desselben. 1867 kam Hinschenfelde zur Intendantur (ab 1868: Kirchspielsvogtei) Wandsbek, 1870 zur Kirchspielsvogtei Bargteheide, 1888 wurde der Amtsbezirk Hinschenfelde (Hinschenfelde und Tonndorf-Lohe) gebildet. 1900 erfolgte die Eingemeindung nach Wandsbek.

Der Best. enthält Unterlagen über das Finanzwesen der Gemeinde und Akten des Ortsschulinspektors sowie eine Akte des Kreisschulinspektors.
(Hach)

422-26/2 Gemeinde Tonndorf-Lohe

1866-1927; 1,8 m; Bestandsverzeichnis
Tonndorf-Lohe gehörte ursprünglich zum Amt Reinbek, kam später zum Gut Wandsbek (ab 1807 königlichen Anteils), unterstand ab 1870 der Kirchspielsvogtei Bargteheide, ab 1888 dem Amtsbezirk Hinschenfelde und ab 1900 dem Amtsbezirk Alt-Rahlstedt. 1927 wurde der Hauptteil der Gemeinde in Wandsbek eingemeindet, der kleinere Teil in Rahlstedt.

Einige Akten der Verwaltungsstelle Tonndorf wurden in den Best. 422-11 eingegliedert. Der Best. enthält Gemeindeunterlagen zu allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten, Finanz-, Steuer-, Polizei-, Landwirtschafts- und Jagd-, Schul- und Kultur-, Personenstands-, Wahl- sowie Wohlfahrtsangelegenheiten, Gewerbe- und Verkehrs-, Einwohnermelde-, Bebauungs-, Siedlungs- und Wohnungs-, Gerichts- sowie Militärwesen.
(Hach)

422-26/3 Gemeinde Jenfeld

1893-1927; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Jenfeld gehörte ursprünglich zum Amt Reinbek, ab 1888 zum Amtsbezirk Barsbüttel und ab 1927 zu Wandsbek.

Von den Unterlagen der Gemeinde sind nur drei Protokollbände (1893-1927) und ein Einnahme- und Ausgabebuch (1927) erhalten geblieben.
(Hach)

422-30 Archivalien verschiedener Herkunft aus dem Wandsbeker Raum

1702-1934; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Kirchengemeinde Wandsbek, 1807-1869
Schimmelmannsche Milde Stiftung in Wandsbek, 1779-1888
Vereinigungen gewerblicher Art, 1843-1855
Sonstige Vereinigungen, (1637) 1702-1934
Archivalien privater Herkunft, 1765-1933

Hier wurden kleinere Best. nichtstaatlicher und nichtkommunaler Herkunft und "kleine Erwerbungen" privater Herkunft vereinigt.
(Hach)

423 WANDSBEK LAND

423-1 Ämter Trittau, Reinbek und Tremsbüttel in Reinbek

(1624-) 1648-1937; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Das Amt Trittau ging aus der Zusammenfassung der gräflich-schauenburgischen Besitzungen zwischen Alster und Bille hervor. Aus den Besitzungen des Klosters Reinbek wurde nach der Säkularisation durch die Landesherren 1530 das Amt Reinbek gebildet. Der von den Herzögen von Sachsen-Lauenburg 1475 pfandweise erworbene Bezirk um Tremsbüttel gelangte 1571 wiederum pfandweise an die Herzöge von Holstein-Gottorf, wurde 1649 durch diese angekauft und in das Amt Tremsbüttel umgewandelt. Schon vorher hatten die Gottorfer Herzöge in der Landesteilung von 1544 auch die Ämter Trittau und Reinbek erhalten. Sie besaßen die drei mit dem Besitz des Königs von Dänemark vereinigten Ämter bis 1773. Das Kanzleigut Tangstedt (mit Duvenstedt, Lemsahl, Mellingstedt) wurde 1692 aus Teilen des Amtes Tremsbüttel gebildet, gehörte aber weiterhin (bis 1773) zum Gottorfischen Anteil. Aus dem Amt Reinbek kamen Schiffbek sowie Reitbrook-Nettelnburg und Ostkrauel aufgrund des Gottorfer Vergleichs 1768 an Hamburg. Außerdem erwarb Hamburg 1803 Alsterdorf (Amt Trittau) im Tausch gegen den hamburgischen Teil von Hoisbüt-

tel, der dem Amt Tremsbüttel angeschlossen wurde. 1774 wurde die Verwaltung der Ämter Trittau und Reinbek unter einem Amtmann in Reinbek vereinigt; seit 1800 unterstand ihm auch das Amt Tremsbüttel. Die 1807 eingerichtete Intendantur für die königlichen Anteile der Güter Wandsbek und Wellingsbüttel (s. 422-1) wurde ihm ebenso übertragen, wie 1855 die Oberaufsicht über die Verwaltung der Kanzleigüter Tangstedt und Wellingsbüttel (adligen Anteils). Nach der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen 1867 wurden die Ämter aufgehoben und ihr Gebiet zum neuen Kreis Stormarn zusammengefaßt.

Die Archivalien des Best. (Amtsbücher, Volkszählungslisten und Akten sehr verschiedenen Inhalts) stammen zum größten Teil aus Ablieferungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein im Zuge des Archivalienaustausches bezüglich der neuhamburgischen Gebiete. Sie werden durch Fotokopien aus den Beständen des Landesarchivs ergänzt.

Hinweis: 422-4
(Hach)

423-2 Landratsamt Wandsbek

1875-1940; 3,5 m; Bestandsverzeichnis

Bei der Bildung des preußischen Kreises Stormarn 1867 kamen zu den drei stormarnschen Ämtern Reinbek, Trittau und Tremsbüttel die nordöstlich liegenden Ämter Reinfeld und Rethwisch, die Stadt Oldesloe und über zwanzig Güter (zu denen auch Wandsbek zählte) hinzu. Der Magistrat der Stadt Wandsbek unterstand seit 1870 der Aufsicht des Landrates des Kreises Stormarn; dieser hatte seinen Dienstsitz zunächst in Reinbek und ab 1873 in Wandsbek. Dem Landrat unterstand die staatliche Verwaltung sowie die Selbstverwaltung des Kreises; er wurde vom König ernannt und war Vorsitzender des Kreistages. Die 1888 eingeführte Kreisordnung galt im wesentlichen bis 1950: Aus dem kreisständischen Verband wurde der Kreiskommunalverband mit den Organen Kreistag, Kreisausschuß und Landrat. Zum 01.04.1901 bildete Wandsbek einen eigenen Stadtkreis und schied damit aus dem Landkreis Stormarn aus. 1937 wurden einige Landgemeinden des Kreises Stormarn in Hamburg eingemeindet; die entsprechenden Akten wurden vom Landratsamt an die Stadt Hamburg abgegeben.

Der Best. ist in folgende Gruppen gegliedert: Kreisausschuß, Schulamt des Kreises, Wohlfahrts- und Jugendamt des Kreises, Versicherungsangelegenheiten, Israelitische Gemeinde, Kreissteueramt.

Hinweis: Unterlagen des ehemaligen Landrates Dr. Konstantin Bock von Wülfingen über den Kreis Stormarn s. 744-9/4; 422-11; 422-26; 423-1; 423-3; 423-6
(Hach)

423-3 AMTSBEZIRKE UND ORTSCHAFTEN

Die folgenden Dörfer wurden 1937 im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes in Hamburg eingemeindet; vorher gehörten sie zum 1867 gebildeten preußischen Landkreis Stormarn, mit Ausnahme von Hinschenfelde, welches bereits 1900 sowie Tonndorf-Lohe und Jenfeld, welche schon 1927 zur Stadt Wandsbek kamen.

Die Best. enthalten - mit unterschiedlichen Anteilen und Gewichtungen - das für Gemeinderegistraturen typische Material, überwiegend mit den folgenden Inhalten: Protokolle, allgemeine Verwaltungs- und Personalangelegenheiten, Polizeiwesen (Ordnungs-, Sicherheits-, Verwaltungs-, Gewerbe-, Bau- und Feuerpolizei), Versicherungs-, Schul-, Gesundheits- und Fürsorge-, Wohlfahrts-, Bau-, Wohnungs- und Siedlungs-, Finanz-, Steuer-, Feuerwehr- und Luftschutz-, Melde-, Gartenbau- und Friedhofs-, Jagd- und Fischereiwesen, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Verkehrs-, Grundstücks- und Gebäude-, Versicherungs-, Kriegs- und Militär-, Kultur-, Kirchen-, Sport-, Wahl- und Statistik-, Natur- und Denkmalschutzangelegenheiten; außerdem Angelegenheiten der Versorgungsbetriebe, des Bereichs Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst sowie Unterlagen zu Organisationen, Vereinen und Veranstaltungen.
(Hach)

423-3/1 Amt und Gemeinde Bergstedt
1809-1938; 1,3 m; Bestandsverzeichnis

423-3/2 Amt und Gemeinde Billstedt (mit Schiffbek, Kirchsteinbek, Öjendorf)
1881-1951; 3,6 m; Bestandsverzeichnis

423-3/3 Amt und Gemeinde Bramfeld
1867-1938; 1865-1940; 7,4 m; Bestandsverzeichnis

423-3/4 Gemeinde Duvenstedt
1875-1937; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

423-3/5 Gemeinde Hummelsbüttel
1934-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

423-3/6 Gemeinde Lemsahl-Mellingstedt
1854-1938; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

423-3/7 Gemeinde Lohbrügge (mit Boberg, Sande, Südstormarnscher Wegebauverband)
(1802) 1861-1940; 2,6 m; Bestandsverzeichnis

423-3/8 Amt Poppenbüttel
1889-1938; 03 m; Bestandsverzeichnis

423-3/9 Gemeinde Poppenbüttel
1879-1938; 1,1 m; Bestandsverzeichnis

423-3/10 Amt und Gemeinde Rahlstedt (mit Amt Altrahlstedt)
1872-1941; 4,7 m; Bestandsverzeichnis

423-3/15 Amt und Gemeinde Sasel
1887-1940; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

423-3/16 Gemeinde Steilshoop
1887-1938; 0,8 m; Bestandsverzeichnis

423-3/18 Gemeinde Wellingsbüttel
1881-1938; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

423-6 Gut Hohenbuchen

1907-1944; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Das Gut Hohenbuchen wurde 1938 in Hamburg eingemeindet; vorher gehörte es zum Kreis Stormarn. Es befand sich stets in Privateigentum bei häufigen Eigentümerwechseln. Der letzte Eigentümer des Gutes verkaufte es im Februar 1941 an den Hamburger Staat.

Neben einer Chronik des Gutes enthält der Best. folgende Unterlagen: Bestellungen und Bestellungskarten, statistisches Material über Beginn und Beendigung der Ernte, Ernteerträge und Niederschlagsmengen, Pachtverträge und Arbeitsjournale.

Hinweis: 423-2
(Hach)

424 ALTONA STADT UND LAND

Die Überlieferung des seit 1664 mit Stadtrecht begabten Altona, das bis 1640 zur Grafschaft Holstein-Pinneberg, dann bis 1867 zum Herzogtum Holstein und bis 1937 zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein gehörte, war zweigeteilt: einerseits gab es die Rathaus- oder Magistratsverwaltung mit ihren sich differenzierenden Registraturen, andererseits die staatliche Oberpräsidialverwaltung. Die Magistratsüberlieferung wurde 1890-93, soweit sie im Stadtarchiv verwahrt wurde, wie folgt gegliedert: XV Beamte, XVI Grenzen, XVII Liegenschaften, XVIII Kapitalvermögen, XIX Schuldenverwaltung, XX Steuern und Abgaben, XXI Etats, Kassen- und Rechnungswesen, XXII Städtische Anstalten, XXIII Bau- und Straßensachen, XXIV Siele, Brunnen, Wasserleitungen, XXV Einquartierung, XXVI Hafen-, Kai- u. Brückensachen, XXVII Bürgerrecht, XXVIII Polizei, XXIX Brandwesen, XXX Bürgerbewaffnung, XXXI Handel und Schiffahrt, XXXII Fabriksachen, XXXIII Gewerbe, XXXIII Kunst, Wissenschaft, Literatur, XXXIV Kirche, Schule, Stiftun-

gen, Wohltätigkeit, XXXV Armensachen, XXXVI Medizinalwesen. Zu Altona kamen seit Beginn des 19.Jh. städtische und ländliche Nachbargemeinden, bis 1937 die Eingemeindung nach Hamburg erfolgte. Die Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges haben in die zentralen städtischen Überlieferungen sehr große Lücken gerissen.
(LS)

424-1 Urkunden und Rechtssatzungen der Stadt Altona

1632-1938; 16,9 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis

Privilegien und städtische Satzungen, 1665-1925
Landesherrliche Verordnungen, 1632-1937
Testamente, 1692-1869
Band 1: Chronologische Übersicht
Band 2: Namensregister
Verträge, 1841-1938

Aus der Magistratsüberlieferung ist der Urkundenbestand mit einigen Satzungen herausgelöst worden. Es handelt sich um Privilegien (Stadtrecht), städtische Satzungen, landesherrliche Verordnungen, Testamente (1692-1867) und Verträge (auch Grunderwerbsurkunden).
(LS)

424-2 Stadtbücher der Stadt Altona

1664-1937; 54,6 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Verzeichnis
Band 2: Straßenverzeichnisse zu I c 5 und 6

Die Stadtbücher umfassen Bürger- und Einwohnerbücher (1741-1870), Stadtgerichtsprotokolle (1666-1868), Grundbücher (1664-1881), Protokolle des Magistrats und des Kreistages (1713-1933), Kämmereibücher (1740-1866), Protokolle des Wasserschouts, also der Anmusterungsaufsicht für die Schiffahrt (1764-1850) und ältere Archivverzeichnisse (1723-1937).
(LS)

STÄDTISCHE DIENSTSTELLEN UND UNTERNEHMEN

424-3 Magistrat Altona

1636-1938; 43,0 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis, Kartei

Die stark dezimierte ältere Magistratsüberlieferung, so wie sie für den Aufbau des Stadtarchivs von 1890 gegliedert worden war, besteht aus einer Reihe von heute selbständigen Best.. Hier verblieben sind nur: XXIV Verkehrs- und Energiewirtschaft (1840-1939), XXX Bürgerbewaffnung (1848 - 1 Akte), XXXII A Handwerk (1636-1910) und XXXII B Fabrikwesen. Daneben haben sich gut 1100 Akten erhalten, die vorläufig wie folgt gegliedert sind: Allgemeine Verwaltung, Gremien, Personal und Verwaltungsberichte, politische Ereignisse, Bürgerrecht, Finanzen, Bau- und Vermessungswesen, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Wirtschaft, Gesundheits- und Rettungswesen, Bauverwaltung, Bildung und Erziehung, Armen- und Sozialwesen, Stiftungen und Legate, Polizei, Justiz, Militär und Mitgliedschaften in bzw. Kontakte zu Vereinigungen.
(LS)

424-4 Personalakten Altona

1868-1968; 60,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Die z.T. noch nicht endgültig bewerteten Personalakten enthalten Material aus allen Zweigen der Altonaer Justiz und Verwaltung, auch der eingemeindeten Vororte.
(LS)

424-5 Kämmerei Altona

1664-1938; 98,5 m; Bestandsverzeichnis
Die Kämmereirechnungen befinden sich im Best. 424-2. Die Akten sind im Zustand erster provisorischer Verzeichnung, die nachstehender Gliederung folgt: Allgemeine Verwaltung, Personal, Kämmereikommission, städtische und königliche Rechnungen, Zoll und Akzise, Rechnungsprüfung, Notate, Steuern und Abgaben, Anleihen, Vermögens- und Schuldenverwaltung, Kassenwesen, Finanzausgleich, Kriegswirtschaft, Notgeld, städtische Unternehmen, Zollanschluß Groß-Hamburgs, Finanzbedarf einzelner Verwaltungszweige, Beiträge zu kommunalen Dachorganisationen.
(LS)

424-9 I Armenwesen Altona I

<-1864>; 1630-1881; 9,3 m; Kartei
Das Armenwesen war über lange Zeit Angelegenheit der Kirchengemeinden. Erst 1580 bildeten zugewanderte Niederländer eine Armenkasse; nach 1713 kam es zur Gründung des Reventlow-Stiftes; 1822 wurde die Versorgungsanstalt für Alte, Schwache und unheilbar Kranke gebildet, zu der 1854 eine zweite Anstalt hinzukam. Seitens der Stadt wurden diese Bestrebungen von einer Armenkommission beaufsichtigt, der auch der Bau des neuen Armenhauses bei Osdorf 1871 zu verdanken ist; die Arbeit der Kommission wurde durch

ein Armenamt unterstützt. 1919 wurde dann als zusammenfassende Behörde das Wohlfahrtsamt gebildet.

Der Registraturkörper I ist wie folgt gegliedert: Allgemeine Verwaltung und Organisation, Heimatscheine, Personal, Finanzen und Bauwesen, Waisenhaus, Waisenschule und Kostkinder, Zucht- und Werkhaus und Arbeitsanstalt, Krankenpflege-, Krankenhaus, Gebäranstalt und uneheliche Geburten, schließlich einzelne Einrichtungen der Armenpflege. - Der Registraturkörper II zeigt folgende Gliederung: Gesetzgebung, Organisation und allgemeine Verwaltung (auch Anstalten), Haushalts- und Rechnungswesen, Bauwesen, Einrichtungen und Stiftungen, Unterstützung und Unterbringung von Hilfsbedürftigen, Bedienstete, Heimatrecht, Niederlassung und Aufenthaltsgenehmigungen sowie Kriegswohlfahrtspflege (Erster Weltkrieg und seine Folgen).
(LS)

424-9 II Armenwesen Altona II

<1865-1919>; (1776) 1803-1936 (1937); 9,5 m; Bestandsverzeichnis, Kartei
s. 424-9 I

424-10 Stadtausschuß Altona

1887-1938; 6,5 m; Bestandsverzeichnis
Der 1883 eingerichtete Kreisausschuß, der 1889 Stadtausschuß wurde, sollte an staatlichen Aufgaben (innere Landesverwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit) mitwirken. Er setzte sich aus dem Oberbürgermeister und 4 Magistratsmitgliedern zusammen. Sein Tätigkeitsfeld erstreckte sich im einzelnen auf berufsgenossenschaftliche Aufgaben, die Genehmigung von Gewerbekonzessionen, die Fürsorgeangelegenheiten, das Heimstättenwesen und andere Gebiete. 1934 in Stadtverwaltungsgericht umbenannt, wurde der Ausschuß 1938 aufgelöst.

Der Best. umfaßt Akten über die Organisation und Verwaltung des Ausschusses, die berufsgenossenschaftliche Tätigkeit und die Behandlung von Beschluß- und Verwaltungsstreitangelegenheiten (Gastwirtschaften, Theater- u.ä. Aufführungen, Stellenvermittlung, Fürsorgeunterstützung, Behindertenschulwesen, Eintragungen in die Handwerksrolle und Lehrlingsausbildung).
(LS)

424-11 Schiedsmannsamt Altona

1879-1945; 1,4 m; Bestandsverzeichnis
Für Streitigkeiten, die unterhalb der gerichtlichen Auseinandersetzung geschlichtet werden

konnten, gab es seit 1879 die Einrichtung des Schiedsmannes. Jeweils ein solcher Schiedsmann war für Altona, für Ottensen und für die Vororte Övelgönne, Othmarschen, Bahrenfeld, Eidelstedt, Stellingen und Blankenese zuständig.

Es haben sich die Protokollbücher mit den Schiedsverhandlungen erhalten.
(LS)

424-12 Ausschuß (zur Feststellung von Entschädigungen) für Aufruhrschäden in Altona (und Umgebung)

1918-1927; 0,8 m; Bestandsverzeichnis

Der Ausschuß wurde 1920 von der Regierung in Schleswig eingesetzt, um über die Feststellung, Rechtmäßigkeit und Angemessenheit von Schadensersatzansprüchen zu entscheiden, die im Zusammenhang mit den inneren Unruhen seit dem 01.11.1918 angemeldet worden waren. Er bestand aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern. Beim Ausschuß gab es einen Reichs- und Staatskommissar und einen Beauftragten der Stadt. Der Ausschuß, der auch für Schäden in Wandsbek, Schiffbek, Stellingen-Langenfelde, Hellbrook, Sande, Osdorf, Schnelsen und Blankenese zuständig war, arbeitete bis 1924.

Im Best. sind die Ausschußakten und die bis 1920 angelegten Magistratsakten zusammengefaßt.
(LS)

424-13 Liegenschaftsverwaltung Altona

1875-1937; 19,0 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: Straßenverzeichnis A - Ho
Band 2: Straßenverzeichnis Ho - Z
Band 3: Personen- u. Schlagwortverzeichnis

Ankauf, Verkauf und Verwaltung von Grundstücken war ursprünglich Aufgabe des Magistrats. Die Akten wurden im Büro für Grundbuchsachen (seit 1926 Grundbuchstelle) geführt. Daneben gab es seit 1906 Grundstücksverwalter (seit 1923 Städtische Grundstücksverwaltung) und seit 1921 das Grundvermögensamt, das 1925 die Grundstücksverwaltung vereinnahmte. 1935 hieß die Stelle Liegenschaftsverwaltung. Sie wurde 1938 in die hamburgische Finanzdeputation eingegliedert.

Der Best. enthält Verwaltungsakten (Liegenschaftsrecht, öffentliche Wege und Gewässer, Verwaltung städtischer Grundstücke) und Grundstücksakten (nach Ortsteilen bzw. ganz überwiegend nach Straßennamen und Hausnummern).
(LS)

424-15 Bauverwaltung Altona

1713-1960; 72,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Die Bauverwaltung der Stadt hatte ihre erste Bewährungsprobe nach dem Brand von 1713 zu bestehen, denn hier mußte der größte Teil der öffentlichen Bauten neu hergestellt und die Einhaltung gewisser Bauvorschriften beim Neubau überwacht werden. Die starke Ausweitung des gewerblichen Bauwesens in der Zeit der Hochindustrialisierung ab 1880 und die Bedürfnisse der geregelten Ver- und Entsorgung erweiterten den Zuständigkeitsbereich der Bauverwaltung. Durch die preußische Bauordnung von 1928 wurde die Tätigkeit zuletzt umfassend verändert, bevor sie 1938 in hamburgische Zuständigkeit überging.

Der in der Neuverzeichnung befindliche Best. (alte Altonaer Archivbest. 15. Bauverwaltung und 3. Magistrat XXIII - Bauwesen) setzt sich aus drei Teilen zusammen. Teil A enthält: Generalia, Kassen- und Gebührenwesen, städtische Bauten, Bebauungspläne, Straßen, Brunnen und Siele, Straßenreinigung und -beleuchtung, Baupflege, Baupolizei, Einzelbauten, Siedlungsbau, Beziehungen zu anderen Behörden, Ausstellungen und Veranstaltungen, Bauhof-Materialverwaltung, Kriegsmaßnahmen (Kriegsgefangene, Beschlagnahme) und städtische Bauarbeiten; Teil B: Verwaltung, Personal, städtische Gebäude, Denkmäler und Grenzen; Teil C: Anlage von Straßen, Bebauungs- und Fluchtlinienpläne, Straßenbaukosten und -finanzierung sowie Straßenunterhaltung.
(LS)

424-16 Städtische Polizeibehörde Altona

1856-1933; 2,2 m; ohne Verzeichnis
Nach der Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen 1867 verblieb die Polizeiverwaltung in Altona zunächst bei der städtischen Verwaltung. Die Schutzpolizei wurde 1923 verstaatlicht und dem Polizeipräsidium Altona-Wandsbek (s. 424-106) unterstellt (ebenso das Meldeamt), während die Verwaltungspolizei (Gewerbe-, Gesundheits-, Bau- und Veterinärpolizei) bei der städtischen Polizeiverwaltung verblieb. 1937 wurde das Polizeipräsidium Altona-Wandsbek in die hamburgische Polizeiverwaltung eingegliedert.

Der fragmentarische Best. ist bisher noch ungeordnet und unverzeichnet. Er enthält u.a. Unterlagen zu folgenden Bereichen: Allgemeine Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten, (u.a. Aktenpläne und -verzeichnisse, Geschäftsverteilungspläne, Verstaatlichung der Polizei), Personal- und Gewerbepolizeiangelegenheiten (u.a. Gastwirtschaftsverzeichnisse und Schankkonzessionen, Gewerbeaufsicht über Milchhandelszulassungsstelle, Kinematographentheater "Ottenser Lichtspiele"). Folgende Unterlagen wurden dem Best. entnommen und in den Best. 332-8 eingeordnet: Fremdenprotokoll "Wachtmanns (später Schulz's) Hotel" in Altona: 1855-1866, Chronologisches Register der ab 1872 in Altona

(z.T. auch in Ottensen) Angemeldeten, mit Abmeldungen bis 1889.

Hinweis: 424-106; 741-4 (E 30)
(Hach)

424-18 Wohnungsamt Altona

1914-1932; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Das Amt wurde 1919 geschaffen, um die bestehende Wohnungsnot in der Stadt zu beheben.

Der Best. enthält Akten über Einrichtung, Organisation und Betrieb des Amtes, Personal, Haushaltspläne und Gebühren, Besoldung der Bediensteten und die Mietpreisüberwachung.
(LS)

424-20 Rechtsamt Altona

1919-1944; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
1919 wurde eine Dienststelle gebildet, um die Rechtsangelegenheiten der Stadtverwaltung, der städtischen Körperschaften und der in städtischer Verwaltung stehenden Stiftungen zu bearbeiten. Die Stelle bestand bis 1938.

Erhalten haben sich Akten zu allgemeiner Verwaltung, Personal, Rechtsangelegenheiten, Gebühren und Beiträgen, Mieteeinigungsamt, Kleingartenschiedsgericht, Schiedsstelle für Pachtzinsstreitigkeiten, städtischen Gesellschaften und Versicherungsangelegenheiten.
(LS)

424-21 Schulamt Altona

1792-1941; 3,8 m; Bestandsverzeichnis
Das Schulamt führte die Aufsicht über die Schulen der Stadt. Erhalten sind Akten über die Schulaufsicht (1866-1937), das allgemeine Schulwesen (1792-1937), die Gewerbe- und Fachschulen (1826-1938), die Schulen von Religionsgemeinschaften (1884-1938) und von privater Seite (1809-1923).
(LS)

424-22 Amt für Kunst und Volksbildung Altona

1921-1934; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

Aus dem Zuständigkeitsbereich des Amtes, das schon bald nach 1919 wieder aufgelöst wurde, haben sich nur Überlieferungen aus der Vorläuferinstitution der Volkshochschule erhalten. 1919 wurde ein "Freies Bildungswesen" von der Museumskommission als Koordinationsstelle für Arbeitsgemeinschaften, Vorträge, Führungen und Fortbildungskurse eingerichtet, in deren Rahmen seit 1923 auch Kurse angeboten wurden, die bis zum Abitur führten. Dazu gehörte auch die Volksbücherei. Dieser Zusammenschluß wurde von der Stadt finanziell getragen. Erst 1931 wurde daraus die Volkshochschule gebildet.

Es haben sich Akten zum Freien Bildungswesen/Volkshochschule und zu den Abiturientenkursen erhalten.
(LS)

424-24 Wohlfahrtsamt Altona

1900-1938; 3,0 m; Kartei

Das Wohlfahrtsamt wurde 1919 gebildet und hatte vier Hauptabteilungen: die Direktion, das Jugendamt (Amtsvormundschaft, werdende Mütter und Pflegekinder, Waisenrat), das Unterstützungsamt (Kriegsbeschädigte- und Hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner, Allgemeines) und das Fürsorgeamt (42 Fürsorgebezirke mit Bezirksvorsteher und Wohlfahrtspflegerin). Dem Amt unterstanden auch die Alten- und Pflegeheime; es übte die Aufsicht über private Fürsorgeaktivitäten (u.a. Stiftungen) aus.

Der Best. gliedert sich in Allgemeines, Organisation und Verwaltung, Finanzen, Personal, sodann allgemeine, Kranken-, Behinderten-, Arbeitslosen-, Kinder- und Jugendlichen- sowie kriegsbedingte Fürsorge, schließlich private und gemeinnützige Organisationen und Stiftungsaufsicht in diesem Bereich.
(LS)

424-25 Gesundheitsamt Altona

1934-1952; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Bis im Jahre 1901 ein eigener Stadtarzt bestallt wurde, führte der staatliche Physikus die Gesundheitsaufsicht. Schon bald nahmen die Aufgaben dieser Stelle zu (Impfungen, Leichenschau, Desinfektionen), so daß 1919 ein Gesundheitsamt gebildet werden konnte. Hier gab es bald eine Fürsorgestelle für Lungenkranke, eine Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten und Eheberatung sowie eine solche für nervöse und psychisch Kranke. Auch der Schulzahnarzt (seit 1909) war diesem Amt zugeordnet,

während die schulärztliche Tätigkeit (seit 1907) von niedergelassenen Ärzten wahrgenommen wurde.

Es haben sich nur zwei Akten zu Krankenanstalten erhalten.
(LS)

424-27 Statistisches Amt Altona

1871-1938; 2,7 m; Bestandsverzeichnis
Das 1871 gegründete Statistische Amt diente dazu, zuverlässige quantitative Angaben über alle Lebensbereiche der Stadt zu sammeln, um der Kommunalpolitik Entscheidungsgrundlagen zu verschaffen; später kam die Funktion eines Wahlamtes hinzu. 1933 mit dem Verkehrs- und Wirtschaftsamt zum Amt für Wirtschaft und Statistik vereinigt, wurde es 1938 aufgelöst.

Der im Zweiten Weltkrieg stark dezimnierte Best. gliedert sich in: Stadt Altona (Allgemeines u. Verwaltungsberichte), Bevölkerung, Landwirtschaft, Fischerei- und Fischverarbeitung, Verkehr, Arbeitswesen, Lebensmittelversorgung und Wohnungswesen.
(LS)

424-28 Stadtarchiv Altona

1890; 0,3 m; ohne Verzeichnis
Das Stadtarchiv wurde 1887 neu konzipiert und 1890 nach neuer Ordnung verzeichnet. Dabei wurden 13 Gruppen für die landesherrliche (oberpräsidiale), 26 Gruppen für die städtische Verwaltung gebildet. Das Archiv wurde 1938 Teil des hamburgischen Staatsarchivs.

Es haben sich nur Splitter der Registratur erhalten.
(LS)

424-29 Lebensmittelamt Altona

1914-1923; 1,7 m; Bestandsverzeichnis
Die kriegswirtschaftlichen Erfordernisse des Ersten Weltkrieges führten 1915 zur Bildung eines Amtes, dem vor allem die Bewirtschaftung der Lebensmittel und deren geregelte Ausgabe oblag.

Die Überlieferung entspricht der des hamburgischen Kriegsversorgungsamtes (s. 377-6).
(LS)

424-30 Preisprüfungsstelle Altona

1915-1926; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Ebenfalls im Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges stand die Aufgabe der Preisüberwachung, um Preistreibereien und Kriegsgewinnlertum zu unterbinden.

Der Best. enthält Material zur Organisation und zu den Mitgliedern der Stelle sowie zu Preisprüfungen (Fischmarkt, Gemüsemarkt, Einzelhändler, Pferdeschlachter).
(LS)

424-31 Feuerwehr Altona

1701-1938; 7,5 m; Bestandsverzeichnis

War das Feuerlöschwesen in älterer Zeit Sache der Haushaltungsvorstände, die sich mit den vorzuhaltenden Ledereimern und Brandhaken bei Bränden zum Löschen einzufinden hatten, so zeigte sich seit Mitte des 19. Jh., daß ohne eine Berufsfeuerwehr der Brandschutz der Stadt nicht zu gewährleisten war. So wurden zunächst Handwerker zum Löschdienst verpflichtet, später eine moderne Wehr mit technischem Gerät. Die Brandkommission des Magistrats koordinierte die Bemühungen.

Der Best. enthält vor allem Material zu Organisation und Ausbildung der Feuerwehr, Feuerwachen, Löscheinsätzen, Geräten, Krankenbeförderungsdienst, Brandvorsorge bei öffentlichen und gewerblichen Gebäuden sowie Veranstaltungen, zumeist aus der Zeit von 1890 bis 1934.
(LS)

424-33 Städtische Bahnanlagen Altona

1891-1983; 4,8 m; Bestandsverzeichnis

Mit der Ausweitung Altonas durch Eingemeindung von Ottensen, Bahrenfeld und Othmarschen in den Jahren 1889 und 1890 wurde der Plan einer Industriebahn virulent. Sie wurde südlich und nördlich der Trasse der von den preußischen Staatsbahn betriebenen Vorortsbahn nach Blankenese gebaut und 1898 als Schmalspurbahn im südlichen Bereich bzw. 1904 als Normalspurbahn im nördlichen Bereich in Betrieb genommen. 1938 als "Städtische Bahnanlagen Hamburg-Altona" bezeichnet, wurde der Betrieb von 1956-1983 durch die Eisenbahn-AG Altona-Kaltenkirchen-Neumünster geführt und dann eingestellt. - Die Hafenbahn wurde 1895 zum Anschluß des Fischereihafens gebaut und bis 1938 selbständig betrieben. Sie ging in diesem Jahr in die Hamburger Hafenbahn über. - Die 1912 eröffnete gleislose Schleppbahn hatte die Aufgabe, Pferdefuhrwerke und Lastkraftwagen den Elbberg bis zum neuen Rathaus hinaufzuziehen. Sie wurde 1950 eingestellt.

Der Best. enthält zu allen drei Komplexen Schriftgut über Planung, Bauausführung, den technischen Betrieb, Nebengleise und Verwaltungsangelegenheiten.
(LS)

424-34 Hafenverwaltung Altona

1862-1940; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Der Altonaer Hafen stellte den bedeutendsten Nordseehafen in den Herzogtümern, später der Provinz Schleswig-Holstein dar. Er umfaßte 1928 einen etwa 2,7 km langen Komplex von der Stadtgrenze nach Hamburg nach Neumühlen. Kernstück des neuen Hafens war der 1895/6 gebaute Fischereihafen mit der neuen Fischauktionshalle. Der Hafen unterstand städtischer Verwaltung.

Die Überlieferung bezieht sich auf die Hafenbauten und Eisenbahnanlagen, die Kaianlagen, einzelne Hafeneinrichtungen (Pegel, Zollgitter, Lotsenhaus, Fischauktionshalle), Strombauten (Bagger, Uferbefestigung, Havarien) und die Landungsbrücken von Altona bis Rissen.
(LS)

424-36 Städtische Anstalten in Altona

1767-1932; 0,2 m; Ablieferungsverzeichnis
In diesem Best. haben sich nur Überlieferungen des städtischen Gebährhauses (Hebammenanstalt, später Entbindungsanstalt), einer Einrichtung zur Abtreibungs- und Kindstötungsprävention, erhalten.
(LS)

424-38 Fleischbeschauamt (Veterinäramt) Altona

(1877-1886) 1902-1937; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Die Fleischbeschau wurde durch Reichsgesetz 1903 obligatorisch. Seither arbeitete das Fleischbeschauamt. Die Aufgabe bestand in der Kontrolle der Schlachtungen in der Stadt und des importierten Fleisches (Fleischverkehrskontrolle).

Der Best. enthält Schriftgut zu allgemeiner Verwaltung, Personal, allgemeiner, Auslands- und Einfuhrfleischbeschau.
(LS)

424-39 Städtische Gesellschaften in Altona

1890-1946; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Es haben sich nur bruchstückhafte Überlieferungen zur Altonaer Kai- und Lagerhausgesellschaft und zu den Gas- und Wasserwerken erhalten.
(LS)

GEMEINDEN

424-40 Gemeinde Ottensen-Neumühlen

18.-19.Jh.; 7,4 m; Kartei
Die 1310 zuerst erwähnte Gemeinde Ottensen kam 1713 unter Altonaer Jurisdiktion und 1867 zum Stadtkreis Altona, wurde 1868 zum Flecken und 1871 zur Stadt erhoben und am 01.07.1889 nach Altona eingemeindet. Schon in dänischer Zeit waren die Dörfer Ottensen und Neumühlen administrativ verbunden.

Sowohl aus der dörflichen wie aus der städtischen Selbstverwaltung hat sich Schriftgut erhalten, das noch im Zustand der Bearbeitung ist.
(LS)

424-43 Gemeinde Blankenese (mit Dockenhuden und Fürsorgezweckverband)

1814-1934; 5,6 m; Bestandsverzeichnis
Die vormals zur Herrschaft Pinneberg (z.T. Kirchspielvogtei Hatzburg, z.T. Haus- und Waldvogtei) gehörenden Dörfer westlich und nördlich Altonas wurden 1927 nach Altona eingemeindet. Lokstedt, Schnelsen und Niendorf wurden zum gleichen Zeitpunkt zur Gemeinde Lokstedt zusammengefaßt. Zusammen wurden sie 1938 Teile der Einheitsgemeinde Hamburg.

Die Best. enthalten das für Gemeinderegistraturen typische Material: allgemeine Verwaltung, Personal, Baupolizei, Wege, Schule, Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Armenwesen, Militärsachen.
(LS)

424-44 Gemeinde Groß-Flottbek

1805-1933; 6,7 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-45 Gemeinde Klein-Flottbek

1868-1930; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-46 Gemeinde Nienstedten
1880-1927; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-47 Gemeinde Stellingen-Langenfelde
1870-1934; 5,0 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-48 Gemeinde Eidelstedt
1856-1930; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-49 Gemeinde Sülldorf
1876-1928; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-50 Gemeinde Rissen
1899-1928; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-51 Gemeinde Osdorf
1835-1927; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-52 Gemeinde Lurup
1879-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-53 Gemeinde Lokstedt (mit Niendorf und Schnelsen, Amtsbezirk)
1797-1938; 1,8 m; Bestandsverzeichnis
s. 424-43

424-54 Verwaltungsstelle Altona-Blankenese

1927-1928; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Nach der Eingemeindung der Elbvororte wurde in Blankenese eine Verwaltungsstelle eingerichtet, um die Wege zur Verwaltung abzukürzen. Von ihr hat sich nur sehr wenig Schriftgut erhalten.
(LS)

424-55 Gemeinde Niendorf

1924-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Aus der Registratur der Gemeinde Niendorf (bis 1912 im Amtsbezirk Eidelstedt, dann

im Amtsbezirk Stellingen) sind nur zwei Akten zu Einbürgerungen erhalten geblieben. (LS)

RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN, VEREINIGUNGEN UND PERSONEN

424-70 Evangelisch-lutherische Landeskirche in Altona

1632-1928; 6,0 m; Bestandsverzeichnis

Hauptkirche Altona, 1632-1884
Heiliggeistkirche Altona, 1719-1928

Von den beiden Altonaer Kirchen sind nur die Register an das Staatsarchiv gelangt. Es sind die Tauf-, Kopulations- und Beerdigungsregister, die Grabbücher und das Publikandenprotokoll der Hauptkirche sowie das Gestühltenbuch der Heiliggeistkirche. (LS)

424-73 Freikirchen in Altona

1872-1874; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Baptistengemeinde Altona, 1872-1874.
Von der Baptistengemeinde sind Geburts-, Sterbe- sowie Schulentlassungsregister erhalten.
(LS)

424-79 Stiftungen in Altona

1721-1954; 13,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Der Best. vereinigt Überlieferungen von 16 Stiftungen, von denen sich v.a. Statuten, Rechnungsunterlagen und Verwaltungsberichte erhalten haben. Im einzelnen handelt es sich um:

/1 Baur'sche Stiftung (1816-1984) Kleinkinderschulen, Kinder- und Jugendheime
/2 Brandon-Stiftung (1904-1940) Familienunterstützung
/3 Gähler-Stiftung (1825-1868) Stipendienstiftung für Altonaer Gymnasiasten
/4 Legat des J.H.D.Harry (1866-1929) Familienunterstützung
/5 Helft's-Stift (1889-1969) Mietunterstützung
/6 Henriettenstiftung (1912-1927) Unterstützung Minderbemittelter
/7 Leidensdorf-Stiftung (1856-1927) Unterstützung Minderbemittelter
/8 Löwenhagen'sches Stift (1857-1909) Witwenwohnungen
/9 M.E.Martens-Witwen-Legat (1857-1929) Witwenunterstützung

/10 Nyegaard-Stift (1803-1954) Wohnung und Geldunterstützung für Frauen
/11 J.Peters-Stiftung (1854,1894-1923) Unterstützung für Frauen
/12 Reventlow-Stiftung (1800-1924) Armenwohnung
/13 Sass-Stiftung (1857) Unterstützung von Volksschullehrern und deren Witwen
/14 Waitz-Stiftung (1825-1919) Unterstützung von Witwen altonaischer Beamter und Stipendium für einen Altonaer Gymnasiasten
/15 Wesselhoeft-Stiftung (1908-1924) Wohnung für kinderlose Ehepaare
/16 Winckler-Stiftung (1880-1887) Witwenwohnungen.
(LS)

424-81 Wirtschaftliche und berufliche Vereinigungen in Altona

1932-1954; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

In diesem Best. befindet sich bisher nur die Überlieferungen der Siedlervereinigung Altona e.V. (1932 zur Errichtung von Kleinsiedlungen in Lurup und Osdorf gegründet; 1938 auf die Gemeinnützige Siedlungs-AG übergegangen).
(LS)

424-82 ZÜNFTE UND INNUNGEN IN ALTONA

Aus der vormals reichen Schriftlichkeit der 29 Altonaer Handwerksämter und der nach 1869 an ihre Stelle tretenden Innungen haben sich nur wenige Unterlagen der Maler (1827: 39 Meister) und der Glaser (1827: 12 Meister) erhalten. Es handelt sich überwiegend um Protokolle sowie Meister-, Gesellen- und Lehrlingsverzeichnisse.
(LS)

424-82/1 Maleramt

1757-1937; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

424-82/2 Glaserinnung

1880-1936; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

424-83 Firmen in Altona

1712-1873,1781; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 621-1

424-84 Private Kassen und Versicherungen in Altona

1829-1933; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

Blankeneser Fischerkasse, 1829-1933.
Nur Schriftgut der Blankeneser Fischerkasse mit Fischer-Unterstützungsverein und Witwenkasse der Hochseefischer (Artikel, Protokolle, Finanzen, Listen der versicherten Schiffe, Namensverzeichnisse) hat sich erhalten.
(LS)

424-88 NACHLÄSSE, FAMILIEN- UND GUTSARCHIVE

s. 622-1

SAMMLUNGEN

424-96 Archivalienabschriften Altona

1,7 m; Bestandsverzeichnis
Kern des Best. bilden Aktenabschriften aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein, Karteien zum Pinneberger Amtsbuch und zu den Hatzburger Amtsregistern (in Auszügen) sowie eine Sammlung von Aktenkopien verschiedener Archive zu Blankenese. Daß hier auch Register zu den Kirchenprotokollen von Kollmar (Holstein) verwahrt werden, sei als Kuriosität angemerkt.
(LS)

ARBEITSHILFSMITTEL

424-98 Arbeitshilfsmittel Altona

10,0 m; ohne Verzeichnis
Das für den internen Gebrauch bestimmte Material bezieht sich auf Altonaer Familien, Beamte und Flurnamen und auf die Geschichte der Elbvororte.
(LS)

STAATLICHE BEHÖRDEN

424-100 Oberpräsidium Altona

1699-1874; 15,1 m; Bestandsverzeichnis, Kartei, z.T. unverzeichnet
Bei der Erhebung Altonas zur Stadt wurde eine Magistratsverfassung in Kraft gesetzt, die keine Stadtvertretung, sondern eine landesherrliche Behörde vorsah. Der Präsident (seit 1713 Oberpräsident) der Stadt leitete den Magistrat. Er war der Deutschen Kanzlei in Kopenhagen direkt unterstellt und nahm die Funktion des landesherrlichen Oberbeamten

ein. Der Oberpräsident war zugleich Oberpolizeichef und oberster Richter der Stadt; sein Gericht erkannte in allen unstreitigen Sachen, in Seehandlungs- und Schiffahrtssachen sowie in Beleidigungssachen.

Der Best. setzt sich aus den Serien der Oberpräsidial-, Vormünder-, Bestallungs-, Depositen- und Trauscheinprotokolle zusammen.

Lit.: Dagmar Cochanski, Präsidial- und Oberpräsidialverfassung in Altona 1684-1746, Hamburg 1984
(LS)

424-101 Konsistorium Altona

1674-1867; 3,2 m; Bestandsverzeichnis
Das Konsistorium ist das 1665 gegründete geistliche Gericht für Altona, seit 1738 auch für Ottensen. Es setzte sich zusammen aus dem Oberpräsidenten und dem Propsten der Kirchenpropstei Altona (zu der Altona und Ottensen gehörten), den beiden dortigen Pastoren und dem 2. Stadtsekretär. 1867 wurde es aufgehoben.

Der Best. enthält Protokolle, das Journal und Einzelakten in Ehescheidungssachen.
(LS)

424-102 Militärbehörden in Altona

1911; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Altona war während des Kaiserreichs Sitz des Generalkommandos des IX. Armeekorps und des Kommandos der 33. Infanterie-Brigade. Außerdem garnisonierte hier das 1. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 31.

Es sind nur zwei Archivalien aus der Verwaltung des Garnisonslazaretts aus dem Jahr 1911 erhalten geblieben.
(LS)

424-103 Zoll Altona

18.Jh.-19.Jh.;0,2 m; ohne Verzeichnis
Der Zoll in Altona unterstand dem Generalzollkammer- und Kommerzkollegium in Kopenhagen, das vorgesetzte Behörde des Oberzollinspektors für das westliche Holstein war. Diesem wiederum unterstanden die lokalen Zollverwalter, Kontrolleure und Visiteure. Nach Anlage der Eisenbahn 1844 wurde eine Zollstation am Bahnhof Altona/Ottensen eingerichtet. 1860 gab es Zollstellen in Altona, Ottensen und Blankenese.

Es hat sich nur wenig, bislang ungeordnetes und unverzeichnetes Material erhalten.
(LS)

424-105 Musterungsrollen Altona

6,0 m; ohne Verzeichnis

Mit der Annexion durch Preußen 1867 wurde für Schleswig-Holstein die allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Die Musterungsrollen für die Geburtsjahrgänge 1842-1896, die der Erfassung der männlichen Einwohner zum allgemeinen Wehrdienst dienten, haben sich erhalten.
(LS)

424-106 Polizeipräsidium Altona-Wandsbek

(1874-) 1917-1946; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Durch Beschluß des preußischen Innenministers zur Verstaatlichung der Polizeiverwaltung in Altona und Wandsbek wurde dort die Ausübung der Sicherheitspolizei einem Polizeipräsidenten übertragen, dessen Dienststelle das Polizeipräsidium Altona-Wandsbek war. Die Aufgaben lagen in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung (Sicherheitspolizei); daneben wurden auch Aufgaben der politischen, der Fremden-, der Verkehrs-, der Kriminal- und der Feuerpolizei von hier wahrgenommen. 1937 wurde das Präsidium aufgelöst und ging als Polizeiamt Altona und Polizeiamt Wandsbek in die staatliche Polizeiverwaltung Hamburgs über.

Erhalten haben sich nur Akten aus dem Bereich Meldewesen, Staatsangehörigkeitsaufsicht, Ausländerpolizei und Namensänderungen, Gewerbe- und Theaterpolizei, Vereins- und Versammlungsüberwachung sowie Wasserschutzpolizei.

Hinweis: 422-15

Lit.: Gerd Stolz, Geschichte der Polizei in Schleswig-Holstein, Heide 1978, S.80 ff
(LS)

424-110 Gefängnis Altona

1880-1949; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

Nach der Trennung von Justiz und Verwaltung 1867 wurde das Gefängniswesen in Schleswig-Holstein der Aufsicht der Staatsanwaltschaft unterstellt. In Altona war die Staatsanwaltschaft beim Kreisgericht zuständig. Das 1874 neu errichtete Justizgebäude hatte auch ein Gefängnis für 250 männliche und 65 weibliche Gefangene. Es ist 1949 geschlossen worden.

Der Best. gliedert sich in Verwaltung (Organisation, Gefängnisverwaltung und Personal) und Strafvollzug (Arbeitsbetriebe, Behandlung der Gefangenen, Hauswirtschaft, Gesund-

heitsfürsorge, geistige und seelische Betreuung, Verkehr mit der Außenwelt, Verlegung); dazu kommen 527 Gefangenenpersonalakten aus der NS-Zeit.
(LS)

424-111 Amtsgericht Altona

1867-1985; 65,6 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Nach dem Übergang an Preußen wurden in Holstein anstelle der früheren Ding-, Vogtei- und Magistratsgerichte Amtsgerichte aufgebaut, deren erste Amtsrichter zumeist die letzten Kirchspielvögte waren. Die Amtsgerichte waren in erster Instanz für die streitige Gerichtsbarkeit zuständig, hatten aber auch zahlreiche Aufgaben der freiwilligen Gerichtsbarkeit (besonders die Registerführung: Handels-, Genossenschafts-, Güterrechts-, Vereinsregister). 1867 wurde das Amtsgericht Altona für die Stadt und die Landgemeinden Eidelstedt, Lokstedt, Niendorf und Stellingen eingerichtet. Das Gericht besteht noch heute.

Neben wenigen Verwaltungs-, Zivil- und Strafprozeßakten sind bisher vor allem Register und dazugehörige Akten aus dem Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit erhalten (Handels-, Genossenschafts-, Güterrechts- und Vereinsregister), daneben wurden Vormundschaftsprotokolle abgeliefert.
(LS)

424-112 Amtsgericht Blankenese

1867-1954; 8,5 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Das 1867 für Wedel, Blankenese, Dockenhuden, Groß-Flottbek, Holm, Klein-Flottbek, Lurup, Nienstedten, Osdorf, Rissen, Schenefeld, Spitzerdorf und Schulau gebildete Amtsgericht besteht noch heute.

Bisher sind abgeliefert: Verwaltungsakten, Extrajudizialprotokolle, Akten in Zivil- und Strafsachen sowie Register und Akten zu Handelsfirmen, Genossenschaften, Güterrecht und Vereinen.
(LS)

424-114 Notariate in Altona und Blankenese

1869-1889; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Im Gegensatz zu Hamburg gab es in Preußen die Kombination von Rechtsanwaltschaft und Notariat.

Es haben sich nur Protokoll und Register des Notars Julius Gülich in Blankenese erhalten.
(LS)

424-115 Katasteramt Altona

1870-1909; 3,7 m; Bestandsverzeichnis

Das Katasteramt hatte die Aufgabe, zum Zweck der Ermittlung der Grundsteuerreinerträge eine Vermessung des gesamten Grundbesitzes und eine Bewertung der Reinerträge vorzunehmen und die einmal - in Form des preußischen Urkatasters für die Provinz Schleswig-Holstein 1875-1878 - gewonnenen Daten fortzuschreiben.

Der Best. enthält nur Gebäudesteuerbeschreibungen und Fortschreibungsverhandlungen. (LS)

424-116 Vermessungs- und Schätzungsamt Altona

1915-1941; 0,6 m; ohne Verzeichnis

Das Altonaer Vermessungswesen ist seit den 1890 erfolgten Eingemeindungen als besondere Dienststelle und mit den wachsenden kommunalen Aufgaben nach und nach entstanden. Das Vermessungs- und Schätzungsamt bildete eine dem Tiefbauamt angehörende Dienststelle der Bauverwaltung der Stadt Altona. Es war in drei Hauptgebiete gegliedert: Vermessungsamt, Planvervielfältigung und Schätzungsamt. Hauptaufgaben waren einerseits die Vermessung des städtischen Gebietes und die Erstellung von Karten und Plänen, andererseits die Schätzung von Grundstücken und Gebäuden. Nachfolger des Vermessungs- und Schätzungsamtes Altona wurde 1949 das Kataster- und Vermessungsamt des Bezirksamtes Altona (s. 445-1).

Der fragmentarische Best. ist bisher noch ungeordnet und unverzeichnet. Er enthält u.a.: Schätzungen von auswärtigen Grundstücken und Gebäuden (1924-1939); Journal des Schätzungsamtes (1915-1920); Schätzungen der Betriebswerte landwirtschaftlicher Betriebe (1933-1937); Sammlung der Kaufpreise für bebaute und unbebaute Grundstücke (ca. 1923-1941).

Hinweis: 424-13
(Hach)

424-130 Landdrostei Pinneberg

1667-1886; 6,5 m; Bestandsverzeichnis

Der Landdrost war der Verwalter der Grafschaft Holstein-Pinneberg, der als oberster landesherrlicher Beamter die in Bückeburg residierenden Grafen vertrat. Nach dem Übergang an das Herzogtum Holstein 1640 blieb der Landdrost als königlicher (eigentlich herzoglicher) Oberbeamter der Herrschaft Pinneberg bis 1867 erhalten. Er wurde dann durch den Landrat des neugebildeten Kreises Pinneberg ersetzt.

Der Best. enthält nur die heute hamburgisches Gebiet betreffende Schuld- und Pfandprotokolle, Vormundschaftsprotokolle, Vermessungs- und Bonitierungsunterlagen, Erdbücher und Lageregister (Musterungslisten), daneben Rechnungs- und Steuerregister und Volkszählungslisten für 1860 und 1864 sowie wenige Akten (u.a. über das Blankeneser Lotsenwesen und die Eidelstedter Mühle).
(LS)

424-132 Kirchspielsvogtei Blankenese

1742-1894; 5,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Grafschaft Holstein-Pinneberg und spätere Herrschaft Pinneberg war in mehrere Vogteien geteilt, die durch Amtmänner verwaltet wurden. Später entwickelten sich die Kirchspielvogteien als untere Verwaltungsbezirke, die seit dem 16. Jh. durch bäuerliche Kirchspielvögte verwaltet wurden. Ihnen oblag Verwaltung und Justiz. Die südlichste Kirchspielvogtei der Herrschaft hieß Hatzburg. Der Sitz des Vogts war Blankenese. Mit seinen Geschäften wurden auch die der Vogtei Ottensen verbunden, nachdem 1713/1800 Ottensen und Neumühlen Altona angeschlossen worden waren. 1867 gingen die Justizbefugnisse auf das Amtsgericht über. 1889 wurden die Kirchspielvogteien aufgehoben; ihre Aufgaben übernahmen Landrat bzw. Amtsbezirke.

Der Best. gliedert sich in Justiz und Verwaltung, wobei der umfangreichere zweite Teil folgende Gliederung aufweist: Amt, Kommunen, Einquartierung, Domänen, Gewerbe, Landwesen, Militär, Polizei, Seewesen, Schule, Steuern, Strandrecht, Wasserlösung, Wege, Standesamt.
(LS)

424-134 Landratsamt Pinneberg

1866-1938; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Der 1867 gebildete Landkreis Pinneberg faßte im wesentlichen das Gebiet der Herrschaft Pinneberg, der Administratur Rantzau, des adligen Klosters Uetersen und der adligen Güter Haseldorf/Hetlingen, Haselau und Seestermühe zusammen. An seiner Spitze stand als halb staatlicher, halb kommunaler Beamter der Landrat, dem das Landratsamt als Verwaltung zur Seite stand. Der Kreisausschuß stellt das vom Kreistag gewählte Spitzengremium zur Beratung des Landrates dar.

Die hier zusammengefaßten Akten sind über die Registraturen der südöstlichen Amtsbezirke nach den Eingemeindungen in das Stadtarchiv Altona gelangt. Es handelt sich um Akten zu Brand- und Feuerpolizei in den Amtsbezirken, Ortsstatuten und Gemeindevertretungen, Personalsachen, Gemeindefinanzen und Gesundheitswesen.
(LS)

424-135 Amtsbezirk Blankenese

1832-1927; 2,1 m; Bestandsverzeichnis
1889 wurden jeweils mehrere Landgemeinden in der Provinz Schleswig-Holstein zu Ämtern zusammengefaßt, an deren Spitze ein Amtsvorsteher stand. So auch im Südosten des Kreises Pinneberg, wo die Landgemeinden Blankenese und Dockenhuden den Amtsbezirk Blankenese bildeten.

Die Überlieferung des Amtsbezirks Blankenese umfaßt die Bereiche Allgemeine Verwaltung (Amt, Wahlen, Kirche und Schule) und Polizei (Sicherheits-, Ausländer-, Vereins-, Gesundheits-, Gewerbe-, Bau-, Verkehrs- und Wasserpolizei).
(LS)

424-136 Amtsbezirk Eidelstedt

1889-1911; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1889 wurden jeweils mehrere Landgemeinden in der Provinz Schleswig-Holstein zu Ämtern zusammengefaßt, an deren Spitze ein Amtsvorsteher stand. So auch im Südosten des Kreises Pinneberg, wo die Landgemeinden Eidelstedt, Schnelsen, Lurup und Niendorf den Amtsbezirk Eidelstedt bildeten. 1912 wurde der Amtsbezirk Eidelstedt aufgelöst und seine Gemeinden anderen Amtsbezirken zugeteilt.

Der Best. enthält nur 8 Akten, darunter solche zur Feuerwehr, zur SPD in Lurup und zu Kleinbahnplanungen.
(LS)

424-140 Wasserbauamt Glückstadt

1892-1944; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1931 wurden die Aufgaben des Wasserbaus am gesamten Nordufer der Elbe in der Provinz Schleswig-Holstein dem Wasserbauamt Glückstadt zugewiesen, das deshalb auch Akten des Wasserbauamtes Harburg übernahm. Die Überlieferung des Amtes in Glückstadt unterliegt der Aufsicht des Landesarchivs Schleswig-Holstein.

Hier befinden sich nur drei Akten über Pegel, Badeanstalten und Bootsvermietungen auf heutigem Hamburger Stadtgebiet.
(LS)

43 BIS 1937 HANNOVERSCHES GEBIET

Im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes von 1937 wurden ehemals zur preußischen Provinz Hannover gehörende Gebietsteile des Harburger und süderelbischen Raums nach Hamburg

eingemeindet. Für das neuhamburgische Stadtgebiet Harburg-Wilhelmsburg nebst ehemals selbständigen Randgemeinden ist neben den Best. des Staatsarchiv stets die archivalische Überlieferung des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs Hannover zu berücksichtigen; Material zur Geschichte des Altländer Gemeinden findet sich im Altländer Archiv in Jork sowie im Niedersächsischen Staatsarchiv Stade.
(Ri)

430 STADT HARBURG UND HARBURG-WILHELMSBURG

430-1 Urkunden und Rechtssatzungen der Stadt Harburg

1307-1933; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Kern des Bestandes bilden die erhaltenen städtischen Privilegien 1539-1749 aus dem Besitz des Harburger Magistrats (s. 430-4). Er wurde angereichert durch von den Harburger Herzögen überwiegend an Private ausgestellte Urkunden 1609-1633, Obligationen der Harburger Kirche 1505-1631, Abschriften und Fotokopien von Urkunden verschiedener Herkunft 1307-1933.
(Ri)

430-2 Stadtbücher der Stadt Harburg

1612-1945; 7,0 m; Bestandsverzeichnis
Von den Harburger Stadtbüchern sind die folgenden erhalten geblieben: Älterleute-, Bürger- und Einwohnerbücher 1612-1937, Stadtgerichtsbücher (nur Reste) 1707-1862, Protokolle der städtischen Körperschaften 1925-1938 (ältere 1828-1924 s. 430-4, II F), Dokumentenbücher der Kämmerei, des Armenhauses, der Currende-Kasse und der Knabenschulkasse 1652-1859, ältere Aktenverzeichnisse 1723-1937, Tagebücher des Mieteinigungsamtes und Schlichtungsausschusses 1923-1924, Lagerbücher der Stadt Harburg-Wilhelmsburg 1929-1938, Schiedsmannsprotokolle 1942-1945, Notizen zum Sterberegister 1874-1938.
(Ri)

430-3 Rechnungen der Stadt Harburg

1584-1937; 62,0 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. umfaßt die lückenhaft erhaltenen Serien der Jahresrechnungen von Kämmerei und städtischen Kassen (1584) 1602-1900, Kirchen- und Schulkassen 1612-1896, Armen- und Stiftungskassen 1620-1901, Kassen selbständiger städtischer Dienststellen und Betriebe 1837-1937.
(Ri)

430-4 Magistrat Harburg (Hauptregistratur)

1542-1938; 123,0 m; Bestandsverzeichnis

Band 1: I - V
Band 2: VI - XVI
Band 3: Ortsregister
Band 4: Personenregister

Die Verwaltungstätigkeit des Harburger Rats war im 16. und 17. Jh. noch sehr gering; erst 1707/10 wurden ihm das volle Niedergericht, die Erhebung der Polizeistrafen und die Verwaltung in Kirchen- und Schulsachen übertragen. Offiziell wurde er seit 1827 als Magistrat bezeichnet. Der Best. enthält die 1892-1902 formierte Hauptregistratur der Stadt Harburg mit Vorakten und umfaßt die gesamte erhaltene Aktenüberlieferung des Magistrats bis 1927. Angeschlossen worden sind ihm Reste ehemaliger städtischer Nebenregistraturen: Stadtgericht, Polizei, Militärbüro, Gewerbebüro. 1927 wurde für die Großstadt Harburg-Wilhelmsburg eine neue Dezimalregistratur geschaffen (s. 430-5), nur in wenigen Fällen sind danach noch Akten in die ältere Registratur gelangt.

Folgende Gruppen sind im Best. vertreten: Chronik und Statistik 1705-1928, allgemeine städtische Verwaltung 1542-1936, allgemeine Reichs-, Landes-, Provinzial- und Kreisverwaltungen 1643-1937, Finanzen 1607-1937, Gemeindeanstalten und Einrichtungen 1643-1929, Bauwesen 1628-1938, Verschönerungsanlagen 1835-1903, Armenpflege 1668-1925, Kirchen und Religionsgemeinschaften 1620-1926, Stiftungen und Wohltätigkeitseinrichtungen 1621-1935, Schulwesen 1651-1930, Kunst, Wissenschaft und gemeinnützige Zwecke 1819-1928, Polizei (u.a. Gesundheitspolizei, Armenpolizei) 1599-1928, Militärwesen 1632-1928, Justiz 1679-1927, öffentliche Wirtschaftspflege (Versicherungsgesellschaften, Kreditwesen, Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei, Handel, Gewerbe, Industrie, Verkehr, Ausstellungswesen und Verlosungen, elektrische Leitungen und Anlagen) 1589-1938.
(Ri)

430-5 Magistrat Harburg-Wilhelmsburg (und Kreis 8 - Hauptregistratur)

(1865) 1879-1961; 22,0 m; Bestandsverzeichnis

Durch den Zusammenschluß der beiden Städte Harburg und Wilhelmsburg 1927 bildete sich die preußische Stadtgemeinde Harburg-Wilhelmsburg, die 1938 in der Einheitsgemeinde Hamburg aufging. Mit der luftkriegsbedingten Dezentralisation der Verwaltung 1943 entstand die Kreisverwaltung 8 (Harburg und das ganze Gebiet südlich der Norderelbe), aus der 1945 das Ortsamt Harburg und 1949 das gegenwärtige Bezirksamt Harburg (s. 446-1) hervorging.

Hauptteil des Best. bilden die kriegsbedingt fragmentarisch überlieferten Reste der Dezimalregistratur des Magistrats, im wesentlichen 1926-1938 mit gelegentlichen älteren und jüngeren Vorgängen. Sie betreffen Ortsrecht, Stadtgebiet, Magistrat und städtische Kollegien, Verwaltung, Organisation und Personalwesen, Reichs-, Landes- und Provinzialangelegenheiten, Unterstützung von Vereinen, Statistik, Handel, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei, Hafen, Wasserbau, Verkehr, Presse und Werbung, Wahlen, Rechtsangelegenheiten, Schul- und Volksbildungswesen, Polizei, Personenstandswesen, Finanzen und Liegenschaften, Bauangelegenheiten (wichtig: Stadtplanung und Siedlung), Wohlfahrt, Jugendpflege, Gesundheitswesen, städtische Betriebe. Angehängt ist Schriftgut aus der Registratur der Kreisverwaltung 8 und des Ortsamts Harburg 1943-1950 (1953) zu Ausschüssen, Verwaltung, Personal, Ortsämtern und Ortsdienststellen, Presse, Statistik, Wirtschaft, Ernährung, Verkehr, ehemaligen Wehrmachtsobjekten, Beziehungen zur Militärregierung, Entnazifizierung und Demokratisierung, Schule, Kultur, Fürsorge und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen, öffentlichen Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.
(Ri)

430-6 Personalakten Harburg

1747-1971 (1972); 13,0 m; Bestandsverzeichnis, Kartei
Der Best. enthält Personalakten mit Ausnahme von Magistratsmitgliedern, leitenden städtischen Beamten, Bürgervorstehern (s. 430-4), Bediensteten der städtischen Polizeidirektion (s. 430-13), Bediensteten der Gemeinde/Stadt Wilhelmsburg (s. 430-25).
(Ri)

430-10 Stadtbauamt Harburg

1845-1949; 9,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Das Stadtbauamt wurde 1856 begründet, war nach 1927 mit dem Zusammenschluß Harburgs und Wilhelmsburgs auch für letzteres zuständig und blieb ab 1938 zunächst nur noch mit der Gartenbauabteilung Süd der hamburgischen Bauverwaltung vor Ort bestehen. Im Zuge der Dezentralisation der Verwaltung 1943 entstand innerhalb des Kreises 8 dann wieder ein für alle Baubereiche zuständiges Bauamt, aus dem 1949 das Bezirksbauamt hervorgegangen ist.

Außer wenigen Generalakten zur Baupolizei sind Teile der Spezialakten erhalten geblieben, die im wesentlichen städtische und öffentliche Gebäude, städtische gewerbliche Betriebe, Schulen, Verkehrsflächen, Be- und Entwässerungsanlagen, Grünflächen, ab 1922 auch Verwaltungs- und Personalangelegenheiten betreffen.
(Ri)

430-11 Stadtausschuß Harburg

1882-1924 (1937); 6,0 m; Bestandsverzeichnis
Der 1883 begründete Stadtausschuß war im Stadtkreis Harburg u.a. zuständig für Genehmigungen gewerblicher Anlagen und Gewerbekonzessionen, Fürsorgeangelegenheiten und Unfallangelegenheiten der Hannoverschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Er existierte, zuletzt als Stadtverwaltungsgericht nur noch mit geringen Zuständigkeiten, bis 1937.

Der fragmentarische Best. enthält Akten zu allen Zuständigkeitsbereichen, v.a. Schankkonzessionen, Konzessionen für den Kleinhandel mit Spirituosen und Genehmigungen von Dampfkessel- und Industrieanlagen.
(Ri)

430-12 Versicherungsamt Harburg

1913-1939; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Vor 1913 hatte der Magistrat (s. 430-4) die Versicherungsaufsicht ausgeübt. 1913 wurde das Versicherungsamt begründet zur Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsversicherung und zur Unterstützung der Versicherungsträger.

Der fragmentarische Best. enthält Akten zu Krankenkassen und Privatversicherungen.
(Ri)

430-13 Polizeidirektion Harburg

1826-1958; 6,5 m; Bestandsverzeichnis
Seit 1825 existierte eine besondere Königliche Polizei-Kommission für die Stadt Harburg. Nachdem diese 1847 als Polizei-Direktion städtisch, 1859 wieder königlich geworden war, unterstand sie 1873-1927 als städtische Polizeidirektion dem Magistrat (s. 430-4). 1927 übernahm die Staatliche Polizeiverwaltung Harburg-Wilhelmsburg (s. 430-74) weitgehend deren Aufgaben. Restkompetenzen verblieben dem Polizeiamt Harburg-Wilhelmsburg (s. 430-5).

Der Best. enthält v.a. Angelegenheiten der Allgemeinen, Ordnungs-, Sicherheits-, Sitten-, Gesundheits-, Bau-, Feuer-, Straßen-, Verkehrs-, Gewerbe-, Handels-, Feld-, Forst- und Fischereipolizei. Angehängt sind Personalakten von Polizeibediensteten (1843-1958).

Hinweis: 430-10
(Ri)

430-14 Mieteeinigungsamt und Wohnungsamt Harburg

1913-1936; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

Infolge des Wohnungsmangels im Ersten Weltkrieg wurden 1915 das Mieteinigungsamt und 1919 das Wohnungsamt begründet. Letzteres wurde 1933 aufgehoben.

Der Best. enthält Akten sowohl des Wohnungsamts als auch des Magistrats zu Organisation, Statistik, Mieterschutz, Wohnraumbewirtschaftung, Wohnraumbeschaffung und Wohnungsbauförderung.

Hinweis: Tagebücher des Mieteeinigungsamts s. 430-2

(Ri)

430-15 Liegenschaftsamt Harburg

1907-1963; 4,0 m; Bestandsverzeichnis

Nach dem Zusammenschluß Harburgs und Wilhelmsburgs wurde 1928 das Liegenschaftsamt Harburg-Wilhelmsburg für die Verwaltung des städtischen Grundeigentums begründet. Es blieb ab 1938 als Grundstücksabteilung der hamburgischen Liegenschaftsverwaltung bestehen, ab 1943 als Liegenschaftsamt innerhalb des Kreises 8. Aus letzterem ging 1949 das Bezirksliegenschaftsamt hervor.

Der Best. enthält Verträge 1928-38 und Einzelfallakten zu Transaktionen und Verwaltung von städtischen Grundstücken. Einzelne Akten sind unter der Bezirksverwaltung nach 1949 fortgeführt worden.

Hinweis: Lagerbücher des städtischen Grundeigentums s. 430-2; 446-1

(Ri)

430-16 Steueramt Harburg

1895-1961; 5,0 m; Bestandsverzeichnis

1892 wurde ein Steuerbüro des Magistrats eingerichtet, das u.a. zuständig war für die steuerliche Erfassung von Gewerbetreibenden. Nach dem Zusammenschluß Harburgs und Wilhelmsburgs 1927 ging daraus das Städtische Steueramt Harburg-Wilhelmsburg hervor. Es blieb als Steueramt Harburg auch unter der hamburgischen Steuerverwaltung ab 1938 bestehen, ab 1945 als Steuerabteilung des Ortsamts Harburg, aus der 1949 das Bezirksabgabenamt hervorging.

Der Best. umfaßt zwei alphabetische Karteien der Gewerbesteuerpflichtigen 1895-1930 und 1930-1961. Letztere wurde ab 1948 von der Abteilung für Wirtschaft und Verkehr des Ortsamts Harburg (später Wirtschafts- und Ordnungsamt des Bezirksamts Harburg) unter gewerberechtlichen Gesichtspunkten weitergeführt.

(Ri)

430-19 Kleinere städtische Verwaltungsstellen in Harburg

1845-1881; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Brückenwärter, 1845-1873
Krankenhaus, 1858-1881

Der Best. enthält nur drei Akten, die den städtischen Brückenwärter und von Schiffen erhobene Brückengelder 1845-1873 sowie allgemeine Verwaltungsangelegenheiten des Städtischen Krankenhauses 1858-1881 betreffen.
(Ri)

GEMEINDEN

430-20 Schloß- und Hafengemeinde Harburg

1877-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Seit 1852/59 gab es eine gesetzlich geregelte Gemeindeselbstverwaltung im Königreich Hannover, so daß die wesentliche Schriftgutüberlieferung der meisten Gemeinden erst im 19. Jh. einsetzt. Unter den Gemeinden im Raum Harburg sind diejenigen, die in die Stadt Harburg eingemeindet wurden (1888: Schloß- und Hafengemeinde, Heimfeld, Wilstorf; 1910: Eißendorf) und deren spätere Entwicklung sich v.a. in den Best. 430-4 und 430-5 widerspiegelt, zu unterscheiden von den übrigen, die auf Grund des Groß-Hamburg-Gesetzes bis auf Cranz alle vom Landkreis Harburg (s. 430-61), Regierungsbezirk Lüneburg (s. 430-56), abgetreten und in Hamburg 1938 als Stadtteile eingegliedert wurden.

Im allgemeinen ist das überlieferte Schriftgut der einzelnen Gemeinden gering und sehr fragmentarisch. Am häufigsten finden sich Gemeindeprotokolle (mit Ausnahme von: Schloß- und Hafengemeinde, Heimfeld, Wilstorf, Eißendorf, Francop und Kirchwerder). Gemeinderechnungen sind für Eißendorf, Altenwerder, Neuenfelde, Fischbek und Neugraben erhalten. Unter den Sachakten sind häufiger Wegebauangelegenheiten vertreten (Eißendorf, Francop, Neuenfelde, Neuland, Marmstorf, Finkenwerder, Fischbek, Neugraben), ferner Teilungs- und Verkoppelungssachen (Heimfeld, Wilstorf, Eißendorf, Altenwerder, Cranz, Sinstorf). Angeschlossen ist öfters Schriftgut des Schulvorstands (Heimfeld, Wilstorf, Eißendorf, Altenwerder, Francop, Neuenfelde, Marmstorf, Neugraben). Dazugelegt wurden in einigen Fällen auch Protokolle des Schiedsmanns (Altenwerder, Neuenfelde, Neuland, Sinstorf, Neugraben), deren Laufzeit z.T. erst 1945 endet. Bis 1973 bzw. 1982 reicht das Schriftgut der den jeweiligen Beständen angegliederten Freiwilligen Feuerwehren Cranz und Neuenfelde. Eine differenziertere Überlieferung existiert nur für Neuenfelde und Neugraben. In Neuenfelde (s. 430-29) reicht das umfangreiche Schriftgut bis ins 18. Jh. zurück und betrifft v.a. die ehemaligen Gemeinden Hasselwerder und Nincop,

den Kirchspielverband, die Deichrichterschaft, die Schulaufsicht im Kirchspiel und die Freiwillige Feuerwehr. Bei Gemeinden und Kirchspielverband finden sich neben allgemeinen Verwaltungssachen häufiger Armen- und Wohlfahrtsangelegenheiten, Steuern und andere Lasten, Polizei, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft. In Neugraben (s. 430-38) umfaßt das erhalten gebliebene Schriftgut bis auf wenige Ausnahmen nur den Zeitraum 1927-1938 und betrifft vor allem Finanzen, Kultur, Bauten, Wirtschaft, Verkehr, Versorgung und Fürsorge.
(Ri)

430-21 Gemeinde Heimfeld
1847-1891; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-22 Gemeinde Wilstorf
1736-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-24 Gemeinde Eißendorf
1863-1909; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-25 Gemeinde (Stadt) Wilhelmsburg

1813-1950; 21,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Gemeinde Wilhelmsburg bestand aus den Ortsteilen (früher Vogteien) Reiherstieg, Stillhorn und Georgswerder. Nach der Vereinigung der Ämter Wilhelmsburg (s. 430-60) und Harburg 1859 gehörte sie zum Amt bzw. ab 1885 Landkreis Harburg (s. 430-61). 1909 wurde Neuhof in Wilhelmsburg eingemeindet. 1925 erfolgte die Erhebung Wilhelmsburgs zur Stadt unter gleichzeitiger Herauslösung aus dem Landkreis Harburg. Bereits 1927 wurden die Städte Wilhelmsburg und Harburg zur neuen Stadtgemeinde Harburg-Wilhelmsburg zusammengeschlossen (s. 430-5), die 1938 in Hamburg aufging.

Der Best. besteht aus der ehemaligen Hauptregistratur und fünf Nebenregistraturen. Die Hauptregistratur enthält Schriftgut zu Reichs- und Staatsverwaltung, Staats- und Gemeindesteuern, Verfassung und Verwaltung der Gemeinde (Stadt), Personalwesen, Finanzen, Rechnungs- und Kassenwesen, Liegenschaften, öffentlichen Betrieben, Gebäuden und Anlagen, Bauwesen, Bau- und Feuerpolizei, Verkehr, Deichen, Schulwesen, Handel, Gewerbe, Industrie, Hafen, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd, Gesundheits- und Veterinärwesen, Sicherheit und Ordnung, Polizei, Veranstaltungen und Vereinigungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, Personenstandswesen sowie Statistik. Eine eigene Gruppe bilden die Protokolle von Gemeinde- und städtischen Körperschaften bzw. -kommissionen. Angeschlossen sind die Nebenregistratuen: Bauamt, Schulverwaltung, Mieteeinigungs- und

Wohnungsamt, Gemeinde-(Stadt-)kasse und Versicherungsamt. Zum Best. genommen sind im wesentlichen bis 1937 abgeschlossene, gelegentlich bis 1950 geführte Personalakten ehemaliger Bediensteter der Wilhelmsburger Verwaltung.
(Ri)

430-27 Gemeinde Altenwerder
1794-1956; 0,5 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
s. 430-20

430-28 Gemeinde Francop
1830-1908; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-29 Gemeinde Neuenfelde (mit Hasselwerder, Nincop)
1743-1982; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-30 Gemeinde Cranz/Elbe

1862-1973; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-31 Gemeinde Neuland
1825-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-32 Gemeinde Marmstorf
1824-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-33 Gemeinde Finkenwerder - preußisch
1870-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-34 Gemeinde Rönneburg
1902-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-35 Gemeinde Sinstorf
1834-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-36 Gemeinde Langenbek
1919-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-37 Gemeinde Fischbek
1865-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-38 Gemeinde Neugraben
1880-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

430-39 Gemeinde Kirchwerder - preußisch
1758-1850,1908-1913; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 430-20

STAATLICHE BEHÖRDEN

430-50 Provinzialsteuerdirektorat Hannover

1818-1896; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Das 1867 begründete Provinzialsteuerdirektorat übernahm u.a. die Verwaltung von Verkehrsgebühren. Ende des 19. Jh. ging diese Aufgabe auf die Regierung Lüneburg über.

Der Best. umfaßt nur fünf Akten zu Hafen-, Schiffahrts-, Fährgeld- und Straßengeldabgaben im Stromspaltungsgebiet zwischen Hamburg und Harburg.

Hinweis: 430-56
(Ri)

430-51 Finanzdirektion Hannover

1740-1883; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Die 1869 begründete Finanzdirektion war Nachfolgebehörde der 1858 aufgehobenen Domänenkammer und des 1866 aufgehobenen Finanzministeriums für Domänensachen. 1885 gingen ihre Aufgaben auf die Regierung Lüneburg über.

Der Best. enthält Akten der Vorgängerbehörden und der Finanzdirektion, Abteilung für Domänen. Diese beinhalten überwiegend Verpachtungen staatlicher Liegenschaften in und bei Harburg sowie auf den Elbinseln, u.a. Mühlen, Wiesen und Sände.

Hinweis: 430-56
(Ri)

430-52 Konsistorium Hannover (ev.-luth.)

1814-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Außer für lutherische Kirchenangelegenheiten war das Konsistorium auch als Aufsichtsbehörde für lutherische Schulen zuständig, ab 1830 nur noch für Volksschulen. 1885 ging

diese Aufgabe auf die Regierung Lüneburg über.

Der Best. enthält Akten zum Volkschulwesen in den Gemeinden um Harburg und auf den Elbinseln.

Hinweis: 430-56
(Ri)

430-53 Konsistorium Hildesheim (kath.)

1860-1885; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Außer für katholische Kirchenangelegenheiten war das Konsistorium auch als Aufsichtsbehörde für katholische Schulen zuständig. 1885 ging diese Aufgabe auf die Regierung Lüneburg über.

Der Best. enthält fünf Akten zu den Anfängen der katholischen Schule in Harburg.

Hinweis: 430-56
(Ri)

430-54 Provinzialschulkollegium Hannover

1830-1937; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Das Oberschulkollegium in Hannover wurde 1830 als Aufsichtsbehörde für die höheren Schulen begründet, die bis dahin dem Konsistorium unterstanden hatten. An seine Stelle trat 1867 das Provinzialschulkollegium. 1933 ging dessen Aufgabe auf den Oberpräsidenten über.
Der Best. enthält Akten über Progymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule und Oberlyzeum in Harburg sowie Reformrealgymnasium und Lyzeum in Wilhelmsburg.
(Ri)

430-55 Generaldirektion des Wasserbaues Hannover

1740-1873; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Die 1823 begründete Generaldirektion des Wasserbaues übernahm vor allem von der Kammer wasserbautechnische Aufgaben. Mit ihrer Auflösung 1870 gingen diese auf die Landdrosteien bzw. später Regierungen, in diesem Fall Lüneburg, über.

Der Best. enthält Akten zu Verpachtungen von Grundstücken im Harburger Hafen und von Fähren im Stromspaltungsgebiet, Strom- und Uferunterhaltung auf der Elbe und den Elbinseln zwischen Hamburg und Harburg, Organisation und Personal der Wasserbauverwaltung.

Hinweis: 430-56; 430-66
(Ri)

430-56 Regierung Lüneburg (mit Bezirksausschuß)

1789-1939; 34,0 m; Bestandsverzeichnis

Als mittlere Verwaltungsinstanzen wurden im Königreich Hannover 1823 Landdrosteien begründet, deren sachliche Kompetenz 1885 erweitert und derjenigen der preußischen Regierungen angeglichen wurden. Gleichzeitig entstanden neben dem Regierungspräsidenten stehende Verwaltungsgerichte in Form der Bezirksausschüsse.

Der Best. enthält Akten, die den 1937 durch das Groß-Hamburg-Gesetz an Hamburg gekommenen Teil des damaligen Regierungsbezirks Lüneburg betreffen (Stadtkreis Harburg-Wilhelmsburg und daran angrenzenden Bereich des Landkreises Harburg) und umfaßt im wesentlichen folgende Gruppen: Domänen (vor allem Elbinseln) 1815-1937, Kommunalaufsicht Harburg-Wilhelmsburg 1860-1937, Medizinalsachen (vor allem Apotheken) 1789-1938, Kirchen und Schulen 1830-1937, Stiftungen und Wohlfahrt (u.a. produktive Erwerbslosenfürsorge) 1848-1939, Versicherungen 1931-1937, Wasserbau und Schiffahrt (die bei weitem umfangreichste Gruppe) 1813-1937, Bezirksausschuß (überwiegend Fabrikkonzessionen in Harburg-Wilhelmsburg) 1885-1938.

Hinweis: 430-50; 430-51; 430-52; 430-53; 430-55

(Ri)

430-57 Regierung Stade

1850-1937; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Der Best. umfaßt nur 9 Akten über Schulangelegenheiten in Cranz und Francop, Schiffsliegeplätze Cranz-Neuenfelde und die Apotheke in Neuenfelde.

(Ri)

430-58 Amt und Landratsamt Jork

(1524,1541) 1800-1931; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Aus dem Gräfengericht Altes Land entstand 1850 das Amt Jork als unterer Verwaltungsbezirk der Landdrostei Stade. Es wurde 1885 Landkreis, der bis 1932 existierte. Anschließend fiel sein Gebiet an die Landkreise Stade und Harburg.

Der Best. umfaßt nur 21 Akten. Sie betreffen im wesentlichen Kirchenangelegenheiten in Neuenfelde, Schulangelegenheiten in Nincop und Neuenfelde, Bau- und Wegebausachen sowie die Altländer Lotsengesellschaft.

Hinweis: 430-61

(Ri)

430-59 Amtsgericht Jork

1876-1942; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Zum Bezirk des 1852 eingerichteten Amtsgerichts Jork gehörten die Gemeinden Cranz, Neuenfelde und Francop, die 1937 zum Amtsgericht Harburg kamen.

Der Best. enthält Grundakten, Flurbücher und Gebäudesteuerrollen der genannten Gemeindebezirke.

Hinweis: 430-64
(Ri)

430-60 Amt Wilhelmsburg

(1634-) 1678-1860; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Das aus der Herrschaft Wilhelmsburg (1672-1705) hervorgegangene Amt Wilhelmsburg bestand bis zu seinem Anschluß an das Amt Harburg 1859.

Der Best. enthält vor allem Domanialsachen, Kirchen- und Schulsachen, Angelegenheiten der Gemeinde Wilhelmsburg, Wege-, Deich- und Wasserbausachen, Feuerversicherungskataster und Testamente. Hinzugelegt sind Auszüge aus den 1943 vernichteten Amtskontraktenbüchern (1634, 1655) 1678-1843 mit Namenregister.

Hinweis: 430-61; 430-25
(Ri)

430-61 Amt und Landratsamt Harburg (mit Ämtern Hittfeld und Tostedt)

1518-1940; 17,0 m; Bestandsverzeichnis
Das Amt Harburg entstand aus der spätmittelalterlichen Vogtei und umfaßte die Elbinseln Altenwerder und Finkenwerder, die Elbmarschen Kirchwerder (teilweise), Lauenbruch, Neuland und Over und die Geestgebiete um Harburg, Hittfeld, Jesteburg und Tostedt. Die Stadt Harburg war nicht dem Amt unterstellt. 1852 kam die Vogtei Tostedt zum Amt Moisburg, dessen Amtssitz 1859 nach Tostedt verlegt wurde. Gleichzeitig wurde das Amt Wilhelmsburg (s. 430-60) an das Amt Harburg angeschlossen. 1885 wurde der Landkreis Harburg aus den Ämtern Harburg und Tostedt gebildet. 1925 schied die damals zur Stadt erhobene Gemeinde Wilhelmsburg (s. 430-25) aus. Mit der Auflösung des Kreises Jork kam 1932 die Dritte Meile Alten Landes hinzu (s. 430-58). 1937 fielen die stadtnahen Gemeinden des Landkreises an Hamburg.

Der Best. enthält überwiegend Akten, die die an Hamburg angegliederten Ortschaften vor 1938 (Altenwerder, Finkenwerder/preußisch, Fischbek, Francop, Gut Moor, Kirchwerder/preußisch, Langenbek, Marmstorf, Neuenfelde, Neugraben, Neuland, Rönneburg, Sinstorf), Wilhelmsburg mit Neuhof vor 1925, Eißendorf vor 1910, Lauenbruch vor 1906

sowie Heimfeld und Wilstorf vor 1888 betreffen. Er gliedert sich in vier Registraturschichten: Alte Amtsregistratur 1518-1893 (nur Splitter, ergänzt durch Stücke aus dem Helms-Museum), Amts-(Landratsamts-)Registratur 1731-1939, Landratsamtsregistratur 1867-1938, Kreisausschußregistratur 1794-1940.

Hinweis: 430-4; 430-5; 446-1
(Ri)

430-62 Katasteramt Harburg

1823-1943; 10,5 m; Bestandsverzeichnis
Das ab 1885 für Stadt und damaligen Landkreis Harburg zuständige Katasteramt wurde 1876 begründet. Nachfolger für die 1937 an Hamburg gefallene Stadt Harburg-Wilhelmsburg nebst umliegenden Gemeinden ist das Kataster- und Vermessungsamt des Bezirksamts Harburg.

Außer Schriftgut des Katasteramts sind im Best. Archivalien verschiedener Herkunft zusammengefaßt worden. Er enthält: Katasterbücher aus hannoverscher Zeit (Grundsteuermutterrollen 1826-1874, Meßmanuale 1823-1872, Häusersteuerbeschreibungen 1846-1847), Katasterbücher aus preußischer Zeit (Grundsteuermutterrollen 1876-1913, Flurbücher 1876-1943, Gebäudesteuerrollen 1893-1947, summarische Mutterrollen 1895-1938, Gebäudesteuer-Veranlagungsnachweisungen 1867, Artikelverzeichnisse 1881-1946) und Gebäudesteuerakten (Innenstadt Harburg 1878-1943, Altenwerder 1878-1940, Marmstorf 1878-1942, Sinstorf 1878-1943).
Hinweis: 430-59
(Ri)

430-63 Domänenrentamt Harburg

1778-1938; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Das Domänenrentamt Harburg wurde 1885 u.a. für den Bereich der Kreise Harburg Stadt und Land begründet und übernahm die bisher vom Amt Harburg wahrgenommenen Aufgaben der Verwaltung des Domanialbesitzes. 1927 wurde es aufgelöst, seine Aufgaben gingen an das Domänenrentamt Lüneburg über.

Die Akten des Best. betreffen allgemeine Domänenverwaltung, Veränderung des Domanialbesitzes, domänenfiskalische Berechtigungen, Verpachtungen von Domanialbesitz und fiskalischen Berechtigungen, Unterhaltung des Domanialbesitzes und Leistungen des Domänenfiskus fast ausschließlich auf den Elbinseln im Stromspaltungsgebiet zwischen Hamburg und Harburg sowie in den Süderelbmarschen zwischen Neuenfelde und Over.

Hinweis: 430-61
(Ri)

430-64 Amtsgericht Harburg

1818-1976; 21,0 m; Bestandsverzeichnis

1852 wurden im Königreich Hannover anstatt der Ämter und Stadtgerichte, welche die Gerichtsbarkeit bisher ausgeübt hatten, Amtsgerichte eingerichtet. Das Amtsgericht Harburg war für die Stadt Harburg und den nachmaligen östlichen Altkreis Harburg zuständig. 1937 schieden 32 Landgemeinden aus seinem Zuständigkeitsbereich aus, andererseits wurden die zu Hamburg gekommenen Gemeinden der Dritten Meile Alten Landes dem Amtsgerichtsbezirk neu zugeteilt. Gleichzeitig verlor das Amtsgericht seine Zuständigkeit für die Arbeits- und Jugendgerichts-, Register-, Vergleichs- und Konkursangelegenheiten an das Amtsgericht Hamburg.

Das Schriftgut des Best. betrifft Organisation, Geschäftsbedarf, Gebäude, Personal, Verwaltung des Amtsgerichtsgefängnisses, Strafvollzug (v.a. NS-Zeit), Zivilsachen (bislang nur fünf Akten 1951-1989), Strafsachen (bislang nur 9 Akten 1948-1975), Hypothekenbücher und Hypothekenakten Harburg-Stadt 1818-1891, Hypothekenbücher und Hypothekenakten Harburg-Land 1835-1894 (enthalten auch heute niedersächsische Gemeinden), Handelsregisterbände und -akten 1865-1965, Genossenschaftsregisterbände und -akten 1886-1968, Vereinsregisterbände und -akten 1901-1974, Schiffsregister 1865-1911 (nur fünf Stücke, vor allem Landkreis Stade), Güterrechtsregisterakten (nur 2 Akten 1907-1914), Erbhöfeverzeichnis für den Süderelbe-Bereich ca. 1938, Bücher und Akten betr. Hinterlegungssachen (Depositen) 1836-1889, Bücher und Akten betr. Vormundschaften und Pflegschaften (Kuratelen) 1818-1923 sowie 1943-1990, Akten zu Testaments- und Nachlaßangelegenheiten 1835-1918, Todeserklärungen (nur 4 Akten 1863-1928).

Hinweis: 430-2; 430-4; 430-60; 430-61

(Ri)

430-65 Hochbauamt Harburg

1843-1937; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

Das für Staatsbauten der Kreise Harburg-Stadt und -Land zuständige Hochbauamt entstand 1867 als Baukreis Harburg I und wurde 1937 nach Soltau verlegt.

Der Best. enthält Akten, die v.a. Domänengebäude auf den Elbinseln zwischen Hamburg und Harburg, Amtsgericht in Harburg und dessen Nebengebäude, Polizeigebäude in Harburg und Wilhelmsburg und Oberlyzeum in Harburg betreffen.

(Ri)

430-66 Wasserbauamt Harburg

1773-1946; 12,0 m; Bestandsverzeichnis

Hervorgegangen aus der im 18. Jh. bestehenden Einrichtung eines Deichinspektors in Harburg, entwickelte sich zu Beginn des 19. Jh. die Dienststelle des Oberdeichgrafen der Mittelelbe, 1857 Wasserbauinspektion Harburg, 1867 Baukreis Harburg II, 1892 Wasserbaukreis Harburg. Er war zuständig für den Stadt- und Landkreis Harburg und erhielt 1911 die Bezeichnung Wasserbauamt. 1937 fielen dessen Aufgaben für das neuhamburgische Gebiet an den Polizeipräsidenten Hamburg, die Behörde für Handel, Schiffahrt und Gewerbe sowie die Baubehörde - Strom- und Hafenbau.

Der sehr fragmentarisch überlieferte Best. enthält vor allem Akten über Erschließung von Wilhelmsburg und Kattwyk - Hohe Schaar, Strom- und Hafenbau westlich des Köhlbrands, Pegel, Fischerei, Grundstücksangelegenheiten (insbesondere Hafengrundstücke) in Harburg und auf den Elbinseln, Gebühren von Hafeneinrichtungen, Baumaßnahmen auf Neuhof und Wilhelmsburg, Vorbereitung auf den Kriegsfall, strom- und wasserbauliche Angelegenheiten am Reiherstieg, Polizeiverordnungen zu Hafen und Schiffahrt sowie Strompolizeierlaubnisse. Angeschlossen sind Personalakten 1799-1938.

Hinweis: 430-55; 430-56
(Ri)

430-67 Hafenamt Harburg

1851-1979; 1,3 m; vorläufiges Verzeichnis
Mit dem Ausbau des Harburger Hafens durch den Hannoverschen Staat zu einem Seeschiffhafen 1845-1849 wurde zu dessen Verwaltung die dem Wasserbauamt Harburg unterstellte Königlich Hannoversche Hafen-Commission gegründet. Ab 1867 Königlich Preußisches Hafenamt, bildete es nach 1914 eine Abteilung des Wasserbauamtes Harburg (-Wilhelmsburg). Infolge des Groß-Hamburg-Gesetzes war es als Hafenamt 5 seit 1938 der hamburgischen Verwaltung für Handel, Schiffahrt und Gewerbe – Hafenverwaltung – unterstellt. 1974 in Hafenamt Süd umbenannt, untersteht es gegenwärtig dem Amt Häfen, Dienstleistungen und Wirtschaftsinfrastruktur der Wirtschaftsbehörde.

Die Überlieferung bezieht sich auf Hafenanlagen, Hafengrundstücke, Hafenverwaltung, Hafenpolizei, Hafenpersonal, Hafenverkehr, Hafenhygiene, einzelne Schiffe, Lotsenwesen, Seeleute.

Hinweis: 430-66
(Ri)

430-68 Oberförsterei Harburg

1866-1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Der Best. enthält nur eine Akte über die Verpachtung von Forstgrundstücken für Schießstände an das Militär.

(Ri)

430-69 Postamt Harburg

1873-1920; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Der Best. enthält nur sieben Akten zur Post- und Passagierbeförderung, zu Postagenturen und zum Kapp-Putsch.

(Ri)

430-70 Militärbehörden in Harburg

1638-1917; 9,0 m; Bestandsverzeichnis

Ab 1644 wurde das Harburger Schloß auf Betreiben des Herzogs von Braunschweig-Lüneburg zu einer starken Festung ausgebaut, die im Kurfürstentum Hannover ihre Bedeutung behielt, bis sie 1784 teilentfestigt wurde. Auch in der Folgezeit blieb Harburg eine Garnison der königlich-hannoverschen Armee.

Der Best. enthält Schriftgut zu militärischen Angelegenheiten Harburgs, insbesondere Garnison und Festung, das fast ausnahmslos 1866 mit der preußischen Annexion endet.

(Ri)

430-71 Notariate in Harburg und Wilhelmsburg

1821-1933; 14,0 m; Bestandsverzeichnis

Chronologisch geführte Notariatsprotokolle, fast immer mit den dazugehörigen Registern, liegen von folgenden Notaren vor:

Johann Heinrich Christoph Raven, 1821-1853, Dr. Hermann Heinrich Junge, 1825-1860, Dr. Heinrich August Witte, 1853-1865, Dr. Carl Friedrich Muhle, 1865-1866, Brinkmann, 1872-1890, Armin Schöning, 1872-1890, Carl Georg Robert Hermann Wehner, 1860-1893, Wilhelm Brandes, 1896-1903, Hermann Capelle, 1891-1924, Eduard Rose, 1898-1927, Elard Kulenkamp, 1909-1917, Theodor Prael, 1920-1924, Clemens Thomas, 1920-1928, Isidor Katzenstein, 1904-1931, Paul Friedmann, 1920-1933, Günther Wolff, 1928-1933, Dr. Hugo Aschenberg, 1932-1933, Dr. Konrad Merle, 1930-1933

Hinweis: 430-72 IV

(Ri)

430-72 Behörden (aus der Zeit) der westfälischen und französischen Verwaltung in Harburg

1808-1814; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Verschiedene französische Ober- und Mittelbehörden, 1812-1813.
Der Teilbest. enthält nur drei Akten über Harburger Stadtkassenangelegenheiten und Holzverkäufe.

Mairie Harburg (mit westfälischem Canton Harburg-Hittfeld), 1808-1814.
1810 wurde das Kurfürstentum Hannover dem Königreich Westfalen einverleibt und eine territoriale Neugliederung, die mehrere Gemeinden zu einem Canton zusammenfaßte, durchgeführt. Zum Canton Harburg zählten außer der Stadt die Gemeinden Eißendorf, Lauenbruch, Marmstorf und Neuwiedenthal, zum Canton Hittfeld die Gemeinden Bullenhausen mit Moor, Neuland, Over und Rönneburg. 1811 wurde der nördliche Teil des Königreichs Westfalen direkt dem Kaiserreich Frankreich einverleibt. Als untere Verwaltungsinstanzen gab es jetzt zwei Mairien im Canton Harburg: Harburg und Moorburg. Bereits 1814 endete mit der Niederlage Frankreichs dieses Verwaltungssystem.

Das Schriftgut betrifft einzelne Verwaltungszweige und Rechnungswesen, Wirtschaft und Verkehr, Steuersachen (u.a. Steuerrollen, auch für Orte des heutigen nördlichen Landkreises Harburg), Militär- und Kriegsangelegenheiten, Kirchen-, Schul-, Armen- sowie Zivilstandswesen.

Mairie Moorburg, 1812-1813.
Die Mairie bestand aus den Ortschaften Moorburg, Neu- und Alt-Wiedenthal, Hausbruch, Neugraben und Fischbek.Es liegen nur drei Akten zu Munizipalrat und Militärwesen sowie drei Zivilstandsregister vor.

Notar Joh. Gottl. Hansing, 1812-1813.
Hansing war Maire der Gemeinde Harburg und stand an der Spitze der Cantons Harburg und Hittfeld. Es liegen nur das Fragment seines Notariatsregisters und ein Erbteilungsvertrag vor.
(Ri)

430-74 Polizeipräsidium Harburg-Wilhelmsburg

1894-1949; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
1927 wurde für die beiden vereinigten Städte Harburg und Wilhelmsburg die Staatliche Polizeiverwaltung Harburg-Wilhelmsburg gebildet, an deren Spitze ein Polizeipräsident stand. 1937 wurde sie als Polizeiamt Harburg in die hamburgische Polizeiverwaltung eingegliedert. Dieses war jetzt auch für die neuhamburgischen Landgemeinden im Süderelbegebiet zuständig.

Die Akten des fragmentarischen Best. betreffen Polizeiorganisation, Namensänderungen, Führung von Titeln, Staatsangehörigkeit, Maßnahmen gegen Juden und Zigeuner (1935-1942), Ermittlungen der Verkehrs-, Hafen- und Kriminalpolizei, Gewerbebetriebe, Handelsüberwachung, Gast-, Schankwirtschaften und Kleinhandelsstätten (zahlreiche Einzelfallakten hierzu s. 430-11 und 430-61), Theater, Varieté, Zirkus, Schutz der Sonn- und Feiertage sowie Luftschutz.

Hinweis: 430-13; 430-25; 430-5
(Ri)

430-75 Strafvollzugsamt Celle

1867-1937; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Die bis dahin von der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Celle wahrgenommene Aufsicht über das Amtsgerichtsgefängnis Harburg wurde 1923 dem Strafvollzugsamt Celle übertragen, ab 1933 dem Generalstaatsanwalt in Celle. 1937 nahm der Generalstaatsanwalt, später die Gefängnisbehörde in Hamburg diese Aufgabe wahr.

Der Best. enthält Akten über den Dienstbetrieb im Amtsgerichtsgefängnis und die Behandlung der dort einsitzenden Gefangenen.

Hinweis: 430-64
(Ri)

RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN, VEREINIGUNGEN UND PERSONEN

430-80 Christliche Kirchen in Harburg

1718-1843; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enthält nur fünf Archivalien: Grabstellenregister der Dreifaltigkeitskirche ca. 1720-1762, Quittungen der Totenkirche 1718-1719, Harburger und Wilhelmsburger Sterbeurkunden 1813-1843, Einwohnerbuch Harburg 1756 (Abschrift von 1957).
(Ri)

430-82 Stiftungen in Harburg

1859-1905; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Schiller-Stipendium, 1859-1905.
Für die Schillerfeier 1859 wurde von Harburger Bürgern das Grundkapital für eine Stiftung gesammelt, um begabte unbemittelte Harburger Jungen in ihrer Ausbildung für einen künstlerischen oder wissenschaftlichen Beruf zu unterstützen.

Der Best. besteht aus zwei Akten, die v.a. Statuten und Aufzeichnungen über Verwaltungsratssitzungen sowie Spendenlisten anläßlich der Schillerfeiern 1859 und 1905 enthalten. (Ri)

430-83 Kulturelle, gesellschaftliche und sportliche Vereinigungen in Harburg

1610-1964; 1,5 m; Bestandsverzeichnis

Der Sammelbest. vereinigt die bruchstückhafte Überlieferung der folgenden Vereinigungen:

Casino-Gesellschaft (nur Protokollbuch), 1845-1875
Bildungsverein für Arbeiter (nur Protokollbuch), 1860-1869
Vereinigte Badeanstalt am Außenmühlenteich (nur eine Akte), 1882-1890
Schützengilde (Gildeordnung, Rechnungsbuch), 1610-1680
Verschönerungsverein Bissing (nur eine Akte), 1890-1894
Musikgemeinde (nur eine Akte), 1930-1949
Männerturnverein von 1883, 1904-1938
Warteschule (nur Brautbuch), 1868
Geselligkeitsclub Hilaritas von 1863, 1863-1949
Verein für Kunst und Wissenschaft (nur eine Akte), 1927
Verein ehemaliger Gardisten von 1893, 1892-1964
Rennverein (eine Akte betr. Harburger Pferderennen), 1861-1865
Museums- und Heimatverein (betr. vor allem Helms-Museum), 1898-1976

(Ri)

430-84 Wirtschaftliche, berufliche und Zweckvereinigungen

1615-1937; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. faßt die Überlieferungssplitter der folgenden Vereinigungen zusammen:

Neuländer Communion (eine auf die Kolonisation der Marschengemeinde Neuland zurückgehende Interessentschaft, die ihr Gebiet nach wie vor als ein Ganzes verwaltet), 1615-1958

Brüderschaft 'Die unveränderliche Liebe in Not und Tod' (nur Protokollbuch), 1710-1716 (1752)

Lehrerwitwen-Kasse in Harburg, 1823-1937

Gerwerbeverein in Harburg (enthält auch Schriftgut zur Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1892), 1878-1893

Totenlade der Neuen Brüderschaft in Harburg (nur Stammbücher), 1830-1883

Deich- und Schleusenverbände in der Dritten Meile des Altenlandes (eine Gebiet von Neuenfelde und Francop), (1721) 1786-1979

Handwerkskammer (nur Beschreibung des "Goldenen Buches"), 1911-1973

Krankengeldzuschuß- und Ferienkasse für das Personal der Firma G. Lühmann's Buchdruckerei und litographische Anstalt in Harburg, 1881-1922

(Ri)

430-85 Zünfte und Innungen in Harburg

1533-1957; 3,0 m; Bestandsverzeichnis

Von den einzelnen Harburger Ämtern haben sich in unterschiedlicher Dichte Unterlagen erhalten. Es handelt sich dabei vor allem um Privilegien, Rechnungs-, Kassen-, Protokoll-, Ein- und Ausschreibebücher sowie um Korrespondenzen folgender Korporationen:

Bäcker, 1694,1733,1829-1881
Schlächter, 1722-1824,1894-1900
Glaser und Maler, 1611,1694,1730-1882
Tischler, (1601,1612)1655,1693,1730,1768-1887
Zimmerer, 1603-1934
Maurer und Steinhauer, 1733-1900
Klempner und Blecharbeiter, 1850-1867
Grob-, Klein- und Messerschmiede (nur 2 Privilegien), 1694,1730
Nagelschmiede, 1751-1868
Schlosser, 1827-1884
Rade- und Stellmacher, 1765-1868
Riemer, Tapezierer und Sattler, 1608-1884
Schuhmacher, 1529,1612,1690-1873,1926-1937
Korbmacher, 1884-1912
Drechsler, 1644-1886
Küper, Faßbinder und Böttcher, 1718,1730,1835-1914
Leineweber, 1626,1730,1797-1854
Tuchmacher (nur Privileg), 1730
Baumseiden- und Fünfkammacher (nur Privileg), 1730
Schneider, 1605-1895
Reepschläger und Seiler,1627-1897
Schiffer (vor allem Amtsbuch 1533-1870), 1533-1870 (1967)
Stadtmusikus (nur Buch), 1844-1845
Chirurgen, 1734-1867

Zinngießer (nur 1 Akte), 1712
Mühlenhandwerk (nur Arbeits-Attest), 1790
Malerinnung, 1858-1900,1941-1957
(Ri)

430-87 Firmen in Harburg

1757-1948; 13,0 m; Bestandsverzeichnis
s. 621-1

430-88 Nachlässe, Familien- und Gutsarchive Harburg

(1388-1705) 1724-1950; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
s. 622-1

SAMMLUNGEN

430-89 Archivalien fremder Herkunft Harburg

1698-1904; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die Sammlung enthält lediglich 15 Einzelstücke, überwiegend zu Einwohnern und Dörfern aus den benachbarten Ämtern Jork, Harburg und Winsen an der Luhe.
(Ri)

430-90 Karten und Pläne Harburg

Bestandsverzeichnis, Kartei
Die Sammlung enthält Originale und Fotokopien (letztere überwiegend von Originalen des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs Hannover) von Karten und Plänen des 16.-20. Jh. zu folgenden Bereichen: Nordwestdeutscher Raum, Hamburg-Harburger Raum, Elbe und Stromspaltungsgebiet zwischen Hamburg und Harburg, Festung Harburg, Stadt Harburg, Hafen Harburg, Stadt Harburg-Wilhelmsburg, Bezirk Harburg, Wilhelmsburg, Neuhof, Moorwerder, Altenwerder, Finkenwerder, Kattwyk, alte Ämter Harburg und Moisburg, Altes Land und Moorburg, einzelne Grundstücke in den Gemarkungen, historische Karten und Pläne des Harburger Raumes, Risse von öffentlichen Gebäuden, Wohngebäuden, Industriebauten und Wasserbauten in Harburg und Wilhelmsburg.
(Ri)

430-91 Bilder und Fotos Harburg

Bestandsverzeichnis, Kartei
Die Sammlung enthält vor allem Fotos von Harburg, Wilhelmsburg, Neuhof, Moorwerder, Altenwerder, Finkenwerder, Kattwyk, dem Landgebiet südlich der Süderelbe, Veranstaltungen, Ereignissen, Denkmälern, Verkehrsmitteln, Technik, Trachten, Uniformen, Innenräumen, Kunstgegenständen sowie zur Volkskunde des Raumes.
(Ri)

430-92 Wappen und Siegel Harburg

Bestandsverzeichnis
Die Sammlung enthält Siegel, Siegelreproduktionen, Farbstempel und Wappendarstellungen der Stadt Harburg (-Wilhelmsburg) sowie der Gemeinden des Harburger Raumes und von Harburger Firmen.
(Ri)

430-97 Arbeitshilfsmittel Harburg

Bestandsverzeichnis
Die kleineren Hilfsmittel umfassen Ausarbeitungen, Auszüge und Materialsammlungen zur Geschichte Harburgs und des Harburger Raumes, darunter Blattsammlungen zu Ratsmitgliedern, Beamten, Bezirksamtsleitern, Bürgermeistern, Abgeordneten, Kanzlern, Bürgervorstehern, Räten, Amtmännern, Landräten, Superintendenten, Geistlichen, Gelehrten und Studenten in Harburg.
(Ri)

44 GESAMTGEBIET SEIT 1938

Das neugestaltete Staatsgebiet Hamburgs (Einheitsgemeinde), so wie es durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 geschaffen worden war, wurde zunächst 1938 einer Landbezirksverwaltung unterstellt, die in 8 lokale Hauptdienststellen und 26 Dienststellen gegliedert war. Die Landgebietsverwaltung war im wesentlichen für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung im Bereich des Landbezirks zuständig; sie gliederte sich in Allgemeine, Hochbau-, Tiefbau- und Fürsorgeabteilung (zur letzteren gehörte das Jugendamt). Die Hauptdienststellen waren für die Steuerverwaltung, die Bewirtschaftung des städtischen Grundbesitzes, die äußere Schulverwaltung, Baupolizei, Straßenbau- und Sielwesen, Ent- und Bewässerung sowie das Feuerlöschwesen zuständig. Die Dienststellen kümmerten sich um die allgemeine Fürsorge, die Verwaltung örtlicher Einrichtungen, Gemeindepolizei und Standesamtsgeschäfte. 1943 kam es unter Auflösung der Landbezirksverwaltung zur

Schaffung von Kreisverwaltungen, die 1949 in 7 Bezirksverwaltungen mit Bezirksämtern umgewandelt wurden. Diese recht großen Verwaltungseinheiten bekamen 1 bis 4 Ortsämter als Untergliederungen; in flächenmäßig großen Ortsamtsbezirken wurden bis zu 6 Ortsdienststellen eingerichtet. Sie gehen z.T. auf die (Haupt-)Dienststellen der Gemeindeverwaltung nach 1937/38 zurück. Obwohl die Verfassung keine Trennung staatlicher und gemeindlicher Tätigkeiten kennt, kann man die Bezirke doch als Kommunalbehörden bezeichnen. Die Bezirke werden durch die Bezirksversammlungen (Gemeindevertretungen) repräsentiert; bei jedem Ortsamt wirkt ein Ortsausschuß.

Die Bezirke haben verwaltungsmäßig alle dieselbe Gliederung: Verwaltungsdezernat mit Verwaltungs-, Einwohner-, Abgaben- und Standesamt, Rechtsdezernat mit Rechts-, Liegenschafts- sowie Wirtschafts- und Ordnungsamt, Baudezernat mit Verwaltungs-, Stadtplanungs- Bauprüf-, Hochbau-, Tiefbau- und Gartenbau- und Friedhofsabteilung sowie Kataster- und Vermessungsamt, Gesundheits- und Umweltdezernat mit Gesundheits- und Umwelt- sowie Veterinäramt, schließlich das Jugend- und Sozialdezernat mit Jugendamt, Amt für soziale Dienste, Sozialamt, Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle, Beauftragtem für Wirtschaftsförderung und für Arbeitsbeschaffung (Stand 1995).
(LS)

441 GESAMTVERWALTUNG

441-1 Landbezirksverwaltung

(1892,1896) 1938-1945; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Die Registratur der Landbezirksverwaltung wurde 1943 durch Kriegseinwirkungen zerstört. Die wenigen Akten, die bis zur und nach der Auflösung der Verwaltung von ihr und ihrer Abwicklungsstelle (bis Mai 1944) neu gebildet wurden, gliedern sich wie folgt: Allgemeine Verwaltung, Organisation und Personal der Landbezirksverwaltung, Finanz- und Kassenwesen, Kriegs- und Luftschutzmaßnahmen, Schul- und Kulturangelegenheiten sowie Bauangelegenheiten.
(LS)

441-2 Amt für Bezirksverwaltung

1950-1966; 26,6 m; Ablieferungsverzeichnis
Die Aufsicht des Senates über die Bezirksämter wurde durch das Amt für Bezirksverwaltung wahrgenommen, das zunächst dem Senat direkt unterstellt, 1962 aber der Innenbehörde und 1978 der Behörde für Bezirksangelegenheiten, Naturschutz und Umweltgestaltung zugeschlagen wurde. Mit Auflösung dieser Behörde zum Jahresende 1984 wurde es

wieder als Senatsamt für Bezirksangelegenheiten selbständig. Es übt die Dienstaufsicht über die Bezirksämter aus, vertritt sie auf Senatsebene und nimmt in ihrem Bereich Koordinierungsfunktionen und übergreifende Aufgaben wahr. Bis 1966 bestand beim Amt ein Landesausschuß, der den Senat, später die Behörde in grundsätzlichen Fragen der Bezirksverwaltung beraten sollte und sich aus je zwei Bezirksabgeordneten aus jedem Bezirk und den 7 Bezirkamtsleitern unter Leitung des ersten Bürgermeisters bzw. des Innensenators zusammensetzte.

Bisher ist Schriftgut aus allen Bereichen des Aktenplans abgeliefert worden.
(LS)

441-3 Bezirksverwaltung - Personalakten

1912-1967; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Nur wenige Personalakten werden als archivwürdig aufbewahrt.
(LS)

442 STADTGEBIET

Das Kern-Stadtgebiet gliedert sich in die Bezirke Mitte, Nord und Eimsbüttel. Zu Mitte gehören die Ortsämter Billstedt, Veddel-Rothenburgsort und Finkenwerder; zu Nord die Ortsämter Barmbek-Uhlenhorst und Fuhlsbüttel; zu Eimsbüttel die Ortsämter Lokstedt und Stellingen. Zu den noch heute laufenden Registraturen wurde auch Vorläuferschriftgut aus den Regionalverwaltungen der Kreise und Ortsämter (seit 1943) genommen.
(LS)

442-1 Bezirksamt Hamburg-Mitte

1887-1992; 22,8 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Die Aktenpläne der Bezirksämter sind gleich gegliedert: Allgemeine Verwaltung, Recht, Kultur und Bildung, Soziales und Arbeit, Gesundheit, Bauen, Wohnungen und Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr sowie Finanzen. Aus allen Bereichen ist bisher Schriftgut abgeliefert worden.
(LS)

442-2 Bezirksamt Hamburg-Nord

1924-1997; 8,8 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
s. 442-1

442-3 Bezirksamt Eimsbüttel
ca.1945-1981; 6,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
s. 442-1

442-6 Ortsamt Billstedt
1912-1991; 1,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Neben sehr wenigen Verwaltungsakten sind in den Best. der Ortsämter zumeist die Überlieferung der Ortsausschüsse und der jeweiligen Unterausschüsse vorhanden.
(LS)

442-7 Ortsamt Finkenwerder
1947-1991; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
s. 442-6

442-8 Ortsamt Veddel-Rothenburgsort
1965-1991; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
s. 442-6

442-9 Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst
1945-1968; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
s. 442-6

442-10 Ortsamt Fuhlsbüttel
1950-1992; 0,9 m; vorläufiges Verzeichnis
s. 442-6

442-11 Ortsamt Lokstedt
1945-1966; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 442-6

442-12 Ortsamt Stellingen
1925-1960; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 442-6

443 BERGEDORF, VIER- UND MARSCHLANDE

443-1 I Bezirksamt Bergedorf I (Hauptdienststelle)

1932-1991; 7,5 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
1938 wurde die Gemeindeverwaltung für Bergedorf und die Vier- und Marschlande in zwei Hauptdienststellen in Bergedorf und Neuengamme zusammengefaßt. Ihre

Registratur ist z.T. in die des Bezirks Bergedorf übergegangen. Der Best. enthält nur noch Bruchstücke des entstandenen Schriftgutes.
(LS)

443-1 II Bezirksamt Bergedorf II

<1949->; (1867) 1932-1981; 3,5 m; Bestandsverzeichnis
Das Bezirksamt Bergedorf hat ein Ortsamt (früher: Hauptdienststelle) für die Marsch- und Vierlande in Neuengamme.

Der Aktenplan umfaßt: Allgemeine Verwaltung, Recht, Kultur und Bildung, Soziales und Arbeit, Gesundheit, Bauen, Wohnungen und Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr sowie Finanzen. Aus allen Bereichen ist bisher Schriftgut abgeliefert worden.
(LS)

443-2 Ortsamt Vier- und Marschlande

1924-1983; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Neben sehr wenigen Verwaltungsakten ist hier die Überlieferung der Ortsausschüsse und der jeweiligen Unterausschüsse vorhanden.
(LS)

443-4 WASSER- UND BODENVERBÄNDE

443-4/1 Ent- und Bewässerungsverband der Vier- und Marschlande

1939-1943; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die durch das Gesetz über die Ent- und Bewässerung im Marschgebiet von 1936 geschaffene Struktur des Entwässerungswesens schuf Ent- und Bewässerungsbezirke, an deren Spitze Obmänner standen, und als Untergliederung Schaubezirke auf genossenschaftlicher Basis mit hauptamtlicher Verwaltung. Sie traten an die Stelle älterer Wasser- und Grabeninteressentschaften.

Es haben sich nur Geschäftsberichte erhalten.
(LS)

443-4/2 Deichverband der Vier- und Marschlande

1942; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1942 wurden die Deichverbände Ochsenwerder, Spadenland, Tatenberg, Billwerder, Reitbrook, Curslack, Altengamme, Neuengamme, Krauel-Ohe und Kirchwerder

aufgehoben und durch den gemeinsamen Deichverband der Vier- und Marschlande ersetzt.

Es hat sich nur die Satzung erhalten.
(LS)

444 WANDSBEK, WALDDÖRFER

444-1 Bezirksamt Wandsbek

1928-1993; 20,5 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis

Dem Bezirksamt Wandsbek unterstehen 4 Ortsämter in seinem großen Bereich: Alstertal, Rahlstedt, Walddörfer und Bramfeld; die drei ersteren waren 1937-1949 Hauptdienststellen der Gemeindeverwaltung.

Der Aktenplan umfaßt: Allgemeine Verwaltung, Recht, Kultur und Bildung, Soziales und Arbeit, Gesundheit, Bauen, Wohnungen und Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr sowie Finanzen. Aus allen Bereichen ist bisher Schriftgut abgeliefert worden. Zu den noch heute laufenden Registraturen wurde auch Vorläuferschriftgut aus den Regionalverwaltungen der Kreise und Ortsämter (seit 1943) genommen.
(LS)

444-2 Ortsamt Alstertal (mit Hauptdienststelle)

(1905) 1936-1987; 3,3 m; Bestandsverzeichnis

Neben sehr wenigen Verwaltungsakten sind für die Ortsämter die Überlieferung der Ortsausschüsse und der jeweiligen Unterausschüsse vorhanden.
(LS)

444-3 Ortsamt Rahlstedt (mit Hauptdienststelle)

1937-1951; 1,5 m; Bestandsverzeichnis

s. 444-2

444-4 Ortsamt Walddörfer (mit Hauptdienststelle)

1937-1950; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

s. 444-2

444-5 Ortsamt Bramfeld

1947-1950; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

s. 444-2

445 ALTONA, ELBVORORTE

445-1 Bezirksamt Altona

1939-1988; 52,5 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Das Bezirksamt Altona hat mit dem Ortsamt Blankenese eine Außendienststelle, die bereits 1937-1949 als Hauptdienststelle der Gemeindeverwaltung tätig war.

Der Aktenplan umfaßt: Allgemeine Verwaltung, Recht, Kultur und Bildung, Soziales und Arbeit, Gesundheit, Bauen, Wohnungen und Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr sowie Finanzen. Aus allen Bereichen, besonders vom Bauamt, ist bisher Schriftgut abgeliefert worden. Hervorzuheben ist die Überlieferung des Beratenden Ausschusses für die Entnazifizierung beim Ortsamt Altona.
(LS)

445-2 I Ortsamt Blankenese I (Hauptdienststelle)

1938-1950; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Die Überlieferung besteht aus nur wenigen Akten.
(LS)

445-2 II Ortsamt Blankenese II

<1949->; 1947-1977; 1,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Der Best. besteht bisher nur aus Überlieferungen des Ortsausschusses.
(LS)

446 HARBURG, WILHELMSBURG, SÜDERELBISCHER RAUM

446-1 Bezirksamt Harburg

1940-1987; 14,9 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Das Bezirksamt Harburg weist zwei Ortsämter in Wilhelmsburg und Neugraben (Süderelbe) auf. Zwischen 1938 und 1949 gab es hier die Hauptdienststelle Süderelbe mit den Dienststellen (später z.T. Ortsdienststellen) in Neugraben, Neuland, Marmstorf, Neuenfelde, Moorwerder und Altenwerder. Das Ortsamt Süderelbe geht auf die alte Hauptdienststelle Süderelbe zurück.

Der Aktenplan umfaßt: Allgemeine Verwaltung, Recht, Kultur und Bildung, Soziales und Arbeit, Gesundheit, Bauen, Wohnungen und Siedlungen, Wirtschaft und Verkehr sowie Finanzen. Aus allen Bereichen ist bisher Schriftgut abgeliefert worden.
(LS)

446-2 Ortsdienststelle Neuland

(1914-1918) 1937-1968; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Neben Verwaltungsakten ist nur für Wilhelmsburg die Überlieferung der Ortsausschüsse und der jeweiligen Unterausschüsse vorhanden.
(LS)

446-3 Ortsdienststelle Marmstorf
(1931) 1936-1971; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
s. 446-2

446-4 Ortsamt Wilhelmsburg
1946-1982; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
s. 446-2

446-5 I Ortsamt Süderelbe I (Hauptdienststelle)
1930-1957; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
s. 446-2

446-5 II Ortsamt Süderelbe II
<1944->; 1909-1964; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
s. 446-2

5 RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

51 EVANGELISCH-LUTHERISCHE KIRCHE (ohne Freikirchen)

511 KIRCHENREGIERUNG

511-1 Ministerium

1553-1922; 7,5 m; Bestandsverzeichnis

Der Zusammenschluß aller Prediger der Stadt und der Vorstädte unter Ausschluß des Landgebietes im Geistlichen Ministerium geht auf den Rezeß von 1548 zurück. Die höchste Instanz in Angelegenheiten der hamburgischen evangelisch-lutherischen Kirche bildeten der Rat und das Kollegium der Achtundvieriger, ab 1685 erweitert zum Kollegium der Sechziger, als bevollmächtigte Vertretung der Bürgerschaft in allen Erziehungs- und Religionsangelegenheiten. Das Geistliche Ministerium hatte nur beratende Funktion. Die Leitung des Ministeriums oblag bis 1593 dem Superintendenten, danach dem Senior, der gleichzeitig ältester Hauptpastor war. Die Aufgaben beider Amtsinhaber bestanden in der Vertretung der hamburgischen Kirche nach innen und außen. Sie führten das Protokoll, beaufsichtigten das Archiv, hatten die Präsidentschaft in den Ministerialkonventen und Examen der Kandidaten des Ministeriums. Die Pastoren der Pfarrkirchen wurden von ihnen ordiniert und in ihre Ämter eingeführt. Die neue Kirchenverfassung vom 09.12.1870 trennte die staatliche von der Kirchenverwaltung. Die evangelisch-lutherische Kirche hatte nun den Charakter einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Geistlichen des Stadtkreises bildeten, ergänzt durch die Prediger der öffentlichen Anstalten, das Ministerium mit einem Senior an der Spitze. Auch die Kirchenverfassung von 1923 bestätigte das Ministerium in dieser Zusammensetzung. Hinzu kam ein Kollegium der Geistlichen der Landkreise. In der NS-Zeit wurde das Ministerium nicht einberufen, nach Kriegsende lebte es als Vereinigung der Pastoren neu auf. Die Verfassung der Nordelbischen Kirche vom 12.06.1976 nennt das Ministerium nicht mehr.

Der Best. enthält in seinem ersten Teil die lückenhaft überlieferten Protokolle der Ministeriumssitzungen von 1609 bis 1875 sowie Sachakten bis 1759. Die Sachakten im zweiten Teil umfassen die Jahre 1760-1870. Sie enthalten Angelegenheiten der Verfassung und Verwaltung des Ministeriums, seiner Mitglieder und der übrigen Geistlichkeit, theologische Schriften, Unterlagen zum Personenstands-, Bau-, Sozial- und Schulwesen, Beziehungen zu auswärtigen Gemeinden und fremden Religionsangehörigen. Die Überlieferung nach 1875 enthält im wesentlichen nur Finanzunterlagen.
(Bü)

511-2 Landeskirchenrat

1925-1930; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

Der Kirchenrat trat mit der Verfassung von 1870 ins Leben und wirkte bis 1877 zunächst unter der Bezeichnung Synodalausschuß. Er bestand aus zwei Senatoren, drei Geistlichen und vier Laien und hatte die Leitung und Beaufsichtigung aller kirchlichen Angelegenheiten zur Aufgabe.

Der Best. setzt sich nur aus Kopien, Abschriften und zufällig ins das Staatsarchiv gekommenen Unterlagen zusammen. Die Hauptüberlieferung befindet sich im Archiv der Nordelbischen Kirche in Kiel. Das Staatsarchiv verwahrt Abschriften der Indizes zum Protokoll des Kirchenrates, Urkundenkopien und Bildmaterial zu Grundsteinlegungen sowie Material zur Kirchengeschichte.

Hinweis: 744-13/1
(Bü)

512 KIRCHEN DER INNENSTADT UND DER VORSTÄDTE

512-1 Dom

(1292) 1341-1930; 12,3 m; Bestandsverzeichnis

Als Hamburg 831 zum Bischofssitz erhoben wurde, ließ Erzbischof Ansgar an der Stelle des späteren Mariendomes eine hölzerne Bischofskirche bauen. Sie fiel bald darauf Wikingerüberfällen zum Opfer. Eine erste Steinkirche entstand unter Erzbischof Bezelin Alebrand zwischen 1035 und 1043, der 1329, nach einer Bauzeit von 81 Jahren, der steinerne Mariendom folgte. Der Sitz des Bischofs ging jedoch schon 845 auf Bremen über. Seine Aufgaben wurden in Hamburg durch das Domkapitel wahrgenommen. Die herausgehobene Stellung des Kapitels und seine Privilegien führten zu ständigen Spannungen mit der Stadt und zu Prozessen vor der Kurie in Avignon. Im Zuge der Reformation wurde der Dom 1528 geschlossen, mußte jedoch nach dem Übertritt der meisten Domherren zum Protestantismus und langwierigen Verhandlungen vor dem kaiserlichen Kammergericht in Speyer wieder in seine Autonomie und alten Besitzrechte eingesetzt werden. Nach dem Westfälischen Frieden fiel das Domkapitel an Schweden, 1719 an Hannover. In Folge des Reichsdeputationshauptschlusses und der Säkularisation aller geistlichen Güter ging der Dom auf die Stadt Hamburg über und wurde bis zum Jahr 1807 abgerissen.

Die Überlieferung kam nach dem Auslaufen der domkapitularischen Verwaltung in städtischen Besitz. Der Best. enthält Schriftgut der Verwaltung des Domes und seiner Besitzungen, Angelegenheiten der Domherren und niederen Kanoniker, Unterlagen des Rechnungswesens einschließlich der Testaments- und Stiftungsverwaltung sowie das Schriftgut der Vikarsbruderschaften des Doms und anderer Kirchen. Die Überlieferung

nach Auflösung des Domkapitels beschränkt sich im wesentlichen auf Rechnungsunterlagen der Testamente, Stipendien und Vikarsbruderschaften.

Hinweis: Die Urkunden des Domkapitels befinden sich in Best. 710-1 I.
(Bü)

512-2 St. Petrikirche

1367-1899; 16,1 m; Bestandsverzeichnis

Die Pfarrkirche St. Petri wird 1195 erstmals urkundlich erwähnt und ist damit neben dem Dom, unter dessen Patronat sie bis zur Reformation stand, die älteste Kirche in der bischöflichen Altstadt. In der ersten Hälfte des 14. Jh. begann der Ausbau zu einer gotischen Hallenkirche. Im Zuge der Reformation lösten sich die westlich von Hamburg gelegenen Dörfer Ottensen, Othmarschen und Bahrenfeld aus dem Besitz von St. Petri. Die Kirche fiel 1842 dem Stadtbrand zum Opfer und wurde von 1844 bis 1849 neu aufgebaut.

Der größte Teil der Überlieferung stammt aus dem 18. und 19. Jh.. Sie umfaßt das Schriftgut der Kirchen-, Leichnams- und Gotteskastenverwaltung, das Archiv des St. Petri-Kirchenbauvereins, Aufzeichnungen der Pastoren und Kirchenbeamten sowie Urkunden und Drucksachen. Die Kirchenbücher sind ab dem 17. Jh. überliefert. Zum Best. gehört ebenfalls das Archiv der 1829 abgerissenen Kirche des St. Johannisklosters.
(Bü)

512-3 St. Nikolaikirche

1484-1960; 21,3 m; Bestandsverzeichnis

Die St. Nikolaikirche war die zunächst nur als Kapelle gebaute Kirche der 1188 gebildeten Neustadt um die gräfliche Burg. Nach dem Zusammenwachsen der Stadtteile bildete ihr Kirchspiel eines der vier mittelalterlichen Verwaltungsbezirke Hamburgs. 1842 durch Brand zerstört, wurde das Gebäude in neugotischem Stil wiederaufgebaut. Der Zerstörung 1943 folgte nach dem Krieg die Verlagerung der Kirchspielskirche an den Klosterstern. Die Ruine der neugotischen Anlage blieb als Mahnmal erhalten.

Der Best. umfaßt neben den Kirchenbüchern seit dem 17. Jh. vor allem Unterlagen der Gemeindeverwaltung mit dem Schwerpunkt auf dem 18. und 19. Jh.. Sehr gut dokumentiert ist der neugotische Wiederaufbau mit zahlreichen Plänen und Zeichnungen. Die älteren Urkunden der Vikarien an St. Nikolai sind in den Best. 710-1 I eingeordnet worden.

Lit.: Carl Mönckeberg, Die St. Nikolai-Kirche in Hamburg. Ein geschichtliches Denkmal, Hamburg 1846; Hans-Otto Wölber, St. Nikolai: Wegzeichen Hamburgs, Hamburg 1989
(LS)

512-4 St. Katharinenkirche

1389-1900; 23,0 m; Bestandsverzeichnis

Die St. Katharinenkirche ist die viertälteste Kirche Hamburgs nach Dom, St. Petri und St. Nikolai.

Der Best. umfaßt neben den Kirchenbüchern seit dem 17. Jh. vor allem Unterlagen der Gemeindeverwaltung mit dem Schwerpunkt auf dem 18. und 19. Jh.. Die Urkunden (1453-1837) sind gesondert verzeichnet, ebenso die Urkunden der Vikarien an St. Katherinen (1396-1686).

Lit.: Julius Faulwasser, Die St. Katharinen Kirche in Hamburg, Hamburg 1896

(LS)

512-5 St. Jakobikirche

1340-1903; 19,5 m; Bestandsverzeichnis

St. Jakobi wird 1255 erstmals als außerhalb der Stadt gelegene Kapelle für Pilger und reisende Kaufleute erwähnt. Nach der im Jahr 1258 erfolgten Erweiterung des Weichbildes Hamburgs nach Osten wurde aus ihr eine Pfarrkirche, die wie alle Kirchen Hamburgs bis zur Reformation dem Dom unterstand. Das bis heute bestehende Kirchengebäude errichtete man ab ca. 1340. Es überstand den Stadtbrand von 1842 unbeschadet, brannte jedoch 1944 aus.

Der Best. umfaßt Rechnungs- und Inventarienbücher sowie weitere Unterlagen der Kirchenverwaltung und eine umfangreiche Überlieferung von Begräbis-, Erd- und Glockenbüchern, Tauf-, Geburts-, Trau- und Leichenregistern. Er enthält weiterhin Ablaßbriefe, Verträge, Stiftungsurkunden und Urkunden über Grundbesitz, Kapital und Renten sowie Risse und Pläne.

Lit.: Festschrift 700 Jahre St. Jacobi zu Hamburg, Hamburg 1955

(Bü)

512-6 St. Gertrudkapelle

1430-1922; 11,8 m; Bestandsverzeichnis

Die St. Gertrudkapelle wurde 1391 auf einem ehemaligen Pestfriedhof errichtet und war eng mit der Elendenbruderschaft St. Gertrud verbunden, die sich das dortige Begräbniswesen zur Aufgabe gemacht hatte. Mit Einführung der Reformation fand ihre Tätigkeit ein Ende. Seit Beginn des 15. Jh. bestand eine St. Gertrud-Brüderschaft, auch St. Gertrud-Testament genannt, die sich der Unterstützung bedürftiger Frauen widmete. Die Kapelle wurde im Stadtbrand 1842 zerstört. Ihr Vermögen und ihr Name gingen auf die St. Gertrudkirche in Hohenfelde über.

Der Best. enthält Verwaltungs- und Vermögensunterlagen der St. Gertudkapelle, der St. Gertrud-Elendenbrüderschaft, des in den Jahren 1882-85 erbauten St. Gertrudstiftes und des St. Gertrud-Testaments. Es wird ergänzt durch Akten zum Kapellengebäude und Inventar sowie durch Urkunden der Kapelle und der Brüderschaft.

Hinweis: 513-4

Lit.: Hans Nirrnheim, Elenden-Brüderschaft zu St. Gertrud und St. Gertrud Brüderschaft, in: Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte Bd.IX, Heft 2, Nr.8/9 (1906), S. 301-307
(Bü)

512-7 St. Michaeliskirche

1661-1875; 9,5 m; Bestandsverzeichnis
Die erste St. Michaeliskirche, später auch Kleine St. Michaeliskirche genannt, entstand schon im Jahr 1600 als Friedhofskapelle. Sie wurde 1811 der Katholischen Gemeinde übergeben, im Zweiten Weltkrieg zerstört und anschließend als St. Ansgarkirche wieder aufgebaut. Die Gemeinde der großen St. Michaeliskirche trennte sich bereits 1647 von der St. Nikolaikirche. 1661 konnte die neue Kirche eingeweiht werden, 1685 wurde St. Michaelis zum fünften Kirchspiel Hamburgs. Die Kirche brannte 1750 durch Blitzschlag völlig nieder und wurde bis 1762 neu aufgebaut. 1906 verursachten Bauarbeiten erneut einen Großbrand, dessen Schäden bis 1912 beseitigt waren. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Kirche erneut beschädigt.

Der Best. ist durch die Kirchenbrände stark dezimiert. Unterlagen der ersten St. Michaeliskapelle sind gänzlich vernichtet worden. Im Staatsarchiv befinden sich lediglich die lückenhaften Protokolle des Kirchenkollegiums von 1795 bis 1826, ein Memorialbuch und die Kirchenbücher.

Lit.: Johannes Geffcken, Die große St. Michaeliskirche in Hamburg, Hamburg 1862
(Bü)

512-8 St. Paulikirche

1680-1903; 11,1 m; Bestandsverzeichnis
Für die Bewohner des Hamburger Berges errichtete man 1682 die St. Paulikirche als Filialkirche von St. Michaelis. Sie wurde in der Franzosenzeit abgerissen, um vor den Wällen freies Schußfeld zu schaffen, so daß sie 1819-1820 neu aufgebaut werden mußte. Die Kirche gab 1833 der Vorstadt Hamburger Berg ihren Namen.

Der Best. enthält neben Verwaltungs-, Finanz- und Personalunterlagen die Kirchenbücher der St. Paulikirche. Darüber hinaus sind Akten zu Bau-, Schul- und Armenangelegenheiten überliefert.
(Bü)

513 KIRCHEN IN DEN GEESTLANDEN

513-1 St. Johanniskirche in Eppendorf

1629-1893; 5,1 m; Bestandsverzeichnis

Die St. Johanniskirche in Eppendorf wird 1267 erstmals urkundlich erwähnt. Ihr Kirchspiel umfaßte die Dörfer im Norden Hamburgs von Eimsbüttel bis Wellingsbüttel. Auch einige holsteinische Dörfer gehörten zur Eppendorfer Kirche, so daß sich ab 1690 der dänische König und der Hamburger Rat die Patronatsrechte teilten. Erst in einem Zusatz zum Gottorfer Vergleich von 1768 verzichtete der dänische König auf seine Ansprüche. Die Kirche wurde vom 12. Jh. bis zur Gegenwart mehrfach um- und ausgebaut.

Der Schwerpunkt des in einen alten und einen neuen Teil untergliederten Bestandes liegt im 19. Jh.. Die Teilung erfolgte nicht konsequent, so daß sich beide Abschnitte zeitlich überschneiden. Neben Kirchenbüchern und Unterlagen zur geistlichen Amtsführung enthält der Best. Akten der Kirchenverwaltung zu den Bereichen: Finanzen, Grundeigentum, Bauunterhaltung, Personal, Armen- und Schulwesen.
(Bü)

513-2 Christuskirche in Eimsbüttel

1880-1887; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Die gestiegenen Einwohnerzahlen von Eimsbüttel machten 1880 die Einrichtung eines eigenen Kirchspiel nötig. Bis dahin gehörte Eimsbüttel zur St.-Johannis-Kirche in Eppendorf. Im Jahr 1886 konnte die Christuskirche eingeweiht werden.

Zum Best. gehören lediglich Akten den Kirchenbau und die Ausstattung betreffend sowie die Protokolle des Gemeindevorstandes von 1880 bis 1883.
(Bü)

513-3 Dreifaltigkeitskirche in Hamm

1691-1901; 5,9 m; Bestandsverzeichnis

Das Dorf Hamm im Osten Hamburgs gehörte bis 1629 zum St. Jakobikirchspiel. 1629 wurde der Weg zum Gottesdienst etwas verkürzt, als die Kirche in St. Georg zur Gemeindekirche erhoben wurde. Viele begüterte Hamburger bauten sich vor den Toren der Stadt Gartenhäuser, die sie im Sommer oder an den Wochenenden bewohnten. Ihnen wurde der Weg zum sonntäglichen Gottesdienst nach St. Georg zu weit, so daß sie eine Sammlung zur Errichtung einer Kirche ins Leben riefen. Diese konnte 1693 geweiht werden. Das Patronat hatte bis zur neuen Kirchenverfassung von 1870 der jeweilige Landherr inne. Im Sommer 1943 wurden Hamm und seine Kirche durch Bombenangriffe völlig zerstört. An ihrer Stelle steht seit 1957 ein Neubau.

Der Best. enthält Unterlagen des Kirchenvorstandes u.a. Gremien, Schriftgut zur Kirchenverfassung und zu Personalfragen sowie liturgische Vorschriften. Darüber hinaus sind die Kirchenbücher, Vermögens- und Bauunterlagen, Akten zum Begräbnis-, Schul- und Armenwesen überliefert.
(Bü)

513-4 St. Gertrudkirche in Hohenfelde

1876-1924; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Im Jahr 1879 wurde in Hohenfelde eine eigene Kirchengemeinde gegründet, die das Vermögen und einige Ausstattungsstücke der beim Stadtbrand vernichteten St. Gertrudkapelle erhielt.

Der Best. enthält die Verwaltungsunterlagen von Kirchenvorstand und Pfarramt, die Personalwesen, geistliche Amtshandlungen, Finanz-, Bau-, Begräbnis- und soziale Angelegenheiten betreffen. Darüberhinaus sind Kirchenbücher sowie Bauzeichnungen und andere Darstellungen der Kirche überliefert.
(Bü)

514 KIRCHEN IN DEN MARSCHLANDEN

514-1 Dreieinigkeitskirche in Allermöhe

1615-1900; 3,1 m; Bestandsverzeichnis
Das im 12. und 13. Jh. eingedeichte Gebiet der Marschlande gehörte seit 1395 zu Hamburg. Die Dreieinigkeitskirche wird 1331 erstmals urkundlich erwähnt. Das 1611-1614 gebaute Kirchengebäude ist bis heute erhalten geblieben.

Der Best. umfaßt neben einer Reihe von Sammelbänden zu allgemeinen Angelegenheiten des Kirchspiels Unterlagen des Kirchenvorstands und des Pfarramtes. Er enthält darüberhinaus die Kirchenbücher, Akten zu Finanz-, Bau-, Schul- und Armenangelegenheiten sowie eine Sammlung von Drucksachen zur Geschichte und Kirchengeschichte Hamburgs und des Landgebietes.
(Bü)

514-2 St. Nikolaikirche in Moorfleet

1595-1925 (1958-); 8,6 m; Bestandsverzeichnis
Moorfleet gehörte als Teil der Marschlande ab 1395 zu Hamburg. Die St. Nikolaikirche wird 1331 erstmals erwähnt und 1680/81 neu errichtet.

Der Best. enthält neben einer von 1680-1895 reichenden Serie gebundener Akten die Kirchenbücher, Finanz- und Bauunterlagen sowie eine umfangreiche Überlieferung zur

Schulgeschichte, daneben Pläne der Kirche und eine Drucksachensammlung zu allen Bereichen der Verwaltung. Einige wenige Unterlagen, die die St. Thomaskirche im Billwerder Ausschlag in den Jahren 1883-1886 und 1901-1905 betreffen, finden sich ebenfalls im Best.
(Bü)

514-3 St. Nikolaikirche in Billwerder

1636-1906; 1,9 m; Bestandsverzeichnis
Billwerder gelangte wie die übrigen Marschdörfer 1395 an Hamburg. Die 1737-1739 erbaute Kirche hatte einen 1251 erstmals erwähnten Vorgängerbau.

Im Best. sind lückenhafte Überlieferungen zu kirchlichen und staatlichen Angelegenheiten enthalten. Der kirchliche Teil umfaßt neben dem Schriftgut des Kirchenvorstandes die die gottesdienstlichen Handlungen, das Beerdigungswesen, das Kirchenvermögen und die Gebäude betreffenden Unterlagen sowie die Kirchenbücher. Im Bereich Staats- und Kommunalangelegenheiten befinden sich Akten folgender Bereiche: Schulwesen, Polizei, Feuerkassen, Deich-, Strom- und Entwässerungswesen, Armen- und Medizinalwesen.
(Bü)

514-4 St. Pankratiuskirche in Ochsenwerder

1274-1893; 1,6 m; Bestandsverzeichnis
Ochsenwerder gehörte als Teil der Marschlande seit 1395 zu Hamburg. Die 1254 erstmals erwähnte Kirche wurde nach Deichbrüchen 1332 an ihre heutige Stelle verlegt. Die Kirche St. Pankratius stammt aus dem Jahr 1674.

Der Best. umfaßt neben den Kirchenbüchern die Verwaltungsunterlagen der Bereiche Pfarramt, geistliche Amtshandlungen, Kichenvermögen, Kirchengebäude, Schulwesen und Armenpflege. Darüber hinaus sind Drucksachen und Bekanntmachungen zu verschiedenen Bereichen staatlicher und kommunaler Verwaltung erhalten.
(Bü)

514-5 St. Mariae-Magdalenen-Kirche in Moorburg

1651-1899; 4,9 m; Bestandsverzeichnis
Bis 1937 blieb das 1375 erworbene Moorburg neben Finkenwerder Hamburgs einziges Gebiet südlich der Elbe. 1309 erfolgt die erste urkundliche Erwähnung einer

Kirche. Die St. Mariae-Magdalenen-Kirche wurde 1596/1597 errichtet und mehrfach umgebaut.

Der Best. entspricht inhaltlich dem Best. 514-4.
(Bü)

514-6 St. Nikolaikirche in Finkenwerder

1621-1867; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Die St. Nikolaikirche wurde 1754-1756 im hannoverschen Teil von Finkenwerder errichtet. Ihr folgte 1880/1881 ein Neubau.

Der Best. enthält lediglich Kirchenbücher und Rechnungsbücher sowie einen Vergleich über die kirchlichen Verhältnisse in Finkenwerder von 1782.
(Bü)

515 KIRCHEN IM AMT RITZEBÜTTEL

515-1 St. Martinskirche in Cuxhaven

1784-1890; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Im Dezember 1817 erfolgte die Abtrennung des Fleckens Ritzebüttel vom Kirchspiel Groden, 1819 wurde die St. Martinskirche eingeweiht. Mit der Eingliederung der Stadt Cuxhaven nach Preußen im Zuge des Groß-Hamburg-Gesetzes 1937 hörte das seit 1394 zu Hamburg gehörende Amt Ritzebüttel auf zu existieren. Cuxhaven gehörte seitdem zur Provinz Hannover, Regierungsbezirk Stade.

Die im Best. enthaltenen Archivalien vor 1819 beziehen sich noch auf die Kirche in Groden. Aus dieser Zeit sind lediglich Kirchenrechnungen erhalten. Der restliche Best. umfaßt Unterlagen des Rechnungswesens, des Kirchenbaus, der Schule und des Armenwesens.
(Bü)

515-2 St. Gertrudkirche in Döse

1533-1904; 2,6 m; Bestandsverzeichnis
Der Bau einer protestantischen Kirche in Döse erfolgte im Jahr 1534 an Stelle einer 1452 erwähnten "Kapelle buten den Dieck". 1535 erhielt sie einen eigenen Prediger und löste sich von ihrer Mutterkirche Altenwalde. Im Jahr 1886 wurde die baufällige Kirche abgerissen und neu aufgebaut.

Zum Best. gehören Unterlagen des Kirchenvorstands, des Rechnungswesens, der Schule, des Armenwesens, ferner Gottesdienstordnungen und Kirchenbücher. Es sind dar-

über hinaus einige wenige Akten und Kirchenrechnungen der Altenwalder Kirche überliefert.
(Bü)

515-3 St. Abunduskirche in Groden

1582-1878; 3,5 m; Bestandsverzeichnis
Eine Kirche wird in Groden bereits im 14. Jh. urkundlich erwähnt.

Zum Best. gehören Unterlagen des Kirchenvorstandes, des Rechnungswesens, der Armenkasse sowie die Kirchenbücher.
(Bü)

516 KIRCHEN IN BERGEDORF UND DEN VIERLANDEN

516-1 St. Petri- und Pauli-Kirche in Bergedorf

1544-1921; 1,9 m; Bestandsverzeichnis
Das Kirchspiel Bergedorf wird 1162 erstmals urkundlich erwähnt. Von 1420 bis 1867 wurde es von Hamburg und Lübeck gemeinschaftlich verwaltet. Der später mehrfach erweiterte Kirchenbau stammt aus der Zeit um 1500.

Zum Best. gehören neben den Kirchenbüchern, Finanz-, Gotteskasten- und Personalunterlagen, Kirchenordnungen und Bauunterlagen auch einige wenige Akten zum Schulwesen sowie der Landpredigerwitwenkasse.
(Bü)

516-2 St. Severinskirche in Kirchwerder

1575-1887; 4,5 m; Bestandsverzeichnis
Kirchwerder wurde als Teil der Vierlande von 1420 bis 1867 von Hamburg und Lübeck gemeinschaftlich verwaltet und kam anschließend endgültig zu Hamburg. Die Kirche St. Severin errichtete man 1785-1791 auf den Resten einer aus dem 13. Jh. stammenden Kirche.

Zum Best. gehören Amts-, Kirchen- und Rechnungsbücher sowie eine Sammlung von Kirchenordnungen und kirchengeschichtlichen Drucksachen. Sie werden ergänzt durch Akten zu den folgenden Betreffen: Gemeindemitglieder, Kirchenvermögen, Kirchengebäude, Personalia, Gottesdienstordnungen und kirchliche Feste, Schulwesen sowie Verordnungen staatlicher Stellen zu verschiedenen Verwaltungsbereichen.
(Bü)

516-3 St. Nicolaikirche in Altengamme

1575-1881; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

Altengamme gehörte als Teil der Vierlande ab 1420 Lübeck und Hamburg gemeinschaftlich, ab 1867 ausschließlich Hamburg. Die mehrfach umgebaute St. Nicolaikirche wurde 1247 erstmals erwähnt.

Der Best. enthält in seinem ersten Teil Kirchenordnungen, Akten des Kirchenvorstandes und Pfarramtes, Personal- und Finanzunterlagen, Gottesdienstordnungen, Kirchenbücher, Schriftgut verschiedenen Schulen sowie der Armenfürsorge und Kirchenzucht. Der zweite Teil vereint eine Sammlung von Verordnungen und Bekanntmachungen staatlicher Stellen.
(Bü)

516-4 St. Johanniskirche in Curslack

1625-1872; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

Wie die übrigen Dörfer der Vierlande gehörte Curslack bis 1867 Hamburg und Lübeck gemeinsam und kam anschließend ganz zu Hamburg. Die Kirche St. Johannis wurde 1306 erstmals erwähnt und erhielt 1599-1603 ihre heutige Gestalt.

Der Best. umfaßt die Unterlagen des Kirchenvorstandes und Pfarramtes, Personal- und Finanzunterlagen, Kirchenbücher, Gottesdienstordnungen sowie Schriftgut zu Bauangelegenheiten, Schulwesen und Armenfürsorge.
(Bü)

516-5 St. Johanniskirche in Neuengamme

1614-1890; 1,4 m; Bestandsverzeichnis

St. Johannis in Neuengamme gehört zu den vier Kirchspielen der Vierlande, die bis 1867 von Hamburg und Lübeck gemeinsam, danach von Hamburg allein verwaltet wurden. Die Ersterwähnung der Kirche erfolgte im Jahr 1261, ihr äußeres Erscheinungsbild verdankt sie späteren Umbauten.

Neben den Kirchenbüchern gehören zum Best. Unterlagen des Kirchenvorstandes, der Pastoren, der Kirchenstatistik, der Finanzverwaltung und eine Sammlung von staatlichen und kommunalen Verordnungen zu verschiedenen Verwaltungsbereichen.
(Bü)

516-6 St. Salvatoriskirche in Geesthacht

1544-1916; 2,1 m; Bestandsverzeichnis

Eine Kirche wird in Geesthacht 1230 erstmals urkundlich erwähnt. Sie hieß bis zu ihrer Zerstörung durch eine Flutkatastrophe im Jahr 1684 St. Peter. Aus den Steinen dieser

alten Kirche baute man anschließend an anderer Stelle die St. Salvatoriskirche. Geesthacht unterstand von 1420-1867 Lübeck und Hamburg gemeinsam und kam anschließend ganz zu Hamburg. 1937 ging die Stadt an den preußischen Kreis Herzogtum Lauenburg über. Die Kirche behielt jedoch ihre Bindung an Hamburg bei.

Der Schwerpunkt des Bestandes liegt im 19. Jh.. Im Staatsarchiv befinden sich neben Kopien der Kirchenbücher eine Sammlung von Kirchennordnungen, Unterlagen des Kirchenvorstandes und Pfarramtes, Personalia, Schriftgut zu gottesdienstlichen Handlungen, Finanzangelegenheiten und Grundbesitz. Weitere Akten betreffen die Witwen- und Waisenkasse der Landprediger und das Schulwesen.
(Bü)

52 SONSTIGE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

521 NICHTLUTHERISCHE UND FREIKIRCHLICH-LUTHERISCHE CHRISTLICHE GEMEINDEN

521-2 Deutsch-Katholische Gemeinde

1847-1853; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Die Deutsch-Katholische Bewegung entstand 1844 als nationalkirchliche Alternative zum Ultramontanismus. Sie breitete sich rasch aus und hatte 1846 in Norddeutschland 20 Gemeinden. Nach der gescheiterten Revolution von 1848 gingen jedoch die Gemeindegliederzahlen stark zurück. Die Gemeinden wurden bedeutungslos.

Von der hamburgischen Gemeinde sind nur Tauf- und Eheschließungsregister erhalten.
(LS)

521-3 Französisch-Reformierte Gemeinde

1685-1908; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Zwischen 1572 und 1588 kamen zahlreiche Calvinisten aus Frankreich und den Niederlanden nach Hamburg. Da ihnen in der Stadt die Religionsausübung untersagt wurde, erhielten sie vom Grafen von Holstein-Pinneberg die Erlaubnis, Predigthäuser und Pastorat auf der Kleinen Freiheit zu errichten. Hier wurde deutsch, niederländisch und französisch gepredigt. 1686 wurde aufgrund von Spannungen in der Gemeinde eine Trennung nach den Sprachen verfügt. 1716 wurde die Hamburger von der Altonaer Gemeinde abgetrennt; von der Hamburger Gemeinde trennte sich wiederum 1761 der französische Teil. 1785 wurde vom Senat die Konzession zur freien Religionsausübung erteilt, 1860 die volle Religionsfreiheit wirksam. 1963 bildete sich die

Evangelisch-reformierte Stadtsynode und 1976 schlossen sich die drei Gemeinden wieder zusammen.

Von der Französisch-Reformierten Gemeinde sind neben den Konsistorialprotokollen und einem Briefkopiebuch die Rechnungsbücher der Kirchenältesten bzw. Diakonen und Kassenbücher, dann aber vor allem die Tauf-, Konfirmations-, Heirats- und Beerdigungsregister überliefert. - Das umfangreiche Schriftgut der Deutsch-Evangelisch-Reformierten Gemeinde gliedert sich in: Gemeinde im Allgemeinen, Leitung und Beamte der Gemeinde, Gottesdienst und Gemeindeleben, Kirchenbücher, Gebäude, Begräbnisplätze, Einkünfte und Schulwesen.
(LS)

521-4 Deutsch-Evangelisch-Reformierte Gemeinde

1588-1947; 16,0 m; Bestandsverzeichnis
s. 521-3

521-5 Mennonitengemeinde

1550,1620-1983; 9,3 m; Bestandsverzeichnis
Die ersten Mennoniten kam um 1570 aus den Niederlanden nach Hamburg. Zuerst erhielten die in Altona ansässig Gewordenen das Recht zur Gottesdienstausübung; dort konnte in der Großen Freiheit auch eine Kirche gebaut werden. Bis 1682 gab es drei Mennonitengemeinden nebeneinander. Seit 1726 unterhielt die Gemeinde hauptamtliche Prediger. Erst um 1800 setzte sich Deutsch als Gottesdienstsprache durch. Die bürgerliche Gleichstellung erreichten die Hamburger Mennoniten 1814. Der Schwerpunkt blieb aber Altona, wo 1914-1915 eine neue Kirche in der Mennonitenstraße gebaut wurde.

Der umfangreiche Best. gliedert sich in Gemeindevorstand, Pastoren und Gemeindebedienstete, Steuern und Abgaben, Archiv und Bibliothek, Rechnungsführung, Liegenschaften und Hypotheken, Bauten und Siedlungen, Personenstandswesen, Sozialwesen und Stiftungen, Beziehungen zu anderen Religionsgemeinschaften, Auswärtige Gemeinden, Schriftgut mennonitischer Familien sowie Predigten und Vorträge.

Hinweis: 424-88/50 van der Smissen
(LS)

521-6 Kirche des English Court

1617-1807; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Die Kirche der in einem "court" (Hof) organisierten "Merchants Adventurers" in Hamburg war eine englisch bischöfliche Kirche. Der "court" bestand - mit Unterbrechung -

bis 1814 und löste sich dann auf. Für die in Hamburg sich aufhaltenden Engländer wurde 1836-1838 eine neue Kirche gebaut.

Im Staatsarchiv haben sich nur die bis zur ersten Auflösung der "Merchants Adventurers" 1807 entstandenen Kommunions-, Tauf- und Trauregister erhalten.
(LS)

521-7 Kirche St. Joseph Altona

1736-1955; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

1591 wurde für Altona der katholische Gottesdienst erlaubt und hier auch eine Kirche an der Großen Freiheit errichtet; sie wurde 1623 von dänischen Soldaten zerstört, konnte aber 1660 wieder aufgebaut werden und hat sich dort bis heute erhalten.

Die seit 1736 erhaltenen Kirchenbücher blieben in Besitz der Kirchengemeinde, wurden aber für das Staatsarchiv verfilmt und stehen als Papierkopien zur Verfügung.
(LS)

521-8 Evangelisch-presbyterianische Jerusalem-Gemeinde

1850-1938; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

Die Jerusalem-Gemeinde entstand 1850, nachdem die Irisch-Presbyterianische Kirche Pastor Dr. Craig für die Juden- und Auswanderermission nach Hamburg geschickt hatte. 1938 wurde die Kirche von der Gestapo geschlossen. Die Gemeinde setzte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Arbeit fort. 1962 wurde sie in die hamburgische Landeskirche aufgenommen und besteht noch heute.

Es sind im Staatsarchiv nur Taufregister vorhanden.
(LS)

521-9 Zionsgemeinde (Altlutheraner)

1841-1977; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

Ostern 1841 verabreichte Pastor Krause das Abendmahl nach alt-lutherischem Ritus einer Gruppe von Lutheranern, die sich gegen die rationalistischen Tendenzen der Landeskirche wandten. Seit 1853 hieß sie "Evangelisch-Lutherische Zionsgemeinde unveränderter augsburgischer Konfession in Hamburg" und schloß sich 1904 mit anderen Gemeinden zur "Hermannsburg-Hamburger Freikirche" zusammen. Sie ist seit 1976 dem Kirchenbezirk Niedersachsen-Ost der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche zugeordnet.

Bei dem Best. handelt es sich überwiegend um Fotokopien. Er umfaßt Schriftgut zu Verfassung und Statuten, Gottesdienst und Veranstaltungen sowie Protokolle, Kirchenbücher, Veröffentlichungen, Bilder, Pläne und Jahresberichte.
(LS)

521-10 Englisch-Reformierte Gemeinde

1818-1981; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Die Englisch-Reformierte Gemeinde Hamburg (The English Reformed Church Hamburg) wurde 1785 gegründet. Sie arbeitete im 19. und 20. Jh. eng mit der British Sailor's Society zusammen. Wegen Mitgliederschwunds stand die Gemeinde 1984 vor der Auflösung.

Das dem Staatsarchiv abgelieferte Schriftgut stellt nicht die vollständige Registratur der Gemeinde dar, sondern weist erhebliche Lücken auf. Die 1818 einsetzende - fast ausschließlich englischsprachige - Überlieferung enthält Satzungen, Protokolle verschiedener Gemeindegremien, Rechnungsbücher, Verzeichnisse von Mitgliedern, Geistlichen und Gottesdiensten sowie Akten über Bau- und Grundstücksangelegenheiten.

Hinweis: 332-2; 111-1, Cl. VII Lit. Hf Nr. 2b Vol. 1-25
(Et)

522 NICHTCHRISTLICHE GEMEINDEN

522-1 Jüdische Gemeinden

1641-1945; 52,8 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Ende des 16. und Anfang des 17. Jh. sind portugiesische Juden (Sephardim) und hochdeutsche Juden (Aschkenasim) nach Altona und Hamburg zugewandert. Es entstanden die folgenden Gemeinden: Die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde in Hamburg, die (hochdeutsche) jüdische Gemeinde in Altona mit einer Filialgemeinde in Hamburg, die (hochdeutsche) jüdische Gemeinde in Hamburg, die (hochdeutsche) jüdische Gemeinde in Wandsbek mit einer Filialgemeinde in Hamburg. Eine portugiesische Judengemeinde in Altona und eine Synagogengemeinde in Harburg wurden im 18. Jh. gegründet. Die genannten deutschen Judengemeinden in Altona, Hamburg und Wandsbek waren als "Dreigemeinde Altona-Hamburg-Wandsbek" zusammengefaßt, bis diese mit der Einverleibung Hamburgs in das französische Kaiserreich aufgelöst wurde. Es entstanden die selbständigen Gemeinden: Hochdeutsche Israelitengemeinde in Altona (1812-1937), Israelitische Gemeinde in Wandsbek (1812-1937) und Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg (1814-1937). Die Gemeinden wurden im Dezember 1937 zwangsweise zu einer Einheitsgemeinde, dem "Jüdischen Religionsverband Hamburg"

zusammengefaßt. Dieser wurde 1942 der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" einverleibt.

Der Best. faßt das in das Staatsarchiv gelangte Schriftgut der genannten Gemeinden zusammen. Es handelt sich im wesentlichen um Akten zur Verwaltung und Organisation der Gemeinden, des "Religionsverbandes" und der "Reichsvereinigung" und um Personenstandsunterlagen. Einen Schwerpunkt bildet die Überlieferung zur Behandlung der Juden in der NS-Zeit (u.a. Deportationen, Verwaltung jüdischen Vermögens und Korrespondenzen). 1959 ist infolge eines Vergleichs zwischen Hamburg und der Jewish Trust Corporation for Germany der Best. zwischen dem Staatsachiv und The Jewish Historical General Archives in Jerusalem geteilt worden. Jedes Archiv besitzt etwa die Hälfte des Schriftgutes im Original, die andere Hälfte jeweils als Mikrofilmkopie.
(Ga)

6 VEREINIGUNGEN UND PERSONEN

61 VEREINIGUNGEN

611 MILDTÄTIGE ANSTALTEN UND VEREINIGUNGEN

611-1 St. Johanniskloster (ehem. in Harvestehude)

1296-1944; 41,1 m; Bestandsverzeichnis

Das Kloster wurde nach der Schlacht von Bornhöved 1227 aufgrund eines Gelübdes des holsteinischen Grafen Adolf IV. errichtet und etwa 1235 den Dominikanern angewiesen. Es lag an der Stelle des heutigen Rathauses und seines Vorplatzes. 1529 aufgehoben, wurden seine Gebäude z.T. als Schule genutzt (Johanneum - nach dem Reformator Johannes Bugenhagen); ein anderer Teil wurde den zur neuen Lehre übergetretenen Nonnen des zerstörten Zisterzienserinnen-Klosters in Harvestehude zur Wohnung gegeben. Der Unterhalt der Insassen wurde aus den vereinigten Einkünften beider Klöster bestritten. 1830 ging die Verwaltung des Landbesitzes der Klöster an die Landherrenschaft der Geestlande bzw. die Patrone der Vorstädte über. Die Gebäude wurden am Klosterwall neu gebaut und 1836 bezogen. Es gab jetzt 60 Konventualinnen (unverheiratete Bürgertöchter) und 10 Witwenwohnungen in der Steinstraße unter Leitung einer Jungfrau Domina. 1872 eröffnete das Kloster am Holzdamm eine höhere Töchterschule und ein Seminar für Lehrerinnen.

Der Best. gliedert sich in Registraturwesen, Geschichte des Klosters, Personalwesen (Insassen, Verwaltung), Klostergebiets-, Liegenschafts-, Rechnungswesen, Steuern und Abgaben, Bevölkerung, Justiz (Straf- u. Ziviljustiz, freiwillige Gerichtsbarkeit), Verkehr, Wirtschaft (Landwirtschaft u. Gewerbe), Kirchen, Schulen, Soziales, Medizinalwesen, Polizei und Militär. Urkunden liegen für den Zeitraum 1296-1626 vor.
(LS)

611-2 St. Georgshospital

1370-1924; 33,5 m; Bestandsverzeichnis

Das bereits vor 1220 vor dem östlichen Stadtwall gegründete Leprosenhospital kam in der zweiten Hälfte des 13. Jh. ganz unter Ratseinfluß. Es wies einen ausgedehnten Grundbesitz auf. Zunächst als Leprosorium und anschließender Aufenthalt der Genesenen gedacht, wurde es mit dem Rückgang der Lepra eine Witwenversorgungsstiftung. Die Reformation berührte die Aufgaben der Institution nicht. 1830 wurde sein Landgebiet an die Patronate der Vorstädte bzw. an die Landherrenschaft der Geestlande abgetreten. Dafür erhielt das Hospital einen Neubau mit 24 Witwenwohnungen. 1867 wurde die Einrichtung für 104 Insassen erweitert; sie wurde 1951 als selbständige Stiftung aufgehoben und der Verwaltung der Sozialbehörde unterstellt.

Der Best. gliedert sich in allgemeine Verwaltung, Vermögen u. Eigentum, Rechnungsführung, Siechenhausverwaltung, Personal und Gebietsverwaltung (Grenzen, Hypotheken, Forst, Jagd, Landwirtschaft, Bau, Kirche, Schule, Steuern, Abgaben, Bevölkerung, Gewerbe, Polizei, Medizinalwesen, Soziales und Justiz). Urkunden liegen für den Zeitraum 1250-1788 vor.

Lit.: Wolfgang Berger, Das St.-Georgs-Hospital zu Hamburg, Hamburg 1972
(LS)

611-3 Heiligen-Geist-Hospital und St. Marien-Magdalenen-Kloster

1293-1898 (1933); 27,0 m; Bestandsverzeichnis
Das am Nordwestende des heutigen Rödingsmarktes gelegene Hospital bestand als Krankenhaus für durchziehende Pilger bereits vor 1248. Erstmalig 1264 sind Prokuratoren aus den Reihen des Rates nachzuweisen. Es hatte einen beträchtlichen Grundbesitz. 1528 wurde die Verwaltung des inzwischen eher zum Armenhaus gewandelten Hospitals gemeinsam mit der des St. Marien-Magdalenen-Klosters in die Hände der Oberalten gelegt. 1830 seines Landbesitzes zugunsten der Stadt verlustig gegangen, erhielt die Stiftung 1835 neue Gebäude zur Aufnahme von 104 Frauen und 54 Männern. 1868 wurde von hier das Oberaltenstift als Wohnstift gebildet. - Das Kloster wurde nach der Schlacht bei Bornhöved 1227 vom holsteinischen Grafen Adolf IV. gestiftet und den Franziskanern übergeben. Es lag südwestlich des St. Johannis-Klosters auf dem Gelände der heutigen Börse. 1528 unter Aufsicht der Oberalten gestellt und 1531 von den Mönchen verlassen, wurde es von 20 Bewohnerinnen des Elisabethen-Hauses (einer Stiftung von Elisabeth Kletzen aus dem Jahre 1427 für Witwen und unverheiratete Frauen) unter Leitung der Mesterin bezogen. 1839 erfolgte der Umzug in einen Neubau am Glockengießerwall, um die alten Gebäude für den Neubau der Börse abzureißen. 1867 wurde die Einrichtung stark erweitert und später verlegt.

Der Best. gliedert sich in gemeinsame Verwaltung (Protokolle, Beamte, Vermögen, Bauwesen), Verwaltung des Heiligen-Geist-Hospitals (Verwaltung, Beamte, Rechnungswesen, Gebäude, Liegenschaften, Finanzen, Insassen, Kirche), Verwaltung des Marien-Magdalenen-Klosters (ebenso gegliedert), Verwaltung des Oberaltenstiftes (Gründung und Verwaltung, Rechnungswesen, Insassen, Beamte), Verwaltung des Hospitalgebietes (Verwaltung, Ländereien und Grundstücke), Straßen- und Wegewesen. Urkunden liegen für den Zeitraum 1293-1717 vor.

Lit.: Kai Robert Möller, 750 Jahre Hospital zum Heiligen Geist mit Oberalten-Stift und Marien-Magdalenen-Kloster. Die Geschichte des Hospitals von der Gründung bis zur Zerstörung im 2. Weltkrieg, Hamburg 1977
(LS)

611-4 Hiobshospital

1460-1908; 6,5 m; Bestandsverzeichnis

Das Hospital wurde 1505 von der Bruderschaft Unser Lieben Frauen Krönung im Dom gestiftet und sollte der Aufnahme von Geschlechts-, später auch Pockenkranken und Krätzebefallenen dienen. Später nahm es auch Prövener (Pfründner) auf und bot seit 1824 älteren Frauen freie Wohnung und finanzielle Unterstützung. Der Neubau für 60 alte Frauen an der Bürgerweide wurde 1884 bezogen.

Der Best. enth. Schriftgut zur Bruderschaft Unser Lieben Frauen Krönung im Dom und zum Hospital: Verwaltung, Provisoren und Patrone, Vermögen, Insassen, Beamte und Kirche des Hospitals. Es haben sich Urkunden von 1509 bis 1821 erhalten.
(LS)

611-5 Konvent (Beguinen)

1482-1904; 0,7 m; Bestandsverzeichnis

Der wahrscheinlich kurz vor 1255 gegründete Konvent der Beg(u)inen hatte sein Domizil in der Steinstraße gegenüber dem St. Jakobi-Kirchhof. 1537 wurde der Konvent in eine Stiftung für 20 unverheiratete Frauen unter Leitung einer Jungfrau Mesterin umgewandelt; die Zahl sank infolge sinkender Einnahmen bis auf 7 im 19. Jh.. 1867 an die Wandsbeker Chausee verlegt, wurde die Einrichtung 1904 aufgehoben.

Der Best. gliedert sich in Protokollbücher und Aufzeichnungen über Insassen, Rechnungswesen sowie Grundbesitz.

Hinweis: Die Urkunden des Konventes befinden sich im Best. 710-1 I. Die Handschriften werden in der Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky verwahrt.
(LS)

611-6 Gast- und Krankenhaus

1633-1946; 9,0 m; Bestandsverzeichnis

Das Armen-, Gast- und Krankenhaus wurde zu 1632 am Rödingsmarkt errichtet und 1830 an den Neuenwall verlegt. Es diente zunächst als Herberge für arme Reisende, wandelte aber im Verlauf der Zeit seine Bestimmung und wurde im 18. Jh. zu einem Versorgungshaus für 160 ältere Menschen, die hier Unterhalt und medizinische Versorgung erhielten. Es wurde von einem großen und einem kleinen Kollegium verwaltet.
Der Best. gliedert sich in: Ordnungen, Protokolle, allgemeine Verwaltung, Insassen, Personal, Bauten, Vermögen und Rechnungsführung.
(LS)

611-7 Niederländische Armen-Casse

1566-1998; 11,8 m; Bestandsverzeichnis

Die 1585 von niederländischen Flüchtlingen ev.-luth. Konfession für die Unterstützung ihrer eigenen Hilfsbedürftigen gegründete Anstalt wandelte sich allmählich zu einer allgemeinen Unterstützungsanstalt für Bürger und deren hinterlassene Familien, denen Unterstützung der Allgemeinen Armenanstalt nicht zustand. Vorzug hatten solche Personen, die ihre Abkunft von niederländischen Familien ev.-luth. Bekenntnisses nachweisen konnten. Die Stiftung besteht noch heute.

Der Best. enth. Schriftgut zu Geschichte der Institution (auch Stammbäume der berechtigten Personen), Geschäftsführung der Jahresverwalter, Satzungen und Protokolle, Rechnungswesen und Vermögensverwaltung, Legate und Schenkungen, Sammlungen und Unterstützungswesen.

Lit.: Renate Hauschild-Thiessen, Die Niederländische Armen-Casse, Hamburg 1974
(LS)

611-8 Seefahrer-Armenhaus

1535-1959; 1,0 m; Bestandsverzeichnis

Anfang des 16. Jh. bildete sich aus der Bruderschaft St. Annen im Marien-Magdalenen-Kloster eine Organisation der Schiffer, die sich seit 1528 Schiffergesellschaft nannte. 1535 gründete sie das heute unter dem Namen Seefahrer-Altenheim bekannte Seefahrer-Armenhaus. Zum Freikauf von in nordafrikanische Sklaverei geratenen Seeleuten wurde 1624 eine eigene Kasse eingerichtet, die Casse der Stücke von Achten (nach der spanischen 8-Real-Münze) genannt wurde. Sie übernahm später andere soziale Aufgaben.

Der Best. enth. Schriftgut der Schiffergesellschaft, des Seefahrer-Armenhauses (v.a. zum Rechnungswesen) und der Casse der Stücke von Achten.

Lit.: Walter Kresse, Von armen Seefahrern und den Schifferalten zu Hamburg, Hamburg 1981
(LS)

611-9 Kinderhospital St. Georg

1886-1924; 3,0 m; Bestandsverzeichnis

1940 gründete Dr. Otto Moraht auf Stiftungsbasis ein Kinderhospital in einem Wohnhaus in St. Georg. Es zog 1888 in die Baustraße um und wurde durch ein Isolierhaus und ein Säuglingsheim erweitert, 1920 vom Staat übernommen und dem Allgemeinen Krankenhaus St. Georg angegliedert.

Der Best. gliedert sich in Verwaltung (Organisation, Finanzen, Grundstücke und Bauten, Personal) und Medizinisches (Krankenjournale und -geschichten).
(LS)

611-10 Seehospital Sahlenburg

1903-1978; 6,5 m; Bestandsverzeichnis
Das auf eine Stiftung des Kaufmanns Marcus Nordheim zurückgehende Krankenhaus wurde 1906 zur Behandlung skrofulöser oder tuberkulöser Kinder eröffnet und durch Staatsunterstützung 1930 für die Behandlung Erwachsener geöffnet.

Der Best. enth. Sitzungsprotokolle von Vorstand und Verwaltungsrat und Krankengeschichten nebst Röntgenaufnahmen.
(LS)

611-11 Israelitisches Krankenhaus

(1746-1815) 1841-1982; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
1843 aus mehreren kleineren Vorgängem zusammengewachsen und vermöge Stiftung durch Salomon Heine neu errichtet, wurde das Krankenhaus bis 1933 erweitert. Die Belegung mit nicht-jüdischen Patienten ging dann erheblich zurück, so daß 1939 kleinere Gebäude bezogen werden mußten. Die Stiftungen wurden 1943 aufgelöst. 1946 konstituierte sich wieder ein Krankenhauskuratorium, das 1961 ein neues Krankenhaus am Orchideenstieg in Betrieb nehmen konnte.

Der Best. umfaßt Akten zu Verwaltung, rechtlicher Stellung des Krankenhauses und Wiedergutmachung, Gebäuden, Beschäftigten, 125-Jahr-Feier, Geschichte des Krankenhauses und Familie und Person des Stifters.
(LS)

611-19 SONSTIGE PRIVATSTIFTUNGEN UND TESTAMENTE

Stiftungen haben in Hamburg eine lange Tradition, die bis in das Hochmittelalter zurückreicht. Sie wurden Testamente genannt, soweit sie in letztwilligen Verfügungen ihren Ursprung hatten. Handelt es sich zuerst um kirchliche Memorienstiftungen, so verbindet sich schon bald die Linderung von Armut durch Almosengeben mit diesem Zweck. In der Reformation wandelte sich das Stiftungsverhalten; die Armenfürsorge bot den Erwerbsunfähigen das Überlebensnotwendige. Alles weitere blieb der privaten Wohltätigkeit überlassen, die sich nun verschiedene Betätigungsfelder suchen konnte.

Die zahlreich dokumentierten Stiftungen und Testamente haben zumeist Schriftgut über ihre Gründung und die Verwaltung des Stiftungsvermögens (Protokolle, Bittgesuche, Entscheidungen, Kapitalbelegungen, Vermehrung der Stiftung u.s.w.) hinterlassen. Im folgenden werden die Stiftungsarchive mit dem Stiftungszweck sowie Stiftungsdatum bzw. Inkrafttreten (soweit feststellbar hinter "gegr.") angegeben.

Lit.: Handbuch für Wohlthätigkeit in Hamburg, bearb. v. Hermann Joachim, Hamburg 1901
(LS)

611-19 Agnes und Alma Agnes und Alma-Stiftung
1880-1961; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1880; medizinische Versorgung, allgemeine Unterstützung, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Albrecht Johann Johann-Jürgen-Nikolaus Albrecht, Schul- und Seminarfonds
1856-1922; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1856; Schule, Bildung, Fortbildung, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Albrecht Paul Paul Albrecht-Stiftung
1917-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1917; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Allenhusen Allenhusen, Wöbbeke-Testament
1743-1922; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. nach 1486; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Amsinck Erdwin Erdwin Amsinck-Stiftung
1923-1982; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1923; Künstlerförderung und -unterstützung

611-19 Amsinck Heinrich Heinrich Amsinck-Stiftung
1884-1923; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1884; Unterstützung von Seeleuten und deren Hinterbliebenen

611-19 Arbeitslosenbildungswerk Stiftung Arbeitslosenbildungswerk Hamburg
1950-1967; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Schule, Bildung, Fortbildung

611-19 Arnesen Arnesen-Stift
1910-1923; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1873; Wohnunterstützung insbesondere von Seefahrer-Witwen

611-19 Arnoldi Joachim Arnoldi-Testament (Bergedorf)
1819-1848; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Averhoff Averhoff-Stiftung
1809-1900; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1808; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Schule, Bildung, Fortbildung, allgemeine Unterstützung

611-19 Bade Bade'sche Stiftung von 1489 u. 1844
1860-1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Bake Lütke Bake-Testament
1533-1962; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1533; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Banskow Hinrich Banskow (Bandschow)-Testament
1759-1801; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1540; allgemeine Unterstützung

611-19 Baumann Joachim Baumann-Testament
1727-1755; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1727; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Beckmann II Barthold Beckmann-Testament
1844-1921; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1616; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Bernhardi Andreas Bernhardi-Testament
1545-1930; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1557; Aussteuer, Kleidungsunterstützung, Lebensmittelunterstützung

611-19 Biel Joachim und Gesa Biel -Testament
1871-1907; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1597; Aussteuer, Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Biema Walter van Biema-Kriegsblindenstiftung
1916-1943; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1916

611-19 Bisthorst Ulrich Bisthorst-Testament
1548-1923; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1441; allgemeine Unterstützung

611-19 Blohm Walter Blohm-Stiftung
1967-1994; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1964; Nachwuchsförderung in Luft- und Raumfahrttechnik

611-19 Boeckmann Boeckmann-Stiftung
1882-1927; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1912; Künstlerförderung und -unterstützung

611-19 Bolhorn Paul Bolhorn-Testaments-Stiftung
1686-1956; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1703; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Boon Adrian Boon-Familienfideikommiß
1716-1939; 0,2 m; ohne Verzeichnis
gegr. 1703; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Borchert Anna Elisabeth Borchert geb. Thormoy -Stiftung
1823-1946; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1821; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Brandenburg Tietje Brandenburg-Testament
1612-1923; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1461; allgemeine Unterstützung

611-19 Brons Claas W. Brons-Stiftung
1918-1925; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1918; Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenfürsorge

611-19 Bruhn Otto Bruhn-Stiftung
1941-1978; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1941; Unterstützung von Seeleuten und deren Hinterbliebenen

611-19 Bruns Alke Bruns und Wibke Holthusen -Testament
1484-1930; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. vor 1484; Aussteuer

611-19 Büring Anna Anna Büring-Testament
1535-1968; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1535; Aussteuer, Lebensmittelunterstützung, medizinische Versorgung, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Büring Lütke Lütke Büring's Testament
1529-1929; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1529; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Bune Bune-Reicher-Stiftung
1876-1914; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1885; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Capellen Capellen-Hülfsfonds-Stiftung
1883-1961; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1883; Kapellenbau

611-19 Clamer Guilliam Clamer-Testament
1761-1932; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1764; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Cohen Leopold Gabriel Cohen-Stiftung für Rekonvaleszenten
1885-1952; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1885; medizinische Versorgung

611-19 Cohrs Johann Sivers (Sigbert) Cohrs-Testament
1864-1903; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1865; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Corfinius Joh. Jacob Hinrich Corfinius-Testament-Stiftung
1782-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1780; allgemeine Unterstützung

611-19 Coulon Joachim Friedrich Coulon-Testament
1837-1896; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1837; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Decker Johann Hinrich Decker-Stiftung
1607-1932; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1854; allgemeine Unterstützung

611-19 Deetloff Caspar und Ilsabe Lucia Deetloff-Testament
1820-1930; 0,3 m; ohne Verzeichnis
gegr. 1800; allgemeine Unterstützung

611-19 Detmer Alexander Detmer-Stiftung
1886-1970; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1886; Jugendfürsorge

611-19 Eding Katharina Eding-Testament
(1542) 1618-1906 (1929); 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1618; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Erhardt Dr. med. Erich Wilhelm und Hedewig Dorothea, geb. von Gleno, Erhardt-Testament
1737-1926; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1725; allgemeine Unterstützung

611-19 Ernst Wolfgang von Ernst-Stiftung
1920-1931; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1920; Künstlerförderung und -unterstützung

611-19 Freies Meer 'Freies Meer', Vereinsstiftung
1919-1943; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1919; Kriegsbeschädigtenfürsorge

611-19 Fuhrmann Daniel und Minna Fuhrmann-Stiftung
1900-1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1903; Unterstützung von Seeleuten und deren Hinterbliebenen

611-19 Gaiser G. L. Gaiser-Testamentsstiftung für Wöchnerinnen
1895-1952; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1895; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Garleffstorp Johann Garleffstorp-Testament
1584-1931; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1543; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Gerckens Eheleute Gerckens-Testament
1832-1844; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1831; Unterstützung von Schiffspredigern

611-19 Gläser Anna Catharina Gläser-Testament
1813-1950; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1831; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Godeffroy Dr. Wilhelm Martin v. Godeffroy-Familien-Fideikommiß-Stiftung
1919-1920; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1919; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Gorrissen George Carpzov Gorrissen-Testament
1880-1895; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1881; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Gosmann Albert Gosmann und Heinrich Brandes-Testament
1546-1920; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 15. Jh.; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Gull Gerhard Gull-Legat
1760-1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. ca. 1715; allgemeine Unterstützung

611-19 Haase Johann-Hein-Daniel-Haase-Testament
(1791) 1848-1857; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1848; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Hafner Hafner-Stiftung
1861-1900; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1861; Künstlerförderung und -unterstützung

611-19 Halle J. A. von Halle'sche- Miete-Unterstützungs-Stiftung
1868-1942; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1868; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Haller Franz W. Haller-Stiftung
1930-1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1928; Schule, Bildung, Fortbildung

611-19 Hartken Wilhard Hartken und Jürgen und Anna Schriever-Testament
1576-1933; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1581/1587; Aussteuer, Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Hartkens Maria Hartkens-Testament
1653-1923 (1933); 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1653; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Havemester Eggert-Havemester-Fideikommiß
1725-1980; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1725; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Hedwig Hedwig-Stiftung
1888-1895; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1823; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Heinesche Hermann Heinesche-Stiftung
1837-1918; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1837; allgemeine Unterstützung

611-19 Henrichsen Reinhold Henrichsen-Testament
1901-1948; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1647; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Hering Michael Hering-Testament
(1655) 1786-1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1633; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Hesse Hartwig Hesses Witwenstift
1824-1951; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1824; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Hiebner Johann Jacob Hiebner-Testamentsstiftung
1697-1923; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1710; allgemeine Unterstützung

611-19 Hoffmann Johan Friedrich-Hoffmann-Stiftung
1880-1970; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1880; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Hollen von Hollen-Fideikommisse
1898-1899; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1836; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Howind Heinrich und Charlotte Howind-Testamentsstiftung
1866-1922; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
gegr. 1914; medizinische Versorgung

611-19 Hudtwalcker Nicolaus Hudtwalcker-Testament
1863-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1837/1861; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Hulle Witwe Martin Hulle-Testament
1865-1937; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1760; allgemeine Unterstützung

611-19 Jacobj Joh. Carl Jacobj-Familienstiftung
1847-1884; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1847; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Jonas D. Jonas'sche Unterstützungs-Stiftung
1890-1906; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1884; Reintegration ehemaliger Strafgefangener

611-19 Julius Nicol. Heinrich Julius-Testamentsstiftungen
1835-1890; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1862; Unterstützung von (Jung-)Frauen, medizinische Versorgung

611-19 Jungius (Joachim) Jungius-Testament
1782-1959,1968; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1657; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Kellinghusen Gerhard Gerhard-Kellinghusen-Fideikommiß
1623-1949; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1757; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Kellinghusen Gotteshof Kellinghusens Gotteshof
(1533) 1789-1958; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1533; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Kellinghusen Stiftung Bürgermeister Kellinghusen's-Stiftung
1869-1933 (1940); 0,8 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1869; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Schule, Bildung, Fortbildung, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Kentzler Peter Kentzler-Testament
(1636) 1653-1971; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1653; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Kindergärtnerinnen Kindergärtnerinnen-Stipendienstiftung
1882-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1882; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Kinderheim Kinderheim 'Sonnenschein' Stiftung
1911-1944; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1898; Kinderpflege und -erholung

611-19 Kirchenzentrum Griechisches Kirchen- und Kulturzentrum in Hamburg (Stiftung)
1966-1986; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1965; Bau einer griechisch-orthodoxen Kirche

611-19 Knackerügge Hieronymus Knackerügge-Stiftung
1654-1836; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1612; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Schule, Bildung, Fortbildung, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Koch Carl Carl L. M. V. Koch-Stiftung
1905-1948; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1905; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Koch Oscar Oscar Koch-Stiftung
1915-1930; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1913; Schule, Bildung, Fortbildung

611-19 König Johann König-Testament
1617-1872; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 15. Jh.; allgemeine Unterstützung

611-19 Koppen Thomas Koppen-Testament
1527-1925; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1552; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Koster Dirck Koster-Testament
1535-1955; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1534; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Wohn- und Mietunterstützung

Lit.: Peter Gabrielsson, Von Gottesbuden zum Wohnstift. Die Geschichte der hamburgischen Stiftung "Dirck Koster Testament" 1537-1977, Hamburg 1980

611-19 Kracken Jasper Kracken-Testament
1567-1894; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1567; allgemeine Unterstützung

611-19 Kraft Dr. med Bernhard Kraft-Stiftung
1882-1922; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1882; allgemeine Unterstützung, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Kreep Johann Matthias und Charlotte Johanna Dorothea, geb. Fielitz, Kreep-Stiftung
1903-1930; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1903; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Krieger Johann Vincent Krieger-Testament
1763-1970; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1763; allgemeine Unterstützung

611-19 Krüger Martin-Paul- und Christian-Krüger-Testament
1812-1895; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1825; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Krukow Eggert Krukow-Testament
1509-1932; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 14. Jh.; allgemeine Unterstützung

611-19 Kuhr Joachim-Kuhr-Testament
(1680) 1681-1933; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1680; allgemeine Unterstützung

611-19 Langwedel Mag. Joach. Langwedel-Testament
1460-1930; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1500; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Lehmann Stiftung Prof. Dr. Johann-Georg-Christian-Lehmann-Stiftung
1902-1922; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1902; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Lehmann Testament Johann G.C. Lehmann Testament
1708-1921; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1708; allgemeine Unterstützung

611-19 Lente Hans Lente-Testament
1578-1932; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1571; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Lindenbrock Dr. Lindenbrock-Testament
1582-1930; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1645; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Löwenhelm Ferdinand Ferdinand und Johanna Löwenhelm-Stiftung
1896-1950; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1910; allgemeine Unterstützung

611-19 Löwenhelm Rosette Rosette-Löwenhelm-Stiftung
1901-1959; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1901; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Lorenz Johann Friedrich Lorenz-Stiftung
1911-1986; 0,1 m; Ablieferungsverzeichnis
gegr. 1911; allgemeine Unterstützung

611-19 Lose Berent und Gesche Lose-Testament
1572-1613; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1572; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Ludendorff Senator Carl Heinrich Julius Ludendorff-Stiftung
1846-1949; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1836; allgemeine Unterstützung

611-19 Luyders Georg Jeronimus Luyders-Testament
1689-1922; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1714; allgemeine Unterstützung

611-19 Metelmann E. D. A. Metelmann-Familienstiftung
(1887) 1917-1962; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1917; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Mewes Heinrich u. Katharina Mewes-Stiftung
(1911) 1932-1971; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1911; Pflege des Familiengrabes

611-19 Meyer Arnold Otto Meyer-Stiftung (Alabama)
1877-1934; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1876; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Mollenhauer Mollenhauersche Stiftung von 1888
1888-1951; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1889; Handwerkerunterstützung

611-19 Moller Hieronymus Moller-Stiftung
1840-1849; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1410 und später; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Mollner Michael Mollner-Testament
1805-1929; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1609; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Münden Berend u. Catharina Münden-Testament
1642-1839; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1653; Schule, Bildung, Fortbildung, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Mylius Ernst Friedrich Mylius-Testament
1775-1911; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1774; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Nöhring Johann Peter Nöhring-Testament
1819-1856; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1820; medizinische Versorgung, allgemeine Unterstützung

611-19 Ohlendorff Freiherrlich August u. Susanna v. Ohlendorff-Familienstiftung
1903-1920; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1903; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Oldehorst Albert Oldehorst-Testament
1732-1951; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1622; allgemeine Unterstützung

611-19 Palm Adolph Palm-Testamentsstiftung
1879-1951; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1899/1915; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Parish Charles Parish-Testament
1851-1875; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1858; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Pawelsen Franz u. Barbara Pawelsen-Testament
1589-1932; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1589; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Penshorn Johann Penshorn-Testament
1835-1973; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1620; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Pfaehler Pfaehlersche Stiftung
1900-1923; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1900; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Piper Emilie Piper-Stiftung
(1870) 1882-1955; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1894; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Placcius Vincent Placcius-Testament
1671-1922; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1683; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Planck Hans Christoph Planck-Testament
1701-1974; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1701; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Pott H. W. Pott-Testament
1862-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1862;

611-19 Prell Marianne Prell-Stiftung
1877-1926; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1877; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Primus Primus-Stiftung
1902-1923; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1902; Unterstützung der Hinterbliebenen der Schiffskatastrophe des Ausflugdampfers "Primus"

611-19 Rathjens Andr. Albert Rathjens-Testament
1844-1872; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1829; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Reder Alheit Reder und Anna vam Horn-Testament
1892-1902; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1578; Aussteuer, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Rée Wilhelm Rée-Stiftung
1901-1921; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1902; medizinische Versorgung

611-19 Reincken Reincken-Testament (Rats-Witwen-Kasse)
1895-1966; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Reineken Reineke Reinekens Gotteswohnungen
1841-1948; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1561; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Renner Hermann Renner-Stiftung
1917-1970; Kleinbestand; ohne Verzeichnis
gegr. 1918; allgemeine Unterstützung von Arbeitern

611-19 Rheder Catharina Catharina Rheder-Testament
1600-1923; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1591; Aussteuer, Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Rheder Mathias Mathias Rheder-Beckmann-Testamente
1673-1975; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1579; Aussteuer, Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Riebe Joh. Heinr. Chr. Riebe-Testament
1861-1880; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1860; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Riege Riege-Stiftung
18. - 20. Jh.; 0,5 m; ohne Verzeichnis

611-19 Rode Hauptpastor Rode-Stiftung
1905,1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1905; allgemeine Unterstützung

611-19 Rodenburg Rodenburg-Behrmann'sche Stiftung
1842-1906; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1844; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Rodewaldt Dorothea Rodewaldt und Hinrich Steffens-Testament
1598-1923; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1574; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Roeck Anna Antoinette Roeck-Stiftung
1882-1949; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1857; allgemeine Unterstützung

611-19 Rücker Friederica-Rücker-Testament
1851-1895; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1851; verschiedene Legate, allgemeine Unterstützung

611-19 Rumpff Anna-Maria-Rumpff-Stiftung
1726-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1714; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Salomon Elfriede Salomon-Stiftung, Gotthold Salomon-Stiftung
1892-1951; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1892; Schule, Bildung, Fortbildung, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Salsborch Joachim Salsborch-Testament
1464-1950; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1557; Aussteuer, allgemeine Unterstützung

611-19 Schäffer Heinrich Schäffer-Stiftung
1882-1931; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1883; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Schaffshausen Barthold Schaffshausen-Testament
1716-1923; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1714; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Schele Cecilie Cecilie Schele-Testament
1703-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1688; allgemeine Unterstützung

611-19 Schele Gerdrut Gerdrut Schele-Stiftung
1783-1923; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1781; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Schele Johann Johann Schele-Testament
1695-1931; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1695; medizinische Versorgung, allgemeine Unterstützung

611-19 Schlüter Julius Cäsar und Frau, beg. Woltermann, adopt. Callmeyer, Schlüter-Testament
1883-1929; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1850; allgemeine Unterstützung

611-19 Schmidt Christoph Christoph Heinrich und Anna Catherina, geb. Hamel, Schmidt-Fideikommiß
1804-1921; 0,2 m; ohne Verzeichnis
gegr. 1804; Unterstützung von (Jung-)Frauen, medizinische Versorgung

611-19 Schmidt Michael Michael und Elisabeth Schmidt-Testament
1615-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1603; allgemeine Unterstützung

611-19 Schmilinsky Heinrich Schmilinsky-Stiftung
1892-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1893; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Schönermarck Engel Elisabeth Schönermarck-Testament
1761-1929; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1747; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Schröder Godert Schröder-Testament
1568-1921; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1565; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Schuldt Abraham Philipp Schuldt-Stiftung
(1724-1857) 1887-1996; 0,1 m; ohne Verzeichnis
gegr. 1891; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Schutte Daniel Schutte-Stiftung
1891-1992; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1892; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Seyfert Johann Heinrich Seyfert sen. -Stiftung
(1913) 1914-1930; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1913; Schule, Bildung, Fortbildung

611-19 Siedenburg Emil und Amanda Siedenburg-Stiftung (Männerpflegeheim)
1909-1926; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1909; medizinische Versorgung, Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Siemers Siemers-Stiftung
1914-1934; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1914; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Sillem Nicolaus Sillem (Sylm)-Stiftung
(1836) 1899-1921; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1655; medizinische Versorgung, allgemeine Unterstützung

611-19 Silms Agneta Silms (Sillem), verw. Knakenrügge, -Testament
1683-1901; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1619; medizinische Versorgung, allgemeine Unterstützung

611-19 Sleeboom Sleeboom-Stiftung
1844-1901; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1899; Schule, Bildung, Fortbildung, Unterstützung von Seeleuten und deren Hinterbliebenen

611-19 Stampehl Margaretha Stampehl-Testamentsstiftung
1610-1914; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1650; allgemeine Unterstützung

611-19 Steenhoff Georg von der Steenhoff-Testament
1851-1912; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1846; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Stubbe Danger Stubbe-Testament
1902-1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1865; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Schule, Bildung, Fortbildung

611-19 Süberkrub Wilhelm Süberkrub-Testament
1894-1943; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1893; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Sworen Johann und Mette de Sworen-Testament
1492-1915; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1493; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

611-19 Sylvester St. Sylvester Armenstiftung
1532-1947; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1865; Handwerkerunterstützung

611-19 Tamme Heinrich Tamme-Testamentsverwaltung
1575-1930; 0,2 m; ohne Verzeichnis
gegr. 1575; medizinische Versorgung, allgemeine Unterstützung

611-19 Tibke Margaretha Tibke-Testamentsstiftung
1556-1933; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1596; allgemeine Unterstützung

611-19 Tode Jacob Tode-Testament
1554-1925; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1554; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Trapp Claus Trapp-Testament
1738-1952; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1738; allgemeine Unterstützung

611-19 Tzeven Erich v. Tzeven-Testament
1331-1895 (1950); 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1452; allgemeine Unterstützung

611-19 Uexküll Jacob von Uexküll-Stiftung
1943-1960; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1945; Blindenhundausbildung

611-19 Vaget Magister Heinrich Vaget-Testament
1655-1940 (-1952); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1655; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Vertrauenskasse Vertrauenskasse
1897-1923; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-19 Vogler Margaret Margaret Vogler-Stiftung
1912-1929; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1912; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Vogler-Moller Vogler-Moller-Baumgarten-Testament
1404-1859; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1411/1642; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Vorwerk Vorwerk-Asyl
1885-1921; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1866; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Wappäus G. H. Wappäus-Stiftung
1905-1928; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1905; Unterstützung von Seeleuten und deren Hinterbliebenen

611-19 Weber Bürgermeister Weber-Stiftung
1886-1929; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1886; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Wedells Siegfried Wedells-Testament
1883-1927; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1919; Gemäldesammlung und ein Haus

611-19 Wetken Hermann Wetken-Gotteshof
1700-1922; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1592; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Wibel Tobias Wolfgang Wibel-Stiftung
1760-1916; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1793; Aussteuer, Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Wiedemann Cath. Francisca Wiedemann-Stiftung
1879-1925; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1881; Wohn- und Mietunterstützung

611-19 Winckelmann Tideke Winckelmann-Testament
1479-1875; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1479; Aussteuer, Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Wirkes Joachim und Anna Wirkes-Testament
1567-1929; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1568; Unterstützung von (Jung-)Frauen

611-19 Wisch Wolter Wisch-Testament
1693-1922; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1601; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Witte Mauritius Witte-Testament
1893-1930; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1537; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Wolf Dr. Sidney Wolf-Stiftung
1898-1928; 1,9 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1898; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Woltersdorpf Carsten Hinrich Woltersdorpf-Testament
1797-1906; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1776; Unterstützung von (Jung-)Frauen, allgemeine Unterstützung

611-19 Wüstenfeld Emilie Wüstenfeld-Stiftung
1896-1915; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1896; Unterstützung von (Jung-)Frauen, Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten

611-19 Wulhase Albert Wulhase-Testament
1418-1911; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1458; Stipendien für Handwerker, Schüler oder Studenten, allgemeine Unterstützung

Lit.: C. F. Gaedechens, Albert Wulhase's Testament, Hamburg 1860

611-20 FÜRSORGE- UND UNTERSTÜTZUNGSEINRICHTUNGEN

Neben den Testamenten und milden Stiftungen bildeten sich zahlreiche wohltätige Zweckvereine, Fürsorge- und Unterstützungsvereine, die in dieser Gruppe zusammengefaßt sind.

Es haben sich Unterlagen der nachfolgenden Institutionen erhalten, wobei Zweck und

Gründungsjahr (hinter "gegr.") angegeben werden, soweit diese nicht aus dem Namen hervorgehen.

Lit.: Handbuch für Wohlthätigkeit in Hamburg, bearb. v. Hermann Joachim, Hamburg 1901
(LS)

611-20/1 Die Ressource von 1798
1798-1800; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
geselliger Club

611-20/2 Die Ressource von 1812
1812; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
geselliger Club

611-20/3 Unterstützungsverein während der Cholera in Hamburg 1831
1831-1832; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-20/5 Arbeitsnachweisungsanstalt des Vereins zur Vermittlung der Arbeit von 1848
1848,1899-1917; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

611-20/6 Weiblicher Verein für Armen und Krankenpflege (Sievekingscher Verein)
1832-1921; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1832

611-20/7 Weiblicher Krankenverein von 1849
1849-1923; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Krankenpflege

611-20/8 Frauenverein zur Unterstützung der Armenpflege von 1849
1852-1913; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

611-20/9 Vorschußanstalt für Hülfsbedürftige
1831-1929; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1831

611-20/10 Verein der Hamburger Volksküchen von 1869
1883-1887; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-20/11 Frauenverein zur Unterstützung der Deutsch-Katholiken
1846-1860; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1846

611-20/12 Hülfsverein für Borgfelde, Hamm und Horn
1878-1929; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1878; Armenpflege

611-20/13 Verein 'Kinderschutz und Jugendwohlfahrt e.V.' in Hamburg
1902-1937; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1902/1910

611-20/14 Mietehülfsverein von 1861 e.V. (Maria-Elisabeth-Stiftung)
1861-1911; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1861/1898

611-20/15 Verband Hamburgischer Miethe-Hülfs-Vereine
1891-1903; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1891

611-20/16 Unterstützungsverein für die Familien einberufener Wehrmänner zu Hamburg 1870-1871
1870-1872; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

611-20/17 Commission zur Unterstützung entlassener Reservisten und Landwehrleute aus dem Kriege 1870-1871
1871; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-20/18 Spezialverein zum Besten des 2. Hanseatischen Infantrie-Regiments No. 76
1870-1873; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1870

611-20/19 Cholera-Notstandscomité, 1892
1892-1922; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Hinterbliebenenversorgung

611-20/20 Allgemeiner Deutscher Frauenverein
1897-1920; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1896; Rechtsauskünfte

611-20/21 Rechtsschutzverein für Frauen von 1896
1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-20/22 Hamburger Verein zum Schutze von Auswanderern
1852-1855; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1850

611-20/23 Genossenschaft freiwilliger Krankenpflege im Kriege
1894-1904; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1886

611-20/24 Comité von 1895 zur Unterstützung von Hinterbliebenen der am 22/23. Dezember 1894 verunglückten Mannschaften von Seefischerfahrzeugen
1895-1910; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-20/25 Verein 'Dan' (Verein der Dänen in Hamburg, 1868)
1868-1871; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

611-20/26 Verein zur Fürsorge für entlassene Sträflinge
1893-1939; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1893

611-20/27 Wohltätiger Schulverein
1903-1905,1931-1932; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1875

611-20/28 Vormals Edzardische Jüdische Proselyten-Anstalt
1667-1973; 1,1 m; Bestandsverzeichnis
gegr. 1667; christliche Mission unter Juden

611-20/29 Rechtsbeistand für deutsche und österreichische Flüchtlinge, Hamburg, 1914
1914; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

611-20/30 Deutsches Rotes Kreuz
1915-1918 (1935); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1886

611-20/31 Austria-Unterstützungsfonds
1858-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
gegr. 1858; Unterstützung der Hinterbliebenen der Seeleute des gesunkenen Dampfers "Austria"

611-20/32 Studentenwohnheim des Deutschen Roten Kreuzes
20. Jh.; 4,5 m; ohne Verzeichnis

611-20/33 Hamburger Gesellschaft zur Eingliederung Suchtkranker e.V.
1979-1985; 0,9 m; Ablieferungsverzeichnis
gegr. 1979

611-20/34 Raphaels-Werk
1950-1975; 159,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
gegr. 1871; Auswandererhilfe

611-20/35 Evangelische Auslandsberatung
20. Jh.; 10,0 m; ohne Verzeichnis
Auswandererhilfe

611-20/36 Flüchtlings-Starthilfe
1953-1991; 58,9 m; Ablieferungsverzeichnis
gegr. 1953; DDR-Flüchtlingshilfe

612 BERUFLICHE VEREINIGUNGEN

612-1 ÄMTER, BRÜDERSCHAFTEN, INNUNGEN

Bereits früh schlossen sich verschiedene Handwerker zu Ämtern zusammen, die unter Aufsicht von Ratsherren (Morgensprachsherren) eine korporative Selbstverwaltung ausübten. Unter Leitung von Älterleuten und mit Hilfe anderer Funktionsträger wurden Fragen der Qualitätskontrolle der Produktion, der Konkurrenz, der Preisgestaltung, des sozialen Zusammenlebens und der sozialen Sicherung bei drohender Armut, der Ehrwahrung, der Ausbildung des Nachwuchses, später auch der Kontrolle der Gesellen und Gehilfen und der Wahrung von Privilegien behandelt. Brüderschaften waren vielfach beruflich geprägt und dienten der religiösen Betätigung der jeweiligen Amtsmeister und ihrer Gesellen; sie wurden in der Reformation aufgehoben. Allerdings nannten sich später andere wirtschaftliche Zusammenschlüsse erneut "Brüderschaften". Neben den Ämtern entstanden Zusammenschlüsse der Gesellen (Laden). Die wirtschaftliche Entwicklung machte manche Spezialisierungen und Anpassungen der Amtsrollen bzw. Satzungen an neue Verhältnisse nötig. Nach der letzten großen Revision 1835 wurden die Ämter 1865 im Zuge der Einführung der Gewerbefreiheit aufgehoben. Der Rat verfügte die Ablieferung des Amtsschriftgutes an das Stadtarchiv. Auch die schon bald gebildeten Innungen haben später Schriftgut abgegeben. Für die meisten Ämter gibt es die Überlieferung der Senatsaufsicht in Best. 111-1 Cl.XI.

Es sind in 68 Einzelbeständen Archivalien des Zusammenschlusses der Ämteroberalten (1650-1862) und folgender Ämter, Brüderschaften, Laden und Innungen vorhanden:
(LS)

612-1/1 Vereinigte Ehrbare Ämter zu Hamburg, später Verein der Gewerksdeputierten (Ämteroberalte)
1650-1862; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/2 Bau-Innung
1732-1967; 2,1 m; Bestandsverzeichnis

612-1/3 Amt der Bader
(1375) 1543-1866; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

612-1/4 Ämter, Brüderschaften und Innung der Bäcker und Bäckergesellen
1375-1897; 1,6 m; Bestandsverzeichnis

612-1/5 Amt der Barbiere und Wundärzte
1541-1869; 0,6 m; Bestandsverzeichnis

612-1/6 Amt der Blei-, Kupfer-, Zink- und Schieferdecker
1741-1889; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/7 Amt der Böttcher, Kiemer und Küper
1415-1837; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/8 Amt der Klein-Böttcher
1469-1862; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/9 Brüderschaft St. Vincentii der Brauerknechte
1450-1918; 0,9 m; Bestandsverzeichnis

612-1/10 Gesellschaft der Buchbinder
1633-1866 (1932); 1,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/11 Amt der Buchbinder
(1544-) 1575-1895 (-1932); 1,1 m; Bestandsverzeichnis

612-1/12 Amt der Bürstenmacher
1704-1795; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/13 Amt der Buntfutterer
1783-1845; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/14 Brüderschaft der Butter- und Käsehändler
1682-1894; 0,8 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/15 Amt der Drahtziehergesellen
1740; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/16 Amt der Drechsler
1438-1855; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/17 Brüderschaft der Schwarz-, Schön- und Pockeral-Färber
1589-1858; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/18 Amt der Fischer
1189-1872; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/19 Amt der Glaser
1549-1975; 1,6 m; Bestandsverzeichnis

612-1/20 Amt der Goldschmiede
1468-1895; 1,8 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/21 Brüderschaft der Grützmacher
1639-1861; 0,8 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/22 Brüderschaft der Hausdiener
1465-1872; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/23 Brüderschaft der Huf- und Schiffsschmiedegesellen
1693-1873; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/24 Amt der Hutmacher und Hutfilter
1400-1865; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/25 Brüderschaft der Kattundrucker und Formstecher
1794-1896; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/26 Amt der Kerzengießer
1488-1825; 0,6 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/27 Amt der Knochenhauer
1819-1865; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/28 Amt der Knopfnadelmacher
1682; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/29 Brüderschaft der Korbmacher
1595-1868; 0,6 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/30 Brüderschaft der Kornmesser
1643-1806; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/31 Amt der Kramer
1258-1866; 3,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/32 Amt der Kupferschmiede
1592-1934; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/33 Amt der Lakenhändler und Gewandschneider
1530-1865; 3,4 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/34 Amt der Leineweber
1562-1865; 1,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/35 Amt der Leuchtenmacher und Klempner
1541-1865; 1,0 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/36 Amt der Maler
1375-1963; 1,6 m; Bestandsverzeichnis

612-1/37 Amt der Maurer
1462-1868; 3,0 m; Bestandsverzeichnis

612-1/38 Lade der Maurergesellen
1620-1865; 1,5 m; Bestandsverzeichnis

612-1/39 Amt der Müller
1456-1865; 0,6 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/40 Amt der Posament- und Schnürmacher
1586-1866; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/41 Amt der Rade- und Stellmacher
1726-1865; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/42 Amt der Reepschläger
1554-1880; 0,8 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/43 Brüderschaft der Reitenden Diener zu St. Jürgen
1385-1862; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/44 Amt der Riemer und Sattler
1567-1867; 0,8 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/45 Amt der Rotgießer
(14.Jh.-) 1581-1833; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/46 Amt der Schiffbauer
1514-1896; 2,6 m; Bestandsverzeichnis

612-1/47 Brüderschaft der Schlachter
1840-1865; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/48 Amt der Schmiede
1563-1867; 1,7 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/49A Amt der Schneider
1820-1868; 1,5 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/49B Schneider-Innung
1821-1934; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

612-1/50 Amt der Schornsteinfeger
1705-1899; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/51 Amt der Schuhmacher
1443-1454,1601-1870; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/52 Brüderschaft der Segelmacher
1793-1907; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/54 Brüderschaft der Steinbrügger
1648-1832; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/55 Amt der Steinmetzen
1563-1871; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/56 Amt der Tischler
1540-1872; 1,7 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/57 Amt der Töpfer
1617-19. Jh.; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/58 Brüderschaft der Klein-Uhrmacher
1667-1866; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/59 Amt der Wandbereiter
1508-1867; 1,7 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/60 Amt der Weinverlasser und Faßbinder
1658-1844; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/61 Amt der Wollenweber (kleinen Wantmacher)
1464-1595; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/62 Brüderschaft der Wurstmacher
1841-1904; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/63 Amt der Hauszimmerleute
1582-1871; 1,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/64 Amt der Zinngießer (Kannengießer)
1423-1891; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

612-1/65 Brüderschaft St. Jakobi in der Scharkapelle (Seeschiffer)
1454-1530; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

612-1/66 St. Jakobs-Brüderschaft der aufwärts fahrenden Schiffer (Schiffer vor dem Winserbaum)
1429-1673; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

612-1/67 Amt der Caffa-, Plattwerk- und Sammetmacher
1629,1686; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

612-1/68 Lotsenbrüderschaften
1745-1980; 4,6 m; Bestandsverzeichnis

612-2 KAUFMANNSGESELLSCHAFTEN

Die nach Handelszielgebieten organisierten Kaufmannsgesellschaften gehen bis in das Mittelalter zurück. Ihre Gründungsdaten sind nicht sicher nachzuweisen. 1392 vereinigten sich die Flandernfahrer zu einer Brüderschaft. Die Gesellschaften (mit Ausnahme der

Islandfahrer) standen 1517 bei der Bildung der Gesamtkaufmannschaft Pate und stellten die Börsenalten. 1674 wurde die Commerz-Deputation geschaffen, deren Archiv sich heute noch in der Verwaltung der Handelskammer zu Hamburg befindet.

Die Überlieferung der 1535 gegründeten Gesellschaft der Bergenfahrer ist nicht dokumentiert. Dasselbe gilt für die im 16. Jh. in Hamburg tätigen Merchants Adventurers.
(LS)

612-2/1 Börsenalte

1517-1886; 2,4 m; Bestandsverzeichnis
Die 1517 zusammengeschlossenen Kaufmannsgesellschaften, der "gemeine Kaufmann", vereinigten alle zur See handelnden Kaufleute der Stadt. Ihr Vorstand wurde von Vertretern der alten Fahrergesellschaften gebildet. Sie waren es auch, die die Aufsicht über die 1558 gegründete Börse übernahmen, bis 1751 eine Trennung zwischen den Kaufmannsgesellschaften und den auch an der Börse beteiligten Lakenhändlern und Gewandschneidern erfolgte. Die Börsenalten hatten auch die Aufsicht über das Post- und Botenwesen, das sie 1822 verloren. Durch die Änderung der Verfassung der Commerz-Deputation (seit 1867: Handelskammer) wurden die Börsenalten immer weiter in den Hintergrund gedrängt und schließlich durch das Handelskammergesetz von 1880 außer Funktion gesetzt.

Der Best. gliedert sich wie folgt: Verfassung, Mitglieder, Wahlen, Protokolle, Rechnungswesen, Handel- und Schiffahrt, Börsenverwaltung und Postverwaltung.

Lit.: Rainer Postel, Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns. Kaufmännische Selbstverwaltung in Geschichte und Gegenwart, Hamburg 1992
(LS)

612-2/2 Englandfahrer

1436-1889; 1,7 m; Bestandsverzeichnis
Die Englandfahrer-Gesellschaft wird zuerst 1402 erwähnt. Sie bildeten seit 1435 die Brüderschaft des Heiligen Thomas von Canterbury an einem Altar in der St. Johannis-Kirche. Das Vordringen der Merchants Adventurers und ihre Niederlassung in Hamburg förderten den Verfall der Gesellschaft, die schließlich nur noch geselligen Charakter trug und 1889 mit dem Tod des letzten Mitgliedes erlosch.

Der Best. gliedert sich wie folgt: Protokolle und Statuten, Mitglieder, Rechnungswesen, Verwaltung der Kapelle des Heiligen Thomas von Canterbury, Liegenschafts

verwaltung, Brotordnung (Versorgung von Prövenern) und Aufzeichnungen über die Gesellschaft.
(LS)

612-2/3 Schonenfahrer

1401-1889; 2,2 m; Bestandsverzeichnis
Die Schonenfahrer-Gesellschaft trat 1395 zusammen und bildete die St. Marthae-Brüderschaft in St. Marien-Magdalenen. Sie umfaßte vor allem die mit dem Heringshandel befaßten Kaufleute. Im 19. Jh. ging die Bedeutung zurück und 1854 starb das letzte Mitglied.

Der Best. enth. Material über die Brüderschaft und die Gesellschaft (Satzungen, Protokolle, Mitglieder, Rechnungswesen, Heringshandel und -kontrolle, Brotordnung, Liegenschaftsverwaltung, Armenwesen).
(LS)

612-2/4 Flandernfahrer

1392-1892; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Die 1392 zur Brüderschaft des Heiligen Leichnams zu St. Johannis vereinigten Flandernfahrer verloren im 18. und 19. Jh. stark an Bedeutung und wurde 1889 aufgelöst.

Der Best. enth. Schriftgut zur Brüderschaft sowie Satzungen und Protokolle, Mitgliedsnachrichten, Brotordnung und Rechnungsunterlagen der Gesellschaft.

Lit.: Jürgen Bolland, Die Gesellschaft der Flandernfahrer in Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 41 (1951), S. 155-188
(LS)

612-2/5 Islandfahrer

1520-1842; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Ende des 15. Jh. bildete sich die St. Annen-Brüderschaft der Islandfahrer, die nie die feste Organisation der anderen Kaufleute-Gesellschaften erreichte. Immerhin bestand sie bis 1843.

Der Best. enth. vor allem Unterlagen zum Rechnungswesen.
(LS)

612-2/6 Bruderschaft der Schwarzenhäupter aus Reval

1418-1961; 2,8 m; Bestandsverzeichnis
Das Archiv der Bruderschaft der Schwarzenhäupter zu Reval, einer Kaufmannsgesellschaft, bzw. des in Hamburg ansässigen Nachfolgevereins "Bruderschaft der Schwarzenhäupter aus Reval e.V." wurde 1975 als Dauerdepositum ins Staatsarchiv übernommen.

Der Best. enth. v.a. Protokolle (1557-1875), Denkelbücher, Tagebücher (1515-1868), Bruderbücher (1525-1939), Schafferbücher (1430-1796), Rechnungsbücher (1418-1915), Schragen und Gesetze (1512-1854), Verordnungen und Gesetze (18. Jh.) sowie Inventare (1694-1884).
(Ga)

612-3 PENSIONSKASSEN

612-3/1 Pensionskasse für Musiker in Hamburg von 1852

1851-1930; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Kasse diente der sozialen Absicherung freier und angestellter Musiker und ihrer Hinterbliebenen.

Der Best. enth. Jahresberichte, Korrespondenzen, Protokolle, Programme und Statuten/Satzungen.
(LS)

612-3/2 Seemanns-Pensionskasse

1857-1873; 3,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Kasse diente der sozialen Absicherung der Seefahrenden und ihrer Hinterbliebenen. Sie wurde durch Zwangsumlagen finanziert.

Der Best. enth. nur Register der angemusterten Seeleute.
(LS)

612-3/3 Pensionskasse des Hamburger Stadttheaters

1810-1952; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Die Pensionskasse des Hamburger Stadttheaters entstand 1923. Ihre Vorgänger waren die "Pensionskasse" (auch: Schröder-Fonds), gegründet 1793 von dem Theaterdirektor Friedrich Ludwig Schröder (1744-1816), und der "Pensionsverein" (auch: Liszt-Fonds), gegründet 1840 auf Veranlassung des Komponisten Franz Liszt (1811-1886). Zweck beider Stiftungen war die materielle Versorgung erwerbsunfähig gewordener Mitglieder. In der Inflationszeit nach dem Ersten Weltkrieg mußten beide Kassen ihre Zahlungen einstellen. Sie wurden aufgelöst, und die Reste ihrer Vermögen gingen auf

die neugegründete Pensionskasse des Hamburger Stadttheaters über. Als Stadt- (bzw. Staats-) Theater und Philharmonisches Staatsorchester fusionierten und fortan die Hamburger Staatsoper bildeten, wurde die Pensionskasse 1936 der Hamburger Staatsoper-AG eingegliedert. Sie überdauerte NS-Zeit und Währungsreform von 1948 und besteht noch heute.

Der Splitterbest. enth. vor allem allgemeinen Schriftverkehr, Protokolle und Rechnungsbücher sowie Unterlagen über Mitgliederbeiträge und -unterstützungen.

Hinweis: 111-1, Cl. VII Lit. Fl Nr. 2 Vol. 16, Vol. 24
(M)

612-4 Direktorium der Wissenschaftlichen Anstalten

1919-1939; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis
Das Direktorium wurde gegründet, um gemeinschaftlich die Beamtenrechts- und Besoldungsfragen aller wissenschaftlichen Intitute zu regeln. Ihm beigeordnet war das Assistentorium für die wissenschaftlichen Hilfskräfte.

Der Best. enth. Schriftgut zu Gesetzen und Verordnungen, Personal und Verwaltung der wissenschaftlichen Anstalten, Tätigkeit der wissenschaftlichen Angestellten, Sitzungen des Direktoriums und Verhandlungen mit der Oberschulbehörde.
(LS)

612-5 SONSTIGE BERUFSVEREINIGUNGEN

612-5/1 Schul-, Schreib- und Rechenmeister-Societät von 1662

1668-1788 (1912); 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Es handelt sich um den Zusammenschluß der alt- und neustädtischen Schulmeister (Lehrer).

Der Best. enth. Unterlagen des Kassen- und Rechnungswesen sowie Satzungen.
(LS)

612-5/2 Brüderschaft der Ratsoffizierer, Schreiber und Substituten

1611-1649; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Es handelt sich um die Organisation der für die Kanzlei des Senates arbeitenden Verwaltungskräfte.

Der Best. enth. nur Material über das jährliche Festmahl (die Höge) der Brüderschaft.
(LS)

612-5/3 Gesellschaft Hamburger Juristen

1885-1934; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

Die Gesellschaft hatte den Zweck, zumeist freiberufliche Juristen zu Geselligkeit und Fortbildung zusammenzuschließen.

Der Best. enth.: Korrespondenzen, Protokolle, Kassenunterlagen.
(LS)

612-5/4 Baugewerk-Verein 'Hansa'

1873-1899; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

Der Verein, der aus dem "Club Treue" der Vereinigten Maurer und Hauszimmerleute hervorgegangen war, suchte 1873 um Anerkennung als Korporation nach, hatte damit allerdings keinen Erfolg. Er ging später in der Bauinnung auf.

Der Best. enth.: Protokolle, Rechnungsunterlagen, Schriftgut der Unterstützungskasse und des "Clubs Treue".
(LS)

612-5/5 Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine

1894-1910; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

Es handelt sich um den reichsweiten Dachverband der einzelnen lokalen und regionalen Vereine.

Der Best. enth.: Korrespondenzen, Protokolle sowie Unterlagen über Mitglieder, Delegiertenversammlungen und Stellenvermittlung.
(LS)

612-5/6 Medizinisch-chirurgische Gesellschaft in Hamburg

1825-1873; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

Die Gesellschaft diente der fachlichen Fortbildung und der Geselligkeit von akademisch gebildeten Medizinern und Chirurgen (zur Gründungszeit noch mit getrennten akademischen Abschlüssen).

Der Best. enth. Protokolle, Festschriften, Unterlagen zu Geschichte der Gesellschaft und Rechnungswesen.
(LS)

612-5/7 Verein selbständiger Handwerker und Fabrikanten - Ortsverein Hamburg

1876-1880; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Der Verein diente der Abwehr der Arbeiterbewegung und wurde später zugunsten von Fach-Arbeitgebervereinigungen aufgelöst.

Der Best. enth. nur Protokolle.
(LS)

612-5/8 Verein der am Caffeehandel betheiligten Firmen

1884-1955; 5,9 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der Verein sollte nach Errichtung des Freihafens für dortigen Lagerraum im Interesse seiner Mitglieder sorgen, die Kaffeebörse organisieren, Waren begutachten und bei Streitigkeiten von Mitgliedern vermittelnd tätig werden.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle, Unterlagen zu Mitgliedern und Schiedsgericht, Tagesberichte über den Hamburger Kaffeemarkt 1888-1939.
(LS)

612-5/9 Vereinigung wissenschaftlicher Beamter und Angestellter im Hamburger Staatsdienst

1919-1934; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Zweck der Vereinigung war die berufliche Interessenvertretung, v.a. in Besoldungsfragen, des genannten Personenkreises.

Der Best. enth. Protokolle, Korrespondenzen, Rechnungsunterlagen und Statuten.
(LS)

612-5/10 Verein ehemaliger Hamburgischer Accisebeamten

1893-1932; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Die Akzise war mit der Reichsgründung fortgefallen. Der Verein sollte die beruflichen Interessen der ehemaligen Beamten wahren und diente auch gesellschaftlichen Zwecken.

Der Best. enth. Protokolle, Rechnungsunterlagen und Korrespondenzen.
(LS)

612-5/11 Allgemeiner Verein hamburgischer Lehrer

1848-1861; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

Der 1848 entstandene Verein sollte die Interessen der verschiedenen Hamburger Lehrer im Stadt- und Landgebiet vertreten, hatte aber keine lange Lebensdauer.

Der Best. enth. Jahresberichte, Statuten und Unterlagen über Mitglieder.
(LS)

612-5/12 Hamburgische Verwaltungsakademie

1926-1954; 3,6 m; vorläufiges Verzeichnis
1926 durch die Beamtengewerkschaften gegründet und schon bald staatlicherseits unterstützt, sollte die Akademie der allgemein- und fachwissenschaftlichen Fortbildung der Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes und vergleichbarer Angestellter dienen.

Der Best. enth. Schriftgut über Geschäftsführung, Personal, Räume, Kurse, Hörer, Prüfungen und Jubiläumsfeiern.
(LS)

612-5/13 Buchhändlerverband 'Kreis Norden'

1879-1934; 1,9 m; Bestandsverzeichnis
Der Verband wurde 1879 als Teil des Börsenvereins der deutschen Buchhändler (Leipzig) gegründet und umfaßte Hamburg, Schleswig-Holstein, Lübeck und das nördliche Hannover, ab 1930 auch Mecklenburg.

Der Best. setzt sich aus Schriftgut über die Organisation, Buchhandel, Kontakte zu Dachorganisation und Nachbarverbänden zusammen.
(LS)

612-5/14 Musikalische Sachverständigen-Kammer

1902-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1902 aufgrund des Urhebergesetzes berufen, wurde die Kommission nur selten tätig.

Der Best. enth. außer Schriftgut zur Organisation drei Gutachten.
(LS)

612-5/15 Deutscher Presseklub

1946-1958; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Der 1946 gegründete Verein sollte Informationsmöglichkeiten für seine Mitglieder bieten und gleichzeitig die Geselligkeit fördern. Er veranstaltete Diskussions- und Vortragsveranstaltungen sowie den Presseball.

Der Best. enth. Schriftgut über Organisation, Mitglieder, Zusammenkünfte, Veranstaltungen und die Pressebälle.
(LS)

612-5/16 Hamburgischer Richterverein

1918-1921,1962-1963; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1919 gegründete Verein sollte fachlichen Austausch und Geselligkeit bieten.

Der Best. enth. Protokolle und Statuten.
(LS)

612-5/17 Beeidigte Holzwracker

1716-1806; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die Holzwracker gehörten neben Anderen zum beeidigten, offiziellen Überwachungspersonal für den Handel (ähnlich wie die Wein- und Tranrojer). Sie hatten die Qualität gehandelten Holzes zu begutachten und gegebenenfalls minderqualitative Ware zu wracken, d.h. für unzureichend zu erklären.

Der Best. enth. nur Statuten und Mitgliederangelegenheiten.
(LS)

612-5/18 Ärztlicher Club von 1861

1860-1900; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Der Ärztliche Club wurde 1861 von sieben in Hamburg praktizierenden Ärzten gegründet zum Zwecke der Förderung der Wissenschaft sowie Aufrechterhaltung von Freundschaft und Kollegialität. Das letzte Stiftungsfest war 1900.

Das Schriftgut besteht aus Statuten, Mitgliederverzeichnissen und Protokollen, darunter solchen des Armenärztlichen Vereins, sowie aus Vortragsmanuskripten, Briefwechsel, Gelegenheitsgedichten und Rechnungen für Speisen und Getränke.
(M)

612-5/19 Lehrerverein 'An der Alster'

1895-1921; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Offenbar bestand der Verein im Landgebiet entlang der Alster.

Der Best. enth. nur Protokolle und Rechnungsunterlagen.
(LS)

612-5/20 Gesellschaft der Freunde (des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens/Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)

1722-1974; 19,3 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte

Der 1805 gegründete Lehrerverein, der 1933 dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) eingegliedert wurde, konnte 1945 neu gegründet werden und ging 1948 in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) über.

Der Best. gliedert sich in Verwaltung und Organisation (Statuten, Vorstand, Ausschüsse, Mitglieder, soziale Einrichtungen, Finanzen, Curio-Haus, Bibliothek, Verlag, Lehrerzeitung, Veranstaltungen, Mitgliedschaften), gewerkschaftliche Tätigkeit (Lehrer, sozialpädagogische Berufe, Lehrerkammer, Schule, Schüler, Jugendfürsorge, politische Tätigkeit, Weltkriege) und Sammlungen (Schulen, Schülerarbeiten, Vereine).
(LS)

612-5/21 Finkenwerder Fischereivereine und -genossenschaften

1875-1988; 1,8 m; Bestandsverzeichnis

Das von der Unterelbe-Versicherungskasse an das Staatsarchiv gelangte Schriftgut entstammt den Vorprovenienzen Unterelbe-Versicherungskasse (Versicherungskasse für Fischereifahrzeuge der Nordsee), Hamburg-Finkenwerder, dem Finkenwerder Seefischerverein und der Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Hochseefischer Hamburg-Finkenwerder.

Im wesentlichen besteht der Best. aus Organisationsunterlagen und Versicherungs- bzw. Schadensabwicklungsakten.
(LS)

613 WIRTSCHAFTLICHE VEREINIGUNGEN

613-1 FLEET- UND BRUNNENINTERESSENTENSCHAFTEN

Die Anlieger und Nutzer der Fleete als Wasserreservoir, Entwässerungszüge und Wasserverkehrswege waren für die Unterhaltung und schleusen- bzw. sielmäßige Abschließung gegen Hochwässer zuständig. Zum Teil hatten sie auch die Unterhaltung von Brückenbauten zu tragen. Die Wasserversorgung wurde aber durch die zunehmende Verschmutzung des Oberflächenwassers so problematisch, daß im Gebiet vor den Wällen Quellen erschlossen wurden, deren Wasser über Rohrleitungen zu innerstädtischen Brunnen geleitet wurde. Die zur Nutzung der Brunnen Berechtigten

trugen die Kosten für Technik und Personal. Sie organisierten sich ebenso wie die Fleetnutzer in den Interessentschaften.

Die Best. enthalten Protokolle, Ordnungen, Unterlagen zu Interessenten und Angestellten, zum Rechnungswesen und zu den Liegenschaften sowie Kartenmaterial.

Lit.: Otto Kelting, Die Wasserversorgung im alten Hamburg bis zu ihrem Ausbau nach dem großen Brande 1842, Hamburg 1934
(LS)

613-1/1 Deichstraßenfleet-Interessentschaft
1690,1792-1913; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

613-1/2 Rödingsmarktfleet-Genossenschaft
1514-1886; 1,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-1/3 Fleet- und Brückenlade
1605-1853; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis

613-1/4 Interessentschaft der Rödingsmarkt- und Deichstraßen-Feldbrunnen
1686-1878; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

613-1/5 Interessentschaft des Feldbrunnens vom Hornwerk und Pulverhaus (Rödingsmarktfeldbrunnen)
1569-1900; 1,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-1/6 St. Catharinen- Feldbrunnen- Interessentschaft
1834-1869; 1,5 m; vorläufiges Verzeichnis

613-1/7 Interessentschaft des Feldbrunnens vor dem Dammtor
1533-1893; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

613-2 WEGE- UND WEIDE-INTERESSENTSCHAFTEN

613-2/1 Interessentschaft des Hofweges auf Uhlenhorst

1857-1887; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Ländliche Interessentschaften bildeten sich durch Besitz- bzw. Nutzungsrechte an bestimmten Ländereien.

Die Best. enthalten Korrespondenzen, Vorgänge über Angelegenheiten der Interessenten, Protokolle und Rechnungsunterlagen.
(LS)

613-2/2 Interessentschaft der Gemeindeschule und -weide vor dem Dammtor
1844-1901; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
s. 613-2/1

613-2/3 Neue Schweinegilde für Fuhlsbüttel

1901-1915; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Die 1901 gebildete Gilde ist ein Versicherungsverein für Schweinehalter (-züchter und -mäster) auf Gegenseitigkeit.

Der Best. enth. neben Protokollen auch Unterlagen über Mitgliederangelegenheiten und zum Rechnungswesen.
(LS)

613-3 TOTENLADEN, VERSICHERUNGEN UND HILFSKASSEN

Die mangelnde soziale Absicherung im Krankheits- und Todesfall ließ eine Reihe von berufs-, firmen-, religions- oder landgemeindeorientierten Kranken- und Hilfskassen sowie Totenladen entstehen. Sie sorgten auf genossenschaftlicher Basis für eine gewisse Unterstützung im Krankheits- und Arbeitsunfähigkeitsfall und bezahlten im Todesfall die Kosten einer standesgemäßen Beerdigung. Die Aufsicht über diese Vereinigungen hatte die 1821 gebildete Totenladen-Deputation, die ein fortlaufendes Register aller derartigen Vereinigungen führte. Auf dieses - 1846 zuerst in Auszügen publizierte - Register beziehen sich die Nummern mancher der Laden. - Das erhaltene Schriftgut aller dieser Versicherungskassen auf Gegenseitigkeit ist recht einförmig. Es enth. vor allem Statuten und deren Veränderung, Einnahme- und Ausgaberechnungen.

Im folgenden sind die Kassen, deren Schriftgut sich wenigstens teilweise erhalten hat, aufgeführt.
(LS)

613-3/1 Schiffbauer-Krankenlade und Sterbekasse
1823-1884; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/2 Begräbnisbrüderschaft Nr. 3 der aufwärts fahrenden Schiffer
1815-1887; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/3 Sterbekasse 'Schlachter-Gesellschaft von 1763'
1866-1908; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/4 Sterbekasse 'Tabackspinner-Brüderschaft' vereinigt mit 'Die Sorgfalt für das Alter' gestiftet 1775
1855-1906; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/5 Makler-Krankenkasse von 1845
1892-1909; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/6 Israelitischer Brüder-Verein
1871-1909; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/7 Sterbekasse Kehrwieder
1894-1910; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/8 Krankenkasse der Glaser-Innung
1891-1901; 1,5 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/9 Kranken- und Sterbekasse der Schmiede und Schlosser für Hamburg und Landgebiet
1867-1884; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/10 Kranken- und Sterbekasse Bienenkorb
1884-1885; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/11 Krankenkasse 'Frisch auf'
1873-1885; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/12 Kranken- und Sterbekasse 'Die Myrte von Rotenburgsort'
1878-1885; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/13 Kranken- und Sterbekasse 'Zum goldenen Bienenkorb'
1881-1886; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/14 Kranken- und Begräbniskasse Knopfnadelmachergesellen, spätere Kranken- und Sterbekasse 'Vorsicht'
1836-1886; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/15 Krankenkasse 'Einigkeit und Zufriedenheit'
1886; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/17 Fabriks-Krankenkasse der Firma Aktiengesellschaft für Farbholz-Fabrikate zu Hamburg
1884-1887; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/18 Kranken- und Sterbekasse des Schiffstakler-Vereins für Hamburg- und Altona
1876-1885; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/19 Kranken- und Beerdigungsverein 'Der Bruderbund'
1861-1887; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/20 Betriebskrankenkasse für die Angestellten der Basson'schen Omnibus-Actien-Gesellschaft
1884-1890; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/21 Krankenkasse 'Getreue Freundschaft'
1887-1891; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/22 Zentral-Kranken-Unterstützungs- und Sterbekasse der Deutschen Schmiede
1884-1892; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/23 Betriebskrankenkasse der Firma C. H. Benecke & Co. zu Hamburg
1895-1896; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/24 Zuschußkasse der Laternenwärter Hamburgs
1898-1899; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/25 Maurergesellen-Krankenkasse, genannt 'Die Bruderliebe' (gegr.1799)
1878-1899; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/26 Ortskrankenkasse der Schuhmacher und verwandter Gewerbe zu Hamburg
1893-1901; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/27 Krankenkasse genannt 'Die Einigkeit der Fettwarenhändler'
1847-1901; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/28 Betriebs-Krankenkasse der Eisengießerei von H. J. Lühmann
1884-1897; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/29 Betriebskrankenkasse der Firma J. D. Koopmann zu St. Pauli
1884-1903; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/30 Kranken- und Sterbekasse 'Gutenberg'
1899-1904; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/31 Betriebskrankenkasse der Firma J. H. Piza
1899-1905; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/32 Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Kellner Deutschlands
1901-1905; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/33 Baukrankenkasse der Firma v. Kintzel & Lauser für die Umgestaltung der Eisenbahnanlagen in Hamburg
1901-1905; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/34 Krankenkasse Athereth Bachurim (Zierde der Jugend)
1899-1906; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/35 Krankenkasse der Arbeitervereinigung von 1867
1884-1907; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/36 Krankenkasse der Böttcher-, Kiemer- und Küpergesellen
1870-1908; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

613-3/37 Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Bundes der Deutschen Arbeitsleute
1878-1884; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/38 Kranken- und Sterbekasse 'Hand in Hand'
1878-1889; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/39 Sterbekasse der Korporation der Schuhmachermeister, früher 'Schuhmacher-Amts-Testament' (gegr. 1682)
1722-1724,1853-1898; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/40 Totenlade der Schneidermeister (gegr. 1854)
1854-1899; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/41 Sterbekasse für Frauen und Mädchen
1880-1898; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/42 Totenlade der auf St. Pauli und vor dem Dammthore wohnenden Tischler
(1828) 1843-1897; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/43 Kranken- und Sterbekasse 'Die Dreieinigkeit der drei Eicheln und brüderlichen Liebe'
1881-1906; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/44 Krankenkasse der Barbiere, Perückenmacher, Assistenz-Chirurgen und Heilgehülfen, später Krankenkasse der selbständigen Barbiere, Friseure und Perückenmacher
1899-1906; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/45 Krankenkasse der vereinigten Tischlermeister von 1827
1871-1899; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/46 Sterbekasse der ehem. Drechsler-Korporation
1899-1903; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/47 Sterbekasse 'Die sammelnde Biene'
1866-1908; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/48 Sterbekasse 'Holl di'
1895-1899; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/49 Sterbekasse Nr. 25, genannt 'Die brüderliche Einigkeit von 1676'
1808-1910; 1,8 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/50 Sterbekasse No. 51 'Die in Not und Tod getreu vereinigte Brüderschaft', früher Totenlade No. 492
1869-1910; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/51 Sterbekasse 'Freundschaftliche Vereinigung'
1900-1911; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/53 Sterbekasse No. 356 'Die Vereinigung', früher Sterbekasse der Tischler-Genossenschaft
1864-1912; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/54 Sterbekasse No. 404, genannt 'Arbeiter-Vereinigung'
1877-1913; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/55 Sterbekasse 'Die Dreieinigkeit'
1899-1913; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/56 Sterbekasse No. 8, genannt 'Vereinigung von 1878'
1884-1913; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/57 Sterbekasse No. 41, genannt 'Unterstützungs-Institut in Sterbefällen, gegründet 1873'
1899-1913; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/58 Sterbekasse No. 30, genannt 'St. Georger Mithülfe bei Sterbefällen vom Jahre 1848' (Totenlade Nr. 252)
1854-1914; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/59 Kranken- und Sterbekasse der freundschaftlichen Vereinigung der Tapezierer und Dekorateure von 1863
1862-1913; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/60 Sterbekasse No. 34, genannt 'Eppendorfer Sterbekasse'
1899-1915; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/61 Archiv der Kranken- und Sterbekasse der in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter, vormals E. H. 17
1887-1915; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/62 Allgemeine Kranken- und Sterbekasse No. 532, genannt 'Die neue Einigkeit', früher Eingeschriebene Hülfskasse Nr. 51, Krankenkasse 'Einigkeit und Zufriedenheit'
1885-1916; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/63 Sterbekasse No. 10, genannt Frauen-Sterbekasse der Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse der Mechaniker und Maschinenbauer
1884-1916; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/64 'Neue Kranken- und Sterbekasse, vormals E.H. No. 97'. Kranken- und Totenlade No. 459 der vereinigten Maurer von Hamburg und Umgegend
1885-1916; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/65 Weibliche Krankenkasse von 1878, genannt 'Hammonia'
1878-1916; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/66 Kranken- und Sterbekasse 'Zum Ritter St. Georg'
1896-1916; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/67 Krankenkasse, genannt 'Verein jüdischer Schlachtergesellen zu Hamburg'
1882-1915; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/68 Sterbekasse der Korporation der Maler zu Hamburg. No. 366
1883; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/69 Sterbekasse Nr. 6 'Zum Ritter St. Georg'
1899-1917; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/70 Kranken- und Sterbekasse der 'Freien militärischen Unterstützungskasse in Krankheits- und Sterbefällen'
1880-1917; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/71 Sterbekasse No. 16, genannt 'Sterbekasse der Baptisten'
1873-1918; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/72 Totenlade No. 1, Sterbekasse der Schoppenbrauer-Brüderschaft St. Vincentii
1821-1917; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/73 Kranken- und Sterbekasse No. 334 (No. 112), genannt 'Freie Genossenschaft der Hauszimmerleute', früher Brüderschaft der Zimmergesellen
1691-1918; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/74 Sterbekasse 'Liebe und Einigkeit, verbunden mit der fruchtbaren Weinrebe und den Pilgrimmen'
1819-1841; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/75 Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Vereinigung von 1864
1885-1918; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/76 Sterbekasse No. 46, genannt 'Der Freundschaftsbund im Leben und Tod'
1867-1902; 0,5 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/77 Sterbekasse No. 72, genannt 'Die blühende Rose von 1858'
1858-1919; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/78 Kranken- und Sterbekasse Nr. 431, später Nr. 123, genannt 'Die vereinigten Schneider'
1872-1920; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/79 Stadtdeich-Brüderschaft Nr. 43, genannt 'Gott mit uns Allen'
1781-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

613-3/80 Sterbekasse 'Die in Not und Tod getreu vereinigte Brüderschaft des Kirchspiels Eppendorf'
1734-1857; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/81 Kranken- und Sterbekasse der Hutmacher
1841-1890; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/82 Ochsenwärder Totenlade 'Gott mit uns' von 1780
1799-1932; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/83 Horner Brüderschaft 'Die getreue Freundschaft in Not und Tod'
1742-1860; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/84 Totenlade zu Moorfleth von 1698 'In Not und Tod'
1700-1933; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/85 Finkenwärder Sterbekasse 'Die Stephanusliebe'
1852-1859; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/86 Kranken- und Sterbekasse Nr. 233, genannt 'Der Bund der brüderlichen Liebe'
1863-1882; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/87 Unterstützungskasse von 1870
1884-1970; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

613-3/88 Krankenlade 'Die brüderliche Einigkeit'
1815-1851; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/89 Ungenannte Sterbekasse
1761-1823; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/91 Hamburgische Allgemeine Versorgungs-Tontine von 1822
1817-1906; 1,7 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/92 Gegenseitige Pferdeversicherung des Vereins Hamburger Droschkenbesitzer von 1873
1898-1915; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis

613-3/93 Hamburger Beamten-Sterbekasse von 1881
1881-1956; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

613-3/94 Verein Hamburger Assecuradeure von 1797
1897-1958; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

613-3/96 Hilfskassen der Hamburgischen Zoll- und Akzisebeamten und Offizianten

1816-1888; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

613-3/97 Stiftung Unterstützungs- und Versorgungskasse der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft

1942-1963; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

613-3/98 Hilfskasse der Mineralölwerke Albrecht & Co.

(1943-) 1952-1971; 0,6 m; vorläufiges Verzeichnis

613-4 SONSTIGE INTERESSENVERBÄNDE

613-4/1 Zweite Vorschuß-Anstalt

1837-1942; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis

Zweck der Anstalt war nichthypothekarisch gesicherte Kreditgewährung.

Der Best. enth. Festschriften, Jahresberichte, Protokolle und Rechnungsunterlagen.
(LS)

613-4/2 Credit-Casse für die Erben und Grundstücke in der Stadt Hamburg und deren Gebiet

1782-1938; 1,3 m; vorläufiges Verzeichnis

Die Kasse wurde 1782 zur Aufrechterhaltung des hypothekarischen Kredits als eine Art Spar-, Kredit- und Hauskaufsparkasse gegründet und ist trotz Gründung der Sparkassen lange bestehen geblieben.

Der Best. enth. Protokolle und Rechnungsunterlagen.
(LS)

613-4/3 Hamburgische Vereinigung für deutsche Überseeinteressen

1914-1916; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

Die Vereinigung sollte vor allem den deutschen Kolonialbesitz wahren und ausweiten helfen.

Der Best. enth. nur Denkschriften.
(LS)

613-4/4 Commission zur Regelung der Entschädigungsansprüche der aus Frankreich ausgewiesenen hamburgischen Angehörigen

1871; 1871; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis

Die durch den deutsch-französischen Krieg betroffenen Hamburger Zivilisten in Frankreich, die z.T. erhebliche Einbußen bei ihrer überstürzten Ausreise anläßlich des Kriegsausbruchs hinnehmen mußten, erhielten in der Heimat Entschädigungen, die durch die Kommission geregelt wurden.

Der Best. enth. nur Korrespondenzen.
(LS)

613-4/6 Bau- und Sparverein zu Hamburg

1894-1901; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Der Verein diente der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Handwerker, Arbeiter und kleinen Beamten; er war durch den Ausbruch der Cholera-Epidemie 1893 veranlaßt worden.

Der Best. enth. Jahresberichte, Korrespondenzen und Statuten.
(LS)

613-4/7 Mieterverein Bramfeld-Hellbrook

1926-1933; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Der 1926 gebildete Verein sollte die Interessen von Mietern von Wohnraum im genannten Gebiet schützen helfen.

Der Best. enth. Protokolle, Rechnungsunterlagen und Prozeßakten.
(LS)

613-4/8 Reichsverband deutscher Auswanderer

1920-1927; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Der 1920 gegründete Verband sollte Auswanderer beraten.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle und Statuten.
(LS)

613-4/9 Stiftung Pamir und Passat

1951-1963; 1,7 m; Bestandsverzeichnis
Die 1951 gebildete Stiftung hatte das Ziel, deutschen seemännischen Nachwuchs an Bord zweier Segelschulschiffe auszubilden. Nach dem Untergang der "Pamir" 1957 wurde auch die "Passat" außer Dienst gestellt.

Der Best. enth. Schriftgut zur Stiftungsverwaltung und zur Bewirtschaftung beider Schiffe.
(LS)

613-4/10 Nordsüdkanal-Verein (Verein zur Erbauung des Elbeseitenkanals)

1918,1950-1968; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Der 1952 gegründete Verein war eine Interessengruppierung von Binnenschiffahrtsunternehmern zur Durchsetzung des Projektes, das die Elbe mit dem Mittellandkanal verbinden sollte.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Unterlagen über Mitgliederangelegenheiten, Statuten sowie Gutachten.
(LS)

613-4/11 Wirtschaftsförderung Nord e.V.

1947-1950; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Der Verein konstituierte sich 1947 mit dem Ziel, die praktische Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein im Sinne der Flüchtlingsfürsorge zu betreiben. Insbesondere sollten Flüchtlinge und aus den Ostgebieten verlagerte Betriebe gefördert werden. Nach Erfüllung seiner Aufgaben löste sich der Verein 1950 auf. Der Best. enth. Protokolle, Mitgliederlisten, Satzungen, Korrespondenzen und Rechnungsunterlagen.
(Ga)

613-4/12 Verband für Schiffbau und Meerestechnik

(1907-) 1928-1972; 10,6 m; Bestandsverzeichnis
Der Verband wurde 1884 in Hamburg gegründet und bildete die industrielle und gewerbliche Spitzenorganisation der Arbeitgeber im Seeschiffswerftbereich dar. 1935 fusionierte er mit dem Verein der Fuß- und Küstenschiffswerften zur Fachgruppe Schiffbau der Wirtschaftsgruppe Stahl- und Eisenbau. Nach mehreren Namensänderungen erhielt er 1987 die heutige Bezeichnung.

Die Unterlagen beziehen sich auf die Organisation des Verbandes und seine Gliederung, die wirtschaftliche Lage der Werften und die Beteiligung des Verbandes an anderen Vereinigungen und Unternehmen.
(LS)

613-4/13 Grundeigentümerverein Hamburg - Finkenwerder e.V.

1927-1950; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein ist offenbar in der Kaiserzeit gegründet worden und besteht noch heute.

Hauptbuch und Mitgliederverzeichnis gelangten über die Unterelbe-Versicherungskasse an das Staatsarchiv.
(LS)

614 SONSTIGE VEREINIGUNGEN

614-1 KULTURELLE, GESELLSCHAFTLICHE UND SPORTLICHE VEREINIGUNGEN

614-1/1 Gelehrte Gesellschaften des 18. Jahrhunderts

1729-1783; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Freitagskollegium hamburgischer Rechtsgelehrter, 1729
Dienstagsgesellschaft hamburgischer Juristen, 1731-1740
Sonnabendgesellschaft hamburgischer Studenten in Göttingen, 1782-1783

Der Best. enth. Protokolle, Statuten und Strafbücher.
(LS)

614-1/2 St. Pauli Liedertafel von 1842

1842; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enth. nur Liederbücher
(Ga)

614-1/3 Leseverein von 1847

1847-1892; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein betrieb eine Leihbibliothek.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Mitgliederlisten, Protokolle, Rechnungsunterlagen und Statuten.
(LS)

614-1/4 Hamburgischer Verein zur Förderung von Frauenbildung und Frauenstudium

1900-1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enth. Jahresberichte und Statuten.
(LS)

614-1/5 Naturwissenschaftliche Gesellschaft in Hamburg

1845-1869; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1845 gegründete Gesellschaft diente der wissenschaftlichen Unterhaltung über Gegenstände der Naturkunde.

Der Best. enth. nur Protokolle.
(LS)

614-1/6 Wissenschaftliche Vereinigung in Hamburg

1886-1921; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1886 gegründete Vereinigung diente dem Zweck, auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft in Hamburg tätige Männer zur gegenseitigen Mitteilung und Anregung zusammenzuführen.

Der Best. besteht aus einem Protokollbuch, das über die Satzung und die durchgeführten (281) Versammlungen und Veranstaltungen Auskunft gibt.
(Ga)

614-1/7 Hamburger Verein der Kaiser-Wilhelm-Stiftung

1870-1928; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Die Kaiser-Wilhelm-Spende war 1878 nach dem Attentat auf Wilhelm I. ins Leben gerufen worden. Das gesammelte Geld wurde dem Kaiser übergeben und 1879 zu einer Stiftung mit dem Zweck der Kriegsinvalidenversorgung verwendet.

Der Best. enth. nur Protokolle.
(LS)

614-1/8 Hamburger Union

1847; 1847; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Es handelt sich um einen Herrenclub.

Der Best. enth. nur Mitgliederlisten.
(LS)

614-1/9 Krieger-Vereine von Kompanien des Infantrie-Regiments Nr. 76 Hamburg

1891-1923; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle und Unterlagen über Veranstaltungen.
(LS)

614-1/10 Die Lesehalle

1849-1854; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1849 gegründete Verein bezweckte, Zeitschriften zur Benutzung in einer eigenen Bibliothek zur Verfügung stellen.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle und Statuten.
(LS)

614-1/11 Hamburger Turnerschaft von 1816

1816-1978; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Der Verein nahm seine turnerische Betätigung 1816 auf.

Der Best. enth. Geschichtsdarstellungen des Vereins, Korrespondenzen, Unterlagen über Liegenschaften, Mitgliederlisten, Protokolle, Rechnungsunterlagen sowie Vorgänge über Veranstaltungen und Aktivitäten einzelner Abteilungen.
(LS)

614-1/12 Quartett 'Fidelia', St. Pauli

1856; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Es handelt sich um einen Männergesangsverein.

Der Best. enth. nur Protokolle und Statuten.
(LS)

614-1/13 Radfahrverein 'Rapid' von 1895, Langenhorn-Fuhlsbüttel

1899-1921; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Es handelt sich um einen Arbeitersportverein.

Der Best enth. nur Protokolle.
(LS)

614-1/14 Verein zur Verbreitung guter Jugendschriften

1909-1925; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1910 gegründete Verein kämpfte gegen "Schund und Schmutz" und wollte gute (d.h. nationale und sittlich festigende) Literatur verbreiten helfen.

Der Best. enth. Jahresberichte, Mitgliederlisten, Protokolle, Rechnungsunterlagen und Statuten.
(LS)

614-1/15 Verein Öffentliche Musikalien-Ausleihe Hamburg (Musikalische Volksbibliothek)

1912-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1919 gegründete Verein unterhielt eine Leihbibliothek für Notendrucke.

Der Best. enth. Jahresberichte, Korrespondenzen, Protokolle, Rechungsunterlagen und Statuten.
(LS)

614-1/16 Kommission für die Hamburgische Hausbibliothek

1901-1936; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Die 1901 gebildete Kommission wollte zur Vertiefung des Verständnisses von Literatur durch Herausgabe billiger Bücher beitragen.

Der Best. enth. Korrespondenzen mit Verlagen, Protokolle und Statuten.
(LS)

614-1/17 St. Michaelis-Kirchenchor in Hamburg

1911-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Mit der Vereinsgründung machte sich der Chor etwas unabhängiger von der St. Michaelis-Kirchengemeinde.

Der Best. enth. Jahresberichte, Korrespondenzen, Protokolle, Statuten, Zeitungsausschnitte sowie Unterlagen über Kontakte zur Philharmonischen Gesellschaft.
(LS)

614-1/18 Hamburger Jugendverband

(1902-) 1912-1933; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
1912 als Hamburgischer Landesverband für Jugendpflege gegründet, wurde er 1920 umbenannt. Er widmete sich als Dachorganisation der Förderung der freien Jugendpflege.

Der Best. enth. Jahresberichte, Korrespondenzen, Protokolle und Rechnungsunterlagen, daneben Akten über Jugendpflege, paramilitärische Ausbildung sowie Jugend- und Ferienheime.
(LS)

614-1/19 Verein Hamburger Jugendfreunde

1904-1935; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

Der 1907 gegründete Verein widmete sich der freien Jugendpflege für Jungen und Mädchen in verschiedenen von ihm unterhaltenen Clubs.

Der Best. enth. Sammelmappen über die einzelnen Clubs.
(LS)

614-1/20 Der Blücher-Club

1816-1818; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Zweck des Clubs war die Ehrung des preußischen Generalfeldmarschalls Gerhard Leberecht von Blücher, Fürsten von Wahlstatt.

Der Best. enth. ein Redemanuskript sowie Drucksachen.
(LS)

614-1/21 Akademischer Bismarck-Ausschuß zu Hamburg

1902-1949; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1902 gebildete Ausschuß widmete sich der Errichtung und Unterhaltung der Bismarck-Säule in Friedrichsruhe.

Der Best. enth. nur Jahresberichte.
(LS)

614-1/22 Rumbaum-Verein von 1891 (Verein ehemaliger Schüler der Rumbaumschen Schule)

1891-1916; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enth. nur Festschriften.
(LS)

614-1/23 Freundschaftlicher Verein der Gelehrtenschule (des Johanneums nebst dem 'Regenwurm')

1872-1877,1965; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Obersekundanerclub gründete sich 1870.

Der Best. enth. nur Protokolle und Satzungen.
(LS)

614-1/24 Hamburgischer Ausschuß für Kriegsbüchereien (1914-1918)

1914-1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Zweck des 1914 gebildeten Ausschusses war die Sammlung von Büchern für Lazarette und Truppenteile.

Der Best. enth. Jahresberichte, Protokolle und Spendenaufrufe.
(LS)

614-1/25 Kameradschaftsbund der 76er zu Hamburg

1895-1912; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
Der 1895 gegründete Bund sollte den Zusammenhalt der Reservisten des Infantrie-Regiments Nr. 76 stärken und in Notfällen soziale Hilfe leisten.

Der Best. enth. Mitgliederlisten, Protokolle, Rechnungsunterlagen, Satzungen, Veröffentlichungen sowie Unterlagen über soziale Einrichtungen.
(LS)

614-1/26 Philharmonische Gesellschaft (und Verein Hamburgischer Musikfreunde)

1829-1953; 9,7 m; Bestandsverzeichnis
Die Gesellschaft wurde 1829 mit dem Ziel, Konzerte in Hamburg zu veranstalten, gegründet.

Der Best. enth. Korrespondenzen (darunter viele Autographen von Komponisten und Musikern), Mitgliederlisten, Protokolle, Programme sowie Pensionskassenunterlagen.
(LS)

614-1/27 Volksheim

1899-1930; 0,5 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Das Volksheim in Rothenburgsort wollte vor allem für Volksbildung sorgen. Es gab darin einen naturwissenschaftlichen Club und einen Jugendverein.

Der Best. enth. nur Protokolle.
(LS)

614-1/28 Freiluftbund Hamburg

1921-1933; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Der Bund war ein Teil der Arbeiternaturbewegung und sollte die Freikörperkultur fördern. Dazu pachtete er Freiluftgelände.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Akten über Liegenschaften, Protokolle und Rechnungsunterlagen.
(LS)

614-1/29 Vereinigung ehemaliger Offiziere des Infanterie-Regiments 187

1918-1955; 0,7 m; Ablieferungsverzeichnis
Das im Ersten Weltkrieg aufgestellte Regiment hatte Altona als Friedensstandort. Die Vereinigung sollte der Geselligkeit der ehemaligen Offiziere dienen.

Der Best. enth. nur Korrespondenzen.
(LS)

614-1/30 Heidelberger Club

1877-1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1874 gegründete Club war Treffpunkt der ehemaligen Heidelberger Studenten in Hamburg und diente ausschließlich geselligen Zwecken.

Der Best. enth. nur Protokolle und Statuten.
(LS)

614-1/31 Deutsch-Französische Gesellschaft in den Hansestädten

1936-1961; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1936 gegründete Gesellschaft unter Schirmherrschaft des Reichsstatthalters Karl Kaufmann sollte die deutsch-französischen Beziehungen verbessern.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Mitgliederlisten, Protokolle und Satzungen.
(LS)

614-1/32 Norddeutscher Automobilclub in Hamburg e.V.

1924-1952; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Der 1902 gegründete Verein diente der Förderung des Motorsports.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Mitgliederlisten, Protokolle, Rechnungsunterlagen und Satzungen.
(LS)

614-1/33 Verein für Hamburgische Geschichte

1840-; 2,6 m; Bestandsverzeichnis
Der 1839 gegründete Verein, der aus der Patriotischen Gesellschaft hervorging, ist die stadt- und landesgeschichtliche Vereinigung für Hamburg. Der größte Teil ihres Schriftgutes ging 1943 mit dem Gebäude der Patriotischen Gesellschaft in Flammen auf und konnte nur zu einem kleinen Teil durch Handakten der Vorstandsmitglieder rekonstruiert werden.

Der Best. enth. Jahresberichte, Mitgliederlisten, Protokolle, Satzungen, Rechnungsunterlagen sowie Akten über Veranstaltungen, Bibliotheksangelegenheiten, wissenschaftliche Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen.
(LS)

614-1/34 Hamburger Künstlerverein

1832-1965; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Der 1832 gegründete Verein sollte als Veranstaltungsforum und Interessenvertretung der freien bildenden Künstler fungieren.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle und Statuten.
(LS)

614-1/35 Landsmannschaft der Brandenburger von 1899 zu Hamburg

1921-1967; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein sollte der freundschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder dienen.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle, Rechnungsunterlagen und Satzungen.
(LS)

614-1/36 Hamburger Sing-Akademie

1819-1980; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Die 1819 gegründete Gesellschaft der Freunde religiösen Gesangs änderte 1844 ihren Namen in Sing-Akademie. Es handelt sich um einen Chor.

Der Best. enth. Festschriften, Protokolle, Programme und Statuten.
(LS)

614-1/37 Bauhütte zum weißen Blatt (Tochterhütte Hamburg)

1896-1933; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Es handelt sich um eine Vereinigung von Architekten und Baumeistern.

Der Best. enth. nur Protokolle.
(LS)

614-1/38 Hamburger Öffentliche Bücherhallen

1897-1954; 12,8 m; Bestandsverzeichnis
1899 wurde die erste Bibliothek der Öffentlichen Bücherhalle als eine Gründung und ein Zweig der Patriotischen Gesellschaft eröffnet. Wegen des regen Zuspruchs entstanden schon bald weitere Filialen. Nach der Trennung von der Patriotischen Gesell-

schaft wurde 1919 die staatlich finanzierte Stiftung Öffentliche Bücherhalle gegründet.

Der Best. umfaßt Schriftgut zweier Provenienzen: Der Öffentlichen Bücherhalle der Patriotischen Gesellschaft von 1899 und der Stiftung Öffentliche Bücherhalle von 1919. Vereinigt sind Unterlagen zu folgenden Bereichen: Allgemeine Verwaltung (Protokolle, Korrespondenzen, Tätigkeitberichte), Öffentlichkeitsarbeit, Planungsvorhaben über Einrichtung und Erweiterung von Öffentlichen Bücherhallen, einzelne Bücherhallen.
(Ga)

614-1/39 Vereinigung für Kunstpflege e.V.

1899-1933; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die Vereinigung bildete sich 1906 mit dem Ziel, Musik- und Vortragsabende durchzuführen sowie qualitätsvolle Führungen durch Ausstellungen zu arrangieren.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Jahresberichte und Satzungen.
(LS)

614-1/40 Verein der Altmärker von 1898 zu Hamburg

1910-1971; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein sollte der freundschaftlichen Verbundenheit der Mitglieder dienen.

Der Best. enth. Mitgliederlisten und Protokolle.
(LS)

614-1/42 Freie Akademie der Künste in Hamburg

1950-1974; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Akademie wurde 1950 zur Pflege und Entwicklung der Künste und zur Kulturförderung gegründet.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Mitgliederlisten, Protokolle, Satzungen und Unterlagen über Veranstaltungen, insbesondere über die Vergabe von Preisen.
(LS)

614-1/43 Gesellschaft der Bücherfreunde zu Hamburg

1908-1983; 1,3 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Gesellschaft der Bücherfreunde zu Hamburg e.V. wurde 1908 von bibliophilen Hamburgern gegründet. Ziel war die Herstellung mustergültig gestalteter Publikationen. Bis heute werden überwiegend Texte mit mehr oder weniger starkem Hamburg-Bezug herausgebracht. Die Bücher sind in der Regel nur für die Mitglieder der Gesell-

schaft bestimmt. Darüber hinaus dienen Besichtigungen und Vorträge dem Zweck, die Kenntnis über die Buchherstellung zu vertiefen und Freunde und Sammler von Büchern zusammenzuführen. Seit 1991 ist die Gesellschaft zugleich Förderverein für das Staatsarchiv Hamburg.

Der wachsende Best. enth. Satzungen, Protokolle von Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen, Mitgliederverzeichnisse, Rundschreiben und Mitteilungen, Schriftwechsel, Abrechnungen, Dokumente zu Veranstaltungen sowie Belegexemplare aller eigenen Veröffentlichungen.

Lit.: Hans Wilhelm Eckardt, Bücher und Geschichte. Zur Entwicklung der Gesellschaft der Bücherfreunde zu Hamburg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 74/75 (1989), S. 177-188
(Et)

614-1/44 Gesellschaft 'Die Harmonie'

1794-1979; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Die 1789 gegründete Gesellschaft sollte nur der geselligen Unterhaltung dienen.

Der Best. enth. Festschriften, Jahresberichte, Korrespondenzen, Mitgliederlisten und Satzungen.
(LS)

614-1/45 Neue Literarische Gesellschaft Hamburg e.V.

1966-1977; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1966 gegründete Gesellschaft hatte zum Ziel, internationale Gesinnung und Toleranz auf allen Gebieten der Literatur und Kultur durch Vorträge, Autorenabende und Diskussionsveranstaltungen zu fördern.

Der Best. enth. eine Dokumentation mit Jahresberichten, Schriftwechsel, Protokollen, Programmen und Zeitungsausschnitten.
(LS)

614-1/46 Haus St. Michael, Blankenese

1946-1948; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Das Haus wurde 1946 als christliche Begegnungsstätte junger Menschen eingerichtet.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Programme und Satzungen.
(LS)

614-1/47 Elsbeth Weichmann Gesellschaft e.V.

1977-1979; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1977 gegründete Gesellschaft hat die Förderung von Kultur und Völkerverständigung zum Ziel und vermittelt u.a. Kontakte zwischen privaten kulturellen Initiativen und potentiellen Förderern.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Mitgliederlisten, Protokolle und Satzungen.
(LS)

614-1/48 Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit

1951-1955; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Die Gesellschaft macht es sich zur Aufgabe, die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu verbessern.

Der Best. enth. Korrespondenzen und Zeitungsausschnitte.
(LS)

614-1/49 Apollo-Quartett

1857-1862; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Männergesangsverein.

Der Best. enth. nur Protokolle.
(LS)

614-1/50 Verein für vereinfachte Rechtschreibung

1888-1915; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1888 gegründete Zweigverein des Allgemeinen Vereins für vereinfachte Rechtsschreibung, dem vorwiegend Lehrer angehörten, wurde 1915 aufgelöst.

Der Best. enth. Jahresberichte, Schriftwechsel, Mitgliederlisten und Rechnungsunterlagen.
(LS)

614-1/51 Wissenschaftlicher Verein 'Hippica'

1833-1843; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein wurde 1833 von Schülern des Akademischen Gymnasiums/Johanneums

gegründet, um Diskussion eigener und fremder wissenschaftlicher Arbeiten zu betreiben.

Es sind nur Protokolle vorhanden.
(LS)

614-1/52 Verein für christliche Kunst

1858-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1858 gegründete Verein wollte christliche Kunst fördern.

Der Best. enth. Protokolle und Satzungen.
(LS)

614-1/53 Jugendwehr Hamburg-Altona

1898-1911; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Nach Berliner Vorbild betrieb der 1898 gegründete Verein paramilitärische Jugendausbildung.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Programme und Tagesbefehle.
(LS)

614-1/54 Verein Realgymnasium des Johanneums

1894-1950; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1884 gegründete Verein diente dem Kontakt der ehemaligen Abiturienten des Johanneums untereinander.

Der Best. enth. Mitgliederlisten, Korrespondenzen und Protokolle.
(LS)

614-1/55 Literarisches Cenacle Altona

(1899) 1901-1933 (-1968); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die 1901 gegründete Schülervereinigung der Schlee-Schule Altona hatte den Zweck, die Rezeption und Produktion von Literatur anzuregen.

Der Best. enth. Jahresberichte. Protokolle, Satzungen und Unterlagen über Veranstaltungen.
(LS)

614-1/56 Gesellschaft Hamburgischer Kunstfreunde

1893-1923; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Die Gesellschaft Hamburgischer Kunstfreunde bestand von 1893 bis 1932. Sie hatte sich in ihrer Satzung die Aufgabe gestellt, "das Verständnis für die Zweige der bildenden Kunst und für deren volkswirtschaftliche Bedeutung in Hamburg verbreiten zu helfen".

Das Schriftgut besteht aus dem Protokollbuch, der Satzung, einem Mitgliederverzeichnis, Versammlungseinladungen, Abrechnungen und Schriftverkehr.

Lit.: Gustav Schiefler, Eine Hamburgische Kulturgeschichte 1890-1920. Beobachtungen eines Zeitgenossen, Hamburg 1985
(Et)

614-1/57 Lichtwark-Ausschuß Bergedorf

1972-1975; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Nach dem Aufruf des Bürgermeisters Max Brauer im November 1947, angesichts der in Trümmern liegenden Heimat Lichtwark-Ausschüsse zu bilden, die den Wiederaufbau und die Stadterneuerung im Geiste Alfred Lichtwarks anregen und fördern sollten, etablierte sich 1948 ein bis heute aktiver Lichtwark-Ausschuß, Ortsausschuß Bergedorf.

Der Best. enth. bisher nur einen Vorgang, der den Dräger-Erinnerungsraum im Bergedorfer Schloß betrifft.
(Ga)

614-1/58 Hamburg-Harvestehuder Turnverein von 1872 e.V.

1872-1960; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein entstand 1928 durch Zusammenschluß des Hamburger Männer-Turnvereins von 1872 mit dem Harvestehuder Männer-Turnverein.

Für die Zeit bis zum Zusammenschluß enth. der Best. nur Material des letzteren: Anmeldebuch, Satzung, Festschriften, Jahresberichte. Für die Zeit danach sind hier die vollständigen Protokolle der Hauptversammlungen sowie Mitgliederverzeichnisse, Mitteilungsblätter und Jahresberichte (unvollständig) überliefert.
(Et)

614-1/59 Deutsch-Skandinavischer Verein e.V. Hamburg

1928-1983; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Der Verein besteht seit 1927. Er wurde von Professor Walter Berendsohn als deutsch-schwedischer Konversationszirkel gegründet und änderte mehrfach den Namen: 1934 in Schwedisch-Deutsche Gesellschaft, 1935 in Schwedisch-Deutscher Verein, 1945 in Verein der Freunde Skandinaviens. Seit 1948 führt er den heutigen Namen.

Der Best. enth. Mitteilungen und Rundschreiben, Schriftwechsel (1931-1982 mit Lücken), ein Protokollbuch (1945-1963), Personenverzeichnisse, Zeitungsausschnitte und Vortragstexte.
(Et)

614-1/60 Literaturpost

ca.1975-1995; 4,0 m; ohne Verzeichnis
Der Best. ist noch ungeordnet.

614-1/61 Tennisvereine

1901-1905; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Eisbahn- und Lawn-Tennis-Verein auf der Uhlenhorst
Hamburger Lawn-Tennisgilde

Der Best. enth. Korrespondenzen und Programme.
(LS)

614-1/62 Joachim Jungius-Gesellschaft

(18.Jh.-) 1947-1986; 4,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Gesellschaft wurde 1947 in Hamburg zum Zweck der Förderung von Wissenschaft und Forschung gegründet. Sie veranstaltet wissenschaftliche Tagungen, Symposien und öffentlichen Vorträge, betreut und finanziert wissenschaftliche Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen.

Der wachsende Best. enth. Unterlagen über die allgemeine Geschäfts- und Haushaltsführung einschließlich der Sitzungsprotokolle von Vorstand, Beirat und Mitgliederversammlung, über Veranstaltungen, die Förderung von Forschungsarbeiten und Publikationen sowie die Tätigkeit von Kommissionen, insbesondere der Reimarus-Kommission und der Kommission für historische Privatbibliotheken.

Lit.: Günter Moltmann, Gründung und bisherige Entwicklung der Joachim Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften, in: Joachim Jungius-Gesellschaft der Wissenschaften, Jahresbericht 1990, Hamburg 1991, S. 12-22
(HWS)

614-1/63 Verein für niederdeutsche Sprachforschung

(1835) 1874-1984; 3,2 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der Verein wurde 1874 in Hamburg zur Erforschung der niederdeutschen Sprache

gegründet. Hierzu dienen jährliche Mitgliederversammlungen, das seit 1875 erscheinende Jahrbuch (ab 1905: Niederdeutsches Jahrbuch), das seit 1877 erscheinende Korrespondenzblatt sowie daneben Veröffentlichungen niederdeutscher Texte, Wörterbücher und wissenschaftlicher Abhandlungen. Die Vereinsunterlagen sind nicht registraturmäßig geführt worden; die Überlieferung weist Lücken auf.

Der Best. umfaßt Schriftwechsel, Mitgliederverzeichnisse und -karteien, Abrechnungen sowie Unterlagen über Veranstaltungen und Veröffentlichungen.
(He)

614-1/64 Landsmannschaft der Hannoveraner (von 1891)

20. Jh.; 1,5 m; Ablieferungsverzeichnis
Der 1891 gegründete Verein hat die Pflege der freundschaftlichen Kontakte zwischen den Mitgliedern zum Ziel.

Der Best. enth. Protokolle und Unterlagen über Veranstaltungen.
(LS)

614-1/65 Niedersachsenring

1923-1932; 0,5 m; ohne Verzeichnis
Es handelt sich um eine landsmannschaftliche Verbindung von Niedersachsen in Hamburg.

Der Best. ist noch ungeordnet.
(LS)

614-1/66 Lichtwarkstiftung

20. Jh.; 0,7 m; ohne Verzeichnis
Die Stiftung wurde 1929 begründet zur Unterstützung der schöpferischen Kräfte Hamburgs auf künstlerischem Gebiet. Sie sah ihre Aufgabe darin, aufstrebende Talente in Literatur, Bildender Kunst und Theater mit Stipendien, Studienreisen und Publikationen zu fördern. Sie gab Kunstblätter und Bücher heraus. Wegen Erschöpfung der Stiftungsmittel ist die Stiftung 1989 aufgelöst worden.

Der Best. enth. Schriftwechsel, Vorstandsprotokolle, Satzungen sowie Steuer- und Kassenunterlagen der Jahre 1929 und 1945-1980.
(Ga)

614-1/68 Verein geborener Hamburger

20. Jh.; 0,3 m; ohne Verzeichnis

Um der starken Zuwanderung von Mecklenburgern, Hannoveranern und Schleswig-Holsteinern entgegenzuwirken, wurde 1897 der Verein der (ab 1899: geborenen) Hamburger mit dem Ziel begründet, die Geselligkeit und den engeren Zusammenschluß der Mitglieder sowie die Pflege der vaterstädtischen Geschichte und der plattdeutschen Sprache zu betreiben. Bis heute existiert der Verein als rühriger Gesellschaftsverein.

Der Best. enth. nur Unterlagen des Verwaltungsausschusses für das vom Verein seit 1926 in Weihe (Schierhorn, Kreis Harburg) unterhaltene Ferienheim ab 1934.
(Ga)

614-1/69 Kameradschaft der Lebensretter

20. Jh.; 3,0 m; ohne Verzeichnis
Die Kameradschaft wurde 1964 als Verein gegründet. Sie sollte den Rettungsgedanken verbreiten, dem Erfahrungsaustausch dienen, Lebensretter ehren und fördern sowie Jugendarbeit leisten. Sie war nur wenige Jahre aktiv.

Der Best. ist noch ungeordnet.
(Fla)

614-1/70 Landsmannschaft Mecklenburgia (-Rostock im Coburger Convent zu Hamburg)

1870-1970; 7,0 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Landsmannschaft Mecklenburgia – Rostock deponierte ihr Archiv über die eigene Bundesgeschichte1996 im Staatsarchiv.

Der Best. enthält v.a. 88 Bände Conventsprotokolle (1871-1935), diverse Schriftverkehrserien, das Mitgliederverzeichnis (1871-1974) und Fotos (Gruppenbilder), die in der Plankammer (Sign. 388-65/1-53) lagern.
(Ga)

614-1/71 Vereinigte 5 Logen

1746-1939; 14,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Die Entwicklung der Freimaurerei in Deutschland begann in Hamburg. Hier wurde 1737 die Loge Absalom zu den drei Nesseln gegründet, heute eine der Vereinigten 5 Hamburgischen Logen – zusammen mit St. Georg, Emanuel, Ferdinande Caroline und Ferdinand zum Felsen.

Aus der Tätigkeit der Hamburger Freimaurer entstand umfangreiches Schriftgut, das in der NS-Zeit beschlagnahmt wurde. Nachdem sie jahrzehntelang als verschollen

galten, kehrten die Unterlagen der Großen Loge von Hamburg und der Vereinigten 5 Logen 1996 nach Hamburg zurück und wurden im Staatsarchiv deponiert.

Die insgesamt 2881 Archivalien stellen trotz der provenienzgerechten Aufteilung in zwei Bestände eine einheitliche Quellenbasis dar, die durch zwei grob gegliederte listenförmige Verzeichnisse erschlossen sind. Beide Bestände haben neben allgemeinem Schriftwechsel mehr oder weniger umfangreiche Gruppen zu den Betreffen Verfassungen, Gesetze, Instruktionen, Rituale; Mitgliederlisten (ab 1746, retrospektiv seit 1737); besuchende und durchreisende Brüder; Streitfälle, Ehrenratsverfahren, Ausschlüsse; Protokolle; Finanzen, Stiftungen, Almosen; Jahresberichte, Feiern, Stiftungsfeste, Jubiläen; Darstellung der eigenen Geschichte; Material von oder betreffend einzelne Brüder, z. B. Knigge, Bode, Lessing, Friedrich Ludwig Schröder. In hohem Maße sind Informationen über auswärtige Logen, auch außerhalb Deutschlands, vorhanden. Für die Große Loge ist außerdem auf Material bezüglich Tochterlogen, überörtlicher Veranstaltungen und Zusammenschlüsse, Zirkelkorrespondenzen, Engbünde, Asiatische Brüder, Illuminaten, Rosenkreuzer und Templerorden hinzuweisen.

Lit.: Hans Wilhelm Eckardt, Die Freimaurer-Archivalien im Staatsarchiv Hamburg. Bestände – Bedeutung – Benutzung, in: Mitteilungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte 32, Mai 1998, S. 23-28.
(Et)

614-1/72 Große Loge

(1657-) 1743-1934; 36,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
s. 614-1/71

614-1/73 GEDOK (Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde Ortsgruppe Hamburg)

1950-1985; 9,0 m; ohne Verzeichnis
Die Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde - Ortsgruppe Hamburg hat vor allem Organisationsunterlagen und Dokumentationen von Ausstellungen und anderen Aktivitäten abgeliefert.

Der Bestand ist noch ungeordnet.
(LS)

614-1/74 Filmbüro

1980-1997; 13,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Das Anfang der 1980er Jahre gegründete "Hamburger Filmbüro e.V." bildet einen

wichtigen Teil der lokalen Filmpolitik der letzten Jahrzehnte. Das Filmbüro war 1992 maßgeblich an dem Umbau der historischen Zeisehallen in Altona zu einer "Medienfabrik" mit Kino und "Filmhaus" beteiligt.

Neben den Mitgliederlisten des Vereins und den Protokollen der Vorstandssitzungen enthält der Best. Personalunterlagen, Bewerbungen auf Stellenausschreibungen und Korrespondenzen zum Filmemachergremium, zu diversen Hamburger Filmfesten, zum Filmfonds Hamburg sowie zur Filmförderung. Auch vom "Hamburger Filmbüro" herausgegebene Publikationen sind Teil des Bestandes.

Hinweis: 614-1/79; Fotodokumentation Umbau Zeisehallen: 720-1, 151-18=07/01809.1 ff.
(Re)

614-1/75 Det Danske Selskab (Dänischer Verein)

1912-1995; 1,1 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der seit 1912 bestehende Verein "Det Danske Selskab i Hamborg e.V." ging aus der am 15.12.1842 gegründeten "Nordisk Læseforening" hervor, die im April 1843 in "Det Skandinaviske Selskab" umbenannt wurde.

Die 1997 ins Staatsarchiv gekommenen Unterlagen enthalten u.a. Protokolle der Vorstandssitzungen (1944-1951, 1983-1995) und der Jahreshauptversammlungen (1937-1983).

Lit.: Det Danske Selskab i Hamborg 150 år. Jubilæumskrift ved Finn Kællerød Juhl Frost, København 1992
(Ga)

614-1/76 Verein Zuflucht

1969-1995; 2,1 m; ohne Verzeichnis
Der Verein "Zuflucht e.V. - Gemeinnützige Bürgerhilfe" wurde nach dem Vorbild bereits bestehender "Zuflucht"-Vereine in anderen deutschen Städten 1969 gegründet und verstand sich als unabhängige Vereinigung zum Zweck der Hilfeleistung und Bekämpfung von Unrecht. Namhafte hamburgische Persönlichkeiten waren für den Verein aktiv.

Nach seiner Auflösung gelangten 1997 Unterlagen des Vereins über die Organisation und seine Tätigkeit zugunsten einzelner Personen, die um seine Hilfe nachsuchten, in das Staatsarchiv.
(Ga)

614-1/77 Hamburger Frauenclub (Anglo-German-Women's Club)

1947-1978; 0,4 m; Bestandsverzeichnis

Der Club wurde 1947 als Anglo-German Women's Club gegründet und sollte den Gedankenaustausch zwischen deutschen und britischen Frauen durch gemeinsame Veranstaltungen fördern.

Der Bestand enthält im wesentlichen Unterlagen über die Organisation und Aktivitäten des Clubs.
(LS)

614-1/78 Haus Wulksfelde

1966-1973; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Verein “Haus Wulksfelde. Heim für Jugendarbeit und staatsbürgerliche Bildung e.V.” wurde von einer Gruppe von Ausbildungsleitern und Lehrern der hamburgischen Verwaltungsschule 1966 gegründet, um auf dem hamburgischen Staatsgut Wulksfelde ein Heim zu betreiben, in dem Lehrgänge und Seminare für Nachwuchskräfte und Bedienstete der hamburgischen Verwaltung, für Jugendverbände, Gewerkschaften und ähnliche Vereinigungen veranstaltet werden konnten. Zum 06.07.1973 beschloß der Verein seine Auflösung. Die Bewirtschaftung von Haus Wulksfelde erfolgte anschließend durch das Verwaltungsseminar Kupferhof.

Der Best. enthält u.a. Aufrufe und Presseberichte zur Vereinsgründung, Reden und Fotos anläßlich der Einweihung am 03.05.1967 und Protokolle der Mitgliederversammlungen.
(Ga)

614-1/79 European Film Distribution Office (Europäisches Filmförderungsbüro)

1988-1997; 5,2 m; Ablieferungsverzeichnis
Ende der 1980er Jahre wurde der Verein "European Film Distributions Office (EFDO)" gegründet, der seinen Sitz im Medienhaus in der Friedensallee 14-16 hatte. Im Rahmen der Zielsetzung des "MEDIA"-Programmes (1991-1995) der EG, die europäische Filmkultur zu stärken, wurden Fördergelder bzw. Darlehen für die Vermarktung europäischer Filmproduktionen gewährt, auch der Hamburger Senat gab regelmäßig Zuschüsse für diese Förderungsprojekte. Als Nachfolgeorganisation der EFDO fungiert seit 1996 die "European Film Promotion e.V." unter gleicher Adresse in Hamburg.

Der Best. enthält vor allem die Protokolle der Vorstandssitzungen des Vereins, Mitgliederlisten und Beteiligungen der EFDO an internationalen Filmfestivals und Filmbörsen.
(Re)

614-2 POLITISCHE VEREINIGUNGEN

614-2/1 Deutscher Flottenverein

1901-1929 (1933); 1,9 m; Bestandsverzeichnis
Das Hamburger Landeskomitee gehörte zum reichsweiten Flottenverein. Sein Ziel war es, die deutsche Kriegsmarineaufrüstung voranzutreiben. In Hamburg gab es einzelne Ortsgruppen, von denen sich Material aus Bergedorf, Finkenwerder und Cuxhaven erhalten hat.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Mitgliederlisten, Protokolle sowie Zeitschriften.
(LS)

614-2/2 Deutscher Klub

1849; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Deutsche Klub ist eine liberale politische Vereinigung.

Der Best. enth. nur Schriftgut mit Bezug auf den Frankfurter Zentral-Märzverein.
(LS)

614-2/3 Zentralausschuß hamburgischer Bürgervereine

1904-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1886 gegründete Ausschuß wollte die Bemühungen der Bürgervereine für hamburgische Angelegenheiten bündeln.

Der Best. enth. Jahresberichte, Schriftwechsel und Satzungen.
(LS)

614-2/4 Bürgerverein für Harvestehude-Rotherbaum

1898-1935; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Der 1898 gegründete Verein versuchte die kommunalen Interessen zu fördern.

Der Best. enth. Protokolle und Satzungen.
(LS)

614-2/5 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (und ihre Gliederungen)

1926-1945; 8,0 m; Bestandsverzeichnis
1922 bildete sich auch in Hamburg eine Ortsgruppe der NSDAP, die jedoch personell und politisch bedeutungslos blieb. Nach zeitweiligem Verbot der NSDAP in Hamburg schuf diese für sich und ihre SA (Saalschutzabteilung) eine Reihe von Tarnorganisationen. Im Zuge des Neuaufbaus der NSDAP im Reich seit Frühjahr 1925 wurde auch ihre

Ortsgruppe in Hamburg neugegründet, wobei auch wieder eine SA (jetzt Sturmabteilung genannt) entstand. Im Laufe der politischen Entwicklung stiegen die Mitgliederzahlen, es entstanden Bezirksgruppen in den Stadtteilen, und bei zunehmender Stärke der Partei und ihrer Gliederungen wandelten sich fortwährend Organisation, Gebietsgrenzen und personelle Besetzung von Führerstellen. Die Ortsgruppe wurde 1928 zu einem Gau der NSDAP ausgebaut.

Der Best. vereinigt das vom Bundesarchiv (Document Center Berlin), von Behörden und in einigen Fällen aus Privathand in das Staatsarchiv gelangte, lückenhafte Schriftgut. Sein größter Teil stammt von der Hamburger SA und betrifft: Organisation, Verwaltung, Personalangelegenheiten, theoretische Schulung und praktische Ausbildung, ferner Beschwerde- und Disziplinarwesen, Einsatz im Wahlkampf sowie um Ausrüstung, Arbeitsbeschaffung und Fürsorge. Aus dem eigentlichen Parteiarchiv des Gaues Hamburg ist bislang wenig in das Staatsarchiv gelangt; das meiste Schriftgut dürfte untergegangen sein. Es umfaßt vor allem Rundschreiben und Schulungsschriften von Dienststellen verschiedener Ebenen. Weitere Unterlagen betreffen Hitler-Jugend (HJ) und Deutsches Jungvolk (DJ), Bund Deutscher Mädel (BDM) und Deutsche Jungmädel (DJM), Gauamt für Kommunalpolitik, Kreisrechtsamt Altona, Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) -Rechtswahrerbund-, Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB), Landwirtschaftliche Organisationen (Reichsnährstand), Wohlfahrtsorganisationen und Nationalsozialistisches Kraftfahrkops (NSKK). Aus dem Best. SS-Miscellaneous im Document Center stammende Archivalien aus dem Bereich des SS-Oberabschnitts Nordwest (später Nordsee) und von nachgeordneten SS-Dienststellen und -einheiten gelangten 1980 über das Bundesarchiv in das Staatsarchiv. Darunter befinden sich Rundschreiben und Befehle, Redemanuskripte, Tätigkeitsberichte und Personallisten.

Hinweis: 136-3, 1228; 614-2/13
(M)

614-2/6 Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen

1933-1942; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

Der 1923 auf Veranlassung der Handelskammer eingerichtete Ausschuß, dem 1931 auch die Handelskammer Bremen beitrat, sollte dazu dienen, Nachrichten über Deutschland im Ausland zu verbreiten. In der NS-Zeit wurde er gezielt als Propagandainstrument eingesetzt, wobei nun auch Auslandsinformationen eingeholt wurden.

Der Best. enth. Schriftgut über Organisation, Personal und Korrespondenzen bzw. Propagandamaterialien.
(LS)

614-2/7 Liberaler Reichstagswahlverein

1877-1880; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1877 gegründete Verein sollte vornehmlich der Abwehr der Sozialdemokratie durch Aufstellung eigener, bürgerlich-liberaler Reichstagskandidaten dienen.

Der Best. enth. Jahresberichte, Rechnungsunterlagen, Satzungen sowie Unterlagen über Veranstaltungen.
(LS)

614-2/8 Zentralausschuß der Bürger- und Kommunalvereine in der Hamburger Marsch (einschließlich Geesthacht)

1899-1913; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1904 gebildete Ausschuß sollte die kommunalen Bemühungen der angeschlossenen 14 Vereine zusammenfassen.

Der Best. enth. Jahresberichte, Protokolle und Satzungen.
(LS)

614-2/9 Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1914-1945; 2,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Da das Schriftgut der SPD dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn abgeliefert wird, sind hier nur Bruchstücke erhalten, so ein Protokollbuch des Ortsvereins Cuxhaven 1914-1932 in Kopie und das Aktionsprogramm der Hamburger SPD 1945.
(LS)

614-2/10 I Freie Demokratische Partei I

(1933) 1945-1978; 23,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Am 20.09.1945 wurde die "Partei freier Demokraten in Hamburg" gegründet. Die Gründungsmitglieder waren mit wenigen Ausnahmen Mitglieder der Vereinigung "Bund Freies Hamburg", der bereits im Mai 1945 in Erscheinung getreten war. Die Landespartei wurde schließlich ein Landesverband der bundesweiten Freien Demokratischen Partei, deren Namen sie sich anpaßte.

Der Best. enth. im wesentlichen Akten des Landesverbandes (Landesgeschäftsstelle) und der Bürgerschaftsfraktion (Fraktionsgeschäftsstelle) und ist nach diesen Teilprovenienzen gegliedert. Ergänzt wird er durch Handakten des Fraktionsvorsitzenden (1949-1953), Zweiten Bürgermeisters (1953-1966) und Landesvorsitzenden (1958-

1966) Edgar Engelhard (1917- 1979), des Landesvorsitzenden (1946-1958, 1966-1969), Bürgerschaftsmitglieds (1946-1949) und Bundestagsabgeordneten (1946-1965) Willy Max Rademacher (1897-1971) sowie des Fraktionsgeschäftsführers (seit 1949) und Landesgeschäftsführers (seit 1958) Eduard Sußmann. Der Best. enth. u.a. Akten betreffend: Vorgeschichte, Gründung und Satzung des Landesverbandes; Beziehungen zur britischen Militärregierung; Angelegenheiten des Vorstands und der Geschäftsstelle; Landesparteitage, Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften der Partei; Kreise, Bezirke und Bezirksfraktionen des Landesverbandes; Frauengruppe, Jungdemokraten, liberale Studenten; Angelegenheiten der Fraktion, Wahlbündnisse, Koalitionen; Sachgebiete der Bundes- und Landespolitik. Nur splitterhafte Informationen finden sich zur Geschichte liberaler Parteien der Weimarer Zeit (Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei).

Hinweis: 622-1 Abatz; 622-1 Plat; 622-1 Rademacher

Lit.: 40 Jahre Freie Demokraten in Hamburg, hrsg. von der F.D.P., Landesverband Hamburg, Hamburg 1985

(Et)

614-2/10 II Freie Demokratische Partei II

(1924-1930) 1946-1997; 162,5 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte

Nach der Formierung des Best. 614-2/10 I übergab der Landesverband der F.D.P. in mehreren Ablieferungen umfangreiches weiteres Material. Es schließt nicht nur zeitlich an den obigen Best. an, sondern überlappt sich mit ihm in erheblichem Ausmaß, so daß zu allen Fragestellungen der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte in beiden Best. ermittelt werden muß. Im übrigen enth. dieser wachsende Best. weitere Splitter zur Geschichte der liberalen Parteien der Weimarer Zeit sowie Pressemitteilungen und Mitgliederinformationen der Landes- und Bezirksebene seit 1979, Broschüren und Tonbänder sowie Unterlagen von Parteimitgliedern.

(HWS)

614-2/11 Bürger- und Kommunalverein Ohlsdorf

1897-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Der 1897 gegründete Verein verfolgte kommunale Interessen.

Der Best. enth. nur Protokolle.

(LS)

614-2/12 Verband der Kriegsdienstverweigerer

1948-1977; 6,7 m; Bestandsverzeichnis

Der 1955 gegründete Verband beriet nicht nur Kriegsdienstverweigerer, sondern beteiligte sich an allen möglichen pazifistischen Aktionen und forderte zum zivilen Ungehorsam im Zusammenhang mit Aufrüstung, Atomkriegsdrohung und Militär auf.

Der Best. enth. Organisationsunterlagen und Pressematerial (noch ungeordnet).
(LS)

614-2/13 Hamburger Stiftung von 1937

1939-1950; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Die von Reichsstatthalter Karl Kaufmann initiierte Stiftung diente der Unterstützung von NSDAP-Einrichtungen und bedürftigen Parteimitgliedern der NSDAP.

Der Best. enth. Rechnungsunterlagen, Satzungen und Vorgänge über einzelne Unterstützungsfälle.
(LS)

614-2/14 Bürger- und Gewerbeverein vor dem Dammtor/Pöseldorf

1848-1973; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Der 1936 aus verschiedenen Vorläufervereinen von 1848, 1877 und 1898 zusammengeschlossene Verein setzte sich für kommunale Belange ein.

Der Best. enth. Jahresberichte, Mitgliederlisten, Protokolle und Statuten.
(LS)

614-2/15 St. Georger Verein von 1874

1899-1912; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1874 von nationalliberal eingestellten Bürgern des Hamburger Stadtteils St. Georg gegründete Verein wollte die erstarkende Sozialdemokratie bekämpfen. Er trat für kommunale und geschäftliche Ziele ein und wurde 1936 aufgelöst.

Der Best. besteht nur aus einem Protokollbuch (1899-1912).
(Sto)

614-2/16 Bürgerinitiative Schnelsen-Wunderbrunnen

1984-1988; 1,0 m; ohne Verzeichnis
Die Initiative wollte die Ansiedlung des Möbelhauses IKEA am Wunderbrunnen in Schnelsen verhindern. Sie war erfolglos.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Flugblätter, Plakate und Fotos.
(LS)

614-2/17 Gesamtdeutsche Volkspartei

20. Jh.; 0,3 m; ohne Verzeichnis
Die Partei wurde 1953 gegründet und strebte die Wiedervereinigung Deutschlands durch Neutralisierung an. Aus Mangel an Erfolgen löste sie sich 1957 auf.

Der Best. ist noch ungeordnet.
(LS)

614-2/18 Statt Partei

1993-1997; 7,0 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Als Protestpartei erhielt die "STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN" bei der Wiederholung der Wahl zur Bürgerschaft 1993 acht Mandate, ging mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Regierungsbündnis ein und erhielt das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder des "rot-grauen" Senats. 1995 auf fünf Abgeordnete reduziert, verlor die Partei ihren Fraktionsstatus. Durch Gesetzesänderung wurde den verbliebenen Abgeordneten der Status einer parlamentarischen "Gruppe" eingeräumt. Bei der Bürgerschaftswahl 1997 scheiterte die Statt Partei an der Fünfprozentklausel.

Der 1997 als Depositum ins Staatsarchiv gelangte Best. enthält den Schriftwechsel sowie Unterlagen über die Organisation, Pressearbeit und parlamentarischen Aktivitäten der Fraktion bzw. der parlamentarischen Gruppe.
(Ga)

614-3 ZWECKVEREINIGUNGEN FÜR VERANSTALTUNGEN UND EHRUNGEN

614-3/1 Ausschuß zur Errichtung des Schiller-Denkmals in Hamburg (Schiller-Verein)

1860-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der 1860 gegründete Verein erreichte sein Ziel.

Der Best. enth. Jahresberichte, Akten über Liegenschaften, Protokolle, Satzungen und Unterlagen über das Preisgericht. Das im Sockel des Denkmal eingemauerte Schriftgut liegt in Kopie vor.
(LS)

614-3/2 Internationale Gartenbauausstellung von 1869

ca.1867-1870; 0,5 m; Bestandsverzeichnis

Das Komitee für die Durchführung der Ausstellung hinterließ nur Protokolle und Akten zu Personal, Grundstücksfragen und Preisgericht.
(LS)

614-3/3 Allgemeine Gartenbauausstellung in Hamburg 1897

1895-1898; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Das Komitee für die Durchführung der Ausstellung hinterließ neben Protokollen Akten über Preisgericht, Preise, Rechnungswesen, Bau- und Unterhaltung des Geländes; daneben gibt es eine Zeitungsausschnittsammlung zur Ausstellung.
(LS)

614-3/4 Deutsches Bundesschießen in Hamburg 1909

ca.1903-1910; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Das XVI. Deutsche Bundesschießen wurde in Hamburg organisiert und durchgeführt.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle, Rechnungsunterlagen und Platzordnungen.
(LS)

614-3/5 Comité zur Errichtung eines Lessingdenkmals

1877-1882; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Das 1877 gegründete Komitee erreichte sein Ziel.

Der Best. enth. Wettbewerbsunterlagen, Festschriften, Korrespondenzen und Rechnungsunterlagen.
(LS)

614-3/6 Hamburgische Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889

ca.1887-1891; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. enth. Programme, Rechnungsunterlagen und Zeitungsausschnitte.
(LS)

614-3/7 Ausschüsse für das IX. Deutsche Turnfest in Hamburg 1898

1897-1898; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enth. nur Korrespondenzen.
(LS)

614-3/8 Bismarck-Denkmal-Comité

1898-1906; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Das 1898 gegründete Komitee erreichte sein Ziel.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Zeitungsausschnitte, Wettbewerbsunterlagen, Pläne und Fotos.
(LS)

614-3/9 Internationale Gartenbauausstellung 1953

ca.1950-1954; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Die Ausstellung wurde von der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft organisiert.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Zeitungsausschnitte und den Abschlußbericht.

Hinweis: 377-10 I
(LS)

614-3/10 Stiftung 'Wiederaufbau der Hamburgischen Staatsoper'

1952-1957; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Die 1952 errichtete Stiftung erreichte ihr Ziel.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Protokolle, Rechnungsunterlagen, Satzungen sowie Wettbewerbsunterlagen.
(LS)

614-3/11 Internationale Gartenbauausstellung 1963

ca.1960-1964; 2,2 m; Bestandsverzeichnis
Nach Vorgang internationaler Gartenschauen früherer Jahrzehnte wurde 1963 in Hamburg die IGA 63 eröffnet. Das in diesem Zusammenhang entstandene Schriftgut gelangte teils vom Ausstellungspark "Planten un Blomen", teils vom Leiter der IGA 63 in das Staatsarchiv.

Vorhanden sind außer allgemeinem Schriftwechsel insbesondere Protokolle und Schriftwechsel der Senatskommission für die IGA 63, der Gesamtleitung, des Beirats und der Arbeitsausschüsse, ferner Material über Planungen zu gärtnerischer Gestaltung, technischen Einrichtungen und Gaststätten sowie über Wettbewerbe, Besucher, Sonderveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit.

Hinweis: 321-3 I; 377-10 II; 720-1
(M)

614-3/12 Komitee für das Walkürendenkmal

1908-1911; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Das 1908 in Uhlenhorst aufgestellte Denkmal wurde 1918 für Kriegszwecke eingeschmolzen.

Der Bestand enth. Protokolle und Rechnungsunterlagen.
(LS)

614-3/13 Theaterausschuß Altona

(1927-) 1950-1951; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Der Ausschuß versuchte 1950-1951, einen regelmäßigen Theaterbetrieb für Altona zustande zu bringen, scheiterte aber.

Der Best. enth. Korrespondenzen, Programme, Zeitungsausschnitte und Werbematerial.
(LS)

62 FIRMEN UND FAMILIEN

621 WIRTSCHAFTSUNTERNEHMUNGEN

621-1 FIRMENARCHIVE

621-2 BAUARCHIVE

Zur Zeit werden im Staatsarchiv 165 Wirtschaftsarchive aufbewahrt. Ihr Gros wird in den Beständegruppen 621-1 Firmenarchive und 621-2 Bauarchive geführt. Darüber hinaus sind wenige Wirtschaftsarchive in den Gruppen der 1937 nach Hamburg eingemeindeten Gebiete zu finden (424-83 Firmen in Altona, 424-88 Nachlässe, Familien- und Gutsarchive Altona, 430-87 Firmen in Harburg). Sie werden im folgenden alphabetisch nach einheitlichem Schema beschrieben. Es werden die Haupttätigkeitsfelder der Firmen und Unternehmer genannt. Wenn sich zu den Kategorien Korrespondenzen, Buchhaltung, Zeichnungen, Pläne, Abbildungen, Geschäftsleitung, kaufmännischer Bereich, technischer Bereich, Sozial- oder Personalbereich Unterlagen in den Archiven befinden, sind diese mit den entsprechenden Laufzeiten vermerkt. Daneben werden Besonderheiten und spezielle Überlieferungsschwerpunkte genannt.

Die Firmenarchive sind durch Kauf, Schenkung oder als Deposita in das Staatsarchiv gekommen. Bei einigen dieser Best. ist für die Benutzung eine Genehmigung der

Eigentümer notwendig. Sie sind durch "besondere Genehmigungsvorbehalte" gekennzeichnet. Es ist deshalb notwendig, vor Benutzungsaufnahme entsprechende Informationen beim Staatsarchiv abzufragen.

Da firmen- und familiengeschichtliche Unterlagen in einigen Fällen einen einheitlichen Überlieferungskomplex bilden, sind Firmenarchive auch als Teile von Familienarchiven verwahrt. Auf diese wird am Ende der Beständegruppe 621-1/621-2 gesondert hingewiesen.

Hinweis: 742-10
(Fla)

430-87 (A.G. Neuhof, später A.G. für Erwerb und Verwertung von Industrie- und Hafen-Gelände) Firmen in Harburg

1757-1937; 3,3 m; Bestandsverzeichnis
Erschließung von Hafen- und Industriegebieten (Harburg);
Geschäftsleitung (1757-1937); Kaufm. Bereich (1896-1937); Techn. Bereich (1897-1928); Korrespondenzen (1896-1937); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1898-1906); enth. auch Rechtsverhältnisse des Gutsbezirkes bzw. der Gemeinde Neuhof (1757-1909), Unterlagen zu angesiedelten Firmen (1834-1936)

621-1 Albrecht Albrecht & Dill, Handelshaus

1845-1979; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Merchant Banker, Rohkakaoimport, Parfumhandel;
Kaufm. Bereich (1845-1956); Sozial-/Personalbereich (1950-1977); Korrespondenzen (1899-1979); Buchhaltung (1845-1956); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); Gremientätigkeit (1962)

621-1 Allgemeine Allgemeine Ortskrankenkasse

(1910) 1919-1993; 5,9 m; Bestandsverzeichnis
Krankenkasse;
Geschäftsleitung (1930-1993); Kaufm. Bereich (1936-1981); Sozial-/Personalbereich (1919-1987); Korrespondenzen (1965-1980); Statistiken (1927, 1948-1987); enth. auch Unterlagen zu versch. Betriebskrankenk. und AOK Altona (1910-1955), Abrechnungen versch. Ärzte (1958-1980)

621-1 Arndt Arndt & Cohn

1883; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Außenhandel mit Südafrika;
Geschäftsleitung (1883); Korrespondenzen (1883); enth. nur ein Kopiebuch

621-1 Assekuranz-Compagnie Patriotische Assekuranz-Compagnien

1811-1886; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Versicherung;
Geschäftsleitung (1811-1886); Kaufm. Bereich (1840-1852); Buchhaltung (1840-1852)

621-1 Bachur Alexander Bachur

1938-1941; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Jüdischer Rechtskonsulent;
enth. nur Klientenakten

621-1 Barckhan Samuel Barckhan

1699-1729; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Quartiersleute;
Geschäftsleitung (1699-1729); enth. nur einen Vertrag

621-2 Baugesellschaft Gemeinnützige Baugesellschaft

1878-1911; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Baugesellschaft;
Geschäftsleitung (1878-1911); Kaufm. Bereich (1878-1902)

621-1 Baumann Johann Christian Baumann

1767-1840; Kleinbestand; ohne Verzeichnis
Zuckerbäcker;
Kaufm. Bereich (1767-1832); Sozial-/Personalbereich (1767-1840); Buchhaltung (1767-1832)

621-2 Behrens Wilhelm und Gerd Behrens, Architekten

1877-1976; 4,7 m; Ablieferungsverzeichnis
Architekten;
Kaufm. Bereich; Techn. Bereich (o.D., 1905-1976); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1905-1960)

621-1 Behrens L. Behrens & Söhne

1780, 1842-1956 (1961); 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Bank, Textilimport, Textilbinnenhandel;
Geschäftsleitung (1780, 1842-1955); Korrespondenzen (1949-1956)

621-2 Bensel Carl Gustav Bensel, Architekt

1907-1948; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Architekt, Regierungsbaumeister;
Geschäftsleitung (1931-1945); Kaufm. Bereich (1941-1947); Techn. Bereich (1932-1947); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1907-1947)

621-1 Bergedorf-Geesthachter Bergedorf-Geesthachter Eisenbahn

1904-1941; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Eisenbahn;
Geschäftsleitung (1904-1941); Kaufm. Bereich (1904-1941)

621-2 Bergedorf-Neuengammer Bergedorf-Neuengammer Brückenbaugesellschaft AG

1871-1890; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Brückenbau;
Kaufm. Bereich (1871-1890); enth. nur Protokollbuch (1871-1890) und Aktionärsverzeichnis (1871-1888)

621-1 Berlin Martin Berlin

1842-1854; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Textilimport, Textilherstellung;
Kaufm. Bereich; Korrespondenzen (1842-1854); Buchhaltung (1849)

621-1 Besemüller Aug. Nic. Besemüller

1786-1789; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Zuckerherstellung;
Kaufm. Bereich (1786-1789); Buchhaltung (1786-1789); enth. nur ein Ein-/Verkaufsbuch

621-1 Bielenberg P. E. Bielenberg

1883-1917 (1941); 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Weinhandlung;
Geschäftsleitung (1883-1917 (-1941)); Kaufm. Bereich (1883-1917); Buchhaltung (1883-1917)

621-2 Billing Dietrich Billing, Architekt

1924-1937; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (o.D., 1924-1937); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1924-1937)

621-1 Blohm Blohm + Voss

1877-1985; 149,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Schiffswerft, Eisen- und Stahlerzeugung, Luftfahrzeugbau, Maschinenbau;
Geschäftsleitung (1877-1980); Kaufm. Bereich (1886-1974); Techn. Bereich (1896-1956, 1968-1970); Sozial-/Personalbereich (1902-1945); Korrespondenzen (1877-1979); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1899-1967); Gremientätigkeit (1898-1945); Statistiken (1884-1944); enth. auch Firmenbeteiligungen (1900-1970), Hamburgische Schiffbau-Versuchsanstalt (1910-1970), Betriebsrat (1948-1950, 1961-1970)

621-1 Blunt Charles Blunt

1680-1745; 1,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Fernhandel, bes. mit England, Merchants Adventurer;
Geschäftsleitung (1680-1745); Kaufm. Bereich (1680-1745); Korrespondenzen (1680-1745); Buchhaltung (1724-1740)

621-1 Brandt Wilhelm Brandt Archangelsk

1825-1827; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Reederei (Archangelsk);
Kaufm. Bereich (1825-1827)

621-1 Buckup Buckup

1777-1779, 1842-1858; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1. Prokurator (Bergedorf), 2. Textilherstellung, Textilhandel (Altona);
Geschäftsleitung (1777-1779, 1842-1858); Kaufm. Bereich (1777-1779, 1842-1858); Buchhaltung (1777-1779)

621-1 Bühner P. C. Bühner

1830-1836; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Schlachterei, Fellhandel;
Geschäftsleitung (1830-1836); Kaufm. Bereich (1830-1836); Korrespondenzen (1830-1836)

621-2 Chateauneuf Alexis de Chateauneuf, Architekt

1842-1850; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (1842-1850); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1842-1850)

621-1 Cranzer Cranzer Fischdampfer AG

1949-1950,1957-1960; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Reederei, Fischfang;
Techn. Bereich (1949-1950); Geschäftsleitung (1949-1960)

621-1 Cropp Karl Franz Cropp

1801-1830; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis
Kolonialwarenhandel;
Geschäftsleitung (1801-1830); Kaufm. Bereich (1801-1830); Buchhaltung (1801-1830)

621-2 Dähn Arthur Dähn, Ltd. Baudirektor

1930-1985; 0,6 m; ohne Verzeichnis
Baudirektor, Architekt;
Techn. Bereich; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; Gremientätigkeit

621-1 Deutsche Schauspielhaus Deutsche Schauspielhaus AG

1910-1944; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Theaterbau, Theaterbetrieb;
Geschäftsleitung (1910-1944); Kaufm. Bereich (1910-1944); Buchhaltung (1935-1944)

621-1 Deutsche Spielfilm Deutsche Spielfilm Gesellschaft

1948-1986; 30,0 m; ohne Verzeichnis
Dokumentar- und Spielfilmgesellschaft;
Geschäftsleitung; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; Drehbücher; zum Bestand gehören auch Filmspulen, die im Landesmedienzentrum lagern

621-1 Deutsche Werft Deutsche Werft Hamburg

1894-1960; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Schiffswerft;
Geschäftsleitung (1894-1960); Techn. Bereich (1930, 1948); Korrespondenzen (1958-1960); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1948)

621-2 Distel Hermann Distel, Architekt

1900-1945; 30,0 m; ohne Verzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne vor allem zu Krankenhausbauten

621-1 Dirks Joachim Hermann Dirks

1850-1869; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Schiffsmakler;
Geschäftsleitung (1850-1869); Kaufm. Bereich (1850-1869); Buchhaltung (1850-1869); enth. nur ein Rechnungsbuch

621-1 Eckermann Hans Nicolaus Eckermann

1749-1795; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Tischler (Bergedorf);
Geschäftsleitung (1749-1795); Kaufm. Bereich (1749-1795); enth. nur ein Schuldbuch

621-1 Ehlers J. M. Ehlers

1853-1873; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Knopf- und Kurzwarenhandel;
Geschäftsleitung (1853-1873); Kaufm. Bereich (1853-1873); Buchhaltung (1853-1873); enth. nur zwei Handlungsbücher

621-2 Elingius Elingius und Partner, Architekten

1904-1983; 9,5 m; Kartei
Architekten;
Techn. Bereich; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne

621-1 Fährhaus Uhlenhorst Fährhaus auf der Uhlenhorst ...

1938-1959; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Fährhaus;
Geschäftsleitung (1938-1959); Korrespondenzen (1956-1959); enth. nur Handakten des Aufsichtsratsvorsitzenden Wilhelm Oberdörffer

621-2 Faulwasser Julius Faulwasser, Architekt

1883-1907; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (1883-1907); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1883-1898); enth. nur Unterlagen zum Wiederaufbau der St. Michaeliskirche

430-87 Firmen in Harburg (Verschiedenes)
1822-1823, 1847; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1. Ratsweinkeller, 2. Essigherstellung (Harburg);
Geschäftsleitung (1822-1823, 1847); Kaufm. Bereich (1822-1823); enth. nur ein Anschreibebuch und eine Grundsteinniederschrift

621-1 Flohr Licentiat Anwalt Flohr

1788-1798; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Anwalt;
enth. nur Klientenakten zu Fallit- u. Vergleichssachen

621-1 Friederichsen L. Friederichsen & Co.

(1854) 1865-1938; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Kartographie, Land- und Seekartenhandlung, Nautische Verlagsbuchhandlung;
Geschäftsleitung (1868-1938); Korrespondenzen (1865-1915); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (208 Pläne o.D., 1854); Gremientätigkeit (1873-1914); enth. auch Unterlagen zum Museum Godeffroy (1872-1910)

621-1 Friederici E. Friederici & Co.

(1920-) 1930-1931 (-1932); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Außenhandel, Drogenhandel;
Geschäftsleitung (1920-1932); Korrespondenzen (1930-1931)

621-1 Gaetke Zuckermakler Franz Carsten Gaetke

1801-1834; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis
Zuckermakler;
Geschäftsleitung (1801-1834); Kaufm. Bereich (1801-1834); Buchhaltung (1801-1834)

621-1 Gas-Compagnie Gas-Compagnie

1844-1852 (1864); Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Gasherstellung u. -vertrieb, Straßenbeleuchtung;
Geschäftsleitung (1844-1852); Kaufm. Bereich (1846-1852); Techn. Bereich (1846); Buchhaltung (1846-1852)

621-1 Gaswerke Hamburger Gaswerke Abt. Straßenbeleuchtung

1882-1973; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Straßenbeleuchtung;
Geschäftsleitung (1882-1973); Kaufm. Bereich (1929-1938); Techn. Bereich (1939-1960); Korrespondenzen (1925-1949); Buchhaltung (1929-1938); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1927-1960)

621-1 Geldersen Vicko von Geldersen

1367-1411; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel, bes. Textilien, Flandernfahrer;
Geschäftsleitung (1367-1411); Kaufm. Bereich (1367-1411); Buchhaltung (1367-1411); enth. nur ein Handlungsbuch

621-1 Gluntz Johann Jürgen Gluntz

1830-1834; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Zimmerer (Bergedorf);
Kaufm. Bereich (1830-1834); Buchhaltung (1830-1834); enth. nur ein Debitorenbuch

621-1 Goldschmidt J. Goldschmidt Sohn

1819-1938; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Lotterie, Papier- u. Teehandlung, Bank;
Geschäftsleitung (1819-1938); Kaufm. Bereich (1819-1938); Korrespondenzen (1820-1895)

424-83 (Graack) Firmen in Altona (Graack)

1781; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Branntweinherstellung (Altona);
Geschäftsleitung (1781); Kaufm. Bereich (1781); enth. nur ein Geschäftsbuch

621-1 Gruner Gruner & Becker

1884-1899; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Baumaterialhandel;
Geschäftsleitung (1884-1899); Kaufm. Bereich (1884-1899); Buchhaltung (1884-1899); enth. nur ein Journal

621-2 Gutschow Konstanty Gutschow, Architekt
1920-1970; 47,0 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; enth. auch Sammlungen zu Städtebau, Bildender Kunst, Literatur sowie Vorträge, Reiseberichte etc.

621-1 Haas Edgar Haas

(1918) 1938-1942 (-1949); 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Jüdischer Rechtskonsulent;
enth. nur Klientenakten

621-2 Haller & Geißler Haller & Geißler, Architekten

1871-1930; 2,3 m; Bestandsverzeichnis
Architekten;
Techn. Bereich (1871-1930); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1871-1930)

621-2 Haller Martin Martin Haller, Architekt

1854-1919; 11,9 m; Bestandsverzeichnis
Architekt (Rathausbaumeister);
Techn. Bereich (1854-1919); Korrespondenzen (1868-1919); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1854-1915)

621-1 Hamburg-Bergedorfer Hamburg-Bergedorfer Eisenbahn-Gesellschaft

1838-1870; 11,0 m; Bestandsverzeichnis
Eisenbahn;
Geschäftsleitung (1838-1870); Kaufm. Bereich (1844-1870); Techn. Bereich (1850-1868); Korrespondenzen (1838-1870); Buchhaltung (1838-1870); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1850-1868)

430-87 Firmen in Harburg (Hamb.-Preuß. Hafengemeinschaft GmbH)

1888-1948; 3,7 m; Bestandsverzeichnis
Bau und Betrieb von Häfen (Harburg);
Geschäftsleitung (1888-1948); Techn. Bereich (1922-1939); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1929-1030); Statistiken (1929-1939)

621-1 Hamburger Hof Hamburger Hof Hotel AG

1881-1918; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Hotel;
Geschäftsleitung (1881-1918); enth. nur Sitzungsprotokolle des Aufsichtsrats

621-1 Hamburger Kammerspiele Hamburger Kammerspiele

1970-1991; 4,6 m; Ablieferungsverzeichnis
Theaterbetrieb;
Geschäftsleitung; Kaufm. Bereich; Sozial-/Personalbereich; Korrespondenzen; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; enth. auch: Unterlagen zu verschiedenen Theaterproduktionen, zu Ida Ehre, zum Tornee-Theater Greve und zur Bertha und Ida Ehre Stiftung

621-1 Handels-Gesellschaft Handels- u. Plantagen-Gesellschaft der Südseeinseln zu Hamburg

1878-1917; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis
Plantagen, Südseehandel (bes. mit Samoa);
Geschäftsleitung (1878-1917); Kaufm. Bereich (1881-1887)

621-1 Hansing Hansing & Co.

1852-1888; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Reederei, Bank, Versicherung, Afrikahandel;
Geschäftsleitung (1854-1888); Kaufm. Bereich (1854-1888); Korrespondenzen (1858-1888)

621-2 Hanssen Bernhard G. J. Hanssen, Architekt

1889-1904; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (1889-1904); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1889-1904)

621-1 HAPAG-Kriegsschädenausgleich HAPAG Kriegsschädenausgleich

1898-1937; 4,5 m; Bestandsverzeichnis
Reederei;
Geschäftsleitung (1898-1937); Techn. Bereich (o.D.); Korrespondenzen (1914-1933); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); enth. nur Rückgabeverfahren von durch USA beschlagnahmtem HAPAG-Eigentum, Schriftensammlung zum Freigabeverfahren (1918-1937)

621-1 HAPAG-Lloyd HAPAG-Lloyd AG

1970-; 1,5 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Reederei;
Geschäftsleitung; Techn. Bereich; Korrespondenzen; Gremientätigkeit

621-1 HAPAG-Reederei HAPAG-Reederei

(1789) 1847-1970; 160,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Reederei;
Geschäftsleitung (1847-1974); Kaufm. Bereich (1847-1970); Techn. Bereich (1882-1956); Sozial-/Personalbereich (1884, 1899-1955); Korrespondenzen (1888-1974); Buchhaltung (1847-1970); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1888-1897, 1911-1959, 1971); Gremientätigkeit (1887-1970); Statistiken (1847-1971); enth. auch Unterlagen über Beteiligungen (1872-1970) und Internationales Schiffahrtsrecht (1920-1969) sowie Berichte des Berliner Residenten Arndt von Holtzendorff (1914-1924) und der Akademie für Deutsches Recht (1933-1947)

621-1 Harder Dr. Carl Wilhelm Harder

(1735-) 1837-1898; 4,7 m; Bestandsverzeichnis
Anwalt;
Geschäftsleitung (1836-1892); Kaufm. Bereich (1851-1892); Korrespondenzen (1735-1897); enth. vor allem Klientenakten

621-2 Hardorff Julius Theodor Hardorff, Architekt

1835-1863; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Kaufm. Bereich (1838-1846); Techn. Bereich (o.D., 1835-1863); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1835-1846, 1863); enth. auch Porträt-Zeichnungen (o.D.)

621-1 Hein Tönnies Hein

1834-1853; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Lebensmittelhandel;
Geschäftsleitung (1834-1853); Kaufm. Bereich (1834-1853); Buchhaltung (1834-1853); enth. nur ein Handlungsbuch

621-1 Herms Bankgeschäft Herms & Co. (vorm. H. A. Jonas Söhne & Co)

1801-1981; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Bank, Gold- und Silberscheideanstalt;
Geschäftsleitung (1826-1965); Kaufm. Bereich (1801-1981); Buchhaltung (1801-1981)

621-1 Herrmann Herrmann & Theilnehmer

1860-1920; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Spedition;
Geschäftsleitung (1860-1865); Kaufm. Bereich (1877-1890); Sozial-/Personalbereich (1907, 1922); Korrespondenzen (1890-1922); Buchhaltung (1877-1890); Statistiken (1873-1915)

621-1 Hinsch Johann Christian Hinsch

1815-1825; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel, bes. mit England;
Geschäftsleitung (1815-1824); Kaufm. Bereich (1815-1824); Buchhaltung (1815-1824); enth. nur ein Hauptbuch

621-2 Höger Fritz Höger

20. Jh.; 8,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich; Korrespondenzen; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne

621-2 Hopp Bernhard Hopp, Architekt

1952; 0,1 m; ohne Verzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (1952)

621-1 Hummels Jürgen Julius Hummels

1801-1816; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Textilhandel;
Kaufm. Bereich (1801-1816); Buchhaltung (1801-1816)

621-2 Jakstein Werner Jakstein, Oberbaurat

1904-1961; 3,7 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Baurat;
Techn. Bereich; Korrespondenzen; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; enth. auch künstlerische Zeichnungen, Aquarelle, Plakatentwürfe, literarische Arbeiten

621-1 Jaluit Jaluit-Gesellschaft

1887-1914; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Kokosplantagen auf den Marshall-Inseln;
Geschäftsleitung (1887-1914)

621-2 Jollasse Jean David Jollasse, Architekt

1833-1844; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (o.D., 1833-1844); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1833-1844)

621-1 Justus Friederich Justus

1752-1906; 18,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Kolonialwarenhandlung und -veredlung, bes. Tabak;
Geschäftsleitung (1769-1773, 1832-1854); Kaufm. Bereich (1756-1906); Korrespondenzen (1752-1852); Buchhaltung (1756-1906)

621-1 Kaufmann Ernst Kaufmann

1928-1943; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Jüdischer Rechtskonsulent;
enth. nur Klientenakten

621-1 Kehlenbeck Dres Kehlenbeck und Grisebach

1934-1949; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Anwälte;
Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); enth. Klientenakte Etkar André

621-1 Kern Paridom Daniel Kern

1778-1805; 0,6 m; Ablieferungsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis
Weinhandlung;
Geschäftsleitung (1778-1805); Kaufm. Bereich (1788-1805); Korrespondenzen (1792-1794); Buchhaltung (1778-1805)

621-1 Klosterland Klosterland-Konsortium

1866-1880; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Baulanderschließung;
Geschäftsleitung (1867-1875); Kaufm. Bereich (1867-1880); Techn. Bereich (1866-1880); Sozial-/Personalbereich (1867-1879); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1867-1875)

621-1 Knöhr Knöhr & Burchard Nfl.

1815-1987; 2,6 m; Bestandsverzeichnis
Reederei, Schiffsmaklerei, Schiffsagentur;
Geschäftsleitung (1815-1987); Kaufm. Bereich (1815-1973); Techn. Bereich (1863-1981); Sozial-/Personalbereich (1867-1971); Korrespondenzen (1905-1927); Buchhaltung (1815-1949); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1924-1989); Statistiken (1950-1967)

621-1 Lauenburg Johann Friedrich Lauenburg

1834; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Holzhandel, Sägewerk;
Geschäftsleitung (1834); Kaufm. Bereich (1834); enth. nur ein Rechnungsbuch

621-1 Leverkus Leverkus & Co. (vorm. Wilhelm Rée jr.)

1908-1996; 1,3 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Bank, Vermögensverwaltung, Anlagenberatung;
Geschäftsleitung (1908-1980); Kaufm. Bereich (1908-1975); Buchhaltung (1920-1941); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (Video 1991)

621-2 Lodders Rudolf Lodders, Architekt

1918-1970; 7,0 m; Bestandsverzeichnis
Techn. Bereich (1924-1963); Korrespondenzen (1922-1970); Buchhaltung (1930-1948); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1924-1963); Gremientätigkeit (1945-1968); enth. auch: Persönliche Unterlagen, Vorträge, Veröffentlichunge (1918-1970)

621-1 Lübeck-Büchener Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft

1850-1937; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Eisenbahn;
Geschäftsleitung (1850-1937); Sozial-/Personalbereich (1863-1934)

621-1 Lüdemann Michel Lüdemann

1761-1783; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Getreidehandel (Bergedorf);
Geschäftsleitung (1761-1783); Kaufm. Bereich (1761-1783); Buchhaltung (1761-1783); enth. nur ein Rechnungsbuch

621-1 Luis Luis & Jencquel

1790-1827; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Außenhandel (hier nur Schweden);
Korrespondenzen (1790-1827)

621-1 Lumoprint Lumoprint

1956-1977; 4,0 m; vorläufiges Verzeichnis, Kartei
Kopiergeräteherstellung;
Geschäftsleitung (1956-1977); Techn. Bereich (1956-1977); enth. nur Zeitungsausschnittsammlung für Geschäftsleitung

621-1 Lutteroth Lutteroth & Co.

1817-1912; 0,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel (international), Großhandel;
Geschäftsleitung (1817-1912); Kaufm. Bereich (1817-1912)

621-1 Martens C. Walter Martens

1886-1931; 4,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Architekt;
Techn. Bereich (1886-1931); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1886-1931)

621-1 Matsen Nicolaus Matsen

1782-1829; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Advokat, Aktuar;
enth. nur Klientenakten

621-1 Matthiessen Matthies Matthiessen & Co.

1730-1775, 1846-1849; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Großhandel, bes. Tran, Fisch, Kolonialwaren, Wein, Außenhandel, bes. mit Norwegen und Grönland;
Kaufm. Bereich (1730, 1846-1849); Korrespondenzen (1730-1774); Buchhaltung (1742-1745, 1761-1775)

430-87 Firmen in Harburg (Mayr)

18.-20 Jh.; 3,0 m; ohne Verzeichnis
Tischlerei (Harburg)

621-1 Menck Maschinenfabrik Menck & Hambrock

1894-1930; 6,2 m; Bestandsverzeichnis
Maschinenbau (Altona);
Kaufm. Bereich (1894); enth. nur Auftragsbücher

621-1 Merck H. J. Merck & Co.

1813-1939; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Internationaler Außenhandel mit Rohstoffen und deren Verarbeitung, bes. Guano, Phosphat, Salpeter;
Geschäftsleitung (1821-1939); Kaufm. Bereich (1813-1933); Sozial-/Personalbereich (1900-1922); Buchhaltung (1823-1920); Gremientätigkeit (1925-1938); enth. auch Unterlagen über Beteiligungen (1899-1937)

621-1 Merzrath D. D. C. Merzrath

1830-1902; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Teehandel;
Geschäftsleitung (1830-1902); Kaufm. Bereich (1830-1902); Korrespondenzen (1874-1900)

621-1 Meyer Arnold Otto Arnold Otto Meyer

1893-1941; 1,6 m; Bestandsverzeichnis
Außenhandel, bes. mit Südostasien, Schiffahrt;
Geschäftsleitung (1910-1940); Sozial-/Personalbereich (1911-1928); Korrespondenzen (1893-1940); Gremientätigkeit (1928-1934); enth. auch Nachlaß Franz Heinrich Witthoeft (1863-1941)

621-1 Meyer H. H. C. Meyer jr. (Harburger Gummi-Kamm & Co., Heinrich Traun & Söhne)

1854-1902; Film ; Bestandsverzeichnis
Stockherstellung, Elfenbeinhandel, Gummiherstellung (Harburg);
Geschäftsleitung (1854-1902); Techn. Bereich (o.D., 1873); Sozial-/Personalbereich (o.D., 1870, 1891-1901); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); Statistiken (um 1900)

621-1 Möller J. H. L. Möller

1825; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel;
Geschäftsleitung (1825); Kaufm. Bereich (1825); enth. nur Unterlagen über eine Unternehmung nach Valparaiso und Lima

621-1 Norddeutsche Seefischerei Norddeutsche Seefischerei-Gesellschaft

1866-1871; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Fischfang, Fischhandel;
Geschäftsleitung (1866-1870); Kaufm. Bereich (1867-1871); Korrespondenzen (1867-1870); Buchhaltung (1867-1871)

621-1 Norddeutscher Rundfunk Norddeutscher Rundfunk

1965-1979; 150,5 m; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Rundfunk, Fernsehen

621-1 Norderwerft Norderwerft Köser und Meyer

1944-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Werft;
enth. nur Korrespondenzen mit Industrieblock 14 (Rudolf Blohm)

621-1 Oceanie l'Oceanie, Societé Commerciale de ...

1876-1935; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Südseehandel, bes. mit Tahiti, Plantagenwirtschaft, Schiffahrt;
Geschäftsleitung (1876-1935); Kaufm. Bereich (1876-1934); Korrespondenzen (1876-1920); Buchhaltung (1876-1934); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1914)

621-1 Oertz Oertz-Werft AG, Hamburg-Neuhof-Reiherstieg

1900-1929; Film; vorläufiges Verzeichnis
Schiffbau, Luftfahrt;
Korrespondenzen (1900-1929)

424-83 (Oldenburg) Firmen in Altona (Oldenburg)

1712-1719; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Bleiche (Altona);
Kaufm. Bereich (1712-1719); enth. nur ein Auftragsbuch

621-1 Olsen Olsen

1893-1903; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Mälzerei;
Geschäftsleitung (1893-1903); Kaufm. Bereich (1894-1903); Techn. Bereich (o.D., 1894); Sozial-/Personalbereich (1895-1902); Korrespondenzen (1894-1903); Buchhaltung (1895-1903)

621-1 O'Swald Wm. O'Swald & Co.

1831-1941; 31,0 m; Bestandsverzeichnis
Afrikahandel, Reederei;
Geschäftsleitung (1831-1941); Kaufm. Bereich (1851-1869, 1893-1898); Techn. Bereich (1885-1915); Sozial-/Personalbereich (1846-1869); Korrespondenzen (1847-1914); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1847-1879)

621-2 Pahlke Fritz Pahlke, Architekt

1939-1980; 6,2 m; ohne Verzeichnis
Architekt;
Geschäftsleitung; Kaufm. Bereich; Techn. Bereich; Sozial-/Personalbereich; Korrespondenzen; Buchhaltung; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; Gremientätigkeit (1948ff.)

621-1 Penner Penner

1880-1925; 0,3 m; Ablieferungsverzeichnis
Mineralölhandel;
Geschäftsleitung (1884ff.); Kaufm. Bereich (1880ff.); Korrespondenzen (1891ff.); Buchhaltung (1880ff.)

621-1 Petersen Julius Julius Petersen

1877-1879; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Glashütte;
Korrespondenzen (1877-1879); enth. nur ein Briefkopiebuch

621-1 Pferde-Eisenbahn Pferde-Eisenbahn- Gesellschaft

1862-1892; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Pferde-Eisenbahn, Straßenbahn;
Geschäftsleitung (1862-1892); Kaufm. Bereich (1867-1892); Techn. Bereich (1866-1868); Sozial-/Personalbereich (1869-1883); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.)

621-1 Phoenix Phoenix AG (Gummifabrik)

1856-1974; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Gummiwarenherstellung (Harburg);
Geschäftsleitung (1856-1958); Kaufm. Bereich (1872-1970); Techn. Bereich (1910-1958); Sozial-/Personalbereich (1944-1945, um 1960); Buchhaltung (1872-1908); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1897-1958); Statistiken (1911-1970)

621-2 Planz Planz & Appelbaum, Architekten

1957-1974; 3,4 m; Bestandsverzeichnis
Architekten;
Geschäftsleitung (o.D.); Kaufm. Bereich (1959-1974); Techn. Bereich (1957-1974); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1957-1974)

621-1 Pöhl C. A. Pöhl

1886-1901; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Naturalienhandel;
Kaufm. Bereich (1886-1901); Korrespondenzen (1891-1900); Buchhaltung (1886-1901); enth. nur ein Kontobuch (1886-1901) und ein Kopiebuch (1891-1900)

621-1 Promonta Promonta

1914-1995; 1,0 m; ohne Verzeichnis
Chemische Fabrik;
Geschäftsleitung; Korrespondenzen; Buchhaltung; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne

621-2 Rambatz Rambatz & Jollasse, Architekten

1873-1918; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Architekten;
Techn. Bereich (1888-1918); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1888-1918); enth. auch künstlerische Zeichnungen (o.D., 1873)

621-1 Ratsapotheke Ratsapotheke Harburg

1900-1981; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Apotheke;
Geschäftsleitung (1949-1981); Techn. Bereich (1900-1971); Sozial-/Personalbereich (1956-1965)

621-1 Refardt J. F. C. Refardt

1836-1900; Film ; vorläufiges Verzeichnis
Textilaußenhandel, Textilbinnenhandel;
Geschäftsleitung (1836-1900); Kaufm. Bereich (1836-1900); Buchhaltung (1836-1900)

621-1 Reimers Bastian Reimers, Bergedorf

1747-1792; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Weinhändler (Bergedorf);
Geschäftsleitung (1747-1792); Buchhaltung (1747-1792); enth. nur zwei Handlungsbücher mit familiären Bemerkungen

621-1 Repsold Adolf und Georg Repsold

1803-1919; 6,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Bau technischer und wissenschaftlicher Instrumente, feinmechanische Werkstatt;
Geschäftsleitung (1831-1919); Kaufm. Bereich (1831-1919); Techn. Bereich (1803-1915); Sozial-/Personalbereich (1830-1919); Korrespondenzen (1818-1910); Buchhaltung (1830-1919); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1803-1913)

621-1 Rheder Matthias Rheder

1546-1548; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel;
Korrespondenzen (1546-1548); enth. nur 8 Geschäftsbriefe

621-1 Ross Ross, Vidal & Co.

1718-1864; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Reederei, Außenhandel, bes. mit Batavia, Brasilien, China;
Kaufm. Bereich (1718-1864)

424-83 (Rumpf) Firmen in Altona (Rumpf)

1865-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Küperei (Altona);
Geschäftsleitung (1865-1873); Kaufm. Bereich (1865-1873); enth. nur ein Anschreibebuch

621-2 Ruscheweyh Heinz Jürgen Ruscheweyh, Architekt

1926-1978; 6,0 m; Ablieferungsverzeichnis
Architekt;
Geschäftsleitung; Techn. Bereich (1936-1974); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1936-1974)

621-1 Sankt Pauli-Theater St. Pauli-Theater

1924-1972; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Theater;
Geschäftsleitung (1924-1927); Kaufm. Bereich (1924-1932, 1945-1967); Sozial-/Personalbereich (1945-1972); Buchhaltung (1958-1963); Statistiken (1934-1964); enth. auch 27 Bearbeitungen von Theaterstücken

621-1 Schmidt Joh. Gottl. Schmidt

1783-1800; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Kattunherstellung;
Kaufm. Bereich (1783-1800); Buchhaltung (1783-1800); enth. nur ein Rechnungsbuch

621-2 Schneider Karl Schneider, Architekt

1926-1929; 0,1 m; Kartei
Architekt;
Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1926-1929); enth. nur 76 Fotos

621-2 Schrieber Kurt Schrieber, Architekt

1945-1977; 0,4 m; ohne Verzeichnis
Architekt;
Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1945-1977)

621-1 Schröder Godert Godert Schröder

1531; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Kaufmann;
Korrespondenzen (1531); enth. nur einen Geschäftsbrief

621-1 Schroeder Octavio Octavio Rudolph Schroeder

1772-1815; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel, bes. mit England;
Geschäftsleitung (1772-1815); Kaufm. Bereich (1772-1815); Buchhaltung (1772-1815); enth. nur 2 Handlungsbücher

621-1 Schuback Johannes Schuback & Söhne

(1752-1760) 1808-1990; 20,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Internat. Außenhandel, Bank;
Geschäftsleitung (1858-1990); Kaufm. Bereich (1808-1976); Sozial-/Personalbereich (1871-1979); Korrespondenzen (1849-1986); Buchhaltung (1815-1976); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1876-1938); Gremientätigkeit (1950-1990); Statistiken (1976-1977); enth. auch Unterlagen über Beteiligungen (1936-1970)

621-1 Schüler Walter Schüler

(1912) 1938-1943; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Jüdischer Rechtskonsulent;
enth. nur Klientenakten

621-2 Schumacher Fritz Schumacher, Oberbaudirektor

1911-1933; 3,8 m; Bestandsverzeichnis
Baudirektor;
Techn. Bereich (1911-1933); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1911-1933)

621-2 Semper Gottfried und Manfred Semper, Architekten

1878-1883; 0,1 m; ohne Verzeichnis
Architekten;
Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1879, 1883)

621-1 Seydeler Dietrich Martin Seydeler, Prokurator

1765-1779; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Prokurator;
enth. nur ein Prokuratorenbuch (Eintragungen über Verhandlungen)

621-1 Sievers Sievers & Dröge

1840-1937, 1953; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Weinhandlung, Weinstube;
Geschäftsleitung (18668-1921, 1953); Kaufm. Bereich (1840-1912, 1934-1937); Korrespondenzen (1872-1902); Buchhaltung (1840-1880); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); Gremientätigkeit (1856-1861, 1879-1885)

621-2 Sill Otto Sill, Oberbaudirektor

1930-1984; 34,0 m; ohne Verzeichnis
Baudirektor;
Kaufm. Bereich; Techn. Bereich; Korrespondenzen; Abbildungen, Zeichnungen, Pläne; Gremientätigkeit; Statistiken

621-1 Sloman Robert Miles Sloman
1829-1832; 0,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Reederei;
Kaufm. Bereich (1829-1832); Sozial-/Personalbereich (1829-1832); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); enth. nur ein Quittungsbuch über Vorschußzahlungen

621-1 Smith George Smith

1799-1800; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Ewerführer;
Geschäftsleitung (1799-1800); Kaufm. Bereich (1799-1800); Buchhaltung (1799-1800); enth. nur ein Rechnungsbuch

621-1 Soltau Claus Soltau

1798-1863; 0,4 m; vorläufiges Verzeichnis
Kolonialwarenhandel, Tabakwaren;
Geschäftsleitung (1798-1863); Kaufm. Bereich (1793-1863); Buchhaltung (1798-1863)

621-1 Sparcasse von 1827 Hamburger Sparcasse von 1827

1827-1854; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Sparkasse;
Geschäftsleitung (1827-1848); Kaufm. Bereich (1827-1854); Buchhaltung (1827-1854)

621-1 Sparcasse von 1864 Neue Sparcasse von 1864

1864-1914, (1923) 1941-1937; 4,7 m; Bestandsverzeichnis
Sparkasse;
Geschäftsleitung (1941-1947); Kaufm. Bereich (1864-1914); Buchhaltung (1864-1914); enth. auch Unterlagen über Altonaer Unterstützungsinstitut (1941-1947)

621-1 Stadttheatergesellschaft Stadttheatergesellschaft

1872-1934; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Theater;
Geschäftsleitung (1872-1888, 1916-1934); Kaufm. Bereich (1916-1934); Buchhaltung (1916-1934); Statistiken (1875/76-1887/88

621-2 Stockhausen Otto Stockhausen, Baumeister
1900-; Kleinbestand; ohne Verzeichnis
Baumeister;
Abbildungen, Zeichnungen, Pläne

621-1 Suhr Joh. Heinr. Suhr, Bergedorf

1839-1855; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Gastwirtschaft, Fuhrunternehmen (Bergedorf);
Geschäftsleitung (1839-1855); Kaufm. Bereich (1839-1855); Buchhaltung (1839-1855); enth. nur ein Geschäftsbuch mit Anlagen

621-1 Thalia Thalia-Theater GmbH

1896, 1920-1946; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Theater;
Geschäftsleitung (1920-1946); Kaufm. Bereich (1936-1946); Buchhaltung (1939-1943); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (ca.1930)

621-1 Tietgens Tietgens & Robertson

1779-1941; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Außenhandel, bes. Fischprodukte u. Lebensmittel, Walfang, Reederei;
Geschäftsleitung (1779-1941); Kaufm. Bereich (1853-1860, 1890-1918); Sozial-/Personalbereich (1799-1913); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.); enth. auch Unterlagen über Beteiligungen (1779-1862)

621-1 Triumph Zwieback- und Keks-Fabrik Triumph

1920-1987; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Bäckerei;
Geschäftsleitung (1935-1986); Kaufm. Bereich (1936-1946); Techn. Bereich (1955-1956); Sozial-/Personalbereich (1920-1959); Buchhaltung (1955-1956); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1937-1951, 1966, 1987); enth. auch: Werbeblätter

621-1 Unbekannte Firmen Unbekannte Firmen

1796-1870; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Kolonialwarenhandel, unbekannt;
Kaufm. Bereich (1797-1811, 1822-1834); Techn. Bereich (1797-1812, 1868-1870); Korrespondenzen (1796-1870); Buchhaltung (1796-1806); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1796-1812, 1868-1870)

621-1 Urias Siegfried Urias

1934-1940; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Jüdischer Rechtskonsulent;
enth. nur Klientenakten

621-1 Völschau Julius und J. & E. Völschau

1865-1883; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Reepschläger;
Kaufm. Bereich (1865-1883); Buchhaltung (1865-1883); enth. nur ein Einkaufsbuch und ein Verrechnungsheft

621-1 Volkszeitung Hamburger Volkszeitung

1912-1933; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Zeitung der USPD/KPD;
Geschäftsleitung (1921-1933); Korrespondenzen (1929-1932); Statistiken (1921-1933); enth. auch Unterlagen über Parteiangelegenheiten der SPD, USPD und KPD (1912-1931)

621-1 Wanckel Reederei Oscar Wanckel

1909-1967; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Binnenreederei, Spedition;
Geschäftsleitung (1909-1967); Kaufm. Bereich (1919-1967); Techn. Bereich (1965-

1967); Sozial-/Personalbereich (o.D., 1934-1965); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1909, 1951, 1965-1967); Gremientätigkeit (1949-1961)

621-1 Wappäus A. A. H. Wappäus

1839-1917; 2,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Reederei;
Geschäftsleitung (1839-1917); Kaufm. Bereich (1857-1910); Sozial-/Personalbereich (o.D.); Korrespondenzen (1863-1894); Buchhaltung (1857-1910); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D.)

621-1 Wappäus G. Reederei G. H. Wappäus

1825-1835; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis
Reederei;
Geschäftsleitung (1825-1835); Techn. Bereich (1835); Sozial-/Personalbereich (o.D.); Korrespondenzen (1825-1827)

621-1 Weber C. F. Otto Weber

1896-1944; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Kakaohandel;
Kaufm. Bereich (1896-1944); Buchhaltung (1896-1944)

621-1 Westen to Westen und van den Wouver

1551-1610; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Handel, bes. mit den Niederlanden;
Kaufm. Bereich (1551-1560); Korrespondenzen (1564-1610)

621-1 Westenholz Friedrich Westenholz & Co.

1844-1929; 0,7 m; vorläufiges Verzeichnis
Großhandel;
Geschäftsleitung (1844-1929); Kaufm. Bereich (1844-1929); Buchhaltung (1844-1929); enth. auch Unterlagen über Beteiligungen (1844-1850)

621-1 Willers Wilken Willers

1659; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Textilhandel, bes. Seiden- u. Wollwaren;
Geschäftsleitung (1659); enth. nur einen Gesellschaftsvertrag

621-2 Winters Emil Winters, Vermessungsrat

1902-1950; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Vermessungswesen;
Techn. Bereich (1909-1950); Korrespondenzen (1904-1950); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1926-1950)

621-2 Wispler Leo Wispler, Oberbaurat

1928-1945; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Baurat;
Techn. Bereich (1928-1945); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1941)

621-1 Wönckhaus Wönckhaus & Co.

1902-1944; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Außenhandel, bes. Perlmutter (Persischer Golf);
Geschäftsleitung (1902-1919); Kaufm. Bereich (1910-1944); Korrespondenzen (1906-1919); enth. auch Unterlagen über Beteiligungen (1902-1912)

621-1 Wolff F. M. Wolff

1830-1854; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kommissionshandel;
Geschäftsleitung (1830-1854); Kaufm. Bereich (1830-1854); Buchhaltung (1830-1854); enth. nur ein Provisionsbuch

621-1 Wolters Joh. Joachim, Joh. Constantin und Dr. Georg S. Wolters

1820-1872; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis
1. Versicherungsmakler (Joh. Joachim u. Joh. Constantin), 2. Advokat (Georg S.);
Geschäftsleitung (1820-1872); Kaufm. Bereich (1820-1872); Sozial-/Personalbereich (1841-1847)

621-1 Wulff Walter Wulff

(1828) 1937-1941; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Jüdischer Rechtskonsulent;
enth. nur Klientenakten

621-1 Wyckersloot van Wyckersloot

1655-1665, 1682, 1703-1720 (1930); 0,3 m; Bestandsverzeichis

Außenhandel (ehem. Niederlande);
Geschäftsleitung (1655-1665, 1682, 1703-1720); Kaufm. Bereich (1655-1665, 1682, 1703-1710); Korrespondenzen (1714-1920); Buchhaltung (1655-1665, 1682, 1703-1710)

621-1 Zeise Theodor Zeise

1859-1979; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Schiffsschraubenbau, Propellerherstellung;
Geschäftsleitung (1859-1979); Kaufm. Bereich (1884-1951); Techn. Bereich (1880-1955); Sozial-/Personalbereich (1905-1948); Korrespondenzen (1869-1948); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1883-1955)

621-1 Zeller Caspar Zeller

1772-1821; 8,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Textilaußenhandel, Färbemittelaußenhandel (ehem. Frankreich);
Geschäftsleitung (1772-1821); Kaufm. Bereich (1778-1819); Sozial-/Personalbereich (1794-1804); Korrespondenzen (1772-1821); Buchhaltung (1778-1819)

621-2 Zimmermann C.J.C. Zimmermann, Baudirektor

1867-1897; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Baudirektor;
Geschäftsleitung (1880-1897); Techn. Bereich (1867-1872); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1867-1872)

621-1 Zinnwerke Zinnwerke Wilhelmsburg GmbH

1902-1981; 4,3 m; Bestandsverzeichnis
Zinn- und Kupferverhüttung;
Geschäftsleitung (1902-1981); Kaufm. Bereich (1803-1978); Techn. Bereich (1920-1962); Sozial-/Personalbereich (1927-1963); Korrespondenzen (1903-1981); Buchhaltung (1903-1978); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (1922-1935, 1951-1963)

621-1 Zollvereins-Niederlage Zollvereins-Niederlage Hamburg AG

1868-1890; 5,5 m; Bestandsverzeichnis
Zollfreier Handel;
Geschäftsleitung (1868-1889); Kaufm. Bereich (1869-1890); Korrespondenzen (1869-1890); Buchhaltung (1869-1890); Statistiken (1870-1889)

621-1 Zoologischer Garten Zoologischer Garten

1861, 1903-1930; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Zoologischer Garten;
Geschäftsleitung (1903-1930); Techn. Bereich (1915); Sozial-/Personalbereich (1861); Korrespondenzen (1903-1906, 1927); Abbildungen, Zeichnungen, Pläne (o.D., 1915)

621-1 Zwingenberger J. A. Zwingenberger

1825-1833; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Tischlerei;
Geschäftsleitung (1825-1833); Kaufm. Bereich (1825-1833); enth. nur ein Hausbuch

Hinweis:
Firmengeschichtliche Überlieferungen zu folgenden Firmen befinden sich in Familienarchiven:
Amsinck s. 622-1 Amsinck
Bauer-Film s. 622-1 Bauer
Behn, Meyer & Co. s. 622-1 Lorenz-Meyer
Johann Berenberg Gossler & Co. s. 622-1 Berenberg
Paul und Johann Berenberg s. 622-1 Berenberg
Rudolf Berenberg s. 622-1 Berenberg
Brentano, d'Urbieta & Gaedechens s. 622-1 Gaedechens
Dunte s. 622-1 Dunte
Julius Faulwasser, Architekt s. auch 622-1 Faulwasser
J. Goldschmidt, Sohn s. 622-1 Goldschmidt
Martin Haller, Architekt s. auch 622-1 Haller
Harburger Gummi-Kamm & Co. s. 622-1 Traun
Martin Johann Jenisch s. 622-1 Jenisch
Arnold Otto Meyer s. auch 622-1 Lorenz-Meyer
H. C. Meyer jr. s. auch 622-1 Traun
Hinrich Meyer s. 622-1 Lorenz-Meyer
Johann Lorenz Meyer s. 622-1 Lorenz-Meyer
Wm. O'Swald & Co. s. auch 622-1 O'Swald
Poseidon Schiffahrt s. 622-1 Kempf
Schiffsmakler Schlömer & Schmidt s. 622-1 Kempf
Christian Schröder s. 622-1 Schröder Chr.W.A.A.
Johannes Schuback & Söhne s. auch 622-1 Amsinck
Georg Heinrich Sieveking s. 622-1 Sieveking I
Schiffsmakler S. Stein s. 622-1 Kempf
Bergungsgemeinschaft Hugo Stinnes s. 622-1 Kempf
Dr. Heinrich Traun & Söhne s. 622-1 Traun

622 FAMILIEN UND EINZELPERSONEN

622-1 FAMILIENARCHIVE

Zur Zeit werden im Staatsarchiv ca. 500 Familienarchive zur Hauptsache in der Beständegruppe 622-1 Familienarchive verwahrt. Daneben finden sich Familienarchive aus den 1937 nach Hamburg eingemeindeten Gebieten in der Beständegruppe 424-88 Nachlässe, Familien- und Gutsarchive Altona und in dem Sammelbestand 430-88 Nachlässe, Familien- und Gutsarchive Harburg. Zu den Familienarchiven gehören auch Nachlässe von Einzelpersonen, soweit diese nicht zu den beruflichen und wissenschaftlichen Nachlässen der Gruppe 622-2 zählen. Familienarchive sind in der Regel durch die Tektonikkennzahl und den Familiennamen gekennzeichnet. Allerdings finden in einigen Fällen auch Vornamen als Teil des Bestandsnamens Verwendung. Zum einen dient dies der eindeutigen Identifizierung eines Bestandes, zum anderen ist hier eine uneinheitliche Behandlung im Laufe der Zeiten die Ursache. Enthält ein Familenarchiv nur Unterlagen, die sich auf eine oder zwei Personen beziehen, so sind diese in den Kurzbeschreibungen namentlich aufgeführt. Ist hier kein Vorname genannt, so ist bei erschlossenen Beständen davon auszugehen, daß ein Familienarchiv Unterlagen von oder über mindestens drei Personen beinhaltet. Auch wenn Vornamen als Teil des Bestandsnamens Verwendung finden, schließt dies nicht aus, daß hier auch Unterlagen zu anderen Familienangehörigen zu finden sind.

Die Familienarchive werden im folgenden alphabetisch nach einheitlichem Schema beschrieben.

Es werden die hauptsächlich vorkommenden Berufe und Ehrenämter genannt. Wenn sich zu den Kategorien Beruf, Ehrenamt, Haushalt und Vermögen, Tagebücher, Reisetagebücher, Erinnerungen, Korrespondenzen, Stammbücher oder Gedichte Unterlagen in den Archiven befinden, sind diese mit den entsprechenden Laufzeiten vermerkt. Daneben werden Besonderheiten und spezielle Überlieferungsschwerpunkte genannt. Hier nicht gesondert erfaßt wurden sonstige - in Familienarchiven zu erwartende - private Dokumente wie Personalpapiere etc..

Die Familienarchive sind durch Kauf, Schenkung oder als Deposita in das Staatsarchiv gekommen. Bei einigen dieser Archive ist für die Benutzung eine Genehmigung der Eigentümer notwendig. Der Zusatz "besondere Genehmigungsvorbehalte" kennzeichnet diese Familienarchive. Es ist unbedingt erforderlich, vor der Benutzungsaufnahme die aktuellen Benutzungsmodalitäten beim Staatsarchiv abzufragen.

Hinweis: 742-6
(Fla)

622-1 Abatz Abatz

1949-1953; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Harald: Kaufmann, Politker (FDP), Vizepräsident der Bürgerschaft, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft;
Beruf (1949); Ehrenamt (1949-1951); Korrespondenzen (1949-1952)

622-1 Abendroth Abendroth

1773,1823-1943; 7,7 m; Bestandsverzeichnis
Advokat, Kaufmann, Oberalter, Senator, Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1827-1943); J.C.Sievert Fideikommiss (1827-1941); Landunternehmung Uhlenhorst (1837-1906); Interessentschaft des Hammerbrook- und Billwerder Ausschlag Landunternehmung (1840-1943)

622-1 Ackermann Ackermann

1821-1834; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Auguste; Dorothea: Schauspielerin;
Haushalt und Vermögen (1821-1828); Stammbücher (1832-1834)

424-88/1 Adickes (Franz)

1877-1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Franz: Oberbürgermeister, Politiker;
Beruf (1877-1890); Tagebücher (1877-1891); Korrespondenzen (1878-1935)

622-1 Ahlers-Hestermann Ahlers-Hestermann

1823-1973; 2,8 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute; v.a. Friedrich: Maler, Schriftsteller, Direktor der hamburgischen Landeskunstschule;
Tagebücher (o.D., 1908); Reisetagebücher (1837); Erinnerungen (1931-1940); Korrespondenzen (1902-1973)

424-88/2 Ahlmann

1864-1900; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hans: Kaufmann und Frau Elise;
Korrespondenzen (1864-1871, 1885-1889, o.J.)

622-1 Ahrens Ahrens
1910-1960; 1,1 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Georg: Kaufmann, Politiker (NSDAP), NS-Staatssekretär;
Beruf (1920-1950); Haushalt und Vermögen (1932-1952); Tagebücher (1914-1920); Korrespondenzen (1932-1952); Stammbücher (1910)

622-1 Amsinck Amsinck

1542-1980; 5,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, beamtete Juristen, Gutsbesitzer, Offiziere, freie Juristen, Pastoren, Postmeister, Senatoren, Bürgermeister, Politiker;
Beruf (1769-1805/6, 1819-1826, 1839-1919); Ehrenamt (1687, 1820, 1842-1873); Haushalt und Vermögen (ca.1400-ca.1950); Tagebücher (1594-1782, 1813-1814, 1866); Reisetagebücher (1789, 1817-1819, 1876); Erinnerungen (1920, 1922); Korrespondenzen (1785-1923); Stammbücher (1687-1722); Gedichte (1601-1870, 1886); Chronik (ca.1750-ca.1820); Erziehungsplan

622-1 Anderson Anderson

1771-1781; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Christian Daniel: Senatssekretär;
Stammbücher (1771-1781, 1876)

622-1 Andresen-Bundesgarder Christian Andresen(-Bundesgarder)

1884-1978; 1,1 m; Bestandsverzeichnis
Christian: Kapitän, Maler, Schriftsteller;
Beruf (1893-1932); Haushalt und Vermögen (1920-1923); Tagebücher (1894-1960); Reisetagebücher (1894-1960); Erinnerungen (1958); Korrespondenzen (1939-1957); Stammbücher (1913-1920); Gedichte (1884-1895)

424-88/3 von Archenholtz (Joh. Wilh.)

1786-1812; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Joh. Wilh.: Gerichtsschreiber, Schriftsteller;
Korrespondenzen (1783-1812)

622-1 Arts des Arts

1793-1933; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Notar, Arzt;
Beruf (1911-1920); Haushalt und Vermögen (1847, 1861, 1873, 1884-1888, 1911);

Tagebücher (1894-1897); Reisetagebücher (1844-1886), Erinnerungen (1910); Korrespondenzen (1793-1831); Stammbücher (1848-1853)

622-1 Asmus Asmus

1825-1841; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Christian Eduard: Tapezierer;
Stammbücher (1825-1841)

424-88/4 von Aspern

1825-1828; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelm Adolph: Polizeimeister, Senator;
Beruf (1827-1828); Korrespondenzen (1825)

622-1 Averdieck Averdieck

1837-1856; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Elise: Pädagogin, Schriftstellerin;
Schülerverzeichnisse (1837-1856)

622-1 Axen von Axen

1759-1885; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Jacob: Theaterbesitzer und -direktor;
Beruf (1812-1828); Haushalt und Vermögen (1816)

622-1 Baasch Baasch

17.Jh.-1959; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Gelehrte, Rechtsanwälte;
Beruf (1936-1957); Haushalt und Vermögen (1903-1904, 1937); Tagebücher (1814, 1906-1908); Reisetagebücher (1834); Korrespondenzen (1840-1949); Stammbücher (1913-1920); Gedichte (1900)

622-1 Ballheimer Ballheimer

1801-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Schlachter;
Haushalt und Vermögen (1801-1852, 1871-1876)

622-1 Banks Banks

1827-1852; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
Edward: Senatssyndikus;
Beruf (1848-1851); Korrespondenzen (1827-1851)

622-1 Bartels Friedrich Friedrich Johann Carl Bartels

ca.1871-1931; Film; Bestandsverzeichnis
Friedrich Johann Carl: Parteisekretär (SPD);
Erinnerungen, vom Sohn verfaßt (1969)

622-1 Bartels Johann Johann Heinr. Bartels

1759-1864; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, beamtete und freie Juristen, Offiziere, Gutsbesitzer; v.a.: Johann Heinrich: Senator, Bürgermeister;
Beruf (1800-1850); Ehrenamt (1800-1850); Haushalt und Vermögen (1792-1900, 19. Jh.); Tagebücher (1784-1785); Reisetagebücher (1785-1797); Erinnerungen eines Angestellten (1850); Korrespondenzen (1779-1839); Stammbücher (ca.1750-1810); Gedichte (18.Jh.-19.Jh.)

622-1 Bauer Bauer

(1885) 1908-1968; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Gerwerkschaftsfunktionär, Senatsrat, Filmkaufmann;
Beruf (1947-1951); Ehrenamt (1949-1957); Haushalt und Vermögen (1928-1930); Erinnerungen (1968); Korrespondenzen (1927-1946, 1963-1966)

622-1 Baumeister Baumeister

(1824) 1876-1880; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann: Jurist;
Korrespondenzen (1876-1880)

424-88/5 Baur

1838-1908,1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Juristen, Senator;
Haushalt und Vermögen (1838, 1886); Erinnerungen (1877); Korrespondenzen (1875, 1886-1887)

622-1 Bausch Bausch
1773-1782; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Georg: Advokat, Senator;
Korrespondenzen (1773)

622-1 Beck Beck

1770-1782; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann: Arzt;
Reisetagebücher (1770-1782)

622-1 Beckmann Beckmann

1895-1968; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Emmy: Oberschulrätin, Politikerin (DDP, F.D.P.); Johanna: Schulleiterin;
Beruf (1895-1949); Ehrenamt (1958); Tagebücher (1910-1967); Reisetagebücher (1934-1936); Erinnerungen (1920, ca.1936); Korrespondenzen (1903-1933)

622-1 Behlmer Behlmer
1948-1972; 5,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Gert Hinnerk: Studentenfunktionär, Verwaltungsjurist, Politiker (SPD), Staatsrat;
enth. bisher v.a. Unterlagen zur Universität Hamburg und zur Studentenbewegung

622-1 Bendixen Bendixen

19. Jh.-20. Jh.; 0,6 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Friedrich: Kaufmann, Direktor der Hypothekenbank Hamburg;
Korrespondenzen; Veröffentlichungen

424-88/6 Behre

(1330) 1737-1977; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Arzt, Auktionsverwalter;
Tagebücher (1819ff.); Reisetagebücher (1846); Stammbücher (1813-1823); Gedichte, Studentenlieder (1813-1848)

622-1 Beneke Beneke

(1770-) 1776-1953; 5,5 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Juristen, Oberaltensekretär, Senatssekretär, Archivar, Pastor, Offizier;
Beruf (1790-1940); Ehrenamt (1819-1839, 1867-1890, 1925-1935); Haushalt und

Vermögen (1806-1894, 1911); Tagebücher (1786-1951); Reisetagebücher (1807-1808, 1824-1890); Erinnerungen (1862, 1888); Korrespondenzen (1778-1950); Stammbücher (1790-1894, 1814-1815, 1828-1888); Gedichte (1774-1951)

622-1 Berenberg Berenberg

17.Jh.-1952; 2,5 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, Bankiers, Postmeister, Senatoren;
Haushalt und Vermögen (17.Jh.-18.Jh., 1822-1911); Tagebücher (17.Jh.-19.Jh.); Korrespondenzen (1770-1783, 1813-1815, 1829-1842, 1913-1930, 1950-1952); Bilanzen der Firma Joh. Berenberg, Gossler & Co. (1801-1912)

622-1 Berkefeld Berkefeld

1847-1933; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Otto: Kaufmann;
Beruf (1897-1933); Haushalt und Vermögen (1889-1905=

622-1 Bernhardt Bernhardt

1811-1814; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ernst Franciscus: Makler;
Beruf (1811-1814), Korrespondenzen (1811-1814)

622-1 Bertheau Bertheau

1826-1966; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Lehrer, Kaufleute, Pastor;
Beruf (1830-1879, 1913-1933); Ehrenamt (1921-1933); Haushalt und Vermögen (1837-1838, 1954-1966); Tagebücher (1855-1914); Korrespondenzen (ca.1820-1913); Gedichte (19. Jh.)

424-88/8 Bestmann (Max)

1881-1960; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Max: Bankdirektor;
Wohltätigkeitorganisationen (1881-1933, 1945-1960)

622-1 Beuss Beuss

1848-1875; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Hinrich: Steuermann; Martin: Lehrer;
Beruf (1838-1875)

622-1 Bieber Bieber (Tatenberg)

(1560-) 1745-1931; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Gutsbesitzer;
Beruf (ca.1810-1912); Ehrenamt (1859-1875); Haushalt und Vermögen (1812, 1850); Korrespondenzen (1836, 1875, 1931); Stammbücher (1868); Gedichte (19. Jh.)

622-1 Biermann-Ratjen Senator Dr. Hans H. Biermann-Ratjen

1953-1966; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Hans-Harder: Politiker (F.D.P.), Senator;
Reden (1953-1966)

622-1 Binder Binder

1769-1847; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Advokaten, Kaufmann, Senatoren, Bürgermeister;
Beruf (1865); Haushalt und Vermögen (1769-1800); Erinnerungen (ca.1910); Korrespondenzen (1847)

622-1 Birt Birt

1836-1896; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Kaufmann;
Tagebücher (1836-1896)

622-1 Blohm Blohm

1877-1941; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Eduard: Schiffswerft-Direktor;
Tagebücher (1877-1939)

622-1 Bluhme Bluhme

1823-1843; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Professor, Jurist;
Korrespondenzen (1823-1843)

424-88/9 Blumenfeld

1854-1916; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Otto: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1854-1879, 1890-1916)

424-88/10 Bockris

1653-1855; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Schlachtermeister, Hofbesitzer u.a.;
Beruf (17.Jh.-19.Jh.); Haushalt und Vermögen (17.Jh.-19.Jh.)

424-88/11 Boie (Reinhold)

1915-1935; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Propst;
Haushalt und Vermögen (1914-1918); Korrespondenzen (1921-1935)

622-1 Boll Boll

20. Jh.; 0,2 m; ohne Verzeichnis
Karl: Pastor

424-88/12 Bonne

1862-1945; 2,8 m; Bestandsverzeichnis
Georg: Arzt, Sanitätsrat;
Korrespondenzen (1876-1945); Gedichte (1820-1945); Umweltschutz

622-1 Boone Boone

1822-1856; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Heinrich;
Stammbücher (1822-1856)

622-1 Bouchholz Bouchholz

1811-1814; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Karl Christian: Advokat;
Beruf (1811-1814)

622-1 Bouck de Bouck

1846-1847; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Sophie: Stammbücher (1846-1847)

622-1 Bouè Bouè

1862-1937; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Pfarrer;
Beruf (1924-1927); Korrespondenzen (1895-1937)

622-1 Bounken Bounken

ca.1820-1860; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Edward: Käpitän;
Erinnerungen vom Enkel verfaßt (1945)

622-1 Boutin Boutin

1698-1882; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1813); Tagebücher (1698-1828); Reisetagebücher (1698, 1729-1731); Gedichte (1766, 1776, 1790, 1814)

622-1 Braband Braband

1822-1916; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
Julius: Oberstaatsanwalt, Senator; Carl: Rechtsanwalt; Reichstagsabgeordneter, Senator;
Ehrenamt (1905-1914); Korrespondenzen (1904-1914); Gedichte (1911-1912)

622-1 Brauer Brauer

1907-1973; 2,7 m; Bestandsverzeichnis
Max: Glasbläser, Angestellter, Politiker (SPD), Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1919-1964); Korrespondenzen (1946-1972)

622-1 Breuer Breuer

1875-1991; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Carl: Polizeioffizier, NS-Verfolgter;
Beruf (1917-1991); Korrespondenzen (1945-1990); Haushalt und Vermögen (1917-1983)

622-1 Brinckmann Brinckmann

1798-1910; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Justus: Jurist, Direktor des Museums für Kunst und Gewerbe;
Korrespondenzen (1798-1910)

622-1 Brockes Brockes

1724-1746; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Barthold Heinrich: Jurist, Dichter, Senator;
Haushalt und Vermögen (1735); Erinnerungen (1735); Gedichte (1746)

622-1 Brodmeier Brodmeier

1938-1941; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Karl Georg: Parteifunktionär (Jungvolkführer);
Anschreibekalender (1938-1941)

622-1 Brücke Brücke

1816-1824; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann Gottfried: Arzt

622-1 Brüning Brüning

1815-1860; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Destillateur;
Haushalt und Vermögen (1820-1821, 1844-1860)

622-1 Brütt Brütt

1850-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Maximilian D.: Schulrat;
Erinnerungen (1927)

622-1 Brunnemann Brunnemann

1805-1811; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Glashändler;
Haushalt und Vermögen (1805-1811)

622-1 Buchheister Buchheister

1875-1914; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Max Jürgen: Wasserbaudirektor;
Beruf (o.J.); Korrespondenzen (1893-1902)

622-1 Buehl Buehl

ca.1783-1944; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
v.a. Adolf: Staatsrat;
Korrespondenzen (1944); Erinnerungen (1935)

622-1 Bundsen Jess Bundsen

1801-1828; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Jess: Zeichenlehrer und Maler;
Tagebücher (1801-1807)

622-1 Bunsen Bunsen

18.Jh.-20.Jh.; 0,5 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
bisher v.a. Korrespondenzen

622-1 Burchard Burchard
1904-1965; 0,9 m; Bestandsverzeichnis
Johann Heinrich u. Wilhelm Amsinck Burchard-Motz: Bürgermeister;
Beruf (1931-1965); Ehrenamt (1931-1965); Tagebücher (1906-1913); Erinnerungen (1909)

622-1 Burmester Georg Burmester

1694-1730; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Georg: Lehrer;
Tagebücher (1694-1707, 1719-1730)

622-1 Busch Busch

1,2 m; Ablieferungsverzeichnis
enth. nur familienkundliche Unterlagen

622-1 Buschmann Buschmann

(17.Jh.-) 1826-1991; 0,1 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Musiker, Instrumentenbauer
Beruf (o.D. 1888-1893); Tagebücher (1826-1828); Korrespondenzen (o.D., 1881-1939, 1979-1984), Familiengeschichte

622-1 Campe Campe

1804-1873; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Verleger, Schriftstellerin;
Korrespondenzen (1806-1844)

622-1 Carstens Carstens

1830-1859; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelmine;
Stammbuch (1830-1859)

622-1 Caspar Caspar

1836-1901; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Heinrich Wilhelm: Maurer;
Haushalt und Vermögen (1868-1901)

622-1 Chapeaurouge de Chapeaurouge

1764-1978; 9,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, Notar, Obergerichtsrat; Senator;
Haushalt und Vermögen (1791-1858); Erinnerungen (1949); Korrespondenzen (1814-1845)

622-1 Claudius Claudius

1781-1915; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Matthias und Hermann: Dichter;
Haushalt und Vermögen (1780-1860); Korrespondenzen (1814, 1890-1935)

622-1 Clemm Clemm

1752; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Heinrich Wilhelm: Theologe;
Stammbücher (1732)

622-1 Clodius Clodius

20. Jh.; 3,5 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

622-1 Cordes Cordes

(1771-) 1831-1950; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Höfner und Müller, v.a. Johann Wilhelm Friedhofsdirektor;
Beruf (1831-1876, 1892-1917); Ehrenamt (1892-1917, 1831-1876); Haushalt und Vermögen (1862); Erinnerungen (1900); Korrespondenzen (1885-1950); Gedichte (1885-1915)

622-1 Cramer Cramer

1839-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Theodor: Postangestellter (in den 1860er Jahren ausgewandert);
Tagebücher (1839-1888)

622-1 Cropp Cropp

1792-1888; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
v.a. Friedrich August: Friedrich August: Arzt; Kaufmann, Landwirt, Gelehrter, Jurist;
Beruf (1839-1841); Haushalt und Vermögen (1792-1880); Tagebücher (1827-1828, 1839-1840); Reisetagebücher (1825-1850); Erinnerungen (1827); Korrespondenzen (1813-1851, 1868-1886); Gedichte (19.Jh.)

622-1 Crusius Crusius

1966-1978; 1,5 m; Ablieferungsverzeichnis
Reinhardt: Studentenfunktionär, Dozent für Volkswirtschaft (HWP);
Beruf (1970-1987); Ehrenamt (1966-1971)

424-88/13 Dähnhardt (Harald)
1819-1956; 0,2 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
Harald: Vizeadmiral;
Korrespondenzen (1929-1930)

622-1 Danckert Danckert

1773-1831; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Paul Friedrich: Kaufmann

622-1 Danzel Danzel

(15.Jh.-) 1749-1913; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Professoren, Ärzte, Lehrer, Jurist;
Beruf (1800-1850); Ehrenamt (1874-1884); Haushalt und Vermögen (19.Jh.); Korrespondenzen (1810-1823, 1841-1850); Gedichte (1. Hälfte 19.Jh.)

622-1 Davids Elise Davids

1857-1896; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Elise: Lehrerin;
Korrespondenzen (1857-1892)

622-1 Delkeskamp Peter Heinrich Delkeskamp

1813-1814; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Peter Heinrich: Kaufmann;
Tagebücher (1813-1814)

622-1 Deppe Luise Deppe

20. Jh.; Kleinbestand; Ablieferungsverzeichnis
Luise (Lulu);
enth. v.a. Fotos (1927-1943) insbesondere zur Kinderlandverschickung(1941-1943)

622-1 Dieck Dieck

(1780) 1826-1857; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich Gottlieb: Posamentierer;
enth. nur Familienpapiere

622-1 Dieckmann Dieckmann

1694-1780; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Arnold: Kaufmann;
Tagebücher (1694-1780)

622-1 Diestel Diestel

1917; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Arnold: Senatssyndikus, Bürgermeister;
Korrespondenzen (1917)

622-1 Dohnanyi von Dohnanyi

20. Jh.; 106,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Klaus: Jurist, Bundesminister, Bürgermeister, Politiker (SPD)

622-1 Dietz Julie Dietz

(1883-) 1914-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Julie: Pädagogin, Schulleiterin; Susanne: Oberin;
Beruf (1883-1893, 1914-1938); Elise-Averdieck-Schule (1928-1937)

622-1 Donner Donner

1793-1892; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Joachim Hinrich: Makler;
Verfassungsfragen (1839-1841); Grundstücke in Neumühlen und Ottensen (1793-1892)

622-1 Dresser Dresser

1804-1827; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Brauer, Weinhändler;
Haushalt und Vermögen (1804-1827)

424-88/14 Dreyer

1837-1839; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Joachim Christian: Reeder; Ernst: Schiffsbaumeister;
Haushalt und Vermögen (1850-1900); Reisetagebücher (1837-1839); Korrespondenzen (1837-1839)

424-88/15 Dultz-Brammer

1804-1895 (1938); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (18.Jh.-19.Jh.); Gedichte (19.Jh.-20.Jh.); dänische Blockade, Grönlandfahrt (1804-1849)

622-1 Dunte Catharina Dunte

1652-1889,1954-1982; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Zuckerbäcker, Stifter;
Armenstiftung Dunte'sche Schule (1692-1889); Haushalt und Vermögen (1680-1710); Korrespondenzen (1656-1709); Catharina Dunte-Testament (1954-1982)

622-1 Eckhoff Eckhoff (Eichhoff)
1684-1864; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Ratsherr;
Familienbuch (1684-1864)

622-1 Effenberger Effenberger
20. Jh. ; 0,2 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Hartmut: Mitarbeiter Landesbildstelle, Heimatforscher;
bisher nur Unterlagen zur Geschichte Sülldorfs

622-1 Eggers Eggers

1577-20. Jh.; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (ca.1810-1920); Erinnerungen verfaßt von Enkelin eines Mitinhabers (1948)

424-88/16 Ehrenberg (Richard)

1897; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Richard: Professor, Historiker;
Materialsammlung zu Blankenese, Wedel, Dockenhude, Nienstedten und Flottbek

622-1 Eiffe Eiffe

1800-1972; 2,7 m; Bestandsverzeichnis
v.a. Franz-Ferdinand: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1831-1840); Tagebücher (1880-1845); Reisetagebuch (1841-1927); Erinnerungen (1834); Korrespondenzen (1846-1953); Stammbücher (1835-1860)

622-1 Eitzen von Eitzen

1625-1632; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Jurist, Kaufmann, Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1625-1632)

622-1 Ellmar Paul Ellmar

1789-1963; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Paul: Schauspieler, Theaterkritiker, Schriftsteller;
Beruf (1907-1962); Korrespondenzen (1881-1962); Stammbücher (1892-1900); Gedichte (1842-1869)

622-1 Elias Elias

1876-1996; Mikrofilm (56 Einheiten); Bestandsverzeichnis
Jüdische Familie;
Korrespondenzen (o.D., 1917-1919 1933-1951); Haushalt (1927-1928, 1938-1939)

424-88/17 Elmenhorst

1870-1905; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich Wilhelm: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1872-1905); Korrespondenzen (1870-1971)

622-1 Engel-Reimers Engel-Reimers

1804-1932 (1955); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Julius Arzt; Charlotte: Professorin;
Haushalt und Vermögen (ca.1900-1960); Korrespondenzen (1906, 1928)

622-1 Engelhart Engelhar(d)t

ca.1900; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Josef: Kunstmaler;
Erinnerungen (ca.1908)

622-1 Faulwasser Faulwasser

1738-1944; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Julius: Architekt;
Beruf (1933-1944); Haushalt und Vermögen (ca.1730-1920); Reisetagebücher (1907);
Erinnerungen (1902-ca.1950); Korrespondenzen (1893-1894, 1934-1935)

622-1 Fischer-Trachau Otto Fischer-Trachau

(1902) 1904-1980; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Otto: Kunstmaler, Innenarchitekt, Lehrer;
Beruf (1925-1952); Ehrenamt (1925-1952); Haushalt und Vermögen (1912, 1934-1958); Erinnerungen (ca.1957); Korrespondenzen (1930-1955)

622-1 Fischer W. E. Fischer

(1758) 1814-1869; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Wilhelm Ernst: Kaufmann;
Beruf (1814-1868); Korrespondenzen (1861)

622-1 Fittig Fittig

1846-1852; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Heinrich: Getreidemakler;
Anschreibebücher (1846-1852)

622-1 Foerster Foerster

20. Jh.; 0,1 m; Ablieferungsverzeichnis
Ernst: Studienrat, Dozent für Literatur und Philosophie, Pfadfinderinnenbewegung, Jugendhochschulgemeinde;
Beruf; Ehrenamt

622-1 Friederichsen Friederichsen

1908-1913; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ludwig: Kartograph, Buchhändler;
Erinnerungen (1913)

622-1 Gaedechens Gaedechens

ca.1775-1899; 1,7 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Zuckerfabrikanten, Offizier, Professor;
Beruf (ca.1775); Ehrenamt (1814-1871); Haushalt und Vermögen (19.Jh.); Reisetagebücher (1815-1816, 1870-1872); Erinnerungen (1818-1901); Korrespondenzen (1812-1876); Gedichte (1847)

622-1 Gallois Gallois

1773-1896; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1814-1846)

622-1 Garvens Garvens

(1702-) 1871-1967; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Erwin: Direktor des Rechnungsamtes, Arzt, Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1940-1956); Tagebücher (1845-1967); Reisetagebücher (1865-1868); Korrespondenzen (1935-1967); Gedichte (ca.1890-1963)

424-88/63 Gayen

18. Jh.-20. Jh.; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Kapitän, Kaufleute, Reeder;
Erinnerungen zu Firma und Familie (o.J.)

622-1 Geffcken Geffcken

1813-1861; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Heinrich: Kaufmann, Syndikus, Senator;
Korrespondenzen (1813-1814, 1850-1861)

424-88/18 Gehrt (Bruno)

ca.1300-1790 (1936); 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Bruno: Postamtmann;
Personengeschichte Pinneberg

622-1 Genzsch Genzsch

(1779-) 1799-1945 (1959, 1963); 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Schriftgießer, Historiker;
Beruf (1833-1838, 1850-1913, 1933-1936); Reisetagebücher (1897); Erinnerungen (1945); Korrespondenzen (1833-1920); Gedichte (1844); Familienforschung; Firmenunterlagen Genzsch & Heyse (1833-1936)

622-1 Gerdes Gerdes

1803-1891; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Tagebücher (1803-1891)

622-1 Gericke Joh. Conrad Gericke

1770-1851; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Conrad: Superintendent;
Stammbücher (1770-1808, 1824-1851)

622-1 Gerling Gerling

1808-1809; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Christian Ludwig: Professor, Astronom, Physiker;
Stammbücher (1808-1809)

622-1 Glass Glass

1943-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann: Hausmakler;
Tagebücher der Ehefrau (1943-1945); Gedichte (1944-1945)

424-88/19 Glaub

1792-1887 (1936); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Tischlermeister, Bäckermeister u.a.;
Haushalt und Vermögen (1797-1802, 1818-1821, 1836-1860, 1886); Korrespondenzen (1832-1867, 1887, o.J.)

622-1 Glogau Glogau

(1805-1976) 1994; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Emilie;
Firmengeschichte Buchhandlung Glogau (o.D., 1828-1976), Theater (1875-1879)

622-1 Godeffroy Carl v. Godeffroy

(1557-) 1669-1906; 4,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Advokat, Diplomat, Gutsbesitzer;

Beruf (ca.1810-1910); Ehrenamt (1854-1870, 1893-1906); Haushalt und Vermögen (1770-1906); Tagebücher (1823-1826, 1840-1848); Reisetagebücher (1804-1864); Erinnerungen (ca.1830); Korrespondenzen (1788-1906)

622-1 Goldschmidt A. Goldschmidt

1834-1953; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Adolph: Professor;
Beruf (1912-1938); Haushalt und Vermögen (1941-1942); Tagebücher (ca.1880-1945); Reisetagebücher (ca.1880-1945); Korrespondenzen (1903, 1930-1943)

424-88/20 von der Goltz (Karl Alexander)

1799-1802; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Karl Alexander: Offizier;
Beruf (1799-1802)

622-1 Gossler Gossler

1743-1953; 7,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Juristen, Herrenschenk, Offizier;
Beruf (1754-1899); Ehrenamt (1887-1899, 1918-1935); Haushalt und Vermögen (1765-1819, 1830-1850, 1862-1943); Tagebücher (1743-1797, 1914-1918); Reisetagebücher (1866-1898); Erinnerungen (1849,1918); Korrespondenzen (1806-1950); Gedichte (1904); Sport, Einwohnerwehr, Stahlhelm (1868-1953)

424-88/21 Gottsche

1734-1903; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Arzt, Professor;
Haushalt und Vermögen (1805, 1824-1837, 1854); Korrespondenzen (1779, 1836); Gedichte (1734, 1802, 1818)

622-1 Goverts Goverts

1543-1967; 3,5 m; Bestandsverzeichnis
Makler, Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1829-1942); Tagebücher (1882-1898, 1914-1919); Reisetagebücher (1820, 1841-1878, 1923-1924); Erinnerungen (ca.1925, 1942, 1953, 1954); Korrespondenzen (ca.1800, 1892-1932)

622-1 Graffen Graffen

1784-1819; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Jurist; Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1784-1819); Stammbücher (1793-1808)

622-1 Grenz Siegfried Grenz

1945-1977, 1984-1989; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Siegfried: Polizeimusiker;
Beruf (1960-1985); Korresondenzen (1957-1975); Fotoalben (1945-1984)

622-1 Gries Gries

1789-1847; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Karl und Johann Dietrich: Juristen;
Korrespondenzen (1796-1819)

622-1 Gronovius Gronovius

1675-1695 (1870); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Professoren, Juristen, Offizier;
Korrespondenzen (1655, 1675-1679, 1692-1695)

622-1 Günther Joh. Senator Joh. Arnold Günther

1744-1805,(1949-1950); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Arnold: Jurist; Senator;
Rede an die Bürgerschaft (1792); Korrespondenzen (1778-1785)

424-88/22 Gurlitt

1802-1897; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Johann August Wilhelm: Golddrahtzieher, Kaufmann; Cornelius: Komponist; Louis: Maler;
Beruf (1839-1845); Haushalt und Vermögen (1839-1845); Erinnerungen (1875); Korrespondenzen (1802ff., 1834-1897); Gedichte (1802ff.); Geschäftsbriefe der Fa. A.J.W. Gurlitt & Co. (1812-1813)

622-1 Haas Haas

1949-1993; 4,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Diether: Jurist, Staatsrat;
Beruf (1949-1993); Briefwechsel (1957-1983)

622-1 Hachmann Hachmann

1854-1906; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Gerhard: Anwalt, Präsident der Bürgerschaft, Bürgermeister;

Haushalt und Vermögen (1860-1868)

622-1 Hacht von Hacht

1845-1882; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hein: Landvogt;
Haushalt und Vermögen (1851-1882); Korrespondenzen (1845-1878)

622-1 Hagedorn Hagedorn

1679-1994; 1,0 m; ohne Verzeichnis
enth. nur familienkundliche Unterlagen

622-1 Hahn Dr. med. Samuel Hahn

1814-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Samuel: Arzt;
Beruf (1853-1866); Tagebücher (1824, 1863); Korrespondenzen (ca.1800-1850); Gedichte (ca.1800-1850)

622-1 Hallbach Dr. Gustav Hallbach

1917-1926; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Gustav: Anwalt;
Tagebücher (1917-1926)

622-1 Haller Martin Haller

1800-ca.1929 (1963); 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Anwalt, Architekt; Bürgermeister;
Beruf (1844-1876, 1915-1918, 1930-1934); Haushalt und Vermögen (1831, 1850-1852); Tagebücher (1834-1871); Reisetagebücher (1857-1858); Erinnerungen (1920); Korrespondenzen (1800-1876, 1919, 1927-1934); Gedichte (1800-1929)

622-1 Halske Halske

1797-1830; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Nikolaus Hermann: Lehrer;
Stammbücher (1797-1830)

622-1 Hamann Hamann

1869-1894; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Karl: Lehrer;
Beruf (1892)

622-1 Hanbury Hanbury

1784-1864; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Versicherungsmakler;
Ehrenamt (1784-1790); Haushalt und Vermögen (1815-1828, 1823-1864)

424-88/23 Harbeck (Wilhelm)

1887-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Syndikus, Senator;
Korrespondenzen (ca.1925-1936); Stammbücher (1887-1928)

430-88 Nachlässe, Familien- und Gutsarchive Harburg

(1833-1705) 1724-1950; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
u.a. Familienarchive Woellner (Familienbuch, 1751-1885); Lauenbrucher Bauer (Quittungsbuch, 1743-1859); Justizrat Palm (Personalpapiere, 1884-1907); Rektor und Heimatforscher Ernst Reinstorf (Lebenserinnerungen, 1936-1948); Fabrikant, Bürgervorsteher, Senator Kayser (Briefe, 1936-1948); Rektor und Heimatforscher Lübbers (Briefe, 1941-1947); Thörl (Lebenserinnerungen); Moorburger Familien (1695, 1700, 1807-1878); Schriftsteller und Politiker Waltemath (1849-1944); Grote (1388, 1441, 1556-1659); Verwaltung des Groteschen Burglehens in Harburg (1744-1940); Lehnsgut Neuhof (Familie Grote) (1705)1768-1895

622-1 Harden Harden

1774-1810; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Tischler

622-1 Harder Hans Hans Harder

1907-1985; 11,8 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte

Heinrich: Lehrer; Hans: Senatssyndikus, Präsident des Rechnungshofes;
Beruf (1921-1970); Ehrenamt (1926-1983); Haushalt und Vermögen (1924-1985); Tagebücher (1945-1970); Terminkalender (1936-1983); Reisetagebücher (1924-1960); Erinnerungen (1876-1983); Korrespondenzen (1922-1983)

622-1 Harder Hermann Hermann Harder

1857-1916; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1864-1916)

622-1 Harms Harms, Moorburg

1693-1892; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Bauer;
Haushalt und Vermögen (1690-1830)

622-1 Hart Hart

1927-1988; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Oskar Friedrich Peter: Fräser;
Korrespondenzen (1936-1964), Gedichte (1927-1949, 1957), enth. v.a. Liebesbriefe an seine Frau Henny

622-1 Hartmann Hartmann

1817-1901; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Karl Friedrich August: Professor, Redakteur;
Korrespondenzen (1800-1850)

622-1 Hartung Hartung

1725-1846; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Lakenhändler, Jurist, Amtsschreiber, Apotheker;
Beruf (1756-1821, 1846); Haushalt und Vermögen (1798-1821, 1846); Korrespondenzen (1792-1840)

424-88/24 Harz (Carl)

1921-1931; Kleinbestand; ohne Verzeichnis
Carl: Schiffsmakler, sozial-religiöser Schriftsteller;
enth. nur zwei Tagebücher

622-1 Hasche Hasche

19. Jh.-20. Jh.; 0,2 m; ohne Verzeichnis
v.a. Theodor: Kaufmann, Autor; Walter: Rechtsanwalt, Bürgerschaftsmitglied, Vorstandssprecher der Deutschen Schiffsbeleihungsbank

622-1 Hase de Hase

1835-1873; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Cornelius Eduard und Eduard: Kaufleute;
Reisetagebücher (1835); Korrespondenzen (1870-1873, 1894)

622-1 Hastedt Hastedt

1876-1952; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1884-1901); Korrespondenzen (1876-1879)

622-1 Hayn Hayn

1821-1929; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Max Theodor: Kaufmann, Senator, Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1863-1868, 1880-1908); Reisetagebücher (1843); Erinnerungen, vom Enkel verfaßt (1925); Korrespondenzen (1821-1897)

622-1 Heckscher Heckscher

1841-1874,1923; Film; Bestandsverzeichnis
Antoine: Sängerin; Moritz: Advokat, Diplomat; Reichsminister;
Korrespondenzen (1847-1874); Gedichte (1850-1970)

622-1 Heinsen Heinsen

20. Jh.; 2,0 m; ohne Verzeichnis ; besondere Genehmigungsvorbehalte
Ernst: Jurist, Politiker (SPD), Senator

622-1 Heise Carl Carl Georg Heise

(1933) 1792-1991; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Carl Georg: Kunsthistoriker, Direktor der Kunsthalle; Kaufleute
Beruf (1843-1876, 1933-1960); Ehrenamt (1843-1876, 1933-1960); Haushalt und Vermögen (1847-1869, 1918-1979); Korrespondenzen (1847-1860, 1918-1979); Gedichte (1792-1824, 1947, 1950)

622-1 Heise Chr. Chr. Barthold Heise

1825-1826; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Christoph Barthold: Offizier;
Reisetagebücher (1825-1826)

622-1 Heisig Heisig

1935-1984; 0,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Heinz: Kinobesitzer (Waterloo-Filmtheather, Esplanade-Theater), Herausgeber der Zeitschrift Film-Echo, Wirtschaftsverband der Filmtheater;
bisher Beruf; Ehrenamt; Film-Echo (1947-1955)

622-1 Hennig Hennig

1897-1964; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Pastoren, Sozialfürsorgerin;
Beruf (1935-1954); Haushalt und Vermögen (1925-1964); Tagebücher (1897-1901); Erinnerungen (1920-1977); Gedichte (1908, 1914)

424-88/25 Henop

1792-1934; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Arztfamilie;
Beruf (1822); Haushalt und Vermögen (1917); Tagebücher (1860-1880); Reisetagebücher (19.Jh.); Korrespondenzen (1832-1934); Gedichte (19.Jh.)

622-1 Herbst Herbst

1830-1893; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ludwig Ferdinand: Lehrer

622-1 Herf Herf

1785-1788; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
(Student);
Stammbücher (1785-1788)

622-1 Hernsheim Hernsheim

1874-1886; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Eduard: Kaufmann;
Beruf (1874-1885); Tagebücher (1880-1886); Erinnerungen (1917)

622-1 Hertz Adolph Adolph Hertz

1748-1933; 3,3 m; Bestandsverzeichnis
Juristen, Gelehrte, Kaufmann, Diplomat, Soldat, Mitarbeiterin beim Roten Kreuz; Physiker; Senator;
Beruf (1883-1933); Ehrenamt (1887-1899); Haushalt und Vermögen (1826, 1837-1966); Tagebücher (1863, 1878-1955); Reisetagebücher (1863, 1923-1928, o.J.); Erinnerungen (1851, 1874, 1918); Korrespondenzen (ca.1800-1971); Stammbücher (1899-1944); Gedichte (1857, 1883, 1913-1960); Schauspiele; Kochrezepte; Horoskope

622-1 Hertz Gustav Gustav Hertz

(1796) 1813-1975; 7,4 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet; besondere Genehmigungsvorbehalte
Senator, Kaufmann, Ratsherr, Physiker, Jurist, Kunstmaler, Botschafter, Schriftsteller, Privatgelehrter;
Beruf (1849, 1877-1960); Ehrenamt (1919-1933); Haushalt und Vermögen (1864-1966); Tagebücher (1863, 1899-1955); Reisetagebücher (o.J., 1863, 1923, 1928); Erinnerungen (1838-1851, 1876, 1907, 1914-1919); Korrespondenzen (1842-1975); Gedichte (1857)

622-1 Hertz Hans Hans W. Hertz

26,0 m; vorläufiges Verzeichnis, z.T. unverzeichnet
Hans W.: Verfolgter des NS-Regimes, Notar, Genealoge

622-1 Hey Hey

1752-1808; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Klostervogt;
Haushalt und Vermögen (1750-1810); Korrespondenzen (1767)

622-1 Heyck Heyck

1823-1825; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Arzt;
Reisetagebücher (1823-1825)

622-1 Heydorn Heydorn

1872-1973; 2,3 m; Bestandsverzeichnis

Wilhelm: Ev.-luth. Pastor, Lehrer, Heilpraktiker;
Beruf (1905-1921, 1928); Haushalt und Vermögen (1929-1933); Erinnerungen (1903, 1949, 1958); Korrespondenzen (1904-1964)

622-1 Heymann Heymann

1856-1859; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Elise;
Stammbücher (1856-1859)

424-88/26 Hintze

Kleinbestand; ohne Verzeichnis
Otto: Genealoge;
Materialsammlung zu Lurup

622-1 Hirsch Hirsch

1869-1887; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl Hermann August: Oberstaatsanwalt, Reichsbankkommissar;
enth. nur Zulassungen, Ernennungen, Beeidigungen

622-1 Hodges George Lloyd Hodges

1839-1849; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
George Lloyd: Generalkonsul Großbritanniens in Hamburg;
Beruf (1839-1849); Korrespondenzen (1841-1845)

622-1 Höber Höber

1777-1879; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Joachim: Offizier

622-1 Hoffmann Catharina Catharina Hoffmann

1835-1845; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Catharina;
Stammbücher (1835-1845)

622-1 Hoffmann Konrad Konrad Hoffmann

20. Jh.; 35,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Konrad: Bankkaufmann;
u.a. Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, Deutsch-Israelische Gesellschaft, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

424-88/27 Hoffmann, Paul Theodor

(1843-) 1927-1944; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Paul Theodor: Redakteur, Archivar;
Erinnerungen (1948); Korrespondenzen (1927-1944); Gedichte (19.Jh.-20.Jh.); Materialsammlung zu Kaufmannsfamilien (o.J.)

622-1 Hollander Hollander

ca.1900; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl Wilhelm: Malermeister, Schriftsteller;
Erinnerungen, verfaßt vom Sohn (ca.1900)

622-1 Hollburg Hollburg

vor 1939; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Gustav: Schulrat;
Erinnerungen (1934)

622-1 Holte vom Holte

1377-1674; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Joachim: Ratsherr; Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1350-1880), Kommenden

622-1 Holthusen Joachim Joachim Holthusen

vor 1580; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Joachim: Ratsherr

622-1 Holthusen Wilhelm Wilhelm Holthusen

1,0 m; ohne Verzeichnis
Wilhelm: Familienforscher; Hermann: Professor, Radiologe;
enth. v.a. 10 Karteikästen mit genealogischen Unterlagen

622-1 Holtzapfel Holtzapfel

1834-1912; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Eduard: Kaufmann;
Tagebücher (Familienchronik) (1879-1910); Reisetagebücher (1856-1873); Korrespondenzen (1840-1850)

622-1 Hops Hops

1809-1853; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Joachim Peter und Johann Peter: Arbeiter;
Korrespondenzen (1809-1852)

622-1 Horst to der Horst

1550-1804; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Offizier;
Stammbücher (1550-1804); Gedichte, Kantaten (1770-1785)

622-1 Hothmer Hothmer

ca.1919-ca.1957; 0,3 m; vorläufiges Verzeichnis
Martha: Lehrerin;
Tagebücher; Korrespondenzen (1939-1957); Fotos, Postkarten (1919-1957)

622-1 Hude van der Hude

1696-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Herbord: Oberalter;
enth. nur Interessentschafts- und Rechnungsbuch einer von H. gestifteten Kapelle (1696-1876)

622-1 Hudtwalcker Hudtwalcker

1807-1864; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Martin Hieronymus: Rechtsanwalt, Senator;
Tagebücher (1848-1860); Korrespondenzen (1804-1827, 1840-1851); Stammbücher (ca.1830-1860); Gedichte (1802-1812)

622-1 Hübbe Hübbe

1762-1973; 1,7 m; Bestandsverzeichnis

Juristen, Beamte, Wissenschaftler, Lehrer, Pastor, Schriftsteller, Kaufmann;
Beruf (1786-1883); Ehrenamt (1830-1881); Reisetagebücher (1826-1886, 1921-1927); Erinnerungen (ca.1835); Korrespondenzen (1808-1969); Stammbücher (1783-1784); Gedichte (1845-1878); Festspiel

424-88/28 Hüllmann

1788-1838; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Carl: Filzmacher, Handlungsgehilfe;
Erinnerungen (1792); Korrespondenzen (1791-1838, o.J.)

622-1 Janzen Janzen

20. Jh.; 61,0 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Rudolf: Professor der Medizin (Neurologe);
Beruf; Erinnerungen; Korrespondenzen; enth. auch Patientenkarteien

622-1 Jencquel Jencquel

1798-1825; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Jacob Hinrich: Kaufmann, Politiker, Senator;
Beruf (1798-1825)

622-1 Jenisch Jenisch

1808-1899; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Gutsbesitzer, Senatoren;
Ehrenamt (1839-1851); Haushalt und Vermögen (1808-1899); Korrespondenzen (1812-1814, 1867-1872); Stammbücher (1813-1822); Freischule Jenisch in Lübeck (1851-1853)

622-1 Jericke Jericke

1825-1850; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Johann Friedrich: Tischlermeister (ausgewandert nach Brasilien);
Korrespondenzen (1825-1837, 1850)

622-1 Jochimsen Jochimsen

2. Hälfte 20. Jh.; 3,8 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Hanno: Direktor der Stiftung Hamburger Öffentlichen Bücherhallen

622-1 Jong Jan de Jong

1731; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Jan: Kattundrucker;
Haushalt und Vermögen (1731)

622-1 Junge Junge

vor 1949; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann: Lehrer;
Erinnerungen (1932)

622-1 Jungmann Major Eduard Jungmann

1849-1909; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Eduard: Major;
Korrespondenzen (1849-1851); Krieg gegen Dänemark (1849)

622-1 Kaeckenhoff Kaeckenhoff

1877-1878; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann: Kaufmann;
Korrespondenzen (1877-1878)

622-1 Kärsten Kärsten (Korsten)

1753-1783; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Johann;
Stammbücher (1753-1783)

622-1 Kalbitzer Kalbitzer

(1918, 1928) 1937-1992; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Helmut: Widerstandskämpfer, Politiker (SPD), Gewerkschafter, Verleger;
Beruf (1945-1993); Ehrenamt (1945-1993); Korrespondenzen (1953-1963, 1973-1992); Unterlagen zu Widerstand und Verfolgung (1937-1951)

622-1 Kauffmann Kauffmann

1651-1825; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Caspar Daniel: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1750-1815); Gedichte (ca.1750, 1775)

622-1 Kellinghusen Kellinghusen

(1401) 1555-1901; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Geistliche, Juristen, Hofbesitzer, Archivar; Ratsherr, Bürgermeister;
Beruf (1744-1799); Ehrenamt (1778); Haushalt und Vermögen (ca.1550-1760, 1787-1851, 1878); Korrespondenzen (1555, 1743, 1793, 1800-1816, 1883-1886); Stammbücher (1709-1710); Gedichte (18.Jh.-19.Jh.); Hausmittel gegen Krankheiten

622-1 Kempf Hermann Kempf

(1926,1934) 1937-1975; 3,0 m; Bestandsverzeichnis
Hermann: Seeoffizier, Reedereigeschäftsführer;
Beruf (1948-1973); Reisetagebücher (1938-1959); Korrespondenzen (1946-1969)

622-1 Kentzler Kentzler

1653-1942; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (17.Jh.-20.Jh.)

622-1 Kern Kern

1957-1993; 8,0 m; ohne Verzeichnis
Helmuth: Kaufmann, Politiker (SPD), Senator

622-1 Kiep-Altenloh Kiep-Altenloh

1928-1983; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Emilie: Politikerin (DDP, FDP), Mitglied des Reichstages, des Bundestages, der Bürgerschaft, Senatorin, Förderin sozialer Einrichtungen;
Erinnerungen (1982); Korrespondenzen (1936-1982)

622-1 Kiesselbach Kiesselbach

1879-1950; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Oberlandesgerichtspräsident; Arnold: Senatssyndikus;
Beruf (1931, o.J.); Tagebücher (1879, 1891, 1914-1919, 1922-1928); Erinnerungen (1950); Korrespondenzen (1934-1936)

424-88/29 Kirch

1946-1952; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
August: Politiker (SPD), Senator;
Fischwirtschaft (1946-1952)

622-1 Kirchenpauer Kirchenpauer

(1590) 1648-1931; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
v.a.: Gustav Heinrich: Bürgermeister;
Beruf (1832-1887); Ehrenamt (1832-1887); Haushalt und Vermögen (1794-1846); Tagebücher (1831-1848); Erinnerungen (ca.1884); Korrespondenzen (1801-1886, (-1931)); Gedichte (1826-1829, 1855-1886)

622-1 Kirsten Kirsten

1835-1880 (1952,1973); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Heinrich Friedrich.: Kaufmann;
enth. v.a. Unterlagen zu Jane Bloomore

622-1 Klüßendorf Klüßendorf

(1775-) 1912-1993; 0,3 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Ulrich: Zahlmeister; Margarethe: Stewardeß (Seefahrt);
Beruf (1936-1940, 1956-1958); Reisetagebücher (1936-1940, 1956-1958); Korrespondenzen (1936-1948)

622-1 Knauth Knauth

1777-1814; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Christian Gottlieb: Pastor;
Stammbücher (1777-1814)

622-1 Knickmeier Friedrich-Wilhelm Knickmeier

1923-1939; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich-Wilhelm: Händler (Zoologisches Fachgeschäft, tropische Tiere), Zirkusangestellter;
Beruf (1923-1939); Korrespondenzen (1923-1927, 1939)

622-1 Knoll Knoll

1898-1899; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Albert: Ballettmeister;
Pantomimeninszenierungen (1898-1899)

622-1 Knüppeln Knüppeln

1755-1860; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Juristen, Gelehrter

622-1 Koehne Koehne

1870-1932; 5,5 m; Bestandsverzeichnis
Ernst: Schauspielhausdirektor;
Beruf (1870-1932); Korrespondenzen (1899-1932)

622-1 König König

1933-1944; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Otto: Realschulrektor;
Tagebücher (1933-1944)

622-1 Köster Köster

1887-1922; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Arnold: Pastor;
Beruf (1887-1892); Haushalt und Vermögen (1887-1922)

622-1 Köstlin Köstlin

1838-1841; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Heinrich: Student der Philosophie;
Beruf (1838-1839)

622-1 Korff Johannes Korff

1654,1656-1659; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johannes: Pastor, Professor;
Tagebücher (1654-1959)

622-1 Kraft Kraft

1810-1928; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
v.a.: Friedrich Karl: Rektor des Johanneums;
Tagebücher (1893); Erinnerungen (1865); Korrespondenzen (1862-1911); Gedichte (1868); Kochrezepte (1895-1897, 1900)

622-1 Krage Krage

1795-1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Christian: Tischler; Georg: Rektor;
Wanderbuch (1833); Erinnerungen (1919)

622-1 Kramer Senator Gerhard F. Kramer

1966-1970; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Gerhard F.: Jurist, Politiker (SPD), Senator;
Beruf (1966-1970)

622-1 Kramp Kramp

1890-1984; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Werner: Standesbeamter;
Haushalt und Vermögen (1891-1894); Tagebücher (1915-1939); Stammbücher (1890-1982)

424-88/30 Kraus, Georg Eduard

1871-1885; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Georg Eduard: Rechtsanwalt, Gutsbesitzer, Senator;
Beruf (1874-1885); Ehrenamt (1874-1885)

622-1 Kraus Kraus

1920-1969; 0,2 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Friedrich: Volksschullehrer, Gewerkschafter; Sozialhelfer;
Reisetagebücher (1956); Korrespondenzen (1964-1967); Theaterspiele (1923-1961)

622-1 Kresse Kresse

1765-1987; 3,3 m; Bestandsverzeichnis
Walter: Volkswirt, Redakteur, Kustos, Schiffahrtshistoriker;
Beruf (1961-1987); Reisetagebücher (1930-1933); Erinnerungen (1914-1986); Korrespondenzen (1946-1987)

622-1 Krogmann I Bürgermeister Carl Vincent Krogmann

1878-1978; 5,5 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Richard: Kaufmann, Reeder; Carl Vincent: Kaufmann, Politiker (NSDAP); Bürgermeister;
Ehrenamt (1971); Haushalt und Vermögen (1896-1898, 1909); Tagebücher (1914-1919, 1933-1945); Erinnerungen (1915, 1919, 1932, 1945); Korrespondenzen (1879-1951); Tischreden (o.J., 1928)

622-1 Krogmann II Krogmann, in Horn

1778-1886; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Landwirte;
Beruf (1778-1826); Haushalt und Vermögen (1778-1886)

622-1 Krohn Krohn

1738-1940; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Landwirte;
Beruf (1738-1776); Haushalt und Vermögen (1858-1859); Tagebücher (1661-1895); Korrespondenzen (1890-1897, 1934-1940)

622-1 Krüger M. P. und C. Krüger

1786-1869; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Martin Paul und Christian: Makler;
Haushalt und Vermögen (1786, 1808-1828, 1867-1869)

622-1 Krumsiek Krumsiek

1899-1971; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Flugpionier;
Beruf (1899-1938); Reisetagebücher (1914-1961); Korrespondenzen (1901-1966)

424-88/31 Kruse, Fritz August

1874; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Fritz August: Viehkommissionär;
Beruf (1874)

622-1 Kruse Jürgen Elert Jürgen Elert Kruse

1741-1774; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Jürgen Elert: Kirchenschullehrer;
Familienbuch (1741-1774)

622-1 Kunhardt Kunhardt

(18.Jh.) 1809-1811; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ludwig Heinrich: Theologe;
Beruf (1809-1811)

622-1 Kunst Kunst

1905-1910,1937; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Gustav: Kaufmann;
Geschäftspapiere der Fa. Kunst & Albers (1905-1910), Nachlaßregulierung (1937)

622-1 Laeisz Laeisz

1824-1859; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl Marin: Kunstmaler;
Beruf u.a. Wanderbuch (1824-1829)

622-1 Lamp'l Lamp'l

1918-1927; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Walther: Kaufmann, Offizier, Vorsitzender des Soldatenrates Groß-Hamburg, Senator;
enth. v.a. Unterlagen zur Revolutionsgeschehnissen

622-1 Lamprecht Lamprecht

1780-1822; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Philipp Hinrich: Bürgermeister (in Bergdedorf); Adeline (genannt Ada): Malerin;
Haushalt und Vermögen (1780-1822); Tagebücher (ca.1810-1881); Erinnerungen (1832); Korrespondenzen (1822-1823, 1872-1941); Gedichte (1851-1881)

622-1 Landahl Landahl

1895-1971; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Heinrich: Lehrer, Politiker (SPD), Senator;
Beruf (1913-1945); Ehrenamt (1945-1961); Haushalt und Vermögen (1961-1971); Korrespondenzen (1904-1971)

622-1 Lappe Lappe

1484-1867; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Gutsbesitzer;
Beruf (16.Jh.-19.Jh.), Haushalt und Vermögen (1484-1867); Korrespondenzen (16.Jh.-18.Jh.); medizinische Abhandlung (o.J.)

622-1 Lappenberg Lappenberg

(1679-) 1731-1917 (1944); 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Pastor, Arzt, Makler, Rechtsanwalt, Diplomat, Archivar, Senator;
Beruf (1814-1865, 1917); Haushalt und Vermögen (1679-1887); Tagebücher (1829, 1849-1886); Reisetagebücher (1813-1816, 1829-1836, 1854-1890); Erinnerungen (1883, 1915); Korrespondenzen (1765-1908); Stammbücher (1779-1786); Gedichte (1731-1893)

622-1 Lehe von Lehe

1894-1977; 5,0 m; vorläufiges Verzeichnis
Erich: Historiker, Archivar; Karl: Amtsgerichtsdirektor;
Persönliche und Historisch-wissenschaftliche Unterlagen; Familienforschung

622-1 Lehmann Lehmann

1755-1944; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Juristen, Militärarzt, Gymnasialprofessor, Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1824-1929); Erinnerungen (ca.1900, 1942); Korrespondenzen (1889-1897, 1935-1936)

622-1 Lengerke von Lengerke

(17.Jh.) 1794-1851 (1951); 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Caspar: Kaufmann, Beamter, Professor;
Haushalt und Vermögen (1808-1851); Reisetagebücher (1794, ca.1830-1835); Korrespondenzen (1824-1849); Gedichte (1826)

622-1 Leopoldt Leopoldt

1812-1824; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
C.D.;
Stammbücher (1812-1824)

622-1 Lewinger Ernst Lewinger

1869-1879; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ernst: Professor, Schauspieldirektor;
Korrespondenzen (1869-1879); Gedichte (ca.1870)

622-1 Limmer Limmer

1680-1862; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Pastoren, Dekorationsmaler;
Erinnerungen (1862); Korrespondenzen (1680, 1788); Stammbücher (1711-1730, 1780-1800)

622-1 Lindemann Lindemann

ca.1910-1954; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Paul: Senatssyndikus, Journalist, Schriftsteller;
Beruf (1927-1947); Ehrenamt (1946-1955); Erinnerungen (1954); Korrespondenzen (1927-1954)

622-1 Lippmann Lippmann

(16.Jh.) 1837-1966; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Leo: Staatsrat; Arthur: Professor der Medizin;
Beruf (1908-1950); Haushalt und Vermögen (1913, 1918ff.); Tagebücher (1848-1849, 1878-1920); Reisetagebücher (1906-1938); Erinnerungen (1878, 1943); Korrespondenzen (1907-1966)

622-1 Lodde Lodde, Bergedorf

1703-1908; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Brauer, Amtsschreiber;
Beruf (1800-1810, 1855-1873, o.J.); Haushalt und Vermögen (1724, 1806-1834, 1842-1884); Tagebücher (1771-1871); Korrespondenzen (1820-1826); Kochbuch; Jagdkalender

622-1 Löwenfeld Löwenfeld

1878-1897; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Max: Schauspieler;
Beruf (1884); Haushalt und Vermögen (1884); Korrespondenzen (1878-1897)

622-1 Löwengard Löwengard

1911-1940; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kurt: Maler;
Korrespondenzen (1911-1940)

622-1 Lorenz-Meyer Lorenz-Meyer

1724-1958; 9,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Jurist, Domherr; Senator;
Beruf (1730); Ehrenamt (1860-1861, 1878-1916, 1937-1957); Haushalt und Vermögen (1704, 1737-1957); Tagebücher (1803-1814, 1841, 1875-1920); Reisetagebücher (1765-1904); Erinnerungen, teilweise verfaßt von Söhnen und Enkeln (1810, 1853, 1907, 1913, ca.1925, 1931, 1957); Korrespondenzen (1796-1801, 1813-1959); Stammbücher (1779-1789, 1811-1827, 1846-1855, 1871); Gedichte und Lieder (1754-1947)

622-1 Luchtemaker Luchtemaker

1568-1580; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann: Student;
Stammbücher (1568-1580)

424-88/32 Lüders

4,8 m; ohne Verzeichnis

622-1 Lüdert Lüdert

1826-1865; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Landvögte;
Beruf (1826-1865); Haushalt und Vermögen (1826-1865)

622-1 Lüth Lüth

1924-1989; 15,0 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Erich: Journalist, Direktor der Staatlichen Pressestelle, Schriftsteller;
Ehrenamt (1957-1973); Tagebücher (1948); Korrespondenzen (1828, 1939, 1952-1973)

622-1 Lütkens Johann Johann Lütkens

1686-1861; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann: Hutmacher, Bäcker, Offizier;
Haushalt und Vermögen (1761-1862); Reglement des Seekenhauses (1845)

622-1 Lütkens Peter Peter Lütkens

1627-1713; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
v.a. Peter d. Ä. und Peter d. J.: Juristen, Bürgermeister;
Haushalt und Vermögen (1640, 1652-1713); Tagebücher (1687-1689)

622-1 Luther Willi Luther

1934-1994; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Willi: Fotograf;
Fotoarchiv (1930-1977)

622-1 Lutteroth Lutteroth

1808-1948; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Juristen;
Erinnerungen (19.Jh., 1946-1947); Reisekorrespondenz (1895); Stammtafeln (1720-1945); Gedichte (1870-1913); Kinderhilfstag, Opfertage (1911-1916)

424-88/33 Lyser

1835-1916; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Peter: Dichter, Maler, Musiker;
Erinnerungen, verfaßt von der Tochter (o.J.); Korrespondenzen (1835-1844, 1902, 1914-1916); Gedichte (1840-1909)

424-88/34 Maaß-Lind (Katharina)

1918-1935; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Katharina: Theosophin;
Korrespondenzen (1935); Gedichte, Libretto (1918, o.J.); Zahlenmystik

622-1 Mahs Mahs

1820-1849; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Amalie (aus Petersburg);
Stammbücher (1820-1849)

622-1 Marr Wilhelm Marr

1819-1902; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Journalist;
Tagebücher (1891-1901); Reisetagebücher (1854, 1871-1872); Erinnerungen (1891);
Korrespondenzen (1864-1902, o.J.)

622-1 Martens C. W. C. W. Martens

1768-1773,1827-ca.1854; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
C.W.: Student;
Stammbücher (1768-1773)

622-1 Martens J. N. J. N. Martens

1747-1796; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Jakob Nikolaus: Jurist;
Haushalt und Vermögen (1745-1796); Korrespondenzen (1746, 1779-1785)

622-1 Matthaei Matthaei

1921-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
enth. nur Ahnentafeln

622-1 Meier A. Ch. Th. Senator Dr. A. Ch. Th. Meier

1811-1852; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
August Christian Theodor: Jurist, Senator;
Korrespondenzen (1811-1819, 1830-1852)

622-1 Meier Heinr. Chr. Heinrich Christian Meier

1905-1987; 17,0 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Heinrich Christian: Schriftsteller, Dramaturg, Astrologe;
Beruf (1922-1987); Ehrenamt (1930-1987); Haushalt und Vermögen (1946-1986); Tagebücher (1935-1987); Reisetagebücher ((1956-1961); Korrespondenzen (1927-1987); KZ Neuengamme (1939-1986); Astrologie (1930-1987)

622-1 Meier-Thur Meier-Thur

20. Jh.; 2,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Der Bestand enth. bisher vor allem Unterlagen zu Hugo Meier-Thur (Maler und Graphiker, Professor an der Hanseatischen Hochschule für Bildende Künste, 1943 in Gestapo-Haft umgekommen), Walter Funder (Schriftsteller, Publizist, 1943-1945 Gestapohaft) und Gerda Rosenbrock-Wempe sowie den künstlerischen Nachlaß von Hugo Meier-Thur. Die Unterlagen wurden von Frau Malvida Heisig (ehem. Wilckens-Meierthur) im Staatsarchiv deponiert.

622-1 Melhop Melhop

1816-1943 (-1985); 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Wilhelm Peter: Kaufmann; Wilhelm: Oberbaurat;
Tagebücher (1816-1832); Korrespondenzen (1838); Gedichte, Dramen, Prosa (1823-1844, o.J.); bauhistorische und heimatkundliche Forschungen

622-1 Melle von Melle

1842-1846; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Emil: Kaufmann;
Stammbücher (1842-1846)

622-1 Mendel Mendel (Mendahl)

1810-1817; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ludwig Carl Adolph;
Stammbücher (1810-1817)

622-1 Merck Merck

1810-1936; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, HAPAG-Direktor, Senatssyndikus; Senator;

Beruf (1905-1933); Ehrenamt (1896-1937); Haushalt und Vermögen (1810-1937); Tagebücher (1922-1934); Reisetagebücher (1881-1884, ca.1900-1914, 1933); Erinnerungen (1919, 1921, 1934); Korrespondenzen (1825, 1838-1937); Gedichte (19.Jh.); Frauenverein (1815); Briefe der Familie von Bismarck (1843-1901)

622-1 Mestern Mestern

20. Jh.; 7,3 m; Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Hans: Staatsrat, Präsident der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche

622-1 Mettlerkamp Mettlerkamp

1792-1850; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
David Christopher: Kaufmann, Offizier;
Beruf (1815-1844); Haushalt und Vermögen (1825-1827); Reisetagebücher (1808, nach 1825); Korrespondenzen (1792, 1808-1850); Spottverse (o.J.)

622-1 Meyer Franz Franz Andreas Meyer

1686-1915; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Franz Andreas: Oberingenieur der Baudeputation;
Beruf (1850-1906); Ehrenamt (1862-1901); Haushalt und Vermögen (1885); Familienbücher (1686-1914); Reisetagebücher (1898); Korrespondenzen (1815-1914); Stammbücher (ca.1870); Gedichte, Dramen (1850-1900)

622-1 Meyn Adolf Meyn

1620-1869 (-1950); 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Adolf: Fabrikant, Ingenieur;
Beruf (1863-1930); Ehrenamt (1814-1850); Haushalt und Vermögen (ca.16.Jh.-19.Jh.); Erinnerungen, verfaßt vom Enkel (1949); Korrespondenzen (1839-1876); Stammbücher (1830-1850); Gedichte (1801-1803, 1827)

622-1 Milow Margr. Elisabeth Milow

ca.1748-1794; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Margr. Elisabeth geb. Hudtwalcker;
Erinnerungen (1794)

622-1 Möller Möller, von Möller

(1570-) 1932; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Familienchronik (1579-1815); Ahnentafeln

622-1 Mönckeberg Mönckeberg

1769-1939; 1,1 m; Bestandsverzeichnis
Juristen, Kaufleute, Arzt, Pastor, Redakteur, Lehrer, Senatoren, Bürgermeister;
Beruf (1800-1908); Ehrenamt (1898-1906); Haushalt und Vermögen (1764-1886); Tagebücher (1783-1789, 1812-1815, ca.1830, 1854-1858, 1919-1921); Reisetagebücher (1817, 1830-1838, 1850-1907); Erinnerungen (1897, 1908); Korrespondenzen (1774-1939); Stammbücher (1785-1789, 1807-1831, 1855-1863); Gedichte (19.Jh.)

622-1 Moller vom Baum Moller vom Baum

(17.-19. Jh.) 1905-1908; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
enth. nur personenkundliche Unterlagen und Familiengeschichte

622-1 Moller vom Hirsch Moller vom Hirsch

1538-1765,1876; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Ratsherren;
Haushalt und Vermögen (16.Jh.-18.Jh.); Stammtafeln (1591-1594); Memorialbuch (1546)

622-1 Moorburger Familien Moorburger Familien

1719-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Familien Mack, Ehlers, Schuster, Thienrau, Schwanewede

622-1 Moraht Moraht

1829-1904; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ernst Adolph: Pastor;
Beruf (1852-1879); Erinnerungen (1858)

622-1 Möring Möring

19.Jh.-20.Jh.; 0,6 m; ohne Verzeichnis
enth. bisher v.a. Unterlagen und Abbildungen zu verschiedenen hamburgischen Unternehmen und Persönlichkeiten, die von der Wirtschaftshistorikerin Maria Möring an das Staatsarchiv abgegeben wurden.

424-88/35 Müller, G. L.

(1747) 1777-1897; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
v.a. Georg Ludwig: Vogt, Syndikus; Gutsbesitzer, Kapitän;
Beruf (1777-1842); Ehrenamt (1827, 1840-1843); Haushalt und Vermögen (1747, 1803-1845, 1865-1897); Tagebücher (1827, 1839-1840); Reisetagebücher (ca.1810-1841); Gedichte (1838); Kochrezepte; Meilenzeiger

622-1 Müller Müller

vor 1930-1945; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Martin: Rektor des Johanneums;
Ahnentafeln

622-1 Mutzenbecher Mutzenbecher

1763-1970; 11,7 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1846, 1914); Korrespondenzen (1846); Gedichte (18.Jh.-19.Jh.); Publikationen und Handschriften; Familiengeschichte

622-1 Nabel Nabel

20. Jh.; 0,3 m; ohne Verzeichnis
Ulrich: Rektor des Johanneums, Bauhistoriker

622-1 Neddermeyer Neddermeyer

1806-1903; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Franz Heinrich: Senatskanzlist, Regierungssekretär;
Beruf (1800-1850); Haushalt und Vermögen (1785, 1820-1851); Reisetagebücher (1806-1815, 1835-1846); Erinnerungen (1849-1858); Korrespondenzen (1809-1844); Gedichte (1800-1850); Hamburger Brand (1842-1846)

622-1 Nehls Nehls

1849-1915, 1969-1989; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Johann Christian: Wasserbaudirektor;
Beruf (1871-1898); Haushalt und Vermögen (1872-1892 (1938, 1966-1976); Korrespondenzen (1874-1915, 1969-1989); Gedichte (o.D., 1885-1888)

622-1 Nehlsen Nehlsen

1830-1909; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Rudolph Friedrich: Historiker, Pastor;
Manuskripte zur Geschichte Dithmarschens und Hamburgs (1908, 1909); Predigten (1830-1834, 1848-1849)

622-1 Neubauer Neubauer

1899-1938; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ida: Hausdame (bei Familie Laeisz);
Erinnerungen (1938)

622-1 Neumann Neumann

19. Jh.; 0,2 m; ohne Verzeichnis
Margarethe;
Korrespondenzen

622-1 Neumann/Dorn Neumann/Dorn

20. Jh.; 1,5 m; ohne Verzeichnis
Korrespondenzen

622-1 Ney Ney

1936-1957; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann: Schlosser, Schiffbautechniker;
Beruf (o.J., 1938-1944, 1957)

622-1 Nieber Nieber

1777-1854; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl Heinrich: Seemann, Kaufmann, Landwirt;
Erinnerungen (1836)

424-88/36 Niese (Charlotte)

1903-1934; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Charlotte: Schriftstellerin;
Korrespondenzen (1903, 1916-1934)

622-1 Nirrnheim Nirrnheim

1796-1945; 1,3 m; Bestandsverzeichnis
Schulvorsteher, Kaufleute, Archivar, Anwalt;
Beruf (1850-1933); Ehrenamt (1849-1937); Haushalt und Vermögen (1820-1932); Tagebücher (1834-1840); Reisetagebücher (1838-1914); Erinnerungen (o.D., 1902 ff.): Korrespondenzen (1849-1943); Gedichte (1828-20.Jh.)

622-1 Nölting Nölting

1771-1892; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Gärtner, Kaufleute, Pastoren;
Haushalt und Vermögen (1849-1892); Erinnerungen (ca.1885); Erziehungsfragen (1771)

622-1 Nolte Nolte

1772-1895; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Hinrich: Kaufmann, Konsul; Ernst Ferdinand: Professor;
Haushalt und Vermögen (1779); Erinnerungen (1840); Korrespondenzen (1779-1786, 1812-1858); Gedichte (ca.1780)

622-1 Nonne Nonne

1812-1986; 6,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
v.a. Max: Arzt;
Beruf (1892-1944), Ehrenamt (1951); Haushalt und Vermögen (1828-1982); Tagebücher (1913-1918, 1938, 1940-1948); Reisetagebücher (1833); Erinnerungen (1933, 1939); Korrespondenzen (1851-1984); Gedichte (1841-1954)

424-88/37 Nopitsch

1845-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelm Hermann: Kaufmann, Senator, Museumsgründer;
Ehrenamt (1846-1866); Reisetagebücher (1845-1847, 1858); Erinnerungen (1936); Korrespondenzen (1845-1879); Gedichte (o.J.)

622-1 Odemann Odemann

1726-1845; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Bauern, Landvögte;
Beruf (1778-1827); Haushalt und Vermögen (1605-1837); Korrespondenzen (1794-1838); Gedichte (1762, 1805); Arztrezepte (1806-1832)

622-1 Offroy Offroy

1783-1913; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1799-1837, 1873-1875, 1887-1913); Korrespondenzen (1804-1807)

622-1 Ohlendorff (von) Ohlendorff

(1788) 1830-1928; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Johann Heinrich: Gärtner; Heinrich Jacob Bernhard Kaufmann;
Beruf (1830-1837); Haushalt und Vermögen (1836-1857); Tagebücher der Freifrau Elisabeth von Ohlendorff geb. Martens (1880-1928); Erinnerungen, von der Enkelin verfaßt (1926)

622-1 O'Swald O'Swald

1815-1943; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Direktor der HAPAG, Senator, Bürgermeister;
Beruf (1917, 1927, o.J.); Haushalt und Vermögen (1858, 1870-1907, 1936-1937); Reisetagebücher (1850, ca.1930, o.J.); Erinnerungen (u.a. von Hauslehrerin) (1882, ca.1930, o.J.); Korrespondenzen (1858, 1870-1907, 1936-1937); Gedichte (1815-1828, 1856); Predigten

622-1 Otte Otte

1781-1786; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann: Jurist, Amtsverwalter;
Haushalt und Vermögen (1781-1786)

622-1 Parish Parish

(1737-) 1744-1977; 1,2 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, Gutsbesitzer;
Beruf (1815-1851); Ehrenamt (1896-1917); Haushalt und Vermögen (1797-1869, 1893-1932); Tagebücher (1891-1946); Reisetagebücher (1833, 1902-1903); Erinnerungen (1826, 1961); Korrespondenzen (1801-1826, 1859-1861, 1914-1915, 1930, o.J.); Gedichte (1806-1824); Familiengeschichte; Pferdebuch

622-1 Pauli Pauli

1788-1821; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Magdalena;
Korrespondenzen (1788-1821)

622-1 Pauly Pauly

1861-1933; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Carl August und Otto: Assekuranz-Makler;
Haushalt und Vermögen (1871-1933)

622-1 Pehmöller Pehmöller

1826-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Franz Hinrich: Missionssuperintendent; Christian Nicolas: Kaufmann, Senator;
Tagebücher (1824-1836); Stammbücher (1826-1830, 1849-1863, 1876)

622-1 Peiserich Peiserich

1730-1859; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Bauern in Curslack

622-1 Perthes Perthes

1772-1921; 6,5 m; Bestandsverzeichnis
v.a. Friedrich: Buchhändler; Clemens Theodor: Professor,Jurist;
Beruf (1815-1824); Haushalt und Vermögen (1813, 1854-1874); Tagebücher (1809, 1828-1867); Korrespondenzen (1775, 1790-1873, 1909-1921); Gedichte (1785)

622-1 Petersen Petersen

1750-1968; 4,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Juristen, Kaufleute, Stadtbuchschreiber, Senator, Bürgermeister;
Beruf (1830-1954); Ehrenamt (1833-1933); Haushalt und Vermögen (ca.1800, 1829-1969); Tagebücher (1806-1948); Reisetagebücher (1820-1847, 1858-1898, 1909); Erinnerungen, u.a. von der Köchin (1850-1957); Korrespondenzen (1805-1808, 1820-1961); Stammbücher (1852-1888); Gedichte, Szenen, Lieder (1819-1950); Kochrezepte;

622-1 Pfannenstiel Pfannenstiel

1443-1806; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann: Zollschreiber;
Haushalt und Vermögen (1783-1786); Familienchronik (1443-1725)

622-1 Picht Picht

1574; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Diedrich: Bäckermeister (nicht eindeutig);
Haushalt und Vermögen (16.Jh.)

424-88/38 Piper (Paul)

(1567-) 19. Jh.; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Paul: Gymnasiallehrer, Stadtarchivar;
Materialsammlung zu Altona

622-1 Plat Plat

1915-1962; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Martin: Buchhändler, Seemann, Politiker (F.D.P.);
Beruf (1938-1946); Ehrenamt (1948-1959); Korrespondenzen (1931-1960)

622-1 Plaut Plaut

1887-1973; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Rabbiner, Jurist, Sekretär der Deutsch-Israelitischen Gemeinde;
Haushalt und Vermögen (1931-1947); Korrespondenzen (1887-1965)

424-88/39 Poel

1760-1917; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
v.a. Pieter: Herausgeber des Altonaischen Mercurius sowie Wolfgang: Landgerichtsdirektor, Vorsitzender der Alsterdorfer Anstalten;
Korrespondenzen (1799-1804, 1823-1829, o.J.); Erinnerungen (1760-1793, 1841-1917); Gedichte (1795-1821, o.J.)

622-1 Poppe Cornelius Cornelius Poppe

1736-1760; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Cornelius: Ratsherr;
Haushalt und Vermögen (1759)

424-88/40 von Prangen

(1598) 1853-1900; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ludwig: Landgerichtsrat;
Ehrenamt (1876-1900); Haushalt und Vermögen (1598, 1882-1896); Gedichte (o.J.)

622-1 Predöhl Predöhl

1911-1918; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Max: Jurist, Senator, Bürgermeister;
Beruf (1910-1918); Ehrenamt (1910-1918); Korrespondenzen (1915-1917); Gedichte und Lieder auf Wilhelm II. (1915-1917)

622-1 Preller Preller

1775-1961; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Professoren, Kaufmann, Jurist;
Beruf (1798-1923); Haushalt und Vermögen (19.Jh.); Tagebücher (ca.1850, 1904-1907, 1937-1949); Erinnerungen (1917, 1940); Korrespondenzen (1776-1892, ca.1955); Stammbücher (1779-1869); Gedichte, Volkslieder, Prosa (1786-1935), Schulberichte

622-1 Puttfarken Puttfarken

1640-1821; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Brauer (in Bergedorf und Umgebung);
Haushalt und Vermögen (1696-1699, 1814-1821); Korrespondenzen (1640)

622-1 Rabe J. E. Rabe

1850-1906; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Johannes Emil: Kaufmann;
Reisetagebücher (1850-1906)

622-1 Rademacher Rademacher

1945-1971; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Willy Max: Speditionskaufmann, Politiker (F.D.P.);
Beruf (1945-1971); Ehrenamt (1945-1971); Reisetagebücher (1952); Korrespondenzen (1951-1971)

622-1 Randt/Klebe

(1919-1921, 1982-1983); 0,3 m; ohne Verzeichnis
enth. bisher v.a. Unterlagen zu Forschungsarbeiten von Ursula Randt zu den Themen Jüdische Schulen in Hamburg und Judenverfolgung zur Zeit des NS-Regimes

424-88/41 Rahtjen (Carl)

1887-1934; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl: Maler und Zeichner;
Haushalt und Vermögen (1924); Tagebücher (1905-1910); Korrespondenzen (1887-1924); Gedichte (1887-1919)

622-1 Rapp Rapp

1871-1912; 1,4 m; Bestandsverzeichnis
Carl Friedrich Theodor: Senator, Landgerichtsdirektor;
Materialien zu Tagesereignissen, Tagungen, Veranstaltungen etc. (1871-1912)

622-1 Rautenberg Rautenberg

1802-1969; 3,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Lehrer, Völkerkundler, Professor, Jurist, Staatsrat;
Beruf (o.D., 1878-1962); Ehrenamt (1882-1917 (-1957); Korrespondenzen (o.D., 1802-1967); Haushalt und Vermögen (1828-1874, 1911-1937); Erinnerungen (o.D. (1929) 1930); Gedichte (1871-1921, 1948-1977); Bismarck-Vereinigungen (1895-1959); Familiengeschichte; Testamentsvollstreckung Chrysander und Schumacher (o.D., 1893-1961 (-1969))

622-1 Refardt Refardt

1823-1953; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Pfarrer, Senator;
Haushalt und Vermögen (1838-1953); Tagebücher (1893-1953); Reisetagebücher (1892-1894); Korrespondenzen (1823, 1841-1872, 1885-1900, 1914-1917, 1943-1953); Stammbücher (1858-1869, 1885-1891); Gedichte (1867)

424-88/42 Rehder

1810-1906; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Tabakfabrikant

622-1 Reiche von Reiche

1892-1924; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Heinrich Carl Nikolaus: Apothekenbesitzer;
Beruf (1909); Haushalt und Vermögen (1892-1924); Korrespondenzen (1904-1921)

622-1 Reimarus Reimarus

(1655-) 1715-1823; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Professoren, Arzt;
Haushalt und Vermögen (1749-1780, 1817ff.); Korrespondenzen (1655, 1744-1767, 1785-1802); Gedichte (18.Jh.)

622-1 Reimbold Reimbold

1502-ca.1840; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Schreiber, Jurist, Pastor, Kaufmann, Senator;
Haushalt und Vermögen (1640-ca.1840); Korrespondenzen (1733, 1749-1770); Renten, Orloffe

622-1 Reincke Reincke

1641-1950; 1,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, (Marine-)Offiziere, Staatsbedienstete, Ärzte, Archivar, Apotheker, Professor;
Ehrenamt (1843-1850); Haushalt und Vermögen (1765-1907); Tagebücher (1641-1892, 1826-1827, 1876-1879); Reisetagebücher (1819-1835, 1871-1874); Erinnerungen (1857, 1904); Korrespondenzen (1785-1835, 1853-1868); Stammbücher (1762-1855); Gedichte, Komödie (1655, 1740, 1784-1859)

424-88/43 Reincke, Theodor

1863-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Theodor: Kaufmann,;
Beruf (1863-1864); Ehrenamt (1867-1876)

424-88/44 Reinecke

ca.1850-1896 (-1957); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl R.: Komponist, Schriftsteller;
Beruf (ca.1896, 1934-1936, o.J.); Erinnerungen (1957); Korrespondenzen (1954-1956)

622-1 Reinhardt Reinhardt

1817-1827; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hermann Eduard: Schauspieler;
Tagebücher (1817-1827)

622-1 Reinicke Reinicke - Minten - Heitmann

ca.1756-1842; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Familien in Bergedorf

622-1 Reinstorf Reinstorf

1888-1933; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Ernst Heinrich Friedrich: Volksschul-Rektor;
Beruf (1888-1931); Familien- und Heimatgeschichte

622-1 Repsold Repsold

ca.1771-1928; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Fabrikanten, Feinmechaniker, Optiker;
Beruf (ca.1813-1814); Erinnerungen (ca.1910); Korrespondenzen (1800-1920); Gedichte (1800)

622-1 Reuss-Löwenstein Reuss-Löwenstein

(1880) 1886-1982; 0,7 m; Bestandsverzeichnis
Harry: Seemann, Kunstmaler, Journalist, Schriftsteller;
Beruf (o.D., 1917-1982); Korrespondenzen (1923-1966)

622-1 Rintelmann Rintelmann

1834-1876; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Carl Andreas: Stell- und Rademachermeister; Wendelin Carl Theodor: Kaufmann

622-1 Ritter Ritter

1832-1967; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Pastor, Arzt, Rektor der Bergerdorfer Stadtschule;
Haushalt und Vermögen (1922, 1941-1942, 1963-1964); Tagebücher (1904-1933); Reisetagebücher (1889); Erinnerungen (1889); Korrespondenzen (1850-1963)

622-1 Rittmeister Rittmeister

1796-1994; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
John: Nervenarzt (1943 hingerichteter Widerstandskämpfer); Wolfgang: Großhandelskaufmann;
Beruf (1882-1956); Tagebücher (1912-1920); Erinnerungen (1943); Korrespondenzen (o.D., 1917-1939, 1943-1988)

622-1 Robertson Henry Henry Robertson

1822-1966; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Richter, Ratsherr, Reeder, Marineoffizier;
Haushalt und Vermögen (1872-1906); Gedichte (o.J.); Tagebücher (1897-1902); Reisetagebücher (1861-1876); Korrespondenzen (1882-1928); Familienforschung

622-1 Robertson Robert Robert Ruben Robertson

1864-1902; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Robert (Ruben) Jonas: Kaufmann;
Ehrenamt (1864-1874, 1897)

622-1 Robinow Robinow

15.Jh.-1985; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Rechtsanwalt;
Beruf (1900-1980); Haushalt und Vermögen (1815-1970); Tagebücher (1854-1868, 1837-1921); Reisetagebücher (1918, 1951); Erinnerungen (1925-1939); Korrespondenzen (1835-1983)

622-1 Rode Rode

1874-1930; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufmann, Pastor;
Korrespondenzen (1874, 1910-1921)

424-88/45 Rode (Albert Julius)

1885-1936; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Albert Julius: Lehrer, Schriftsteller;
Erinnerungen (1936); Korrespondenzen (1885-1886, 1902-1904, 1925-1936)

622-1 Rode-Boué Rode-Boué

vor 1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Erinnerungen (1918)

622-1 Rodenburg Rodenburg

ca.1840-1870; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ratsherren, Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1842-1849)

622-1 Rodig Rodig

1901-1954; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Erich Wasa: Oberbürgermeister von Wandsbek (parteilos);
Beruf (1901-1930); Ehrenamt (1901-1930); Haushalt und Vermögen (1918-1925); Tagebücher (1907-1940); Erinnerungen (1937); Korrespondenzen (1880-1893, 1920-1940); Gedichte (1902, o.J.); Bismarck-Säule

622-1 Rölcke Rölcke

1714-1748; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Peter: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1714)

622-1 Roeloffs Roeloffs

1794-1925; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Hugo Amadeus: Senatssyndikus;
Beruf (1873-1913); Haushalt und Vermögen (1880-1896); Erinnerungen (1921); Korrespondenzen (1881-1906, 1924-1925)

622-1 Rolfinck Rolfinck

1631-1691; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Werner: Professor der Medizin;
Stammbücher (1631-1691)

622-1 Roscher Roscher

1872-1928; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Heinrich: Kaufmann, Senator;
Ehrenamt (1866-1928); Haushalt und Vermögen (1872-1913); Erinnerungen (1925); Korrespondenzen (1909, 1917-1918)

622-1 Rose Rose

1566,1606; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Georg: Domprediger, Diener des hamburgischen Gesandten;
Beruf (1606); Haushalt und Vermögen (1566)

622-1 Rosenbaum Rosenbaum

1916-1972; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Eduard: Direktor der Commerzbibliothek, Redakteur;
Beruf (1927-1932); Korrespondenzen (1919-1920, 1954-1972)

622-1 Ross Edgar Edgar Ross

1831-1886; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Edgar: Kaufmann;
Korrespondenzen (1832-1839)

622-1 Ross Rudolf Rudolf Ross
1913-1933; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Rudolf: Politiker (SPD), Bürgermeister ;
Haushalt und Vermögen (1933); Korrespondenzen (1927-1932)

622-1 Rotermundt Rotermundt

1660-1682; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
M.: Höker (nicht eindeutig);
Tagebücher (1660-1682)

622-1 Rüder Rüder

1762-1843; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich August: Jurist;
Erinnerungen (ca.1845)

622-1 Rulant Rulant

(1486) 1589-1728; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Ratsherren;
Haushalt und Vermögen (1618-1713); Gedichte (1650-1700)

622-1 Rumpf Rumpf

1686-1788; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Vinzent: Jurist; Senator, Bürgermeister;
Beruf (1732-1751); Haushalt und Vermögen (1730-1788); Korrespondenzen (1721-1732, 1781)

622-1 Rupprecht Rupprecht

ca. 1935-1942; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Adolf: Reichsbahnobersekretär;
Familienchronik (1581-); Gedichte (ca.1940-1942)

622-1 Saeverin Saeverin

1835-1870; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Schneider, Lehrer;
Beruf (1866); Korrespondenzen (1856, 1857-1862)

622-1 Salzberg Salzberg

20. Jh.; 3,0 m; ohne Verzeichnis
Max: Verfolgter des NS-Regimes (Jude), Dozent; Frieda: Lehrerin

622-1 Saul Saul

1834-1853; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Karl Franz;
Stammbücher (1834, 1846-1853)

622-1 Schaeffer Schaeffer

1861; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
A.G.: Kaufmann;
Tagebücher (1861)

622-1 Schaffshausen Schaffshausen

1626-1656; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Nikolaus: Hofkanzler am sächsischen Hof;
Beruf (1646-1656)

622-1 Scheffel Scheffel

1714-1755; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Andreas: Geistlicher;
Stammbücher (1714-1755)

622-1 Schellenberg Schellenberg

(1895-) 1898-1980; Laufzeit; 1,8 m; Bestandsverzeichnis
Carl: Volkskundler, Kunsthistoriker, Kustos;
Beruf (1943-1967); Korrespondenzen (o.D., 1948-1963); Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen; Forschungen zu Alfred Lichtwark; Korrespondenzen Lichtwarks

622-1 Schellhammer Schellhammer

1604-1611; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Siegfried Rudolph: Geistlicher;
Stammbücher (1604ff.)

622-1 Scheufler Scheufler

1820-1832; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Stammbücher (1820-1832)

622-1 Schiefler Ottilie Schiefler

1880-1992; 1,2 m; Bestandsverzeichnis
Ottilie: Lehrerin, der Bestand enth. auch Material zu dem Juristen und Kunstmäzen Gustav Schiefler;
Beruf (1928-1941), Haushalt und Vermögen (1906-1969), Tagebücher (1950-1973, 1987), Reisetagebücher (o.D., 1940-1945), Erinnerungen (o.D., 1960), Korrespondenzen (o.D., 1880, 1881, 1898-1990), Gedichte (1947-1950), Kunst und Künstler (o.D., 1899-1987)

622-1 Schimmelmann (Graf v.) Schimmelmann

1794-1819; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis

Heinrich Carl: Minister, Großgrundbesitzer;
Haushalt und Vermögen (1794-1819)

622-1 Schindler Schindler

(19. Jh.) 20. Jh.; 0,6 m; ohne Verzeichnis
Renate;
enth. nur gesammelten Unterlagen zur Auswanderergeschichte

622-1 Schleiden Schleiden

1824-1904; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Geistlicher, Lehrer, Arzt, Kaufmann, Gesandter, Maler;
Beruf (1831-1876); Ehrenamt (1859-1868); Haushalt und Vermögen (1819-1918); Tagebücher (1821-1825); Reisetagebücher (1827, 1854-1885); Korrespondenzen (1813-1888, 1920-1924); Gedichte (1818-1887, o.J.); Schülerverzeichnis

622-1 Schlünz Schlünz

20. Jh.; 0,3 m; ohne Verzeichnis
Hans Hermann: Journalist;
Journalistische Arbeiten; Unterlagen zu Hermann Krüger (Journalist); Unterlagen zu Hermann Matthias Wehncke

622-1 Schmidt Emil Emil Schmidt

1864-1933; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Emil: Kaufmann, Vizekonsul;
Beruf (1895-1903); Haushalt und Vermögen (1895); Korrespondenzen (1895-1896, 1912-1933); Gedichte (1864)

622-1 Schmidt Hugo Hugo Schmidt

1909-1990; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
Hugo: Maler und Graphiker, Offizier; Emma: Lehrerin;
Tagebücher (1916-1943), Erinnerungen (1986, 1990), Korrespondenzen (1909-1914)

424-88/46 Schmidt, Johann Christian Hinrich

1794-1853; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Christian Hinrich: Schmied;
Beruf (1836-1841, 1853); Haushalt und Vermögen (1834-1837)

622-1 Schmidt Ludwig Ludwig Schmidt

1792-1972; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Schauspieler, Schauspielerinnen, Theaterdirektor, Arzt, Chemiker, Laborant, Kanoniker, Major;
Beruf (1792-1917, o.J.); Ehrenamt (1845-1864); Haushalt und Vermögen (1806, 1866, 1880-1890); Reisetagebücher (1850-1852); Korrespondenzen (1815-1953, o.J.); Stammbücher (1832, 1864, o.J.); Gedichte (1817-1861, o.J.)

424-88/47 Schnackenburg (Bernhard)

1890-1928; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Bernhard: Politiker (DDP), Oberbürgermeister von Altona, Oberpräsident;
Beruf (1909-1924); Tagebücher (ca.1900); Reisetagebücher (1901-1902); Korrespondenzen (1909-1928); Gedichte (1909-1910, o.J.)

622-1 Schönfelder Schönfelder

1959-1960; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Adolph: Zimmerer, Politiker (SPD), Gewerkschaftssekretär, Senator;
Erinnerungen (1960)

622-1 Scholz Hugo Scholz

1916-1961; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Hugo: Fleischfabrikant, Heereslieferant;
Beruf (1935-1951); Haushalt und Vermögen (1935-1951)

622-1 Schramm Schramm

1818-1970; 10,5 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, Juristen, Professor, Schauspieler, Krankenschwester; Ratsherrin (in Göttingen), Senator, Bürgermeister;
Beruf (1834-1849, 1913-1970); Ehrenamt (1886-1966); Haushalt und Vermögen (1814, 1843, 1858-1944, 1957-1963); Tagebücher (1842, ca.1885, 1914-1924, 1939-1961); Reisetagebücher (1838-1976); Erinnerungen (1918, 1925, 1928, 1954, 1961, 1967, 1970-1976); Korrespondenzen (1766-1767, 1814-1970); Stammbücher (1822-1825, 1851-1860, 1876-1878); Gedichte (1818-1959)

622-1 Schröder Schröder (Bankhaus)

1710-1974; 4,4 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte

Kaufleute, Senator;
Ehrenamt (Steuerverwaltung: 1788-1817); Haushalt und Vermögen (18.Jh.-20.Jh.); Korrespondenzen (1900-1950); Zeitungsausschnitte (1914-1918, 1933ff.)

622-1 Schröder Chr. W. A. A. Chr. W. A. A. Schröder
1814-1826; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Chr. W. A. A.: Garnisonsarzt;
Tagebücher (1814-1826)

622-1 Schröder Joh. Fri. Johann Friedrich Schröder

1829-1877; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Friedrich: Schiffsmakler;
Haushalt und Vermögen (1829-1877)

622-1 Schröder Roland Roland Schröder

1941-1944; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Roland: Soldat;
enth. nur Feldpostkorrespondenzen mit Mutter und Schwester

622-1 Schuback Schuback

1761-1829 (-1900); 0,2 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, Jurist, Wasserbauinspektor, Senator, Bürgermeister;
Lebensbeschreibung; Haushalt und Vermögen (1761, 1802-1829); Korrespondenzen (ca.1905)

622-1 Schütz Schütz

ca.1924-1992; 13,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Paul: Theologe, Professor

622-1 Schulz Bürgermeister Peter Schulz

1971-1974; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Peter: Rechtsanwalt, Politiker (SPD), Senator, Bürgermeister;
Korrespondenzen (1971-1974)

424-88/48 Schumacher (Heinrich Christian)

1817-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Heinrich Christian: Astronom;
Beruf (1800-1864); Haushalt und Vermögen (1800-1850); Korrespondenzen (1800-1850, 1888)

424-88/49 Schwarzkopf (Andreas Caspar)

1702-1748; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Andreas Caspar: Advokat, Hofpächter;
Beruf (1702-1748); Korrespondenzen (1710-1748)

622-1 Schween Schween
1919-1938; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Hermann: Lehrer, Politiker (DVP);
Beruf (1919-1933)

622-1 Schwindrazheim Oskar Schwindrazheim

(1418-) 1866-1980; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Oskar: Zeichner, Kunstgewerbler, Schriftsteller;
Beruf (1879-1934); Haushalt und Vermögen (1902-1966); Erinnerungen (1957); Korrespondenzen (1902-1978)

622-1 Seeler Seeler

20. Jh.; 3,0 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Hans-Joachim: Politiker (SPD), Senator, Jurist;
enth. nur Korrespondenzen (1967-1989)

622-1 Seelig Seelig

19.-20. Jh.; 7,1 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
v.a. Geert senior und Geert junior: Rechtsanwälte, Autoren, Heimatgeschichtsforscher

622-1 Segelken Segelken

(1881) 1922-1945; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Johannes: Jurist;
Beruf (1922-1945); Ehrenamt (1922-1945)

622-1 Seifert Seifert

1914-1922,1943-1948; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Adolf: Schauspieler, Sänger, Bühnenleiter; Bernhard: Konditor;
Beruf (1914-1923, 1946-1948); Korrespondenzen (1914-1922); Feldpostkarten (1916-1928); Todesmitteilung Karl Böhm (KZ Neuengamme) (1943)

622-1 Seitz Seitz

1690-1943; Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Herbert: Oberinspektor;
Ahnentafeln

622-1 Seligmann Seligmann

19.-20. Jh.; 0,1 m; Ablieferungsverzeichnis
Siegfried: Augenarzt;
Beruf; Unterlagen zu abergläubischen und volksmedizinischen Themen

622-1 Semmelrahn Semmelrahn

1729-1904; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kupferstecher, Köchin, Dienstbote;
Beruf (1776, 1804-1811, 1844); Haushalt und Vermögen (1788-1861)

622-1 Seydel Seydel

1695-1773; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Familie in Kiel;
Genealogische Unterlagen (1695-1759, 1771-1773)

622-1 Sieker Sieker

1923-1982; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Hugo: Journalist, Kunstliebhaber;
Beruf (1941-1969), Ehrenamt (1939-1944, 1960-1979), Korrespondenzen (o.D., 1928-1979)

622-1 Sienen von Sienen

1742-1837; 0,2 m; Bestandsverzeichnis

Juristen, Kaufleute, Senatssyndikus, Senator, Bürgermeister;
Beruf (ca.1775); Haushalt und Vermögen (1742-1837, o.J.); Erinnerungen (1837); Korrespondenzen (1767, 1788-1820, 1832-1837); Gedichte (1765-1766, 1804, o.J.)

622-1 Sieveking I Sieveking I

1760-1977; 13,0 m; Bestandsverzeichnis, ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
u.a.: Juristen, Kaufleute, Senatssekretäre, Arzt, Professor, Senatoren, Kurt: Politiker (CDU), Bürgermeister;
Beruf (1813-1937); Ehrenamt (1770-1913); Haushalt und Vermögen (1773-1950); Tagebücher (1808-1821, 1832-1847, 1943-1946); Reisetagebücher (1801-1857); Erinnerungen (von Hudtwalcker ca.1790, 1853, 1944, ca.1946); Korrespondenzen (ca.1775-1965); Gedichte (1813-1860); Verwaltung des Hammer Hofs; Freischule

622-1 Sieveking II Sieveking II (Dres Johann Peter S., Carl S.)

(1555-) 1791-1914; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Johann Peter: Senatssyndikus; Carl: Rechtsanwalt;
Korrespondenzen (1874-1910); Gedichte (o.D., 1885)

622-1 Sieveking III Sieveking III (Amalie Wilhelmine S., Gustav Adolf S.)

1805-1859; 1,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Amalie: Erzieherin; Gustav Adolf: Theologiestudent;
Haushalt und Vermögen (1809-1814); Tagebücher (1808-1835); Reisetagebücher (1824-1857); Korrespondenzen (1805-1852)

622-1 Simon Simon

1626-1629; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Franciscus: Geistlicher;
Stammbücher (1626-1629)

424-88/50 van der Smissen

1707-1922; 10,0 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute, Gutsbesitzer, Jurist, Arzt, Pastor;
Haushalt und Vermögen (1707, 1737-1740, 1791-1795, 1818-1931); Tagebücher (1694-1787, 1888-1915, 1931-1932); Erinnerungen (1902, 1913, 1918, 1930, 1961, o.J.); Korrespondenzen (1756, 1778-1938); Stammbücher und Gedichte (1854ff., o.J.)

622-1 Solmitz Solmitz

1901-1973; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Luise: Schriftstellerin; Friedrich: Major;
Haushalt und Vermögen (1930-1963); Tagebücher (1901-1973); Reisetagebücher (1905-1973); Korrespondenzen (1919-1969); Stammbücher (1857-1939); Gedichte (1909-1962)

622-1 Soltau Soltau

1801-1863; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Gottlieb: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1801-1802, 1863)

622-1 Sorbeck Sorbeck

1753-1776; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Arzt;
Beruf (1755-1776, o.J.); Haushalt und Vermögen (1757-1776); Korrespondenzen (1753-1776)

622-1 Spann Spann

19. Jh.; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johannes: Uhrmacher;
Beruf (19.Jh.); Korrespondenzen (19.Jh.)

622-1 Sparmann Sparmann

(13.-20. Jh) 1872-1987; 1,3 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Friedrich: Lehrer, Volkshochschuldozent, Heimatforscher;
Beruf (o.D., (1882) 1924-1987), Ehrenamt (o.D., 1892-1980), Haushalt und Vermögen (1952-1954, 1965), Erinnerungen (o.D., 1928, 1962), Stammbücher (1884-1885), Forschungen zu Bergstedt und dem Oberalstergebiet (o.D., (17.-20.Jh.) 1913-1979), Familienforschung

622-1 Speckter Speckter

1791-1888; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kunstmaler, Verleger, Professor;
Beruf (1838); Ehrenamt (19.Jh.); Haushalt und Vermögen (19.Jh.); Korrespondenzen (1827-1868, o.J.); Stammbücher (1848-1854); Gedichte (19.Jh.)

622-1 Spihlmann Spihlmann

1839-1917; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Adolph: Kaufmann;
Ehrenamt (Gartenbau und Gesangswesen: 1866-1885, 1916-1917); Haushalt und Vermögen (1842-1846, 1873, 1886-1890, 1916); Korrespondenzen (1875-1902)

622-1 Stahmer Stahmer

1782-1854; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Familie in Bergedorf

622-1 Stark Stark/Strack

4,0 m; ohne Verzeichnis
enth. v.a. familienkundliche Unterlagen

424-88/51 Staudinger

(o.D., 1745-1901) 1957-1972; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Lucas Andreas: Agronom;
Stammtafeln (1770-1959)

622-1 Stehr Stehr

1805-1807; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Sohn eines Tabakfabrikanten;
Stammbücher (1805-1807)

622-1 Steinfurth Steinfurth

1789-1866; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Friedrich: Professor

424-88/52 Steinheim

(1822) 1833-1880 (-1965); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Salomon Levi (Ludwig): Privatgelehrter, Arzt;
Korrespondenzen (1822-1880, 1901, 1912-1917, 1935, 1965); Gedichte (1859)

622-1 Sthamer Sthamer

19. Jh.- 20. Jh.; 1,0 m; Bestandsverzeichnis, Ablieferungsverzeichnis
v.a. Friedrich: Reichskommissar für die Übergangswirtschaft, Senator, Botschafter in London, Bürgerschaftsmitglied;
Beruf (1913-1930); Ehrenamt (1909-1931); Haushalt und Vermögen (1913-1931); Korrespondenzen (1904-1944); Tagebücher (1920-1931); Reiseerinnerungen USA (1896); Gästebücher

622-1 Stockfleth Stockfleth

ca.1880-1905,1955; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Anna von Weltzien-Stockfleth;
Erinnerungen, Skizzenbuch

424-88/54 Stoppel (Heinrich)

1812-1877; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Advokat, Notar;
Beruf (1812-1877)

622-1 Strasosky Strasosky

20. Jh.; Kleinbestand; Ablieferungsverzeichnis
Hermann Theodor: Geistlicher

622-1 Streit Streit

1923-1974; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Käthe: Ehefrau eines Prokuristen einer Kaffeehandlung;
Haushalt und Vermögen (1923-1974)

622-1 Stricker Stricker

1782-1784; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Schüler der Büsch'schen Handelsakademie;
Stammbücher (1782-1784)

622-1 Stritzky von Stritzky

1900-1971; 6,5 m; Bestandsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Oscar: Versicherungskaufmann;
Beruf (1927-1971); Ehrenamt (1670-1971); Erinnerungen (1965); Geschichte der Assekuranz

622-1 Struß Struß

1771-1915; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Familie in Curslack

622-1 Stühlmacher Stühlmacher

1764-1812; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hinrich: Landwirt in Billwerder

622-1 Stuhlmann Adolph Adolph Stuhlmann

1832-1921; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Adolph: Gewerbeschuldirektor, Schulrat;
Beruf (1865-1905); Ehrenamt (u.a. Freimauererloge) (1867-1924); Haushalt und Vermögen (1898-1920); Korrespondenzen (1832-1921); Gedichte (ca.1870-1900)

622-1 Stuhlmann Rudolf Rudolf Stuhlmann

1852-1868; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Rudolph: Architekt

622-1 Sutor Sutor

(1531-) 1722-1866; 0,8 m; Bestandsverzeichnis
August: Anwalt, Geldwechsler;
Haushalt und Vermögen (1795, 1826-1834, 1857-1858); Korrespondenzen (1874-1877); Gedichte (1752, 1769); Geschichte der jüdischen Gemeinde

622-1 Tangl Tangl

20.Jh.; 0,1 m; ohne Verzeichnis
v.a. Eberhard: Professor (Slavische Philologie);
v.a. Korrespondenzen auch von Prof. Richard Salomon (Professor für Osteuropäische Geschichte; Verfolgter des NS-Regimes)

622-1 Tesch Tesch

1892-1965; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Otto: Polizist;
Beruf (1914-1931)

622-1 Tetens Tetens

1855-1895; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Alfred Friedrich: Kapitän, Wasserschout;
Beruf (1865-1869); Reisetagebücher (ca.1860-1869); Korrespondenzen (1862-1865, o.J.); Unterlagen zum Museum Godeffroy

622-1 Theveny Theveny

1811-1843; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Kaufmann

622-1 Timm Timm

20. Jh.; 0,2 m; Ablieferungsverzeichnis
Marianne

424-88/64 Timm (Konrad)

1891-1897; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Konrad: Novellist, Kritiker;
Beruf (1891-1897)

622-1 Tollens Tollens

1776-1975; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Erinnerungen (1776-1814, 1916); Korrespondenzen (1869-1888)

622-1 Tratziger Tratziger

1564-1569; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Adam: Syndikus, Kanzler, Gutsbesitzer;
Haushalt und Vermögen (1564); Korrespondenzen (1568-1570)

622-1 Traun Traun

1848-1943; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Fabrikanten;
Erinnerungen (1936); Familienchronik (1848-1943)

622-1 Trier von Trier

1718-1750; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Hinrich: Hausbesitzer;
Haushalt und Vermögen (1718-1750)

622-1 Trittau Trittau

1904; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Helene Marie: Juristenwitwe;
Haushalt und Vermögen (1904)

622-1 Trummer Trummer

1875-1915; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Paul Heinrich: Kaufmann;
Korrespondenzen (1875-1915); Siegelkunde (1910ff.)

622-1 Tügel Tügel

20. Jh.; 1,1 m; Ablieferungsverzeichnis, z.T. unverzeichnet
Franz: Landesbischof;
Korrespondenzen, Beruf

622-1 Türkheim Türkheim

ca.1870-1928; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Julius Arzt;
Manuskripte, Aufsätze; Gedichte (1873-1928)

424-88/55 Tutenberg (Ferdinand)

1892-1953; 0,6 m; Bestandsverzeichnis
Ferdinand: Gartenbaudirektor;
Beruf (1912-1949); Erinnerungen (ca.1949)

622-1 Uffelen van Uffelen

ca.1438-1845; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Genealogische Unterlagen

622-1 Ullrich Ullrich

1855-1892; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Franz W.A.: Professor;
Korrespondenzen (1855-1892)

622-1 Unbehagen Unbehagen

1776-1979; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Lehrer, Kaufleute, Beamte;
Beruf (1831); Haushalt und Vermögen (1845-1903); Tagebücher (1863-1894); Erinnerungen (o.D., 1865); Korrespondenzen (1829-1886); Gedichte (1815-1892)

622-1 Versmann Versmann

1762-1920; 2,5 m; Bestandsverzeichnis
Apotheker, Anwälte, Kaufleute, Fabrikanten, Senator, Bürgermeister;
Beruf (1789-1899); Ehrenamt (1849-1899); Haushalt und Vermögen (ca.1800-1918); Tagebücher (1838-1842, 1862-1899); Korrespondenzen (1779-1916); Stiftungsunterlagen (14.Jh.-19.Jh.)

622-1 Vidal Vidal

19. Jh.; 0,3 m; ohne Verzeichnis
enth. v.a. Unterlagen zu verschiedenen Firmen der Familien Vidal, Roß und Siemsen

622-1 Voght von Voght

1792-1836,1857; 1,5 m; Bestandsverzeichnis
Caspar: Kaufmann, Gutsbesitzer;
Reisetagebücher (1793-1794); Korrespondenzen (1774-1839); Armenwesen

622-1 Voigt Voigt

1804-1919; 2,0 m; Bestandsverzeichnis
Johann Friedrich (1804-1886): Justizbeamter; Johann Friedrich(1833-1920) Beamter der Landherrenschaft;

Beruf (1828-1829, 1851-1919); Ehrenamt (1858-1919); Haushalt und Vermögen (1839-1848, 1879-1882, 1906-1907); Reisetagebücher (1909); Korrespondenzen (1823-1918)

424-88/56 Volckens (Wilhelm)

1872-1919; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Kaufmann;
Korrespondenzen (1872-1873, 1894-1906, 1918-1919); Materialsammlungen u.a. zu Neumühlen

622-1 Volckmann Volckmann

1769-1781,1797; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Peter Diedrich: Senator in Leipzig;
Haushalt und Vermögen (1769-1781); Erinnerungen (1797)

622-1 Vollmer Vollmer

1925-1955; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ernst und Frieda;
Korrespondenzen (u.a. mit Auswanderer) (1925-1955)

424-88/57 Volquardsen (August)

1891-1929; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
August: Lehrer, Kritiker;
Korrespondenzen (1891-1929)

622-1 Vorwerk Vorwerk

ca.1730-1917; 0,2 m; Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Kaufleute

622-1 Voscherau Voscherau

20. Jh.; 13,0; vorläufiges Verzeichnis, Ablieferungsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Henning: Notar, Politiker (SPD), Bürgermeister

622-1 de Voss de Voss

2. Hälfte 19. Jh.; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Caesar: Kaufmann;
Erinnerungen (2. Hälfte 19.Jh.); Korrespondenzen (1875-1878)

622-1 Wächter Wächter

1784-1831; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Leonhard: Pädagoge, Schriftsteller;
Erinnerungen, verfaßt von einem Bekannten (ca.1837); Stammbücher (1781-1804); Gedichte (1784-1831)

622-1 Wandt Wandt

1591-1761; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelm;
Familienbuch (1591ff.)

622-1 Warburg Warburg

19.Jh.-20.Jh.; 0,1 m; ohne Verzeichnis
u.a. Bankiers;
enth. bisher v.a. Unterlagen zur Firma Beit & Philippi, Korrespondenzen

622-1 Warming Warming

(1598-) ca.1880-1940; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Max: Kaufmann;
Erinnerungen (1940)

622-1 Warnecke Warnecke

1817-1893; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Conrad: Kaufmann;
Erinnerungen (1893)

622-1 Wehrt Wehrt

20.Jh.; 0,4 m; ohne Verzeichnis
Gustav;
enth. v.a. Tagebücher und Erinnerungen

424-88/58 Weber (Emilie)

1860-1870; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Emilie;
Nur ein Skizzenbuch mit Zeichnungen

622-1 Weichmann Weichmann

1918-1982; 8,9 m; Bestandsverzeichnis, vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Herbert: Professor, Bürgermeister, Politiker (SPD); Elsbeth: Politikerin (SPD);
Beruf (1932-1982); Ehrenamt (1954-1969); Korrespondenzen (1940-1982)

622-1 Weidehaas Weidehaas

1907-1918; 0,5 m; Bestandsverzeichnis
Waldemar: Kaufmann;
Korrespondenzen (1914-1918)

622-1 Weihrauch Weihrauch

1863-1960; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Gustav: Volksschullehrer, Leutnant;
Korrespondenzen (1914-1917)

622-1 Weiß Weiß

20. Jh.; 1,7 m; ohne Verzeichnis
Ernst: selbständiger Malermeister, Politiker (SPD), Senator;
Beruf, Korrespondenzen

622-1 Wentzel Wentzel

19.Jh.-20.Jh.; 2,0 m; ohne Verzeichnis
v.a. Eduard: Hausmakler;
Korrespondenzen; Zeitungsausschnittsammlungen: NS-Presse (1932-1936) und Prozesse gegen NS-Funktionäre (nach 1945)

622-1 Wertheimer Herbert Joachim Wertheimer

20. Jh.; 1,2 m; Ablieferungsverzeichnis

424-88/59 Wertheimer (Leo)

1847-1937; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
Leo (Constantin Brunner): Philosoph;
Beruf (o.J.); Haushalt und Vermögen (1847); Korrespondenzen (1879-1937, o.J.)

424-88/60 Wesselhoeft

1701-1890; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl Johannes: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1701-1890)

622-1 Wessling Wessling

20. Jh.; 5,5 m; vorläufiges Verzeichnis, z.T. unverzeichnet
Berndt W.: Journalist, Schriftsteller;
enth. v.a. Unterlagen zu seinen Arbeiten

622-1 Westendorff Westendorff

1819-1862; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Carl: Advokat;
Korrespondenzen (1819-1862)

622-1 Westenholz (Frhr.v.) Westenholz

18.Jh.-1938; 5,0 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute, Großgrundbesitzer, Professor, Cellist, Cafetier;
Ehrenamt (Konsulat) (1849-1894); Haushalt und Vermögen (ca.1790, 1804-1934); Tagebücher (1844-1849, 1863-1912); Reisetagebücher (1838-1842, 1901, 1912); Erinnerungen (1892, 1915, ca.1930, 1936); Korrespondenzen (1810-1938); Stammbücher (1835-1850); Gedichte (1800-1919)

622-1 Westphalen Westphalen

1735-1852; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Johann Ernst Friedrich: Kaufmann; Engel Christina geb. von Axen: Dichterin;
Haushalt und Vermögen (1765, 1792-1797); Korrespondenzen (1797-1829); Gedichte (1839)

622-1 Wetken Wetken

1674-1886; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Gewürzkrämer;
Tagebücher (1691-1886)

622-1 Widow Widow

1795-1814; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Peter Hinrich: Bürgermeister; Peter August: Senator;
Beruf (ca.1800); Haushalt (ca.1800); Reisetagebücher (1795); Korrespondenzen (1795-1804)

622-1 Wiesner Wiesner

(1920) 1923-1934; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Wilhelm: Tischler, Politiker (SPD), Bürgermeister von Bergedorf;
Haushalt und Vermögen (1929-1934); Korrespondenzen (1924-1930)

622-1 Wilder Wilder

1789-1813; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Peter: Arzt;
Stammbücher (1789-1813)

622-1 Wilhelmi Wilhelmi

1857; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Stammbücher (o.J.)

622-1 Willebrand Willebrand

1757-1824; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Johann Nikolaus: Amtsverwalter zu Bergedorf; Christian Ludwig: Diplomat, Jurist;
Beruf (1751-1761, 1773-1786); Haushalt und Vermögen (1761-1765, 1792-1824); Tagebücher (1775); Erinnerungen (18.Jh.)

622-1 Wördehoff Wördehoff

2.Hälfte 20. Jh.; 2,0 m; ohne Verzeichnis
Bernhard: Journalist;
Beruf, Korrespondenzen

622-1 Woltmann Woltmann

20. Jh.; 0,1 m; ohne Verzeichnis
Georg senior: Pferdehändler, Hoflieferant des Kaisers; Georg junior: Leiter der Reitschule Rotherbaum;
Unterlagen zur Geschichte der Reitschule Rotherbaum

424-88/61 Wriedt

1885-1907; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Ernst August: Kaufmann;
Haushalt und Vermögen (1881-1887); Korrespondenzen (1892-1893)

622-1 Wüstenfeld Emilie Wüstenfeld

1845-1916; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Emilie: Fürsorgerin, Frauenrechtlerin;
Beruf u. Ehrenamt (1845-1870, 1916); Reisetagebücher (1873-1876); Korrespondenzen (1854-1891); Farbenrezepte

622-1 Wullenweber Wullenweber

(15.Jh.-) 1937-1971; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
Heinrich: Baudirektor;
Familienforschung (1937-1972)

424-88/62 Wunderlich (Christine Sophie Margareta)

1791-1804; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Christine Sophie Margareta: Hausangestellte;
Korrespondenzen (1791-1804)

622-1 Zeise Zeise

1708-1960; 3,7 m; Bestandsverzeichnis
Apotheker, Fabrikanten, Erfinder, Dichter;
Beruf (1708-1844); Ehrenamt (1838-1946); Haushalt und Vermögen (1716-1941); Tagebücher (1744-1795); Reisetagebücher (1816-1858); Erinnerungen (o.D.); Korrespondenzen (1751-1946); Stammbücher (1779-1794); Gedichte (1765-1944)

622-1 Zeller Zeller

1759-1823; 0,1 m; Bestandsverzeichnis
Kaufleute;
Haushalt und Vermögen (1759-1781, 1799-1806, 1823); Korrespondenzen (1784-1821)

622-1 Zinn Zinn

1880-1958; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
Adelbert Alexander: Staatsrat, Schriftsteller;
Haushalt und Vermögen (1941-1958); Korrespondenzen (ca.1900-1941); Gedichte (1900-1941); Materialsammlung

622-2 BERUFLICHE UND WISSENSCHAFTLICHE NACHLÄSSE

Diese Beständegruppe umfaßt sehr unterschiedliches Schriftgut. Für einzelne Nachlasser sind die Familienarchive (622-1), die Firmenarchive (621-1) und die Bauarchive (621-2) heranzuziehen. Auf diese wird am Ende der Beständegruppe 622-2 gesondert hingewiesen. Die Nachlässe aus dem ehemals selbständigen Stadtarchiv Altona wurden hier alphabetisch eingereiht. Die Lebensdaten der Nachlasser und ihre im Nachlaß dokumentierten Interessenschwerpunkte bzw. Tätigkeiten vermögen am ehesten Orientierung zu geben. Wegen etwaiger Nutzungsbeschränkungen ist es unbedingt erforderlich, vor der Benutzungsaufnahme die aktuellen Benutzungsmodalitäten beim Staatsarchiv zu erfragen.
(LS)

622-2 Barth Heinrich Barth
1,0 m; Bestandsverzeichnis
1821-1865; Forschungsreisen

622-2 Becker Wilhelm Wilhelm Becker
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1866-1915; Rechtsgeschichte und hamburgische Topographie

622-2 Becker Wilhelm Wentorf Wilhelm Becker, Wentorf
0,3 m; Bestandsverzeichnis
1890-1968; Heimatgeschiche

622-2 Beneke Otto Otto Beneke
1,3 m; Bestandsverzeichnis
1812-1891; Hamburgische Geschichte

424-88/7 Berlage (Hans)
(1567-1937) 1968-1969; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
geb. 1897; Geschichte Altonas

622-2 Bolland Jürgen Bolland
1,2 m; Bestandsverzeichnis
1922-1974; Hamburgische Geschichte

622-2 Borchling Conrad Borchling
(ca.1846) 1909-1943; 0,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
1872-1946; niederdeutsche Sprachforschung

622-2 Brunner Otto Brunner
1,2 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
1898-1982; Geschichte

622-2 Buek Georg Friedrich Buek
0,5 m; Bestandsverzeichnis
1795-1860; Biographie, Genealogie

622-2 Clasen Armin Clasen
0,7 m; Bestandsverzeichnis
1890-1980; Hamburgische Geschichte, Genealogie

622-2 Cordua Klaus-Otto Cordua
4,3 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
geb. 1939; "Neue Heimat"

622-2 Culin Andreas Culin
1881-1927; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1852-1931; Straßenbahn

622-2 Emin Emin Pascha
1,6 m; Bestandsverzeichnis
1840-1892; Forschungsreisen

424-88/16 Ehrenberg (Richard)
1897; Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1857-1921; Geschichte Altonas

622-2 Ferber Kurt Rudolf Ferber
0,3 m; Bestandsverzeichnis
1868-1934; Geschichte

622-2 Flebbe Henry Flebbe
1,7 m; Bestandsverzeichnis
1864-1972; Kunst, Literatur, Theater

622-2 Gebhard Julius Gebhard
1,0 m; Bestandsverzeichnis
1884-1966; Pädagogik

622-2 Goppelt Leonhard Goppelt
1947-1971; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
1911-1973; Theologie

622-2 Grot Otto Grot
1919-1987; 1,7 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
1905-1987; Polizei

622-2 Günther Georg Günther
1,0 m; Bestandsverzeichnis
1895-1969; Hamburgische Geschichte

622-2 Hagedorn Anton Hagedorn
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1856-1932; Rechtsgeschichte, Wissenschaftsorganisation

622-2 Hansen Peter Andreas Hansen
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1795-1874; Astronomie

622-2 Harkensee Heinrich Harkensee
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1852-1921; Französische Emigranten

622-2 Hess Jonas Ludwig von Hess
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1756-1823; Geschichte

622-2 Hinrichs Emil Hinrichs
2,0 m; Bestandsverzeichnis
1890-1975; Geographie

622-2 Issleib Hugo Issleib
0,4 m; Bestandsverzeichnis
1892-1955; Volkskunde, Forschungsreisen

622-2 Jenssen R. Wilhelm Jenssen
0,3 m; Bestandsverzeichnis
1886-1962; Schiffahrtsgeschichte

622-2 Joachim Hermann Joachim
1,0 m; Ablieferungsverzeichnis
1868-1931; Hamburgische Geschichte

622-2 Kausche Dietrich Kausche
4,0 m; Ablieferungsverzeichnis
1914-1988; Geschichte

622-2 Kellinghusen Hans Kellinghusen
2,0 m; Bestandsverzeichnis
1885-1971; Hamburgische Geschichte, Genealogie

622-2 Koopmann Hans Koopmann
2,5 m; Bestandsverzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
1885-1959; Medizin

622-2 Mang Friedrich Mang
7,0 m; ohne Verzeichnis
1922-1996; Botanik, Natur- und Umweltschutz

622-2 Marchtaler Hildegard von Marchtaler
1,0 m; ohne Verzeichnis
1897-1995; Genealogie

622-2 Leybold Wilhelm Leybold
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
geb.1860; Beleuchtungswesen

622-2 Mittendorf Wilhelm Mittendorf
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
geb. 1886; Geschichte der Korbmacherei

622-2 Nirrnheim Hans Nirrnheim
2,0 m; Bestandsverzeichnis
1865-1945; Hamburgische Geschichte

622-2 Obst Arthur Obst
0,3 m; Bestandsverzeichnis
1866-1936; Hamburgische Geschichte, Journalismus

622-2 Olsen Hans Olsen
1929-1973; 0,3 m; Bestandsverzeichnis
1887-1973; Hamburgische Geschichte

424-88/38 Piper Paul
19. Jh.; 0,2 m; Bestandsverzeichnis
1844-1924; Geschichte Altonas

622-2 Reimers Heinrich Reimers
0,1 m; ohne Verzeichnis

622-2 Reincke Heinrich Reincke
2,3 m; Bestandsverzeichnis
1881-1960; Hamburgische Geschichte

622-2 Riddy Donald Charles Riddy
1945-1947; 0,4 m; Bestandsverzeichnis
geb. 1907; Linguistik, Kontrollkommission 1945-1947

622-2 Rump Ernst Rump
0,4 m; Bestandsverzeichnis
1872-1921; Künstlerlexikon

622-2 Scharnberg Rudolf Scharnberg
6,0 m; ohne Verzeichnis
geb. 1912; Schule

622-2 Schorsch Eberhard Schorsch
8,5 m; ohne Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
1935-1991; Sexualforschung

622-2 Schult Johannes Schult
0,8 m; Bestandsverzeichnis
1884-1965; Pädagogik, Geschichte

622-2 Schween Dr. Hermann Schween
1,6 m; Bestandsverzeichnis
1896-1963; Bergedorf und Vierlande

622-2 Sillem Wilhelm Sillem
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1829-1915; Kirchengeschichte

622-2 Staphorst Nicolaus Staphorst
1,0 m; Bestandsverzeichnis
1679-1731; Kirchengeschichte

622-2 Steinhaus Carl Ferdinand Steinhaus
0,3 m; ohne Verzeichnis
1826-1899; Schiffsvermessung

424-88/53 Stierling (Hubert)
Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
1882-1950; Museumsleiter in Altona

622-2 Stubbe-da Luz Helmut Stubbe-da Luz
7,3 m; ohne Verzeichnis
1950-; Parteiengeschichte, allgemeine Politik

622-2 Stuhlmann Franz Franz Stuhlmann
0,3 m; Bestandsverzeichnis
1863-1928; Forschungsreisen

622-2 Umlauf Karl Umlauf
0,4 m; Bestandsverzeichnis
1866-1945; Pädagogik

622-2 Ungern Arved von Ungern
20. Jh.; 4,0 m; ohne Verzeichnis
geb. 1925; Goldschmiede

622-2 Westphal Otto Westphal
0,2 m; Bestandsverzeichnis
1891-1950; Geschichte

622-2 Willardy Willardy (Wilhelm Liebeton)
0,2 m; ohne Verzeichnis
1907-1966; Varietékünstler, Zauberkunst

Hinweis:
Die folgenden beruflichen oder wissenschaftlichen Nachlässe bilden mit Familien-, Firmen- oder Bauarchiven einen einheitlichen Überlieferungskomplex:

Caesar Amsinck (1849-1922) Genealogie s. 622-1 Amsinck
Hugo F. Beneke (1867-1951) Kirchengeschichte s. 622-1 Beneke
Friedrich August Cropp (1805-1889) Genealogie s. 622-1 Cropp
Arthur Dähn (1907-) Wohnungswesen s. 621-2 Dähn
Carl Godeffroy (1787-1848) Politik, Geologie, Philosophie s. 622-1 Godeffroy
Adolph Goldschmidt (1863-1943) Kunstgeschichte s. 622-1 Goldschmidt
Ernst F. Goverts (1851-1932) Genealogie, Geschichte s. 622-1 Goverts
Gustav Hallbach (1876-1928) Philosophie s. 622-1 Hallbach
Werner Jakstein (1876-1961) Bauwesen s. 621-2 Jakstein
Walter Kresse (1914-1987) Schiffahrtsgeschichte s. 622-1 Kresse
Johann Martin Lappenberg (1794-1865) Geschichte s. 622-1 Lappenberg
Rudolph Nehlsen (1840-1909) Geschichte s. 622-1 Nehlsen
Clemens Theodor Perthes (1809-1867) Rechtsgeschichte, Politik s. 622-1 Perthes
Hugo Preller (1886-1968) Geschichte, Theologie, Didaktik s. 622-1 Preller
Hermann Samuel Reimarus (1694-1768) Theologie s. 622-1 Reimarus
Percy Ernst Schramm (1894-1970) Geschichte s. 622-1 Schramm
Otto Sill (1906-1984) Bauwesen s. 622-2 Sill
Adolph Stuhlmann(1838-1924) Zeichenunterricht s. 622-1 Stuhlmann
Julius Türkheim (1853-1928) Medizin, Philosophie s. 622-1 Türkheim
Johann Friedrich Voigt (1833-1920) Geschichte s. 622-1 Voigt
Emil Winters (1880-1956) Bau- und Vermessungswesen s. 622-1 Winters

7 SONDERBESTÄNDE

710 URKUNDEN

710-1 I Threse I

1140-1945; 35,9 m; Bestandsverzeichnis

Die Threse ist das eigentliche Urkundenarchiv des alten Ratsarchivs. Hier wurden zunächst die wichtigsten Privilegien und später andere Urkunden der Stadt aufbewahrt, daneben auch Stücke, die eher in Akten gehörten, aber nach ihrem äußeren Erscheinungsbild Nähe zu den Pergamenturkunden haben. Nach der Auflösung des Domkapitels kamen hierher auch die Domkapitelsurkunden.

Die ca. 7.000 Urkunden sind wie folgt grob gegliedert:
A bis H deutsche Kaiser, J ausländische Staaten (außer Dänemark und Norwegen), innerdeutsche Post, K Dänemark, Norwegen, Island, Holstein, L und M Schleswig-Holstein, N andere norddeutsche Länder und Deutsches Reich, O Dithmarschen, P Friesland, Hadeln, Wursten, Q Ritzebüttel, Bergedorf, R hamburgische Marschlande, S hamburgische Geestlande, T Päpste, U Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe, auswärtige Stiftsgeistliche, W und X Domkapitel und andere kirchliche Angelegenheiten, Y und Z Städte, innerhamburgische Angelegenheiten, Aa Zölle, Mühlen, Bb, Ee und Ff verschiedene, zumeist auswärtige Angelegenheiten, Cc und Dd Urfehden, Bestallungen, Gg Fehden, Kriegsdienste, Hh Beitritt zu den Staatsverträgen von 1814-1819, Ii Elbschiffahrt 1821 ff., Kk hamburgisches und benachbartes Landgebiet, Kapellen und Klöster, Ll hansische Angelegenheiten, Mm und Xx Streitigkeiten mit dem Domkapitel, Nn westliches Holstein, Oo östliches Holstein, Lauenburg, Altes Land, Pp Kaiser, Lüneburg, Päpste, Erzbischöfe und Bischöfe, Qq verschiedene Rechtsangelegenheiten, Rr Pfründen, Einzelpersonen, Ss Domvikarien und Brüderschaften, Tt St. Petri-Kirche, Uu St. Nikolai-Kirche, Vv St. Katharinen-Kirche, Ww St. Jakobi-Kirche, Yy überseeische Staaten 1827 ff., Zz abgelöste Kornrenten des Heiligen-Geist-Hospitals, Aaa und Eee ausländische Staaten 1841 ff., Bbb Eisenbahn- und Telegraphenverkehr 1841 ff., Ccc hamburgische Verfassung von 1849, Ddd Urkunden des Beginenkonvents. Ein chronologischer und ein Locaturkatalog erschließen den Best..

Lit.: Jürgen Reetz, Ordnung und Unordnung in Hamburgs Threse, in: Beiträge zur Geschichte des Staatsarchivs der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1960, S.79-100
(LS)

710-1 II Threse II

1945-1998; 3,4 m; Bestandsverzeichnis

Seit 1945 werden die wichtigsten Verträge und Vereinbarungen zwischen Hamburg

und dem Bund sowie den einzelnen Bundesländern, daneben solche zwischen Hamburg und einzelnen Rechtspersonen sowie solche zwischen Hamburg und anderen (auch ausländischen) Städten in annähernd chronologischer Folge ebenfalls in der Threse aufbewahrt. Gegenwärtig sind etwa 1400 Urkunden dieser Art vorhanden.
(LS)

710-2 Orginalia Archivi

1619-1937; 1,6 m; Bestandsverzeichnis
Auf Senatsbeschluß oder Dekret des Obergerichtes wurden nach dem Brand von 1842 in das Archiv besondere Schriftstücke genommen, die - wiewohl teilweise privatrechtlicher Provenienz - als dauernd aufbewahrungswürdig angesehen wurden. Sie sind in der chronologischen Serie der Originalia erhalten. Als Schlußjahr gilt 1945. Die Trennung in Threse und Originalia Archivi ist in Threse II (s. 710-1 II) aufgehoben.
(LS)

710-3 Planfeststellungsoriginale

1949-; 5,1 m; vorläufiges Verzeichnis
Der Best. wurde gebildet, weil das Staatsarchiv Planfeststellungsunterlagen im Rahmen der "Ersatzverkündung" außerhalb der Behördenregistraturen und von diesen übernehmen muß. Dabei handelt es sich um Pläne, Karten und Zeichnungen, die Inhalt oder Teil einer Rechtsverordnung sind, um Durchführungspläne, die Teil des Aufbaugesetzes sind, und um Bebauungspläne. Sie müssen auf Verlangen jedermann zur Einsicht vorgelegt werden, dürfen aber nicht ausgehändigt werden.
(LS)

720 KARTEN UND BILDER

720-1 Plankammer

Kartei; z.T. unverzeichnet
Als Verwahrungsort großformatiger Pläne und Bilder wurde im Archiv schon im 18. Jh. ein historisch-topographischer Atlas eingerichtet. Später erwuchs daraus eine zentrale Aufbewahrungsstelle für Abbildungen zur Hamburgischen Geschichte (Karten, Zeichnungen, Gemälde, Drucke, Fotografien). Durch vielerlei Ergänzungen aus den Beständen des Staatsarchivs (oft unter Nachweisung der Querverbindungen) vermehrte sich der Bestand der später als Plankammer bezeichneten Sammlung beträchtlich.

Heute umfaßt der Best. über 3 Millionen Pläne, Karten und Abbildungen, daneben Plakate, Flugblätter und Pressefotos (meist Negative). Auch die (Firmen-)Briefköpfe mit hamburgischen Motiven sind hier nachgewiesen.

Die Bestände der Plankammer gliedern sich in eine auf Hamburg bezogene und eine nichthamburgische Abteilung, wobei beide in topographische und thematische Sammlungen unterteilt werden. Auch wird zu den Aktenbeständen des Staatsarchivs gehöriges Plankammergut verwahrt.

Die thematische Sammlung der Plankammer gliedert sich in folgende Bestandsgruppen:

- Karikaturen, überwiegend zu politischen Themen seit dem 18. Jh.
- Porträts und Gruppenporträts zu hamburgischen Amtsträgern, Repräsentanten kirchlicher, mildtätiger, beruflicher, politischer Organisationen sowie sonstiger privater Personen und Gruppen
- Allgemeines und politisches Geschehen (einschl. Wahlen) mit Plakaten, Flugschriften, Klebezetteln politischen Inhalts seit dem 19. Jh
- Regierung und allgemeine Verwaltung
- Rechtspflege, Polizei, Feuerschutz, wobei hier die Dokumentation des Brandes von 1842 einen Schwerpunkt bildet
- Wirtschaft, Verkehr und Versorgung mit Stücken zu Schiffahrt, Fischerei, Land- und Luftverkehr (einschl. Eisenbahn), Handel und Gewerbe
- Militär- und Kriegswesen, wobei hier die Franzosenzeit, die Hamburgischen Militärkontingente des 19. Jh. (Bürgermilitär etc.) sowie Erster und Zweiter Weltkrieg in Hamburg Schwerpunkte bilden
- Fürsorge- und Medizinalwesen mit den Schwerpunkten Seuchen und Seuchenbekämpfung (z.B. Cholera-Epidemie 1892) im 19. Jh.
- Kultur und Brauchtum mit Exponaten zu Kirche, Religion, Kunst, Wissenschaft, Schul- und Bildungswesen, Sport, Bauwesen, Architektur, Schaustellungen, Rundfunk, Film sowie zu allgemeinen Sitten und Gebräuchen (z.B. Trachten)
- Firmen/Familien/Vereinigungen. Hier finden sich neben Plan- und Bildmaterial aus den Bestandsgruppen 621-1 Firmenarchive und 622-1 Familienarchive (die aus Formatgründen in der Plankammer gelagert werden) auch eigenständige Sammlungen, zu denen kein weiteres Archivgut außerhalb der Plankammer existiert, so die Negative der Bildagentur Conti-Press Heinz Fremke GmbH (Presseaufnahmen 1948 - 1980), der Fotobestand Anny Breer / Waltraut Frisch (Porträts ca. 1945 - 1988), Werke des Pressezeichners August Eigner (ca. 1950 bis 1985), Fotografien der Lintas-Werbeagentur (Fotoausstellungen zur Hamburgischen Geschichte), die Sammlung Walter Krause

(Presseaufnahmen/Negative 1950 bis 1970), die Sammlung Hartmut Effenberger (Fotographien zu Ottensen) und die Sammlung des Studiofotografen (u.a. Real-Film) Peter Michaelis (Negative/Abzüge 1947-1975)

Lit.: Rüdiger Wagner, Die Plankammer als Karten-, Plan- und Bildersammlung des Staatsarchivs Hamburg, in: Zwischen Verwaltung und Wissenschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des Staatsarchivs Hamburg, hrsg. von Hans Wilhelm Eckardt und Peter Gabrielsson, Hamburg 1985, S.99-126
(Fr/Re)

73 SAMMLUNGEN

731 SCHRIFTGUT

731-1 Handschriftensammlung

70,0 m; Kartei
Die Handschriftensammlung nimmt hand- und maschinenschriftliche Einzeltexte auf, die nicht provenienzgebunden sind und weder in die Briefsammlung (s. 731-4) noch in die Autographensammlung (s. 731-5) gehören. Ursprünglich überwiegend aus handschriftlichen, buchförmigen Chroniken bestehend, wird die Sammlung seit den 1950er Jahren vor allem durch maschinenschriftliche Examensarbeiten gespeist, die hiesiges Archivmaterial verwertet haben. Als besondere Teile der Sammlung sind die Cimbria Illustrata, eine Serie der Verhandlungen zwischen Senat und bürgerlichen Kollegien sowie die Zeitungschroniken aus den letzten hundert Jahren (tageweise Auszüge aus Hamburger Zeitungen, mit Lücken) hervorzuheben.

Der wachsende Best. enthält gegenwärtig über 2.700 Nummern.
(Et)

731-2 Wappenbücher

1,6 m; Bestandsverzeichnis
Die Bücher enthalten Wappensammlungen von Rat, Oberalten, Gerichten, Behörden, Militäreinrichtungen, kirchlichen Einrichtungen, Ämtern und Gesellschaften sowie Familien. Vorhanden ist auch ein Lübecker Ratswappenbuch (-1700).
(LS)

731-3 Schiffstagebücher

7,0 m; Bestandsverzeichnis
Es handelt sich um eine Sammlung der aus verschiedenen Registraturen stammenden Schiffstagebücher. Sie sind alphabetisch nach den Schiffsnamen geordnet und bieten

sowohl nautische wie allgemeine Informationen (Ladung, Verhalten der Mannschaft, Liegezeiten, besondere Vorkommnisse).
(LS)

731-4 Briefsammlung

0,5 m; Kartei
Die Briefsammlung vereinigt Briefe bemerkenswerter Persönlichkeiten, die oft als Einzelstücke an das Staatsarchiv kamen.
(LS)

731-5 Autographensammlung

1,0 m; Kartei, z.T. unverzeichnet
Die verschiedentlich durch Ankäufe ergänzte Sammlung von im Staatsarchiv und früher im Stadtarchiv Altona gesammelten hamburgischen Autographen ist noch nicht zusammengefaßt erschlossen. Die Autographen sind in einzelnen Herkunftsgruppen alphabetisch abgelegt.
(LS)

731-6 Zeitgeschichtliche Sammlung

3,5 m; vorläufiges Verzeichnis
Der Best. vereinigt Schriftgut, das sich ausschließlich auf das 20. Jh. (Schwerpunkt: Zeit des Nationalsozialismus und ihre unmittelbare Folge) bezieht. Folgende Gruppen wurden gebildet: Geschichte des Luftschutzes und des Luftkrieges (1934-1945), Geschichte des geistigen und politischen Lebens (1914-1945), Unruhen in Hamburg (1919-1923), Bevölkerungsbewegung (1944-1946), Handel, Schiffahrt und Verkehr (nach 1945), Besatzung und Verwaltung (nach 1945), Rechtswesen (nach 1945) und Konzentrationslager Fuhlsbüttel und Neuengamme (1933-1945).
(LS)

731-7 (Schriftgut-) Beispielsammlung

22,0 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. enthält Schriftgut, das als Beleg für gebräuchliche Formen von Interesse ist, Gewohnheiten im öffentlichen und privaten Leben erkennen läßt und sich in provenienzgerecht geordneten Beständen gar nicht oder nur mit hohem Arbeitsaufwand ermitteln läßt. Relevant ist vor allem die Form (z.B. Urkunde, Ausweis, Lebensmittelkarte, Kinokarte, Speisekarte, Einladung), die sonst kein Grund für die Aufbewahrung ist.

Beispiele aus folgende Bereichen werden verwahrt: Volksvertretung, Regierung, allgemeine Verwaltung, Rechtsprechung, Urteilsvollstreckung, Gerichtspersonen und Polizei, Erbschafts- und Nachlaßwesen, Schenkungen, öffentliche Finanzen, Abgaben und Lotterie, Liegenschafts-, Hypotheken- und Mietwesen, Bau- und Feuerlöschwesen, Staatsangehörigkeits-, Melde-, Personenstands- und Vormundschaftswesen, Militärwesen, Medizinal- und Bestattungswesen, Sozialfürsorge- und Stiftungswesen, Versicherungswesen, Bildungs- und Religionswesen, Theater, Musik, Kunst, Unterhaltung und Sport, Handel, Gewerbe und Industrie, Arbeitswesen und Handwerk, Verkehr, Post und Ver-/Entsorgungsbetriebe, Schuld- und Kreditwesen, Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau, Vereins-, Verbands- und Parteiwesen, familiäre Sphäre und gesellschaftlicher Verkehr, Jocosa, ausstellungsfähige Bücher und andere Objekte.
(LS)

732 SACHGUT

732-1 Trummer-Sammlung

vorläufiges Verzeichnis, z.T. unverzeichnet

Der Hamburger Kaufmann Paul Heinrich Trummer (1862-1915) befaßte sich forschend und sammelnd mit Siegel- und Wappenkunde. Sein Hauptwerk war die Sammlung von zehntausenden von Siegeln in Original und Kopie. Diese Siegelsammlung sowie mit ihr in Verbindung stehende Sammlungen, vor allem von Urkunden und Fachbüchern, gelangten 1919 in das Staatsarchiv und werden seitdem unter dem Namen des Sammlers geführt.

Den Kern der Trummer-Sammlung bilden rund 40.000 überwiegend nichthamburgische Siegel, von denen ca. 80 % Abgüsse und 20 % von den dazugehörigen Urkunden abgetrennte Originale sind. Um die Siegelsammlung gruppiert sich ein Kranz kleinerer Sammlungen, die teils von Trummer, teils vom Staatsarchiv angelegt wurden. Dazu gehören eine heraldische und sphragistische Spezialbibliothek sowie rund 700 mittelalterliche und neuzeitliche Urkunden, die Trummer wegen der daran befestigten Siegel erworben hat. Ebenfalls von Trummer sind familienkundliche Materialien (Adels- und Wappenbriefe, Wappendarstellungen, Ahnenproben, genealogische Tafeln, Grabinschriften) gesammelt worden, die größtenteils ohne Bezug zu Hamburg sind. Fünf archivische Siegel- und Wappensammlungen runden den Bestand ab: Staats-, Behörden-, Kirchen-, Verbands-, Innungs- und Vereinssiegel Hamburgs, Altonas und Harburgs; Siegel von Reichs-, Bundes- und Landesbehörden (außer Hamburg); Städtesiegel; Wappen hamburgischer Familien und Firmen; Wappen nicht-hamburgischer Familien.

Lit.: Hans Wilhelm Eckardt, Erwerbung und Erschließung der Trummer-Sammlung, in: Zwischen Verwaltung und Wissenschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des Staatsarchivs Hamburg, hrsg. von Hans Wilhelm Eckardt und Peter Gabrielsson, Hamburg 1985, S. 127-144; Hans-Dieter Loose, Auswärtiges familienkundliches Sammmelgut im Staatsarchiv Hamburg, in: Genealogie, 16 (1967) Heft 4, S. 703-706

(Et)

732-2 Petschaftsammlung

Bestandsverzeichnis

Petschafte (Typare) von Behörden, öffentlich-rechtlichen Anstalten, wirtschaftlichen Vereinigungen, geistlichen Einrichtungen, nichtchristlichen Religionsgemeinschaften und Privaten befinden sich hier ebenso wie die Altonaer Petschaftensammlung.
(LS)

732-3 Münz- und Medaillensammlung (einschließlich Papiergeld)

Bestandsverzeichnis

Die Sammlung verdankt ihre Entstehung vor allem dem Interesse des 1891-1923 für das Staatsarchiv zuständigen Senatssekretärs Anton Hagedorn an zeitgenössischen Medaillen, aber auch an älteren Münzen. Sie wurde nach und nach erweitert und umfaßt neben gängigen Hamburger Nominalen solche aus den Nachbarterritorien, Papiergeld, amtliche Abzeichen, Dienstmarken, Kokarden sowie Falschgeld, das entsprechenden Akten entnommen wurde.

Lit.: Konrad Schneider, Die Münz- und Medaillensammlung des Staatsarchivs Hamburg, in: Zwischen Verwaltung und Wissenschaft. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart des Staatsarchivs Hamburg, hrsg. von Hans Wilhelm Eckardt und Peter Gabrielsson, Hamburg 1985, S. 145-157
(LS)

732-4 Postalische Sammlung

Bestandsverzeichnis

Wegen der Vielgestaltigkeit ihrer Postverhältnisse gehören die Hansestädte zu den postalisch interessanteren Gebieten. Leider sind die aus Hamburg selbst stammenden Stücke in dieser Sammlung, die fast durchweg aus Kassationsgut des Archivs gespeist ist, nur wenig vertreten. Zumeist haben sich Marken/Stempel, Stempel aus der Vormarkenzeit und von Freisachen sowie Postscheine und Formulare der nachfolgenden Posten erhalten: außerhamburgische Posten, Stadtpost Hamburg, fremde Postämter in Hamburg, Reichs- bzw. Bundespost, Postämter in Bergedorf, Privatposten und Bahnpost.
(LS)

732-5 Filmsammlung

Vorläufiges Verzeichnis

Die wenigen historischen Filme des Staatsarchivs sind in Ermangelung geeigneter technischer Vorrichtungen seit 1953 in der Staatlichen Landesbildstelle, die 1977 in Landesmedienzentrum Hamburg umbenannt wurde, verwahrt. Der im Staatsarchiv verbliebene Best. umfaßt gegenwärtig ca. 80 Videokassetten mit Hamburg-Bezug.

Hinweis: Das Landesmedienzentrum Hamburg fungiert u.a. als Landesfilmarchiv.

Lit.: Filmdokumente zur Entwicklung Hamburgs, 3. Auflage, hrsg. vom Landesmedienzentrum

(Re)

732-6 Tonträgersammlung

Bestandsverzeichnis

In der Sammlung werden gut 100 Schallplatten, Tonbänder und Toncassetten verwahrt. Das älteste Dokument ist der Auszug aus einer Rundfunkrede des Reichspräsidenten Hindenburg (1932).

Hinweis: Nach einer Vereinbarung mit dem Norddeutschen Rundfunk werden im dortigen Schallarchiv Aufnahmen von historischem Wert dauernd aufbewahrt.

(LS)

732-7 Siegelmarkensammlung

Bestandsverzeichnis

An die Stelle von Verschlußsiegeln traten seit Mitte des 19. Jh. Briefverschlußmarken, die mancherorts bis in die 1920er Jahre in Gebrauch blieben.

Die Sammlung enthält Verschlußmarken hamburgischer und auswärtiger Behörden, Institutionen und Personen.

(LS)

732-8 Wasserzeichensammlung

Bestandsverzeichnis

Zur Bestimmung der einheimischen wie der fremden Papierproduktion wurden Papiere mit Wasserzeichen, die sich in hamburgischem Verwaltungsschriftgut fanden, gesammelt und z.T. bestimmt. Es sind Papiere des 14. bis 20. Jh. vorhanden.

(LS)

732-9 Technische Registraturhilfsmittel

1,5 m; Bestandsverzeichnis
Das seit den 1960er Jahren gesammelte Gut dient Lehr- und Ausbildungszwecken und soll vor allem die Entwicklung moderner Hilfsmittel seit den Büroreformen Anfang des 20. Jh. dokumentieren. Hier gibt es Klammern, Nadeln, Aktenmappen, Klemmbinder, Buchdeckel, Stehordner, Schnellhefter, Hefterrücken, Ringhefter und Ablagemappen für Hängeregistraturen, daneben weitere Hilfsmittel (z.B. Locher).
(LS)

74 ARBEITSHILFSMITTEL

741 MATERIALSAMMLUNGEN

741-1 Abschriften und Auszüge aus eigenen Beständen

4,7 m; Bestandsverzeichnis
Bei der Neuverzeichnung der Thresenurkunden wurde begonnen, Abschriften der mittelalterlichen Stücke anzufertigen. Da andere Abschriften für Auskunftszwecke hinzukamen, wurde diese Sammlung gebildet, die heute sogar Ersatz für manche Verluste im Zweiten Weltkrieg bieten kann.
(LS)

741-2 Genealogische Sammlungen

13.-20. Jh.; 46,2 m; Bestandsverzeichnis
Der Best. umfaßt alle im Staatsarchiv vorhandenen personenkundlichen Hilfsmittel, die nicht in einem Einzelbestand verzeichnet sind, und enthält neben den Stammtafelsammlungen vor allem Namenregister zu verschiedenen genealogischen Quellen.
(Ga)

741-3 Verzeichnisse der Diplomaten und Konsuln

0,6 m; vorläufiges Verzeichnis
Die bereits von Johann Martin Lappenberg angelegte und von seinen Nachfolgern fortgeführte Zusammenstellung wurde durch eine Gemeinschaftsarbeit der Wissenschaftler des Staatsarchivs ab 1930 wesentlich erweitert. 1963 ergänzte und aktualisierte Christian Mahlstedt diese Angaben.
(LS)

741-4 Fotoarchiv

3,0 m; Kartei

Die Sammlung enthält im wesentlichen die Sicherungs-, Kassations-, Ergänzungs- und Lesefilme sowie Mikrofiches und Einzelplannegative. Daneben gibt es eine Abteilung mit Diapositiven (z.T. ganze Reihen der Staatlichen Landesbildstelle, dem heutigen Landesmedienzentrum Hamburg, zu historischen Themen).
(LS)

741-5 Materialien zum Hamburgischen Urkundenbuch

3,0 m; Bestandsverzeichnis

Für die Fortsetzung des Hamburgischen Urkundenbuches wurde bereits von Johann Martin Lappenberg begonnen, in Frage kommendes Quellenmaterial in Abschrift zu sammeln. Es handelt sich um Abschriften eigener Urkunden (und verwandten Schriftgutes) wie auch fremder Provenienz mit Hamburg-Bezug. Dieses Material ist nur bis 1350 verwertet und publiziert worden.
(LS)

741-6 Materialien zur Geschichte der (in Hamburg tätig gewesenen kaiserlichen) Notare

16.Jh.-1806; 0,3 m; Bestandsverzeichnis

Die Geschichte des mittelalterlichen hamburgischen Notariats (kaiserlicher bzw. päpstlicher Autorität) ist bisher nicht geschrieben. Eine erste Sammlung ihrer Namen, Signete und Tätigkeitsfelder ist hier angelegt. Das gesammelte Material stammt weitgehend aus der Bearbeitung des Best. 211-1.
(LS)

741-7 Materialien zur hamburgischen Geschichte

2,0 m; Bestandsverzeichnis

Die Sammlung enthält Quellenauszüge und Manuskripte, die nur erhalten werden, um Ermittlungsarbeiten zu gleichen Themen zu erleichtern.
(LS)

741-8 HANDSCHRIFTENPROBEN-SAMMLUNG

741-8/1 Verschiedene Handschriftenproben (ohne Staatsarchiv)

Kleinbestand; ohne Verzeichnis
Es handelt sich um eine Sammlung von Kopien von Handschriften einiger hamburgischer Bürgermeister, Ratsherren, Syndici und Militärbefehlshaber, vor allem des 17. und 18. Jh..
(LS)

741-8/2 Handschriftenproben Staatsarchiv

Kleinbestand; vorläufiges Verzeichnis
Um handschriftliche Notate identifizieren zu können, wurde eine Kopiensammlung von Handschriften von Mitarbeitern des Staatsarchivs, v.a. des 19. und 20. Jh. angelegt, die auch die Namen, Amtsbezeichnungen und Beschäftigungszeiten nachweisen.
(LS)

741-10 Abkürzungs-Verzeichnis

Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Die in der hamburgischen Verwaltung für Behördenbezeichnungen und Titulaturen sowie häufig benutzte Formulierungen gebräuchlichen Abkürzungen werden hier gesammelt, um Auflösungen zu erleichtern.
(LS)

741-12 Material zur Preis- und Lohnentwicklung

Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Das Internationale wissenschaftliche Komitee zur Preisgeschichte entschloß sich 1929, in verschiedenen europäischen Städten Material zur Preis- und Lohngeschichte erheben zu lassen. Die wissenschaftliche Leitung des Projektes hatte M. Elsas. Für Hamburg bearbeitete A. Düker die Rechnungsbücher des St. Georgs-, Hiobs- und Heiligen-Geist-Hospitals für verschiedene Waren und Berufe/Tätigkeiten, die in Listenform erhalten sind.
(LS)

741-14 Material zur Schiffahrtsgeschichte

Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Hier sind 4 Ausarbeitungen zusammengestellt, die sich mit der Geschichte der Schiffahrtspatente, der Führung von Schiffstagebüchern, den Auswanderertransporten von

Hamburg nach Australien und Neuseeland 1872-1877 und den Ursachen der hohen Sterblichkeit an Bord der hamburgischen Auswandererschiffe "La Rochelle" und "Wandrahm" vor Queensland/Australien 1866 befassen.
(LS)

742 AUSWAHLVERZEICHNISSE

742-1 Dichterhandschriften
nur Hilfsmittel; vorläufiges Verzeichnis

742-2 ARCHIVAUSSTELLUNGEN

742-2/1 Archivalien zur hamburgischen Rechtsgeschichte (1. September 1954)
nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

742-2/2 Recht und Gericht im früheren Amt Bergedorf (2. Juli 1955)
nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

742-2/3 Richter und Gerichte im alten Hamburg (2. Oktober 1954)
nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

742-3 Archivalien zur Schiffahrts- und Hafengeschichte
nur Hilfsmittel; vorläufiges Verzeichnis

742-4 Archivalien zur Geschichte der Juden
nur Hilfsmittel; vorläufiges Verzeichnis

742-5 Archivalien zur Postgeschichte
nur Hilfsmittel; vorläufiges Verzeichnis

742-6 Synopse zu Familienarchiven
nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

742-7 Verzeichnis mittelalterlicher Archivalien im Bestand 'Senat' (bis 1530)
nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

742-9 Genealogische Quellen
13.-20. Jh.; nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

742-10 Synopse zu Firmenarchiven
nur Hilfsmittel; Bestandsverzeichnis

743 ERGÄNZUNGEN AUS FREMDEN BESTÄNDEN

Das Staatsarchiv bemüht sich, Überlieferungen zur hamburgischen Geschichte, die sich provenienzgerecht in auswärtigen Archiven erhalten haben, in Hamburg in Kopie (Abschrift, Fotokopie, Mikrofilm) vorrätig zu halten, um sie hier Benutzem zugänglich machen zu können. Die so entstandenen Ergänzungen aus fremden Archiven sind z.T. zu bestimmten Themen ausgewählt worden. Sie sind nicht vollständig und können deshalb nicht in allen Fällen die Benutzung der entsprechenden Archive ersetzen. Die folgenden Ergänzungen bilden eigene Best.
(Ga)

743-1 Auszüge aus französischen Archiven

0,5 m; Bestandsverzeichnis
Enth.: Auszüge aus dem Archiv des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris (Verzeichnis der Hamburg betreffenden Akten, 1908; Auszüge und Abschriften aus der Correspondance politique, Hambourg 1661-1766; Abschriften aus den Mémoires et Documents Allemagne, Vol. 138, 1750-1755), Auszüge aus dem Nationalarchiv in Paris (Fotokopien von Dekreten zur Gründung von französischen Regimentern und die Konskription in den Hanseatischen Departments 1811-1813), Auszüge aus dem Archiv des Französischen Kriegsministeriums in Paris (Fotokopien der Stammrollen des 127. Französischen Linien-Infantrie-Regiments 1811-1814).
(Ga)

743-2 Quellensammlung zur Geschichte des Deutschtums auf der Insel Cuba

1,6 m; Bestandsverzeichnis
Enth.: Eine von Theodor Will 1947 an das Staatsarchiv abgelieferte Quellensammlung mit Auszügen aus den Registern der Kirchengemeinden in Havanna 1791-1916, Listen und Todesanzeigen der auf Cuba verstorbenen Deutschen 1791-1932, Paßprotokollauszügen 1818-1898, Zeitungsausschnitten 1798-1930,
Anträgen auf Niederlassungserlaubnis auf Cuba 1817-1897.
(Ga)

743-3 Ergänzungen aus dem Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel (- Abt.37 Universität Helmstedt; hier: Protokolle über die Prüfung von Notariatskandidaten in Hamburg i.A. der Universität in Helmstedt)

Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: 1961 verfilmte Protokolle über die von der Universität Helmstedt veranlaßten

und von dem Advokaten Johann Jacob Tiedemann durchgeführten Prüfungen von Notariatskandidaten in Hamburg der Jahre 1784-1806.
(Ga)

743-4 Ergänzungen aus dem Österreichischen Staatsarchiv, Abt.: Haus-, Hof- und Staatsarchiv

Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: Reichskanzlei, Berichte aus Hamburg 1639-1806, Weisungen nach Hamburg 1640-1806, Reichstagssachen 1670-1734; Reichshofrat, Judicialia antiqua Hamburg 1530-1710, Judicialia Vota Hamburg ca. 1621-1780, Obere Registratur, Judicialia Hamburg, 1711-1729, Mandata procuratoria 1741-1777; Reichsarchiv, Kleinere Reichsstände 1417-1791; Niedersächsisches Gesandtschaftsarchiv 1746-1815; Gesandtschaftsarchiv Hamburg, Berichte und Weisungen 1801-1848, Weisungen nach Hamburg 1848-1878; Politisches Archiv VII, Varia, Berichte aus Hamburg 1848-1872; Staatskanzlei (Ministerium des Äußeren), Diplomatische Korrespondenz, Berichte aus Hamburg 1703-1848; Mainzer Erzkanzlerarchiv, Reichstagsakten 1704-1735.
(Ga)

743-5 Ergänzungen aus niederländischen Archiven

Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: Rechnungsbuch der Hamburger Brüderschaft in Amsterdam 1509-1688; Amsterdamer Gesandtschaftsberichte aus Hamburg 1654-1719.
(Ga)

743-6 Ergänzungen aus dem Nationalarchiv Washington

Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Enth.: Auszüge Dr. Alfred Vagts aus amerikanischen Konsulatsberichten aus Hamburg (Akten des U.S. Department of State) 1796/1798, 1861/65 (Consular letters Hamburg Vol.1, 13-17), Despatches to Consuls 1861/64 (Vol. 31, 35, 37); Mikrofilm-Publikationen des National Archives and Records Service, Washington: Despatches from United States Consuls in Bremen 1879-1906; Despatches from United Consuls in Hamburg 1790-1906;
Consular Political Reports from Hamburg 1931, 1933-1935; Despatches from United States Consuls in Altona 1838-1869.
(Ga)

743-7 Ergänzungen aus dem Reichsarchiv Kopenhagen

Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: Akten und Dokumente zur Frage der Reichsunmittelbarkeit Hamburgs, 1648-1667, 1650-1652. 1767-1768; Akten und Dokumente über die hamburgische Huldigung 1587-1601; Akten der Deutschen Kanzlei, Innere Angelegenheiten, Regierungskanzlei in Glückstadt: Hamburg und die Elbe 1438-1747; Akten der Deutschen Kanzlei, Äußere Angelegenheiten, Korrespondenzen und Berichte über Hamburger Angelegeheiten 1322-1773; Korrespondenzen, Protokolle, Dokumente und Gesandtschaftsberichte des 18. Jh.s; Department für auswärtige Angelegenheiten, Handels- und Konsularsachen, Korrespondenzen und Protokolle 1772-1847, Gesandtschaftsberichte 1634-1753; Gesandtschaftsarchive Hamburg 1677-1829; Angelegenheiten der Hansestädte 1509-1705.
(Ga)

743-8 Ergänzungen aus Public Record Office London und Scottish Record Office Edinburgh

Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: Public Record Office London: Best. S.P. 82 Hamburg und Hansestädte 1577-1780 (100 chronologisch gereihte Bände mit allgemeiner auswärtiger und Gesandtschaftskorrespondenz sowie internem englischen Schriftverkehr überwiegend aus dem 18. Jh..); Best. S.P. 102/32 Königlicher Schriftwechsel mit Hamburg 1689-1780; Best. S.P. 103/31 Verhandlungen mit den Hansestädten 1586-1724; Best. S.P. 108/285,/287,/288 Verträge mit Hamburg betr. Entschädigung britischer Kaufleute und Heringshandel 1673, 1711, 1719 (enthalten ergänzendes Material zum Best. S.P. 82); Best. F.O. 33 Hamburg und Hansestädte 1781-1870. - Scottish Record Office, Edinburgh: 2 Fotokopien, 1. Urkunde der Städte Hamburg und Lübeck vom 03.04.1599 über Kaperung des Schiffes St. Martin, 2. Urkunde der Stadt Hamburg vom 30.09.1644 über die Brüder James und Patrick Hay.
(Ga)

743-9 Ergänzungen aus dem Stadtarchiv Lüneburg

0,1 m; Bestandsverzeichnis
Enth.: Fotokopien von 30 Urkunden des Stadtarchivs Lüneburg über Hamburger Angelegenheiten (Best. Urkunden, Best. Briefe) aus den Jahren 1332-1531.
(Ga)

743-10 Dokumentation zur Geschichte der Deutschen BP

0,7 m; ohne Verzeichnis

Enth.: Sammlung von Ernst Hieke mit Literatur- und Quellenkopien, Zeitschriften und einem Mikrofilm.
(LS)

743-11 Ergänzungen aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes

Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: Mikrofilmkopien von Akten des Auswärtigen Amtes, die im Nationalarchiv Washington und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes angefertigt worden sind und die für Hamburg interessante Sachthemen berühren: Kolonien und Flottenstationen, Generalia 1899-1913, Verbindung der Nordsee mit der Ostsee 1895-1919, Deutscher Flottenverein 1898-1914, Marine-Angelegenheiten 1874-1878, Innere Verhältnisse in den Hansestädten 1869-1917, Innere Verhältnisse in Hamburg 1886-1920, 1911, Streik der Hafenarbeiter 1896, Zollgebietsfragen 1880-1881, Besuch der Hansestädte durch den Kaiser 1888-1914; Fotokopien des Briefwechsels innerhalb der preußischen Regierung über Hamburger Maßnahmen zur Handelskrise 1857.
(Ga)

743-12 Ergänzungen aus dem Archiv der Handelskammer Hamburg

1665-1919; 9,3 m; vorläufiges Verzeichnis; besondere Genehmigungsvorbehalte
Enth.: Mikrofilme und z.T. Papierkopien von Schriftgut der Commerzdeputation (Protokolle der Commerzdeputation 1665-1866, Besetzung der hamburgischen Konsulate 1815-1867, Konsulatsberichte 1839-1876, Konsulatsschiffahrtsberichte 1871-1875, Warenpreiskurant 1736-1914) und der Handelskammer (Protokolle der Handelskammer mit An- und Beilagen 1867-1919)
(Ga)

743-13 Ergänzungen aus dem Klopstock-Museum Quedlinburg

1790-1811; Film; Bestandsverzeichnis
Enth.: Mikrofilm der Briefe und Aufzeichnungen von Victor Ludwig Klopstock an Johann Gottlieb Schmidt.
(Ga)

743-14 Ergänzungen aus dem Landesarchiv Schleswig-Holstein

ca.1533-1540,1610-1616 (-1668); Kleinbestand; Bestandsverzeichnis
Der Best. enthält nur eine Abschrift von 1611 des Zehntregisters des Hamburger Domkapitels aus der Zeit um 1540.
(LS)

743-15 Ergänzungen aus dem Archiv der Hansestadt Lübeck

1458-1487; 0,1 m; Bestandsverzeichnis

Der Best. umfaßt nur die Rückvergrößerungen einer Verfilmung der Bücher des Hamburger Roten Zolls von 1458/59 und 1480-1487, die für die Erforschung des hamburgischen Westhandels bedeutsam sind.

(LS)